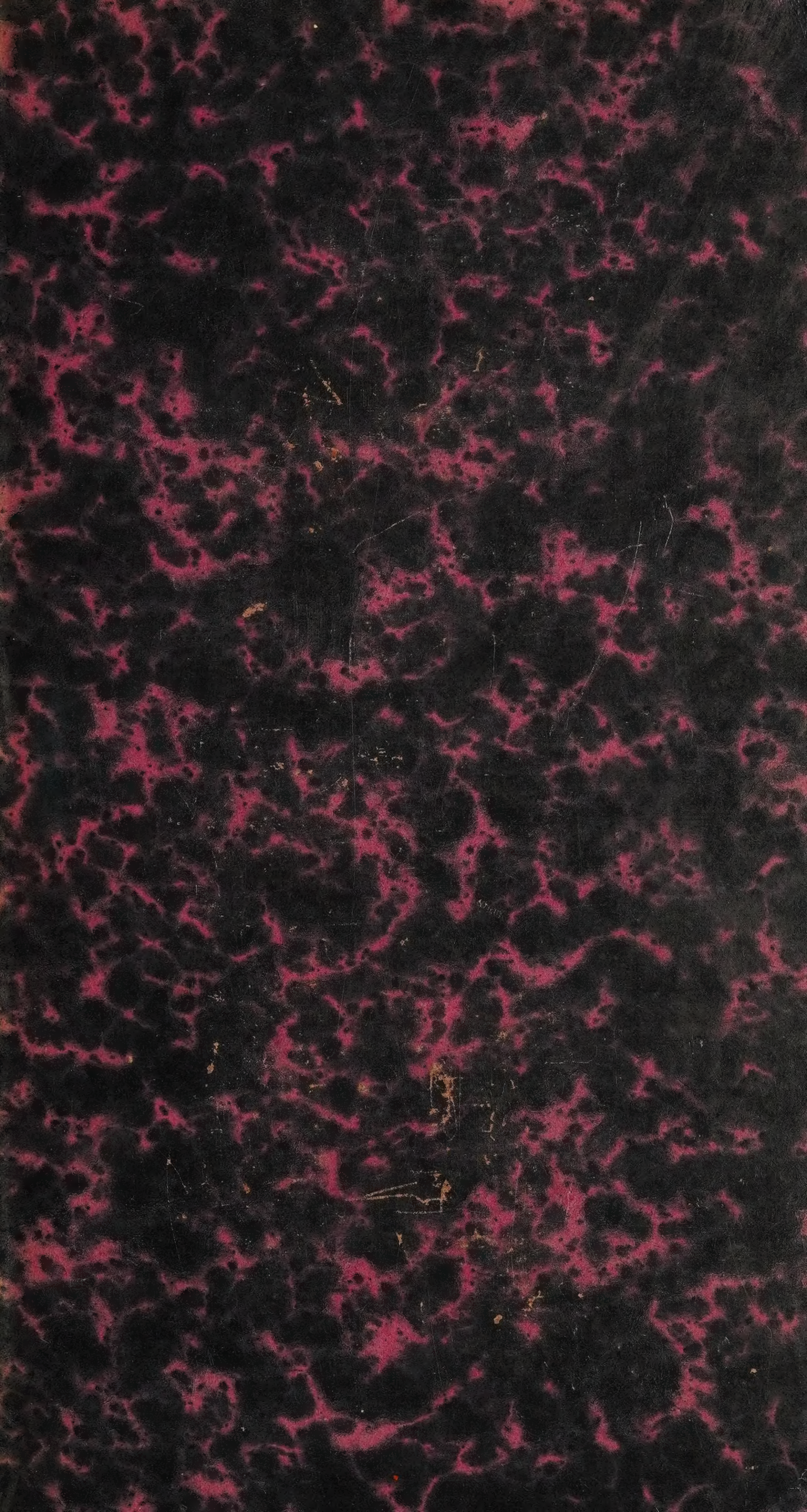
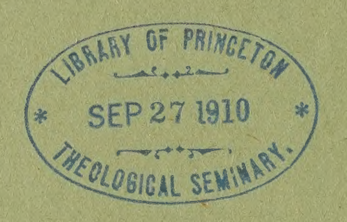
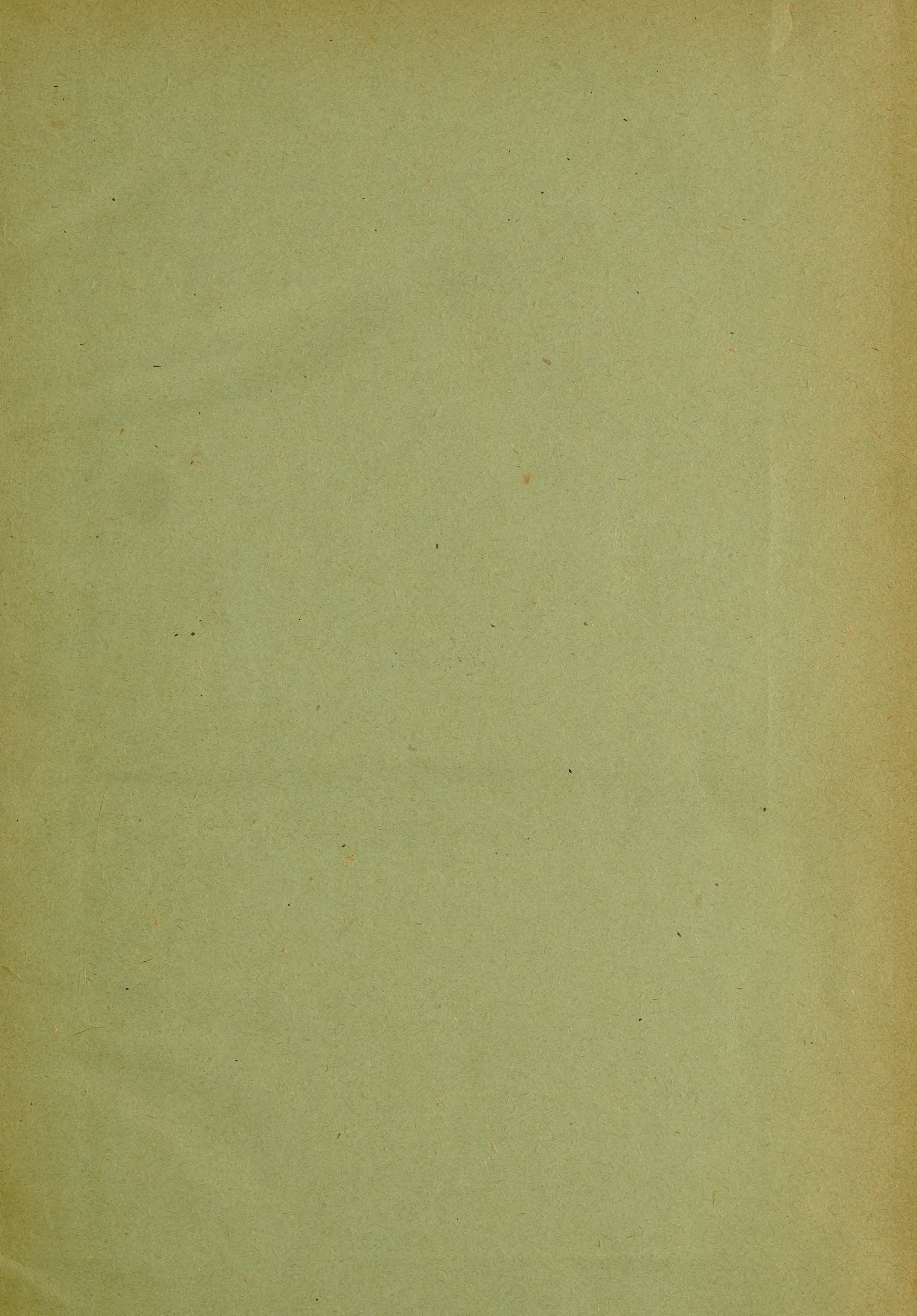
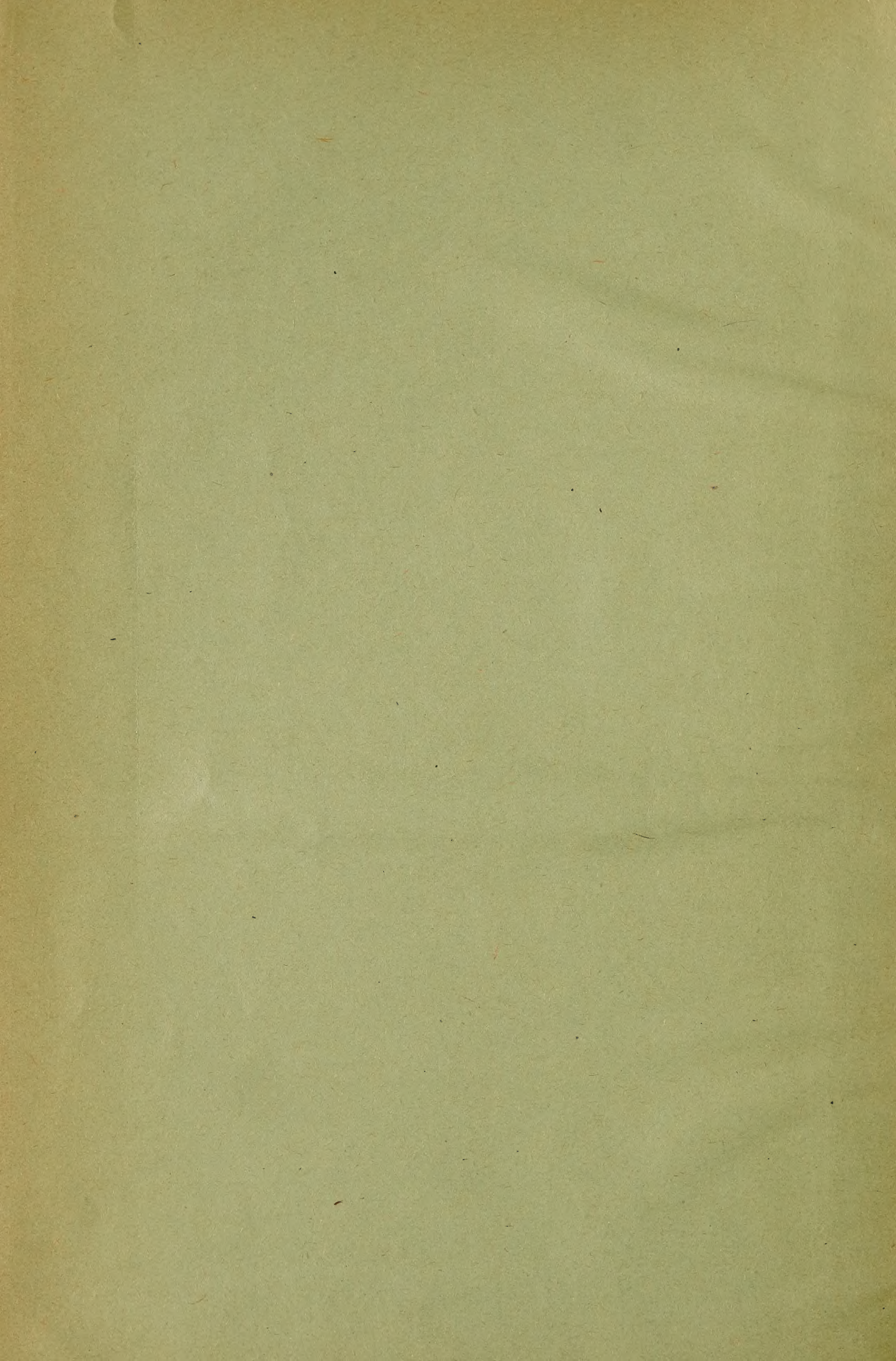
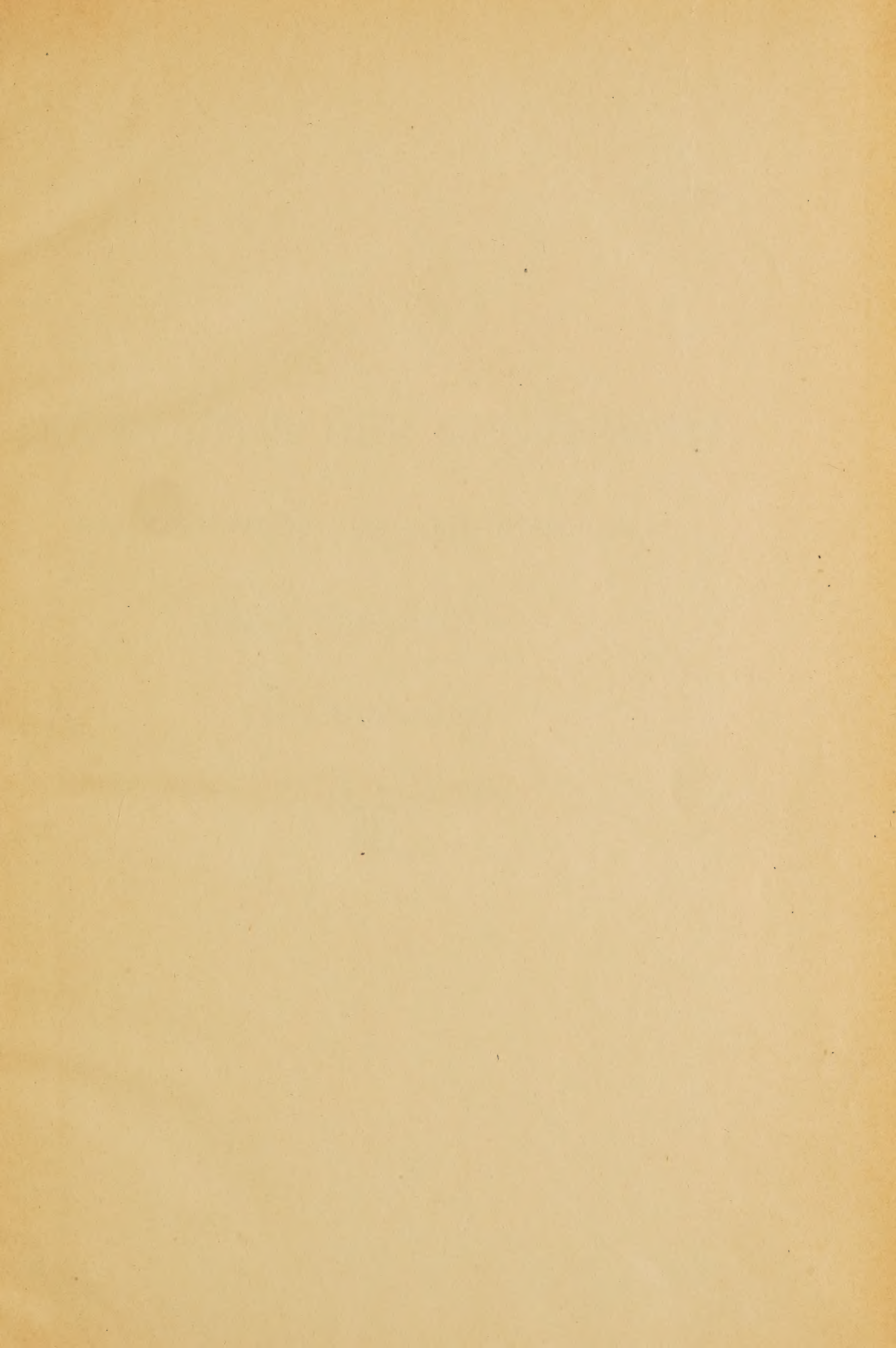
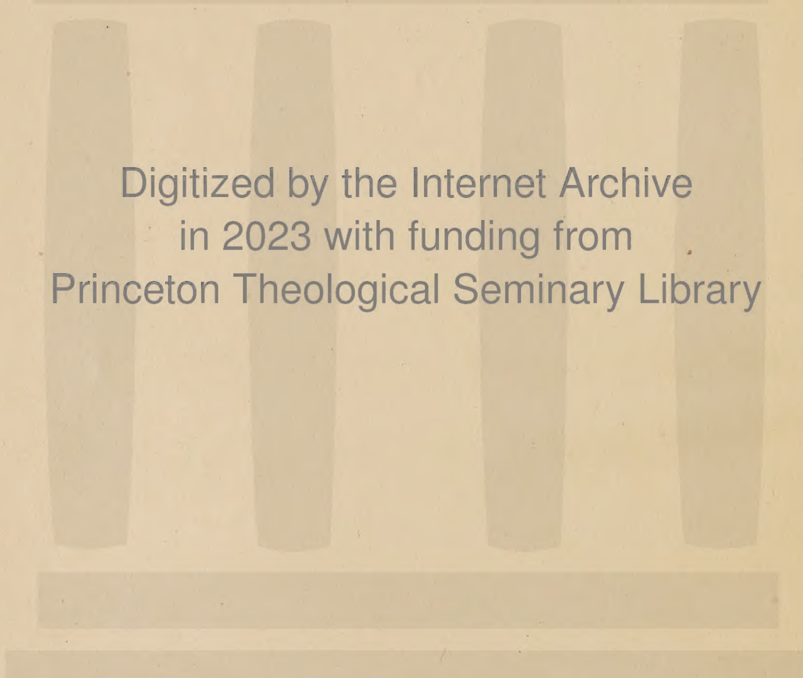



LIBRARY OF PRINCETON
SEP 27 1910
THEOLOGICAL SEMINARY.









DIE KULTUR DER GEGENWART

IHRE ENTWICKLUNG UND IHRE ZIELE

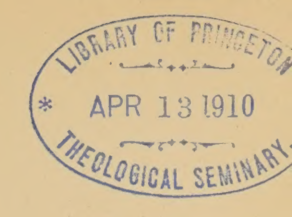
HERAUSGEGEBEN VON

PAUL HINNEBERG



DIE KULTUR DER GEGENWART

TEIL II BAND X 1



ALLGEMEINE VOLKSWIRTSCHAFTSLEHRE

VON

WILHELM LEXIS

1910

BERLIN UND LEIPZIG

DRUCK UND VERLAG VON B. G. TEUBNER

INHALTSVERZEICHNIS.

A. EINLEITUNG.

B. DER KREISLAUF DER VOLKSWIRTSCHAFT.



Einleitung.

Aufgabe der Volkswirtschaftslehre.

I. Die Entwickelung der Volkswirtschaft. Die Bedürfnisse der Menschen, die sich ursprünglich nur auf die unentbehrlichsten Unterhaltmittel erstreckten, haben sich bei fortschreitender Kultur immer mehr vermannigfaltigt und verfeinert. Das subjektive Begehren und Wünschen erhebt sich in unendlich vielen Regungen und Abstufungen, und menschliche Arbeit und Kunstfertigkeit sucht diesen Anforderungen nach Möglichkeit zu genügen. Die sachlichen äußeren Mittel zur Befriedigung unmittelbar persönlicher menschlicher Bedürfnisse bezeichnen wir — vorbehaltlich einer späteren weiteren Fassung des Begriffs — als Güter. Wird nun gefragt: „Wie verschafft sich der Mensch die für ihn notwendigen oder erwünschten Güter?“, so ist diese Frage bedeutungslos, wenn es sich um Güter handelt, die jedem stets in beliebiger Menge frei zur Verfügung stehen. Es sind dies die sogenannten „freien Güter“, die aber in der heutigen Kulturwelt kaum noch anders als durch Sonnenstrahlen und Luft — und auch diese in vielen großstädtischen Wohnungen in recht schlechter Qualität — vertreten sind. Jene Frage hat also nur Bezug auf solche Güter, die nicht ohne weiteres frei erreichbar sind, sondern nur mit irgendeinem Aufwand, und zwar im allgemeinen mit einem Aufwand menschlicher Arbeit erlangt werden können. Diese bezeichnen wir als „wirtschaftliche Güter“. Die Herstellung der wirtschaftlichen Güter durch Arbeit nennen wir Produktion. Demnach schließt die obige Frage zunächst die andere ein: wie werden die Güter produziert? Sie aber kann unter verschiedenen Gesichtspunkten beantwortet werden. Einmal unter dem rein technischen. Es ist dann für die einzelnen Güterarten anzugeben, welche Rohstoffe zu ihrer Herstellung verwendet werden, welche Stufen der Verarbeitung das Material durchläuft, welche Maschinen angewendet werden, was durch menschliche Arbeit zu leisten ist, welcher Erfolg in Qualität und Quantität des Produkts bei einer gegebenen Art des Betriebs erreicht wird. Andere Fragen aber gehen vom Standpunkt des privaten Interesses des Produzenten aus: mit welchem Aufwand an Arbeit oder an anderen Gütern ist das Produkt zustande gekommen, und wie muß die Produktion und der ganze Betrieb

eingerichtet sein, damit der größte Nutzeffekt mit dem geringsten Aufwand erzielt wird? Über dem technischen und dem privatwirtschaftlichen Gesichtspunkt aber steht ein höherer, der gesellschaftliche, dessen Bereich über die Frage der Produktion hinaus geht und auch die der Verteilung der Güter umfaßt. Von ihm aus erhebt sich die Frage nach der Ordnung der gesellschaftlichen Beziehungen, die durch das Bedürfnis nach wirtschaftlichen Gütern unter den Menschen entstanden sind. Bestimmter formuliert lautet diese Frage: Wie kommt bei einer gegebenen Gesellschaftsordnung die Güterproduktion als ein gesellschaftlicher Vorgang zustande, und wie erhalten die in verschiedener Art an ihr beteiligten einzelnen aus diesem gesellschaftlichen Prozeß ihren Anteil an den erzeugten Gütern? Die Beantwortung dieser Frage ist die der Volkswirtschaftslehre gestellte Aufgabe.

Die vorausgesetzte gesellschaftliche Ordnung wird durch das private und öffentliche Recht getragen. Die wissenschaftliche Behandlung des Rechtes ist nicht Sache der Volkswirtschaftslehre, aber sie hat zu zeigen, wie der Produktions- und Verteilungsprozeß unter dem Einfluß der bestehenden gesellschaftlichen Institutionen verläuft, und wie anderseits diese unter dem Drucke der volkswirtschaftlichen Massenbewegung einer allmählichen Umgestaltung und teilweise völliger Neubildung unterliegen.

Die Wirtschaft.

Die Grundtatsache, von der die Volkswirtschaftslehre ausgeht, ist die Wirtschaft, d. h. die geregelte Tätigkeit und Fürsorge des Menschen zur nachhaltigen Beschaffung und zweckgemäßen Verwendung der zur Befriedigung seiner Bedürfnisse dienenden Güter. Es sind dies eben nur „wirtschaftliche“ Güter, da für die freien Güter keinerlei Tätigkeit oder Fürsorge erforderlich ist. In der Regel sind mehrere Personen zu einer einheitlich organisierten Wirtschaft verbunden, in der die einzelnen verschiedene Stellungen einnehmen. Je mehr eine Wirtschaft imstande ist, sich selbst zu genügen, um so leichter sind ihre Existenzbedingungen und ihr inneres Getriebe zu durchschauen. Ob der umherschweifende Australneger oder der afrikanische Buschmann auch eine Wirtschaft führt, kann hier unerörtert bleiben. Überhaupt ist die Schilderung der Art, wie wilde Stämme sich ihren Lebensunterhalt verschaffen, am besten in ein Kapitel der Ethnographie zu verweisen, die ja auch die primitive Gesellschaftsordnung solcher Gruppen und Horden beschreibt. Die Volkswirtschaftslehre wendet ihr eigentliches Interesse erst solchen Völkerschaften zu, die ihre Kulturfähigkeit durch feste Ansiedlung und eine wenn auch rohe staatliche Organisation bekundet haben. Auf der Anfangsstufe dieser Entwickelung finden wir den Boden meistens im genossenschaftlichen Besitz von Stammesgenossen. Das freie private Grundeigentum dringt erst nach Überwindung mannigfacher Abhängigkeitsverhältnisse und Beschränkungen durch, während das Privateigentum an beweglichen Gütern schon auf der untersten Kulturstufe Anerkennung gefunden hatte. Das Privateigentum ist die Voraussetzung der Einzelwirtschaft, die gewissermaßen das

Grundelement der Volkswirtschaft darstellt. Ihr wesentliches Merkmal besteht darin, daß sie auf Rechnung eines einzelnen Inhabers betrieben wird, d. h. daß ihr Erzeugnis Eigentum dieses Inhabers ist, der anderseits auch die Herstellungskosten zu tragen hat. Außer dem Inhaber erhalten aber fast immer auch noch andere Personen aus seiner Wirtschaft ihren Unterhalt, und zwar entweder aus ihrem Ertrag, wie die Familienangehörigen des Inhabers, oder aus den Kosten, die dieser zur Entlohnung freier, vertragsmäßig beschäftigter Arbeiter oder — wie in der älteren Zeit — für das Halten von Sklaven aufwenden muß.

Natural-wirtschaft.

Als ursprüngliche Form der Einzelwirtschaft finden wir die naturale Hauswirtschaft, die die Bedürfnisse ihrer Angehörigen der Hauptsache nach durch ihre eigene Produktion befriedigt. Ein interessantes Beispiel liefern die homerischen Gesänge in der Schilderung des Haushalts des Odysseus. Vollständig abgeschlossen gegen die Außenwelt war diese Einzelwirtschaft jedoch nicht. Einzelne Güter gingen bei ihr auch ein und aus, und zwar in verschiedenen Formen des Verkehrs. Die beliebteste Art der Vermehrung des Besitzes war der kriegerische Raub, das Beutemachen. Odysseus findet Trost in dem Gedanken, daß er zur Entschädigung für das von den Freiern verzehrte Vieh anderes von fremden Völkern erbeuten werde, bis alle Höfe gefüllt seien, wie ja auch Athene ihn ob seiner besonderen Tüchtigkeit im Rauben von Rindern und Schafen gelobt hat. So hielten ja nach Tacitus auch die Germanen es nicht für anständig, durch Arbeit zu erwerben, was durch Blut erlangt werden könne. Bekanntlich hat aber auch in den folgenden Zeitaltern die Kriegsbeute als wohlberechtigter Erwerb gegolten, und der legalisierte Seeraub in Gestalt der Kaperei ist erst in der Mitte des vorigen Jahrhunderts beseitigt worden. Das noch heute anerkannte Seebeuterecht dient wenigstens nicht mehr dem Privaterwerb.

Als eine andere naturale Verkehrsform, die in der homerischen Zeit nicht ohne Bedeutung war, finden wir die Beschenkung. Sie war häufig eine einseitige, wenn z. B. dem Gaste außer der Bewirtung auch noch ein Gastgeschenk gewährt wurde; häufig auch eine gegenseitige, wie bei Odysseus und Iphitos. Doch wird man wohl auch im ersteren Falle erwartet haben, daß der Beschenkte sich bei einer anderen Gelegenheit erkenntlich erweise. Auch in unserer Zeit war es noch üblich, daß die europäischen Reisenden mit den afrikanischen Häuptlingen Geschenke austauschten. Es ist dies im Grunde ein Übergang zu dem eigentlichen Tauschverkehr, der sich dadurch charakterisiert, daß Leistung und Gegenleistung ausdrücklich vereinbart und insofern beiderseits als gleichwertig anerkannt werden. Auch diese Verkehrsform fehlt nicht vollständig in der homerischen Wirtschaft. Metalle namentlich müssen aus der Ferne bezogen werden. Phönizische Schiffe legen an den griechischen Inseln an, tauschen deren Erzeugnisse gegen allerlei „Tand“ ein und benutzen bei der Abfahrt auch passende Gelegenheiten zum Menschenraub, wie dies

Eumaios aus eigener übler Erfahrung zu berichten weiß. Aber dieser Tauschverkehr berührte nicht die Selbständigkeit der sich selbst genügenden Einzelwirtschaft, sie war nicht mit ihrer Existenz auf ihn angewiesen, und selbst wenn sie nach kaufmännischen Gesichtspunkten schlechte Geschäfte machte und für die eingetauschten Waren zu große Gegenwerte hingab, so wurde sie in ihren Grundlagen dadurch nicht geschädigt. Vor allem aber wurde durch den Güteraustausch der Charakter der Naturalwirtschaft nicht beeinträchtigt, der für diese antike Wirtschaftsform wesentlich ist. Auch der Tauschverkehr war ein naturaler und vollzog sich ohne Mitwirkung von Geld in irgendeiner Form. Außer den Sklaven kommen bei Homer auch gemietete freie Arbeiter vor, aber sie erhalten als Lohn kein Geld, sondern nur Unterhalt und Kleidung. Gold und Silber werden hochgeschätzt als wertvolle Waren und in den Schatzkammern angesammelt, aber sie dienen nicht als Vermittelungsgüter im Tauschverkehr. Der Wert wird wohl auf Rinder als Maßeinheiten bezogen, aber diese konnten doch immer nur gelegentlich als Tauschobjekte, nicht aber als allgemeines „Umlaufsmittel“ verwendet werden.

Übergang zu zusammenhängender Volkswirtschaft.

In der geschlossenen Naturalwirtschaft gibt es noch keine durch eine Theorie zu lösenden Probleme. Man sieht unmittelbar, wie nach der in ihr bestehenden Ordnung die Güter erzeugt und unter die Mitglieder der Gruppe verteilt werden. Man kann sich auch denken, daß zahlreiche Wirtschaften dieser Art nebeneinander bestehen, ohne daß daraus neue Beziehungen und Abhängigkeitsverhältnisse entstehen, die den Gegenstand einer besonderen Untersuchung bilden könnten. In Wirklichkeit hat allerdings auch schon auf dem Boden der Naturalwirtschaft ein gewisser Güteraustausch zwischen den Einzelwirtschaften bestanden, aber eine innerlich zusammenhängende Volkswirtschaft, die auf die Gestaltung der Einzelwirtschaften entscheidend zurückwirkt, konnte auf dieser Stufe noch nicht entstehen. Die Naturalwirtschaft ging jedoch schon in früher Zeit in Verbindung mit der staatlichen Organisation über die Grenzen der privaten Einzelwirtschaft hinaus. In den großen vorderasiatischen Reichen bestanden schon viele Jahrhunderte vor der homerischen Zeit staatliche Wirtschaften unter Königen, die üppige Höfe hielten, große Heere zusammenbrachten und prächtige Bauwerke errichteten. Diese Wirtschaften beruhten auf dem Prinzip des Zwanges; die Völker hatten naturale Abgaben und Dienste zu leisten, und durch das erzwungene Verhältnis aller einzelnen zu einem gemeinsamen Mittelpunkt wurde in einem einseitigen Sinne auch ein wirtschaftlicher Zusammenhang unter ihnen hergestellt. Diese zentralisierte Staatsbildung aber und die damit verbundene Differenzierung der Bevölkerung, insbesondere der Gegensatz von Stadt und Land, wirkte der Naturalwirtschaft entgegen und bereitete allmählich dem Gelde den Weg. Silber und Gold in kleinen Barren oder Ringen wurde schon im zweiten Jahrtausend v. Chr. in Babylonien in geeigneten Fällen als Tauschmittel gebraucht, wenn auch

die Münzprägung erst im 7. Jahrhundert, und zwar zuerst in den griechischen Städten Kleinasiens, begann. Eine vollständig ausgebildete Geldwirtschaft jedoch, bei der der privatwirtschaftliche Erfolg der Produktion gänzlich von dem Geldpreise der Produkte abhängt, hat es im Altertum überhaupt nicht gegeben, sondern die Naturalwirtschaft hat immer noch einen beträchtlichen Raum eingenommen. In den großen Städten erwies sich das Geld immerhin mehr und mehr als ein unentbehrliches Hilfsmittel des Verkehrs. Nach dem Sturz des römischen Reichs wurde die geldwirtschaftliche Entwickelung im Abendlande wieder stark zurückgedrängt. Ein Karolingischer Fronhof, wie er sich nach dem Capitulare de villis darstellt, ist im wesentlichen ein naturalwirtschaftlicher Typus, wenn auch ein Teil seiner Erzeugnisse verkauft und das Geld an die kaiserliche Kasse abgeliefert wurde. Die im Mittelalter neu auflebenden oder neu entstehenden Städte beschränkten sich zunächst auf den Austausch ihrer gewerblichen Erzeugnisse gegen die landwirtschaftlichen Produkte ihrer nächsten Umgebung. Es war dies ein lokaler Marktverkehr, der im ganzen auf einen naturalen Austausch hinauslief, wenn auch, wie es das Interesse der Münzherrschaft verlangte, Geld als Zwischenglied verwendet wurde. So bildeten sich Wirtschaftskreise, von denen jeder aus einer Vielheit von aufeinander angewiesenen Einzelwirtschaften bestand, als Ganzes aber eine selbständige Existenzfähigkeit hatte, die nicht durch einen weiteren Zusammenhang mit einer großen Volkswirtschaft bedingt war. Einzelne wertvollere Waren, auf den Wasserstraßen auch gewisse Massengüter, fanden indes auch von den Binnenstädten aus eine weitere Verbreitung durch den Handel. Nur einzelne Städte entwickelten sich unter dem Einfluß einer günstigen Verkehrslage zu eigentlichen Handelsplätzen, für die der Fernverkehr mit seinen unberechenbaren Wechselfällen die Hauptquelle des Erwerbs wurde. Die Seestädte waren von Anfang an auf diese Bahn angewiesen, und sie wurden die wichtigsten Stützpunkte für den allmählich sich ausbreitenden internationalen Verkehr. Zugleich entfalteten die deutschen Hansastädte wie die italienischen Stadtrepubliken auch eine politische Macht, und wenn diese auch keine allgemein nationale Basis hatte, so trug sie in ihrer Gesamtwirkung doch dazu bei, daß in jedem Volk die Erkenntnis einer gewissen wirtschaftlichen Zusammengehörigkeit dem anderen gegenüber allmählich erwachte. Der internationale Handelsverkehr wurde nun auch die wichtigste treibende Kraft für die weitere Ausbildung der Geldwirtschaft. Nicht aber, weil er vorzugsweise mit wirklichem baren Gelde betrieben worden wäre, vielmehr war man bemüht, dieses durch den Wechsel und die Abrechnungen auf den großen Messen so weit wie möglich entbehrlich zu machen. Aber alle Werte wurden in Geldeinheiten ausgedrückt, alle Rechnungen in Geld geführt und der ebenfalls in Geld ausgedrückte Gewinn prozentmäßig auf das dem Handelsunternehmen zugrunde liegende Geldkapital bezogen.

Volkswirtschaft und Geldwirtschaft.

Indes würde die beschränkte Stadtwirtschaft wohl noch längere Zeit der vorherrschende Typus geblieben sein, wenn nicht ein mächtiger Anstoß, die Entdeckung Amerikas und die Erschließung des Seewegs nach Ostindien, das ganze Wirtschaftsleben des Abendlandes in großartigere Formen und Verhältnisse gedrängt hätte. Auch die Länder, die, wie Deutschland, an dem neu eröffneten Weltverkehr zunächst nur geringen oder indirekten Anteil hatten, sahen sich bald genötigt, die engen älteren Wirtschaftsformen zu sprengen und neue, in größerem Stile gehaltene zu schaffen. Der Welthandel führte auch ihnen aus den überseeischen Ländern immer größere Massen neuer Genußmittel und neuer Rohstoffe zu, die bald für unentbehrlich gehalten wurden. Der Binnenhandel mußte sich entsprechend ausdehnen, um diesen Waren überall in Lande Absatz zu verschaffen und die Gegenwerte aufzunehmen, die zur Ausgleichung dieser Einfuhr an das Ausland zu liefern waren. Ein solcher Verkehr aber und die sich daraus ergebende volkswirtschaftliche Arbeitsteilung würde notwendig zur Verallgemeinerung der Geldwirtschaft geführt haben, auch wenn diese nicht durch den großen Zufluß an Edelmetall aus Amerika so außerordentlich befördert worden wäre. Die Einzelwirtschaft verlor jetzt immer mehr die Möglichkeit, ihren Bedarf durch eigene Produktion zu decken; auch der Güteraustausch auf dem lokalen Markte reichte dazu nicht mehr aus, der erweiterte Verkehr schuf auch einen großen inländischen Markt, und dieser stand in Abhängigkeit vom Weltmarkt. Jeder verkaufte seine Erzeugnisse für Geld, ohne zu wissen, wohin sie gingen, und er kaufte die Gegenstände seines Bedarfs, ohne zu wissen, woher sie kamen. Seine Wirtschaft hatte nur noch Bestand durch ihren Zusammenhang mit anderen, er konnte ihre Existenzbedingungen nicht mehr übersehen, und seine Unternehmungen erhielten dadurch einen mehr oder weniger aleatorischen Charakter. Wohl und Wehe, Erfolg und Mißerfolg der Einzelwirtschaft wurden von der Geldpreisbildung auf dem großen Markte abhängig, die sich auf jeder Stufe der Produktion und der Handelsbewegung für Rohstoffe, Halbfabrikate und fertige Waren von neuem unter besonderen Bedingungen und Konjunkturen vollzieht, und der der einzelne machtlos gegenübersteht.

Wie in der Volkswirtschaft, so wurde auch in der Wirtschaft des Staates seit dem 16. Jahrhundert das Geld zu dem herrschenden Faktor. Hand in Hand ging mit dieser Wendung die Entwickelung einer Handelspolitik nach einseitigen geldwirtschaftlichen Gesichtspunkten, die zugleich dazu beitrug, das lose Gefüge des mittelalterlichen Staates durch die moderne straffe Form zu ersetzen. Die Staaten traten jetzt als geschlossene Individualitäten in den weltwirtschaftlichen Wettbewerb ein; sie beförderten dadurch den inneren Zusammenhang ihrer Volkswirtschaft, während sie durch Zölle und andere Abwehrmaßregeln den internationalen Verkehr beschränkten. Sie konnten auf diese Art zwar die Gestaltung des Weltmarkts erheblich beeinflussen, aber seine fortschreitende Aus-

dehnung wurde dadurch nicht gehemmt, weil es eben Welthandelswaren gab, deren Zudrang immer mächtiger wurde. Zur Teilnahme am Weltverkehr aber ist nur der Großbetrieb geeignet, und mit diesem wuchs der Kapitalismus empor. Der Kapitalismus ist ein weiterer Begriff, als die kapitalistische Produktionsweise. Er bedeutet einfach das auf Geldbesitz gegründete und mit seiner Geldmacht wirkende große Unternehmertum, und seine Anfänge, die in das Mittelalter zurückreichen, liegen in der Handels- und Bankunternehmung. Auch der Arbeit gegenüber trat der Kapitalismus in dem Verlegersystem zuerst als Handelsunternehmung auf. Die Handwerker wurden durch die Umstände veranlaßt oder gezwungen, als Hausindustrielle für den Großverkehr zu arbeiten, und das Handelskapital übernahm den Vertrieb ihrer Produkte auf dem großen Markt, der ihnen selbst unzugänglich war. In dem Fabriksystem wurde dann das Kapital selbst Träger der Produktionsunternehmung und erlangte dadurch zugleich in höherem Maße die Möglichkeit, sein wirtschaftliches Übergewicht den besitzlosen Arbeitern gegenüber auszunützen. Die Technik der Fabrikation stand jedoch anfangs der handwerksmäßigen noch nahe, und es kamen ihr nur die Vorteile der Arbeitsteilung innerhalb eines großen Betriebs zustatten.

Die modernen Produktionsmittel und die Arbeit. Wesen der Arbeit.

Erst durch die in der zweiten Hälfte des 18. Jahrhunderts beginnende Einführung des modernen Maschinenwesens wurde die Produktionstechnik von Grund aus umgestaltet und dadurch auch die Abhängigkeit der Arbeit von dem Kapital außerordentlich gesteigert. Bis dahin hatte noch immer das umlaufende Kapital die Oberhand. Jetzt gewann auch das stehende in den großen Maschinenanlagen eine breite Entfaltung, zugleich aber mußte auch das umlaufende Kapital wieder vermehrt werden, um die nötigen Rohstoffe für diese konzentrierte Massenproduktion bereit zu stellen und den Betrieb während der häufig sich verlängernden Zirkulationsperiode der Produkte zu unterhalten. Der industrielle Arbeiter aber konnte jetzt aus eigenen Mitteln seine Arbeitskraft überhaupt nicht verwerten, er bedurfte dazu der neuen mächtigen Produktionsmittel, die sich im Besitz des Kapitals befanden und ihm nur unter den vom Kapital gestellten Bedingungen zugänglich waren. Auch früher gab es Meister und Arbeiter, aber sie betrachteten sich als Angehörige derselben Gattung, während jetzt das Kapital als eine die Produktion beherrschende Macht erschien, die außerhalb der Sphäre des Arbeiters stand, und die wie eine transzendente Kraft seine Geschicke leitete, wenn er auch der Form nach einen freien Vertrag mit ihr schloß. Der Arbeiter führt keine eigene Produktionswirtschaft, das Produkt seiner Arbeit gehört ihm nicht und ist ihm gleichgültig, das Wirtschaften besteht für ihn in dem Erwerben und Verausgaben seines Lohnes. Ob er aber Arbeit findet, und wie sie ihm gelohnt wird, hängt von volks- und weltwirtschaftlichen Konjunkturen ab, denen er völlig passiv gegenübersteht. In der Landwirtschaft hat Großbetrieb und Maschinenwesen nicht in dem Maße die Oberhand erhalten, wie in der Industrie, jedoch

sind auch für sie kapitalistische Gesichtspunkte immer mehr leitend geworden, schon deshalb, weil enorme Summen fremden Kapitals in ihr in Hypotheken angelegt und zu verzinsen sind. Vor allem aber ist sie mit ihren wichtigsten Erzeugnissen nicht weniger als die Industrie in Abhängigkeit von der Preisbildung des Weltmarktes geraten.

Überhaupt werden in dem geldwirtschaftlichen Tauschsystem alle Güter als Waren angesehen und verrechnet, auch wenn sie für den eigenen Bedarf des Produzenten bestimmt sind. Zu den Waren gehören auch diejenigen Sachen, die nicht zur unmittelbaren Befriedigung eines persönlichen menschlichen Bedürfnisses dienen, sondern entweder Stoffe sind, aus denen solche unmittelbaren Güter hergestellt werden, oder Werkzeuge, Geräte, Maschinen und andere Hilfsmittel, die technisch für die Güterproduktion verwendet werden. Der Begriff des Gutes ist daher zu erweitern und es sind ihm auch diese mittelbaren Güter zu unterstellen, die neben den unmittelbaren oder Konsumtionsgütern — rasch verbrauchbaren oder dauerhaften — auch als Produktionsgüter bezeichnet werden können.

Aber auch die menschliche Arbeit bildet einen Gegenstand des geldwirtschaftlichen Austausches, und sie wird nicht selten geradezu als eine Ware bezeichnet. Soll sie deshalb ebenfalls zu den „Gütern" gerechnet werden? Keineswegs, denn die Arbeit ist eine Betätigung der menschlichen Persönlichkeit, und sie steht als persönlicher aktiver Produktionsfaktor im Gegensatz zu den Gütern als ihren Produkten. Wenn wir sagen, Güter seien äußere Mittel zur Befriedigung menschlicher Bedürfnisse, so ist damit die menschliche Persönlichkeit aus diesem Begriffe ausgeschieden, denn diese darf nie bloß äußeres Mittel für Zwecke eines anderen sein, solange ihre Freiheit und Würde anerkannt wird. Der Sklave freilich ist seiner Persönlichkeit beraubt und zu einer Sache gemacht; doch wird man auch seine Arbeit nicht für sich als ein Gut betrachten, sondern ihn selbst in seiner Eigenschaft als Arbeitsmaschine. Auf der gegenwärtigen Kulturstufe kommt aber die Sklaverei als wirtschaftliche Institution nicht mehr in Betracht.

Die Arbeit freier Personen kann nun aber sowohl mittelbar, wie unmittelbar zur Befriedigung menschlicher Bedürfnisse dienen. Im ersteren Falle betätigt sie sich bei der Produktion sachlicher Güter, und es besteht Einverständnis darüber, daß sie dann als Produktionsfaktor und nicht als Tauschgut aufzufassen ist, wenn man sie auch manchmal eine „Ware" nennt, um gewisse Mißstände bei ihrer Verwertung emphatisch zu betonen. Diejenige Arbeit dagegen, die unmittelbar ein persönliches Bedürfnis anderer befriedigt, ihnen irgendeinen Nutzen oder Genuß bereitet, wie die des Arztes, des Lehrers, des Sängers usw., wird von vielen als „persönliche Dienstleistung" mit den sachlichen Gütern in gleiche Linie gestellt und zu den „immateriellen" Gütern gerechnet. Dies ist nach dem oben Gesagten jedenfalls unzulässig, wenn die fragliche Arbeitstätigkeit selbst zum Gut gestempelt werden soll. Aber auch wenn man nicht sie selbst,

sondern ihren bei anderen bewirkten Nutzeffekt, z. B. die Heilung des von dem Arzt behandelten Kranken, als das ausgetauschte „Gut“ betrachtet, so erhält man dadurch doch keine Analogie mit den sachlichen Gütern. Denn bei diesen wird ihre Nutzwirkung nicht von ihrer Substanz getrennt, die Sache selbst ist das Gut, das als solches auch seine nützlichen Eigenschaften einschließt. Nicht die durch das Brot bewirkte Sättigung, sondern das Brot selbst wird als Gut bezeichnet. Es steht ja an sich nichts im Wege, den Begriff des Gutes auch auf die durch menschliche Tätigkeit ohne Vermittlung eines Sachguts in anderen hervorgebrachte Nutzwirkung auszudehnen, aber in mancher Beziehung gewinnt die volkswirtschaftliche Theorie an Klarheit und Einfachheit, wenn dieser Begriff auf die sachlichen Güter beschränkt wird. Immerhin aber können die Nutzwirkungen der persönlichen Dienstleistungen als nichtsachliche Produkte bezeichnet werden, wie sie ja auch als Äquivalente für sachliche Produkte in den Verkehr eingehen.

Staat und Volkswirtschaft.

Einen besonderen Charakter haben die öffentlichen Dienstleistungen, die unter der Leitung des Staates oder anderer öffentlicher Körperschaften stehen. Ihre Nutzwirkung erstreckt sich auf die Gesamtheit des Volkes oder gewisser Volkskreise, ein unmittelbares Dienstverhältnis aber besteht nur zwischen dem Dienstleistenden und der öffentlichen Körperschaft, die ihn angestellt oder zu der Leistung herangezogen hat, deren Organe übrigens auch selbst wieder öffentlichen Interessen zu dienen haben. Die Vergütungen für diese Dienste werden nicht im Tauschverkehr, sondern durch öffentlich-rechtliche Festsetzungen bestimmt, und manche müssen in Erfüllung einer bürgerlichen Ehrenpflicht unentgeltlich geleistet werden.

Auf die Bedeutung des modernen Staates für die Volkswirtschaft ist bereits oben hingewiesen worden. Der Staat ist mehr als eine Organisation zu bloß wirtschaftlichen Zwecken, aber jedenfalls ist seine Existenz eine notwendige Bedingung für den Bestand einer wirtschaftlichen Kultur. Er ist der Träger der der Volkswirtschaft zugrunde liegenden Rechtsordnung und sorgt durch seine Verwaltung für deren Durchführung; er hat sich aber nicht mit der Sicherung des Eigentums und der Verträge begnügt, sondern sich auch mehr und mehr bemüht, die Interessen der Nation im weltwirtschaftlichen Wettbewerb zu schützen und zu fördern und zugleich im Inlande auf Produktion und Verteilung der Güter in einer dem Gemeinwohl förderlichen Weise einzuwirken. Nicht immer haben diese Eingriffe in die wirtschaftliche Bewegung den beabsichtigten Erfolg gehabt, wohl aber haben sie meistens eine merkbare Wirkung auf ihren Verlauf ausgeübt und ihr oft eine veränderte Richtung gegeben. Nicht minder groß ist der Einfluß, den der Staat durch seine Finanzwirtschaft auf die gesamte Volkswirtschaft ausübt, seitdem auch diese geldwirtschaftlich geordnet und wesentlich auf Steuern gegründet ist. Etwa 10 Prozent des Volkseinkommens werden von den heutigen Großstaaten für die Befriedigung der öffentlichen Bedürfnisse in Anspruch genommen, ein großer Teil der vorhandenen

Arbeitskräfte steht dauernd im staatlichen Dienst, nicht nur in Heer und Verwaltung, sondern auch für die Produktion des sachlichen Bedarfs des Staates an Gebäuden, Schiffen, Waffen usw. Dazu kommt, daß der Staat auch vielfach als Inhaber großer Unternehmungen von rein wirtschaftlichem Charakter mit der privaten Erwerbstätigkeit in Wettbewerb getreten ist.

Die staatliche Rechtsordnung bestimmt auch die rechtliche Stellung der Personen, die zur Zeit der Sklaverei und Leibeigenschaft große Verschiedenheiten aufwies. Gegenwärtig gibt es vor dem Gesetze keine Standesunterschiede mehr, und alle Volljährigen sind formal gleich berechtigt. Aber die Verschiedenheit des Besitzes hat auch große Verschiedenheiten der Erwerbsbedingungen und eine neue, unserer Zeit eigentümliche Klassenbildung hervorgerufen. Als Schützer des Eigentumsrechts wird der Staat nun auch für die aus diesem Recht entstehenden sozialen Unterschiede und Gegensätze verantwortlich gemacht. Tatsächlich ist die gesellschaftliche Klassenbildung jedoch nicht vom Staate ausgegangen, sondern sie beruht ursprünglich auf gegebenen Machtverhältnissen, und die Rechtsordnung hat sich diesen Zuständen und ihrer weiteren Entwickelung angepaßt.

Die materialistische Geschichtsauffassung.

So konnte die Ansicht entstehen, daß der Staat überhaupt nichts sei, als die Organisation einer Klassenherrschaft, durch die es ermöglicht würde, die die Mehrzahl bildende beherrschte Klasse wirtschaftlich auszubeuten. Dann würde die Geschichte der Gesellschaft nur eine Geschichte der Klassenkämpfe sein, und die wirtschaftlichen Interessen der herrschenden Klassen würden auch in der Geschichte der Staaten am letzten Ende als die eigentlich treibenden Kräfte erscheinen. Diese Anschauung liegt der Marxschen „materialistischen Geschichtsauffassung" zugrunde, die in ihren allgemeinen Grundzügen schon in dem „Kommunistischen Manifest" (1847) von Marx und Engels dargestellt und später namentlich von Engels in seiner Streitschrift gegen Dühring bestimmter formuliert wurde. Hiernach ist die Produktionsweise und die Art der Verteilung der Produktion die Grundlage jeder geschichtlich auftretenden Gesellschaftsordnung. Die gegenwärtig bestehende Gesellschaftsordnung ist geschaffen von der jetzt herrschenden Klasse, der „Bourgeoisie", deren eigentümliche Produktionsweise von Marx als die „kapitalistische" bezeichnet wird. Die Bourgeoisie zerschlug die feudale Ordnung, vernichtete die ständischen Privilegien und die Zunftrechte und erfüllte nun die historische Aufgabe, die früheren zersplitterten und zwerghaften Produktionsmittel zu konzentrieren und mit Hilfe der Dampfkraft und der anderen modernen Erfindungen in die mächtigen Produktionshebel der Gegenwart umzuwandeln. Aber die neuen Produktionsmittel sind, wie Engels sich ausdrückt, der bürgerlichen Form ihrer Ausbeutung über den Kopf gewachsen; es bestehe ein Widerspruch zwischen der tatsächlichen gesellschaftlichen Organisation der modernen Großbetriebe und der kapitalistischen Aneignung der Produkte; schließlich werde der gesamte

Mechanismus der kapitalistischen Produktionsweise versagen unter dem Druck der von ihr selbst geschaffenen Produktionskräfte. Der Verwandlung der großen vergesellschafteten Produktionsmittel in Staatseigentum könne die notwendige Entwickelung nicht hemmen, denn der moderne Staat sei nur eine Organisation zur Aufrechterhaltung der kapitalistischen Produktionsweise, aber das Proletariat werde schließlich selbst die Staatsgewalt ergreifen und damit alle Klassengegensätze und zugleich den Staat selbst aufheben und diesen durch die Verwaltung von Sachen und die Leitung von Produktionsprozessen ersetzen.

Ohne Zweifel hat der moderne Großbetrieb wesentlich dazu beigetragen, große Arbeiterscharen mit gemeinschaftlichen Interessen in enge Verbindung zu bringen und sie auch instand zu setzen, sei es durch förmliche Organisation, sei es durch tatsächliche Einigung, einen bedeutenden politischen Einfluß auszuüben. Aber die marxistische Prognose, daß diese Entwickelung auf ihrer Spitze zu einer Herrschaft des Proletariats mit kommunistischer Produktionsweise führen werde, wird den „Bourgeois“ allmählich immer weniger schrecken. Die bestehende Produktionsordnung ist durch die immer weitere Ausdehnung des Großbetriebs nicht geschwächt, sondern befestigt worden, da die großen Unternehmungen sich ihrerseits enger zusammengeschlossen und organisiert haben. So paßt sich tatsächlich die Produktionsordnung den mächtigen Produktionskräften mehr und mehr an, kommt aber dabei keineswegs unter die Herrschaft des Proletariats, wenn auch vielleicht in der Zukunft die öffentliche – staatliche oder kommunale – Unternehmung auf manchen Gebieten einen größeren Raum einnehmen wird, als bisher. Anderseits ist aber auch die ökonomische Macht der konzentrierten Arbeitermassen groß genug, um eine angemessene Berücksichtigung ihrer Interessen zu erzwingen und die Unternehmer von einem Mißbrauch ihres Übergewichts zurückzuhalten. Auch ist die Behauptung gänzlich unberechtigt, daß der Staat der Arbeiterklasse lediglich als Unterdrückungs- und Ausbeutungsorganisation gegenüberstehe. Die Arbeiter sind vielmehr in allen Kulturstaaten imstande gewesen, eine tiefgehende Einwirkung auf die Staatstätigkeit und die Gesetzgebung auszuüben, die in dem gesetzlichen Arbeiterschutz, der Arbeiterversicherung und anderen öffentlichen Wohlfahrtseinrichtungen zur Erscheinung kommt, und diese sozialpolitische Entwickelung auf dem Boden der bestehenden Ordnung wird ohne Zweifel noch weiter fortschreiten.

Technik und Kapitalismus.

Die modernen technischen Erfindungen sind bekanntlich nicht den Kapitalbesitzern zu verdanken, aber sie würden nicht zustande gekommen sein ohne den kapitalistischen Impuls. Die Grundideen vieler Erfindungen waren schon im Altertum bekannt, manche waren als Spielerei schon ausgeführt. Zur praktischen Verwirklichung aber kamen sie erst, als die wirtschaftlichen Bedingungen für ihre Verwertung gegeben waren. Die meisten neueren Erfindungen beruhen auf wissenschaftlichen Entdeckungen,

deren Urheber an die Verfolgung technischer Zwecke gar nicht dachten. Die besondere Aufgabe der Erfinder war es eben, die Ergebnisse der Wissenschaft wirtschaftlich nutzbar zu machen, und dazu wurden sie angetrieben durch den hohen Lohn, den die kapitalistische Unternehmung für solche Leistungen in Aussicht stellte. Nicht immer freilich hat der wirkliche Erfinder den gehofften Lohn erhalten, jede brauchbare technische Erfindung aber hat wenigstens eine Zeitlang den Gewinn der Unternehmungen erhöht, die die Vorhand in ihrer Ausnutzung hatten. Dieser Vorteil wurde zum Teil durch Ersparung an menschlicher Arbeitskraft, zum Teil aber auch durch Beschleunigung und Ausdehnung der Produktion erreicht. Dieses Drängen nach fortwährender Steigerung des Umfangs und der Intensität der Produktion ist für die kapitalistische Methode charakteristisch. Ein mit den Hand- und Spanndiensten leibeigener Bauern bewirtschaftetes Rittergut war auch ein Produktionsmittel in großem Maßstabe, aber solange der landwirtschaftliche Betrieb für sich bestand und nicht mit moderner Warenproduktion — wie Zucker- und Spiritusfabrikation — verbunden war, fehlte ihm das kapitalistische Expansionsstreben. Ein solches war überhaupt nicht möglich, denn die Landgüter begrenzten sich gegenseitig, und ihre Produktionsfähigkeit war durch natürliche Bedingungen bestimmt. Die kapitalistische Warenproduktion dagegen, bei der die lokale Naturgrundlage einen untergeordneten Faktor bildet, sucht alle örtlichen Schranken zu überwinden und sich mit Benutzung aller Fortschritte der Technik und der Verkehrsmittel ins Unbegrenzte auszubreiten. Die treibende Kraft dabei aber ist der Kapitalgewinn, dessen Vermehrung im ganzen mit der des Kapitals in gleichem Schritt zusammengeht.

Seit dem Aufkommen der kapitalistischen Produktionsweise, d. h. der geldwirtschaftlichen Warenproduktion mit Lohnarbeit im Großbetrieb, haben also die neuerstandenen Produktionskräfte auf die Produktionsordnung bestimmend und umgestaltend eingewirkt, und die Produktionsordnung hat ihrerseits einen immer größeren Einfluß auf die Gestaltung der Staats- und Gesellschaftsordnung überhaupt gewonnen. Diese mit der Marx-Engelsschen teilweise übereinstimmende Anschauung paßt jedoch nur für die kapitalistische Periode, nicht aber für die früheren Jahrtausende der Geschichte. Wirtschaftliche Interessen haben auch in dieser Zeit ihre Macht in Staat und Gesellschaft bekundet, aber sie knüpften sich nicht an die Produktionskräfte und die Produktionsweise, sondern einfach an materiellen Besitz und Vermögen. Die Produktionstechnik hat sich von den Tagen Hammurabis bis zum Ausgang des Mittelalters nicht wesentlich geändert. Sklaverei, Hörigkeit und Zunftwesen lieferten gebundene Formen der Arbeit, die innerlich recht nahe verwandt sind. Sie waren durch die Gesellschaftsordnung gegeben, wirkten aber auf diese nicht als bestimmende Faktoren.

Vorkapitalistische Periode.

Der vorkapitalistischen Geschichte war also ihr Lauf nicht durch die Produktionsweise vorgezeichnet. Die zu jener Zeit herrschenden

Klassen fühlten sich nicht als Produzenten, sondern als Besitzer. Sie kümmerten sich nicht um die Produktionsweise, die für sie etwas tatsächlich Gegebenes war, und sie dachten nicht daran, sie zu ihrem Vorteil zu verbessern. Der Ertrag bringende Reichtum bestand vor allem aus Grundbesitz, Sklaven und grundherrlichen Rechten. Bei Händlern und Bankhaltern sammelte sich auch schon Geldreichtum mit Kapitalcharakter an, aber solche „Metabletik“ oder „Kapelik“ stand in schlechtem Ansehen und galt nicht als anständig. Cicero nennt den kleinen Handel schmutzig, den Großhandel, der von allen Seiten vieles herbeiführe, findet er „nicht allzu tadelnswert“, loben aber will er den Kaufmann nur, wenn er sich mit seinem Gewinn gesättigt auf seine Güter zurückzieht. Der bürgerliche Geschäfts- und Erwerbsgeist, der den Kapitalismus kennzeichnet, ist eben erst spät zu gesellschaftlicher Macht gelangt. Er fehlte den typischen Vertretern des vorkapitalistischen Reichtums, aber der „amor habendi“, die Habsucht, wie wir ohne ethisches Urteil übersetzen wollen, war bei diesen nicht weniger intensiv und rege, als bei dem nach jedem Profit haschenden Bourgeois. Und diese wirtschaftliche Habsucht ist ohne Zweifel in jener Zeit die stärkste treibende Macht auch in der politischen Geschichte gewesen. Zahllose Eroberungskriege wurden geführt, nicht um das besiegte Land politisch zu unterwerfen, sondern um den Siegern Landbesitz und Beute an Schätzen zu verschaffen; die Besiegten aber wurden zu Sklaven oder zu Heloten gemacht oder der Ausbeutung durch die Sendlinge des Herrenvolkes überlassen.

Es wäre aber unberechtigt, wenn man in diesen drängenden Besitzinteressen den alleinigen Hebel aller staatlichen und politischen Bewegungen sehen wollte. Das Streben nach Macht als solcher, der Ehrgeiz der Herrschenden, der Nationalstolz der Völker, religiöse Erregungen haben sich als mächtige Faktoren in der Gestaltung der Staatengeschichte erwiesen. Noch weniger kann eine Herrschaft des wirtschaftlichen Elements, der Produktions- oder Besitzinteressen, über die Entwickelung des geistigen Kulturlebens anerkannt werden. Richtig ist nur, daß ein gewisser Grad der wirtschaftlichen Kultur, auf dem die Menschen die primitive Lebensnot des Naturzustandes überwunden haben, erreicht sein muß, ehe die höhere Geistesentwickelung Boden finden kann. Aber Wissenschaft, Kunst, Religion setzen dem Menschen Motive des Handelns und Strebens, die an sich allen wirtschaftlichen Interessen fern stehen. Wenn sich ihnen im einzelnen solche beimischen, so verlieren sie ihre Reinheit, möglicherweise bis zur völligen Entartung ihres Wesens. Gerade in den größten Führern der Entwickelung der geistigen Kultur aber hat sich die Unabhängigkeit von materiellen Interessen am reinsten bewahrt.

Wirtschaftliche Selbstbeschränkung. Außerwirtschaftliche Bedürfnisse.

Überhaupt tritt das ethische Urteil der rein wirtschaftlichen Tendenz entgegen, die darauf hinauslaufen würde, daß der Mensch den Kreis seiner Bedürfnisse immer weiter auszudehnen und sie immer reichlicher zu befriedigen suche. Vielmehr erscheint schon der bloß verstandesmäßigen

Betrachtung eine Selbstbeschränkung im Genußstreben ratsam, und die Weisen aller Zeiten haben stets Mäßigung in der Bedürfnisbefriedigung, wenn nicht gar asketische Enthaltsamkeit empfohlen. Auch die Führer der französischen Revolution schwärmten noch für antike Einfachheit der Sitten und anständige Dürftigkeit. „Die Hütte des Fabricius", rief Robespierre, „hat den Palast des Crassus nicht zu beneiden." Saint-Just pries den Stoizismus und schrieb in seinen Zukunftsplänen für die Jugend eine Lebensweise von mehr als spartanischer Strenge vor. Auch die älteren französischen Kommunisten nahmen einen ähnlichen Standpunkt ein. So sah Mably sein Ideal in der Gesetzgebung des Lykurg. Babeuf stellte für seine kommunistische Gesellschaft kein Schlaraffenleben in Aussicht, sondern es sollten alle gleichmäßig nur einen bescheidenen Lebensunterhalt erhalten. Der heutige Sozialismus erwartet von der kollektivistischen Produktionsweise in Verbindung mit der weiteren Vervollkommnung der technischen Hilfsmittel eine enorme Steigerung des auf den Kopf der Bevölkerung entfallenden Produktionsanteils. Aber selbst wenn diese Kopfquote auf das Doppelte stiege, würden die Luxuserzeugnisse, die gegenwärtig nur einer kleinen Minderheit zugänglich sind, in der gesellschaftlich betriebenen Güterproduktion überhaupt keine Stelle mehr finden können und die allgemeine Lebenshaltung sich doch ungefähr nach den Vorstellungen des von Marx bespöttelten „Kleinbürgers" Proudhon gestalten. Die sozialistische Produktion würde sich zwar quantitativ ausdehnen, aber qualitativ wegen der bei ihr vorauszusetzenden Gleichmäßigkeit der Verteilung des Ertrags doch in engen Schranken gehalten werden.

Nach dem Gesagten ist schon klar, daß die Befriedigung der wirtschaftlichen Bedürfnisse dem Gesellschaftsleben zwar seine materielle Grundlage, aber keineswegs seinen ganzen geschichtlichen und kulturellen Inhalt gibt. Wenn man jede Erfüllung eines menschlichen Zweckes als Befriedigung eines Bedürfnisses bezeichnen will, so mag man das tun, da ein Wortstreit über diese Frage sich nicht lohnt. Aber dann gibt es eben auch andere als wirtschaftliche Bedürfnisse: es gibt innerliche Bedürfnisse, die überhaupt nicht durch äußere Mittel befriedigt werden können, es gibt Bedürfnisse nach Herrschaft und Macht, ferner auch solche nach persönlichen Beziehungen, die weder durch Tausch, noch durch Zwang befriedigt werden können, wie das Bedürfnis nach Freundschaft, Liebe, Ehre, es gibt ethische Bedürfnisse, die den Menschen dazu treiben, mit den schwersten Opfern die Verwirklichung gewisser sittlicher Ideale zu erstreben. Diesen schließen sich auch die idealen Bedürfnisse von sozialem Charakter an, die der Mensch nicht für sich, sondern für andere, und zwar für ganze Gesamtheiten, für seinen Staat, sein Volk oder für die ganze Menschheit empfindet.

Die wirtschaftlichen Bedürfnisse aber beschränken sich auf solche, die durch äußere Mittel, nämlich durch Sachgüter oder Dienstleistungen befriedigt werden. Außerwirtschaftliche Bedürfnisse können allerdings

auch die Veranlassung zur Aufwendung wirtschaftlicher Güter geben und insofern indirekt auch wirtschaftliche Bedürfnisse hervorrufen.

Das wirtschaftliche Prinzip.

Bei der bestehenden Geldwirtschaft ist es nun die Regel, daß der einzelne nicht Güter zur Befriedigung seiner eigenen Bedürfnisse produziert, sondern nur solche, die für den Markt zum Verkauf gegen Geld bestimmt sind, für das er sich seinen eigenen Bedarf an Gütern verschafft. Das Wesen der geldwirtschaftlichen Produktion aber zwingt dazu, daß sie nach dem sogenannten „wirtschaftlichen Prinzip“ betrieben wird, nämlich mit dem Streben, stets möglichst großen Geldgewinn mit dem geringstmöglichen Kostenaufwand zu erzielen. Daher bildet der Erwerbsprozeß in der bestehenden Ordnung einen besonderen Ausschnitt aus dem Gesellschaftsleben, in dem als vorherrschende Triebfeder das wirkt, was man als wirtschaftliches „Selbstinteresse“ zu bezeichnen pflegt. Manche nennen es auch Egoismus, aber in diesem Worte liegt eine sittliche Mißbilligung, die nicht ohne weiteres berechtigt ist. Egoistische Gesinnung und rücksichtslose Erwerbsgier mag in vielen lebendig sein; aber im allgemeinen hat der kapitalistische Warenproduzent oder -Verkäufer, wie auch seine Gesinnung sein möge, in seinem geschäftlichen Handeln gar nicht die freie Wahl, ihm ist ein bestimmter Gang durch die allgemeine Marktlage vorgeschrieben, den er befolgen muß, wenn er rationell wirtschaften und sich nicht ruinieren will. Er kann seine Ware nicht aus bloßem Edelmut unter dem Marktpreis verkaufen, er kann auch für seine Rohstoffe nicht mehr als den Marktpreis bezahlen, und er kann seinen Arbeitern keinen höheren Lohn bewilligen, als seine Mitbewerber, wenn er nicht etwa eine Ausgleichung durch größeren Fleiß der Arbeiter erwarten darf. Handelt er anders, so führt er seinen Betrieb nicht ordnungsgemäß und wird ihn nur mit Opfern und schließlich wahrscheinlich überhaupt nicht mehr aufrecht erhalten können. Dagegen steht es in seinem Ermessen, ob er aus dem regelrecht erworbenen Geschäftsgewinn seinen Arbeitern Zuschüsse gewähren oder gemeinnützige Einrichtungen oder Wohlfahrtsanstalten gründen will. Solche Ausgaben fallen eben in den Bereich der Einkommensverwendung und nicht mehr in den der Produktion und des Erwerbs.

Ein Grundbesitzer der alten Zeit, der mit seinen Sklaven im wesentlichen eine Naturalwirtschaft führte, hatte in Produktion und Ertragsverteilung verhältnismäßig freie Bewegung. Dem kapitalistischen Unternehmer ist eine gebundene Marschroute vorgeschrieben, auf der ihm das Prinzip der Wirtschaftlichkeit als Wegweiser dient.

Aus diesen Erwägungen aber folgt, daß der volkswirtschaftliche Prozeß in seiner gegenwärtigen Gestalt, wenn er zum Gegenstand einer wissenschaftlichen Darstellung gemacht wird, unter dem Gesichtspunkt der Kausalität zu betrachten ist. Das heißt aber keineswegs, daß er sich mit mechanischer Naturgesetzlichkeit vollziehe. Vielmehr setzt er sich zusammen aus menschlichen Handlungen, die mit Bewußtsein und bestimmten Zwecken stattfinden. Aber für den wirtschaftenden Unternehmer ist durch

die rationelle Wirtschaftstechnik seines Betriebes das Verfahren festgelegt, das er zur Erreichung seiner Zwecke befolgen muß. Daher kann man bei der Betrachtung des volkswirtschaftlichen Prozesses in seiner Gesamtheit als Massenerscheinung die subjektiven Vorgänge in dem einzelnen ganz ausschalten und nur das einfache Kausalitätsverhältnis festhalten, das durch die Formel gegeben ist: „wenn dies oder jenes der Fall ist, so geschieht dies oder das". Wenn in Berlin der Wechselkurs auf London über einen gewissen Punkt steigt, so wird Geld aus Deutschland nach England geschickt. Wenn der Kurs der preußischen Konsols in Berlin und Frankfurt um einen gewissen Grad verschieden ist, so finden Arbitragegeschäfte statt, durch die eine Ausgleichung der Kurse herbeigeführt wird. Durch diese kausale Auffassung der volkswirtschaftlichen Tatsachen wird es möglich, sie auf allgemeine Sätze zu bringen, die in ihrem Zusammenhang eine Theorie der Volkswirtschaft darstellen. Aber wenn auch die wirtschaftlichen Massenerscheinungen gewissermaßen unabhängig von dem Willen des einzelnen zustande kommen, so gehen sie doch aus menschlichem Handeln hervor und unterliegen daher auch in ihrer Gesamtheit stets dem ethischen Urteil.

Gesetz und Theorie.

II. Die Methode der Volkswirtschaftslehre. Ein Gesetz im naturwissenschaftlichen Sinne ist eine in allen gleichartigen Fällen gültige Regel für ein einfaches Geschehen. Eine Theorie aber ist die allgemein gültige Ableitung einer ganzen Kategorie von Bewegungs- oder überhaupt Veränderungserscheinungen, die unter sehr verschiedenen Bedingungen stattfinden, aus einer oder mehreren kombinierten Grundannahmen. Gesetz sowohl wie Theorie soll also der abstrakte Ausdruck eines Geschehens sein, der für die Zukunft ebenso wie für die Vergangenheit gilt. Die Gleichheit des Einfalls- und des Reflexionswinkels ist ein optisches Gesetz, die Gesamtheit der optischen Erscheinungen aber, Reflexion, Refraktion, Dispersion, Polarisation usw. wird auf die Undulationstheorie zurückgeführt, nach der das Licht durch die Schwingungen des Äthers entsteht, dem man gewisse Eigenschaften beilegt. So könnte man auch von Gesetzen und von einer Theorie der Volkswirtschaft reden, wenn man imstande wäre, für die einzelnen wirtschaftlichen Vorgänge und für den gesamten volkswirtschaftlichen Prozeß Regeln des Geschehens aufzustellen, die sich auch in der Zukunft bewahrheiten, und zwar in der wirklichen Zukunft, nicht in einer bloß gedachten. Denn wie die Naturwissenschaft nur ein Interesse daran hat, die wirklichen Erscheinungen, nicht die nur unter hypothetischen Voraussetzungen auftretenden, zu erklären, so gilt dies auch von der Volkswirtschaftslehre.

Um zur Erkenntnis eines neuen Gesetzes zu gelangen, wendet die Naturwissenschaft häufig ein rein induktives Verfahren an, d. h. sie vergleicht zwei Reihen von Erscheinungen miteinander und findet dabei, daß beide in einem gewissen regelmäßig hervortretenden Zusammenhang stehen, woraus sie dann schließt, daß diese Regelmäßigkeit sich auch

ferner wiederholen werde. Sie betrachtet indes solche rein empirische Gesetzmäßigkeiten mit großem Mißtrauen und legt ihnen einen erheblichen wissenschaftlichen Wert nur dann bei, wenn es gelingt, sie durch eine aus anderen Gründen als rationell anzusehende Annahme zu erklären, d. h. sie auf eine allgemeinere Theorie zurückzuführen. Die Volkswirtschaftslehre wendet ebenfalls manchmal solche Induktionen an, etwa durch Zusammenstellung statistischer Zahlenreihen, aber die Ermittelung rein empirischer Regelmäßigkeiten auf diesem Wege hat auch für sie nur dann einen Wert, wenn sie eine Erklärung dafür zu geben vermag, die von bekannten oder wenigstens als wahrscheinlich anzunehmenden Motiven des menschlichen Handelns ausgeht.

Methode der Isolierung.

Die abstrakte Methode der Volkswirtschaftslehre oder die „Methode der Isolierung" setzt nun voraus, daß das geschäftliche und erwerbstätige Handeln des Menschen lediglich durch das „wirtschaftliche Prinzip" geleitet werde, und aus diesem allein berücksichtigten Motiv werden die „Gesetze" einer abstrakten Volkwirtschaftstheorie abgeleitet, von der aber zugegeben wird, daß sie mit der konkreten Wirklichkeit vielfach nicht übereinstimmen.

In bezug auf die Methode der Isolierung ist nun zunächst zu bemerken, daß sie der naturwissenschaftlichen keineswegs so nahe steht, wie manche Nationalökonomen glauben. Wenn mehrere Faktoren bei dem Zustandekommen einer Erscheinung zusammenwirken, so sucht die Naturwissenschaft, wenn irgend möglich, diese nicht in Gedanken, sondern wirklich isoliert zu verfolgen, indem sie z. B. das Fallgesetz durch Versuche im luftleeren Raume feststellt. Wenn diese wirkliche Isolierung aber nicht möglich ist, weil die in Betracht kommenden Faktoren kontinuierlich zusammenwirken, so würde man durch ihre gedankenmäßige Isolierung ein ganz falsches Resultat erhalten, wie wenn man z. B. sich die Bewegung eines Geschosses so dächte, daß es eine Zeitlang vermöge seiner ursprünglichen Geschwindigkeit gradlinig fortfliege und dann allein unter der Einwirkung der Schwere zur Erde falle. Sondern die Naturwissenschaft verfährt so, daß sie das Zusammenwirken der verschiedenen Geschwindigkeiten und Geschwindigkeitsänderungen — bei der Flugbahn ist auch noch der Luftwiderstand zu berücksichtigen — allgemein für ein unendlich kleines Zeitelement ausdrückt und durch Integration dieser Differentialgleichung die wirkliche Kurve bestimmt. Eine isolierte Behandlung nur eines Teils der wirkenden Faktoren kommt nur als Einleitung einer besonderen Rechnungsmethode vor, und zwar nur dann, wenn diese Faktoren die wichtigsten sind und bei ihrer alleinigen Berücksichtigung sich schon ein annähernd richtiges Resultat ergibt, das dann durch Zuziehung des Einflusses der übrigen Faktoren korrigiert werden kann. So nimmt man bei der Berechnung der Bewegungen eines Planeten zunächst die durch die Anziehungskraft der Sonne allein bedingte rein elliptische Bahn an und behandelt dann die Einwirkungen der übrigen Planeten als Störungen.

Hier könnte man also eine Analogie mit der Isolierungsmethode in der Volkswirtschaftslehre finden. Dabei ist aber zu beachten, daß die Astronomie nur die Feststellung der wirklichen Bewegung der Planeten als ihre Aufgabe betrachtet, für die sie dann auch ihre Tabellen vorausberechnet. So kann auch eine nach der Isolierungsmethode entwickelte, von der Wirklichkeit abweichende Theorie der Volkswirtschaft nicht als Selbstzweck, sondern nur als Ausgang für genauere Feststellungen und für Berichtigungen angenommen werden. Wieweit sie aber dazu geeignet ist, hängt ab 1. von der Art, wie das wirtschaftliche Motiv das wirtschaftliche Handeln der Menschen in Wirklichkeit leitet und bestimmt, und 2. von den Grenzen, in denen wirklich gleichartige äußere Bedingungen und Umstände sich im Wirtschaftsleben wiederholen. Das Selbstinteresse mag in einem Geschäftsmann sehr rege sein, aber er kann sehr leicht irren in dem zur Erzielung eines möglichst großen Gewinns einzuschlagenden Wege. Von zwei sich gegenüberstehenden Spekulanten muß ja immer der eine mit seinen Voraussetzungen notwendig im Irrtum sein. Die Zahl der Irrenden kann sogar die Mehrheit bilden, und dann wird die Voraussetzung der Theorie auch nicht annähernd bestätigt. Häufig ist es auch Mangel an Entschlußfähigkeit, Indolenz oder Bequemlichkeit, was die erwartete Betätigung des Selbstinteresses verhindert. Namentlich tritt das wirtschaftliche Prinzip in dem Verhalten der Konsumenten bei der Verwendung ihres Einkommens oft gänzlich zurück. Daher kann es z. B. vorkommen, daß ein Verbrauchsgegenstand von einem Zoll oder einer städtischen Eingangsabgabe befreit wird, ohne daß sein Preis entsprechend sinkt.

Das wirtschaftliche Prinzip ruft demnach als Motiv bei verschiedenen Personen keineswegs immer das gleiche Handeln hervor, kann also mit einer stets gleichmäßig wirkenden Naturkraft gar nicht verglichen werden. Immerhin aber ist zuzugeben, daß im Großbetrieb von Produktion und Handel dieses Prinzip im ganzen maßgebend ist und richtig angewandt wird. Es ist ja nichts anderes, als das Prinzip der rationellen Geschäftsführung, das lediglich eine wirtschaftstechnische Bedeutung hat und auch von denjenigen befolgt wird, die, wie etwa die Direktoren einer Aktiengesellschaft, ein Unternehmen im Auftrage anderer und nicht unmittelbar im eigenen Interesse leiten.

Realistische Theorie.

Aber für die volkswirtschaftliche Theorie bleibt dann noch immer die Frage bestehen, unter welchen Bedingungen und welchen Umständen das leitende Motiv im einzelnen seine Wirkung ausübt. Die abstrakte Theorie macht in betreff der gesellschaftlichen Ordnung nur einige ganz allgemeine Voraussetzungen: persönliche Freiheit der Wirtschaftenden, unbeschränktes Eigentumsrecht, unbeschränkte Vertragsfreiheit, unbeschränkte Gewerbefreiheit, unbeschränkte Konkurrenz. Die realistische Theorie dagegen sucht möglichst genau den konkreten Erscheinungen zu folgen. Sie hätte daher zunächst auch auf die tatsächlich in allen Kultur-

ländern mehr oder weniger bestehenden Beschränkungen der wirtschaftlichen Bewegung, wie Schutzzölle, Arbeiterschutzgesetzgebung, Beschränkung der Ausübung gewisser Berufe oder Gewerbe, Rücksicht zu nehmen. Aber auch wenn sie von der Annahme der vollen wirtschaftlichen Freiheit ausginge, so würde sie doch nicht bei dem von der abstrakten Theorie eingehaltenen Verfahren stehen bleiben können. Denn diese betrachtet auch die wirtschaftlichen Vorgänge nur in ihren allgemeinsten Kategorien, nicht in ihrer wirklichen Mannigfaltigkeit und gelangt daher zu „Gesetzen“, die unter gewissen in der Wirklichkeit heute vorkommenden Bedingungen gar nicht zutreffen. So wird z. B. gesagt, der Zinsfuß bestimme sich einfach durch das Verhältnis von Kapitalnachfrage zu Kapitalangebot, und er habe die Tendenz, sich für gleich sichere Kapitalanlagen rasch auszugleichen. Daher galt es früher als ein „Gesetz“, daß der Diskontsatz der großen Zentralbanken zweier Nachbarländer nie lange verschieden bleiben könne, sondern daß die Erhöhung desselben bei der einen Bank bald auch die gleiche Maßregel seitens der anderen nach sich ziehen müßte. Denn aus dem Lande mit dem niedrigen Diskont werde das leicht bewegliche Kapital nach dem anderen abfließen, wodurch in jenem ebenfalls Geldknappheit fühlbar werde, in dem letzteren aber ein Druck auf den Zinsfuß ausgeübt werde. Trotz dieser theoretisch richtigen Deduktion hat aber schon mehrere Male längere Zeit und neuestens fast ununterbrochen seit mehr als einem Jahre der Diskont der französischen Bank 1—2 Prozent niedriger als der der englischen und 2—3$^1/_2$ Prozent niedriger als der der Reichsbank gestanden. Die realistische Theorie aber muß nicht nur auf Grund der Erfahrung die Möglichkeit solcher Abweichungen von der abstrakten Voraussetzung feststellen, sondern auch die Ursachen derselben zu ermitteln suchen. Auch die oben beispielsweise aus dem Prinzip der rationellen Geschäftsführung abgeleiteten, schon mehr konkreten Sätze treffen nicht allgemein und ausnahmslos zu. Nur wenn ein Land effektive Goldwährung mit einem genügenden Goldvorrat besitzt, wird durch das Steigen der ausländischen Wechselkurse schließlich eine Versendung von Gold verursacht; andernfalls aber führen die dauernd steigenden Wechselkurse zur Einstellung der Barzahlungen und zur Papiergeldwirtschaft. Es kann auch eine merkliche Differenz des Kurses desselben Papiers an verschiedenen Börsen bestehen bleiben, wenn die Arbitragegeschäfte durch eine Börsensteuer beschränkt sind.

Veränderlichkeit der äußeren Bedingungen.

Die realistische Theorie ist also zu einer kasuistischen Zerlegung des Beobachtungsmaterials genötigt, wodurch der Geltungsbereich ihrer Sätze eingeengt, die Anwendbarkeit derselben auf künftige Fälle aber erhöht wird. Die Theorie muß daher in die Methoden und Formen des Geschäftsbetriebs eindringen, um genügende Kenntnis von der möglichen Mannigfaltigkeit der Erscheinungen zu erhalten. Hier schließt sich nun auch die Beantwortung der Frage an, wiefern gleichbleibende Be-

dingungen für das Walten des wirtschaftlichen Prinzips zu erwarten sind. Die allgemeine Rechtsordnung bleibt für die in Betracht kommenden Zeitstrecken meistens unverändert, und die Wirkung neuer wirtschaftspolitischer Gesetze und Maßregeln kann in der Regel mit genügender Genauigkeit in Rechnung gezogen werden. Schwierig aber ist die Erkennung und Beurteilung der Folgen aus der in unserer Zeit rasch fortschreitenden Änderung des allgemeinen Charakters, der Formen und entscheidenden Kräfte des Wirtschaftslebens, aus seiner immer steigenden Intensität, aus der immer mehr zunehmenden Solidarität der Weltwirtschaft, den unausgesetzten Fortschritten der Technik, der zunehmenden Konzentrierung des Kapitals, der wachsenden Organisationen der Arbeiterklasse, der neuen kapitalistischen Organisationen. Aus solchen Ursachen findet eine so schnelle Veränderung der das wirtschaftliche Handeln bestimmenden Bedingungen statt, daß die Grenzen der Gültigkeit eines Satzes heute ganz andere sein können, als vor zehn oder zwanzig Jahren. Für die Preisbildung wichtiger Waren im Großverkehr ist z. B. in der neuesten Zeit die Kartellbildung in ihren mannigfaltigen Formen ein Faktor von mächtigem Einfluß geworden. Früher hielt man es einfach für unmöglich, daß die Vereinbarung einer größeren Zahl von Produzenten über Beschränkung oder Aufhebung ihrer Konkurrenz Bestand haben könnte. So ist auch der Einfluß der großen, mit vielen Millionen, nicht mit leeren Händen, operierenden Spekulation auf die Preise heute weit größer, als je zuvor, weil eben heute unvergleichlich mehr Millionen, namentlich in Amerika, mit solchen Spekulationen beschäftigt sind. Was kann uns unter solchen Umständen die schöne und bequeme abstrakte Theorie von der Bestimmung der Preise durch die Produktionskosten unter gleichbleibenden oder unter den ungünstigsten Bedingungen über die wirkliche der Preisbildung lehren? In den Jahren 1887 bis 1907 hat sich der Preis des Kupfers z. B. fortwährend in einem Zickzack mit riesigen Ausschlägen zwischen 39 und mehr als 100 Pfd. Sterl. für die Tonne und allein im Laufe des Jahres 1907 zwischen 109 und 57 Pfd. bewegt. Gewiß, auch die Produktionskosten spielen eine wichtige Rolle bei der Preisbildung, aber die angeführten Zahlen beweisen, daß auch noch andere sehr mächtige Einflüsse mit im Spiele sind, und daß die wirklichen Preise nicht etwa nur in mäßigen Grenzen um die aus den Produktionskosten abgeleiteten theoretischen Normalhöhe schwanken.

Man muß also vor allem die für einen wirtschaftlichen Vorgang wesentlichen Bedingungen *kennen*, und man wird dann auch beurteilen können, welche Veränderungen sie gegenwärtig im Vergleich mit einer näheren oder entfernteren Vergangenheit erfahren haben. Kennt man ferner die den Umständen sich anpassenden Methoden der rationellen Geschäftsführung, so wird man die *möglichen Gestaltungen* der volkswirtschaftlichen Vorgänge — aber nicht ihren konkreten Verlauf — annähernd richtig voraussehen können. Es ist dabei gar nicht nötig, noch besonders auf das

Wirtschaftlichkeitsprinzip zurückzugreifen, denn dieses ist der rationellen Geschäftsführung ja ohnehin immanent.

Abstraktes Schema und konkrete Berichtigung.

Die volkswirtschaftliche Theorie sagt also nicht, wie etwa die astronomische, bestimmte Erscheinungen voraus, sondern sie ist eine Voraussagung realisierbarer Möglichkeiten in der Form: „wenn die verschiedenen möglichen Umstände eintreten, so wird dieses oder jenes geschehen". Welche Umstände oder Bedingungen aber eintreten werden, kann sie nicht voraussehen, ihr Wert für die Erkenntnis der Wirklichkeit beruht nur darauf, daß die von ihr aufgestellten Bedingungssätze richtig sind und möglichst viele Fälle umfassen. Diese Theorie beruht also auf vielseitiger Kenntnis der tatsächlichen wirtschaftlichen Zustände und Vorgänge. Jedoch kommt in ihr auch die Abstraktion zu ihrem Recht, nur darf diese nicht als bequemer Ersatz für die Kenntnis der wirklichen Tatsachen dienen. Die volkswirtschaftlichen Erscheinungen sind so mannigfaltig und verwickelt, daß man, um sich in ihnen zurecht zu finden, ihre Bewegungen zunächst, so gut es geht, auf gewisse allgemeine Grundzüge zurückzuführen suchen muß. Das geschieht einesteils durch Abstraktion von der Fülle von Einzelheiten und anderseits durch eine Art Intuition in den durch den wirtschaftlichen Rationalismus gegebenen Zusammenhang der Erscheinungen. Aber dieses abstrakte Schema ist gar nicht als ein selbständiges System aufzustellen, sondern es dient nur als methodologischer Leitfaden für die Darstellung der in der Wirklichkeit möglicherweise auftretenden Kombinationen. So mag man von der Preisbestimmung durch die Produktionskosten ausgehen, aber es ist sofort festzustellen, daß diese Basis durch Spekulation, Kartellbildung und andere Einflüsse nicht nur ausnahmsweise, sondern bei vielen Waren unausgesetzt fast bis zur Unmerklichkeit zurückgedrängt wird. Eine solche kasuistische Behandlung der volkswirtschaftlichen Vorgänge ist, wenn auch nur mit kurzen Hinweisen, auch schon in ganz elementaren Darstellungen der Volkswirtschaftslehre erforderlich, damit der Leser sich keinen Illusionen über die Bedeutung hingebe, die die abstrakten „Gesetze" der Volkswirtschaft für die Erkenntnis der Wirklichkeit besitzen.

Geschichtliche Betrachtung des Wirtschaftslebens. Historische Methode.

Die Theorie gibt uns Einfluß in den inneren Zusammenhang der volkswirtschaftlichen Bewegungen unter bestimmten Bedingungen. Diese Bedingungen sind zunächst die in der Gegenwart gegebenen, von denen wir annehmen können, daß sie auch in der nächsten Zukunft noch ohne wesentliche Änderungen fortbestehen werden. Blicken wir aber auf die Vergangenheit zurück, so unterscheiden wir Perioden, in denen sowohl die Verschiedenheit der gesellschaftlichen Institutionen, wie auch die der privatwirtschaftlichen Organisation und des Entwickelungsgrades der wirtschaftlichen Faktoren eine von den früheren, wie von den späteren abweichende, eigenartige Gestaltung des Wirtschaftslebens erzeugt hat. Für jede Periode könnte man auch eine Theorie aufstellen, die aber um so einfacher wird, je weiter man zeitlich zurückgeht. Die Theorie des

volkswirtschaftlichen Prozesses in seiner gegenwärtigen Gestalt kann nach der angedeuteten Methode ganz selbständig für sich behandelt werden, aber die tiefere wissenschaftliche Auffassung desselben verlangt auch die Kenntnis der geschichtlichen Entwickelung des wirtschaftlichen Gesellschaftslebens, dessen historische Formen eine zusammenhängende Kette bilden. Es handelt sich dabei nicht um eine bloß kulturgeschichtliche Betrachtung, sondern auch um eine dynamische Untersuchung geschichtlicher Ereignisse, aus denen ebensowohl, wie aus statistischen Erfahrungen der Gegenwart, gewisse allgemeine Schlüsse gezogen werden können. So erfahren wir, wie Staats- und Gesellschaftsordnung bestimmend auf die wirtschaftlichen Vorgänge einwirken, in welchem Maße sich das Wirtschaftsleben den gesellschaftlichen Institutionen anpaßt, wie mannigfaltig die möglichen äußeren Formbedingungen sind, unter denen es, oft im Widerspruch mit rationalistischen Theorien, noch immer leidlich bestehen kann. Anderseits aber sehen wir auch, wie die wirtschaftliche Produktionsweise auf die gesellschaftliche Ordnung zurückwirkt, wie insbesondere die Produktionstechnik, je höher und je mächtiger sie sich entwickelt, nicht nur auf die Wirtschaftsformen, sondern mittelbar auch auf Staat und Gesellschaft überhaupt einen durchgreifenden, wenn auch nicht im Marxschen Sinne alleinherrschenden Einfluß gewinnt. Man spricht auch wohl von „Entwickelungsgesetzen", die sich aus der Wirtschaftsgeschichte erkennen lassen. Im naturwissenschaftlichen Sinne ist dieses Wort jedoch hier nicht anwendbar. Denn in diesem Sinne ist ein Gesetz, wie schon oben gesagt, eine Regel für ein sich gleichmäßig wiederholendes Geschehen. So kann man von einem Entwickelungsgesetz des menschlichen Embryos sprechen, da dessen Entwickelung in allen normalen Fällen im wesentlichen den gleichen Verlauf nimmt. In der Geschichte der menschlichen Gesellschaft dagegen kehren niemals wirklich gleiche Phasen wieder. Man kann wohl Ähnlichkeiten finden, die allenfalls unter gewisse gemeinsame abstrakte Begriffe gebracht werden können, aber diese Begriffe sind dann so stark ausgeleert, daß aus ihnen keine Erweiterung unserer wirklichen Erkenntnis zu gewinnen ist. Von einer Gesetzlichkeit in der nur einmal vorhandenen und eine einzigartige Erscheinungsreihe bildenden Wirtschaftsentwickelung der Kulturwelt kann man also nur insofern reden, als man sie einer bloß zufälligen Aufeinanderfolge von Zuständen entgegenstellen und ausdrücken will, daß die einzelnen Phasen dieser Entwickelung durch eine aus motiviertem menschlichen Handeln hervorgegangene Kausalität miteinander verbunden sind. Jede hat die folgende in erkennbarer Kausalität hervorgebracht, aber eine allgemein gültige Formel, aus der sich alle Glieder dieser Reihe ableiten ließen, kann nicht aufgestellt werden, und daher kann auf Grund dieser geschichtlichen Betrachtung auch nichts über den Gang der Entwickelung in der Zukunft ausgesagt werden, so kühn sich auch die sozialistischen Theoretiker in Prophezeiungen ergehen. Es besteht kein Gegensatz zwischen der realistischen — immer auch Abstraktionen zu Hilfe nehmenden —

Methode und der historischen, sondern jede bildet die notwendige Ergänzung der anderen. Der volkswirtschaftliche Prozeß der Gegenwart kann nur aus dem erfahrungsmäßigen Studium der gegenwärtigen wirtschaftlichen Bewegungen auf wissenschaftliche Formeln gebracht werden, wobei unter Gegenwart der Zeitraum zu verstehen ist, während dessen die Volkswirtschaft ihren jetzigen spezifischen Charakter und im wesentlichen ihre jetzigen Grundlagen und Bedingungen hatte. Aber wie ein Volk nicht nur als die Gesamtheit der gegenwärtig lebenden Personen aufzufassen ist, so ist auch das Wirtschaftsleben der Kulturwelt nicht als eine temporäre, vorübergehende Erscheinung zu betrachten, sondern als eine ständige Lebensbetätigung der menschlichen Gesellschaft, die auch ihrem allgemeinen Wesen nach zu erforschen und zu begreifen ist. Nur dadurch wird es möglich, die wirtschaftlichen Erscheinungen von einem höheren Standpunkt zu beurteilen, als dem der unmittelbar beteiligten Interessen.

Juristische und volkswirtschaftliche Begriffe. Der Geldbegriff als Beispiel.

Wie zu der Geschichte, so steht die Volkswirtschaftslehre auch zu der Rechtswissenschaft in naher Beziehung. Sie betrachtet aber die Rechtsordnung nicht nach ihrer formalen Seite, sondern nur nach ihrem wirtschaftlichen Zwecke und in ihrer Wechselwirkung mit dem vorwärtsflutenden wirtschaftlichen Leben. Daher ist ihre Methode, auch soweit sie denselben Stoff behandelt, wie die Rechtswissenschaft, von der der letzteren verschieden. Sie hat nicht ein statisches System aus festen Begriffen aufzubauen, sondern das ihr vorliegende Problem ist ein dynamisches. Sie faßt ebenfalls gleichartige Erscheinungen unter bestimmten Begriffen zusammen, und es ist für sie ebenso unumgänglich, wie für die Rechtswissenschaft, die begrifflichen Unterscheidungen so weit zu führen, als es die wissenschaftliche Beherrschung der Erscheinungen verlangt. Aber die Volkswirtschaftslehre stellt diese Begriffe nicht auf, um aus ihnen Konsequenzen und wissenschaftliche Deduktionen zu ziehen, sondern sie sollen nur Namen sein für die typischen wirtschaftlichen Erscheinungsgruppen, deren gegenseitige Beziehungen nicht aus ihren Begriffen abgeleitet, sondern durch Beachtung und Erfahrung ermittelt werden. Scharfe Grenzen sind häufig zwischen den verwandten Erscheinungsgruppen nicht vorhanden, und man kann oft mit gleicher Zweckmäßigkeit an verschiedenen Stellen den trennenden Einschnitt machen. Die spezifisch volkswirtschaftlichen Begriffe sind eben nicht, wie die juristischen, durch das Gesetz oder durch Ableitung aus dem geltenden Recht festgelegt, sondern sie beruhen vielfach nur auf einer gewissermaßen konventionellen Einigung. Diese ist noch keineswegs vollständig erreicht, und daher besteht bei verschiedenen Schriftstellern selbst in den Definitionen wichtiger Grundbegriffe keine Übereinstimmung. Unbedingt aber muß natürlich gefordert werden, daß jeder die einmal angenommenen Definitionen streng festhalte.

Juristische Unterscheidungen in wirtschaftlichen Begriffen haben auch eine wirtschaftliche Tragweite und müssen daher auch von der Volkswirtschaftslehre beachtet werden. Aber in der Regel macht sich diese Trag-

weite nur in besonderen Fällen, insbesondere bei Streitigkeiten, nicht aber im gewöhnlichen Verkehr bemerklich. Daher läßt die Volkswirtschaftslehre die feineren Unterschiede manchmal außer Betracht und faßt ihre Gruppen namentlich nach der Gleichartigkeit der von deren Gliedern ausgehenden Wirkungen zusammen. So bestehen juristisch zwischen Währungsmünzen, Scheidemünzen und Reichskassenscheinen sehr erhebliche Unterschiede. Die silbernen Scheidemünzen haben eine bis zum Betrage von 20 Mark, die Reichskassenscheine haben überhaupt keine gesetzliche Zahlungskraft. Dennoch aber werden die letzteren im gewöhnlichen Verkehr in beliebig hohen Summen unbeanstandet in Zahlung genommen, und auch die Silberscheidemünzen werden weit über ihre gesetzliche Zahlungskraft hinaus verwendet. Für das Publikum fallen diese Zahlungsmittel unterschiedslos unter den Begriff „Geld“, und man schließt tatsächlich auch noch die Banknoten mit ein, da im Geschäftsverkehr Zahlung in solchen allgemein als Barzahlung angesehen wird. Aber auch die Volkswirtschaftslehre operiert mit einem solchen weiten Geldbegriff, wenn es sich um die Erforschung der wirtschaftlichen Wirkungen des Geldes überhaupt, der Ursachen der Geldknappheit, der Geldkrisen, der Geldentwertung handelt. So kommt es denn auch, daß es in der Volkswirtschaftslehre keine allgemein anerkannte, einheitliche Definition des Geldes gibt. Es steht jedem frei, diesen Begriff so zu bestimmen, wie er es für seinen besonderen wissenschaftlichen Zweck am geeignetsten findet. Es ist ihm nicht verwehrt, die grammatisch etwas kühn formulierte Definition von F. W. Walker anzunehmen: „Money is, what money does“, Geld ist alles, was wirtschaftlich wie Geld wirkt. Dann gehören also auch z. B. private Banknoten zum Gelde, und es ist nicht abzusehen, weshalb auch nicht Schecks, überhaupt jede auf Geld lautende übertragbare Repräsentation liquider Kaufkraft dazu gerechnet werden sollten. Andere betrachten es als wesentlich für das Geld, daß es ein vom Staate ausgegebenes Zahlungsmittel sei. Aber dann kann man auf die Goldkronen von 1857 hinweisen, die von Preußen in beträchtlicher Menge ausgegeben, aber nicht nur keinerlei gesetzliche Zahlungskraft hatten, sondern auch von den preußischen Staatskassen nicht in Zahlung genommen wurden. Waren sie dennoch Geld? Knapp muß dies bestreiten, denn er sieht das spezifische Merkmal des Geldes nicht darin, daß es vom Staat ausgegeben, sondern darin, daß es von den öffentlichen Kassen angenommen wird. Als Geld im Rechtssinne betrachtet G. Hartmann nur das unbeschränkt gültige gesetzliche Zahlungsmittel, das „eventuell letzte Lösungsmittel für alle Obligationen und obligationsartige Verhältnisse“. Dann aber ist auch uneinlösliches Papiergeld mit Zwangskurs in diesem Sinne echtes Geld, während die orthodoxen Metallisten in diesem nur eine verwerfliche Entartung des Geldes sehen und als wahres Geld nur das anerkennen, das seinen vollen Wert in seinem Metallgehalt in sich trägt, durch die Prägung nur eine Beglaubigung dieses Gehalts erhält und einer gesetzlichen Anerkennung seiner unbeschränkten Zahlungskraft gar nicht

bedarf. Man braucht sich über diese Verschiedenheiten der Auffassung keine Sorgen zu machen. Die verschiedenen Formen der vorhandenen Umlaufs- und Zahlungsmittel müssen jedenfalls fest bestimmt und unterschieden werden; weiter aber ist es nur eine Frage der Zweckmäßigkeit, welche von ihnen man von einem besonderen Standpunkt unter dem Begriff des Geldes zusammenfassen will. Wenn aber die Rechtsfrage ins Spiel kommt, so muß wieder auf strenge begriffliche Unterscheidungen zurückgegangen werden. Nachdem die Taler jetzt aus dem Umlauf verschwunden sind, kann jeder Besitzer von Reichsbanknoten, wenn er auf seinem Schein besteht, von der Bank verlangen, daß sie ihm, mit Ausnahme von 20 Mark in Silberscheidemünzen, in deutschen Goldmünzen eingelöst werden. So mag auch jeder Nationalökonom Fabrik und Handwerk unterscheiden, wie es ihn gutdünkt, aber wenn es sich um die Anwendung der Fabrikgesetzgebung handelt, muß eine unzweideutige Bestimmung des Begriffs der Fabrik gegeben sein. Ebenso kann man verschiedener Meinung sein, ob gewisse Einnahmen zum Einkommen zu rechnen sind oder nicht, aber wenn eine Einkommensteuer erhoben werden soll, muß der Begriff des Einkommens genau fixiert sein.

Da übrigens jeder Mensch durch seine Tätigkeit oder seine Interessen mit dem wirtschaftlichen Leben verflochten ist, so sind ihm auch die der Sprache des Alltagsverkehrs entnommenen wirtschaftlichen Begriffe geläufig. Für die wissenschaftliche Verwendung bedürfen diese natürlich einer Präzisierung, aber es ist nicht nötig, daß man bei der Darstellung der Volkswirtschaftslehre bei dem Leser eine vollständige Unkenntnis der wirtschaftlichen Dinge voraussetze und allgemein gebräuchliche Ausdrücke vermeide, bevor man sie mit bestimmter Definition gleichsam offiziell eingeführt hat. Man kann also ohne Bedenken von vornherein von Geld, Preis, Einkommen, Zins usw. sprechen, wenn man weiß, daß diese Wörter in dem gegebenen Fall nicht zu Mißverständnissen oder Irrtümern führen, wobei aber die spätere genauere Bestimmung ihrer Bedeutung vorbehalten bleibt.

Volkswirtschaftspolitik.

Die theoretische Volkswirtschaftslehre, die den inneren Zusammenhang und die Wechselwirkungen der wirtschaftlichen Erscheinungen in allgemeinen Zügen darlegt, setzt zunächst nur die allen Kulturländern gemeinsame Grundlagen der Rechtsordnung voraus. Die positive Gesetzgebung der einzelnen Staaten enthält aber auch mehr oder weniger eingreifende Vorschriften, durch die die wirtschaftliche Bewegung des einzelnen beschränkt oder in bestimmte Richtungen geleitet wird. Dadurch wird der Theorie eine Art Ersatz des den Naturwissenschaften zur Verfügung stehenden Experiments geboten, nur daß die volkswirtschaftlichen Experimente nicht von den Vertretern der Wissenschaft, sondern vom Staate mittels der wirtschaftlichen Gesetzgebung veranstaltet werden. Die Wissenschaft aber hat den Verlauf zu beobachten und ihre Schlüsse aus den Beobachtungen zu ziehen. Die Spezialforschung ist hier ganz

auf die Wirtschaftsgeschichte und die wirtschaftliche Statistik angewiesen. Aber aus diesen Forschungen ergeben sich gewisse allgemeine Erfahrungssätze, die wieder in die theoretische Volkswirtschaftslehre gehören, denn diese soll eben die Erkenntnis des wirtschaftlichen Prozesses auch unter den in der Wirklichkeit gegebenen konkreten Bedingungen gewähren. Jene Erfahrungssätze über die Wirkungen staatlicher Maßregeln gestatten nun aber auch vielfach Nutzanwendungen auf die Zukunft, und dadurch wird der Volkswirtschaftslehre auch eine praktische Aufgabe gestellt. Es zweigt sich von ihr ein besonderer Teil als Volkswirtschaftspolitik, als volkswirtschaftliche Kunstlehre ab. Als politische Wissenschaft ist die Volkswirtschaftslehre berufen, über wirtschafts- und sozialpolitische Maßregeln zu urteilen, gewisse als nützlich zu empfehlen, von anderen warnend abzuraten. Diese Urteile sind zu gründen auf die objektivere Verwertung der wissenschaftlichen Erfahrungen, unabhängig von dem Einfluß der sich durchkreuzenden Einzelinteressen. Mit voller Sicherheit können sie allerdings selten abgegeben werden, weil das Verhältnis von Ursache und Wirkung in den beobachteten Tatsachen häufig nicht genau erkannt werden kann. So ist es z. B. nicht möglich, den Einfluß einer Zolländerung auf die Warenpreise mit Bestimmtheit festzustellen. Auch sind die Vertreter der Wissenschaft häufig selbst nicht frei von unbewußten subjektiven Vorurteilen. Prinzipiell aber darf der leitende Gedanke für die Wissenschaft nur der eine sein: möglichst wirksame Förderung des allgemeinen Wohles. Freilich besteht nicht immer Einstimmigkeit über das, was in einem gegebenen Falle als das wahre Interesse der Gesamtheit anzusehen sei. Es können sich daher auch wissenschaftliche Parteien über solche Fragen in gutem Glauben widersprechen. Unbedingt aber ist es geboten, daß die Wissenschaft sich frei halte von dem Einflusse von Interessentengruppen, die ihre Sache auch unter wissenschaftlicher Flagge geführt sehen möchten. Tatsächlich steht ja die Wirtschaftspolitik in allen Staaten überwiegend unter der Herrschaft von Parteien mit wirtschaftlichen Sonderinteressen. Ist eine allein nicht mächtig genug, um selbständig ihren Willen durchzusetzen, so verbindet sie sich mit einer anderen zu einer gemeinschaftlichen Taktik. Die Wissenschaft muß sich unter solchen Umständen begnügen, zu lehren, was nach ihrer objektiv begründeten Überzeugung „sein sollte“, und ihre Lehre wird auf die Dauer doch nicht ohne Wirkung bleiben, namentlich nicht, wenn es sich um sozialpolitische Fragen handelt, die nicht nur eine wirtschaftliche, sondern auch eine ethische Bedeutung besitzen. Die Streitfrage zwischen Freihandel und Schutzzoll läßt das sittliche Empfinden unberührt, aber der übermäßigen Ausnutzung kindlicher Fabrikarbeiter ist in allen Kulturländern durch die Macht des von der Wissenschaft geweckten öffentlichen Gewissens ein Ende gemacht worden. Eben dieser ethischen Einwirkung der Wissenschaft ist es auch zu danken, daß die Förderung des Gemeinwohls heute als gleichbedeutend gilt mit der Verbesserung

der Lage der die große Masse der Bevölkerung bildenden besitzlosen Arbeiterklasse.

Künftige Entwickelung.

Die Wissenschaft hat nicht die Aufgabe, einen idealen Zustand der Volkswirtschaft als Endziel aufzustellen, und auch für die Wirtschaftspolitik handelt es sich immer nur darum, den nächsten richtigen Schritt nach vorwärts zu tun. Dabei werden Fehlschritte sich nicht vermeiden lassen, denn der Weg muß erst durch Erproben gefunden werden. Das aber bringt keinen dauernden Schaden, wenn nur wissenschaftliche Erkenntnis und soziales Pflichtbewußtsein stets in aufrichtigem Streben nach dem, was sie für das Beste halten, zusammengehen. Die sich sträubenden Sonderinteressen werden den Fortschritt verlangsamen und vielleicht zeitweise hemmen. Aber diese Interessen sind in der Zeit veränderlich, sie stehen vielfach untereinander in Gegensätzen, und ihre Gruppierung zu gemeinsamem Handeln unterliegt mannigfachem Wechsel. Das wissenschaftlich geleitete Streben des sozialen Gemeinsinns dagegen wirkt stetig fort in gleicher Richtung und kann aus jeder Uneinigkeit der Gegner, aus jedem Erlahmen ihres Widerstandes Gewinn ziehen. Das Drängen der zu politischer Macht gelangten Arbeitermasse kann ohne Zweifel zur Beschleunigung der Entwickelung beitragen. Die deutsche Sozialdemokratie aber, die sich der bestehenden Gesellschaftsordnung gegenüber einfach ablehnend verhält und ihren Blick auf ein von der Phantasie konstruiertes Zukunftsideal gerichtet hält, steht in praktischen Erfolgen unzweifelhaft hinter der englischen und amerikanischen Arbeiterbewegung zurück, die nicht über die kapitalistische Produktionsweise spekuliert, sondern diese hinnimmt und sich bemüht, ihre ökonomische Macht dem Kapital gegenüber zu erhöhen und dadurch eine der Arbeit günstigere Verteilung des Produktionsertrags zu erwirken. Aber auch diese praktische Arbeiterpolitik wird abirren und Erschütterungen und Krisen hervorrufen, wenn sie nicht mit der wissenschaftlich geleiteten, von jedem Klasseninteresse unabhängigen Sozialpolitik in Fühlung bleibt und sich von ihr in den rechten Grenzen halten läßt. Wie in jedem einzelnen Menschen egoistische und sittliche Motive zusammenwirken und eine bald mehr nach der einen, bald mehr nach der anderen Seite hinneigende Resultierende hervorbringen, so vollzieht sich auch die weitere Entwickelung der sozialen Ordnung nicht unter der Herrschaft eines einheitlichen Antriebs, sondern durch die Vereinigung des durch die Arbeitermasse repräsentierten Machtfaktors mit der Zwecksetzung durch die objektive Vernunft, und gesicherter Fortschritt wird immer nur so weit zu erreichen sein, als diese die oberste Leitung behält.

Die möglichst vollständige theoretische Einsicht in den volkswirtschaftlichen Prozeß in seiner gegenwärtigen, auf kapitalistischer Produktionsweise und hochentwickelter Geldwirtschaft beruhenden Gestaltung bleibt stets die notwendige Voraussetzung für die richtige Beurteilung der wahrscheinlichen Folgen wirtschafts- und sozialpolitischer Einwirkungen. Die

Theorie der heutigen Volkswirtschaft aber dreht sich um die beiden Hauptfragen: Wie kommen die in Geld ausgedrückten Preise der Waren zustande? und Wie erhalten die einzelnen ihr in Geld ausgedrücktes Einkommen? Die Produktion kommt also hier nur als Erzeugung von Geldwert in Betracht, und das Einkommen besteht nicht in einem unmittelbaren Anteil an den fertig werdenden Konsumtionsgütern, sondern es fällt als Lohn, Gewinn oder Rente in der Form von Geld auf den verschiedenen Produktionsstufen der im Entstehen begriffenen Waren ab, und dieses Geldeinkommen dient dazu, die Konsumtionsgüter zu kaufen, deren Produktionsperiode mehr oder weniger weiter in die Vergangenheit zurückreicht. Wie unter solchen Umständen ein Gleichgewicht zwischen Produktion und Konsumtion, Angebot und Nachfrage bestehen, wie dieses zerstört werden und die Störung wieder überwunden werden kann, das sind die schwierigsten Fragen, mit denen die Volkswirtschaftstheorie sich zu befassen hat.

Der Kreislauf der Volkswirtschaft.

Die Nützlichkeit.

I. Der Wert. Die besondere Beziehung der Güter als solcher zum Menschen nennen wir Nützlichkeit, indem wir unter dieser Bezeichnung jede Art von Brauchbarkeit für irgendeinen menschlichen Zweck verstehen. Entsprechend der Unterscheidung der Güter in unmittelbare und mittelbare oder in Konsumtions- und Produktionsgüter erscheint auch die Nützlichkeit als eine unmittelbare oder als eine mittelbare. Nützlichkeit ist ein Relationsbegriff, keine Eigenschaft der nützlichen Sache an sich, sondern nur auf einem menschlichen Urteil beruhend. Allerdings sind es bestimmte Eigenschaften der Sachen, die ihre Nützlichkeit begründen, und daher kann man die relative Nützlichkeit verschiedener Güterarten, die demselben Zwecke dienen, nach dem Maße der für ihre Nützlichkeit entscheidenden Eigenschaft vergleichbar ausdrücken. So kann man z. B. sagen: a Zentner Braunkohlen haben als Heizstoff dieselbe Nützlichkeit wie b Zentner Steinkohlen. Es wird also hier angenommen, daß das Urteil über die Nützlichkeit der Kohlen nur durch ihre Heizkraft bestimmt werde, was auch im allgemeinen, aber doch nicht in allen einzelnen Fällen zutreffen wird, da manche die Steinkohlen auch aus anderen Gründen den Braunkohlen in stärkerem Verhältnis als b : a vorziehen werden. So kann man auch die verschiedenen Nahrungsmittel nach ihrem Gehalt an Eiweiß, Kohlehydraten und Fett und insofern ebenfalls nach ihrer spezifischen allgemeinen Nützlichkeit vergleichen, aber der Geschmack der Konsumenten wird sich doch durch diese objektiven Maße nur sehr wenig beeinflussen lassen. Überhaupt gibt es für die subjektive Schätzung der Nützlichkeit keinen Maßstab, da diese nach den stets wechselnden inneren Zuständen des Schätzenden, seinen Bedürfnis-

empfindungen und Wünschen beurteilt wird. Man kann nur im allgemeinen von einem höheren oder geringeren Grade der Nützlichkeit sprechen, den man demselben Objekt unter verschiedenen Umständen zuerkennt. Jeder kann auch etwa die Menge eines einzelnen Verbrauchsgutes angeben, die während einer gewissen Zeit durchschnittlich zur vollen Befriedigung seines Bedürfnisses ausreicht. Ein Maß für die Nützlichkeit selbst aber wäre damit in keiner Weise gegeben, diese ist vielmehr bei verschiedenen Güterarten gänzlich unvergleichbar. Die Nützlichkeit eines Stückes Brot und eines Rockes sind durchaus inkommensurabel, selbst wenn man die unberechenbare Schätzung des einzelnen durch das in der Gesamtheit hervortretende Durchschnittsurteil zu ersetzen sucht. Die verbrauchten Mengen können hier offenbar keinen gemeinschaftlichen Maßstab liefern. Theoretisch kann man sich allerdings den Fall denken, daß ein Mensch zwischen Brot und Rock zu wählen, also zu entscheiden hätte, was ihm in dem Augenblicke am wenigsten entbehrlich schiene. Er würde dann die größere oder geringere Nützlichkeit dieser beiden Gegenstände für ihn vergleichsweise abwägen, aber diese Schätzung würde doch nur für diese Person und in diesem Augenblicke unter ganz besonderen Umständen Geltung haben.

Der Grenznutzen.

Der bemerkenswerteste Versuch, die Nützlichkeit auf ein Maß zu bringen, ist in der Lehre vom Grenznutzen gemacht worden. Sie geht in der von Gossen herrührenden und von Walras und Jevons angenommenen Fassung davon aus, daß jeder Genuß mit der Fortsetzung seiner Befriedigung abnehme, daß also auch die Nützlichkeit eines zu einem Gütervorrat hinzukommenden neuen Teiles desselben Gutes für den Besitzer um so geringer sei, je größer der vorhandene Vorrat sei. Dann hat aber auch jede beliebig gleiche Teilmenge in dem ganzen Vorrat nur dieselbe Nützlichkeit, wie die als die letzte angenommene. Diese geringste, dem letzten Zuwachs zuerkannte Nützlichkeit wird „Grenznutzen" genannt, und sie ist also auch gleich der Nützlichkeit jeder für sich betrachteten gleichgroßen Teilmenge des Vorrats. Daraus darf aber nicht geschlossen werden, daß die Nützlichkeit des ganzen Vorrats gleich sei der Nützlichkeit der letzten Mengeneinheit multipliziert mit der Zahl der Mengeneinheiten. Vielmehr muß man diese Gesamtnützlichkeit summiert denken aus den allmählich abnehmenden Nützlichkeiten der Einzelmengen, durch deren Zusammensetzung man sich den Vorrat entstanden denkt. Es ist offenbar, daß auf diese Art wieder nur die relative, nicht die absolute Nützlichkeit geschätzt werden kann. Man weiß nur, daß die einzelnen Zusatzmengen eine — nach einer gänzlich unbekannten, durchaus subjektiven Skala — abnehmende Nützlichkeit haben, und für den Grenznutzen selbst fehlt jedes eigene Maß. Eine Vergleichung des Grenznutzens verschiedener Güterarten würde bei Wahlentscheidungen, wie in dem obigen Beispiel, denkbar sein, jedoch immer nur als individueller Fall unter ganz besonderen Umständen und nach durchaus subjektiven Bedürfnisempfin-

dungen. Übrigens läßt sich die obige Betrachtungsweise eigentlich nur auf fungible Verbrauchsgüter anwenden. Für Gegenstände, die man nur einzeln oder in kleiner Zahl braucht, läßt sie sich nicht durchführen, zumal die Nützlichkeit jedes einzelnen hinzutretenden Gebrauchsgegenstandes in manchen Fällen zunächst steigt, bis eine gewisse zweckmäßige Anzahl derselben vereinigt ist.

Anstatt der abnehmenden Nützlichkeit der aufeinanderfolgenden Teilmengen eines Gutes hat Menger die abnehmende Dringlichkeit der verschiedenen Zwecke hervorgehoben, denen ein und dasselbe Gut dienen kann. Getreide z. B. kann zum Brotbacken, zur Branntweinbrennerei oder als Viehfutter verwendet werden. Man wird also die Nützlichkeit jeder Mengeneinheit des ganzen Vorrats nur gleich derjenigen schätzen, die man der Mengeneinheit — oder genauer, der letzten Mengeneinheit — bei der am wenigsten dringlichen Verwendung zuerkennt. Auch hier gelten aber natürlich die obigen Bemerkungen über die Nützlichkeit des ganzen Vorrats und über den nur relativen Charakter dieser Schätzung. Auch kommen verschiedene Verwendungen fast nur bei Rohstoffen vor, und die höher verarbeiteten Fabrikate sind, solange sie überhaupt brauchbar sind, nur für einen Zweck bestimmt.

So ist also die Nützlichkeit ein Begriff, dessen Inhalt sich jeder direkten Messung entzieht. Sie ist die Ursache aller Nachfrage nach Gütern, dennoch aber kann sie nicht etwa für die verschiedenen Güter der dem Bedarf entsprechenden Menge proportional gesetzt werden, weil eben die Nützlichkeit jeder Einheit sowohl der verschiedenen wie auch derselben Güterarten sehr verschieden geschätzt wird. Es ist daher nicht möglich, die Güter nach dem Moment der Nützlichkeit zu einer homogenen Masse zusammenzufassen, die einen geeigneten Stoff für die wissenschaftliche Behandlung darbietet. Nun haben aber die für die Volkswirtschaftslehre allein in Betracht kommenden Güter außer der Nützlichkeit noch ein anderes notwendiges Merkmal, und durch die Verbindung dieser beiden Merkmale entsteht für alle diese Güter etwas Gemeinsames, wodurch es möglich wird, sie unter einem bestimmten Gesichtspunkt als gleichartige summierbare Größen zu behandeln.

Die „Seltenheit“.

Dieses zweite Merkmal ist das, wodurch sich die „wirtschaftlichen“ von den „freien“ Gütern unterscheiden. Freie Güter sind, wie schon oben gesagt, solche, die jedem in beliebiger Menge frei zur Verfügung stehen. Sie sind gegenwärtig in der Kulturwelt nur noch durch sehr wenige Arten vertreten, alle übrigen sind nur mittels irgendeines Aufwandes zu erlangen, sie sind also Gegenstand der Wirtschaft in dem obenbezeichneten Sinn, seien sie übrigens unmittelbarer oder mittelbarer Art.

Man könnte diese beschränkte und bedingte Erreichbarkeit der wirtschaftlichen Güter vielleicht zweckmäßigerweise als ihren „Wirtschaftlichkeitsgrad“ bezeichnen, man pflegt aber dafür den Ausdruck „Seltenheit“ anzuwenden, indem man dieses Wort in einem besonderen, von

seiner gewöhnlichen Bedeutung abweichenden Sinne braucht. Es bezieht sich nicht nur auf das mehr oder weniger spärliche natürliche Vorkommen eines Stoffes, sondern auch auf die gesellschaftliche Erschwerung der Erlangung der Güter durch die bestehenden Eigentums- und sonstigen Rechtsverhältnisse und auf die Tatsache, daß fast alle Güter nur mit einem Aufwand menschlicher Arbeit, also einer Anspannung menschlicher Körper- oder Geisteskraft gewonnen oder hergestellt werden können. Die wirtschaftliche Seltenheit der Güter ist also teils natürlich, teils gesellschaftlich, teils technisch bedingt. Soweit sie von der letzteren Bedingung abhängig ist, kann sie mit einem um so geringeren Aufwand an menschlicher Arbeitskraft überwunden werden, je wirksamer die technischen Hilfsmittel sind, mit denen die Arbeit sich betätigt.

Der Wert.

Durch die Vereinigung von Nützlichkeit und Seltenheit in dem hier bestimmten Sinne erhalten die wirtschaftlichen Güter nun eine besondere Beziehung zum Menschen, die wir Wert nennen. Ein freies Gut hat für ihn Nützlichkeit, aber keinen Wert. Solchen erkennt er einem nützlichen Gegenstande nur dann zu, wenn er weiß, daß dieser nur mit irgendeinem Aufwande oder einer Mühewaltung zu erlangen ist, und daß er unter Umständen Mangel daran leiden kann. Bei der Schätzung des Grenznutzens werden Nützlichkeit und Seltenheit auf eine eigentümliche Art kombiniert, und sie ist daher als eine Wertschätzung zu betrachten. Solange ich den Grenznutzen des mir zu Gebote stehenden Vorrates eines Gutes nicht gleich Null schätze, fühle ich noch ein unbefriedigtes Bedürfnis, einen Mangel, und dieses Mangelgefühl ist eben die subjektive Seite der „Seltenheit". Aber solche rein subjektiven Wertschätzungen nach momentanen Empfindungen von Nützlichkeit und Mangel können nicht als Normen für eine auf dauernden Bestand berechnete Wirtschaft dienen. Die Menge eines Gutes, über die ich heute verfüge, mag meinen heutigen Bedarf vollständig decken, ihr Grenznutzen also für mich auf Null gesunken sein, aber ich weiß, daß mein Bedürfnis morgen wieder von neuem erwacht, und eine ordnungs- und planmäßige Wirtschaftsführung verlangt, daß ich auch meinen künftigen Bedarf schätze und ihn mit meinen Mitteln zur Beschaffung dieses und anderer Güter in Einklang bringe. Die Vorstellung, daß der Wert der ganzen Menge eines Gutes durch nach und nach zusammenkommende Teilmengen mit abnehmender subjektiver Nützlichkeit entstehe, ist dann nicht mehr anwendbar. Der tägliche und der jährliche Bedarf an jedem Gute in der Wirtschaft ist eine im voraus durch rationelle Überlegung bestimmte Größe, die „Seltenheit" desselben aber wird nicht mehr nach dem subjektiven Mangelgefühl bemessen, sondern nach der objektiven Schwierigkeit der Beschaffung der in Aussicht genommenen Menge, d. h. nach dem für diesen Zweck erforderlichen Aufwand. In der geschlossenen, sich selbst genügenden Naturalwirtschaft besteht dieser Aufwand ausschließlich aus Arbeit, wenn nicht des Wirtschaftsinhabers selbst, so seiner Sklaven oder Hörigen. Hat

sich ein naturaler Tauschverkehr zwischen den einzelnen Wirtschaften entwickelt, so werden Arbeitsprodukte der einen aufgewendet, um gewisse Güter von anderen einzutauschen. Es machen sich dann auch schon die gesellschaftlichen Bedingungen der Seltenheit der verschiedenen Güter bemerklich, denn die in den ausgetauschten Gütern enthaltenen Arbeitsgrößen sind keineswegs immer gleich, es kann sogar vorkommen, daß das eine Gut seinen Wert ohne Arbeitsaufwand nur durch das Eigentumsverhältnis erhält. Wenn sich z. B. in einer Oase nur eine einzige Quelle befände, und diese im Eigentum eines einzelnen stände, so könnte dieser von jedem, der Wasser schöpfen wollte, ein Entgelt in irgendwelchen anderen Gütern verlangen.

Geldwirtschaft und Geldeinkommen.

In der tatsächlich bestehenden Geldwirtschaft wird der zur Erlangung eines Gutes nötige Kostenaufwand, nach dem der Wert desselben beurteilt wird, durch eine Geldsumme ausgedrückt. Der Wert der Geldeinheit, gleichviel, wie diese dargestellt wird, ist dann das allgemeine Wertmaß. Die Nützlichkeit des Geldes in irgendwelcher Form ist ganz anderer Art, als die der gewöhnlichen, zu konkreten Zwecken dienenden Güter; sie ist eine allgemeine und abstrakte, da das Geld zur Anschaffung jeder beliebigen Art von Gütern mit spezieller Nützlichkeit dienen kann. Daher ist für das subjektive Urteil des einzelnen der Wert einer ihm zu Gebote stehenden Geldsumme einfach proportional der Summe der in ihr enthaltenen Geldeinheiten. Wie hoch er aber subjektiv die Geldeinheit selbst schätzt, hängt für seine Konsumtionswirtschaft von der Größe seines Einkommens ab — der Geldsumme, über die er jährlich zur Befriedigung seiner Bedürfnisse verfügen kann. Je kleiner sein Einkommen ist, um so größer ist für ihn die „Seltenheit“ des Geldes und um so größer daher auch der Wert der Geldeinheit. Er wird seine jährliche Konsumtion seinem Einkommen entsprechend beschränken, nötigenfalls nur die dringendsten Bedürfnisse vollständig, andere nur teilweise befriedigen und viele gänzlich zurückdrängen. Diese der vernünftigen wirtschaftlichen Überlegung allein entsprechende Verteilung des Einkommens auf die Bedürfnisse von verschiedener Dringlichkeit stimmt freilich nicht mit der Gossenschen Grenznutzenlehre überein, denn nach dieser muß bei einer Vielheit von Bedürfnissen, damit ein Maximum von Befriedigung erreicht werde, jede Art von Genuß bei dem gleichen Grenznutzen abgebrochen werden. Wohl aber ist dieser Satz theoretisch anwendbar auf die Verteilung des Verbrauchs eines bestimmten Gutes innerhalb der Einkommensperiode: wenn es bei rationeller Wirtschaft nicht jedesmal bis zur vollen Befriedigung des subjektiven Bedürfnisses genossen werden kann, so wird das Maximum des Genusses in der ganzen Periode erreicht, wenn der Genuß jedesmal bei dem gleichen Grenznutzen abgebrochen wird.

Subjektiver Kostenwert und Gebrauchswert.

Der zur Erlangung eines Gutes nötige Geldaufwand bestimmt also für jeden Wirtschaftenden den subjektiven Kostenwert. Diese Wertschätzung ist innerhalb derselben Wirtschaft gleichartig und kommensurabel,

dagegen, so weit es sich um Konsumtionsgüter handelt, von einer Wirtschaft zur anderen verschieden, weil der subjektive Wert der Geldeinheit von dem Einkommen abhängt.

Als eine besondere Art des subjektiven Wertes erscheint der Gebrauchswert. Er wird häufig mit der Nützlichkeit verwechselt, indem man in seiner Begriffsbestimmung jede Beziehung auf die Seltenheit des betrachteten Gutes wegläßt. Eine solche muß aber notwendig gegeben sein, wenn man den Gebrauchswert überhaupt unter den allgemeinen Begriff des Wertes bringen will. Er ist daher etwa zu definieren als der Grad der Nützlichkeit, den man einem wirtschaftlichen Gute im Vergleich mit der Schwierigkeit seiner Erlangung zuerkennt. Eine bestimmtere Auffassung des Gebrauchswertes vom Standpunkt der bestehenden Geldwirtschaft erhält man, wenn man ihn als den maximalen Kostenwert betrachtet, den man einem Gute unter gegebenen Umständen beizulegen bereit ist, ihn also nach den höchsten Kosten bemißt, die man nötigenfalls zur Erlangung des Gutes unter diesen konkreten Umständen aufwenden würde. Durch eine solche rein innerliche Schätzung, bei der der Wirtschaftende natürlich auch wieder auf sein Einkommen Rücksicht nehmen muß, kommt ihm der Grad der Nützlichkeit, die er dem Gute beilegt, vollständig zum Bewußtsein, während der subjektive Kostenwert für ihn nur dem Aufwand entspricht, den er zur Erlangung des Gutes wirklich gemacht hat oder machen muß. Wer über den geltenden Preis des Gutes nicht hinausgehen will, schätzt dessen Gebrauchswert dem Kostenwert gleich und wer bei diesem Preise auf die Erwerbung des Gutes verzichtet, schätzt seinen Gebrauchswert niedriger, als den dafür zu machenden Aufwand. Dieser geldwirtschaftlich aufgefaßte Gebrauchswert ist im einzelnen Falle durchaus konkreter Natur und nach den äußeren Umständen und mit den subjektiven Empfindungen des Wirtschaftenden fortwährend veränderlich. Wenn dieser aber seinen Jahresbedarf an dem betreffenden Gute ins Auge faßt, so kann er auch zu einer festeren, wesentlich durch den Stand seines Einkommens und seiner sonstigen Bedürfnisse beeinflußten Schätzung des Gebrauchswertes seiner ganzen Bedarfsmenge für ihn gelangen, d. h. er kann überlegen, welche Kosten er für diese Menge höchstens aufzuwenden bereit und imstande wäre. Werden solche Schätzungen von der Gesamtheit der Wirtschaftenden angestellt, so ergibt sich ein gesellschaftlicher Gebrauchswert, der für die Bewegung der Nachfrage bei veränderten Preisen von entscheidender Bedeutung ist.

Wertschätzung der Kapitalgüter.

Die subjektive Seite des Kostenwertes sowohl wie des Gebrauchswertes tritt immer hervor, wenn es sich um die durch das Einkommen bedingte Wertschätzung der Konsumtionsgüter innerhalb der Einzelwirtschaft handelt. Ganz anders aber ist in der Geldwirtschaft die Wertbildung der Güter, die nicht aus dem Einkommen, sondern in der Erwerbswirtschaft des einzelnen aus seinem Kapital bezahlt werden. Hier tritt das subjektive Element völlig zurück und es kommt ein Verkehrswert zustande, der

für den einzelnen Erwerbstätigen eine durchaus objektive Bedeutung hat, wenn ihm auch in letzter Instanz die subjektiven Bedürfnisse der Gesamtheit der Konsumenten zugrunde liegen. Der Kaufmann nimmt Waren auf sein Lager, nicht um sein eigenes Bedürfnis zu befriedigen, sondern um sie an andere mit Gewinn zu verkaufen. Ihren Kostenwert, den für sie zu bezahlenden Preis in Geld, beurteilt er nur mit Rücksicht auf die Möglichkeit, ein solches gewinnbringendes Geschäft zu machen, und solange er diese Aussicht hat, wird er fortfahren, zu kaufen. Sein beschränktes Kapital setzt allerdings der Ausdehnung seines Geschäftes gewisse Grenzen, aber diese können bedeutend erweitert werden durch Kredit und raschen Umsatz. Die Möglichkeit des Verkaufs der betreffenden Güter ist natürlich durch ihre Nützlichkeit bedingt, aber nicht durch Nützlichkeit für eine einzelne Person, sondern für eine ganze Kundschaft, und so steht schon dem einzelnen Detailhändler ein Bedarf gegenüber, der für ihn einen objektiven Charakter hat. Diese Objektivität des Bedarfs prägt sich um so stärker aus, je weiter man auf die der letzten Phase der wirtschaftlichen Bewegung vorausgehenden Stufen des Handels und der Produktion zurückblickt.

Jeder Verkäufer beurteilt überhaupt als Geschäftsmann die Nützlichkeit der Ware nur von dem Standpunkt der für ihn in Betracht kommenden Abnehmer und auf den Vorstufen der Produktion stehen ihm nur solche Käufer gegenüber, für die die Ware ebenfalls keine direkte Nützlichkeit hat, die sich vielmehr ihrerseits nach den Schätzungen ihrer Nachmänner richten müssen, bis schließlich der Bedarf der Gesamtheit der wirklichen Konsumenten auch über die Nützlichkeit aller Vorprodukte entscheidet. Noch unbestimmter sind die Grundlagen für die Schätzung der Nützlichkeit von Maschinen und anderen stehenden Produktionsmitteln, die doch in letzter Instanz ebenfalls nur durch die Nützlichkeit bedingt ist, die den mit ihrer Hilfe hergestellten Konsumtionsgütern von den letzten Abnehmern zuerkannt wird.

Der objektive Verkehrs- und Tauschwert.

So entsteht auf dem großen Markt für jedes Gut ein Gesamtbedarf als Massenerscheinung, in dem die wechselnden subjektiven Bedürfnisse der einzelnen nicht mehr unterschieden werden können. Anderseits verliert auch für die als Geschäftsleute handelnden Käufer die Geldeinheit ihren durch das Einkommen bedingten subjektiven Wert. Das Geldkapital soll ja nicht zur Befriedigung von Konsumtionsbedürfnissen dienen, sondern zur Betätigung von Kaufkraft auf dem allgemeinen Markt, auf dem jede Geldeinheit gleichen Wert hat. Der höhere oder geringere Grad der Seltenheit des Gutes aber kommt in der Gesamtheit des Angebots zum Ausdruck, ebenfalls einer Massenerscheinung, gegen die der einzelne machtlos ist. So bildet sich ein in Geldeinheiten ausgedrückter objektiver Verkehrswert, der sich immer von zwei Seiten zeigt, nämlich als objektiver Kostenwert beim Kaufen und als objektiver T a u s c h w e r t beim Verkaufen. Da der Verkauf stets das Ziel der einzelwirtschaftlichen Erwerbstätigkeit

bildet, so wird der objektive Verkehrswert vorzugsweise als Tauschwert, also vom Standpunkt des Verkäufers betrachtet. Der Tauschwert eines Gutes beruht also auf der Brauchbarkeit desselben zu dem Zwecke, ein anderes Gut dafür einzutauschen, und zwar kommt in der Geldwirtschaft als Gegenwert nur Geld — in irgendeiner Form — in Betracht. Der Tauschwert besteht gleichsam nur hypothetisch, als eine Preisforderung, solange er nicht durch einen wirklichen Verkauf realisiert ist, dann aber findet er in dem in Geld ausgedrückten Preise seine äußere Darstellung. Man kann auch von einem subjektiven Tauschwert sprechen, jedoch ist dieser für die Volkswirtschaft ohne Bedeutung. Er tritt nur außerhalb des wirtschaftlichen Verkehrs auf, nämlich nur dann, wenn der Besitzer eines Gutes es verkauft, nicht um ein Geschäft zu machen und einen Gewinn zu erzielen, sondern um ein Konsumtionsbedürfnis zu befriedigen. Je dringlicher er dieses Bedürfnis empfindet, um so höher wird er subjektiv den Geldbetrag schätzen, durch den der Tauschwert des hingegebenen Gutes dargestellt wird.

Was die Messung des objektiven Tauschwerts betrifft — der stets in gleicher Größe für den Käufer als Kostenwert erscheint — so müßte man streng genommen als Maßeinheit immer den objektiven Verkehrswert der Geldeinheit bezeichnen. Da dieser letztere Wert aber für alle Geldeinheiten gleich ist, so kann der Tauschwert auch durch die Geldeinheit selbst in ähnlichem Sinne gemessen werden, wie eine gewisse Ausdehnung der Quecksilbersäule als Maßeinheit für die Temperatur benutzt wird.

Die Gleichung, die auf dem Markte zwischen dem Kostenwert für den Käufer und dem Tauschwert für den Verkäufer besteht, gilt aber keineswegs innerhalb der Erwerbswirtschaft des Verkäufers. Hier bezeichnet der Kostenwert der hergestellten oder angeschafften Waren die untere Grenze des objektiven Tauschwertes oder des Preises, der erzielt werden muß, wenn das Unternehmen nicht mit Schaden betrieben werden soll. Normalerweise muß daher ein gewisser Überschuß zwischen dem Tauschwert der verkauften Waren und diesem internen Kostenwert bestehen, ein Überschuß, der als Kapitalgewinn erscheint und für den Käufer auf der nächsten Stufe einen Zuschlag zum Kostenwert bildet.

Die objektive Nachfrage.

II. Die Nachfrage. Es ist oben schon auf die enge Beziehung zwischen dem Gebrauchswert und der Nachfrage hingewiesen worden. Die Nützlichkeit eines Gutes für den einzelnen Wirtschaftenden gibt seiner Nachfrage den unmittelbaren Anstoß, aber dieser Nachfrage wird eine obere Grenze gesetzt durch den geldwirtschaftlich bemessenen Gebrauchswert, den er dem Gute zuerkennt. Durch Summierung der durch Geldangebot ausgedrückten Nachfrage der einzelnen entsteht die Gesamtnachfrage nach den Konsumtionsgütern als die allgemein wirkende gleichsam aufsaugende Kraft, die den ganzen volkswirtschaftlichen Prozeß in Gang erhält. Die Darstellung dieses Prozesses in seiner gegenwärtigen Gestaltung kann daher von ihr zweckmäßigerweise ihren Ausgang nehmen.

Die von den einzelnen Wirtschaften ausgehende Nachfrage nach Konsumtionsgütern wendet sich unmittelbar an den letzten Verkäufer dieser Güter, mittelbar aber erstreckt sich die Wirkung auch auf alle vorhergehenden Stufen des Handels und der Produktion. Ihre gesamte Ausdehnung nach den verschiedenen Bedürfnisrichtungen hin hängt für jede Haushaltung — wie wir die einzelne Konsumtionswirtschaft nennen wollen — bei normaler Wirtschaftsführung von dem Einkommen ab, über das der Wirtschaftende zur Befriedigung seiner Haushaltsbedürfnisse verfügen kann. Innerhalb der Schranken seines Einkommens wählt er die verschiedenen Güter nach Art und Menge gemäß ihrer Nützlichkeit für ihn und seine Angehörigen aus, jedoch mit steter Rücksicht auf ihren subjektiven Kostenwert und dessen obere Grenze, ihren Gebrauchswert für ihn. Ihr objektiver Kostenwert ist durch ihren Preis bestimmt, der sich auf dem großen Markte bildet und durch die Nachfrage des einzelnen nicht merklich beeinflußt werden kann.

Die objektive Nachfrage einer Haushaltung nach einem Konsumtionsgut wird durch die innerhalb der Einkommensperiode angeschaffte Menge desselben dargestellt. Ein solcher Zahlenausdruck paßt aber eigentlich nur für fungible Güter, von denen man allenfalls auch verwandte Arten zu allgemein bezeichneten Gruppen, wie Fleisch, geistige Getränke usw. zusammenfassen kann. Die gekauften Mengen sind natürlich von den Preisen der Güter und von dem Einkommen des Wirtschaftenden abhängig und diese Abhängigkeit zeigt sich sowohl durch die Vergleichung der Größe des Verbrauchs derselben Haushaltung bei verschiedenen Preisen, als auch durch die Vergleichung des Verbrauchs in mehr oder weniger wohlhabenden Haushaltungen bei gleichen Preisen. Gewisse Güter werden auf jeder Einkommensstufe in einer gewissen Menge als unentbehrlich angesehen und die jährlich verbrauchte Menge ist daher von ihrem Preise fast unabhängig. Ob die Tonne Weizen 160 oder 220 M. kostet, wird auf die Nachfrage nach Weizenbrot von seiten einer Haushaltung des Mittelstandes keinen Einfluß haben. Eine Arbeiterfamilie aber wird durch den erhöhten Weizenpreis vielleicht veranlaßt, ihren Verbrauch an Weizenbrot zum Teil durch Roggenbrot oder durch Kartoffeln zu ersetzen. Solange der Wirtschaftende seine Nachfrage nach einem Gute bei steigendem Preise nicht beschränkt, erkennt er der gekauften Menge einen ihren Kostenwert übersteigenden Gebrauchswert zu. Bei absolut unentbehrlichen Gütern könnte man eine unbegrenzte Höhe des Gebrauchswertes annehmen, indes ist bei dem heutigen Stande der Kultur und des Weltverkehrs vorauszusetzen, daß die unbedingt notwendigen Lebensunterhaltsmittel, abgesehen von lokalen Ausnahmezuständen, zu Preisen beschafft werden können, die auch auf den niedrigsten Einkommensstufen — nötigenfalls mit öffentlicher Unterstützung — noch bezahlt werden können. Die Nachfrage nach allen irgend entbehrlichen Gütern hört dann aber in diesen Volksschichten auf.

Auch für wohlhabende Haushaltungen kann der Preis mancher Güter, die als relativ unentbehrlich gelten, so hoch steigen, daß ihr Verbrauch beschränkt wird. Der subjektive Gebrauchswert der ursprünglichen Menge steht in einem solchen Falle unter dem Kostenwert und der Wirtschaftende verzichtet auf einen Teil dieser Menge; durch diese Einschränkung seiner Bedürfnisbefriedigung aber erhält die Mengeneinheit des Gutes für ihn, wie man annehmen kann, eine erhöhte Nützlichkeit, weil sie ein intensiver gewordenes Bedürfnis befriedigt, er wird nun auch den Gebrauchswert der ganzen ihm noch erreichbar bleibenden Menge höher schätzen, als vorher, und für diese im ganzen vielleicht einen höheren Preis bezahlen, als für die ursprüngliche. Schließlich gibt es für jedes entbehrliche Konsumtionsgut eine Preisgrenze, bei der auch wohlhabende Haushaltungen ihre Nachfrage einstellen.

Durch die Anforderungen des „standesmäßigen" Lebens werden die Begriffe über Entbehrlichkeit und Unentbehrlichkeit der Güter vielfach sehr verwirrt. In manchen Haushaltungen wird an allen Ausgaben gespart, die nicht nach außen hervortreten, um die Mittel zur Erfüllung vermeintlicher oder wirklicher Pflichten der äußeren Repräsentation zu erfüllen. Häufig aber wird auch bei Verteuerung der Konsumtionsgüter die Ordnung des Haushaltes überhaupt nicht geändert, sondern nur die Summe vermindert, die anderenfalls als Ersparnis zurückgelegt worden wäre. Eine Preisverminderung der absolut oder relativ unentbehrlichen Güter hat auf die entsprechende objektive Nachfrage der einzelnen Haushaltungen auf bestimmten Einkommensstufen ebenfalls keinen erheblichen Einfluß. Der dadurch verfügbar werdende Einkommensteil wird im allgemeinen nicht zu vermehrter Nachfrage nach diesen, sondern nach mehr entbehrlichen Gütern verwendet oder aber übergespart. Ebenso wird der Wirtschaftende durch eine Erhöhung seines Einkommens nur zu vermehrter Nachfrage nach solchen Gütern veranlaßt, die ihm vorher entbehrlich oder als unzulässiger Luxus erschienen. Bei Millionären in großem Stil kommt für ihre Nachfrage nach Konsumtionsgütern aller Art die Preisbewegung derselben überhaupt nicht in Betracht.

Aus der Gesamtwirkung der objektiven Nachfrage der einzelnen Haushaltungen bestimmt sich nun für jedes Konsumtionsgut die Menge, die während der Einkommensperiode Absatz findet. Denkt man sich die Haushaltungen in zahlreichen Stufen nach ihren Einkommen gruppiert, so besteht für jede Gruppe eine obere — durch die übrigen Bedürfnisse mitbedingte — Preisgrenze für die übernommene Menge. Für ein absolut unentbehrliches Gut wird diese Grenze bei einem Preise von durchschnittlicher Höhe für alle Einkommensstufen noch weit hinaus liegen. Für mehr oder weniger entbehrliche Güter aber wird die mittlere Preislinie schon oberhalb des für zahlreiche Einkommensstufen zulässigen höchsten Kostenwerts — des subjektiven Gebrauchswerts im obigen Sinne — liegen, eine Nachfrage von seiten dieser Gruppen also nicht mehr bestehen. Geht

nun der Preis in die Höhe, so überschreitet er für eine mehr und mehr zunehmende Zahl von Haushaltungen die Grenze, von der ab ihre Nachfrage vollständig aufhört. Die übrigen aber schränken mit Ausnahme einer kleinen Zahl von sehr reichen Konsumenten ihre Nachfrage mit jedem Preisaufschlage weiter ein. Wenn dagegen der Preis unter den mittleren Anfangsstand sinkt, so wächst die Nachfrage sowohl infolge des Auftretens neuer Konsumenten, denen das Gut vorher noch nicht zugänglich war, als auch wegen der vergrößerten Nachfrage des bereits vorhandenen Verbrauches, wenn auch viele von diesen, wie oben bemerkt, die ersparte Ausgabe vielleicht für andere Zwecke verwenden.

Die objektive Gesamtnachfrage läßt sich statistisch in befriedigender Weise wieder nur für fungible Rohstoffe und Verbrauchsgüter bestimmen. Man kann zwar auch die spezialisierten Gebrauchsgüter, wie dies in der Warenhandelsstatistik geschieht, unter eine Anzahl von Rubriken, sei es dem Gewicht oder der Stückzahl nach, zusammenfassen, aber diese Gruppen enthalten immer Gegenstände von sehr verschiedener Qualität, so daß sie doch keine innere Gleichartigkeit besitzen. Im allgemeinen ist es daher zweckmäßiger und jedenfalls einfacher, daß man, um die Gesamtnachfrage nach einer bestimmten Gattung von Fabrikaten zu schätzen, auf die Menge der verarbeiteten Rohstoffe zurückgeht, von der man annehmen kann, daß sie in einem annähernd gleichbleibenden Verhältnis zu der Menge der fertigen Erzeugnisse stehe.

Kopfquoten des Verbrauchs.

Aus der Gesamtmenge des Verbrauchs eines Konsumtionsgutes oder des dazu verwendeten Rohstoffs kann man die auf den Kopf der Bevölkerung entfallende Quote berechnen. Es ergibt sich dann in Übereinstimmung mit dem oben Gesagten, daß in der Tat der Verbrauch der gewöhnlichsten Lebensmittel auf den Kopf von Jahr zu Jahr nur wenig schwankt und daher beinahe unabhängig ist vom Preise. So bewegte sich die Kopfquote für Roggen im Deutschen Reich von den Jahren 1893/94 bis 1906/07 nach der amtlichen Berechnung nur zwischen 137,7 und 158,3 kg bei einer Durchschnittsgröße von 149,3 kg. Dabei ist aber zu bemerken, daß bei der angewandten Berechnungsart die Schwankungen der Ernte auf diese Zahlen einen zu großen Einfluß ausüben, denn nach sehr reichlichen Ernten wird die berechnete Quote nicht wirklich in dem betreffenden Jahre verbraucht, sondern ein größerer Vorrat auf das folgende Jahr übertragen. Außerordentlich konstant erweist sich der Verbrauch an Speisesalz, das zu den absolut unentbehrlichsten Lebensmitteln gehört: er schwankte in den Jahren 1872 bis 1906 in Deutschland nur zwischen 7,5 und 7,9 kg auf den Kopf. Preis und Produktionsbedingungen sind bei Salz wenig veränderlich, bemerkenswert aber ist, daß der Verbrauch trotz der großen Fortschritte des allgemeinen Wohlstandes in dieser Periode nicht zugenommen hat. Das Bedürfnis war eben von Anfang an auch bei der ärmsten Klasse vollständig befriedigt und niemand verzehrt Salz über dieses feststehende Bedürfnis hinaus. Nicht gerade erfreulich ist es, daß auch der

Branntweinverbrauch in Deutschland fast die bei einem notwendigen Lebensmittel zu erwartende Stetigkeit aufweist. In den Jahren 1890/91 bis 1901/2 bewegte sich die auf den Kopf kommende Quantität des zur Herstellung von Branntwein bestimmten Alkohols nur zwischen 4,2 und 4,5 Liter. In den folgenden Jahren ist allerdings ein mäßiger Rückgang eingetreten. Ebenso stetig behauptet sich in Bayern die Bierkonsumtion auf der beträchtlichen Durchschnittshöhe von etwa 230 bis 240 Liter auf den Kopf. Auch der Tabakverbrauch unterliegt in Deutschland nur geringen Schwankungen: sie blieben in den Jahren 1886 bis 1906 zwischen 1,5 und 1,8 kg auf den Kopf. Andere Gegenstände des Volksluxus zeigen eine sehr bedeutende Verbrauchssteigerung, die teils durch die Hebung des Wohlstandes, teils aber auch durch Preiserniedrigung verursacht ist. So betrug der Zuckerverbrauch in den Jahren 1876 bis 1886 in Deutschland durchschnittlich nur 5,8 kg jährlich auf den Kopf, in den Jahren 1903/4 bis 1906/7 dagegen bei erheblich gesunkenem Preise durchschnittlich 16,3 kg. In den Jahren 1876 bis 1880 kamen jährlich nur 610 Gramm Südfrüchte auf den Kopf, im Jahre 1907 aber war diese Quote auf 2960 Gramm gestiegen. Jede Erhöhung solcher Kopfquoten bedeutet eine Verbesserung der Konsumtionsverhältnisse der weniger bemittelten Klassen. Denn die Wohlhabenden hatten ohnehin ihren Bedarf schon vollständig befriedigt.

Es wäre interessant, wenn der Verbrauch der wichtigeren Konsumtionsgüter in den verschiedenen nach dem Einkommen abgestuften gesellschaftlichen Schichten besonders festgestellt werden könnte. Man würde dann sehen, wie die Kopfquote der gewöhnlichsten Bedarfsgegenstände, die durch andere von besserer Qualität ersetzt werden können, in den höheren Einkommensklassen mehr und mehr abnimmt, wie anderseits die feineren Genußgüter auf einer gewissen Stufe mit kleinen Quantitäten eintreten und auf jeder höheren reichlicher vertreten sind. Es würde sich zeigen, wie dasselbe allgemeine Bedürfnis, z. B. das Nahrungsbedürfnis, auf jeder Stufe durch eine größere Mannigfaltigkeit von Mitteln befriedigt wird, wodurch sich der auf die einzelnen entfallende Anteil vermindert. Diese Tatsache tritt ja auch in jeder gut ausgestatteten Einzelwirtschaft hervor und sie bildet einen Hauptgegenstand des Interesses der ökonomischen Psychologie. Die gesamte Genußfähigkeit des Menschen in einer bestimmten Richtung wird ohne Zweifel durch die Mannigfaltigkeit der Anreizungen erhöht; dagegen wird das Bedürfnis nach jedem bestimmten einzelnen Befriedigungsmittel durch eine geringere Menge vollständig gestillt, wenn man mehrere Mittel für denselben Zweck zur Verfügung und von vornherein die Absicht hat, diese alle zur Befriedigung des allgemeinen Bedürfnisses zu verwenden.

Solche Ermittelungen der quantitativen Einzelheiten der Konsumtion bei verschiedenen Einkommensklassen könnten schon mit genügender Genauigkeit in der Art stattfinden, daß auf jeder Stufe eine mäßige An-

zahl als typisch anzusehender Haushaltungen mit annähernd gleicher Zusammensetzung des Personals zum Gegenstand der Erhebungen gemacht würde.

Die objektive Nachfrage nach den Rohstoffen und Halbfabrikaten, die zu Konsumtionsgütern umgewandelt werden, ist natürlich durchaus bestimmt durch die für die fertigen Waren bestehende Nachfrage. Wird ein Rohstoff ausschließlich zur Herstellung einer einzigen, wenn auch viele verschiedene Arten umfassender Gattung von Fabrikaten verwendet, so kann man, wie schon oben bemerkt, seinen Verbrauch auch als annähernd proportionales Maß für den Absatz der Fabrikate betrachten. So betrug der Baumwollverbrauch in den Jahren 1876—1880 in Deutschland durchschnittlich 2,86 kg, im Jahre 1907 aber 7,29 kg auf den Kopf, und man darf daraus schließen, daß auch die Nachfrage nach Baumwollwaren aller Art sich im ganzen mehr als verdoppelt hat. Viele Rohstoffe jedoch, wie namentlich die Metalle, haben eine außerordentlich mannigfaltige Verwendung und es ist daher nicht möglich, von vornherein die Nachfrage nach ihnen auf ein auch nur annähernd bestimmtes Endprodukt zu beziehen. Noch weniger ist dies möglich bei dem wichtigsten Hilfsstoff für die moderne Produktion, den Kohlen. Auch die Werkzeuge, Maschinen, Transportmittel usw. sind Vorprodukte, für die sich die Nachfrage in letzter Instanz aus dem Bedarf an Konsumtionsgütern ergibt. Die Spinn- und Webemaschinen und viele andere sind allerdings für eine besondere Produktionsart bestimmt, die Bewegungsmaschinen dagegen liefern eine mechanische Leistung, die für unbestimmt viele technische Zwecke benutzt werden kann. Anderseits aber liegt für die nicht spezifizierten Vorprodukte auch ein gewisser Vorteil darin, daß sie nicht ausschließlich von den Absatzkonjunkturen einer einzelnen Gattung von Konsumtionsgütern abhängen, sondern eine Ausgleichung der Schwankungen der von sehr verschiedenen Seiten an sie gelangenden Nachfrage erwarten dürfen.

Die pekuniäre Einzelnachfrage.

Neben der objektiven, durch die Mengen der abgesetzten Konsumtionsgüter gemessenen Nachfrage ist auch die pekuniäre Nachfrage zu betrachten. Sie wird dargestellt durch die Geldsumme, die für jedes Gut in einem bestimmten Zeitraum von der einzelnen Haushaltung wie auch von der Gesamtheit derselben aufgewandt wird. An die Stelle der Güter selbst tritt also hier ihr Geldwert, wodurch die Zusammenfassung des sachlich Ungleichartigen ermöglicht wird. Zunächst läßt sich jetzt für die einzelne Haushaltung die relative Nachfrage nach den verschiedenen Gütern in bezug auf das ebenfalls in Geld ausgedrückte Einkommen feststellen. Für jeden Wirtschaftenden ist es sehr ratsam, daß er im voraus eine gewisse Summe ansetzt, die er in der Einkommensperiode für jede Art von Anschaffungen verwenden will, wenigstens aber muß er im allgemeinen ein richtiges Urteil über die relative Dringlichkeit und Berechtigung der verschiedenen Bedürfnisse für seine Wirtschaft besitzen. Die Anschaffungen finden ja auch in der Regel nicht in einem Male, sondern nach und nach

in kleineren Mengen, bei manchen Waren sogar täglich statt und es kann daher immer, wenn zeitweise das richtige Verhältnis überschritten ist, leicht wieder eine Ausgleichung geschaffen werden.

Ist das Einkommen des Wirtschaftenden fest begrenzt, so wirkt natürlich die Veränderung jeder einzelnen Ausgabequote mehr oder weniger auf alle anderen ein. Insbesondere kann sie für jedes Konsumtionsgut bei steigendem Preise nur dadurch zunehmen, daß irgendwelche andere Quoten — vielleicht auch die der Ersparnis — vermindert werden. Daher wird auch der Gebrauchswert in der oben angenommenen geldwirtschaftlichen Auffassung für ein bestimmtes Gut nicht einfach nach der unmittelbaren Bedürfnisempfindung und dem Einkommen beurteilt, sondern es wird einerseits der relative Grad dieses Bedürfnisses im Vergleich mit anderen erwogen und anderseits geschätzt, welche Einkommensquote im äußersten Falle durch Zurückdrängung anderer Bedürfnisse für die Anschaffung des fraglichen Gutes in der bisherigen Menge aufgewendet werden könnte. Je höher der Preis der Mengeneinheit steigt, um so mehr wird das weitere Steigen ihres geldwirtschaftlichen Gebrauchswertes für den Wirtschaftenden durch die Rücksicht auf seine übrigen Bedürfnisse gehemmt, während anderseits die infolge der Verminderung der anzuschaffenden Menge erhöhte Nützlichkeit der Einheit in entgegengesetztem Sinne wirkt. Die auf unentbehrliche Güter entfallende Einkommensquote kann bei steigenden Preisen derselben natürlich auf Kosten der für entbehrliche verfügbar bleibenden der Einheit immer näher rücken. Bei wachsendem Einkommen werden in der Regel die auf unentbehrliche Güter verwendeten Quoten kleiner, wenn nicht eine Gegenwirkung durch eine Preissteigerung dieser Güter stattfindet. Sinkendes Einkommen vermindert selbstverständlich die für entbehrliche Güter verfügbaren Quoten.

Wie im übrigen der einzelne innerhalb des ihm durch sein Einkommen gewährten Spielraums bei der Befriedigung seiner Bedürfnisse seinem besonderen Geschmack, seinen Neigungen, Wünschen und Launen folgt, kommt für die Volkswirtschaftslehre ebensowenig in Betracht, wie die Frage, ob er den einzelnen Teilen der ganzen Menge eines Gutes verschiedenen subjektiven Gebrauchswert beilegt. Auf die Volkswirtschaft wirkt nur die in Geld ausgedrückte Gesamtnachfrage nach jedem Konsumtionsgut ein, gleichviel, wie sich diese aus den Bedürfnissen des einzelnen zusammensetzt.

Bei der Betrachtung dieser pekuniären Gesamtnachfrage nach einem bestimmten Gut müssen aber gewisse Wirkungen berücksichtigt werden, die bei der Einzelnachfrage nicht hervortreten. Für diese kann man annehmen, daß sie nur selbst durch eine Änderung des Warenpreises beeinflußt werde, ihrerseits aber keine merkliche Einwirkung auf die Preisbildung ausübe. Eine Änderung der pekuniären Gesamtnachfrage dagegen wirkt immer wenigstens zeitweise auf den Preis der betreffenden Ware und indirekt auch auf den vieler anderen zurück.

Die pekuniäre Gesamtnachfrage.

Die gesamte pekuniäre Nachfrage nach Konsumtionsgütern ist durch die Gesamtsumme des Volkseinkommens bedingt. Ihre Vermehrung kann daher schon einfach durch Zunahme der Bevölkerung bei gleichbleibendem Durchschnittseinkommen bewirkt werden. Im allgemeinen aber verbindet sich in den modernen Kulturländern mit dem Anwachsen der Bevölkerung auch ein Steigen des Wohlstandes und des durchschnittlichen Einkommens, wodurch die Entwickelung der Nachfrage einen um so stärkeren Antrieb erhält. Die unmittelbare Wirkung einer allgemeinen Ausdehnung der Nachfrage nach Konsumtionsgütern bei günstigen volkswirtschaftlichen Konjunkturen ist eine Preissteigerung vieler Waren, weil die Produktion mit dem steigenden Bedarf nicht sofort Schritt halten kann. Bald tritt in dieser Beziehung wieder ein Gleichgewicht ein, dennoch aber bleiben manche Preise auf einem höheren Stande, infolge veränderter Produktionsbedingungen der betreffenden Waren, namentlich auch der Rückwirkungen erhöhter Bodenpreise. Die Wirkungen der vergrößerten Gesamtnachfrage bei höherem Durchschnittseinkommen sind den entsprechenden Erscheinungen in der Einzelwirtschaft analog. Sind die unentbehrlichen Güter dauernd im Preise gestiegen, so braucht deswegen nicht notwendigerweise eine größere Quote des seinerseits vermehrten Gesamteinkommens für sie aufgewendet werden. Und selbst wenn dies wirklich der Fall wäre, so könnte doch die für die entbehrlichen Güter übrig bleibende verkleinerte Quote ihrem absoluten Betrage nach größer sein, als die frühere bei dem geringeren Gesamteinkommen. Die Mengen der den einzelnen Einkommensquoten entsprechenden Güter aber hängen natürlich von den Preisen ab. Die auf den Kopf entfallende Menge der unentbehrlichen Güter wird nach dem früher Gesagten auch bei erhöhten Preisen nur wenig verringert; die Konsumtion der entbehrlichen Güter aber nimmt in Zeiten des wirtschaftlichen Aufschwungs auch bei steigenden Preisen der Menge nach in der Regel noch zu, weil die Steigerung des Gesamteinkommens dann die Preissteigerung überholt.

Aber die Perioden aufsteigender wirtschaftlicher Bewegung führen aus später noch zu erörternden Gründen immer zu einem Wendepunkt, der oft durch eine Krisis bezeichnet ist und auf den eine Zeit des Niedergangs und der Depression folgt. Das Gesamteinkommen mag noch die Wirkung der Bevölkerungszunahme aufweisen, aber das Durchschnittseinkommen der einzelnen wird durch Lohnerniedrigungen, Arbeitslosigkeit und Verminderung des Kapitalgewinnes nicht nur unter den vorher erreichten Höhepunkt, sondern vielleicht sogar unter den Anfangsstand herabgedrückt. Mit dem Rückgang des Gesamteinkommens parallel bewegt sich auch die Gesamtnachfrage. Im Großverkehr sinken die Preise; weit weniger aber ist dies der Fall im Detailhandel, dessen Preise für die Konsumtion überwiegend maßgebend sind. Die für entbehrliche Güter bestimmten Quoten vermindern sich also infolge des Sinkens des Gesamteinkommens und die ihnen entsprechenden Mengen werden vielfach durch

die im Konsumentenverkehr sich behauptende Preiserhöhung noch weiter geschmälert.

Die pekuniäre Nachfrage nach Kapitalgütern, nämlich Vorprodukten aller Art mit Einschluß der Produktionsmittel hat als letzten Bestimmungsgrund die künftige Nachfrage nach fertigen Konsumtionsgütern. Es ist daher bei ihr immer ein spekulatives Element mit im Spiel, jedoch wird dieses dadurch beschränkt, daß jeder Händler und Produzent auf einer der Vorstufen nur zwischen seinem Vordermann und seinem Nachfolger vermittelt.

Der Träger dieser Nachfrage ist ausschließlich das Geldkapital, die auf Geld lautende, im übrigen in verschiedenen Formen auftretende abstrakte Kaufkraft, die nicht zur Anschaffung von Konsumtionsgütern, sondern zu Erwerbszwecken betätigt wird. Eine Vermehrung des frei verfügbaren Geldkapitals kann nur aus dem Einkommen hervorgehen. Soweit dies also geschieht, wird die Nachfrage der Kapital ansammelnden Kreise nach Konsumtionsgütern beschränkt und die nach Kapitalgütern erweitert. Anderseits aber wird eine größere Summe an Löhnen, sei es mit oder ohne Erhöhung der Lohnsätze, ausgezahlt, was eine Vermehrung der Nachfrage nach den für die Arbeiterklasse bestimmten Konsumtionsgütern bewirkt.

Die menschliche Arbeit gehört nicht zu den Gütern, gleichwohl aber spricht man mit Bezug auf die im Dienst des Kapitals stehende Lohnarbeit von einer Nachfrage nach Arbeit. Es handelt sich aber dabei um die Nachfrage nach bestimmten Arbeitsleistungen, durch die die sachliche Produktion zustande kommt. Die Gesamtgröße dieser Nachfrage, die in der Summe der während einer bestimmten Zeit bezahlten Löhne zum Ausdruck kommt, ist ebenso, wie die Nachfrage nach Rohstoffen, von der in der nächsten Zukunft erwarteten Gestaltung des Absatzes und der Preise der Produkte abhängig. Sind die Aussichten günstig, so wächst sie schon jetzt und mit ihr steigen die Löhne, bis schließlich die Enttäuschung der hochgespannten Erwartungen wieder Arbeiterentlassungen und Lohnerniedrigungen zur Folge hat.

Die Arbeit als aktiver Produktionsfaktor.

III. Die Produktion. Da alle Güter entweder rasch verbraucht oder allmählich abgenutzt werden, so wird die Nachfrage fast ausschließlich durch neue Produktion befriedigt. Daß ein Gut, das einmal in die Konsumtion übergegangen ist, wieder in den Verkehr zurückkehrt, ist volkswirtschaftlich betrachtet, ein Ausnahmefall ohne allgemeine Bedeutung. Nur bei den an den Boden gebundenen dauerhaften Gütern, z. B. den Wohnhäusern, kommt neben den neuproduzierten auch der vorhandene Bestand der Nachfrage gegenüber wesentlich mit in Betracht. Diese nehmen aber wegen ihrer Verbindung mit dem Boden auch im übrigen eine ganz andere wirtschaftliche Stellung ein, als die beweglichen Güter.

Der aktive Faktor der Produktion ist ausschließlich die menschliche Arbeit. Die Natur liefert nur das passive Element, die Stoffe, an denen sich

die Produktionsarbeit betätigt, den Boden, der ihre notwendige Grundlage bildet und die freien Kräfte, über die der Mensch mehr und mehr die Herrschaft gewinnt. Diese Naturfaktoren sind an sich der Menschheit frei zur Verfügung gestellt, die künstlichen Hilfsmittel aber, durch die sie nutzbar gemacht werden, die Werkzeuge, Maschinen usw. sind selbst wieder durch Arbeit aus Naturstoffen geschaffen, und somit ist der Satz richtig, daß für die objektive, nur auf die Sachen selbst gerichtete und von den bestehenden Eigentums- und Austauschverhältnissen absehende Betrachtung die Kosten aller Güter nur in dem für ihre Produktion im ganzen — mit Einrechnung der Vorprodukte — aufgewandten Arbeitsquantum bestehen. Daraus folgt jedoch nicht, daß der im Verkehr unter dem Einfluß des bestehenden Eigentums- und Vertragsrechts hervortretende Marktwert der Güter auch nur annähernd diesem ihrem natürlichen Kostenwert proportional sei. Wohl aber hat der Arbeitswert der Güter für die Betrachtung des gesamten Nationalprodukts und seiner Verteilung unter die Hauptklassen der Gesellschaft eine wohlbegründete Bedeutung. Dabei muß aber immer vorausgesetzt werden, daß die in jedem Gut enthaltene Arbeitsgröße, die die „Seltenheit" desselben mit bedingt, im richtigen Verhältnis zu seiner Nützlichkeit stehe und daß namentlich dieser Arbeitsaufwand nicht über den Gebrauchswert des Gutes hinausgehe. Wirtschaftliche Arbeit ist die Aufwendung menschlicher Körper- oder Geisteskraft zu einem unmittelbar und mittelbar auf die Befriedigung irgendeines menschlichen Bedürfnisses gerichteten Zweck. Ihrer Qualität nach sind die Arten der Arbeit sehr mannigfaltig, aber alle Arten, die geistige, wie die körperliche, die leitende, wie die untergeordnete Arbeit haben das wesentliche Merkmal gemeinsam, daß sie die menschliche Persönlichkeit in Anspruch nehmen und bis zu einem gewissen Grade absorbieren. Demnach wird die Arbeit zunächst gemessen durch die Zeit, die von ihr ausgefüllt wird. In derselben Art von Arbeit wird aber von den einzelnen Arbeitern je nach dem Grade ihrer natürlichen Befähigung, ihrer erworbenen Geschicklichkeit und ihrer Kraftanspannung oder ihrem Fleiße Verschiedenes geleistet. Es muß daher für jede Art eine Arbeit mit Durchschnittsleistung, wie sie sich aus den tatsächlichen Beobachtungen ergibt, als die normale angenommen werden, und die während einer Zeiteinheit angespannte Arbeitskraft mit Durchschnittsleistung bildet die Maßeinheit der Arbeit. Die Arbeit von Kindern, Lehrlingen, Halbinvaliden usw. kann also immer nur als ein Bruchteil einer Normalarbeit von gleicher Dauer geschätzt werden.

Qualitative Wertverschiedenheit der Arbeit.

Die Arbeitseinheit selbst fordert von dem Arbeitenden einen gewissen Aufwand von Muskel- oder Nervenkraft, den man als ihren subjektiven Kostenwert betrachten kann. Es steht nichts im Wege, theoretisch diesen subjektiven Kostenwert für alle Arten normaler Arbeit als gleich groß anzunehmen. Ob dieses Prinzip in einem kommunistischen Idealstaat zu praktischer Geltung gebracht werden soll, mögen die sozialistischen

Theoretiker entscheiden; in dem wirklichen gesellschaftlichen Verkehr aber werden die verschiedenen Arten der Arbeit, sofern sie gegen Geld ausgetauscht werden, verschieden geschätzt, indem sich für jede aus der Beurteilung ihrer Nützlichkeit in Verbindung mit ihrer Seltenheit ein Gebrauchswert und im Verkehr auch ein Tauschwert ergibt. Um die Arbeit als das Grundelement des Wertes festzuhalten, muß man also die Einheit der am niedrigsten geschätzten Arbeitsart als Maßstab nehmen. Auch Marx gibt einen Unterschied zwischen „einfacher“ und „komplizierter“ Arbeit zu, so daß eine Einheit der letzteren gleich einem Vielfachen der ersteren zu rechnen sei. Man kann aber auch die Einheit einer Durchschnittsqualität als Maß nehmen, so daß die Einheit einer höheren Qualität größer und die einer geringeren Qualität kleiner als 1 wird. Man darf annehmen, daß bei dem bestehenden Lohnsystem die verschiedenen Arbeitsqualitäten wenigstens in roher Annäherung ihrem gesellschaftlichen Gebrauchswert proportional taxiert sind. Die Beschränktheit des Angebots der höher bewerteten Arbeitsarten ist allerdings nur zum Teil durch die natürliche Seltenheit der entsprechenden Befähigung bedingt, sie beruht vielmehr meistens auf einer wirtschaftlichen und sozialen Erschwerung des Zugangs zu diesen Beschäftigungen. Schon die Notwendigkeit einer längeren Lehrzeit macht es für die untersten Schichten der Arbeiterklasse sehr schwer, ihre Söhne in die Klasse der besseren Handwerker aufsteigen zu lassen. Die höheren Techniker bedürfen einer Vorbildung, die nur einer kleinen Minderheit erreichbar ist, und der Zutritt zu den sogenannten gelehrten Berufen ist in noch höherem Grade erschwert. In wirklicher natürlicher Seltenheit erscheinen nur die großen wissenschaftlichen, technischen, künstlerischen und organisatorischen Talente. Soweit diese ihre Leistungen unmittelbar im freien Verkehr verwerten, können sie mehr oder weniger monopolistische Preise erlangen. Aber auch wenn sie etwa als selbständige Leiter großer Unternehmungen im Dienst des Kapitals stehen, hat ihr Arbeitseinkommen doch einen anderen Charakter, als die Gehälter und Löhne der Angestellten und Arbeiter, wie sie sich unter den gewöhnlichen Bedingungen des Angebots und der Nachfrage bilden. Nimmt man allein auf diese Rücksicht, so bewegt sich der Tauschwert der Arbeit in nicht allzu weiten Grenzen. Die höher gebildeten Techniker und die am besten gestellten Handelsgehilfen beziehen durchschnittlich an Gehalt vielleicht das Fünf- oder Sechsfache des Durchschnittslohns der Handarbeiter. Dabei aber sind diese Angehörigen der höchstbesoldeten Klasse der Angestellten im Vergleiche mit der Masse der Arbeiter nur in sehr geringer Zahl vorhanden.

Berechnet man also den Arbeitswert der in einem Jahre produzierten Güter der verschiedenen Arten nach den wirklich für diese Produktion bezahlten Löhnen und Gehältern, so werden diese Zahlen auch annähernd den Summen der in den einzelnen Produktionszweigen aufgewandten Arbeitseinheiten von Durchschnittsqualität proportional sein. Der Geldwert

der Einheit der Durchschnittsarbeit — auf das Jahr bezogen — aber ist dann annähernd gleich der Jahressumme der Löhne und Gehälter geteilt durch die Durchschnittszahl der während des Jahres beschäftigten Personen. Übrigens ist der Arbeitswert eines Gutes nicht nur nach der ihm selbst auf allen seinen Produktionsstufen von Rohstoffen einverleibten Arbeit zu bestimmen, sondern es ist auch der Arbeitswert der aufgewandten Hilfsstoffe, z. B. der Kohlen, und der Abnutzung der für seine Herstellung verwendeten Maschinen und sonstigen Produktionsmittel mit in Anrechnung zu bringen.

Eine gewisse Quote des Preises jeder verkäuflichen Ware stellt den Geldwert der gesamten, auf den sich folgenden Produktionsstufen für diese Ware aufgewandten Arbeit dar, da jeder Beteiligte auf irgendeiner Stufe die bis dahin aufgelaufenen Kosten sich von seinem Nachfolger ersetzen läßt. Dies gilt auch für die der Abnutzung der Produktionsmittel entsprechende Arbeit. Bestimmt man anderseits den Geldwert der durchschnittlichen Arbeitseinheit, so kann man auch leicht den Arbeitswert der Ware finden, soweit er in den Löhnen hervortritt. Der Rest des Preises bildet den Kapitalgewinn und zwar ebenfalls in seinem Gesamtbetrag auf allen Stufen. Auch diesem entspricht, sachlich betrachtet, ein Teil des Produktes und er könnte daher ebenfalls leicht auf Arbeitswert zurückgeführt werden, wenn der Kapitalgewinn einfach der Zahl der beschäftigten Arbeiter proportional wäre. Dies trifft aber, wie später noch näher zu erörtern ist, nicht zu und daher ist die Bestimmung des wirklichen gesamten, die Vorarbeiten mit umfassenden Arbeitswertes einer einzelnen Warenart eine verwickelte und nur näherungsweise zu lösende Aufgabe. Immer aber ist ein solcher Arbeitswert vorhanden und man kann ihn daher auch immer als gegeben annehmen und mit ihm rechnen, um gewisse allgemeine Beziehungen im volkswirtschaftlichen Prozeß darzustellen.

Arbeitsteilung.

Der Nutzeffekt, der mit demselben Arbeitsaufwande erzielt werden kann, ist außer von den Naturbedingungen der Produktion abhängig von der Wirksamkeit der Arbeitsmethoden und der benutzten technischen Hilfsmittel. Die Arbeit zeigt daher verschiedene Grade der Produktivität, und zwar wird diese für jede Art der Produktion gemessen durch die Menge des Produktes, das auf eine Einheit der aufgewandten normalen Arbeit kommt.

Als Mittel zur Steigerung der Produktivität der Arbeit dient zunächst ihre zweckmäßige Organisation, die sich darstellt als rationell durchgeführte Arbeitsteilung und richtig bemessene Ausdehnung des Betriebs. Adam Smith hat die Arbeitsteilung am Eingang seines großen Werkes ausführlich behandelt. Zur Erklärung ihrer nützlichen Wirkung weist er hin auf die hochgesteigerte Geschicklichkeit, die jeder durch die ausschließliche Wiederholung derselben einfachen Teilarbeit erlange und auf die Vermeidung des Zeitverlustes, der in der Regel mit dem mehr-

fachen Übergang von einer Tätigkeit zur anderen verbunden ist, zumal wenn dabei zugleich ein Wechsel der Werkzeuge nötig ist. Auch meint er, wenn ein Mensch seine Aufmerksamkeit ausschließlich auf eine stets wiederholte einfache Hantierung richte, so finde er manchmal geeignete Hilfsmittel, um diese zu erleichtern oder zu beschleunigen. Allerdings kann eine Maschine immer nur einzelne oder eine Reihe von einfachen mechanischen Leistungen ausführen und insofern ist die Zerlegung komplizierter Arbeiten in einfache Teilarbeiten eine Voraussetzung für die Erfindung und Anwendung zweckmäßiger mechanischer Hilfsmittel. Aber Erfindungen dieser Art sind trotz des von A. Smith angeführten Beispiels nur selten von Arbeitern und dann nur als Frucht ihres natürlichen Talents und nicht infolge einer an sich abstumpfenden einförmigen Beschäftigung gemacht worden. Die Hauptursache der Steigerung der Produktivität der Arbeit durch die technische Arbeitsteilung hat A. Smith nicht angeführt: der einzelne Arbeiter wird in eine technische Organisation eingereiht, die ihn gleichsam mit sich fortreißt, in der er nur ein Rad in einem zusammengesetzten Mechanismus darstellt und von der einen Seite vorwärts getrieben wird, während er selbst nach der anderen Seite weiter drängen muß. Sowohl diese, wie auch die durch die Mannigfaltigkeit der Maschinen bedingte Arbeitsteilung ist nur in Großbetrieben anwendbar und diese erhalten dadurch in ihrer Produktivität einen bedeutenden Vorsprung vor den Kleinbetrieben. Daß diese Arbeitsweise freilich nicht geeignet ist, Arbeitsfreudigkeit und Befriedigung über ein vollendetes Werk zu erwecken, daß sie von drückender Eintönigkeit ist, bedarf keiner weiteren Erörterung. Deshalb kann aber nicht auf die volkswirtschaftlichen Vorteile der Arbeitsteilung verzichtet werden, sondern die Abhilfe für diesen Übelstand wird auf anderem Wege, namentlich durch Verhinderung einer übermäßigen täglichen Arbeitszeit, zu suchen sein.

Man spricht auch von der Arbeitsvereinigung als notwendige Ergänzung der technischen Arbeitsteilung, aber diese bildet neben der letzteren keinen besonderen Produktivitätsfaktor. Denn es ist selbstverständlich, daß die einzelnen Teilarbeiten zur Herstellung des ganzen Produktes zu vereinigen sind, da sie ja von vornherein mit Rücksicht auf diesen Zweck gesondert worden sind.

Die technische Arbeitsteilung, von der im Obigen die Rede ist, findet innerhalb desselben Betriebes statt. Neben dieser kann man eine geschäftliche Arbeitsteilung innerhalb desselben Unternehmens unterscheiden, wenn z. B. ein Unternehmen Spinnerei und Weberei, Eisenhüttenbetrieb und Maschinenfabrikation umfaßt. Jeder Einzelbetrieb ist dann selbständig rationell einzurichten. Ferner aber besteht auch eine volkswirtschaftliche Arbeitsteilung zwischen den verschiedenen Unternehmungen, von denen jede sich auf einen bestimmten Produktionszweig oder auf eine bestimmte Teilproduktion verlegt. Diese Arbeitsteilung zwischen den Einzelwirtschaften hat sich in dem Maße ausgebildet, wie die selbstgenügsame

Naturalwirtschaft durch das tauschwirtschaftliche System verdrängt wurde. Im Mittelalter wurde sie durch das Zunftwesen in einem wirtschaftlich schädlichen Grade begünstigt, da sie die handwerksmäßigen Kleinbetriebe verhinderte, ihre Tätigkeit auf benachbarte Gebiete auszudehnen, auch wenn sie es mit Vorteil hätten tun können. Die Förderung der Produktivität durch die volkswirtschaftliche Arbeitsteilung besteht darin, daß im allgemeinen jeder sich derjenigen Produktion zuwenden wird, die ihm nach den äußeren Umständen und seiner persönlichen Befähigung am meisten Erfolg verspricht. Auch wird der einzelne Unternehmer ein mäßiges Kapital in der Regel besser verwerten können, wenn er es auf einen Produktionszweig konzentriert und diesen in größerem Maßstabe betreibt, als wenn er es auf mehrere kleinere Betriebe verschiedener Art zersplittert. Allerdings setzt die Spezialisierung der Unternehmungen die Möglichkeit einer entsprechenden Ausdehnung des Absatzes ihrer Erzeugnisse voraus, die z. B. für die lokalen Gewerbe an kleinen Orten nicht besteht. Daher wird dort häufig mit einem Handwerksbetrieb auch Landwirtschaft oder ein Ladengeschäft verbunden. Anderseits finden wir in der neuesten Zeit auch bei den großkapitalistischen Unternehmungen die Tendenz zur Vereinigung mehrerer Betriebe von verschiedener Art, auf die wir noch zurückkommen werden. Bei der Erweiterung der volkswirtschaftlichen zur weltwirtschaftlichen Arbeitsteilung kommt vor allem die Tatsache zur Geltung, daß die verschiedenen Länder und Zonen der Erde für gewisse Produktionszweige vorzugsweise oder ausschließlich geeignet sind.

Die Frage der zweckmäßigsten Ausdehnung der Betriebe und der Unternehmungen hängt mit der technischen und wirtschaftlichen Arbeitsteilung eng zusammen, außerdem aber auch mit der Verwendbarkeit von Maschinen und anderen technischen Hilfsmitteln in den verschiedenen Produktionszweigen. Dieser Punkt wird daher erst weiter unten näher erörtert werden.

Technische Hilfsmittel.

Die ausgedehntere Anwendung und Verbesserung der Bewegungs- und Werkzeugmaschinen ist das unmittelbarste und wirksamste Mittel zur Steigerung der Produktivität der Arbeit. Schon auf der untersten Stufe der Kultur hat der Mensch Werkzeuge erfunden, die es ihm ermöglichten, Arbeiten auszuführen, die er mit seinen Händen allein nie hätte zustande bringen können. Wenn er mit einem Beil einen Baum fällte, so ist klar, daß das Beil nur ein Hilfsmittel für seine Arbeit war und daß ein eisernes Beil seine Arbeit wirksamer machte, als ein Feuersteinwerkzeug. Aber auch wenn er die Muskelkraft der Tiere zum Tragen und Ziehen von Lasten, den Druck des Windes auf das Segel zur Bewegung seines Kahns benutzte, wird man die mechanischen Leistungen dieser der Natur entnommenen Kräfte nicht der Arbeit des Menschen gleichstellen: diese bestand einfach in der zweckmäßigen Leitung der in seinen Dienst gezogenen Kräfte und er erreichte dadurch Erfolge, die über die Leistungsfähigkeit seiner eigenen Muskelkraft weit hinausgingen. Heutzutage aber

steht die Schiffsmaschine mit ihren Tausenden Pferdekräften zum Menschen in keinem anderen Verhältnis, als einst das Segel, und die Spinnmaschine mit ihren langen Reihen von Spindeln steht als sachliches Arbeitsmittel unter derselben Rubrik, wie das Spinnrad und die einfache Spindel. Die Maschine ist eben nicht als eine selbst Arbeit leistende Vorrichtung anzusehen, wenn man auch im Sinne der Mechanik von der Arbeit einer Maschine spricht, indem man darunter die Überwindung eines bestimmten Widerstandes auf einer bestimmten Strecke versteht. Viele gewöhnliche Handarbeiten sind, mechanisch betrachtet, nichts weiter als solche Widerstandsüberwindungen und sie können eben deswegen durch Maschinenkraft ersetzt werden. Aber die menschliche Arbeit ist auch als gewöhnliche Handarbeit nicht einfach eine mechanische Leistung, sondern die Tätigkeit einer Persönlichkeit, deren Menschennatur nicht vergessen werden darf. Die Maschinen sind also nur Mittel zur Steigerung der Produktivität der Arbeit derjenigen, die sie bedienen und überwachen. So arbeitet z. B. in einer Spinnerei das an der Dampfmaschine als dem Motor und den Spinnmaschinen beschäftigte Personal mit einem riesigen Apparat und bringt dadurch ein außerordentlich viel größeres Jahreserzeugnis an Garn zustande, als die Menge, die einst von derselben Zahl von Personen mit Hilfe des Spinnrades oder gar der einfachen Spindel hätte hergestellt werden können. Ist aber eine neue Maschine oder überhaupt eine technische Verbesserung einmal eingeführt, so zählt nur die auf diese Art ausgerüstete Arbeit überhaupt noch mit. Sie allein ist „gesellschaftlich notwendige“ Arbeit, eine Arbeit mit rückständigen Hilfsmitteln erzeugt bestenfalls nur einen unzulänglichen Wert oder kann überhaupt nicht mehr angerechnet werden.

Betrachtet man einen einzelnen Produktionszweig, z. B. die Weberei für sich, so stellt sich die Steigerung der Produktivität dieser besonderen Art von Arbeit durch die Wirkung der Maschinen einfach in dem Verhältnis der Mengen des Erzeugnisses dar, die mit diesen modernen Hilfsmitteln einerseits und den ursprünglichen einfachen Handwerksgeräten anderseits in derselben Zeit gewonnen werden können. Die Maschinen selbst werden dabei, ebenso wie die verarbeiteten Vorprodukte, als gegeben angesehen. Sie sind das Produkt einer selbständigen Sonderarbeit, deren Produktivität ebenfalls durch verbesserte technische Hilfsmittel erhöht werden kann. Überblickt man aber die gesamte Produktion vom Standpunkt der Volkswirtschaft, so muß bei der Beurteilung der Produktivität der Arbeit auch diejenige Arbeit mit in Rechnung gebracht werden, die innerhalb der Gesellschaft zur Herstellung der Produktionsmittel selbst aufgewandt werden muß. Diese Vorarbeiten sind auf die mit Hilfe der Produktionsmittel gewonnenen Erzeugnisse zu verteilen und dann erst kann der in den Gütern enthaltene Gesamtaufwand von Arbeit auf verschiedenen Stufen der technischen Entwickelungen verglichen werden. Wenn 100 Arbeiter bei Anwendung von Maschinen in einem Jahre von einem Fabrikate das Hundertfache der Menge P liefern, die sie mit bloßer Hand-

arbeit herstellen könnten, während anderseits 1000 Arbeiter ein Jahr lang mit der Herstellung der nötigen Maschinen beschäftigt werden müßten und jede Maschine zehn Jahre brauchbar bliebe, so würden im ganzen 200 Jahresarbeitseinheiten aufgewandt werden müssen, um die Menge 100 *P* zu produzieren. Die Produktivität der Arbeit hätte sich also nicht auf das Hundertfache, sondern nur auf das Fünfzigfache erhöht. Wegen der notwendigen Vorarbeiten ist die Steigerung der Produktivität durch die Maschinen auch nicht einfach der Beschleunigung der Produktion proportional, obwohl der Arbeitsaufwand nach der Zeit gemessen wird. Wenn in dem obigen Beispiel die Anfertigung der Maschinen nur 100 Arbeiter ein Jahr in Anspruch nähme, so würden bis zur Abnutzung der Maschinen 1000 *P* produziert werden. Dazu aber wäre mit Einschluß der Vorarbeit ein Zeitraum von 11 Jahren erforderlich und in diesen hätte die Handarbeit die Menge 11 *P* geliefert. Durch die Maschinenarbeit wäre also die Produktion ungefähr im Verhältnis von 1 : 91 beschleunigt worden. Aber eine solche Rechnung ist nicht zulässig, wenn, wie oben, angenommen ist — was auch der Wirklichkeit mehr entspricht — daß in dem Jahr der Vorbereitungsarbeit eine größere Zahl von Arbeitern mit dem Bau der Maschinen beschäftigt ist, als in der Periode der eigentlichen Fabrikation, nämlich 1000 gegen 100. Um vergleichbare Zahlen zu erhalten, müßte man annehmen, daß im ersten Jahre auch 1000 Arbeiter mit Handarbeit beschäftigt würden, so daß die Produktion der Handarbeit in dem ganzen Zeitraum 20 *P* betrüge.

In der Wirklichkeit werden die Maschinen nicht einfach nach ihrem Arbeitswert, sondern nach ihrem Kapitalwert in Geld in Rechnung gebracht und sie können daher nur Anwendung finden, wenn sie nicht nur selbst eine Ersparung von Arbeit ermöglichen, sondern auch das in ihnen angelegte Kapital einen angemessenen Gewinn abwirft. Die Ersetzung von Handarbeit durch eine Maschine bei gleicher Produktionsgröße ist daher wirtschaftlich nicht zulässig, wenn die Herstellungskosten der Maschine so hoch sind, daß das in ihr angelegte Kapital größer ist, als das bei Verwendung von Handarbeit für die Lohnzahlung erforderliche. Ebenso ist die Zweckmäßigkeit der Einführung einer technisch vollkommeneren, aber teuerern Maschine an Stelle einer bis dahin benutzten zu beurteilen. Außerdem ist natürlich auch immer noch die größere oder geringere Dauer der Brauchbarkeit der Maschinen in Betracht zu ziehen.

Rohstoff- und Landwirtschaftliche Produktion.

Für die stoffverarbeitenden Industriezweige läßt sich die Grenze der Möglichkeit, Menschenarbeit durch immer wirksamere Maschinen zu ersetzen und dadurch die Produktivität der noch verwendeten Arbeit zu erhöhen, noch gar nicht absehen. Auch die Gewinnung der mineralischen Rohstoffe ist durch das Maschinenwesen in hohem Grade erleichtert worden, jedoch sind hier weitere Fortschritte wohl nicht mehr in demselben Maße zu erwarten wie auf den höheren Stufen der Produktion. Überdies aber wird die Wirkung der besseren technischen Hilfsmittel hier zum Teil durch

die Verschlechterung der natürlichen Produktionsbedingungen ausgeglichen, so daß mit der Zeit eine Abnahme der Produktivität der Arbeit zu erwarten ist. Der Bergbau muß mit zunehmenden Schwierigkeiten in immer größere Tiefen vorrücken und jedem Bergwerk steht schließlich die Erschöpfung mit Gewißheit bevor. Auch die Landwirtschaft macht von arbeitsparenden Maschinen, wenigstens in den größeren Betrieben, reichlichen Gebrauch, aber wesentliche neue Verbesserungen ihrer mechanischen Hilfsmittel hat sie wohl schwerlich noch in Aussicht. Weitere Fortschritte kann sie noch durch bessere Düngemittel und Düngungsmethoden und durch Züchtung neuer besonders ertragreicher Pflanzenvarietäten erreichen. Auch dem Boden werden durch jede Ernte notwendige Pflanzennahrungsstoffe entzogen, aber es ist möglich, ihn durch rationelle Düngung in einem stabilen Zustande zu erhalten. Die Theorie spricht von einem allgemeinen „Gesetz des abnehmenden Bodenertrags“, nach dem jede neue Aufwendung derselben Größe von Kapital oder Arbeit auf dieselbe Bodenfläche einen geringeren Mehrertrag bringe, als die vorhergehende. Dieser Satz ist ohne Zweifel insofern richtig, als es unmöglich ist, von einem Grundstück mit bestimmter Fläche einen fortwährend steigenden Ertrag zu erhalten, und also auch schon vor Erreichung der äußersten Grenze die Abnahme der Ertragsmöglichkeit sich mehr und mehr bemerklich machen wird. Aber selbst in den alten Kulturländern gibt es ohne Zweifel noch in großer Ausdehnung Land, das von dem Maximalertrag noch weit entfernt ist und dessen Fruchtbarkeit durch Verbesserung des Bodens und der wirtschaftlichen Technik noch mindestens in gleichbleibendem Verhältnis zu einem neuen Kapitalaufwande gesteigert werden kann. In dem obigen Satze wird eben keine Rücksicht darauf genommen, daß es bis zu einem gewissen Grade möglich ist, durch eine fortschreitende Wirtschaftstechnik mit einem gleichen Kapitalbetrag einen größeren Nutzeffekt zu erziehen. Eine wichtige Steigerung der weltwirtschaftlichen Produktivität der Arbeit, die vorzugsweise, wenn auch indirekt, auf die Rohstoff- und landwirtschaftliche Produktion einwirkt, ist diejenige, die sich an die großartige Entwickelung des modernen Transportwesens knüpft. Wenn eine Million Tonnen Getreide, Kohlen oder sonstige Massenwaren statt auf Eisenbahnen auf die alte Weise mit Fuhrwerk auf der gleichen Strecke befördert werden müßte, so würde dafür eine weit größere Arbeiterzahl während einer weit längeren Zeit erforderlich sein, der Arbeitsaufwand sich also aus einem doppelten Grunde sehr viel höher stellen. Allerdings müßte auch hier die Vorarbeit, nämlich die Herstellung der Eisenbahnen und ihres Materials, in Anschlag gebracht werden. Aber der größte Teil dieser Vorarbeit, nämlich die für die dauernden stehenden Anlagen aufgewandte, ist auf die gesamten Transportleistungen einer sehr langen Zeit zu verteilen und auch im übrigen ist es unzweifelhaft, daß im ganzen eine sehr große Arbeitsersparung stattfindet. Man darf sogar behaupten, daß die Arbeitskräfte, die eingestellt werden müßten, um den ganzen heutigen

Transportverkehr mit Fuhrwerk und Segelschiffen zu bewältigen, gar nicht aufgebracht werden könnten, da sie der unmittelbaren Produktion in der nötigen Zahl gar nicht entzogen werden könnten.

Zweckmäßigste Größe des Betriebs.

Was die zweckmäßige Bestimmung der Größe des Betriebs als Mittel zur Steigerung der Produktivität der Arbeit betrifft, so haben wir hier die objektive Produktion, die in einem Zeitraume hergestellte Menge von Produkten, im Auge. Jedoch dürfen auch die privatwirtschaftlichen Existenzbedingungen der Unternehmungen nicht außer acht gelassen werden. Fordert die technische Zweckmäßigkeit die Verwendung großer Maschinen, so wird dadurch allein schon ein Großbetrieb geboten, mit dem kleine Unternehmungen nicht in Wettbewerb treten können. Aber auch abgesehen von der Maschinenbenutzung wird der Großbetrieb produktiver sein, wenn er eine wirksamere Arbeitsteilung ermöglicht. Die Steigerung der Produktivität der Arbeit durch Vergrößerung des Betriebs in den dazu geeigneten Produktionszweigen reicht jedoch nur bis zu einer gewissen Grenze. Darüber hinaus mag der Unternehmer vielleicht aus privatwirtschaftlichen Gründen eine weitere Vergrößerung der Betriebseinheit noch zweckmäßig finden, aber ein objektiver technischer Vorteil wird dann nicht mehr gewonnen. Die übermäßige Ausdehnung des Einzelbetriebs kann sogar unbequem und nachteilig werden, weshalb die Inhaber großer Unternehmungen, die noch mehr Kapital anlegen wollen, oft vorziehen, neue technisch selbständige Betriebe an anderen Stellen zu gründen. Es kommt namentlich auch sehr wesentlich auf die Verkehrslage der Betriebsstätte an. Die Produktionsarbeit schließt, wie schon oben angedeutet, auch die vorverwendete Transportarbeit bis zum letzten Abnehmer ein und diese wird im allgemeinen geringer sein, wenn sie von mehreren zweckmäßig gelegenen Stellen, als wenn sie von einem einzigen Produktionszentrum ausgeht. Auch die Vereinigung mehrerer aufeinander angewiesener Produktionsbetriebe in einem einzigen Unternehmen hat meistens mehr privatwirtschaftliche Vorteile als eine die Produktivität der Arbeit steigernde Wirkung. Wenn ein Kohlenbergwerk und ein Hüttenwerk nebeneinander liegen, so ist die objektive Nützlichkeit der Nachbarlage dieser Betriebe dieselbe, gleichviel, ob beide demselben oder verschiedenen Besitzern gehören. Jedoch kann die Vereinigung unmittelbar zusammenwirkender Betriebe auch in technischer Beziehung die Produktivität der Gesamtanlage erhöhen. So wird es durch die Verbindung von Hochöfen und Stahlwerken möglich, das Roheisen in flüssigem oder heißem Zustande weiter zu verarbeiten und die Hochofengase können in Gaskraftmaschinen verwertet werden. Die Bedeutung dieser technischen Vorteile ist in der neuesten Zeit immer mehr hervorgetreten. Die geeignete Betriebsgröße aller für den lokalen Bedarf arbeitenden Gewerbe bestimmt sich nach der Größe des Ortes und dem möglichen Absatz. Bäckerei und Fleischerei, Schuhmacherei und Schneiderei nach Maß müssen in kleinen Städten in sehr bescheidenem Rahmen bleiben; ebenso die Ladengeschäfte. Dagegen bringen in den

Großstädten die viel angefeindeten Warenhäuser ohne Zweifel eine größere wirtschaftliche Leistung zustande, als eine Anzahl kleinerer Geschäfte mit dem gleichen Gesamtbestand an Personal.

Für die landwirtschaftlichen Betriebe kann man, soweit es sich um die Produktion von Massenwaren, wie Getreide, handelt, als Regel annehmen, daß zur Erreichung ihrer höchstmöglichen objektiven Produktivität ihre Bodenfläche groß genug sein muß, um die volle Ausnutzung der modernen technischen Hilfsmittel zu gestatten. Der landwirtschaftliche Kleinbetrieb ist nach diesem Gesichtspunkt am Platze, wenn es sich um die Gewinnung von Erzeugnissen handelt, die eine besondere persönliche Sorgfalt und Pflege von seiten der Wirtschaftenden erfordern. Die Verhältnisse der landwirtschaftlichen Betriebe bestimmen sich aber hauptsächlich nach privatwirtschaftlichen Rücksichten. Der seinen eigenen Boden bewirtschaftende kleine Bauer arbeitet mit weit größerer Anspannung als der durchschnittliche landwirtschaftliche Lohnarbeiter, und es kommt ihm auch zustatten, daß seine Familienmitglieder mit arbeiten. Bei großen Betrieben sind es ebenfalls wesentlich privatwirtschaftliche Erwägungen, namentlich mit Rücksicht auf die Verkehrslage des Gutes, nach denen über die Frage der Betriebsausdehnung wie auch über die größere oder geringere Verwendung von Kapital und Arbeit auf dieselbe Bodenfläche d. h. über die Intensität oder Extensität des Betriebes entschieden wird.

Persönliche Dienstleistungen.

Als eine eigentümliche Arbeitsart erscheint die sogenannte „persönliche Dienstleistung“. Sie ist eine Arbeit, deren Nutzwirkung sich unmittelbar, d. h. ohne Vermittlung einer Sache, auf Personen erstreckt, also wie die sachlichen Konsumtionsgüter persönliche Bedürfnisse befriedigt. Daher kann diese Nutzwirkung — nicht aber die Arbeit selbst — auch als eine Art von Konsumtionsgut aufgefaßt werden. Das Beiwort „persönlich“ soll also hier nicht besagen, daß die Leistung von einer Person ausgeht — das ist bei jeder wirtschaftlichen Arbeit der Fall — sondern daß sie auf eine Person übergeht. Es ist ohne weiteres klar, daß die Leistung eines Arztes, eines Lehrers, eines Schauspielers hierher gehört. Ferner sind auch die öffentlichen Dienstleistungen hierher zu rechnen, die die nichtsachliche Arbeit im allgemeinen staatlichen und gesellschaftlichen Interesse umfassen. Zweifelhaft aber kann der Charakter der häuslichen Dienstleistungen erscheinen, denn diese sind größtenteils Arbeiten, die, wie z. B. die Zubereitung der Speisen, sich an Sachen betätigen. Wenn man sie gleichwohl in der Regel mit den eigentlichen persönlichen Dienstleistungen zusammenfaßt, so geschieht dies wohl deshalb, weil sie Arbeiten sind, die sich in dem engen Kreise des Haushalts der Dienstherrschaft, und nicht im allgemeinen wirtschaftlichen Verkehr vollziehen. Die Leistungen eines Rechtsanwaltes zeigen verschiedene Seiten. Beziehen sie sich auf die rechtliche Wahrung von Vermögensinteressen, so haben sie jedenfalls nicht den Charakter persönlicher Dienstleistungen, wenn sie für Geschäftszwecke in Anspruch genommen und aus dem Kapital, nicht aus dem Ein-

kommen des Klienten bezahlt werden. Die Leistung des Verteidigers eines Angeklagten dagegen ist als eine persönliche Dienstleistung aufzufassen. So ließen sich noch manche Fälle anführen, in denen man über die Grenze zwischen persönlicher Dienstleistung und geistiger Arbeit für ein Geschäftsinteresse streiten kann. Jeder mag sie aber nach seinem Geschmack ziehen, denn die volkswirtschaftlichen Begriffsbestimmungen sollen nur die Erscheinungen klassifizieren, nicht aber als Grundlage juristischer Deduktionen dienen. Vor allem jedoch ist festzuhalten, daß die im Dienste und auf Rechnung des Kapitals geleistete geistige Arbeit, wie etwa die der Handelsgehilfen, nicht zu den persönlichen Dienstleistungen gehört. Sie bildet vielmehr einen Teil der unselbständigen Arbeit, die für den bestimmten Produktions- oder Erwerbszweck eines kapitalistischen Unternehmers geleistet wird, und wird nicht aus dem Einkommen, sondern aus dem Kapital desselben bezahlt.

Faktoren des Erwerbs.

IV. Kapitalvermögen und Unternehmung. Wie schon oben betont wurde, ist als aktiver Faktor der objektiven Produktion nur die Arbeit anzusehen. Da aber die Naturgrundlage die notwendige Voraussetzung der sachlichen Produktion bildet, so kann in einem besonderen Sinne auch der Boden und sein ursprünglicher Inhalt als Produktionsfaktor bezeichnet werden. Den Anforderungen der höheren Kultur kann ferner die Arbeit nur entsprechen, wenn sie geeignete Werkzeuge und sonstige Hilfsmittel zur Verfügung hat. Diese künstlichen Produktionsmittel sind also selbst schon Produkte und wenn sie in ihrer Gesamtheit ebenfalls als Produktionsfaktor aufgestellt werden, so steht dieser mit den beiden anderen doch nicht in gleicher Linie. Diese Gesamtheit der künstlichen, produzierten Produktionsmittel nennen wir das objektive oder volkswirtschaftliche Kapital. Es würde in einer kommunistischen Gesellschaft nicht weniger unentbehrlich sein, als in der bestehenden Ordnung.

In der arbeitsteiligen, tausch- und geldwirtschaftlichen Gesellschaft erscheinen nun aber die drei objektiven Produktionsfaktoren in eigentümlichen Zusammenhängen, durch die ihr ursprüngliches Wesen mehr oder weniger verdeckt wird. Die Arbeit wird zur Erwerbstätigkeit, ihr privatwirtschaftliches Ziel ist nicht die Produktion als solche, sondern die Erlangung von Tauschwert in der Form von Geldwert. Der Boden bildet den Gegenstand des Grundeigentums, die objektiven Kapitalgüter aber erscheinen als Bestandteile des Kapitalvermögens der einzelnen Wirtschaftenden. Das Kapitalvermögen ist ein lediglich privatwirtschaftlicher Begriff und umfaßt in seinem weiteren Sinne das gesamte Vermögen, das einem Wirtschaftssubjekt zum Zweck der Erlangung von Einkommen zur Verfügung steht. Es enthält also weit mehr Bestandteile, als bloß die künstlichen Produktionsmittel, vielmehr gehört das ganze Vermögen in diese Kategorie mit Ausnahme der für den unmittelbaren Gebrauch und Verbrauch in der

Konsumtionswirtschaft dienenden und der etwa gänzlich unbenutzt bleibenden Güter. Es ist allerdings herkömmlich, dem land- und forstwirtschaftlich benutzten Grundbesitz eine besondere Stellung einzuräumen und ihn von den übrigen Erwerbsvermögen, dem Kapitalvermögen im engeren Sinne, zu trennen. Für die privatwirtschaftliche Betrachtung des Erwerbsvermögens liegt aber kein durchschlagender Grund für diese Trennung vor. Die Stellung des Grundbesitzes zu den Lohnarbeitern ist dieselbe, wie die der übrigen Kapitalbesitzer. Daß der landwirtschaftliche Boden, im Unterschied von den produzierten Produktionsmitteln nicht vermehrt werden und lediglich infolge seiner zunehmenden Seltenheit immer mehr im Werte steigen kann, hat er mit den städtischen Grundstücken gemein, die allgemein zum Kapitalvermögen gerechnet werden. Ebenso wird bei allen Bergwerken und industriellen Unternehmungen der Geldwert der Grundstücke in gleichem Sinne wie der der Fabrikgebäude und Maschinen in der Bilanz aufgeführt. Aber auch wer ein Landgut kauft, betrachtet den für den Boden bezahlten Preis als Teil seines Anlagekapitals. Übrigens hat das kultivierte Land bis zu einem gewissen Grade auch die Natur eines eigentlichen Kapitalgutes erhalten, da es durch Rodung, Entwässerung, Bewässerung oder sonstige Verbesserungen aus einem natürlichen teilweise in ein künstliches Produktionsmittel umgewandelt worden ist. Als reiner Naturfaktor bleibt aber immer der Platz übrig, von dem namentlich der Wert eines städtischen Grundstücks hauptsächlich abhängt.

Arten des Kapitalvermögens.

Als Einkommensquelle zeigt sich das Kapitalvermögen von verschiedenen Seiten. Das landwirtschaftliche Grundvermögen, dem wir seine herkömmliche Sonderstellung lassen wollen, wird entweder von dem Besitzer selbst bewirtschaftet oder gegen Pacht einem anderen Unternehmer zur Benutzung überlassen. Im ersteren Falle entspricht es dem im folgenden gekennzeichneten Unternehmungskapital, im letzteren dem Beteiligungskapital. Das nach Ausscheiden des landwirtschaftlichen Grundbesitzes verbleibende Kapitalvermögen bezeichnen wir als das privatwirtschaftliche Kapital im engeren Sinne oder der Kürze wegen einfach als Kapital. Es erscheint als inaktives Kapital, wenn es ein Einkommen abwirft, das weder aus eigener Erwerbstätigkeit des Besitzers hervorgeht, noch aus irgendeiner Beteiligung an der Produktions- oder Erwerbstätigkeit anderer, sondern aus ihrem erworbenen Einkommen herrührt. Hierher gehören z. B. die zur Vermietung bestimmten Wohnhäuser, die als Konsumtionsgüter zu betrachten sind, und ferner alle Darlehen, deren Verzinsung nicht unmittelbar durch eine wirtschaftliche Produktion oder Erwerbstätigkeit aufgebracht wird, wie dies bei dem größten Teil der Staatsanleihen der Fall ist.

Als Beteiligungskapital bezeichnen wir das privatwirtschaftliche Kapital, wenn es irgendwelchen Erwerbsunternehmungen zur Verwertung übertragen ist, dabei aber nicht dem geschäftlichen Risiko des Unternehmens ausgesetzt sein, sondern eine gesicherte feste Verzinsung genießen

soll. In diese Klasse fällt namentlich das in gewerblichen und landwirtschaftlichen Hypotheken angelegte Leihkapital. Als dritte Form des privatwirtschaftlichen Kapitals stellt sich das Unternehmungskapital dar, das auf Rechnung und Gefahr des Besitzers mit Gewinn- und Verlustchancen in Erwerbsunternehmungen ausgenutzt wird. Es ist nicht nötig, daß die Kapitalisten dieser Art an einem Unternehmen auch mit eigener Erwerbstätigkeit beteiligt sind. Bei den Mitgliedern einer Aktiengesellschaft z. B. ist dies nicht der Fall, da sie aber mit ihrem Kapitalanteil haften, so ist ihre Stellung doch eine wesentlich andere, als die der einfachen Leihkapitalisten.

Aus dem Gesagten geht schon hervor, daß das privatwirtschaftliche Kapital aus zwei verschiedenen Gesichtspunkten betrachtet werden kann: einerseits als eine Gesamtheit von sachlichen Gütern und anderseits als eine Gesamtheit von Vermögensrechten. Diese beiden Anschauungen fallen aber nicht zusammen. Die kapitalistischen Vermögensrechte bestehen im wesentlichen aus Eigentums- und Forderungsrechten. Durch die Forderungsrechte der einen aber wird das Vermögen anderer belastet und die Verteilung des aktiven Vermögens auf den einzelnen ist daher von der Verteilung des Eigentums an den sachlichen Gütern sehr verschieden. Die Forderungen, die für den Inhaber Kapitalvermögen bilden, heben sich bei der Summierung aller Bruttovermögen mit den ihnen gegenüberstehenden Schulden auf, dennoch aber ist die durch Forderungen und Schulden entstehende Verschiebung innerhalb des gesamten Kapitalvermögens für die Volkswirtschaft nicht gleichgültig, sondern im allgemeinen nützlich zur Erreichung des höchsten Nutzeffekts von Kapital und Arbeit.

Das in einem Unternehmen verwertete Erwerbskapital ist wirtschaftstechnisch, gleichviel wie es vermögensrechtlich zusammengesetzt ist, in stehendes und umlaufendes Kapital zerlegt. Zu dem ersteren gehören zunächst die unbeweglichen und die dauerhaften, nur einer allmählichen Abnutzung unterliegenden beweglichen Produktionsmittel, also Güter, die sich auch in dem objektiv-volkswirtschaftlichen Kapital wiederfinden. Vom privatwirtschaftlichen Standpunkt sind jedoch außerdem auch die abschätzbaren und übertragbaren Vorrechte, wie Konzessionen, Patente und andere, die Konkurrenz ausschließende oder beschränkende Berechtigungen zum stehenden Kapital zu rechnen, da sie für das sie ausnutzende Unternehmen einen unbegrenzt oder doch längere Zeit dauernden Aktivposten bilden, der einen besonderen Gewinn einbringt.

Das umlaufende Kapital, das sich übrigens von den sachlichen Bestandteilen des stehenden nicht durch eine scharfe Grenze trennen läßt, besteht erstens aus Gütern, die in der Erwerbswirtschaft verbraucht werden oder umgeformt oder unverändert aus ihr hinausgehen, ihrem Werte nach aber, und zwar im allgemeinen mit einem Gewinnzuschlag, in sie zurückfließen. Es sind dies also zum Verbrauch bestimmte Hilfsstoffe der Produktion, wie z. B. Kohlen, ferner die Rohstoffe und Halbfabrikate, die weiter ver-

arbeitet werden, sodann aber auch die fertigen Waren, die sich noch in den Lagern und den Läden der Händler befinden und ihre letzten Abnehmer noch nicht gefunden haben. Alle diese Stoffe und Fabrikate, die sich in einem gegebenen Augenblick in der Wirtschaft befinden, fassen wir als Warenkapital zusammen und wir betrachten seine Bestandteile privatwirtschaftlich als Kapitalgüter, auch wenn sie nicht zu den objektiven Produktionsmitteln gehören.

Der zweite Hauptbestandteil des umlaufenden Kapitals ist das Geldkapital. Das Geld kommt hier nur als Repräsentant der abstrakten Kaufkraft in Betracht, die den realen Kapitalgütern gegenübersteht und in verschiedenen Formen dargestellt sein kann. Als flüssiges Geldkapital bezeichnen wir die stets ohne weiteres verwendbaren Formen, zu denen nicht nur Metallgeld, Papiergeld und Banknoten, sondern auch die stets fälligen Geldforderungen gehören, auf Grund derer mittels geeigneter Bankeinrichtungen jederzeit Kaufkraft betätigt werden kann. Bedingtes Geldkapital dagegen können solche Geldforderungen genannt werden, die nicht sofort, sondern wie Wechsel, erst nach einer festen Frist fällig sind, oder, wie viele im Konsumentenverkehr entstehende Buchforderungen, vorläufig auf eine nicht näher bezeichnete Zeit gestundet werden. Werden Waren gegen eine solche bedingte Geldforderung verkauft, so wird für ihren Inhaber ebenso wie beim Barverkauf, endgültig Warenwert in Geldwert umgewandelt und er ist hinsichtlich dieser Warenmenge von den weiteren Bewegungen des Marktes unabhängig geworden. Auch kann er einen Wechsel selbst wieder zur Ausübung von Kaufkraft benutzen, wenn er sich dabei auch einen Zinsabzug gefallen lassen muß, auf den er aber bei seiner Preisforderung schon Rücksicht genommen haben wird. Auch bloße Buchforderungen bilden für ihn einen Vermögenswert, auf Grund dessen er imstande ist, seinerseits wieder Waren auf Kredit zu kaufen, und in der neuesten Zeit ist auch schon ein Anfang mit der Diskontierung solcher Forderungen gemacht worden.

Während das flüssige und das bedingte Geldkapital Bestandteile des umlaufenden Kapitals bilden, steht das festgelegte Geldkapital für seinen Besitzer außerhalb der wirtschaftlichen Bewegung. Es besteht aus Geldforderungen, die durch Darlehen oder Schuldstundungen auf lange oder unbegrenzte Zeit und mit langen Kündigungsfristen entstanden sind. Häufig erscheint es in der Form von Hypotheken auf Grundbesitz oder stehende Kapitalanlagen. Das hindert dann aber nicht, daß der Schuldner das entliehene Geld auch als Teil seines umlaufenden Kapitals verwenden kann. Das frei verfügbare Geldkapital ist auch die Form, in der das Kapital überhaupt in der Regel ursprünglich in die Unternehmungen eintritt und in der es sich aus den Einkommensüberschüssen als neue freie Kaufkraft ansammelt. Nur ein verhältnismäßig kleiner Teil des vorhandenen Geldkapitals ist in einem Lande mit modern entwickeltem Bankwesen durch Metallgeld vertreten und es ist, wie die Papiergeldwirtschaft zeigt, möglich,

wenn auch keineswegs empfehlenswert, daß auch dieser Barvorrat durch ein seinem Stoff nach wertloses Umlaufs- und Zahlungsmittel ersetzt wird. Wenn dies ohne praktische Mißstände geschehen wäre, so stände das Geldkapital als abstrakte Vermögensmacht den sachlichen Kapitalgütern gegenüber, die es in wirtschaftliche Bewegung zu setzen hat. Der reale volkswirtschaftliche Kapitalreichtum wird also durch das abstrakt aufgefaßte Geldkapital, das nur eine formale Funktion hat, nicht vergrößert. Wohl aber bildet der Bestand an Edelmetallgeld einen Teil des objektiven Nationalreichtums. Man könnte ihn aber im Verkehr durch ein vollgedecktes einlösliches Papiergeld ersetzt denken und er würde dann deutlich als das erscheinen, was er in Wirklichkeit ist, als ein bloßer Sicherheitsfonds, der namentlich soweit wie möglich die Unveränderlichkeit der Geldwerteinheit gewährleisten soll.

Eigenes und fremdes Kapital.

Das Geldkapital wird durch den Kredit auf die mannigfaltigste Art aus dem einen Vermögen in das andere übertragen und durch die dabei entstehenden Schuldverhältnisse scheinbar vervielfältigt. So kann die selbe Summe, die für den Darlehensgeber festgelegtes Geldkapital bildet, in dem Unternehmen des Schuldners als umlaufendes Kapital erscheinen und zwar sowohl in der Form von barem Gelde, wie auch von Geldforderungen, zeitweise auch mit Umwandlung in Warenwert. Als positives Geldkapital ist dieser Posten dann nur in dem Vermögen des Gläubigers vorhanden, in dem Vermögen des Schuldners wird er rechnungsmäßig durch einen negativen Posten, eine Schuld von gleichem Betrage, ausgeglichen, aber allein in den Händen des Schuldners bildet er wirksames, wirtschaftlich verwertetes Geldkapital. Verkauft jemand Waren auf Kredit, so erhält er eine Forderung als positives Geldkapital. Die ihr entsprechenden realen Kapitalgüter in den Händen des Käufers sind mit einer ihrem Ankaufspreis gleichen Schuld belastet. Gelingt es aber, sie mit einem Preisaufschlag abzusetzen, so kann die Schuld abgetragen werden und der erste Käufer behält den Gewinn für sich. So kann kreditiertes Kapital sowohl in Geld, wie in Waren denen, die es zu verwerten wissen, Vorteil bringen, auch wenn sie eine Zinsvergütung dafür zu tragen haben. Durch solche Heranziehung von fremdem Kapital wird es möglich, sowohl den Betrieb in vorteilhafter Weise auszudehnen, als auch das durch die Natur des Unternehmens in jedem Einzelfalle bestimmte richtige Verhältnis zwischen dem stehenden und umlaufenden Kapital herzustellen. Unter dem Erwerbskapital eines Unternehmers ist überhaupt nicht sein Nettovermögen nach Abzug seiner Schulden zu verstehen, sondern das ganze Kapitalvermögen, das er für seinen Erwerbszweck benutzen kann. In seiner Bilanz seien z. B. aufgeführt: Grundstücke und Fabrikgebäude, Maschinen und sonstiges Inventar, Kohlen- und Rohstoffvorräte, fertige Waren, Debitoren, Wechsel, Kassenbestand. Auf der Passivseite aber möge außer dem Grundkapital und dem Reservefonds auch eine Hypothekenschuld und ein Betrag an Forderungen von Kreditoren stehen. Alles,

was auf der Aktivseite steht, gehört zum wirksamen Erwerbsvermögen des Unternehmers. Die Grundstücke und Gebäude sind trotz ihrer Belastung sein Eigentum und er kann sie für seinen Betrieb voll ausnutzen, ohne Pacht- oder Mietsteigerung befürchten zu müssen. Seine Rohstoffe und Warenvorräte sind zum Teil noch nicht bezahlt, aber er kann in seinem Erwerbsinteresse frei über sie verfügen. Seine Wechselverbindlichkeiten werden ebenfalls größer sein, als wenn er alle laufenden Schulden sofort bezahlt hätte, aber er behält einen größeren Vorrat an Geldkapital in Händen. Und was seine eigenen ausstehenden Forderungen betrifft, so kann er auf Grund derselben Wechsel ziehen oder sie doch, ihre Sicherheit natürlich vorausgesetzt, als Stütze für die Ausnutzung seines eigenen Kredits benutzen. Das wirksame Erwerbskapital einer Unternehmung kann also das Nettovermögen desselben bedeutend übersteigen. So betrug z. B. bei einer großen Bergwerksgesellschaft 1906 das Erwerbskapital im obigen Sinne rund 222 Millionen Mark, das Nettovermögen (Grundkapital und Reserven) 157 Millionen, das Grundkapital (nach dem der Prozentsatz der Dividende berechnet wird) 130 Millionen. Die Anleihen und Hypotheken beliefen sich auf 32 Millionen, die sonstigen Verbindlichkeiten auf 33 Millionen Mark. Bei den Bankunternehmungen, deren Hauptgeschäft gerade in der Vereinigung von Kreditnehmen und Kreditgeben besteht, schwillt eben deshalb das wirksame Erwerbskapital außerordentlich hoch an, bis zum Fünf- und Sechsfachen des Nettovermögens. Wenn ein Unternehmer gemietete Gebäude oder gepachtete Grundstücke benutzt, so gehören diese mit zu dem ihm zur Verfügung stehenden wirksamen Erwerbskapital, obwohl sie nicht in seinem Eigentum stehen und keinen Aktivposten seines Vermögens bilden. Jedoch kann ein günstiger, noch mehrere Jahre geltender Pacht- oder Mietvertrag unter Umständen einen erheblichen selbständigen Vermögenswert für den Inhaber erlangen.

Umsatz von Waren- und Geldkapital.

Innerhalb des umlaufenden Kapitals wandeln sich fortwährend Geld- und Warenkapital ineinander um. Aus dem Geldkapital werden die Roh- und Hilfsstoffe und die Arbeitslöhne bezahlt. Die in der Herstellung begriffene Ware saugt also um so mehr Geldwert auf, je länger die Produktionsperiode dauert. An diese aber schließt sich, wenn nicht auf feste Bestellung gearbeitet wird, noch eine Wartezeit bis zum Absatz, oder genauer bis zur Bezahlung der fertigen Ware. Produktionsperiode und Wartezeit zusammen bilden also die Umsatzperiode für das umlaufende Kapital des einzelnen Unternehmers, die Laufzeit der Ware selbst aber dauert oft noch weit länger, da sie in unverändertem oder weiter verarbeitetem Zustande vielleicht noch durch mehrere Hände gehen muß, bis sie als fertiges Fabrikat den letzten Abnehmer erreicht. Jeder Produzent oder Händler auf den höheren Stufen tritt also mit seinem eigenen Geldkapital für das seines Vormannes ein. Eine unwirtschaftliche Verlängerung der Umsatzperiode zeigt sich vielfach auf der letzten Stufe, der des Detailhandels, infolge des Borgsystems der Konsumenten, wodurch nicht nur

für den Verkäufer, sondern auch für den Großhandel der Bedarf an Geldkapital erheblich gesteigert wird. Für den Handel gibt es selbstverständlich keine eigentliche Produktionsperiode, sondern die Umsatzperiode seines umlaufenden Kapitals ist gleich der Lagerzeit der Ware nebst der etwaigen Borgfrist. Sie kann daher bei gangbaren Waren sehr kurz sein, und das Bestreben des Handels ist stets darauf gerichtet, sie so kurz wie möglich zu machen. Denn allgemein ist der Bedarf eines Unternehmers an umlaufendem Kapital bei gleichem Werte des Warenumsatzes in einer gegebenen Zeitstrecke um so kleiner, je kürzer die Umsatzperiode des Kapitals ist. Um denselben Jahresumsatz an Waren zu erreichen, ist bei zweimaligem Kapitalumsatz im Jahre nur halb so viel umlaufendes Kapital erforderlich, als bei einmaligem.

Die Länge der Produktionsperiode hängt von der Natur der Erzeugnisse ab. Für die wichtigsten landwirtschaftlichen Produkte beträgt sie ein Jahr. Wenn der Landwirt seinen ganzen Ernteertrag sofort verkaufte, so würde sein umlaufendes Kapital zunächst fast vollständig in Geldform erscheinen, dann allmählich immer mehr abnehmen, bis es sich bei der nächsten Ernte in Gestalt verkäuflicher Produkte erneuerte. So wird überhaupt bei allen Produktionszweigen, die nicht kontinuierlich betrieben werden können, das Verhältnis des Geldkapitals zum Warenkapital große periodische Schwankungen aufweisen. Die Industrie aber ist im allgemeinen nicht an bestimmte Zeiten gebunden, in ihren Betrieben kann meistens jeden Tag eine neue Produktionsreihe mit neuem Material beginnen, während anderseits auch das Geldkapital als Erlös für verkaufte Waren ebenso stetig zurückfließt. Daher bleiben die beiden Bestandteile des umlaufenden Kapitals hier in einem mehr gleichmäßigen Verhältnis, wenn auch vor und nach gewissen Terminen, an denen Gehälter, Zinsen, Mieten oder andere größere Beträge zu zahlen sind, beträchtliche Änderungen der relativen Höhe des Geldkapitals auftreten. Das Warenkapital wird natürlich um so mehr das Übergewicht haben, je größere Vorräte an Material und verkäuflichen Waren das Unternehmen nach der Art seines Betriebes ständig auf Lager hat. Am höchsten steigt es daher in Handelsunternehmungen, die eine große Auswahl von Waren bereit halten müssen. So standen z. B. in der Bilanz eines großen Warenhauses Ende 1908 neben einem Warenbestande von 8,8 Mill. M. nur 544000 M. an Kasse und ausstehenden Forderungen.

Je stärker die Quote des Geldkapitals im umlaufenden Kapital im Laufe des Jahres schwankt, um so mehr ist der Geschäftsinhaber imstande, sein Geld zeitweise auf kurze Fristen anderen zur Verfügung zu stellen, was durch den Kontokorrentverkehr der Banken auf bequeme Art vermittelt wird. Anderseits kann die Wartezeit zwischen dem Verkauf der Waren und dem Einlaufen des Geldes und somit auch die Umsatzperiode überhaupt für den Verkäufer verkürzt werden, indem er auf Grund seiner Forderung Kredit nimmt.

Lohnkapital.

Eine besondere Bedeutung schreibt Marx dem zu Lohnzahlungen verwendeten Teil des umlaufenden Kapitals zu. Er stellt es als „variables“ Kapital dem „konstanten“ gegenüber, das nach seiner Auffassung das übrige umlaufende und das ganze stehende Kapital umfaßt. Die Theorie, auf die sich diese Unterscheidung gründet, entspricht nicht der Wirklichkeit, immerhin aber verdient das Lohnkapital eine besondere Beachtung, da es für den Anteil der Arbeiter am Produktionsertrag maßgebend ist. Die ältere Lehre vom „Lohnfonds“ als einem die Summe der möglichen Lohnzahlungen fest begrenzenden Kapitalteil war ohne Zweifel zu einseitig formuliert. Der Lohn wird bei fortlaufendem Betrieb aus dem Preise der verkauften Produkte bezahlt, und je höher dieser bei günstigen Konjunkturen und im übrigen gleichgebliebenen Produktionskosten steigt, um so mehr kann auch der Lohn erhöht werden, und in der Regel findet auch in der Tat in Zeiten des wirtschaftlichen Aufschwungs eine allgemeine Lohnerhöhung statt. Der Lohn bleibt allerdings immer von dem in der Form von Geld zurückkehrenden umlaufenden Kapital abhängig, aber dieses Kapital ist keine feste, sondern eine mit der Wirtschaftslage veränderliche Größe. Unter günstigen Umständen fließt das Geldkapital mit ungewöhnlicher Vergrößerung zurück und es wird dann auch ein größerer Teil des Gewinns zur Ausdehnung der Produktion und demnach auch zu verstärkter Nachfrage nach Arbeit verwendet. Die dadurch bewirkte Lohnsteigerung verkürzt aber auch wieder den Mehrgewinn der Unternehmer und die Geschäftserweiterung wird dadurch wieder zum Stillstand gebracht. Meistens aber tritt aus verschiedenen Gründen auch bald ein Rückschlag ein, das Gleichgewicht zwischen Produktion und Einkommen wird gestört, der Kapitalgewinn und demnach auch das zurückfließende Geldkapital vermindert. Damit sinkt aber auch die Nachfrage nach Arbeit, und selbst wenn es den Arbeitern, die beschäftigt bleiben, gelingt, eine erhebliche Verminderung ihrer Lohnsätze abzuwehren, so verfallen doch viele der Arbeitslosigkeit und die gesamte Lohnsumme wird herabgedrückt. Das in Geldform erscheinende umlaufende Kapital ist eben im kapitalistischen Produktionsprozeß der Träger der Nachfrage nach Arbeit wie auch nach Waren, und durch seine Erweiterungen und Zusammenziehungen wird die Lohnhöhe unmittelbar beeinflußt.

Entstehung des Kapitals.

Was die Entstehung des Kapitals betrifft, so ist das objektive Kapital mit Einschluß der Kulturschicht des Bodens seinem Begriffe nach Erzeugnis der Arbeit, wenn auch im allgemeinen nicht der Arbeit seiner Besitzer. Das privatwirtschaftliche Kapitalvermögen, das im weiteren Sinne auch den landwirtschaftlich verwerteten Grundbesitz mit umfaßt, hat seine Grundlagen in der historischen Verteilung des Eigentums überhaupt. In der Naturalwirtschaft trat der Unterschied von Kapitalvermögen und Konsumtions- oder Genußvermögen noch nicht scharf hervor. Der bearbeitete Boden, die Sklaven und das Vieh waren nach der heutigen Anschauung der Hauptposten des stehenden Kapitals; das sonstige Inventar

war ohne erhebliche Bedeutung. Ein eigentliches umlaufendes Kapital gab es in der geschlossenen Naturalwirtschaft überhaupt nicht; nur die zum Unterhalt der Sklaven und des Viehs angesammelten und periodisch zu erneuernden Vorräte können mit ihm in Analogie gestellt werden.

In der mittelalterlichen Stadtwirtschaft mit ihrem zünftigen Handwerksbetrieb und ihrem beschränkten Warenaustausch mit dem nächstliegenden Landbezirk mußte das stehende und umlaufende gewerbliche Kapital in den bescheidensten Dimensionen bleiben. Auch der städtische Reichtum bestand zunächst hauptsächlich in Grundbesitz, der Renten in verschiedenen Formen abwarf. Die Anfänge einer der heutigen industriellen entsprechenden Kapitalbildung finden sich im Bergbau. Durch den von günstig gelegenen Städten im größerem Maßstabe betriebenen Handel in Verbindung mit den im Verdacht des Wuchers stehenden Geld- und Bankgeschäften sammelte sich bei einzelnen Kaufherren bewegliches Kapitalvermögen in Waren und Geld an, das aber doch insgesamt als Bestandteil des Volksreichtums nur wenig ins Gewicht fiel. Erst seit Eröffnung des großen überseeischen Weltverkehrs schwoll die Masse der jederzeit in Bewegung und auf den Lagern befindlichen Waren bedeutend an und die gleichzeitige allgemeine Preissteigerung infolge der großen Vermehrung des Gold- und Silbergeldes bewirkte auch eine entsprechende Erhöhung der Summe des im Verkehr wirksamen Geldkapitals. Die mächtigste Entwickelung des industriellen, Handels- und Bankkapitals aber beginnt erst im Maschinenzeitalter. Sie war begründet in der durch die neuen Produktionsmittel herbeigeführten gewaltigen Steigerung der Produktivität der Arbeit und in der damit zusammengehenden Vermehrung des realen Reichtums. Dieser Reichtumszuwachs kam zunächst denjenigen zustatten, die die Mittel hatten, die neuen Produktionsmittel privatwirtschaftlich auszunutzen und von ihrem erhöhten Einkommen wurde dann auch wieder ein größerer Teil in neues Kapitalvermögen verwandelt. So entstanden große stehende Anlagen, wie man sie früher nicht gekannt hatte, Hochöfen, Eisenbahnen usw., und dazu ein großer Bestand von Maschinen aller Art. Man rechnet im allgemeinen die Maschinen zum stehenden Kapital, doch nähern sie sich mehr oder weniger dem umlaufenden, da sie doch nur eine beschränkte Zeit brauchbar sind und meistens schon in zehn Jahren abgeschrieben werden. Infolge der großartigen Ausdehnung der Gütererzeugung repräsentiert auch die zu jeder Zeit in den Produktionsstätten, auf dem Transport, in den Lagern und Verkaufsstellen vorhandene Masse von Roh- und Halbstoffen, unfertigen und fertigen Waren in jedem Kulturlande einen beträchtlichen Teil des Nationalvermögens, wozu dann auch noch das Geldkapital kommt, soweit es real durch Metallgeld dargestellt ist.

Vermehrung und Untergang des Kapitalvermögens.

Die weitere Vermehrung des Kapitalvermögens der Privatwirtschaften findet nun auf zwei Wegen statt. Einmal durch die automatische Wertsteigerung vorhandener dauerhafter Kapitalanlagen, die hauptsächlich auf

den zunehmenden Seltenheitswert jeder Art von Boden oder Platz, der bestimmten Anforderungen entspricht, zurückzuführen ist. Es handelt sich hier um die Kapitalisierung der Grundrente, die später eingehender zu behandeln ist. Aber dieser Wertzuwachs der Grundstücke, der am stärksten in den großen Städten hervortritt, bildet zwar eine Vermehrung des Kapitalvermögens ihrer Besitzer, ist jedoch festgelegt und stellt kein neues, für beliebige Unternehmungen frei verfügbares Kapital dar. Solches kann nur in der Form von Geldkapital als Träger der abstrakten Kapitalmacht auftreten. Der Besitzer eines im Wert gestiegenen Grundstückes kann sich freies Kapital verschaffen, indem er es verkauft oder verpfändet, aber es muß dann das nötige Geldkapital von dem Käufer oder Darlehensgeber oder von anderen, die es ausgeliehen haben, vorher angesammelt sein. Ebenso verhält es sich mit dem Wertzuwachs von Aktien, die infolge der günstigen Entwickelung des betreffenden Unternehmens im Kurse gestiegen sind. Die Aktien gehören nicht, wie Schuldverschreibungen, zum Geldkapital, sondern sie repräsentieren nur Bruchteile des mehr oder weniger veränderlichen Gesamtvermögens einer Unternehmung. Nur soweit die Kurssteigerung der Aktien dadurch veranlaßt ist, daß die Gesellschaft aus ihrem Gewinn Reserven zurücklegt, fällt sie mit einer Ansammlung von neuem Geldkapital zusammen. Die einzelnen Aktionäre aber können die Vermögensvermehrung aus dem höheren Kurswert ihrer Papiere nur dadurch in frei verwendbares Kapital umwandeln, daß sie sie gegen bereits vorhandenes Geldkapital verkaufen.

Die Vermehrung des freien, in Geldform erscheinenden Kapitals ist überhaupt nur dadurch möglich, daß der Wirtschaftende einen Überschuß seines Einkommens über seine Konsumtionsausgaben erzielt. Die Summe der jährlichen Einkommensüberschüsse der Einzelwirtschaften bildet den volkswirtschaftlichen Gesamtzuwachs an freiem Kapital, das aber zum größten Teil schon im Laufe des Jahres in andere Formen umgewandelt worden ist. Kapitalvermehrungen zugunsten der einen, die lediglich durch Verluste anderer entstanden sind, heben sich in dieser Gesamtsumme mit den ihnen entsprechenden negativen Posten natürlich auf. Wohl aber kommen ungewöhnliche Gewinne, die ohne Schädigung anderer durch geschickte Benutzung günstiger Konjunkturen, Verwertung neuer Erfindungen usw., entstanden sind, voll zur Anrechnung.

Das im regelmäßigen Geschäftsbetrieb zurückfließende Geldkapital ist, abgesehen von dem daran haftenden Gewinn, kein freies Kapital, sondern hat seinen vorgeschriebenen Weg. Wird es aus dem Geschäft zurückgezogen und in ein anderes Unternehmen übergeführt, so wird kein neues freies Kapital angelegt, sondern nur bereits vorhandenes für einen anderen Zweck bestimmt. Werden Hypothekenschulden zurückgezahlt oder Pfandbriefe eingelöst, so erhalten die Gläubiger zwar freies Kapital, aber die Schuldner haben dies vorher aus Einkommensüberschüssen zusammenbringen müssen. Handelt es sich um die Rückzahlung von Staats- oder

Gemeindeschulden, so müssen die nötigen Summen aus dem Einkommen der Steuerzahler angesammelt werden.

Durch den Kredit kann nicht nur vorhandenes Geldkapital auf einen Entleiher, der es verwerten will, übertragen werden, sondern es kann auch zeitweise wirklich neue, als Geldkapital erscheinende Kaufkraft in den Umlauf eingeschoben werden. Wenn z. B. eine Notenbank einem Kunden gegen Verpfändung von Wertpapieren ein Darlehen in nicht metallisch gedeckten Noten gewährt, so ist dieser instand gesetzt, zunächst mit einer neu hinzugekommenen Kaufkraft nach Belieben in den Markt einzugreifen, also irgendwelche Waren zum Wiederverkauf oder zur Verarbeitung zu kaufen. Eine Vermehrung des positiven Geldkapitals hat jedoch nicht stattgefunden, denn der Käufer, der die Waren mit Banknoten bezahlt hat, bleibt zwar nicht seinem Verkäufer, wohl aber der Bank gegenüber mit einer Schuld belastet und anderseits bilden die ausgegebenen Noten eine Verbindlichkeit der Bank. Daher erhält der Kreditnehmer auch durch den Verkauf seiner Waren in dem Erlös kein freies Geldkapital, sondern er muß es zur Abtragung seiner Schuld verwenden und kann nur über den Rest frei verfügen. Ganz ähnliche Verhältnisse ergeben sich, wenn Waren auf Kredit gekauft werden, nur daß dann unmittelbar eine Schuld des Käufers dem Verkäufer gegenüber entsteht.

Die durch Kredit geschaffene Kaufkraft wirkt also zunächst wie neues Geldkapital, aber durch die Schuldenzahlung wird sie bald wieder neutralisiert. Immerhin dient sie zur Erleichterung und Beschleunigung des Warenumsatzes, denn dieser kann mit Hilfe des Kredits nicht nur durch gegenwärtig vorhandenes, sondern auch durch antizipiertes künftig erwartetes Geldkapital vermittelt werden. Freilich muß diese Gelderwartung auch wirtschaftlich gerechtfertigt sein, da andernfalls die Anspannung der Kreditkaufkraft zu Krisen und schweren Störungen des Wirtschaftslebens führt. Tatsächlich ist jederzeit ein bedeutender Betrag an Kreditkaufkraft als formales Hilfsmittel der Bewegung der wirklichen Kapitalgüter in Wirksamkeit. Sie ist aber kein positives Geldkapital und kann auch nur vorübergehend freies Geldkapital ersetzen.

Da das neue freie Kapital also nur aus Einkommensüberschüssen entsteht, führt man den Ursprung des privatwirtschaftlichen Kapitals wohl überhaupt auf „Ersparung“ zurück. Auf die durch das Steigen des Bodenwertes entstehende Vermehrung des Kapitalvermögens paßt diese Anschauung offenbar nicht. Aber auch in bezug auf das Geldkapital und die mit diesem erworbenen beweglichen Kapitalgüter ist doch zu bemerken, daß man unter Sparen im gewöhnlichen Sinne eine mit einer gewissen Selbstüberwindung oder sogar einem Entbehrungsgefühl verbundene Beschränkung persönlicher Bedürfnisse zum Zweck der Erübrigung eines Teiles des Einkommens versteht. Auf diesem Wege kommt jedoch in den Ländern mit moderner Produktionsentwickelung nur ein verhältnismäßig kleiner Teil der jährlichen Kapitalvermehrung zustande. Der größte Teil entsteht in

den Händen derjenigen, die bereits einen bedeutenden Kapitalreichtum besitzen und diesen erfolgreich zu verwerten wissen. Vor allem hat sich das moderne Großkapital in den Händen der Unternehmer angesammelt, die die Vorhand hatten in der Verwertung der großen Erfindungen der Technik und die die neuen geschäftlichen Kombinationen auszunutzen verstanden, die sich aus der großartigen Umgestaltung des Weltverkehrs ergaben. Die großen Unternehmer folgen ihrem Schaffensdrange, auch wenn eine Steigerung ihrer persönlichen Bedürfnisbefriedigung für sie gar nicht mehr möglich ist. Sie denken nicht an „Sparen“, sondern das Kapital häuft sich bei ihnen gleichsam von selbst an, weil sie auch ohne planmäßige Einschränkung ihres Verbrauchs einen beträchtlichen Teil ihres Einkommens übrig behalten. Überhaupt kann man sagen, daß das neue freie Kapital der Hauptsache nach nicht aus der Beschränkung der Konsumtion hervorgeht, sondern aus der Steigerung der Produktion, die der fortschreitenden Entwickelung der Technik und der Verkehrsmittel zu verdanken ist. Sparsamkeit ist für den Anfang der Kapitalansammlung in der Einzelwirtschaft ohne Zweifel notwendig und sehr zu empfehlen. Da aber die Konsumtion der alleinige Endzweck der Produktion ist, so wäre es ein innerer Widerspruch, wenn in der Volkswirtschaft die Gesamtkonsumtion beschränkt würde, um die Produktionsmittel zu vermehren. Vielmehr muß die erstere normalerweise der fortschreitenden Produktion stets nachrücken und es kommt nur darauf an, daß ihre Ausdehnung auch der Masse der Bevölkerung zugute kommt, deren Güteranteil bisher noch nicht die im gesellschaftlichen Interesse wünschenswerte Größe erreicht hat. Nur wenn durch eine gewaltsame Zerstörung ein großer Ausfall in dem Bestande an Kapitalgütern verursacht worden wäre, könnte ein allgemeines Sparsystem zeitweilig am Platze sein.

Vernichtung von Kapitalvermögen kann selbstverständlich durch Zerstörung sachlicher Kapitalgüter bewirkt werden. Weit häufiger noch aber kommen privatwirtschaftliche Kapitalverluste vor durch bloße geldwirtschaftliche Entwertung der Bestandteile eines Kapitalvermögens. Zunächst treffen solche Rückschläge meistens das umlaufende Kapital. Infolge ungünstiger Marktverhältnisse erleiden die im Besitze eines Unternehmers befindlichen Warenvorräte, Wertpapiere oder Schuldforderungen eine Werteinbuße, durch die seine Stellung vielleicht überhaupt unhaltbar wird. Kommt es dann zu Zwangsverkäufen, so erfährt oft auch das stehende Kapital eine außerordentliche Entwertung. Es kann vorkommen, daß eine Fabrik, die für einen bestimmten Produktionszweig eingerichtet ist und sich einst als rentabel erwies, sich nur für den Abbruch verkaufen läßt. In anderen Fällen indes erweist sich die privatwirtschaftliche Entwertung stehender Anlagen als nur vorübergehend, da sie ihre objektive Nützlichkeit als Produktionsmittel behalten.

Der Unternehmer.

Die volkswirtschaftliche Produktion findet also im Rahmen der privatwirtschaftlichen Erwerbstätigkeit statt. Die Erwerbstätigkeit kann selb-

ständig ausgeübt werden, nämlich auf eigene Rechnung und Gefahr der Betreffenden, oder unselbständig, nämlich von solchen, die auf Grund eines Vertragsverhältnisses gegen eine bestimmte Vergütung für Rechnung eines Selbständigen tätig sind. Es sind dies teils Lohnarbeiter für körperliche und sonstige wirtschaftliche Arbeiten gewöhnlicher Art, teils Angestellte, die gegen Gehalt eine höher qualifizierte, mehr oder weniger geistige Arbeit verrichten. Ärzte und andere Dienstleistende sind selbständige Erwerbstätige, ebenso kleine Gewerbtreibende und Landwirte, die ohne Zuziehung fremder Arbeitskräfte nur mit Hilfe ihrer Familienangehörigen ihre Wirtschaft führen. Man könnte alle Selbständigen dieser und ähnlicher Art als Unternehmer bezeichnen, es empfiehlt sich aber, die Unternehmer schärfer als soziale Klasse auszusondern und zu dieser nur diejenigen Selbständigen zu rechnen, deren Erwerbstätigkeit auf der Ausnutzung eines erheblichen Kapitals beruht, einerlei übrigens, ob sie eine sachliche Produktion mit einer großen Zahl von Arbeitern betreiben, oder ob sie ihr Kapital in Handels- oder Bankgeschäften verwerten.

Die Handarbeit behält, auch wenn sie in Abhängigkeit von einem Unternehmer geleitet wird, ihren objektiv produktiven Charakter, sofern sie zur Herstellung sachlicher Güter beiträgt. Die spezifische Erwerbstätigkeit des Unternehmers dient zwar im großen und ganzen ebenfalls zur Förderung der objektiven Produktion, aber diese ist für ihn gar nicht der unmittelbare Zweck; was er erstrebt, ist ein Gewinn an Tauschwert in Geldform, den er dadurch erhält, daß das umlaufende Kapital, das er in irgendeiner Weise angelegt hat, mit einem Zuwachs an Geldwert in das Unternehmen zurückfließt. Es ist also möglich, daß die Erwerbstätigkeit des Unternehmers privatwirtschaftlich gewinnbringend ist, während eine objektive Gütervermehrung gar nicht stattgefunden hat, wenn z. B. der Preis einer notwendigen Ware durch einen großen Ausfall in der Ernte des Rohstoffes stark gesteigert wird. Und anderseits kann durch übermäßige Produktion objektiver Güter, also von Gebrauchswerten, für die Unternehmer statt eines Gewinnes ein Verlust an Tauschwert entstehen. Die technische Leitung der sachlichen Produktion liegt zwar häufig ebenfalls in den Händen des Unternehmers, namentlich bei kleinen Betrieben, sie gehört aber gar nicht zu seiner spezifischen Tätigkeit. Diese ist wesentlich kommerzieller Natur und besteht in der Disposition über die Kapitalverwendung und dem Hereinbringen des Kapitalgewinns. Der Unternehmer hat zu bestimmen, für welchen Zweck und in welchem Maße fortlaufend Kapital eingesetzt werden soll und anderseits hat er alle günstigen Gelegenheiten zu erfassen, um es mit Gewinn wieder zurückzuziehen. Volkswirtschaftlich betrachtet erfüllt er durch diese Tätigkeit die Aufgabe, die Produktion aller Güter der Nachfrage möglichst genau anzupassen und zu bewirken, daß der Gebrauchswert der Güter zu ihrem Kostenwert in einem richtigen Verhältnis bleibt. Die Unternehmer üben

also auf eigene Gefahr eine Funktion aus, für die in einem kommunistischen Staatswesen ein großer Verwaltungsapparat bestehen müßte, der auf Grund einer allumfassenden Statistik die Produktion jeder Güterart den anerkannten Bedürfnissen gemäß zu leiten hätte.

Handelt es sich um Unternehmungen für sachliche Produktion, so schließt die Kapitalverwendung auch eine beträchtliche Aufwendung von Lohn für Arbeitskräfte ein, im Handel und im Bankbetrieb dagegen besteht die Kapitalbewegung in der Hauptsache nur in dem Umsatz von Waren- und Geldkapital. Dieser wirkt aber ebenfalls auf den Gang der sachlichen Produktion zurück und in letzter Instanz finden auch die Gewinne des Handels- und Bankkapitals in den Endpreisen der Konsumtionsgüter ihren Gegenwert.

Formen der Unternehmung.

Die kleinen Unternehmungen werden in der Regel für Rechnung eines einzelnen betrieben. Es gibt aber auch Einzelunternehmer, die an der Spitze von Riesenbetrieben stehen, die sie meistens selbst erst geschaffen haben. In diesen tritt das spezifische Unternehmertalent in seiner stärksten Ausprägung hervor: der rasche Scharfblick in der Erspähung der Möglichkeiten vorteilhafter Kapitalanlagen, vor allem mittels praktischer Verwertung neuer Hülfsmittel der Produktion und mittels neuer wirksamer Organisationen, kühnes Ergreifen der günstigen Gelegenheit, unermüdliche Energie in der Verfolgung des einmal gesetzten Ziels und festes Ausharren bis zu seiner Erreichung. Wer dieses Talent besitzt, wird auch das Kapital finden, dessen er zur Betätigung seiner Fähigkeit bedarf, denn andere werden es ihm bereitwillig zur Verfügung stellen.

Von den gesellschaftlichen Formen der Unternehmung ist die wichtigste die Aktiengesellschaft. Sie macht es möglich, daß auch die Besitzer kleiner Kapitale sich unmittelbar an den größten Unternehmungen beteiligen können, und zwar so, daß jeder nur mit seiner Einlage haftet, für diese aber nicht einen einfachen Zins, sondern einen ihr entsprechenden Kapitalgewinnanteil erhält. Die Wirklichkeit bleibt freilich hinter dem Ideal einer solchen Assoziation noch weit zurück. Die früher sehr häufigen schweren Mißbräuche bei der Gründung von Aktiengesellschaften sind zwar durch die neuere Gesetzgebung zurückgedrängt worden, aber es kann immer noch vorkommen, daß einzelne Großaktionäre oder große Banken einen übermäßigen Einfluß auf die Verwaltung des Unternehmens erlangen und diesen für ihre Sonderinteressen und zum Schaden für die Masse der kleinen Aktionäre ausnutzen. Unter Umständen erweist sich auch die Abhängigkeit, in der eine Aktiengesellschaft tatsächlich von den von ihr selbst angestellten Leitern des Unternehmens steht, als eine Beeinträchtigung der Interessen der Aktionäre. Es findet hier eine Teilung der natürlichen Funktionen des Unternehmens statt: die passive Aufgabe, die Übernahme des geschäftlichen Risikos ist Sache der Aktionäre, die insofern wirklich Unternehmereigenschaft besitzen. Die aktive Funktion aber, die Disposition über das Kapital und die kaufmännische Verwertung desselben fällt den

Geschäftsleitern zu, denen daher, im Gegensatz zu den gewöhnlichen Angestellten, eine große Selbständigkeit eingeräumt werden muß. Wenn diese die persönlichen Eigenschaften besitzen, die für eine erfolgreiche Unternehmertätigkeit erforderlich sind, so werden die Aktionäre es als einen Vorteil betrachten, solche Kräfte durch hohes Gehalt und bedeutende Gewinnbeteiligung für ihr Unternehmen zu gewinnen. Aber es kommt auch vor, daß diese leitenden Vertreter des Unternehmens die ihnen übertragene Macht mißbrauchen, zuweilen sogar in Verfolgung eigener Nebeninteressen, häufiger aber dadurch, daß sie das ihnen anvertraute Kapital für übermäßig gewagte Projekte und Pläne aufs Spiel setzen und dadurch schwere Verluste oder den Ruin der Gesellschaft herbeiführen.

Eine besondere Unternehmungsform bilden die Genossenschaften. Einige Arten, wie die Konsumvereine, haben keinen Erwerbszweck, sondern nur die Aufgabe, Bedürfnisse ihrer Mitglieder auf möglichst billige Weise zu befriedigen. Die erwerbstätigen „Produktivgenossenschaften“ haben vielfach den Charakter von sozialen Experimenten, indem man versucht hat, den Gegensatz von Kapital und Arbeit dadurch aufzuheben, daß die Arbeiter in ihrer Vereinigung zur Genossenschaft gewissermaßen ihre eigenen Arbeitgeber werden. Die hochgespannten Erwartungen mancher Reformer haben sich indes nicht erfüllt, wenn es auch nicht an Produktivgenossenschaften fehlt, die auf besonders für sie geeigneten Gebieten, z. B. in der Buchdruckerei, unter günstigen Bedingungen befriedigenden Erfolg gehabt haben. Das charakteristische Merkmal der Genossenschaft als Unternehmungsform liegt darin, daß sie weder ein festes Kapital noch einen festen Personenbestand hat, sondern ihr Kapital von der Zahl der Genossen abhängt, die durch leichten Zutritt und auch nicht schweren Austritt veränderlich ist. Dazu kam früher nach dem deutschen Gesetz von 1868 die unbeschränkte Haftpflicht der Genossen; nach dem Gesetz vom 1. Mai 1889 ist aber auch beschränkte Haftpflicht zulässig. Auf andere Unternehmungsformen, wie die bergrechtliche Gewerkschaft und den Versicherungsverein auf Gegenseitigkeit — ohne Erwerbszweck — gehen wir hier nicht ein, sondern heben nur noch die vom Staate, den Gemeinden oder anderen öffentlichen Körperschaften getragenen öffentlichen Unternehmungen mit wirtschaftlichem Charakter hervor. Der sogenannte Staatssozialismus erstrebt die möglichst weite Ausdehnung dieser Unternehmungsart, wirklich geeignet aber ist sie nur für solche Betriebe, die einen einfachen und gleichmäßigen Gang haben, sich nicht rasch wechselnden Bedingungen anzupassen brauchen, nicht von weltwirtschaftlichen Konjunkturen abhängen, die Nachfrage nach ihren Leistungen abwarten können, ohne sich um Kundschaft besonders zu bemühen. Zugunsten der öffentlichen Unternehmungen kann geltend gemacht werden, daß sie den Gewinn aus großen Betrieben, wie dem Eisenbahnsystem eines Staates oder den Straßenbahnen oder den Beleuchtungsanlagen einer Stadt einem Gemeindewesen zugute kommen lassen und daß sie ander-

seits imstande sind, die Lage ihrer Arbeiter mustergültig zu verbessern und insbesondere, wenn auch nicht allen, jedoch einer großen Zahl derselben eine dauernd gesicherte Stellung zu gewähren. In Wirklichkeit sind indes Staat und Gemeinde bisher keineswegs immer so ideale Arbeitgeber, wie sie es nach theoretischen Vorstellungen sein könnten.

Angebot von Ernteprodukten.

V. Das Angebot. Wie die Nachfrage zwar objektiv auf menschlichen Bedürfnissen beruht, aber privatwirtschaftlich durch die Zahlungsfähigkeit der einzelnen bestimmt und beschränkt wird, so hängt auch das Angebot der Güter zwar von den allgemeinen Bedingungen der Produktion ab, wird aber in seinem Hervortreten durch die Interessen und die Taktik der Einzelwirtschaften geregelt, durch deren Hände es notwendig gehen muß. Wegen ihrer fundamentalen Wichtigkeit sind zunächst diejenigen Bodenprodukte — Nahrungsmittel oder Rohstoffe — zu betrachten, die in periodischen Ernten in einer Hauptmasse gewonnen werden, deren Angebot dann über eine längere Zeitstrecke verteilt werden muß. Früher war die Ernteperiode der ganzen Welt ein volles Jahr. Infolge der Entwickelung des modernen Transportwesens ist aber auch die südliche Halbkugel instand gesetzt, mit vielen Bodenerzeugnissen mit der nördlichen in Wettbewerb zu treten, und so muß man jetzt bei diesen, z. B. bei Weizen, mit zwei Haupterntezeiten im Jahre rechnen. Wenn die zeitliche Verteilung des Absatzes der geernteten Menge dadurch erleichtert worden, so ist das Problem der richtigen Versorgung der Länder mit überwiegender Konsumtion aus den überseeischen Produktionsgebieten desto schwieriger geworden. Beide Aufgaben können nur durch eine umfassende Mitwirkung des Handels erfüllt werden. Mag der amerikanische Farmer seinen Weizen auch eine Zeitlang zurückhalten oder ihn in einem Lagerhause liegen und den Lagerschein beleihen lassen, der für die Ausfuhr bestimmte Weizen muß doch schließlich an einen Händler verkauft werden und auch dieser wird ihn in der Regel noch nicht unmittelbar einer europäischen Mühle liefern. Aber auch das für den inneren Verbrauch im Lande selbst erzeugte Getreide geht zu einem großen Teil durch die Lager des Handels. Denn viele Landwirte sind durch Geldbedürfnis genötigt, bald nach der Ernte zu verkaufen, und zum direkten Absatz an Mühlen haben sie nicht immer günstige Gelegenheit. Mit genossenschaftlichen Getreidelagern hat man in Deutschland bisher keine allzu günstigen Erfahrungen gemacht. Insbesondere geht das Angebot der in den Weltverkehr kommenden Bodenprodukte den letzten Abnehmern gegenüber ausschließlich vom Handel und nicht von den Produzenten aus, und es erhält dadurch eine wesentlich spekulative Grundlage. Spekulation, d. h. Vorausschätzung der künftigen Marktverhältnisse, ist zur Sicherstellung einer stetigen Versorgung der einzelnen Länder mit den notwendigen Bodenerzeugnissen unentbehrlich und der Handel ist für diese Aufgabe vorzugsweise geeignet, da er nur mit umlaufendem Kapital wirtschaftet und daher weit größere Bewegungsfreiheit hat, als die Produzenten. Die

Größe jeder Ernte hängt von unberechenbaren Naturbedingungen ab, sie wird nur insofern von dem Produzenten beeinflußt, als dieser die Bodenfläche ausdehnen oder vermindern kann, auf der ein bestimmtes Erzeugnis gewonnen werden soll; aber auch darin hat er bei der gegebenen Beschaffenheit seines Bodens nicht immer freie Hand. So muß der Handel die Sammelstellen liefern, von denen aus die aufgespeicherten Vorräte dem örtlichen und zeitlichen Bedarf entsprechend stetig abfließen. Die Händler lassen sich jedoch, wie alle Unternehmer, bei der Ausübung dieser volkswirtschaftlichen Funktion durch ihre privatwirtschaftlichen Interessen leiten und suchen vor allem möglichst hohen Gewinn zu erlangen. Der zu einer gegebenen Zeit vorhandene Vorrat ist meistens größer als das gleichzeitig bestehende wirkliche Angebot. Das ist volkswirtschaftlich nötig zur richtigen zeitlichen Verteilung der Erntemenge, wird aber privatwirtschaftlich durch die Preistaktik der Wareninhaber bewirkt. Viele Händler und auch viele Produzenten wollen zu dem geltenden Preise nicht verkaufen, sondern halten ihre Bestände in Erwartung günstigerer Marktverhältnisse zurück. Geschieht dies in großem Maßstabe und etwa durch Vereinbarung zwischen großen Kapitalmächten, so kann durch eine solche Beschränkung des Angebots unter Umständen, wenigstens zeitweise und an einzelnen Börsen, eine direkte preissteigernde Wirkung ausgeübt werden, die durch den wirklichen Stand der Vorräte gar nicht gerechtfertigt ist.

Anderseits kann das gegenwärtig bestehende Angebot auch größer sein, als die überhaupt vorhandene Warenmenge. Vom bloßen Börsenspiel und „Leerverkäufen“, die später durch einen Rückkauf aufgehoben werden, sehen wir ab. Es kann sich aber auch um ganz reell gemeinte Anerbietungen künftiger Lieferungen handeln, die aus bestimmten, im Wachstum oder im Reifen begriffenen Ernten gedeckt werden sollen. Der Ertrag läßt sich natürlich um so sicherer vorausschätzen, je näher man der Erntezeit steht, jedoch ist ein solches auf das Zukunftsprodukt begründetes Angebot stets mit einem gewissen Risiko verbunden. Auch steht es immer in unmittelbarem Wettbewerb mit den Lagervorräten, die regelmäßig über das laufende Erntejahr hinausreichen.

Solche Bodenprodukte, die nur auf einem ganz beschränkten Raume gewonnen werden, wie die feinen Weine aus gewissen ausgezeichneten Lagen, können natürlich durch den Willen der wenigen beteiligten oder vielleicht des alleinigen Besitzers in beliebiger Weise zur Erzielung des höchstmöglichen Preises zurückgehalten werden. In größerem Maßstabe haben einst die Holländer ihre Monopolstellung im Gewürzhandel ausgenutzt, indem sie die Kultur der Gewürzbäume nur auf vier Inseln der Molukken beibehielten und sie auf den übrigen ausrotteten.

Kontinuierliches Angebot.

Eine zweite Kategorie von Massenwaren des Großverkehrs bilden diejenigen, deren Produktion kontinuierlich fortdauert. Hierher gehören namentlich die mineralischen Rohprodukte im weiteren und engeren Sinne, die Kohlen, Erze und die Metalle, sowohl die ganz rohen, als auch die

zu Material für die weitere Fabrikation verarbeiteten. Das Charakteristische bei diesen Waren liegt darin, daß ihr Angebot weit weniger vom Handel, als von den Produzenten selbst ausgeht. Die geringere Bedeutung des Handels für ihren Absatz erklärt sich zum Teil schon aus der Tatsache ihrer kontinuierlichen Produktion, die jederzeit nach den Bedürfnissen des Marktes erweitert oder eingeschränkt werden kann, ohne daß große Vorräte für den künftigen Bedarf angesammelt zu werden brauchen. Spekulative Aufspeicherungen zum Zwecke der Preissteigerung kommen zuweilen bei den nur in verhältnismäßig geringen Mengen produzierten Metallen vor, wie Zinn und Kupfer, Kohlen und Eisen dagegen häufen sich nur gegen den Willen der Produzenten infolge schlechten Geschäftsgangs an, was dann auch bald zu einer Produktionsbeschränkung führt. Normalerweise werden diese Rohstoffe von den Abnehmern schon im voraus bestellt, auf Grund von Abschlüssen, die sich oft auf ein ganzes Jahr und länger erstrecken. Die Hauptabnehmer der Kohlen sind die Industrie, die Eisenbahnen, die Dampfschiffsunternehmungen, die Gasanstalten, also große Betriebe, die der Vermittelung des Handels nicht bedürfen. Dieser wird mehr und mehr auf die Versorgung des Privatpublikums beschränkt und muß sich dabei den Vorschriften der Produzentenverbände über die Preisstellung unterwerfen. Fiskalische und andere isolierte Bergwerksunternehmungen ziehen es indes noch vor, ihren Absatz durch große Handelsfirmen vermitteln zu lassen. Roheisen und Halbzeug wird fast ausschließlich an Unternehmungen geliefert, die es weiter verarbeiten, sofern nicht der herrschenden Konzentrierungstendenz gemäß Hochöfen, Stahlwerke und Walzwerke in derselben Hand vereinigt sind. Der Zwischenhandel bleibt hauptsächlich angewiesen auf den Absatz von Stabeisen, Blechen, Trägern usw. an die kleineren Betriebe der Eisenverarbeitung und andere Eisen verwendende Gewerbe. Ein Umstand, der dem Getreidehandel nicht wenig zustatten kommt, das Kapitalbedürfnis der Produzenten, das sie zu raschem Losschlagen ihrer Erzeugnisse veranlaßt, spielt bei den großen Bergwerks- und metallurgischen Unternehmungen keine Rolle. Eine größere Bedeutung und Selbständigkeit aber hat der Kohlen- und Metallhandel im Verkehr mit dem Auslande behalten und er kann namentlich durch sein Angebot von ausländischen Waren auch die Kreise der mächtigen inländischen Verbände in unliebsamer Weise stören.

Auf dem Gebiete der Montan- und Eisenindustrie hat sich das Verbandswesen in Form von Kartellen und Syndikaten mit besonderem Erfolge entwickelt, was sich wohl daraus erklärt, daß der Hauptteil der Produktion von einer verhältnismäßig kleinen Zahl großer Unternehmungen herrührt, die durch die ungünstige Wirtschaftslage in den siebziger Jahren schließlich zu einer Verständigung gedrängt wurden. In erster Linie handelt es sich bei solchen Vereinigungen darum, durch eine Beschränkung des Angebots die Preise zu verbessern, ein an sich berechtigtes Bestreben, wenn die Preislage eine solche ist, daß auch die solide fundierten Unternehmungen

nicht mehr den als normal geltenden Kapitalgewinn erzielen. So wurde schon im Jahre 1876 eine Förderkonvention der rheinisch-westfälischen Bergwerke geschlossen, die eine Produktionsbeschränkung von zehn Prozent durchführte. Später wurde die straffere Syndikatsorganisation geschaffen: die ganze Produktion der verbundenen Werke wird an das Syndikat, das vermittelnde Organ, verkauft, das nun seinerseits für den Absatz sorgt. Jedem Werke ist eine bestimmte Beteiligungsziffer für seine Produktion zugewiesen und die wirklich zugelassene Produktion wird nötigenfalls auf einen gewissen Prozentsatz dieser Ziffer herabgesetzt, um möglichst gleichmäßige, d. h. gleichmäßig hohe Preise aufrecht zu erhalten.

In Amerika bildeten sich an der Stelle der europäischen Kartelle und Syndikate seit dem Anfang der achtziger Jahre die sogenannten Trusts in einer dem englischen Recht entnommenen Form aus. Eine größere Anzahl von Aktiengesellschaften mit gleichartiger Produktion vereinigte sich in der Art, daß die Gesamtheit oder doch die Majorität der Aktien einem Ausschuß von Treuhändern (Trustees) übertragen wurde, der dafür Trustzertifikate ausstellte, die auch statt der Aktien in den Verkehr gebracht werden konnten. So wurden die einzelnen Gesellschaften tatsächlich zu einem einheitlichen Unternehmen verschmolzen, dessen Verwaltung für die Regelung der Produktion im Interesse einer günstigen Preisbildung sorgte und zu diesem Zweck auch weniger ergiebige Betriebe gänzlich stillegte. Gegen diese Trusts erhob sich aber bald in der ganzen Union ein lebhafter Widerstand. In fast allen Einzelstaaten wurden scharfe Gesetze gegen sie erlassen und ihnen ihre Existenz schließlich unmöglich gemacht. An ihre Stelle traten nun seit den neunziger Jahren auch der Form nach einheitliche Riesengesellschaften, die durch völlige „Amalgamation“ zahlreicher Einzelunternehmungen oder durch Ankauf aller oder des größten Teiles der Aktien von solchen gebildet wurden. Auch diese pflegt man — ungenau — als Trusts zu bezeichnen, da sie in der Tat nach ihrem wirtschaftlichen Charakter und Zweck mit den eigentlichen Trusts auf gleicher Linie stehen. Das großartigste Beispiel dieser Art ist die United States Steel Corporation mit einem Kapital von 818,6 Millionen Dollar in gewöhnlichen und Vorzugsaktien und 610,7 Millionen Dollar in Bonds! In Deutschland fehlt es auch nicht an ähnlichen Konzentrationsbestrebungen, jedoch bleiben sie im Vergleich mit den amerikanischen Vorbildern in bescheidenen Grenzen.

Auch die Erzeugnisse der Viehzucht sind Gegenstände der kontinuierlichen Produktion. Manche sind in der neueren Zeit zu Welthandelsartikeln geworden, wie gefrorenes oder sonst konserviertes Fleisch. Selbst Milch kann aus Dänemark nach Berlin auf den Markt gebracht werden. Je mehr sich das Zufuhrgebiet für die großen Zentren der Konsumtion erweitert hat, um so mehr ist der Handel als Träger des letzten Angebots hervorgetreten. Durch genossenschaftliche Organisationen und Kartellierung kann ihm jedoch in dem mehr lokalen Verkehr mit Erfolg Konkurrenz gemacht werden.

Eine Konzentrierung in großem Maßstabe hat sich in Amerika in der Fleischerei und Fleischverarbeitung vollzogen.

Maschinen und Konstruktionen.

Als eine dritte Klasse von Waren sind mit Rücksicht auf die Angebotsverhältnisse die großen Maschinen und Konstruktionen für besondere Zwecke (Brücken, Schiffe usw.) zu unterscheiden. Sie müssen der Örtlichkeit ihrer Aufstellung oder den sonstigen speziellen Bedingungen ihrer Verwendung angepaßt sein und können daher überhaupt nicht auf Vorrat, sondern nur auf Bestellungen mit den nötigen Angaben über die Einzelheiten ihrer Ausführung hergestellt werden. Von seiten der Fabrikanten besteht also hier gewissermaßen nur ein virtuelles Angebot: sie bieten ihre Betriebseinrichtungen mit einer gewissen Produktionsfähigkeit an und bemühen sich, für diese stets eine möglichst vollständige Beschäftigung zu finden. Zum Teil wenden ihre Kunden sich direkt an sie; größere Konstruktionen, wie auch Lieferungen von Lokomotiven, Eisenbahnwagen, Kanonen usw. werden meistens zur Submission ausgeschrieben. Nur kleinere Maschinen, wie Lokomobile, landwirtschaftliche Maschinen usw. werden vorrätig gehalten und nur diese kann der Handel als Absatzvermittler auf seine Lager nehmen. Vereinigungen kommen auch unter den Produzenten spezialisierter Großfabrikate vor, doch beziehen sie sich nur auf die allgemeinen Verkaufsbedingungen und nicht auf die Ausdehnung der Produktion und die Preisstellung. Riesenunternehmungen aber, durch Zollschutz begünstigt, können auch auf diesem Gebiet ein monopolistisches Übergewicht erlangen.

Detailhandelswaren.

Eine vierte besondere Kategorie bilden die Detailhandelswaren. Für diese ist der Handel der ständige und unentbehrliche Absatzvermittler. Er unterhält persönliche Beziehungen zu den letzten Abnehmern und ist dadurch imstande, den wirklichen Bedarf des Publikums an den unzähligen Sachen zu beurteilen, die zum täglichen Gebrauch oder Verbrauch dienen. Durch den Detailhandel direkt oder durch die weitere Vermittelung des Großhandels erhalten dann die Produzenten dieser Waren die nötigen Anhaltspunkte für die Bestimmung der herzustellenden Mengen. Im Detailhandel tritt das Angebot am selbständigsten und aktivsten auf; es geht der Nachfrage voraus und sucht sie zu wecken und anzureizen. Zu diesem Zwecke wendet der Detailhandel, häufig auch von den Fabrikanten unterstützt, allerlei Lockmittel an. Er sucht die besten Verkehrslagen auf, stellt seine Waren in glänzenden Läden aus, macht Reklame in Zeitungen und Prospekten, verkauft einzelne Waren ungewöhnlich billig usw. Eine besondere Anziehungskraft üben in der neueren Zeit die Warenhäuser aus, die den Detailhandel als großkapitalistische Unternehmung betreiben. Sie stellen in ihren großartigen Räumen die mannigfaltigsten Waren aus; jedermann hat freien Zutritt, ohne daß ihm zugemutet wird, irgend etwas zu kaufen; aber die Mannigfaltigkeit des Angebots bringt ihm allerlei Bedürfnisse und Wünsche in Erinnerung und weckt seine Kauflust. Vermöge der Größe seiner Bestellungen kann ein solches Unternehmen billiger einkaufen als

kleinere Geschäfte, und je mehr sich sein Umsatz beschleunigt und vergrößert, um so mehr ist es imstande, mit kleineren Aufschlägen auf die Waren denselben Gewinn zu erzielen, also auch dem Publikum wirklich niedrigere Preise für dieselben Qualitäten zu stellen. Ein weiterer Vorteil erwächst den Warenhäusern auch daraus, daß die Nachfrage nach den Hauptgattungen von Waren, die sie auf ihrem Lager haben, nicht leicht für alle gleichzeitig sinken wird, sondern die Verminderung des Absatzes in der einen Gruppe durch bessere Geschäftsergebnisse in anderen ausgeglichen werden kann. Die Großbetriebe des Detailhandels, die sich auf eine Warengruppe, etwa Modewaren für Frauen, beschränken, haben aber anderseits die Möglichkeit, ihrer Kundschaft eine reiche Auswahl auf diesem Spezialgebiet vorzulegen. Dagegen wenden die Großbetriebe ein anderes Anziehungsmittel nicht an, das sonst im Detailhandel weit verbreitet ist, das Kreditieren von Waren, das Borgsystem, das an vielen Orten als althergebrachter Mißbrauch einen bedenklichen Umfang erreicht hat.

Eine besondere Art des Angebots im Detailverkehr geht von dem Markthandel aus. In den kleineren Städten wird der Wochenmarkt in landwirtschaftlichen Erzeugnissen wohl noch seine Bedeutung behalten. In den großen aber schiebt sich auch für diese immer mehr der Zwischenhandel ein, der die den Markthallen zugeführten Produkte in erster Linie aufnimmt. Die Jahrmärkte erhalten sich nur noch an kleineren Orten, wo sie noch den Zweck erfüllen können, Waren zum Verkauf auszustellen, die am Orte selbst nicht oder nur zu höheren Preisen zu haben sind. Bis zu einem gewissen Grade können auch die vielbekämpften Hausierer noch solche Dienste leisten; daß sie einer gewissen Überwachung unterworfen werden, ist nicht aus wirtschaftlichen, sondern aus polizeilichen Gründen gerechtfertigt. Die auf den Betrieb in größeren Orten berechneten Wanderlager können sich in Deutschland infolge einer exorbitanten Besteuerung nur in einzelnen Ausnahmefällen noch behaupten. Volkswirtschaftliche Berechtigung haben diese Erdrosselungssteuern ebensowenig wie die aus der Rückwärtsrevision der Gewerbeordnung hervorgegangenen Maßregeln zur Erschwerung des Detailreisens, des durch Reisende vermittelten, von größeren Geschäften ausgehenden Warenangebots bei Privatkunden. Lokalprotektionistische Rücksichten auf die Sonderinteressen der ansässigen Gewerbtreibenden können gegen diese naturgemäße Folge der modernen Verkehrserleichterung mit nicht größerem Recht geltend gemacht werden, als gegen das billige Paketporto. Es ist zwar wünschenswert, daß der Übergang zu den den neuen Produktions- und Verkehrsverhältnissen entsprechenden Wirtschaftseinrichtungen möglichst schonend für die bestehenden Existenzen von statten gehe, nicht aber, daß rückständige und unwirtschaftliche Betriebsformen auch für die Zukunft erhalten bleiben.

Dem Detailhandel stehen in der Art des Angebots auch die Gastwirtschaften und die den täglichen Bedarf an frischen Nahrungs- und Genußmitteln liefernden Gewerbe nahe, wie Bäckereien und Konditoreien. Für

diese aber besteht die besondere Schwierigkeit, daß die angebotenen und bereitgestellten Genußmittel größtenteils nur wenig haltbar sind und in ganz kurzer Zeit entweder vollständig unbrauchbar werden, oder wenigstens eine große Verschlechterung erleiden. Es muß also hier immer damit gerechnet werden, daß ein Teil der angebotenen Ware nur in veränderter Gestalt und mit großer Entwertung abgesetzt wird. Andere unmittelbar mit den Konsumenten verkehrende Kleingewerbe, wie die Schuhmacherei und Schneiderei nach Maß, sind lediglich darauf angewiesen, Bestellungen abzuwarten und müssen ihre Kundschaft durch ihre Leistungen heranziehen. Ihr größeres oder geringeres Angebot tritt hauptsächlich in der Zahl der miteinander konkurrierenden Geschäfte hervor.

Angebot aus einem vorhandenen Bestand.

Was das Angebot aus vorhandenen Beständen betrifft, so sind zunächst diejenigen Vorräte zu unterscheiden, die lediglich infolge einer zeitweiligen übermäßigen Produktion gewisser Waren, namentlich an Ernteerzeugnissen, angesammelt werden. Diese können allerdings oft einen starken Druck auf den späteren Preis ausüben, aber im ganzen haben sie doch nur den Zweck der Regelung und Ausgleichung des Angebots aus der laufenden Produktion. Eine andere Bedeutung aber haben solche Bestände eines Verkehrsgutes, die fortwährend vorhanden sind und aus denen jederzeit der neuen Produktion Konkurrenz erwachsen kann, während bei den gewöhnlichen Waren der Preis ausschließlich durch die laufende Erzeugung bestimmt wird. Hierher gehören die Edelmetalle, sofern sie unbeschränkt und ohne erhebliche Kosten zu Geld geprägt werden können, was gegenwärtig allerdings nur noch für das Gold zutrifft. Die jährliche Goldproduktion macht auch auf ihrem jetzigen außerordentlich hohen Stande nur etwa sechs bis sieben Prozent der in Gestalt von Münzen fortwährend im Verkehr befindlichen Goldquantität aus. Der Münzvorrat ist aber auch als ständiges Angebot von Barrengold zu betrachten, denn die Münzen können jederzeit ohne nennenswerten Verlust eingeschmolzen werden. Von den Silbermünzen gilt dies jetzt nicht mehr, denn sie haben einen ihren Metallwert beträchtlich übersteigenden Kurswert. Dagegen stehen auch Edelsteine, die aus dem privaten Gebrauchsvermögen wieder in den Verkehr gelangen, mit den neugewonnenen in gleicher Linie und verstärken also das Angebot. Die meisten Gebrauchsgegenstände aber kommen als solche überhaupt nicht wieder in den Verkehr, wenn sie einmal in die Hände der Konsumenten gelangt sind; was sich von ihnen noch auf dem Trödelmarkt findet, ist abgenutzt und seinem Gebrauchswert nach von den ursprünglichen Objekten ganz verschieden. Kunstwerke, Antiquitäten und andere Seltenheiten können sogar mit erhöhten Preisen wieder in den Handel gebracht werden, aber das sind einzigartige Wertobjekte, von denen es keine Vorräte gibt.

Von den Rohmaterialien der abgenutzten Gebrauchsgüter haben die Edelmetalle die größte wirtschaftliche Bedeutung. Sie werden auch sorgfältig gesammelt, da sie wieder wie neues Rohmetall verwertet werden

können. Doch wird der größte Teil der goldenen und silbernen Geräte und Schmucksachen dauernd als Familienbesitz zurückgehalten oder in unveränderter Gestalt, und dann oft mit erhöhtem Seltenheitswert wieder verkauft. Die Gegenstände aus gewöhnlichen Metallen unterliegen einer starken Abnutzung durch Oxydierung und Abreibung. Ein Teil ihres Materials aber kehrt, häufig durch Vermittlung des Trödelhandels, wieder in den Verkehr zurück. Namentlich ist das Angebot von altem Eisen an sich nicht unbeträchtlich, wenn es auch nur einen kleinen Bruchteil der jährlichen Neuproduktion darstellt.

Nur das Angebot von beweglichen Gütern tritt als eine wirtschaftliche Massenerscheinung und als eine der treibenden Kräfte des volkswirtschaftlichen Prozesses auf. Das Angebot von unbeweglichen Gütern dagegen hat immer einen individuellen Charakter, nicht nur bei den Grundstücken, die überhaupt nicht produziert werden, sondern auch bei den Gebäuden, obwohl solche in den Städten fortwährend in größerer Zahl neu errichtet werden. Jedes Haus hat schon wegen seiner Lage eine besondere Eigentümlichkeit und die Gründe, weshalb ein Haus zum Verkauf angeboten wird, sind ganz anderer Art, als die des Angebots fortlaufend produzierter Waren. Alte und neue Häuser machen sich im Angebot Konkurrenz, aber doch unter sehr verschiedenen Bedingungen. Auf allgemeinen Erörterungen über das Angebot von Immobilien gehen wir daher nicht ein.

Angebot und Nachfrage.

VI. Die Preisbildung. Durch die Wechselwirkung von Angebot und Nachfrage bestimmt sich der Preis der Güter. Dieser Satz ist ohne Zweifel richtig, aber im Grunde ziemlich nichtssagend, da er keinerlei Einsicht in die wirklichen Vorgänge, in die Beziehungen von Angebot und Nachfrage und die Bedingungen ihrer Veränderungen gewährt. Will man ihn etwas genauer formulieren in der Fassung: „Der Preis steht im direkten Verhältnis zur Nachfrage und im umgekehrten zum Angebot“, so ist er geradezu falsch, denn die Beziehungen dieser Faktoren bei der Preisbildung lassen sich nicht durch ein einfaches Verhältnis ausdrücken und die Nachfrage — unter der wir hier immer die „zahlungsfähige“ verstehen — sowohl wie das Angebot ist selbst wieder von dem Preise abhängig, der jederzeit schon als eine gegebene Erscheinung vorgefunden wird und auf beide Faktoren zurückwirkt. Steigt der Preis, so nimmt im allgemeinen eben deswegen die Nachfrage ab, und das Umgekehrte findet bei einer Preiserniedrigung statt. Jedoch besteht in dieser Beziehung ein wesentlicher Unterschied zwischen den durchaus notwendigen Lebensunterhaltsmitteln und den mehr oder weniger entbehrlichen Gütern, wie schon oben hervorgehoben worden ist. Auch sind die Preise der verschiedenen Waren voneinander abhängig und stehen in den mannigfaltigsten Wechselwirkungen. Die Preise der Konsumtionsgüter bestimmen sich durch den Teil des Einkommens der Konsumenten, der für die Anschaffung derselben verfügbar ist, und da das Einkommen der meisten Haushaltungen sehr beschränkt

ist, so ruft nach dem früher Gesagten jede Preissteigerung eines weniger entbehrlichen Gutes eine Verminderung der Nachfrage nach entbehrlicheren hervor. Die Preise der Rohstoffe und Halbfabrikate werden selbstverständlich mittelbar durch die der fertigen Waren bestimmt. Die Preise der Produktionsmittel, der Maschinen und ihrer Rohstoffe, der Kohlen usw. hängen ab von dem als umlaufendes Kapital in der Volkswirtschaft wirksamen Geldkapital in seinen verschiedenen Formen. Auch wenn dieses stationär bliebe, würden doch gewisse Preisschwankungen und Preisverschiebungen der Produktionsmittel als Nachwirkung der Änderungen in den Absatzverhältnissen der Konsumtionsgüter, die schon durch die Veränderlichkeit der jährlichen Ernteergebnisse bewirkt werden, zu erwarten sein. Tatsächlich aber wird immer ein Teil des Volkseinkommens nicht für die Konsumtion verwendet, sondern in neues freies Kapital verwandelt. Dadurch kann die Nachfrage nach Produktionsmitteln zeitweise bedeutend verstärkt und eine entsprechende Steigerung ihrer Preise verursacht werden. Mit dieser verbindet sich anfangs meistens ein industrieller Aufschwung mit vermehrter Nachfrage nach Arbeit und steigenden Löhnen und daher auch mit erhöhten Preisen der Konsumtionsgüter. Nach einiger Zeit aber stellt sich eine Überproduktion an Produktionsmitteln heraus, die dann sowohl diese, wie auch die Konsumtionsgüter im Preise wieder herabdrückt. In letzter Linie sind übrigens immer die Preise der ersteren von denen der letzteren abhängig. Zu den aus den Einkommens- und Produktionsverhältnissen entstehenden Preisänderungen kann noch eine andere treten, die alle Waren mit demselben Prozentsatz trifft, nämlich eine solche, die durch eine Verminderung oder Erhöhung des Wertes der Geldeinheit verursacht wird. Von dieser Möglichkeit aber sehen wir im folgenden noch ab und nehmen den Wert des Geldes zunächst als konstant an.

Abstrakte Theorie der Preisbildung.

Die abstrakte Theorie hat nun ebenfalls versucht, die Veränderungen von Nachfrage und Angebot in ihren Bestimmungsgründen und ihrem Einfluß auf die Preisbildung genauer zu erfassen. Vorausgesetzt wird der freie Wettbewerb einer großen Zahl von Käufern, von denen jeder aber doch nicht mehr als einen bestimmten Betrag für die in Frage stehende Ware aufwenden will. Ebenso wird im allgemeinen ein Wettbewerb zahlreicher Verkäufer angenommen, jedoch kann deren Stellung verschieden sein und bei einzelnen Warenarten ist das Angebot monopolistisch in wenigen Händen oder sogar in einer einzigen konzentriert. Daher unterscheidet die Theorie einesteils Waren, die beliebig unter gleichbleibenden Bedingungen vermehrt werden können, andernteils solche, die nur mit steigenden Kosten vermehrbar sind und außerdem eigentliche Monopolwaren. Für die erste Kategorie bestimmt sich der normale Preis, um den der wirkliche Marktpreis mit mäßigen Aufschlägen schwanken soll, durch die jeweilig erforderlichen Produktionskosten mit Einschluß des normalen Kapitalgewinns. Geht der Preis infolge steigender Nachfrage über diesen Satz hinaus, so rückt das Angebot sofort nach und drückt ihn wieder

hinunter. Sinkt der Preis aber unter die Produktionskosten im obigen Sinne, so kann sich ein Teil der Produzenten nicht mehr behaupten, das Angebot nimmt ab und der Preis muß steigen, bis er wieder lohnend wird. Für die zweite Kategorie von Waren bestimmt sich der Preis durch die höchsten Kosten, die für die Produktion unter den ungünstigsten Bedingungen noch aufzuwenden sind, um die vorhandene zahlungsfähige Nachfrage zu befriedigen. Bei zunehmender Nachfrage tritt hier zwar ebenfalls vermehrtes Angebot ein, aber nur von seiten solcher Produzenten, die mit höheren Produktionskosten arbeiten. Der Preis kann also durch diese neue Konkurrenz nicht wieder auf seinen ursprünglichen Stand gebracht werden, sondern nur auf den durch die höchsten Produktionskosten bestimmten. Erreicht er diesen nicht, so bleibt ein Teil der Nachfrage ungedeckt und er muß daher weiter steigen. Der Preis der Monopolwaren endlich kann beliebig steigen, ohne daß neue Konkurrenz auftritt. Aber die Nachfrage nimmt dann um so rascher ab, je entbehrlicher diese Waren sind. Für die Monopolinhaber ergibt sich daher die Regel, daß sie mit der Preissteigerung innehalten, wenn sie durch die Verminderung der Menge ihres Absatzes mehr verlieren würden, als sie durch eine weitere Erhöhung des Preises der Mengeneinheit gewinnen könnten. Dieselbe Rücksicht wird sie auch leiten, wenn sie durch abnehmende Nachfrage zur Herabsetzung ihres Preises genötigt werden.

„Beliebig“ vermehrbare Waren.

Diese Sätze sind ohne Zweifel logisch richtig, aber sie geben keine Vorstellung von der Mannigfaltigkeit der wirklichen Erscheinungen und sie gehen von zum Teil nicht zutreffenden Voraussetzungen aus. Es gibt allerdings einige wirkliche Monopolwaren, auf deren Preisbildung die obige Regel Anwendung finden kann. Aber sie bilden nur Ausnahmen, die unter der Masse der Güter verschwinden. Es gibt auch Waren, die allmählich immer seltener werden und auch schon heute nur mit steigenden natürlichen Schwierigkeiten und Kosten gewonnen werden können. Es sind dies ausschließlich Rohstoffe und Naturprodukte, wie z. B. Platin, Elfenbein, Zobelfelle und anderes seltenes Pelzwerk. Die Zahl dieser Warenarten wird sich auch in absehbarer Zeit noch vermehren, für die Volks- und Weltwirtschaft im ganzen aber wird dies keinerlei Bedeutung haben, denn es handelt sich um Güter, die schon jetzt zu den seltenen gehören und für Produktion und Konsumtion in ihrer Gesamtheit nur eine untergeordnete Rolle spielen. Namentlich ist zu ihnen *nicht* das Getreide zu rechnen. Daß dessen Produktion auf dem begrenzten Boden eines bestimmten Landes nicht mit gleichbleibenden Kosten beliebig vermehrt werden kann, ist natürlich unbestreitbar. Aber als Produktionskosten gelten hier die Kosten, die aufzuwenden sind, bis die Ware auf den Markt gebracht ist, sie setzen sich also aus den eigentlichen Herstellungs- und den Transportkosten zusammen, und daher kann infolge der Konkurrenz der neuen Produktionsländer mit überschüssigem gutem Boden die Zufuhr von Getreide nach den europäischen Märkten gegenwärtig noch auf unbestimmt lange Zeit

dem Bedürfnis entsprechend bei Preisen vermehrt werden, die in den alten Ländern die Verwendung von schlechteren Bodenklassen zum Getreidebau gar nicht gestatten. Für andere landwirtschaftliche Erzeugnisse, wie Vieh, Fleisch, Milch, Eier usw. sind die Preise allerdings im letzten Jahrhundert bedeutend gestiegen, weil die sehr stark zunehmende Nachfrage nur mit größerem Kostenaufwand befriedigt werden konnte. Denn der Transport dieser Produkte aus großen Entfernungen ist schwieriger und verhältnismäßig kostspieliger als der des Getreides, ganz abgesehen von ihrer künstlichen Verteuerung durch Zölle und Einfuhrverbote. Man darf aber als Regel annehmen, daß für alle Rohstoffe und Rohprodukte, die Gegenstände des Welthandels bilden, die Preise, wenn sie auch eine Zeitlang steigen, schließlich zu einem Ruhepunkt gelangen, indem aus Herstellungs- und Transportkosten, die sich in sehr mannigfaltiger Weise kombinieren und im einzelnen höchst verschieden sind, im Weltverkehr auf jedem großen Markte ein seinen Verhältnissen angepaßter Preis hervorgeht, und daß bei diesem Preissystem die Produktion im ganzen, abgesehen von den Ernteschwankungen, wenn auch nicht für alle Zeit, so doch für eine längere Reihe von Jahrzehnten im obigen Sinne „beliebig", d. h. in gleichem Schritt mit der Nachfrage vermehrbar ist.

Bei Fabrikaten, deren Preis meistens nur zum kleinsten Teil durch den des natürlichen Rohstoffs bedingt ist und deren Herstellung im übrigen auf menschlicher Arbeit beruht, ist die beliebige Vermehrbarkeit ohne steigende natürliche Schwierigkeit offenbar. Durch die Fortschritte der Technik sind ihre Produktionskosten in dem letzten Jahrhundert mehr und mehr herabgedrückt worden, und eine weitere Steigerung der Wirksamkeit der technischen Hilfsmittel der Arbeit darf auch in der Zukunft noch erwartet werden. Die für die Fabrikate zu verwendenden Rohstoffe sind Welthandelswaren und ihre Beschaffung wird durch die Verbesserung der Produktions- und Transportmittel ebenfalls erleichtert. Durch diese Verbesserungen wird auch die etwaige Steigerung der Löhne mehr oder weniger ausgeglichen. Diese hat aber überhaupt mit der Erhöhung der natürlichen Produktionsschwierigkeiten nichts gemein; sie ist lediglich eine Folge der sozialen Entwickelung, die ihre Wirkung auf die Produktion aller Waren unter allen Bedingungen ausübt.

Verschiedenheit der Produktionsbedingungen.

Es gehört somit die Gesamtheit der wichtigeren Waren zu der Klasse derjenigen, die bei einem gewissen Preise beliebig, also der Nachfrage entsprechend, vermehrt werden können, ohne daß die Produktion unter ungünstigeren Bedingungen erweitert werden muß. Insofern würden diese Waren zu der ersten der von der Theorie unterschiedenen Klassen gehören. Anderseits aber sind die Produktionsbedingungen für jede dieser Warenarten nicht einmal annähernd gleichmäßig, sondern fast für jede Unternehmung besonders gestaltet, so daß sie nach Gunst oder Ungunst der Umstände eine vielfach abgestufte Reihe bilden.

Zunächst sind die Naturbedingungen, unter denen die Produktion und der Absatz der Ware stattfindet, sehr verschieden; die Fruchtbarkeit des Bodens, der Gehalt und die Zugänglichkeit der abzubauenden Flötze und Gänge, die Entfernung vom Markte oder der Verbrauchsstelle und umgekehrt die Entfernung der Bezugsstelle der nötigen Rohstoffe und sonstigen Materialien.

Neben diesen Verschiedenheiten der natürlichen Produktionsbedingungen gibt es aber auch solche von privatwirtschaftlichem Charakter, die für die Existenzfähigkeit und Rentabilität der einzelnen Unternehmungen von entscheidender Wichtigkeit sind. Denn bei gleichen natürlichen Bedingungen kann die privatwirtschaftliche Lage zweier Unternehmungen sehr verschieden sein, weil in der einen auf dieselbe Jahresproduktion ein weit höheres Kapital kommt, als in der anderen. Jene hat vielleicht ihre Grundstücke zu einem ungewöhnlich hohen Preise erworben oder ihre Gebäude mit zu großen Kosten errichtet. Namentlich ist der Fall nicht selten, daß eine Aktiengesellschaft mit einem übermäßig hohen Kapital belastet ist, weil sie durch Umwandlung einer bestehenden Unternehmung entstanden ist, deren Betriebsanlagen sie zu einem übertriebenen Preise übernommen hat. So kann es vorkommen, daß ein Unternehmen trotz einer bedeutenden natürlichen Produktionsfähigkeit und eines entsprechenden Rohertrags bei dem gegebenen Preise des Erzeugnisses nur zwei oder drei Prozent und manchmal vielleicht gar keinen Kapitalgewinn abwirft.

Auch die Verschiedenheit der Löhne hat Einfluß auf die privatwirtschaftliche Lage der Unternehmungen, was sich namentlich bei dem internationalen Wettbewerb ihrer Erzeugnisse bemerklich macht.

Endlich sind die Produktions- und Existenzbedingungen der gleichartigen Unternehmungen auch aus subjektiven Gründen, nämlich in bezug auf das Talent, die Umsicht und Energie ihrer Leiter sehr verschieden. Die Produktionskosten können durch sorgfältige Sparsamkeit, durch geschickte Benutzung günstiger Gelegenheiten zum Einkauf des Materials, durch sofortige Benutzung aller technischen Verbesserungen, durch möglichst vollständige Gewinnung und Verwertung der bei dem Hauptprozeß abfallenden Nebenprodukte erheblich vermindert werden, und es kommt vor allem auf die Leitung an, wieweit diese Möglichkeiten ausgenutzt werden. Nicht minder zeigt sich deren größere oder geringere Befähigung in der Erspähung und Verwertung jeder günstigen Gewinngelegenheit, in der Beurteilung der Weltmarktslage und ihrer wahrscheinlichen künftigen Gestaltung, in den darauf begründeten Abschlüssen für die Zukunft, in der zweckmäßigen, den Aussichten entsprechenden Erweiterung oder Einschränkung des Betriebes. Für viele Unternehmungen bestimmt sich überhaupt der Gewinn von Fall zu Fall, und es gehört ein besonderer Scharfblick dazu, die besten Gelegenheiten ausfindig zu machen. Dazu kommen die eigentlich spekulativen, auf Zukunftsschätzungen gegründeten Geschäfte, die zwar immer einen aleatorischen Charakter haben, aber doch von mehr

oder weniger richtigen Grundlagen aus unternommen werden können. Am stärksten tritt das spekulative Element im Handel und in dem durch den Handel vermittelten Abschnitt der Preisbildung hervor.

Der sogenannte normale Kapitalgewinn als Preiselement.

Aus dieser großen Verschiedenheit der objektiven, privatwirtschaftlichen und subjektiven Existenzbedingungen der Unternehmungen ist schon ersichtlich, wie wenig die abstrakte Annahme zutrifft, daß es einen „normalen“ Kapitalgewinnsatz gebe, den jeder Produzent zu seinen eigentlichen Produktionsausgaben oder Selbstkosten in Anrechnung bringe, um den zu fordernden Preis zu bestimmen. Vorgängige Kalkulationen dieser Art werden ohne Zweifel gemacht, aber auf den wirklich erzielten Gewinn haben diese keinen Einfluß. Aus der Gesamtheit der Produktion und der Gesamtheit der Nachfrage ergibt sich auf dem großen Markt ein Preis, dem sich der einzelne Produzent schließlich fügen muß, wenn er auch vielleicht seine Ware so lange wie möglich zurückhält. Wie viel prozentmäßigen Kapitalgewinn er bei diesem Preise erlangt, hängt ab von seinen Produktionsausgaben — den Produktionskosten im eigentlichen Sinne — und der Größe des zu verwertenden Kapitals. Da nun aber sowohl die Produktionsausgaben, wie auch das Verhältnis des in der Bilanz stehenden Kapitals zum Reinertrag des Unternehmens bei derselben Warenart außerordentlich verschieden sind, so wird sich auch der Prozentsatz des Gewinns in einer langen Stufenreihe von Null bis zu einer sehr beträchtlichen, nicht bestimmt anzugebenden Höhe bewegen. Daß es so ist, lehrt jeder Blick auf den die Dividenden der Aktiengesellschaften angebenden Kurszettel einer großen Börse. Es ist eine selbstverständliche Folge der unbeschränkten Konkurrenz, daß jederzeit Unternehmungen vorhanden sind, deren Gewinn auf dem Nullpunkt steht, und andere, die mit Verlust arbeiten. Denn das Angebot kann unter solchen Umständen nur dadurch eine Grenze finden, daß die schwächsten Mitbewerber fortwährend gewaltsam verdrängt, d. h. ruiniert werden. Ebenso natürlich ist es, daß sich zwischen diesen dem Untergange nahen und den günstig stehenden Unternehmungen zahlreiche Zwischenstufen mit allmählich aufsteigenden Gewinnsätzen finden.

Auch die theoretische Ansicht, daß sich der Kapitalgewinn in den verschiedenen Produktionszweigen immer annähernd gleichstelle, wird durch die Erfahrung nur ungenügend bestätigt. Sie beruht auf der Annahme, daß das Kapital aus den weniger einträglichen Anlagen herausgezogen und in die mehr lohnenden übergeführt werde. Das ist bei Handelsunternehmungen, bei denen fast ausschließlich umlaufendes Kapital verwendet wird, wohl angängig, wird aber in der Regel auch hier nicht ohne Verlust für den Unternehmer möglich sein. Das in stehenden Anlagen festgelegte Kapital aber kann bei schlechtem Geschäftsgange, wenn überhaupt, nur mit sehr großem Verluste durch Verkauf der Anlagen herausgezogen und daher bestenfalls auch nur teilweise auf andere Produktionszweige übertragen werden. Daher entschließt man sich nicht leicht freiwillig zu einer solchen Liquidation, und viele Aktiengesellschaften haben in der

Hoffnung auf bessere Zeiten ihren Betrieb jahrelang fortgesetzt, ohne Dividenden zu beziehen. Eine gewisse Ausgleichung der Gewinne wird allerdings dadurch herbeigeführt, daß in den ungünstig stehenden Produktionszweigen wenig oder gar keine neuen Unternehmungen gegründet werden und die neuen Kapitalanlagen sich überwiegend den ergiebigsten Zweigen zuwenden. Aber dieser Prozeß geht im Vergleich mit dem oft raschen Wechsel der Konjunkturen nur langsam von statten; die neuen Unternehmungen treten oft erst in Wirksamkeit, wenn die günstige Lage nicht mehr besteht und sie rufen dann einen um so stärkeren Rückschlag hervor.

Der Kapitalgewinn ist also kein festes Element der Preisbildung, das der einzelne Verkäufer zu seinen Produktionsausgaben zuschlagen könnte. Die Gesamtheit der Unternehmer eines bestimmten Produktionszweigs erhält bei dem gegebenen Marktpreise der Waren einen gewissen Betrag an Gewinn, der sich auf die einzelnen verteilt, für jeden aber je nach seinen Produktionsausgaben und seinen sonstigen besonderen Produktionsbedingungen einen verschiedenen Prozentsatz seines Kapitals ausmacht. Der Gesamtgewinn des Kapitals in der ganzen Volkswirtschaft aber wird durch das Verhältnis bestimmt, nach dem sich der gesamte Produktionsertrag zwischen Kapital und Arbeit verteilt. Er bildet daher eine Quote des aus der sachlichen Produktion hervorgehenden Gesamteinkommens, die nur langsamen, durch die soziale Entwickelung bedingten Veränderungen unterliegt. Innerhalb der Klasse der Kapitalbesitzer — zu denen auch die Grundbesitzer mit dem Kapitalwert ihres Bodens gehören — besteht die Tendenz, den Gesamtgewinn durch die Preisbildung nach Verhältnis der Kapitalbeteiligung der einzelnen zu verteilen. Dieses Ziel wird aber in der wirklichen Preisbildung nicht erreicht, sondern die einen erhalten mehr, die anderen weniger, als den normalen Gewinn. Doch werden die Schwankungen dadurch, daß nur ein gegebener Gesamtbetrag zu verteilen ist, einigermaßen in Schranken gehalten. Theoretisch würde der Normalsatz des Kapitalgewinns sich aus dem Verhältnis des gesamten Kapitalgewinns zu dem Gesamtbetrage des an der sachlichen Produktion in irgendeiner Art beteiligten Kapitals ergeben. Diesem Werte aber dürfte der durchschnittliche Satz nahekommen, der sich für den Gewinn einer großen Zahl von Unternehmungen ableiten läßt. Die Aktiengesellschaften bieten das zugänglichste Material für eine solche Berechnung, wenn auch ihre Dividenden keineswegs unmittelbar den eigentlichen Kapitalgewinn erkennen lassen. Immerhin zeigt sich hier, daß die Mehrzahl der einzelnen Gewinnsätze sich in nicht allzu weiten Abständen nach oben und nach unten von dem Durchschnittswert findet. Zur allgemeinen Orientierung über die Preisbildung kann man daher den „durchschnittlichen“ Kapitalgewinn zu Hilfe nehmen, wenn dieser auch nie die Bedeutung eines selbständig mitwirkenden Faktors besitzt.

Entscheidung über die Preisstellung.

Es fragt sich nun, wo die Entscheidung über die Bewegung des Marktpreises einer unter sehr verschiedenen Produktionsbedingungen her-

gestellten Ware liegt. Nach der Ricardoschen Theorie soll durch die Konkurrenz der am wenigsten begünstigten Unternehmungen die preissteigernde Tendenz der besser gestellten Unternehmungen gehemmt und dem Preise eine durch die höchsten Produktionskosten bestimmte obere Grenze gesetzt werden. Es wird also angenommen, daß die Produktion unter den besseren Bedingungen nicht mehr ausgedehnt werden könne und daß bei fortdauerndem Übergewicht der Nachfrage der Preis bis zu dem Punkte steigen werde, bei dem das Auftreten einer neuen Konkurrenz mit höheren Produktionskosten möglich wird. Diese Voraussetzungen treffen aber in der Wirklichkeit nicht zu. Die Unternehmungen unter den objektiv ungünstigsten Bedingungen liefern im allgemeinen nur einen kleinen Teil der Gesamtproduktion und wenn bei wachsender Nachfrage die Preise steigen, so wird die Produktion hauptsächlich auf den begünstigten Stufen und nicht durch den Zutritt minderwertiger Betriebe erweitert. Es gibt eben unter den heutigen Wirtschaftsverhältnissen nur wenige und wenig wichtige Produktionszweige, deren Erzeugnisse bei steigenden Preisen nicht auf allen und namentlich gerade auf den höheren Stufen dem Mehraufwand von Kapital und Arbeit entsprechend vermehrt werden könnten. Gerade die bestgestellten rheinisch-westfälischen Bergwerke haben in den Jahren von 1902 bis 1906 ihre Kohlenförderung am stärksten, um 20 bis 40 Prozent erhöht, während manche wenig ergiebige Zechen einfach stillgelegt worden sind. Ebenso setzten die amerikanischen Trustvereinigungen die geringen Ertrag bringenden Betriebe außer Tätigkeit, um die besseren desto mehr in Anspruch zu nehmen. Adam Smith hatte also recht, wenn er sagte, der Preis der Kohlen werde durch die ergiebigsten Gruben bestimmt, denn diese liefern in ihrer Gesamtheit den größten Teil der Produktion und sie können durch Steigerung oder Einschränkung ihrer Förderung den entscheidenden Einfluß auf den Markt ausüben. Überhaupt erweitern oder vermindern die günstig stehenden Unternehmungen ihre Produktion nach den Konjunkturen und ihren jeweiligen Interessen. Sie überlassen den weniger Bevorzugten einen Teil des Absatzes, weil es sich nicht lohnt, sie durch Herabsetzung des Preises der Erzeugnisse zu verdrängen. Bei einem scharfen Konkurrenzkampfe jedoch sind sie imstande, die Preise so weit zu erniedrigen, daß die schwächeren Wettbewerber in ihrer Existenz gefährdet werden. Gleichwohl werden diese ihren Betrieb nicht einstellen, solange sie nicht geradezu mit Schaden arbeiten, da sie andernfalls an ihren stehenden Kapitalanlagen einen großen Verlust erleiden würden. Wenn etwa die geringen Dividenden einer Aktiengesellschaft durch Herabsetzung des Nominalkapitals rechnungsmäßig erhöht werden, so wird dadurch nur der Verlust eines Teiles des Kapitals endgültig konstatiert.

Die landwirtschaftliche Produktion auf derselben Bodenfläche kann allerdings von einem gewissen Punkte ab durch einen weiteren Kapitalaufwand nicht mehr gleichmäßig vermehrt werden, wobei es aber mit

Rücksicht auf die möglichen technischen Fortschritte fraglich bleibt, ob dieser Punkt schon erreicht ist. Aber der Getreidepreis ist ein Ergebnis der Weltwirtschaft und Ausdehnung der Getreideproduktion wird noch auf lange Zeit durch Anbau von neuem Lande stattfinden.

Die Verschiedenheit der für die einzelnen Unternehmungen bestehenden Produktions- und Transportbedingungen hat also auf die Preisbildung der Waren, die in großen Mengen erzeugt werden können, keinen wesentlichen Einfluß. Es kommt für jede Ware lediglich auf die Gesamtmasse des Angebots und die Gesamtgröße der Nachfrage an, und die letztere hängt von dem für jede Ware verfügbaren Teile des Gesamteinkommens oder — bei den Vorprodukten — des Gesamtkapitals ab. Die Gesamtproduktion ist in einem weiten Spielraum praktisch beliebig vermehrbar und in der Regel können alle beteiligten Unternehmer, wenn auch mit sehr verschiedenem Gewinn, zu der Vermehrung beitragen. Am meisten aber kann dies von seiten der unter den günstigsten Bedingungen stehenden Unternehmungen geschehen, die fast immer auch die größte Expansionsfähigkeit besitzen. Eine beginnende Preissteigerung kann durch das nachrückende Angebot bald gehemmt und aufgehoben werden; bei günstigen Konjunkturen aber geht der Preis weiter in die Höhe und mit ihm auch die Produktion, bis diese ein drückendes Übermaß erreicht. Bei dem nun folgenden Rückgang des Preises aber wird sie ebenso und oft noch mehr auf den begünstigten wie auf weniger begünstigten Stufen beschränkt, während nach der abstrakten Theorie die Einschränkung nur durch Verdrängung der schwächeren Mitbewerber zu erwarten wäre. Irgendein besonderer bestimmender Einfluß der Produktion unter den ungünstigsten Bedingungen auf die Preisbildung ist also nicht vorhanden. Vielmehr besteht zwischen diesem Teil der Produktion und den Preisen nur die wenig besagende Beziehung, daß es von den gegebenen Preisen abhängt, bis zu welcher Stufe der Ungunst der Bedingungen ein Unternehmen in einem bestimmten Produktionszweig noch eben bestehen kann. Der Preis bestimmt also die Grenzbedingungen der Produktion, nicht diese den Preis.

Was die Monopolpreise betrifft, so können solche im eigentlichen Sinne nur entstehen, wenn ein Erzeugnis nur in einer im Verhältnis zur Nachfrage kleinen Menge und nur an wenigen Stellen gewonnen werden kann, so daß die Produzenten sich leicht über eine Preistaktik einigen können, deren Ziel in der Erlangung des höchstmöglichen Reingewinns liegt. Eine Monopolstellung kann ausgenutzt werden durch Verminderung der Produktion bei Erhöhung des Preises des Monopolgutes, wenn sich dabei noch immer ein Gewinnzuwachs ergibt. Noch günstiger aber steht der Monopolinhaber, wenn die Nachfrage nach seinem Produkte so groß ist, daß er auch noch bei voller Anspannung seiner Produktionsfähigkeit einen monopolistisch erhöhten Preis erreichen kann. So wird z. B. der Besitzer eines ausgezeichneten Weinberges schwerlich jemals einen Teil seines wertvollen Geländes unbenutzt lassen, sondern immer eine möglichst große

Ernte zu erlangen suchen, für die er immer auf sicheren Absatz mit hohem Gewinn rechnen kann. Als Monopolpreis in diesem Sinne kann man denjenigen bezeichnen, der bei konkurrenzlosem Angebot und bei vollständigem Absatz der produzierten Menge zustande kommt.

Getreidepreise.

VII. Handel und Preise. Die Preise der meisten Waren werden in hohem Grade durch den Handel beeinflußt. Der Handelsgewinn auf den letzten Stufen der Güterbewegung, im Detailhandel und im Großhandel, macht oft einen sehr bedeutenden Prozentsatz des Fabrikationspreises aus und dieser selbst ist meistens schon mit Handelsgewinnen auf Rohstoffe und Halbfabrikate belastet. Die Preisbildung im Handel paßt aber sehr wenig in das theoretische Schema. Als Produktionsausgaben sind hier die Anschaffungskosten der Waren und die eigentlichen Geschäftsunkosten anzusehen. Der Gewinn aber bestimmt sich für den Handel vermöge der Eigentümlichkeit seines Betriebs, der raschen Beweglichkeit seines Kapitals und seiner spekulativen Tätigkeit unter wesentlich anderen Bedingungen, als für die an einen schwerfälligen Apparat und langsamen Geschäftsgang gebundenen Warenproduzenten. Es besteht aber auch wieder ein durchgreifender Unterschied in den Gewinnverhältnissen der verschiedenen Zweige des Großhandels und denen des Detailhandels. Bei den in großen Massen in den Welthandel gebrachten Bodenprodukten kommen die Preise unter dem entschieden überwiegenden Einfluß des Handels zustande. Sie stehen jederzeit auf den Hauptmärkten der Produktions- und der Konsumtionsländer in gewissen durch Transport- und Handelskosten, vielfach auch durch Zölle bedingten numerischen Verhältnissen. Ihre absolute Höhe ändert sich natürlich mit den Ernteaussichten und Ernteergebnissen in den einzelnen Ländern; aber es wirkt unausgesetzt eine Tendenz zur Ausgleichung der Preise der verschiedenen Märkte, so daß auch bei einer allgemeinen Steigerung der Preise ihr früheres, durch die weltwirtschaftlichen Beziehungen der Märkte bedingtes Verhältnis innerhalb eines meistens nur kleinen Spielraums erhalten bleibt. So muß z. B. der Weizenpreis in Argentinien, einem Exportlande, natürlich immer niedriger stehen als in England, und wegen des deutschen Zolles um einen noch größeren Betrag niedriger als in Deutschland. Hat aber Argentinien eine Mißernte, so wird der Preis auf den nordamerikanischen Märkten auch steigen, selbst wenn die dortige Ernte gut ausgefallen ist und vollends wird diese Bewegung sich auch auf die einer regelmäßigen Weizeneinfuhr bedürfenden europäischen Länder ausdehnen. Allgemein wird diese Ausgleichung und dieser innere Zusammenhang der Preise der verschiedenen Märkte durch den Handel geschaffen, der in den Preisdifferenzen einen von Fall zu Fall wechselnden Gewinn findet. Diese Gewinne sind auf die Mengeneinheit meistens nur klein, bei der Größe der umgesetzten Mengen aber doch beträchtlich und aufs Jahr im Prozentverhältnis zu dem verwendeten Kapital berechnet oft sehr bedeutend, da der Kapitalumsatz meistens rasch

erfolgt. Natürlich sind aber auch Aufspeicherungen nötig, da das Ernteerzeugnis auf ein ganzes Jahr verteilt werden muß. Soweit diese von seiten des Handels und nicht der Produzenten stattfinden, rechnet dieser auch auf größere Gewinndifferenzen in der Zukunft, die zum Teil auch dadurch erreicht werden können, daß infolge des Angebots der sofort nach der Ernte verkaufenden geldbedürftigen Produzenten die gegenwärtigen Preise herabgedrückt werden. Monopolistische Preistreibereien durch Zurückhaltung der Vorräte können bei Waren, die sich in so ungeheuren Massen im Welthandel befinden, wie der Weizen, keinen Erfolg haben. Wenn in Amerika solche Versuche gemacht worden sind, so handelte es sich um bloß lokale, wenn auch mit großen Kapitalmitteln ausgeführte Börsenoperationen, um die Gegenpartei während einer kurzen, aber für sie entscheidenden Zeit in die Enge zu treiben. In früherer Zeit aber, als es noch keinen Weltverkehr in Getreide gab und selbst innerhalb der einzelnen Staatsgebiete der Transport von Massengütern sehr schwierig und kostspielig war, bestand in der Tat die Möglichkeit, nach schlechten Ernten durch Aufspeicherung der Vorräte den Notstand ganzer Landesteile auszunutzen und die Preise bis zur nächsten Ernte übermäßig emporzutreiben. Das war der sogenannte Kornwucher, als welcher so ziemlich der ganze von Zwischenhändlern betriebene Getreidehandel angesehen wurde. Die nützlichen Dienste, die dieser Handel durch die Aufbewahrung des Überschusses der guten Jahre leistete, wurden nicht beachtet, da die Entstehung von Hungersnotpreisen durch Aufkaufen und Zurückhalten weit augenfälliger war. Daher wurde der Getreidehandel durch gesetzliche Maßregeln beschränkt und namentlich die Koalition der Verkäufer zum Emportreiben der Preise unter Strafe gestellt, wie dies im Art. 419 des französischen Strafgesetzbuches auch gegenwärtig noch der Fall ist.

Andere Bodenprodukte.

Nicht nur ür Getreide, sondern für alle im Welthandel sich bewegenden Bodenerzeugnisse ist ein internationales Preissystem zu jeder Zeit gegeben, und die Preisänderungen gehen je nach den Ernteergebnissen und sonstigen Konjunkturen nach der einen oder der anderen Seite von dieser Basis aus. Bei den weniger unentbehrlichen Waren, nach denen die Nachfrage nicht annähernd fest, sondern in höherem Grade von den Preisen abhängig ist, wie z. B. bei Kaffee, wird sich das Preissystem so stellen, daß die beim Beginn des Erntejahres vorhandenen Vorräte und das neue Jahresprodukt Absatz finden und noch ein gewisser Bestand auf das folgende Jahr übertragen werden kann. Die Größe dieses Bestandes wird wesentlich durch die Spekulation beeinflußt. Er kann bei knapper Ernte durch Zurückhaltung vergrößert worden sein, um die Preise noch stärker zu steigern; es kann aber auch eine größere Ansammlung stattgefunden haben, um bei sehr reichlicher Ernte eine übermäßige Entwertung des Produktes zu verhindern. Ist das Jahreserzeugnis nicht allzu groß und die Produktion hauptsächlich auf einzelne Länder beschränkt, so können große Aufspeicherungen auch planmäßig von besonderen Vereinigungen oder sonst

mit Einsetzung großer Kapitalien unternommen werden. So hat der brasilianische Staat Sao Paulo, das Hauptproduktionsgebiet des Kaffees, mit Hilfe einer großen Anleihe eine „Valorisation“ des Kaffees versucht, indem er durch Aufspeichern eines riesigen Vorrats den Weltmarktpreis wenigstens auf die Höhe der Selbstkosten bringen wollte. Er hat sich dadurch aber in große finanzielle Verlegenheiten gestürzt und es wurde ernstlich der Plan erwogen, eine in natura erhobene Abgabe von 10 Prozent des auszuführenden Kaffees zu verbrennen. Leichter ist es, doch auch nur mit Hilfe großer Kapitalien, bei den Waren dieser Art zeitweise eine starke Einwirkung auf die Preise an einzelnen Börsen auszuüben. So konnte z. B. im Jahre 1888 in Hamburg ein „Corner“ von kapitalkräftigen Spekulanten den Preis des Santos-Kaffees in weniger als drei Wochen auf das Drei- und Vierfache emportreiben, indem sie den am Platze vorhandenen Kaffee einsperrten und die lieferungspflichtigen Blankoverkäufer aufs äußerste ins Gedränge brachten. Es konnte nur eine bestimmte Sorte Santos-Kaffee geliefert werden und von dieser konnten eben nicht rasch genug die nötigen Mengen zur Stelle geschafft werden.

Es ist dies zugleich ein Beispiel dafür, daß durch den Börsenterminhandel unter Umständen starke Preisschwankungen hervorgerufen werden können. Diese werden aber nur von den mit großem Kapital operierenden Spekulanten zustande gebracht, die auch im Kassengeschäft ihre Macht über die Kurse geltend machen können. Die Käufer ohne Geld dagegen und die Verkäufer ohne Ware, die nur durch Abschluß eines entgegengesetzten Geschäfts einen Differenzgewinn zu erlangen suchen, können keinen selbständigen Einfluß auf die Preise ausüben — das würde dem Kausalitätsgesetz widersprechen —, sie können höchstens die von den Großspekulanten geleitete Bewegung verstärken oder auch mit diesen in einen für sie verhängnisvollen Konflikt geraten, wodurch dann Erschütterungen, wie die erwähnten in Hamburg entstehen. Im allgemeinen aber bewirkt der Terminhandel in Ernteprodukten, wenn er sich der natürlichen weltwirtschaftlichen Bewegung richtig anschließt, eine Milderung der Preisschwankungen und einen sanfteren Übergang von den Preisen des alten in die des neuen Erntejahres, da die Leerverkäufer bei sinkendem Preise als Käufer auftreten und dadurch den weiteren Rückgang hemmen, wie anderseits die Terminkäufer bei einem gewissen Preise durch ihre Verkäufe einer weiteren Steigerung entgegenwirken.

Für viele überseeische Produkte, wie Kaffee, Tee, Tabak, Rohrzucker, Baumwolle usw., besteht namentlich in Holland und England im Großverkehr die eigentümliche Form des Verkaufs auf dem Wege der Auktion. Das Angebot tritt also gleichsam ruckweise auf und es fehlt die sonst besonders durch die Zeitgeschäfte vermittelte spekulative Regelung desselben. Für rasch verderbende Waren, wie frische Fische, ist dieses Verfahren wohl das einzig mögliche, um große Mengen mit der nötigen Schnelligkeit abzusetzen, wenn auch die Preise dabei sehr weiten aleatorischen

Schwankungen unterworfen sind. Von der Versteigerung haltbarer Waren aber können die Verkäufer gute Preise mit einiger Sicherheit nur erwarten, wenn sie entweder eine Monopolstellung einnehmen, wie einst die holländisch-ostindische Kompagnie in bezug auf Gewürze, oder wenn wenigstens die Auktion an einem Platze stattfindet, der in dem betreffenden Handel eine zentrale, herrschende Stellung einnimmt und Kaufangebote aus einem weiten Bereiche anzieht. Die früheren Erfahrungen geben dann Anhaltspunkte zur Schätzung des wahrscheinlichen Bedarfs des Absatzgebietes und der erreichbaren Preise, und von diesen Grundlagen ist auszugehen. Die wirklich erzielten Preise bleiben aber noch immer auch von unberechenbaren Umständen abhängig und das dadurch entstehende Risiko trägt in der Regel der Handel, der sich aber dafür bei seinen Preisangeboten den Produzenten gegenüber schadlos zu halten sucht. Unmittelbar auf Rechnung größerer Produzenten finden Weinversteigerungen am Rhein und an der Mosel statt, deren Ergebnisse aber um so stärker schwanken, als auch die Qualität des Weines von Jahr zu Jahr großer Veränderlichkeit unterliegt. Erkennbare Beziehungen zwischen Preis und Produktionskosten sind hier gar nicht vorhanden. Man kann nur sagen, daß die Besitzer der besseren Weinbergslagen auf einen Seltenheitswert ihres Erzeugnisses rechnen können, vermöge dessen sie auch im Durchschnitt aus guten und schlechten Jahrgängen Preise erlangen, die ihnen im Verhältnis zu ihrem eigentlichen Kapitalaufwande einen hohen Gewinn bringen.

Kohle und Metalle.

Was die kontinuierlich produzierten Rohstoffe und Halbfabrikate betrifft, so ist die Preisbildung der wichtigsten, namentlich der Kohlen, des Roheisens und des Stahls, wie schon oben bemerkt, in der neuesten Zeit mehr und mehr in die Hände mächtiger Verbände übergegangen. Die Masse der Produktion dieser Güter ist indes zu groß, als daß ihre Preise direkt durch monopolistische Maßregeln emporgetrieben werden könnten, vielmehr ist die Hauptabsicht der Verbände darauf gerichtet, den Preisstand, der infolge günstiger Konjunkturen erreicht worden ist, möglichst vollständig und lange auch bei ungünstigerer Gestaltung der allgemeinen wirtschaftlichen Lage aufrecht zu erhalten. Bei aufsteigender Preisbewegung werden, wie schon hervorgehoben, gerade die ergiebigsten Werke stärker in Anspruch genommen, da diese den größten Reingewinn einbringen. In der Eisen- und Stahlproduktion haben die Verbände auch das Bestreben, den inländischen Preis um den vollen Betrag des Schutzzolls dem ausländischen gegenüber zu erhöhen, und sie begünstigen zu diesem Zweck die Ausfuhr, namentlich von Halbfabrikaten, nötigenfalls durch Vergütungen.

Bei dem Absatz der weniger massenhaft in den Verkehr kommenden Metalle, wie Kupfer, Zink, Zinn, spielt der Handel noch eine bedeutende Rolle. Hier treten auch Versuche zu monopolistischen Preissteigerungen von Zeit zu Zeit immer wieder hervor. Sie haben in der Regel eine Zeitlang Erfolg, dann aber tritt ein starker Rückschlag ein, bei dem die ursprünglichen Spekulanten, wenn sie sich nicht rechtzeitig aus der Sache

herausgezogen haben, vielleicht den größten Schaden leiden. So trieb im Jahre 1887 eine Pariser Gesellschaft durch riesige Aufkäufe den Preis des Kupfers, der ungewöhnlich tief, auf 39 Pfund Sterling die Tonne, gesunken war, in wenigen Monaten auf das Doppelte. Er behauptete sich während des Jahres 1888 auf einem Durchschnittsstand von etwa 82, im folgenden Jahre aber brachte ihn ein gewaltiger Sturz, bei dem die Unternehmergesellschaft zugrunde ging, vorübergehend auf 35. Ein amerikanischer Ring machte in den Jahren 1906 und 1907 eine ähnliche Operation, die die bereits oben erwähnten neueren Schwankungen des Kupferpreises hervorrief, der im März 1907 den nie dagewesenen Stand von $109^1/_2$ Pfund Sterling erreichte. Weit leichter, als der Kupfermarkt, kann der Zinnhandel durch großkapitalistische Spekulation beherrscht werden, da die gesamte Jahresproduktion dieses Metalls kaum 100000 Tonnen beträgt und die Erzgewinnung auf verhältnismäßig wenig Fundstätten beschränkt ist. Daher finden wir fortwährend gewaltige Preisschwankungen, die wesentlich spekulativen Ursprungs sind. So war der Durchschnittspreis des Banka-Zinns 1884 in Hamburg 185 M. für 100 Kilo, 1888: 265 M., 1896: 129 M., 1905: 304 M. Auch innerhalb der einzelnen Jahre zeigen sich große Schwankungen, so z. B. 1899 in London zwischen 87 und 151 Pfund Sterling für die englische Tonne. — Als ein wirklich monopolisiertes Metall konnte bis zur Mitte des vorigen Jahrhunderts das Quecksilber betrachtet werden. Almaden und Idria waren die einzigen wesentlich in Betracht kommenden Produktionsstätten und der Verkauf des Erzeugnisses dieser Bergwerke war vertragsmäßig dem Hause Rothschild in London übertragen. Der Preis konnte so hoch gehalten werden, daß Spanien für den Verlust des Silberquinto aus seinen ehemaligen amerikanischen Besitzungen — für deren Silberproduktion das Quecksilber unentbehrlich war — schadlos gehalten wurde. Am Ende der vierziger Jahre wurden neue Quecksilberminen in Kalifornien aufgeschlossen, doch blieb dieser Mitbewerb anfangs auch noch einheitlich organisiert. Erst in den siebziger Jahren setzte sich die völlig freie Konkurrenz durch, mit der sich ein gewaltiger Rückgang des Preises verband. Am Anfang des Jahres 1875 stand er noch auf 24 Pfund Sterling für die Flasche (damals $76^1/_2$ Pfund Troy, seit 1904 75 Pfund), im Jahre 1876 aber war er schon auf $7^3/_4$ bis $8^1/_4$ Pfund Sterling gesunken, und in der Nähe dieser Sätze hat er sich seitdem gehalten.

Was die großen Maschinen- und sonstigen Spezialfabrikate betrifft, die immer außerhalb des Bereichs des Handels bleiben, so kommen Vereinbarungen der Hauptproduzenten vor, nach denen sie ihre Konkurrenz geographisch regeln und sich gewisse Gebiete mit Verzicht auf andere für ihre Geschäfte vorbehalten. Im übrigen werden die Bedingungen für die großen Bestellungen von Fall zu Fall geregelt und jedes Unternehmen wird dabei die besonderen Vorteile, über die es etwa für gewisse Leistungen verfügt, möglichst zur Geltung bringen. Den Hauptkampfplatz der Konkurrenz aber bilden die Submissionen, die auch schon zur Vergebung

kleinerer Lieferungen und selbst von Handwerksarbeiten, besonders baugewerblichen, angewandt werden. Die oft außerordentlich großen Unterschiede in den Preisforderungen der Submittenten für denselben Gegenstand erklären sich im allgemeinen durch die Verschiedenheit der Produktionsbedingungen der einzelnen Unternehmungen, von denen manche vielleicht in gewissen Spezialitäten ein großes Übergewicht der Leistungsfähigkeit besitzen. Dieses Übergewicht kann aber auch auf rücksichtsloser Herabdrückung der Löhne und der von dem Unternehmer seinerseits zu bezahlenden Preise beruhen. Auch kann die Preisforderung durch geschäftliche Unwissenheit und Leichtsinn eingegeben und für den Bewerber notwendig verlustbringend sein. Da die Veranstalter der Submission auf die wirkliche Leistungsfähigkeit und Solidität der Bewerber Rücksicht nehmen — oder doch nehmen sollten — so wird der von ihnen angenommene Preis keineswegs immer der niedrigste sein.

Detailhandel.

Im Detailhandel bestimmen sich die Preise auf wesentlich andere Art, als im Großverkehr. Zunächst ist augenfällig, daß sie für dieselben Gegenstände in den einzelnen Ladengeschäften oder Gastwirtschaften weit auseinander gehen. Es erklärt sich dies daraus, daß mit diesen Preisen nicht nur die Sachen selbst, sondern auch die Dienstleistungen des Verkäufers und die Umgebung, in der der Verkauf stattfindet, mit bezahlt werden. Das wohlhabende Publikum verlangt elegante Ladeneinrichtung, zahlreiche Bedienung, große Auswahl in den gleichartigen Waren und findet einen zu starken und zu „gemischten" Zudrang von Kauflustigen unbequem. Dadurch entstehen natürlich höhere Geschäftskosten, die auf die Preise geschlagen werden müssen. Dagegen haben die großen Warenhäuser in ihrer Einrichtung und ihrem Betriebe wichtige, schon oben erwähnte Vorteile, die es ihnen ermöglichen, gleich gute Waren zu billigeren Preisen abzugeben, als den von den kleineren Geschäften geforderten. Eine besondere Belastung erwächst den Ladengeschäften und Wirtschaften in den Städten aus den hohen Mieten, die für Lokale in günstigen Verkehrslagen zu bezahlen sind. Auch in dieser Hinsicht sind die großen Warenhäuser verhältnismäßig besser gestellt. Da ihr Betrieb sich durch mehrere Stockwerke erstreckt, so wird die teuere Bodenfläche möglichst vollständig ausgenutzt, und die sie belastende Grundrente ist jedenfalls geringer, als die, die eine Anzahl kleinerer Geschäfte in derselben Verkehrslage tragen müßte, die zusammen denselben Umsatz haben, wie ein Warenhaus. Wenn es aber einem kleineren Unternehmer in einer weniger günstigen Lage und mit verhältnismäßig niedriger Miete gelingt, dennoch einen großen Umsatz zu erlangen — wozu die persönliche Tüchtigkeit des Inhabers das meiste beitragen kann — so ist er imstande, seine Preise niedriger anzusetzen, als andere, und seine Kundschaft dadurch um so sicherer festzuhalten.

Die Eigentümlichkeit des Detailhandels besteht darin, daß der Verkäufer feste Zuschläge zu den Einkaufspreisen macht und die Waren zu diesen

dem Publikum anbietet. Die Käufer stehen ihm isoliert gegenüber, sie haben kein gemeinschaftliches geschäftliches Interesse und geben sich, je wohlhabender sie sind, um so weniger Mühe, die billigste Bezugsquelle zu finden. Mancher, der in seiner Erwerbstätigkeit ein scharfer Rechner ist, bezahlt als Konsument sorglos die Preise, die man von ihm verlangt. Im Detailverkehr verfahren also die Käufer im allgemeinen durchaus nicht nach der von der Theorie der Preisbildung vorausgesetzten Taktik. Das „Feilschen" ist auch in den weniger bemittelten Klassen immer mehr abgekommen, und wenn sich kleinere Geschäfte noch darauf einlassen, so machen sie einen besonderen Preisaufschlag, den sie dann nötigenfalls nachlassen.

Die von den Detailhändlern einseitig aufgestellten Preise werden also von den Käufern wirklich bezahlt. Der Händler muß aber die Kaufkraft seiner Kundschaft nach ihrer sozialen Lage beurteilen können und darauf bei seiner Preisstellung Rücksicht nehmen. Die in den Preisen enthaltenen Zuschläge sind natürlich nicht reiner Gewinn, sondern es müssen daraus die allgemeinen Geschäftskosten gedeckt werden. Man kann die Gesamtsumme dieser Kosten auf die einzelnen Warenarten nach Verhältnis des Wertes der jährlich abgesetzten Menge verteilen, um zu erfahren, wie hoch sich der wirkliche Gewinn an der Mengeneinheit einer jeden prozentmäßig stellt.

Der Zuschlag zu den Einkaufspreisen der einzelnen Warenarten darf aber nicht gleichmäßig sein, und eine besondere Schwierigkeit bildet die richtige Bemessung desselben. Im allgemeinen wird der Aufschlag um so geringer sein, je rascher die Waren umgesetzt werden. Jedoch wird er nicht etwa der durchschnittlichen Lagerungszeit proportional gehalten, sondern gewisse Waren werden mit äußerst geringem Gewinn verkauft, während bei anderen der Prozentsatz des Zuschlags weit über den Durchschnitt hinausgeht. In den großen Wirtshausbetrieben, die hinsichtlich der Preisbildung mit dem Detailhandel auf gleicher Linie stehen, bringen die gewöhnlichen Fleischspeisen sehr wenig Gewinn, dieser wird hauptsächlich durch die Getränke, außerdem aber auch durch Früchte, bessere Gemüse, Käse und andere Beigaben aufgebracht. Waren, bei denen jeder einzelne Umsatz nur einen kleinen Betrag darstellt, erhalten prozentmäßig höhere Aufschläge, als hochwertige oder regelmäßig in größeren Mengen verkaufte. Bei gewissen Waren sind feste Preise für die Verkaufseinheit üblich, und die Preisänderungen zeigen sich dann in der Veränderung des Gewichtes dieser Einheit; so in Deutschland meistens bei Brot. Vielfach und namentlich in England sind nicht nur in den großen Basaren, sondern auch in anderen Läden für Kurzwaren aller Art abgestufte runde Preise, wie Sixpence, 1 Schilling, $1\frac{1}{2}$ Schilling usw. üblich und die Fabrikation muß dann so eingerichtet werden, daß die Waren im Kleinverkehr mit genügendem Nutzen zu solchen Preisen verkauft werden können. Man darf annehmen, daß die Detailpreise der Waren, die nicht für den täglichen

Verbrauch bestimmt sind, in den kleineren Läden insgesamt für Geschäftskosten und Gewinn einen Aufschlag von etwa 40 bis 50 Prozent des Einkaufspreises enthalten, der sich aber, wie schon bemerkt, auf die einzelnen Warenarten nach verschiedenen Sätzen verteilt. In den Großbetrieben ist der durchschnittliche Aufschlag geringer, jedoch immer noch 30 bis 35 Prozent; wenn sie billiger verkaufen können, so verdanken sie dies hauptsächlich der ihnen gebotenen Möglichkeit, rascher umzusetzen und ihre in großem Maßstabe gehaltenen Einkäufe zu günstigeren Bedingungen abzuschließen.

Bei den Nahrungs- und Genußmitteln und anderen Gegenständen des täglichen Verbrauchs ist der Aufschlag erheblich geringer, als bei den Gebrauchsartikeln, an denen jeder Käufer nur von Zeit zu Zeit und oft nur mit langen Zwischenpausen Bedarf hat. Im übrigen folgen die Detailpreise der gewöhnlichen Nahrungsmittel sehr rasch den Großhandels- oder Materialpreisen, wenn diese in die Höhe gehen, dagegen werden sie nur sehr langsam und oft nur teilweise oder gar nicht herabgesetzt, wenn sich im Großverkehr die umgekehrte Bewegung zeigt. Daher bewirken neu eingeführte Verbrauchssteuern auf Nahrungsmittel, z. B. auf Fleisch, immer eine Verteuerung derselben, wenn ihre Wirkung sich auf ein beschränktes Verkehrsgebiet, wie eine Stadt, konzentriert. Die Aufhebung solcher Abgaben aber, die meistens für die im Kleinverkehr üblichen Verkaufsmengen nur einige Pfennige ausmachen, übt auf die Detailpreise keine merkliche Wirkung aus. Bäcker oder Fleischer bilden eine stillschweigende Koalition zur Aufrechterhaltung der früheren Preise. Einen ungewöhnlichen Gewinn erlangen sie dadurch aber nur vorübergehend, denn es treten bald neue Mitbewerber auf, die aber die Preise nicht herabdrücken, sondern einen Anteil an dem durch den Steuernachlaß erhöhten Gesamtgewinn der betreffenden Gewerbtreibenden erhalten. Überhaupt macht sich die Konkurrenz im Detailverkehr hauptsächlich durch Vermehrung der gleichartigen und auf die gleiche soziale Schicht der Kundschaft berechneten Geschäftsbetriebe geltend. Der Kreis der Abnehmer ist naturgemäß lokal beschränkt und nimmt im allgemeinen nur langsam mit der Bevölkerung zu. Dagegen wächst die Zahl der Mitbewerber in weit stärkerem Verhältnis, wenn auch fortwährend viele von ihnen sich genötigt sehen, den verfehlten Versuch mit Verlust für sich und ihre Lieferanten wieder aufzugeben. Während die Bevölkerung in Deutschland sich von 1882 bis 1895 um 15 Prozent vermehrte, stieg die Zahl der Warenhandelsbetriebe mit 1 bis 50 Beschäftigten – unter denen die Detailgeschäfte die weitüberragende Mehrzahl bilden – um 67 Prozent. Im Manufakturwarenhandel betrug die Zunahme der Betriebe mit 1 bis 5 Personen 43 Prozent, die der Betriebe mit 6 bis 50 Personen 80 Prozent und im Kurzwarenhandel stellten sich diese Prozentzahlen auf bzw. 70 und 100. Nur die im allgemeinen durchaus minderwertigen „Alleinbetriebe“, in denen gar keine Hilfspersonen beschäftigt sind, hatten in geringerem Verhältnis als die Bevölkerung, näm-

lich um 11 Prozent zugenommen. Die angeführten Zahlen lassen übrigens erkennen, daß der Konkurrenzdruck auf die kleineren Geschäfte hauptsächlich nicht von den großen Warenhäusern, sondern von den mit relativ größerer Gehilfenzahl und größerem Kapital arbeitenden, aber noch zum Mittelstande gehörenden Betrieben ausgeht. Dazu kommt aber noch die übermäßige Vermehrung der kleinen Betriebe selbst. Stets wenden sich viele Leute ohne genügende Vorbildung und mit unzulänglichem Kapital dem Ladenbetrieb zu, der ihnen das bequemste Unterkommen zu bieten scheint und durch die Leichtigkeit, mit der im Großhandel Waren auf Kredit geliefert werden, wird dieser Zudrang wesentlich gefördert. Das Publikum hat von der Überfüllung des Detailhandels keinen Vorteil, denn die Preise werden dadurch nicht erniedrigt, vielmehr ist jeder Mitbewerber wegen der Beschränkung des Absatzgebietes genötigt, seine Preise möglichst hoch zu halten. Vom volkswirtschaftlichen Standpunkte kann man aber nicht umhin, die Vergütung, die der Detailhandel für seine Leistungen erhebt, so hoch zu finden, daß eine Verminderung derselben, namentlich im Interesse der weniger bemittelten Klassen, sehr zu wünschen wäre. Für die Zukunft dürfte eine Besserung des jetzigen unbefriedigenden Zustandes durch weitere Entwicklung des Großbetriebes und der Konsumvereine sich allmählich anbahnen, ohne daß der wirklich leistungsfähige Mittelstand des Gewerbes dadurch verdrängt wird. Die Beseitigung unnützer Winkelbetriebe aber würde in jeder Beziehung ein Gewinn sein.

Nicht nur in der Zunftzeit, sondern auch noch später waren obrigkeitliche Preistaxen sehr verbreitet. In Frankreich steht noch immer das Gesetz von 1791 in Kraft, nach dem die Gemeindebehörden befugt sind, behördliche Taxen für Fleisch und Brot aufzustellen, doch wird gegenwärtig davon kein Gebrauch mehr gemacht. In Paris wurde die Fleischtaxe 1858, die Brottaxe 1863 aufgehoben. In Deutschland sind nach der Gewerbeordnung von 1869 eigentliche Preistaxen für Waren nicht mehr zulässig, mit Ausnahme der Arzneien, deren Preisbildung mit Rücksicht auf die besondere Stellung des Apothekerberufs nicht der freien Konkurrenz überlassen werden kann. Im allgemeinen sind aber solche direkte staatliche Eingriffe in die Preisbildung mit dem bestehenden geldwirtschaftlichen System nicht vereinbar. In beträchtlichem Umfange jedoch gibt es noch indirekte Einwirkungen auf die Preise gewisser Waren durch Zölle und innere Verbrauchssteuern, deren Beurteilung indes der Volkswirtschaftspolitik zusteht und daher hier nicht am Platze ist.

Allgemeines über die Preisbildung.

Als allgemeine Sätze über die Preisbildung und Preisbewegung kann man etwa folgende aufstellen. Der Gesamtpreis aller in der Einkommensperiode endgültig abgesetzten Konsumtionsgüter wird durch den für die Konsumtion verwendeten Teil des Volkseinkommens, der Gesamtpreis der Kapitalgüter aber, zu denen auch alle Vorprodukte der Konsumtionsgüter gehören, wird durch den die Nachfrage nach diesen Gütern unterhaltenden Teil des gesamten Geldkapitals bestimmt. Diese beiden Wertgesamtheiten

sind aber nicht unabhängig voneinander, denn in letzter Instanz müssen die Preise aller Kapitalgüter durch die der fertigen Konsumtionsgüter mit gedeckt werden. Diese Forderung wird aber im freien Verkehr nur mit einem beträchtlichen Spielraum der Ungenauigkeit erfüllt, woraus sich die Unregelmäßigkeiten der Preisbildung ergeben. Auf jeder Produktionsstufe sucht jeder Verkäufer einen Preis zu erlangen, der seine Produktionsausgaben ersetzt und ihm darüber hinaus einen möglichst hohen Gewinn bringt. Die Gesamtgröße des Kapitalgewinns ist abhängig von dem Verhältnis der Verteilung des Produktionsertrags zwischen Kapital und Arbeit. Für die einzelnen Unternehmungen ergeben sich jedoch sehr verschiedene Kapitalgewinnsätze, denn in jedem Produktionszweig steht jedes Unternehmen unter besonderen Bedingungen, so daß der Gewinn sich fortwährend zu gleicher Zeit von einem Höchstbetrage bis auf Null abstufen kann und einzelne Unternehmungen sogar mit Verlust abschließen. Indes zeigt sich bei Betrachtung einer großen Zahl von Unternehmungen eine gewisse Tendenz der Gewinnsätze, sich in der Nähe eines mittleren oder durchschnittlichen Satzes dichter anzuhäufen, so daß die Abweichungen von diesem Mittel nach beiden Seiten um so seltener werden, je größer sie sind. Manche aber erlangen auf Grund dauernder Vorzugsstellungen regelmäßig außergewöhnlich hohe Gewinne. Der einzelne Produzent kann auf dem großen Markte den Preis nicht merklich beeinflussen, er muß einfach den Kapitalgewinn hinnehmen, den der aus dem Massenverhältnis von Angebot und Nachfrage hervorgehende Preis für ihn abwirft. Größeren Einfluß können Vereinigungen von Produzenten, die über einen beträchtlichen Bruchteil der Gesamterzeugung verfügen, auf die Preisbildung ausüben, doch zeigen diese Verbände beim Wechsel der Konjunkturen keineswegs immer die erwartete Widerstandskraft.

Bei den wirklichen Monopolprodukten, die aber in der Volkswirtschaft nur eine untergeordnete Rolle spielen, enthält der Preis einen außergewöhnlichen Aufschlag, den der Monopolinhaber so hoch emportreibt, bis ihm eine weitere Preissteigerung keinen Gewinnzuwachs mehr bringt.

Preis und Grundrente.

Alle in Privateigentum stehenden Grundstücke haben in einem voll besiedelten Lande auch einen Kapitalvermögenswert, der um so höher geschätzt wird, je mehr die betreffenden Grundstücke durch ihre natürliche Beschaffenheit oder ihre Verkehrslage bevorzugt sind. Denn der Eigentümer eines Grundstückes kann unter solchen Umständen ebenso einen Anteil an dem mittelst desselben gewonnenen Produktionsertrage in Anspruch nehmen, wie der Besitzer irgendeines anderen Produktionsmittels, z. B. einer Fabrik. Dieser lediglich aus dem Besitz des Grundstücks in seiner Eigenschaft als Naturfaktor abgeleitete Ertragsanteil ist die Grundrente. Handelt es sich um ein verpachtetes Landgut, so bildet die Grundrente einen Teil des Pachtzinses. Für den Pächter macht sie einen Teil seiner privaten Produktionskosten aus; ob er Ersatz dafür erhält, hängt von dem Marktpreise seiner Erzeugnisse ab, auf den er keinen Einfluß hat und

der für Getreide durch den Weltverkehr bedingt ist. Deckt der Preis die Grundrente nicht, so kann der Pächter nicht bestehen und der Pachtzins muß, wenn nicht für ihn, so doch für seinen Nachfolger herabgesetzt werden, wodurch also auch die Grundrente vermindert wird. Anderseits steigt diese automatisch, wenn sich der Preis der Bodenprodukte auf den großen Märkten infolge der Zunahme der Bevölkerung oder der Verbesserung der allgemeinen Lebenshaltung dauernd erhöht. Daher der Ricardosche Satz, daß die Grundrente kein Bestandteil des Preises sei, d. h. daß sie die Höhe des Preises der Produkte nicht mit bestimme, sondern daß sie ihrerseits durch die Preishöhe bestimmt werde. Diesem Satz liegt die abstrakte Voraussetzung zugrunde, daß der Gewinn des Kapitals im engeren Sinne, also mit Ausschluß des Bodenkapitals, eine prozentmäßig feste Größe sei, daß der Unternehmer immer vorab diesen Gewinn bezieht und dann der Rest des Reinertrages als Grundrente verbleibe. In Wirklichkeit aber gibt es ja für die einzelnen Unternehmungen gar keinen festen Kapitalgewinnsatz und der tatsächlich erzielte Gewinn kann nicht nach verschiedenem Maßstabe auf einzelne Bestandteile des Erwerbsvermögens, sondern nur gleichmäßig auf das ganze bezogen werden, das die Grundstücke mit umfaßt. Wenn eine Fabrik statt wie früher 10 nur noch 4 Prozent Gewinn bringt, so trifft die Einbuße im gleichem Verhältnis den Ertrag des durch Gebäude, Maschinen, Vorräte, wie des durch Grundstücke dargestellten Kapitals. Bei dem Pachtsystem allerdings, wie Ricardo es im Auge hatte, ist die Pachtrente ein bestimmt hervortretender und zugleich der bei dauernd ungünstigen landwirtschaftlichen Zuständen am meisten gefährdete Teil des gesammten Reinertrags. Die Rente wird herabgedrückt, um den Gewinn des Pächters aus seinem eigenen Kapital so weit wie möglich aufrechtzuerhalten. Bei eigener Bewirtschaftung des Gutes kann der Besitzer natürlich ebenfalls das nach seinem Ankaufspreise geschätzte Bodenkapital von seinem übrigen Kapitalvermögen rechnungsmäßig trennen und den etwaigen Minderertrag des letzteren dem ersteren zur Last schreiben, woraus sich dann eine schlechtere Verzinsung des Bodenkapitals ergibt. Aber dieses Verfahren ist ein rein formales, in Wirklichkeit ist infolge des gesunkenen Preises der Produkte der Gewinn aus dem ganzen bewirtschafteten Erwerbsvermögen zurückgegangen. Die relative Seltenheit der besseren Qualitäten des nutzbaren Bodens in den alten Ländern kann den Rückgang der Weltmarktpreise der Produkte nicht verhindern, solange die Produktion in den neuen Ländern tatsächlich noch beliebig ausgedehnt werden kann. Und diese Ausdehnung kann überall auf Boden von verschiedener Qualität, mit größerer oder geringerer Bevorzugung, stattfinden, solange dadurch überhaupt noch ein Gewinn erzielt wird. Ein unmittelbarer und wesentlicher Einfluß auf den Preis bestimmter Produkte kann nur von den Besitzern solcher Grundstücke ausgeübt werden, die, wie vorzügliche Weinberge, ein eigentliches Monopolerzeugnis liefern, das fortwährend große Nachfrage findet. In einer fernen

Zukunft allerdings wird bei immer mehr wachsender Bevölkerung vielleicht der gesamte Grundbesitz einen mehr und mehr monopolistischen Charakter erhalten, sein Kapitalwert wird infolge zunehmender Seltenheit des nutzbaren Bodens immer höher steigen, die Eigentümer werden einen entsprechend höheren Gewinnanteil in Anspruch nehmen und diesen Anspruch durch Erhöhung der Preise der Produkte auch durchsetzen, weil neue Konkurrenz, die den Gewinn des produzierten und vermehrbaren Kapitals immer in Schranken hält, schließlich für das Bodenkapital nicht mehr auftreten kann. Dann wird also die Grundrente als aktiver Faktor der Preisbildung mitwirken. Im übrigen werden wir uns mit der Grundrente, die wir hier nur in ihrer Beziehung zur Preisbildung betrachtet haben, in einem folgenden Abschnitt noch näher zu beschäftigen haben.

Bergwerks- und Industrie-erzeugnisse.

Bei den Bergwerken kann man ebenfalls insofern von einer Grundrente sprechen, als diejenigen, die einen sehr reichlichen und leicht abbaufähigen von der Natur gegebenen Bestand an Kohlen oder Erzen besitzen, einen ungewöhnlich reichen Gewinn ergeben und rechnungsmäßig nichts im Wege steht, den Überschuß über den als durchschnittlichen oder normal angenommenen Kapitalgewinn als eine Vorzugsrente auszuscheiden. Die Höhe dieser Rente hängt, wie der gesamte Kapitalgewinn vom Preise der Produkte ab. Aber auch abgesehen von dem Falle des Monopols sind die besonders reichlich ausgestatteten großen Bergwerke, wie schon bemerkt, wenn nicht vereinzelt, so doch in einer Vereinigung zu mehreren, imstande, eine sehr erhebliche Einwirkung auf die Preisbildung selbst auszuüben, namentlich einen drohenden Rückgang zu verhindern oder zu mildern.

In den zur Aufrechterhaltung der Preise geschlossenen Vereinigungen befinden sich auch immer Werke mit geringerer natürlicher Begünstigung, die sich keine Vorzugsrente herausrechnen können. Allen ist eine bestimmte Beteiligung zuerkannt, und die Produktion bewegt sich bei allen trotz der Verschiedenheit der Gewinnsätze je nach den Konjunkturen aufwärts oder abwärts.

Bei den industriellen Unternehmungen stellt sich der Kapitalgewinn ebenfalls in einer langen Stufenfolge bis zu einem oft außerordentlich hohen Satze dar. Rein theoretisch kann man natürlich wieder für ihren meistens wenig ausgedehnten Grundbesitz eine besondere Rente ausscheiden, die aber in weit höherem Grade veränderlich sein wird, als die auf den landwirtschaftlichen Bodenwert bezogene Grundrente. Sie hängt eben, wie der gesamte Kapitalgewinn, durchaus von wechselnden Konjunkturen ab und kann für sich selbstverständlich nicht auf den Preis des Erzeugnisses einwirken, sondern wird ihrerseits durch diesen bestimmt. Nur bei starker Konzentrierung der Produktion in einer verhältnismäßig kleinen Zahl großer Betriebe können die höheren Gewinne durch Vereinigungen einigermaßen vor größeren Schwankungen nach unten geschützt werden.

In Zeiten günstiger Entwicklung der Volkswirtschaft zeigt sich in der Regel bei Industrie- wie bei den Bergwerkserzeugnissen eine gleichzeitige aufsteigende Bewegung sowohl der Produktion wie der Preise, und zwar nicht deswegen, weil neue Unternehmungen mit höheren Produktionskosten hinzutreten, sondern hauptsächlich, weil die Produktion der vorhandenen Betriebe auf allen Stufen, namentlich aber den leistungsfähigsten, sich ausdehnt, aber nicht so rasch, als es die dringende Nachfrage verlangt. Hat sie sich aber der günstigen Konjunktur entsprechend erweitert, so ist diese nicht selten bereits verschwunden und die gesteigerte Konkurrenz bringt die Preise zum Sinken, während die Produktion sich wieder zusammenzieht. Bei Massengütern von so fundamentaler Wichtigkeit, wie Kohlen und Eisen, kommt allerdings eine absolute Abnahme der Produktion nur in Zeiten schwerer Depression nach ernstlichen Krisen vor. Für die Unternehmungen aber entsteht auch schon durch eine relative Abnahme eine preisdrückende Wirkung, wenn sie nämlich nach dem Rückschlag nicht mehr imstande sind, ihre Produktion in der Ausdehnung aufrecht zu erhalten, die ihren Erweiterungsanlagen entspricht.

Überblicken wir beispielsweise die Gestaltung der Roheisenproduktion im Deutschen Reiche in den Jahren 1876 bis 1907, so zeigt sich, daß die Preiserhöhungen stets mit der Zunahme der produzierten Mengen zusammengingen. Eine Verminderung der Menge bei herabgesetzten Preisen kam in geringem Maße in den Jahren 1886 und 1891, in bedeutendem Betrage aber in dem kritischen Jahre 1901 vor. Die Nachwirkung dieser Krisis machte sich auch noch in den Preisen von 1902 bemerkbar. Noch größer war bei sinkenden Preisen der Rückgang der Produktion nach dem Umschwung von 1907. In der folgenden Tabelle sind die Wendepunkte der Preisbewegung des besten deutschen Gießereieisens (mit der die Preise der übrigen Sorten immer ziemlich parallel gehen) und daneben die gesamte Jahresproduktion an Roheisen angegeben.

Jahr	Produktion (t) (Roheisen)	Preis (M. f. 1 t) (Gießereieisen)
1880 . . .	2 729 000	87,1
1886 . . .	3 529 000	51,9
1890 . . .	4 658 000	83,6
1893 . . .	4 986 000	62,0
1899 . . .	8 143 000	81,6
1900 . . .	8 521 000	101,4
1901 . . .	7 880 000	76,9
1902 . . .	8 530 000	65,2
1907 . . .	13 046 000	84,3
1908 . . .	11 814 000	74,7

Die Kohlenproduktion ist in Deutschland im Jahre 1908 trotz der wirtschaftlichen Depression nicht vermindert worden, wenn sich auch die Vorräte, namentlich von Koks, in unerwünschter Weise anhäuften. Das

Kohlensyndikat hat auch die Preise während des ganzen Jahres aufrechterhalten und erst vom 1. April 1909 ab eine mäßige Herabsetzung bewilligt.

Funktionen des Geldes.

VIII. Das Geld. Der Preis wird in einer Geldeinheit ausgedrückt, die als äußeres Maß des Tauschwertes dient. Der Verkäufer der Ware hat ihren Tauschwert „realisiert", indem er für sie eine Anzahl Geldeinheiten in irgendeiner Form eingetauscht hat. Hätte er statt des Geldes ein anderes Gut empfangen, so würde er dessen Tauschwert nur denjenigen gegenüber zur Geltung bringen können, die aus irgendeinem Grunde gerade dieses Gut zu erwerben wünschen. Das Geld aber, das er erhalten hat, besitzt einen abstrakten Tauschwert, den jeder andere Warenbesitzer anerkennt und als Gegenwert für seine Ware annimmt.

Betrachtet man die Geldeinheit auschließlich als Wertmaß, so sind die in Geld ausgedrückten Preise nur Relativzahlen, die das gegenseitige Verhältnis ihrer Tauschwerte ausdrücken. So werden vielfach im Verkehr mit den Negervölkern die Preise der Waren in Schilling oder Mark bezeichnet, aber nicht mit barem Geld, sondern nur mit Waren bezahlt, deren Tauschwert ebenfalls nach diesen Einheiten verhältnismäßig geschätzt wird. Soll aber der Güteraustausch in die getrennt und unabhängig voneinander bestehenden Operationen des Verkaufs und des Kaufs gegen Geld aufgelöst werden, wie es das Wesen der Geldwirtschaft erfordert, so muß das Geld als Träger des abstrakten Tauschwertes in irgendeiner Form für sich darstellbar und verwendbar sein und so erscheint es als das allgemein anerkannte Tausch- oder Umlaufsmittel. In dieser Eigenschaft ist es zugleich das allgemeine abstrakte Wertäquivalent; der Verkäufer hat es als abstrakten Gegenwert für seine Ware erhalten und kann es nun nach Belieben aufbewahren, auf andere übertragen oder zur Betätigung von Kaufkraft verwenden.

Ferner aber gibt es zu jeder Zeit in der modernen Volkswirtschaft auf Geld lautende Zahlungsverbindlichkeiten, die auf sehr mannigfaltige Art entstehen, durch Stundung von Kaufpreisen, durch Darlehen, durch Schadenersatzpflichten, durch Anforderungen des Staates usw. Ohne Zustimmung der Berechtigten kann nichts anderes als Geld in Zahlung gegeben werden und demnach hat das Geld auch die Funktion als allgemeines Zahlungsmittel, als Lösungsmittel für alle Schuldverhältnisse zu dienen. Auch hat der Staat gewissen Geldarten ausdrücklich die Eigenschaft als ausschließlich und unbeschränkt berechtigte gesetzliche Zahlungsmittel zugesprochen. Diese bilden das sogenannte Währungsgeld.

Die Münzen.

Die selbständige Darstellung der Geldeinheit kann auf verschiedene Arten stattfinden. Die ursprüngliche und einfachste ist ihre materielle Verkörperung durch eine gewisse Menge einer bestimmten Ware, die ihres Gebrauchswertes wegen allgemein geschätzt wird und leicht Verwertung findet. Mancherlei Waren sind bekanntlich auf niederen Wirtschaftsstufen

als Vermittlungsgüter dieser Art benutzt worden. In Vorderasien erlangten aber schon vor mehreren Jahrtausenden die Edelmetalle Gold und Silber in dieser Hinsicht eine bevorzugte Stellung. Sie erhielten ursprünglich im Verkehr einen hohen Tauschwert als Luxusstoffe ähnlich wie Edelsteine und Perlen. Von diesen aber unterscheiden sie sich wesentlich dadurch, daß jedes Stück in beliebig viele Teile zerlegt werden kann, von denen jedes einen seinem Gewicht genau proportionalen Wert hat. So konnten durch kleine Gewichtsmengen dieser Metalle allgemein anerkannte Äquivalente für beliebige andere Tauschwerte dargestellt werden und daher erwiesen sie sich als besonders geeignet, sowohl zur Wertmessung wie auch zur Tauschvermittlung zu dienen. Lange Zeit stand dabei aber ihre Wareneigenschaft noch im Vordergrund: sie kamen in Gestalt von kleinen Barren und Ringen in den Verkehr, und deren Metallgehalt wurde bei jedem Geschäft durch die Wage genau bestimmt. Die Phönizier als geriebene Handelsleute haben — wie die Chinesen bis zur Gegenwart — diese „pensatorischen Zahlungsmittel", wie Knapp sie nennt, noch lange beibehalten, als sich sonst bereits eine besondere Form der metallischen Tauschmittel eingebürgert hatte. Seit dem 7. Jahrhundert v. Chr. wurden nämlich zuerst in den griechischen Stadtstaaten Kleinasiens und in Lydien Stücke Gold von bestimmtem Gewicht und Feingehalt von Staats wegen ausdrücklich für die Tauschvermittlung bestimmt und durch Prägung zu Münzen geformt, womit zugleich eine staatliche Garantie für den inneren Gehalt dieser Stücke gegeben sein sollte. Diese durch staatliche Prägung für die Geldfunktion ausersehenen Gold- und Silberstücke stellen nun das Metallgeld dar, als vollkommenes Geld aber werden sie nur dann angesehen, wenn die staatliche Garantie sich nicht einfach auf die Einhaltung des gesetzlich vorgeschriebenen Gewichts und der gesetzlichen Feinheit bezieht, sondern auch die möglichst genaue Gleichheit des Nominalwertes und des inneren Metallwertes der Münzen sichert, so daß die eingeschmolzene Münze als Barrenmetall denselben Wert hat, wie vorher. Eine Abweichung nach unten ist nur so weit zulässig, als das Gesetz mit Rücksicht auf die technische Schwierigkeit der Herstellung der Münzen einen kleinen Spielraum nach oben und unten, das sogenannte „Remedium", sowohl in dem Gewicht als auch in dem reinen Edelmetallgehalt der einzelnen Stücke gestattet. Auch wird aus praktischen Rücksichten vom Gesetze zugestanden, daß die Münzen bis zu einem gewissen geringen Grade der Abnutzung noch ihre Umlaufsfähigkeit behalten. Sind sie aber unter das „Passiergewicht" gesunken, so müssen sie nach den neueren Münzgesetzgebungen auf Kosten des Staates zu ihrem Nominalwert eingezogen werden.

Münzen und Barren.

Viele Staaten erheben für die Prägung des von Privaten eingelieferten Edelmetalls eine Gebühr, die gegenwärtig überall nur den wirklichen Fabrikationskosten entspricht, früher aber als sogenannter „Schlagschatz" finanziell ausgenützt wurde. Andere, wie England und die Vereinigten Staaten, übernehmen die Prägung unentgeltlich. Durch die

Erhebung einer Fabrikationsgebühr und im letzteren Fall durch den bis zur Auslieferung der Münzen entstehenden Zinsverlust kann zwischen dem Preise einer Gewichtsmenge Barrenmetall und dem Nominalwert einer Summe von Münzen mit demselben Gewicht eine Differenz zugunsten der letzteren hervortreten. Dies wird jedoch nur dann der Fall sein, wenn bei den Barrenbesitzern ein besonderes Bedürfnis nach Münzen als gesetzliches Zahlungsmittel besteht. Herrscht dagegen Nachfrage nach Edelmetall für die Ausfuhr, so bietet die Prägung keinen Vorteil, die Münzen gelten vielmehr dem Auslande gegenüber auch nur als Barren und diese können daher trotz der Prägungsgebühr dem gleichen Gewicht in Münzen vollständig gleichwertig werden, ja sogar noch höher im Preise steigen. Denn man kann schließlich die Münzen auch als Barren behandeln, indem man sie einschmilzt oder einfach nach ihrem Gewicht für die Ausfuhr verkauft. Sind dann viele dem Passiergewicht nahekommende Münzen im Umlauf, so wird ein Kilogramm in solchen Stücken einen höheren Nominalwert darstellen, als den gesetzlichen Bestimmungen entspricht und demnach eine Prämie für Barrenmetall entstehen, nicht nur in bezug auf den Münzpreis, sondern auch auf den Ausprägungswert desselben.

Der Wert des vollkommenen Metallgeldes, das wir hier zunächst allein ins Auge fassen, ist also immer sehr nahe gleich dem desselben Gewichts Barrenmetall. Wenn aber jede beliebige Quantität Edelmetall ohne weiteres unentgeltlich oder gegen eine nur die Kosten deckende Gebühr zu solchen Münzen ausgeprägt werden kann, so wird eben dadurch auch der Verkehrswert des Barrenmetalls sehr beeinflußt. Gegenwärtig besteht die „freie Prägung“ in den Kulturstaaten nur noch für das Gold; die Silbermünzen werden nur noch für Rechnung der Staaten zu einem ihren Metallwert übersteigenden Nominalwert geprägt und sind daher nicht mehr vollkommenes Metallgeld.

Wert des Goldes.

Es ist nun leicht ersichtlich, daß die Wertbestimmung des Goldes in seiner Eigenschaft als selbständiges Geldmetall von der der gewöhnlichen Waren durchaus verschieden ist. Das Gold wird allerdings auch jetzt noch in sehr bedeutendem Maße als Rohstoff für Schmucksachen, Geräte usw. verwendet und man schätzt seinen industriellen Verbrauch gegenwärtig auf mehr als 400 Mill. M. jährlich, aber die „monetäre Verwendung“ des Goldes ist nicht nur weit größer, sondern sie allein ist für seine Wertbildung entscheidend. Denn das neu produzierte Gold kann, wie groß auch seine Menge sein mag, jederzeit bei zahlreichen Münzstätten sofort mit gar keinen oder sehr geringfügigen Kosten in Geld verwandelt werden, was gleichbedeutend ist mit seinem Verkauf zu einem festen Preise. Anderseits aber kann man sich auch jederzeit durch Einschmelzen von Münzen, also ebenfalls zu einem festen Preise, Gold in beliebiger Menge als industriellen Rohstoff verschaffen. Hier zeigt sich ein erster großer Unterschied zwischen dem Geldmetall und den gewöhnlichen Waren: für das Gold gibt es nie eine Überfüllung des Marktes, einen Preisdruck durch Aufstauung

des Angebots, die Münzstätten bieten ihm stets ein sicheres Unterkommen und durch sie fließt es in Geldform auf einem gegebenen Wertniveau in den Verkehr.

Daraus folgt als besondere Eigentümlichkeit der Goldproduktion, daß sie stets gleichzeitig auf allen Stufen der Produktionsbedingungen von den höchst begünstigten bis zu den ungünstigsten, mit der größtmöglichen Anspannung betrieben wird. Daher kann von irgendeiner Taktik zu Regelung oder Beschränkung des Goldangebots nie die Rede sein; es hieße Geldkapital brach liegen lassen, wenn die Produzenten irgendwie erreichbares Gold nicht so schnell wie möglich zu heben suchten.

Daß das in entlegenen Wildnissen aus neu entdeckten Lagerstätten gewonnene Gold gegenüber den anfangs nur knapp vorhandenen Bedarfsgegenständen der Goldgräber an seinem gewöhnlichen Tauschwert eine bedeutende Einbuße erleidet, ist nur eine lokale und bald vorübergehende Erscheinung. Da niemand Rohgold als Zahlungsmittel anzunehmen brauchte, so stellte sich in Australien im ersten Jahre nach der Erschließung der reichen Alluviallager der Preis der Unze in Münzen oder Banknoten auf 60 Shill. und noch weniger. Aber schon im Jahre 1853, also noch vor der Eröffnung der Münzstätte zu Sidney (1855), war er auf 77 Shill. gestiegen.

Der wichtigste Unterschied in der Tauschwertbildung des Goldes und der gewöhnlichen Waren ist schon oben berührt worden: bei den letzteren kommt als Angebot nur die neue Produktion in Betracht, von dem Golde aber befindet sich stets ein seit Jahrhunderten angesammelter Vorrat als Geld im Verkehr, der den Jahresbetrag der laufenden Produktion vielleicht um das Zwanzigfache übersteigt. Daraus folgt zunächst, daß die Produktionskosten auf den Tauschwert des Goldes keinerlei positiv bestimmenden Einfluß haben. Das neue Gold findet seinen Tauschwert gegenüber den Waren fertig vor, soweit er sich in den Welthandelspreisen abspiegelt, und die einzelne Jahreszufuhr ist nie groß genug, um für sich auf diesen Wert im ganzen, abgesehen von lokalen Erscheinungen, eine merkliche Wirkung auszuüben. Die Produktion unter den ungünstigsten Bedingungen vollends ist verschwindend klein. Im vorigen Jahrhundert wurden im Elsaß am Oberrhein jährlich noch einige Kilogramm Gold gewaschen, wobei der Ertrag eines Arbeitstags sich auf 1½ Frcs. stellte. Die Goldwäscherei an chinesischen Flüssen soll sogar nur einen Tagesertrag von 30—40 Pf. einbringen. Diese Tatsachen besagen aber nichts weiter, als daß die Goldwäscherei bei dem gegebenen Tauschwert des Goldes, seiner Kaufkraft gegenüber den Lebensmitteln, so weit fortgetrieben wird, als sie noch den Erwerb des notdürftigen Lebensunterhalts ermöglicht. Der eigentliche Goldbergbau ist in den meisten amerikanischen, australischen und afrikanischen Minen verlustbringend gewesen, nur eine verhältnismäßig kleine Anzahl von Gruben hat große Gewinne und zugleich große Roherträge ergeben.

Wie aber im Verkehr jederzeit eine prinzipiell unbegrenzte Nachfrage nach Gold als Geld besteht, so schlägt diese anderseits auch sofort in ein ebenso großes Angebot um. Denn wer Gold als Geld für seine Waren empfangen hat, verwendet es entweder selbst zum Ankauf anderer Waren oder er überträgt es auf andere, die ihrerseits als Käufer auftreten. So wird das Verhältnis von Nachfrage und Angebot für das Gold gewissermaßen $= \infty/\infty$ und verliert alle Analogie mit dem entsprechenden Verhältnis bei den gewöhnlichen Waren.

Wert des Geldes.

Wie bestimmt sich nun aber tatsächlich der Wert des in Gold dargestellten Geldes und überhaupt der Wert der Geldeinheit gegenüber den Waren? Die relativen Preise der Waren und ihre fortwährenden Verschiebungen gegeneinander sind nur von den Produktions- und Marktbedingungen der Waren selbst abhängig; aber weshalb sind in einem gegebenen Augenblick 100 Mark gleichwertig mit bestimmten absoluten Mengen der einzelnen Waren? Bis zu einem gewissen Grade ist dieses Wertverhältnis das Ergebnis einer historischen Entwickelung, wie auch der vorhandene Goldvorrat der Kulturmenschheit einen Niederschlag aus dem ganzen geschichtlichen Verlauf des Wirtschaftslebens darstellt. Jedenfalls können wir die konkrete und absolute Höhe der Warenpreise nicht ursächlich erklären, wir müssen einfach von einem gegebenen allgemeinen Preisstande ausgehen und können dann versuchen, dessen Änderungen auf bestimmte Ursachen zurückzuführen. Da stets die ganze Geldmenge im Verkehr wirksam oder doch wirkungsbereit ist, so wird man von vornherein geneigt sein, dieser vorhandenen Menge bei allen Änderungen des Geldwertes, d. h. des Wertes der Geldeinheit gegenüber den Waren, eine entscheidende Bedeutung zuzuerkennen. Jedoch müssen offenbar auch noch andere Umstände in Betracht gezogen werden, vor allem die Veränderung der Gesamtmenge der in einem bestimmten Zeitraum, etwa einem Jahr, umgesetzten Warenmenge und der Ersatz des baren Geldes als Umlaufsmittel durch besondere Verkehrseinrichtungen. Erfahrungsmäßig tritt die Einwirkung der Vermehrung der Menge des Metallgeldes auf den Wert desselben und den des entsprechenden Edelmetalls am deutlichsten in der sogenannten Preisrevolution des 16. Jahrhunderts hervor. Vor allem durch den mächtigen Silberzufluß aus Amerika wurde damals der Edelmetallvorrat Europas mindestens auf das Dreifache des Anfangsbestandes erhöht und in ungefähr eben diesem Verhältnis waren die Warenpreise vom Anfang bis zum Ende des Jahrhunderts gestiegen. Die übrigen, den Geldwert beeinflussenden Umstände haben sich eben in dieser Periode bei weitem nicht in solchem Maße geändert, wie es in der neueren Zeit geschehen ist; die Technik der Warenproduktion, die Transportmittel, die Verwendung von Geldersatzmitteln hatten sich nur wenig über den alten Stand hinaus entwickelt, und so kam die Wirkung der Geldvermehrung ziemlich isoliert zur Erscheinung. Nach der großen Steigerung der Goldproduktion seit 1848 schien sich in den fünfziger und sechziger Jahren ebenfalls eine gewisse

Wertverminderung des Geldes bemerkbar zu machen, später aber und bis zur Gegenwart war eine solche nicht mehr nachweisbar, obwohl die Produktion seit den neunziger Jahren eine ganz kolossale Ausdehnung genommen hat. Es hat sich eben in diesem Zeitraum eine ebenso enorme Entwickelung der ganzen Weltwirtschaft vollzogen. Die Wertbildung des Geldes stellt sich demnach als ein höchst verwickelter Prozeß dar, den wir noch näher zu untersuchen haben werden.

Geldfunktion und Geldwert.

Häufig wird die Meinung geäußert, ein Geldmetall habe eben durch seine Verwendung zur Geldfunktion einen höheren Wert erhalten. Diese Ansicht ist jedoch nur in einem gewissen, besonders bestimmten Sinne zutreffend. An sich wird durch die Erweiterung des Gebrauchswertes eines Gutes sein Tauschwert nicht erhöht; es kommt ganz darauf an, in welchem Maße das Angebot der gesteigerten Nachfrage folgt. Der Preis des Eisens ist heute bei weitem nicht so hoch, wie in den zwanziger Jahren des vorigen Jahrhunderts, obwohl die Verwendung von Eisen seit dem Beginn des Zeitalters der Eisenbahnen eine enorme Ausdehnung erfahren hat. Von dem Golde aber kann man mit Sicherheit nur sagen, daß sein Wert gegen die Waren infolge seiner Eigenschaft als Geldmetall stets außerordentlich viel stabiler gewesen ist, als wenn es lediglich als Rohstoff für die Industrie in den Verkehr gekommen wäre. Der Goldwert würde im letzteren Falle je nach den Produktionsverhältnissen sehr große Schwankungen gezeigt haben und vielleicht auch zeitweise über die sanft geneigte Wertkurve des Geldmetalls hinausgegangen sein. Die Preisbildung des nur als Industriestoff dienenden Goldes würde, wie die der gewöhnlichen Waren, wesentlich von der laufenden Produktion abgehangen haben, denn von den einmal in die Hände des Publikums gelangten Schmucksachen und Geräten kommt nur ein verhältnismäßig kleiner Teil wieder als Rohmaterial auf den Markt, zumal dann der oft sehr hohe Wert der Form verloren geht. Die Produktion würde nach einer gewissen Taktik den Marktverhältnissen gemäß geregelt worden und bei neuen Aufschlüssen sehr ergiebiger Fundstätten wahrscheinlich hinter der tatsächlich vorgekommenen zurückgeblieben sein. Dagegen ist es recht gut denkbar, daß in Zeiten, in denen der Ertrag der bekannten Fundstätten sehr gering war, allein durch die Nachfrage nach goldenen Luxusgegenständen der Preis sogar über den erfahrungsmäßigen Goldwert emporgetrieben wäre, da unter unseren Voraussetzungen die Möglichkeit, Barrengold aus einem Münzvorrat zu beschaffen, nicht bestanden hätte. In den Jahren 1811 bis 1820 war die gesamte Goldproduktion auf durchschnittlich 11400 Kilo gesunken, in unserer Zeit aber werden jährlich mindestens 150000 Kilo für die Industrie in Anspruch genommen. Wenn also jemals die Neugewinnung von Gold wieder auf jenes Minimum fallen sollte, wenn die Goldwährung wieder durch Silberwährung ersetzt und auch kein Münzvorrat in Gold mehr vorhanden wäre, so würde bei dem enormen Luxusbedarf an Gold dessen Preis — in Silber — wohl sicher eine bisher nie dagewesene Höhe erreichen. Zunächst aber würde eine

„Demonetisierung“ des Goldes einen gewaltigen Preissturz desselben verursachen, da die jetzige Jahresproduktion von 600000 Kilo vielleicht höchstens zu einem Drittel ihres jetzigen Wertes bei der Industrie unterzubringen wäre. Die Goldproduktion dürfte indes in 30 bis 40 Jahren definitiv ihren Höhepunkt überschritten haben, und wie weit sie dann zurückgehen kann, entzieht sich jeder Voraussicht.

Veränderungen des Silberwerts.

An dem Silber sind bekanntlich die hier angedeuteten Erfahrungen wirklich gemacht worden. Bis zum Anfang der siebziger Jahre des vorigen Jahrhunderts war das Silber in allen Staaten mit Ausnahme Englands und tatsächlich, wenn auch nicht gesetzlich, der Vereinigten Staaten als ein dem Golde vollkommen gleichberechtigtes Geldmetall anerkannt. Die deutschen und die skandinavischen Staaten, Holland und innerhalb des britischen Weltreichs Ostindien, prinzipiell auch Österreich-Ungarn und Rußland hatten Silberwährung, d. h. ihre mit voller gesetzlicher Zahlungskraft ausgestatteten Münzen wurden ausschließlich aus Silber geprägt, Frankreich und die übrigen Staaten des Frankensystems hatten Doppelwährung, d. h. es konnten Währungsmünzen sowohl aus Silber wie aus Gold in beliebiger Menge gegen eine geringe Gebühr geprägt werden, wobei für diese Metalle das gesetzliche Währungsverhältnis $1 : 15\frac{1}{2}$ zugrunde gelegt wurde. Dieses Wertverhältnis entsprach dem Londoner Silberpreise von $60\frac{13}{16}$ Pence für die Unze Standardsilber (von $\frac{37}{40}$ Feinheit) und tatsächlich hat der Londoner Preis siebzig Jahre hindurch sich nie weit von diesem Satz entfernt, sondern nur zwischen 58 und $62\frac{1}{4}$ Pence geschwankt. Dann aber gab die deutsche Münzreform den Anstoß zu einer mehr und mehr fortschreitenden Verdrängung des Silbers aus seiner Stellung als Währungsmetall. Deutschland und die skandinavischen Staaten stellten die Silberprägungen ein und verkauften einen bedeutenden Teil ihrer eingeschmolzenen alten Münzen als Barrensilber, ebenso verschloß Holland dem Silber seine Münzstätte. Frankreich und die übrigen Staaten des „lateinischen Münzbundes“ (Belgien, die Schweiz, Italien und Griechenland) schränkten ihre Silberprägung seit 1874 stark ein und hoben sie einige Jahre später für die Währungsmünzen (Fünffrankenstücke) ganz auf. Die Folge dieser Maßregeln in Verbindung mit der gleichzeitigen bedeutenden Steigerung der Silberproduktion war eine bis dahin unerhörte Entwertung dieses Metalls. Hätte die Mehrproduktion eine ebenso leichte und sichere Aufnahme bei den Münzstätten gefunden, wie bei den früheren Währungsverhältnissen, so würde sie wenigstens in dem nächsten Jahrzehnte nicht stärker auf den Silberpreis gedrückt haben, als einst die kalifornische und australische Produktion auf den Goldwert. Denn diese findet sich zum größten Teil in den sechs Milliarden Francs wieder, die in den Jahren 1850 bis 1870 allein in Frankreich in Gold geprägt worden sind, und eben deshalb sank das Wertverhältnis des Goldes zum Silber in dieser Periode niemals um mehr als 3 Prozent unter das für die Doppelwährung gesetzlich angenommene. Aber ein solcher „Fallschirm“ fehlte jetzt dem Silber, die freie Prägung wurde ihm in den

meisten Staaten versagt, die Versuche aber, den Silberwert auf andere Weise zu heben, blieben erfolglos. So namentlich die beschränkte Wiederaufnahme der Silberprägungen in den Vereinigten Staaten auf Grund der sogenannten Bland Bill (1878) und der Aufkauf von monatlich $4^1/_2$ Millionen Unzen Barrensilber nach der Sherman Akte (1890). Auch diese letztere Maßregel konnte nicht verhindern, daß der Silberpreis immer näher an 40 Pence heranrückte. Den gewaltigsten Stoß aber erhielt er, als im Juni 1893 sich auch die indischen Münzstätten dem Silber verschlossen, dem sie bis dahin noch als beste Zuflucht gedient hatten. Als dann bald nachher auch die Sherman Akte aufgehoben wurde, sank der Preis im März 1894 auf 27 Pence und nach mehrfachen Schwankungen erreichte er im November 1902 als tiefsten Punkt $21^{11}/_{16}$. In den folgenden Jahren ging er wieder allmählich in die Höhe bis $33^1/_8$ im Jahre 1906, um dann aber rasch wieder auf 23 bis 24 Pence zu sinken. Es gibt jetzt in keinem Staate mehr freie Silberprägung, selbst nicht in dem spezifischen Silberlande Mexiko. Auch in China, wo jetzt kaiserliche Silbermünzen an die Stelle der Silberbarrenwährung treten sollen, wird die Prägung der Regierung vorbehalten. Im ganzen ist bisher auf der Erde noch immer eine sehr große Summe in Silbermünzen geprägt worden, jährlich 600—700 Millionen Mark dem Nominalwert nach, aber dieser Nominalwert ist durch die Beschränkung der Prägung, die nur noch für staatliche Rechnung zugelassen ist, bedeutend über den Metallwert der Münzen erhöht. In Britisch-Indien haben die Silberprägungen seit 1901 wieder einen großen Umfang genommen, aber nur in der Art, daß für die Silberrupie ein Preis von 16 Pence in Gold zu bezahlen ist, während ihr Metallwert bei dem jetzigen Silberpreis nur 9—10 Pence beträgt. Nur bei unbegrenzter Freiheit der Verwandlung des Silbers in vollwertige Münzen hat es den Charakter eines selbständigen Geldmetalls, in jedem anderen Falle aber bestimmt sich sein Preis wie der einer gewöhnlichen Handelsware. Der noch vorhandene sehr große Bestand an Silbermünzen hat auf die Preisbildung des Barrenmetalls keinen Einfluß, denn diese Münzen sind im Kurse überwertet, können also nur mit großem Verlust eingeschmolzen werden. Demnach ist der jetzige Silberpreis ein rein kommerziell begründeter. Ein beträchtlicher Teil der Nachfrage geht allerdings nicht von der Industrie, sondern noch immer von den Münzstätten aus, aber die Größe der Ausmünzung hängt nicht mehr von den Silberproduzenten, sondern von dem wechselnden Ermessen der prägenden Staaten ab, und wenn eine Regierung beschließt, für 100 Millionen Mark mehr Silberscheidemünzen zu prägen, so wirkt das schon sehr merklich auf den Silbermarkt, wie überhaupt der Silberpreis jetzt großen und raschen Schwankungen unterworfen ist.

Wenn die Nachfrage nach Silber für Scheide- und andere überwertete Münzen, wie es sehr wahrscheinlich ist, allmählich abnimmt, so wird der industrielle Verbrauch dafür nur bei einer weiteren Preiserniedrigung Ersatz schaffen. Die Produktion hat in der ganzen Periode der fortschreitenden

Silberentwertung bis 1900 nicht etwa abgenommen, sondern sie ist im ganzen fortwährend gestiegen. Sie betrug in den siebziger Jahren durchschnittlich etwa 2 Millionen, im Jahre 1900 aber 5,4 Millionen Kilo. Seitdem ist ein unbedeutender Rückgang eingetreten, z. B. auf 5,263,000 Kilo im Jahre 1907. Viele wenig ergiebige Bergwerke haben schon längst den Betrieb eingestellt, viele tausend Tonnen minderwertiges Erz sind unverhüttet auf die Halden geworfen worden, aber eine sehr erhebliche und nachhaltige Verminderung der Produktion ist in absehbarer Zeit nicht zu erwarten, selbst wenn der Preis unter 20 Pence sinken sollte. Dafür ist aber auch nicht zu erwarten, daß das Silber jemals lediglich durch die industrielle Nachfrage auch nur annähernd wieder auf den Preisstand gebracht werden könnte, den es einst als vollberechtigtes Geldmetall inne hatte. Hätte es übrigens diese Funktion in dem Umfange behalten, wie es sie im Jahre 1871 besaß, so würde es dennoch, wenn auch in einem weit geringerem Verhältnis, bis zur Gegenwart eine allmähliche Verminderung seiner Kaufkraft gegen die Waren erfahren haben, zumal die Produktion unter solchen Umständen noch weit stärker angestiegen wäre. Da aber die Goldproduktion, namentlich seit 1890, in noch weit höherem Maße gewachsen ist, so würde sich auch die Stellung dieses Metalls zu den Waren in gleichem Sinne verschoben haben und es wäre daher wohl möglich gewesen, daß sich das Wertverhältnis der beiden Edelmetalle untereinander nur wenig verändert hätte. Aber es würde eine bedeutende Steigerung der Nominalpreise aller Waren stattgefunden haben und die Volkswirtschaft hätte für die unnötigerweise vermehrten Umlaufsmittel einen höheren Kostenaufwand machen müssen, ohne einen Vorteil davon zu haben; vielmehr gilt das Gold bei den heutigen Wirtschaftsverhältnissen allgemein für ein bequemeres und zweckmäßigeres Geldmetall als das Silber, und die Währungseinheit aller Kulturstaaten auf der Grundlage des Goldes bietet dem internationalen Verkehr eine wertvolle Erleichterung. Der volle Sieg der Goldwährung ist allerdings nur möglich geworden durch die außerordentliche Steigerung der Goldproduktion, nachdem er aber gelungen ist, muß er als ein Kulturfortschritt betrachtet werden.

Die Silbermünzen.

Die noch immer in großer Masse vorhandenen Silbermünzen haben, wie gesagt, durchweg einen ihren Metallwert bedeutend übersteigenden Nominalwert, und müssen daher, im Gegensatz zu dem vollkommenen, als unvollkommenes Metallgeld bezeichnet werden. Dabei ist aber der größte Teil von ihnen dennoch Währungsgeld, also mit unbeschränkter gesetzlicher Zahlungskraft ausgestattet, so die Fünffrankenstücke, die amerikanischen Silberdollars, die indischen Rupien, die österreichischen Gulden, bis 1907 auch die deutschen Taler. Die übrigen sind Scheidemünzen, deren gesetzliche Zahlungskraft eng begrenzt ist. In Deutschland z. B. auf 20 Mark, in Frankreich auf 50 Francs, in England auf 40 Schilling. Wenn auch diese ihren Nominalwert als Teilstücke der Goldmünzen in unserer Zeit ohne Schwierigkeit behaupten, so verdanken sie dies haupt-

sächlich ihrer Unentbehrlichkeit im Verkehr und ihrer beschränkten Ausprägung. In den meisten Staaten werden sie auch in bestimmten Beträgen gegen Währungsmünzen eingelöst und von den öffentlichen Kassen werden sie unbeschränkt in Zahlung genommen.

In den Staaten des lateinischen Münzbundes ist an die Stelle der Doppelwährung die sogenannte hinkende Währung getreten, die Silberwährungsmünzen werden nicht mehr geprägt, aber der alte Bestand — mindestens $2^1/_4$ Milliarden Francs, davon etwa 1800 Millionen in Frankreich — ist noch vorhanden. Diese Münzen behaupten, obwohl innerlich mehr als 55 Prozent unterwertig, ihren vollen Nominalwert neben den Goldmünzen, jedoch nicht lediglich vermöge ihrer gesetzlichen Zahlungskraft — denn diese genügt keineswegs immer, wie die Entwertung des uneinlöslichen Papiergeldes beweist — sondern es kommt ihnen außerdem der gewaltige Goldvorrat Frankreichs zu statten. Dieser beträgt über 5 Milliarden Francs, mehr als das Doppelte der Summe der Silberkurantmünzen der sämtlichen Staaten des Bundes und die letzteren bilden daher doch nur einen mäßigen Bruchteil der Gesamtmasse des Währungsgeldes. Die übrigen Münzbundstaaten haben verhältnismäßig wenig Gold, in Belgien löst die Nationalbank ihre Noten ausschließlich mit Silber ein und in Italien zirkuliert Papiergeld mit Zwangskurs, wenn auch gegenwärtig nicht mehr mit Goldagio, aber die Fünffrankenstücke dieser Staaten werden auf Grund des Münzvertrags von den französischen öffentlichen Kassen und im übrigen auch von der Bank von Frankreich und allen Privaten wie die französischen Münzen angenommen und lehnen sich daher ebenfalls an das französische Gold an.

Theoretisch sehr interessant sind die in Spanien gemachten Erfahrungen. Hier wurde die Doppelwährung auch in der Periode der Silberentwertung noch lange Zeit in Wirksamkeit erhalten. Die freie Prägung von Silbermünzen wurde zwar schon 1876 eingestellt, aber die Regierung setzte im fiskalischen Interesse die Ausmünzung von 5-Pesetastücken noch bis Ende des Jahres 1899 fort. Dadurch aber erhielten die Silbermünzen im Verkehr mehr und mehr das Übergewicht, die Goldmünzen erlangten eine mehr und mehr steigende Prämie und wurden zum größten Teil ausgeführt. Gegen den Franc in Gold, dem sie münzgesetzlich gleichstehen soll, verlor die Peseta im Kurse auf Paris im Jahre 1898 zeitweise mehr als 40 Prozent, doch blieb ihr Kurs noch immer über ihrem noch mehr gesunkenen inneren Silberwerte. Nach der Einstellung der Prägungen hat sich der Kurs, wenn auch nicht ohne beträchtliche Schwankungen, allmählich gebessert und in den letzten Jahren beträgt der Verlust gegen Francs nur noch 10 bis 20 Prozent. Dieser Kurswert der Peseta schwebt gewissermaßen in der Luft; er ist bedeutend höher als der Metallwert dieser Silbermünze, bleibt aber doch immer mehr oder weniger hinter ihrem gesetzlichen Wertverhältnisse gegen Gold zurück. Dieses Wertverhältnis ist eben praktisch wirkungslos; niemand kann gezwungen werden, zu dem ihm entsprechenden

Preise Gold gegen Silber herzugeben. Der Verkehrswert der Peseta in Silber beruht auf ihrer gesetzlichen Zahlungskraft, aber diese kann ihr weder einen festen Wert gegen Gold, noch vollends einen solchen gegen die gewöhnlichen Waren verleihen. Übrigens hat sich in Spanien gezeigt, daß die Gefahr der „echten Nachprägung“ der überwerteten Silbermünzen sehr ernstlicher Natur ist, da tatsächlich viele Millionen Silberduros widerrechtlich, aber genau nach den gesetzlichen Vorschriften im geheimen geprägt und in Umlauf gebracht worden sind.

Nominelle Goldwährung mit Silberumlauf.

Während in Spanien der Zahlungswert der Silberwährungsmünze nicht durch künstliche Maßregeln positiv erhöht, sondern durch ihre gegebene volkswirtschaftliche Stellung vor dem Herabsinken auf den Metallwert bewahrt wurde, brachte man in Indien durch ein eigentümliches Verfahren eine wirkliche Emporhebung der nach ihrem Metallwert tief gesunkenen Rupie auf einen festen Wert gegen Gold zustande, und zwar ohne daß eine dauernde Einstellung der Silberprägungen nötig wurde. Gleichzeitig mit der Schließung der indischen Münzstätten (1893) erklärte die Regierung, daß Rupien zum Kurse von 16 Pence gegen Gold ausgegeben werden würden. Diesen Stand konnte die Rupie allerdings in den nächsten Jahren noch nicht erreichen, bis zum Jahre 1898 aber war dies gelungen und seit 1900 wurden nun wieder Rupien in größerer Menge als je zuvor, aber nur für Rechnung der Regierung geprägt und gegen Sovereigns (die 1898 für gesetzliches Zahlungsmittel erklärt worden waren) ausgetauscht. Das eingelöste Gold kann dann wieder nach Europa geschafft werden, um neues Silber zu kaufen, das bei der Bevölkerung von 300 Mill. das entschieden bevorzugte und auch das zweckmäßigere Geldmetall bleibt. Übrigens hatte sich schon sofort nach der Einstellung der Prägungen der Kurs der Rupie von ihrem Metallwert losgelöst und 20 bis 30 Prozent höher gestellt. Dies geschah aber nicht, wie man in England vielfach annahm, weil die Rupie in Indien „seltener“ geworden war, sondern es war einfach eine Folge des Steigens des Wechselkurses von England auf Indien. Das letztere Land hat stets eine günstige Zahlungsbilanz, die bis 1893 durch Versendung von 100 bis 150 Millionen Rupien in Silber, das in Bombay und Kalkutta ausgemünzt wurde, ihre Ausgleichung erhielt. Dieses Silber machte also den Regierungs- und Handelswechseln auf Indien Konkurrenz Durch die Schließung der Münzstätten für die Privatprägung aber wurde ihm dies sehr erschwert, da es jetzt nur als Handelsware in Indien untergebracht werden konnte und daher mußte der Wechselkurs in die Höhe gehen, bis schließlich auch die Versendung von Gold und der Eintausch von Rupien gegen Goldmünzen lohnend wurde. Auch in den Straits-Kolonien und in Mexiko ist der Versuch gemacht worden — und bisher mit Erfolg — einer silbernen Währungsmünze durch Beschränkung oder Einstellung der Prägung einen festen Kurs gegen Gold zu verschaffen. Eine solche Goldwährung mit tatsächlich durchaus überwiegendem Silberumlauf stößt freilich in Ländern, die nicht eine so günstige Zahlungsbilanz

und einen so enormen Silbergeldbedarf haben wie Indien, auf größere Schwierigkeiten.

Wirkung und Mißbrauch der staatlichen Prägung.

Aus den obigen Beispielen ist ersichtlich, einen wie großen Einfluß die staatliche Prägung der Münzen, sofern dadurch auch ihre Zahlungskraft bestimmt wird, auf ihren Verkehrswert ausübt. Handelt es sich um vollwertiges Metallgeld, so hat die gesetzliche Zahlungskraft dieser Münzen eine formale rechtliche, aber keine materielle Bedeutung, denn ihr Zahlwert ist ihr Nominalwert und dieser ist eben ihrem Metallwert gleich. Die Prägung gewährleistet ihren inneren Gehalt und sie würden auch ohne gesetzliche Zahlungskraft als Umlaufsmittel dienen können, wie dies früher bei den reinen Handelsmünzen, z. B. bei den holländischen Dukaten, und den namentlich in Süddeutschland in großer Zahl zirkulierenden fremden Goldmünzen zu sehen war.

Das nicht vollwertige Metallgeld aber erhält durch die ihm vom Staate zuerkannte Zahlungskraft eine Ergänzung seines Verkehrswertes, durch die es unter günstigen Umständen dem vollwertigen gleichgestellt wird. In den Vereinigten Staaten, in Frankreich und anderen Ländern ist die gesetzliche Überwertung der Silberwährungsmünzen gelungen, weil ihre Menge im Verhältnis zum Goldvorrat nicht zu groß ist; in Indien ist sie gelungen infolge der besonderen Verhältnisse der indischen Zahlungsbilanz und der außerordentlichen Bevorzugung des Silbers durch die Bevölkerung; in Spanien aber ist sie nicht gelungen, weil die Silbermünzen in zu großer Masse ausgegeben wurden und daher die Goldmünzen ohne Rücksicht auf das gesetzliche Wertverhältnis im Kurse stiegen. Ähnlich ging es einst bei den fiskalischen Münzverschlechterungen zu, wenn man einigermaßen den Schein wahren und nicht kurzweg auch die Hauptmünzen verringern wollte. Es wurden kleinere Münzen in großen Massen geprägt, denen ein bestimmter Zahlwert als Teilstücke einer groben Silber- oder Goldmünze beigelegt wurde, den sie aber nach ihrem Metallgehalt nicht besaßen. Diese Teilmünzen erlangten dann im Verkehr die Oberhand, die Hauptmünzen wurden zurückbehalten und erzielten ein mehr und mehr steigendes Agio. An die Stelle der ursprünglichen Metallgeldeinheit trat nun eine aus der entsprechenden Zahl von Teilstücken zusammengesetzte Zähleinheit, die dann später auch wieder durch neue Hauptmünzen mit geringem Metallgehalt dargestellt wurde. Der Reichsspeziestaler von 1566 sollte gesetzlich 68 Kreuzer gelten, er stand aber von Anfang an auf 72 Kreuzer in Teilstücken, stieg in wenigen Jahren auf 90 Kreuzer und in der Kipper- und Wipperzeit zu Anfang des Dreißigjährigen Krieges infolge der enormen Verschlechterung der umlaufenden kleinen Münzen zeitweise auf 300 bis 400 Kreuzer und noch höher. Ein ähnliches Geschick hatte das von Karl d. Gr. als Rechnungseinheit eingeführte Pfund Silber, das ursprünglich durch 240 Denare oder Pfennige dargestellt wurde, die wirklich ein Pfund (wahrscheinlich Troy.-Gewicht = 373 Gramm) wiegen sollten. Die wirklich ausgeprägten Denare und ihre Vielfachen wurden aber immer schlechter

und das französische Livre, das Zählpfund von 20 Sols = 240 Deniers (die schließlich nur noch zu drei als Viertelsous oder Liards in Kupfer geprägt wurden) war auf ungefähr 1 Franc oder 4,5 Gramm Feinsilber gesunken. Mehrfach wurde durch königliche Ordonnanzen befohlen, daß alle Verträge nur auf Livres, also auf ein bloßes Rechnungsgeld abgeschlossen werden müßten, daß sie aber nicht auf bestimmte grobe Münzen, oder auf bestimmte Gewichte Gold oder Silber lauten dürften. Bei Schuldzahlungen sollte also immer das Livre durch 240 Deniers in den verringerten Münzen dargestellt werden. Auf diese Art zog die Münzherrschaft ihren Gewinn aus den Münzverschlechterungen. Aber sie konnte nicht verhindern, daß sehr rasch alle Warenpreise der Verminderung des Silbergehalts der Münzen entsprechend in die Höhe gingen. War man in der Münzverschlechterung soweit wie möglich vorgegangen, so kehrte man zu einem schweren Münzfuße zurück. Die leichten Münzen wurden dann einfach verrufen und zu ihrem Metallwert eingezogen, die älteren Schulden aber waren nicht nach dem Nominalwert der neuen Münzen zu bezahlen, sondern wurden nach deren Silbergewicht den leichten gegenüber berechnet. In Preußen wurden noch in den Jahren 1808 und 1811 die im Übermaß ausgegebenen Silberscheidemünzen auf $^2/_3$ bzw. $^4/_7$ ihres Nennwertes herabgesetzt.

Papiergeld. Erst im 19. Jahrhundert ist der Mißbrauch der Scheidemünzen durch gesetzliche Bestimmungen über die Beschränkung ihrer Zahlungskraft — die allerdings auch schon früher bestanden, aber wirkungslos blieben — über die Begrenzung ihrer Ausprägung und ihre Einlöslichkeit gegen Währungsmünzen mit Erfolg verhindert worden, obwohl sie gerade in diesem Jahrhundert infolge der Silberentwertung auf einen früher nur selten dagewesenen Grad der Unterwertigkeit herabgedrückt worden sind. Übrigens ist ihnen, wie auch den unterwertigen silbernen Währungsmünzen die Behauptung ihres Nominalwertes dadurch erleichtert worden, daß ihre Ausgabe nicht geradezu den Charakter eines absichtlich unternommenen Finanzgeschäfts trug, wenn auch der Staat einen Gewinn dabei machte. Die älteren Münzverschlechterungen waren eben finanzielle Notstandsmaßregeln und daher standen die verringerten Münzen von vornherein in Mißkredit.

In ihrem vollen Umfange zeigt sich die Macht des Staates über das Geld bei dem von Knapp so genannten „autogenischen" Geld, einem Zahlungsmittel, das überhaupt keinen sachlichen Wert besitzt, sondern dem einfach durch staatliche „Proklamation" eine bestimmte Geltung in Werteinheiten zugesprochen ist. Diese Geldart, das staatliche Papiergeld, hat sich erst seit dem 18. Jahrhundert Eingang verschafft und seitdem im ganzen eine wenig rühmliche Vergangenheit aufzuweisen. Wie die mittelalterlichen Fürsten ihrer Finanznot durch Münzverschlechterungen abzuhelfen suchten, so haben in der neueren Zeit fast alle Staaten in mißlicher Lage zu der Ausgabe von Papiergeld mit Zwangskurs gegriffen und dadurch fast immer schwere Störungen des Wirtschaftslebens herbeigeführt.

Das Papiergeld tritt in verschiedenen Formen mit verschiedenen Graden der Gefährlichkeit auf. An sich ungefährlich ist das in Metallgeld einlösliche Papiergeld ohne andere gesetzliche Zahlungskraft, als gegen die öffentlichen Kassen, wie die deutschen Reichskassenscheine. Da diese keine Zahlungskraft gegen Private haben, so beruht ihr Wert auf ihrem Zahlungskredit, sie sind also Kreditgeld. Ihre Zahlungskraft gegen den Staat würde sie nicht genügend umlaufsfähig machen, wenn ihnen nicht das allgemeine Vertrauen als Stütze diente. Die Einlöslichkeit verstärkt ihren Kredit, setzt ihn aber auch voraus, da gar kein besonderer Fonds für die Einlösung vorhanden ist, sondern diese lediglich bei der Reichsbank auf Rechnung des Reichsguthabens stattfindet. Da die Gesamtsumme der Reichskassenscheine auf die mäßige Summe von 120 Millionen Mark beschränkt ist, so ist auch in kritischen Zeiten ein starker Zudrang zur Einlösung nicht zu befürchten.

Eine zweite Art des Papiergeldes hat unbeschränkte Zahlungskraft gegen jedermann, ist aber gegen Metallgeld einlöslich. Hierher gehört das der Vereinigten Staaten, dessen Gesamtsumme auch auf einen festen Betrag (346.7 Millionen Dollar) beschränkt ist. Sein Wert beruht einesteils auf der ihm rechtlich zustehenden Kraft, zur Zahlung aller Schulden zu dienen, und insofern ist es also nicht im eigentlichen Sinne Kreditgeld; jedoch wird ihm durch die gesetzliche Einlösungspflicht des Staates auch noch eine Kreditstütze gewährt und namentlich verhindert, daß sein Wert von dem der metallisch dargestellten Geldeinheit abweiche. Es ist daher nicht als selbständiges Wertmaß zu betrachten, sondern es lehnt sich an das Metallgeld an und es kann demnach als „unselbständiges Papierwährungsgeld" charakterisiert werden. Man könnte geneigt sein, die Noten der Banken von England und von Frankreich, die ebenfalls unbeschränkte gesetzliche Zahlungskraft haben und dabei einlöslich sind, mit diesem Papiergeld zusammenzustellen. Aber es empfiehlt sich, den Begriff des Geldes streng auf die vom Staate aufgegebenen Umlaufsmittel zu beschränken; die Banknoten dagegen, solange sie als stets fällige, einlösliche Schuldscheine im privaten Geschäftsverkehr ausgegeben werden, sind Geldersatzmittel, aber kein Geld, selbst wenn ihnen die volle Zahlungskraft zugestanden ist. Wenn aber der Staat ihre Einlöslichkeit aufhebt, so übernimmt er ebenso die Verantwortlichkeit für ihren Wert, als wenn er sie selbst ausgäbe; sie erhalten dann eine ausschließlich öffentlich-rechtliche Stellung und bilden die am häufigsten vorkommende Form der dritten und wichtigsten Art des Papiergeldes, nämlich des uneinlöslichen mit unbeschränkter Zahlungskraft gegen jedermann, d.h. mit Zwangskurs. Solches Papiergeld ist aber auch vielfach ohne Vermittlung einer Bank direkt vom Staate ausgegeben worden.

Das uneinlösliche Papiergeld mit Zwangskurs insbesondere.

Der Wert dieses „selbständigen Papierwährungsgeldes" stützt sich lediglich auf seine gesetzlich unbeschränkte Zahlungskraft, die sich vor allem auch bei der Zahlung der jederzeit nach Milliarden zählenden schwebenden Schulden Geltung verschafft. Beim Beginne der Papiergeldwirtschaft wird

allerdings versprochen, daß die Scheine später zu ihrem Nominalwert in Metall eingezogen werden sollen, aber sehr oft ist dieses Versprechen nicht gehalten worden und selbst wenn eine Papiergeldwirtschaft wirklich ein so günstiges Ende nahm, so wurde doch, wenn sie längere Zeit dauerte, auf diese Möglichkeit wenig oder gar keine Rücksicht genommen. Kreditgeld ist das Zwangspapiergeld nur mit Rücksicht auf sein Verhältnis zum Staat, insofern der Staatskredit im allgemeinen seine Grundlage bildet. Im Verkehr mit Privaten dagegen bedarf es prinzipiell keines Kredits, da es eben in Zahlung genommen werden muß.

Die früher herrschende Meinung, daß das Zwangspapiergeld immer von dem Metallwert abhängig bleibe, den es ursprünglich repräsentierte, ist durch die Erfahrung widerlegt worden. Dieses Papiergeld löst sich von seiner ursprünglichen Metallbasis gänzlich los, es kann nicht nur unter sie herabsinken, sondern sich auch über sie *emporheben*. In Österreich war 1892 der Kurs des Papierguldens gegen Mark 168 bis 170 Pfennige, während der Wert des in einem Silbergulden enthaltenen Silbers 130 bis 140 Pfennige betrug. Als Münze aber stand der Silbergulden im inneren Verkehr dem Papiergulden gleich, da er diesen in allen Zahlungen ersetzen konnte. Er lehnte sich also seinerseits an den zum Hauptgelde gewordenen Papiergulden, während nach der älteren Anschauung das Umgekehrte stattfinden sollte. Ebenso stand in Rußland zur Zeit des Übergangs zur Goldwährung der Papierrubel beträchtlich höher im Kurse, als es dem Werte des in einem Silberrubel enthaltenen Silbers entsprach.

So wird also das Papiergeld — das wir hier immer in dem obigen engeren Sinne betrachten, auch zu einem selbständigen *Wertmaß*, aber es fehlt ihm nach fast allen bisherigen Erfahrungen in bedenklichem Grade die wichtigste Eigenschaft jedes brauchbaren Maßes, die *Unveränderlichkeit*. Der Staat hat die Macht zu bestimmen, daß bei allen Zahlungen die gegenwärtig durch eine Edelmetallmünze dargestellte Werteinheit durch einen uneinlöslichen Papierschein ersetzt werden könne; aber er ist nicht imstande, durchzusetzen, daß dieser für *bestehende* Geldschulden geltende Zahlwert des Papiergeldes sich auch *unveränderlich* den Waren gegenüber behaupte, deren Preis in Geld sich im Verkehr unaufhörlich neu bildet. Die Funktion des Geldes als Zahlungsmittel ist eine sekundäre, das Geld ist in erster Linie direkt verwendetes Umlaufsmittel und erst durch den Tauschwert gegen Waren, den es in dieser Eigenschaft erlangt, wird es Zahlungsmittel für Geldschulden. Diese können nun nach ihrem Nominalbetrag, gleichviel, wie dessen Wert sich den Waren gegenüber verändert hat, mit der gleichen Summe gesetzlicher Geldeinheiten bezahlt werden, aber die *Kaufkraft* des Geldes wird nicht einfach durch eine Zahlungskraft für Schulden bestimmt.

Wird der Zwangskurs für ein Papiergeld proklamiert, so verschwindet das vollwertige Metallgeld sofort aus dem Verkehr und die silbernen Scheidemünzen folgen ihm bald nach. Jeder hält aber das Metallgeld, das

er besitzt, zurück und leistet seine Zahlungen mit dem Papiergeld, das er selbst einnimmt. Wer Metallgeld — sagen wir Gold, das jetzt allein noch in Betracht kommt — haben will, muß eine Prämie, ein Agio dafür bezahlen. Die Goldmünzen werden jetzt zu einer gewöhnlichen Handelsware, die mit demselben Preise in Papiergeld, wie das Barrenmetall bezahlt werden. Der Preis der Wechsel auf das Ausland, die in Gold zahlbar sind, steigt in demselben Maße und in ihm kommt das meistens rasch veränderliche Goldagio am deutlichsten zum Ausdruck. Hat das Land eine ungünstige Zahlungsbilanz, hat es namentlich große Summen an Schuldzinsen an das Ausland zu entrichten, so wird das vorhandene Gold mehr und mehr ausgeführt bis auf einen verhältnismäßig kleinen von den Banken festgehaltenen Rest.

Höhe und Wirkungen des Goldagios.

Für die Höhe des Agios ist natürlich die allgemeine politische, volkswirtschaftliche und finanzielle Lage des Staates von großer Bedeutung. In einem Staat mit zerrütteten Finanzen und unsolider Verwaltung entspricht das Agio dem geringen Vertrauen, mit dem man im In- und Auslande die Herstellung befriedigender Verhältnisse erwartet. Wenn dagegen ein Land nur durch ungewöhnliche Umstände, etwa durch einen unglücklichen Krieg, in die Papiergeldwirtschaft gedrängt ist, aber vermöge seines natürlichen Reichtums, seiner Produktivkraft und seiner festen staatlichen Ordnung alle Aussicht hat, in nicht allzu langer Zeit aus diesem Zustande wieder herauszukommen, so wird sein Kredit das Agio in mäßigen Grenzen halten.

Als wichtigste unmittelbare Ursache des Steigens des Agios erscheint die übermäßige Vermehrung des Papiergeldes im fiskalischen Interesse. Auf diese Weise kann es sogar einer völligen Entwertung verfallen, wie das Beispiel der französischen Assignaten zeigt, die bei einer Emission von 46 Milliarden Livres schließlich zu Makulatur wurden. Aber auch ohne weitere Vermehrung des Papiergeldes und bei im übrigen geordneter Finanzwirtschaft des Landes kann das Agio beträchtlich steigen, wenn nämlich aus irgendwelchen Gründen, z. B. infolge einer ungünstigen Ernte, größere Zahlungsverbindlichkeiten im Auslande zu erfüllen sind. Nicht selten werden auch durch das Börsenspiel große Schwankungen des Agios hervorgerufen, wie z. B. in Amerika während des Bürgerkriegs.

Da durch das Agio nur der Preis des Goldes als einer Handelsware in dem inländischen Zahlungsmittel, dem Papiergeld, zum Ausdruck gebracht wird, so wirken die Schwankungen desselben keineswegs ohne weiteres auch auf die Preise der inländischen Waren ein. Der Kupferpreis kann steigen, ohne daß der Eisenpreis oder der Weizenpreis dadurch berührt wird; so kann auch der Preis des Goldes gegen Papiergeld steigen, ohne daß deshalb auch die inländischen Bodenerzeugnisse, die Löhne, die Mieten verteuert werden. Dies ist eben eine Folge der Unabhängigkeit des uneinlöslichen Papiergeldes von seiner ursprünglichen Metallbasis. Daher muß das Sinken des Wertes des Papiergeldes gegen Gold und Goldwechsel

unterschieden werden von der Verminderung seiner Kaufkraft gegenüber den Waren. Die Preise der ausländischen, in Gold zahlbaren Waren steigen einfach mit dem Agio: beträgt dieses 50 Prozent, d. h. müssen 150 Geldeinheiten in Papier bezahlt werden, um so viel Gold zu erhalten, als in 100 der früher umlaufenden Goldgeldeinheiten enthalten ist, so erhöhen sich diese Preise ebenfalls um 50 Prozent. Für die inländischen Produkte dagegen, deren Preise nicht wesentlich durch den auswärtigen Handel beeinflußt werden, wie auch für Löhne und Mieten, trifft das nicht zu: ihr Preis wird durch diejenigen Agioschwankungen, die lediglich durch Änderungen in der Zahlungsbilanz und durch Börsenspekulationen verursacht werden, so gut wie gar nicht berührt. Dagegen übt Vermehrung des Papiergeldes allerdings eine drückende Wirkung auch auf seine inländische Kaufkraft aus, wenn sie nicht vorsichtig der Entwicklung des Verkehrs angepaßt wird.

Diese relative Festigkeit des Binnenwertes des Papiergeldes erzeugt bei steigendem Agio eine Begünstigung der Ausfuhr; denn für das Gold, das man für die Ausfuhrwaren erhält, kann man dann eine größere Summe in Papiergeld eintauschen, als vorher und dieses Papiergeld hat im inneren Verkehr wenigstens zunächst noch unveränderte Kaufkraft. Anderseits wird die Einfuhr fremder Waren durch das steigende Agio erschwert und das Sinken desselben hat die umgekehrten Wirkungen. Durch den Mechanismus des steigenden Agios wird es allein möglich, daß ein Papierwährungsland, das gar kein Gold und auch keine Monopolprodukte besitzt, sondern mit seinen Ausfuhrwaren die Konkurrenz des Weltmarktes zu bestehen hat, überhaupt seine Zahlungen in den Goldwährungsländern leisten kann. Es muß eben mit Waren bezahlen und diesen nötigenfalls auch durch Preisermäßigungen im Auslande Absatz verschaffen. Bei ungünstiger Veränderung der Zahlungsbilanz wird die Nachfrage nach fremden Wechseln und damit das Agio steigen, und zwar dieses so hoch, daß es möglich wird, noch mehr Landesprodukte auszuführen und zu herabgesetzten Preisen gegen Gold zu verkaufen. Kann aber die Ausfuhr ohne merklichen Druck auf die ausländischen Preise erweitert werden, so ruft das steigende Agio auch eine entsprechende Erhöhung der Preise der Ausfuhrwaren an den inländischen Handelsplätzen hervor. Unter solchen günstigen Umständen wird das Agio auch häufig sinken, ohne daß die Preise der Ausfuhrwaren in Papiergeld ebenfalls zurückgehen.

Wertunsicherheit des Papiergeldes als Argument gegen das „autogene“ Geld.

Im allgemeinen ist die Geschichte des uneinlöslichen Papiergeldes bisher eine Geschichte schwerer finanzieller Mißstände gewesen. Es wiederholten sich in ihr in stark vergrößertem Maßstabe ähnliche wirtschaftliche Störungen, wie sie einst durch die Münzverschlechterungen herbeigeführt wurden. Aber das Beispiel Frankreichs in den Jahren 1870 bis 1878 hat doch gezeigt, daß selbst unter erschwerenden Umständen eine Papiergeldwirtschaft möglich ist, in der kein nennenswertes Goldagio und auch keine merkliche Verminderung des Binnenwertes des Papiergeldes entsteht.

Frankreich hatte diesen glücklichen Erfolg vor allem seinem reichen Goldvorrat zu verdanken, der auch noch durch eine große Summe in Silbergeld ergänzt wurde. Auch nach der Auszahlung der Kriegsentschädigung war der Betrag des in den Kassen zurückgehaltenen Metallgeldes weit größer als die Summe der mit Zwangskurs ausgegebenen Noten und niemand zweifelte, daß diese in wenigen Jahren wieder zu ihrem vollen Nominalwert eingelöst werden würden. Die finanzielle Gesetzgebung wirkte auch mit aller Energie auf dieses Ziel hin und die Bank war imstande, noch vor der gesetzlich bestimmten Zeit die Einlösung ihrer Noten freiwillig wieder aufzunehmen. Man kann auch die theoretische Möglichkeit nicht bestreiten, daß der Charakter des Geldes als eines „Geschöpfes der Rechtsordnung“ völlig die Oberhand erhalten und das „hylogene“ Geld, d. h. das vollwertige Metallgeld gänzlich durch „autogenes“, d. h. durch Papiergeld ersetzt werden könnte. Damit dieses aber die nötige Wertfestigkeit gegen die Waren behaupten könnte, müßte vor allem die Menge desselben nach einem streng rationellen System geregelt werden. Sie müßte etwa dem ursprünglich vorhandenem Vorrat an Metallgeld gleichgehalten, der Gesamtheit der Umlaufsmittel aber die durch das Verkehrsbedürfnis geforderte Elastizität dadurch verschafft werden, daß Banknoten ausgegeben würden, von denen eine bestimmte Quote durch Papiergeld gedeckt sein müßte. Wenn diese Deckung nur mit steigenden Schwierigkeiten aufrechterhalten werden könnte, wäre eine vorsichtige Vermehrung des Papiergeldes zulässig. Für die richtige Handhabung dieses Systems aber würde es keinerlei Garantie geben. Man müßte die Gewißheit haben, daß der Staat auch in finanziellen Verlegenheiten diese Normen nicht verletze, man müßte keinen Krieg, keine Überspekulation und Überanspannung des Kredits und keine Krisen zu befürchten haben. Diese Bedingungen werden aber in absehbarer Zeit nicht erfüllt sein und daher ist bis auf weiteres das seinen vollen Wert in sich selbst tragende Metallgeld als das normale und den praktischen Anforderungen allein völlig genügende Geld zu betrachten. Das schließt nicht aus, daß die Papiergeldwirtschaft für den Staat in schweren finanziellen Notlagen den relativ zweckmäßigsten Ausweg darbietet, wenn sie nach dem von Frankreich gegebenen Vorbild geleitet wird. Man könnte nun einwenden, das auch das Edelmetallgeld keinen absolut festen eigenen Wert besitze. Wie schon oben hervorgehoben wurde, ist die Menge des im Umlauf befindlichen Goldgeldes ein Faktor, der auf den Wert der Geldeinheit einen gewissen, wenn auch nicht in einfacher Formel festzustellenden Einfluß ausübt. Zwischen der Vermehrung des Goldgeldes und der des Papiergeldes in einem Lande besteht aber von vornherein der große Unterschied, daß die letztere ganz von dem Willen des betreffenden Staates abhängig ist und daher stets ein berechtigtes Mißtrauen hervorruft. Ferner ist unter mißlichen Finanzverhältnissen auch nicht zu erwarten, daß die Wirkung der Geldvermehrung durch vermehrte Güterproduktion ausgeglichen werde. Namentlich aber

kommt in Betracht, daß das Gold ein internationales Geldmetall ist. Sammelt es sich aus irgendwelchen Gründen in einem einzelnen Lande unverhältnismäßig an, so wird bald ein Abfluß nach dem Auslande, weil durch die Verteuerung der Waren gegen Gold die Einfuhr erleichtert und die Ausfuhr erschwert, die Zahlungsbilanz also „ungünstig“ wird. Das jährlich neu produzierte Gold verteilt sich also den internationalen Handelsverhältnissen entsprechend über die ganze Kulturwelt, das Papiergeld dagegen ist nur auf seinen eigenen Staat angewiesen, seine Vermehrung konzentriert ihre Wirkung auf den Verkehr dieses Landes allein und kann daher auch eine Verminderung der Kaufkraft desselben gegen die Waren herbeiführen.

Indes ist die Frage der Wertstabilität des Goldes — das Silber ziehen wir als Währungsmetall nicht mehr in Betracht — durch solche auf das Gold selbst beschränkte Erwägungen nicht zu erledigen. Sie muß unter einem weit allgemeineren Gesichtspunkt erfaßt werden, nämlich als die Frage: wie weit besteht Stabilität des Wertes einer Geldeinheit, die in mannigfaltigen Formen auftritt, aber in jeder dieser Formen bezogen ist auf ein bestimmtes Quantum Gold als Maßgröße und auch in jeder Form gegen dieses Goldquantum eingelöst werden kann. Das vollwertige Metallgeld macht auf der heutigen Wirtschaftsstufe auch in den Ländern mit den bestgeordneten Geldverhältnissen nur den kleinsten Teil der auf die Geldeinheit lautenden Hilfsmittel des Güterumlaufs aus. Neben dem vollwertigen Metallgelde als Währungsgeld gibt es nicht vollwertiges als Scheidemünze und einlösliches Papiergeld ohne oder mit gesetzlicher Zahlungskraft als Kreditgeld. Dazu kommt nun aber die Masse der Geldersatzmittel im weitesten Sinne des Wortes, die im Großverkehr das Geld selbst mehr und mehr aus seiner Funktion als Umlaufsmittel verdrängt haben und ihm nur noch seine Bedeutung als Wertmaß lassen. Es sind dies zunächst die Banknoten, die wir nach dem oben Gesagten, selbst wenn sie gesetzliche Zahlungskraft haben, nicht zum Gelde rechnen, solange sie einlöslich sind und nicht von einer Staatsanstalt, sondern auf Privatrechnung im privaten Geschäftsbetrieb ausgegeben werden. Die Banknoten aber werden in der neuesten Entwicklung immer mehr durch den Scheck ersetzt. Dieser ist allerdings kein selbständiges Umlaufsmittel für sich, sondern nur gleichsam die äußere Handhabe, durch die ein großartiger Apparat des Kreditumlaufs der Güter in Tätigkeit gesetzt wird. Die Banknote kann beliebig lange außerhalb der Bank im Verkehr wie bares Geld von Hand zu Hand gehen. Der Scheck dagegen ist eine Anweisung auf ein Guthaben des Ausstellers bei einer Bank, die gar nicht bestimmt ist, längere Zeit im Umlauf zu bleiben, sondern möglichst bald, und zwar vorzugsweise durch Verrechnung und nicht durch Abhebung des Betrags erledigt werden soll. Der Scheck hat daher nur eine abhängige und kurze Existenz, dennoch aber kann er in dieser als wirkliches Geldersatzmittel auftreten. Bevor wir ihn in dieser Eigenschaft näher betrachten, ist eine kurze Darstellung des modernen Kredit- und Bankmechanismus erforderlich.

Arten des Kredits.

IX. Kredit und Bankwesen. Kreditgeben bedeutet im Wirtschaftsleben entweder Stundung einer fälligen Zahlung oder Überlassung eines Geldbetrags gegen Erwerbung einer Geldforderung. Die letztere Art des Kreditgebens erscheint in verschiedenen Formen. Als eigentliches Darlehen pflegt man nur diejenigen Forderungen zu bezeichnen, die der Kreditgeber dem Kreditnehmer auf dessen Antrag unter vereinbarten Bedingungen gewährt. Wenn dagegen umgekehrt der Gläubiger das Geld dem Schuldner entgegen gebracht und nicht lediglich zur Aufbewahrung, sondern zu geschäftlicher Benutzung überwiesen hat, so ist dies ein sogenanntes „Deposit“ oder eine „Einlage“. Die Banken übernehmen solche Depositen mit dem Charakter von Spar- und Kapitaleinlagen, die mit bestimmten längeren oder kürzeren Kündigungsfristen rückzahlbar und entsprechend verzinslich sind. Von diesen zu unterscheiden sind die Einzahlungen auf Giro-, Scheck- oder Kontokorrentkonto, über die jederzeit verfügt werden kann, sei es, daß beliebige Beträge abgehoben oder an andere Konten überwiesen werden. Im Giroverkehr bleibt die Bank stets passiv, sie stellt vielfach ausdrücklich die Bedingung, daß der Kontoinhaber stets einen Mindestbetrag unverzinslich bei ihr stehen lasse, wofür sie ihm den Dienst der Kassenführung leistet. Im Kontokorrentverkehr dagegen können auf beiden Seiten Aktiv- und Passivgeschäfte stattfinden und die Bank hat daher immer stets fällige Guthaben eines Teiles ihrer Kunden in Händen, während sie einem anderen Teile gegenüber durch Pfand gedeckte oder oft auch ungedeckte Forderungen besitzt. Das Charakteristische des Kontokorrentverkehrs besteht darin, daß die einzelnen Posten der Aktiv- und Passivseite ihre Selbständigkeit verlieren und es nur auf den am Schluß jeder Rechnungsperiode festzustellenden Überschuß oder Saldo zugunsten des einen oder des anderen Teiles ankommt.

Der Stundungskredit sowohl wie der Darlehenskredit kann mittels des Wechsels auf eine strenge Form gebracht werden. Wohl der größte Teil aller Wechsel wird auf Grund des Kaufs von Waren ausgestellt, für deren Bezahlung eine durch den Fälligkeitstag des Wechsels festbestimmte Frist bewilligt ist. Die Banken verwenden die Wechsel aber auch zur Gewährung von finanziellem Kredit und verbinden durch das Akzeptieren von solchen in eigentümlicher Art Kreditgeben und Kreditnehmen. Der Aussteller des akzeptierten Wechsels kann diesen weitergeben oder bei einer anderen Bank diskontieren, und für ihn hat das Akzept also die Bedeutung eines Darlehens; anderseits aber ist es der der Bank selbst gewährte Kredit, der den Wechsel umlaufsfähig und diskontierbar macht.

Die Banken, insbesondere die Notenbanken.

Die ursprüngliche volkswirtschaftliche Aufgabe der Banken besteht in der Kreditvermittlung: sie nehmen Kredit auf der einen Seite und geben ihn zu für sie vorteilhafteren Bedingungen auf der anderen. Durch Hypotheken gesicherte Darlehen mit langen Kündigungsfristen werden von den Hypothekenbanken gegeben, die sich ihrerseits das nötige Kapital durch Ausgabe von Pfandbriefen verschaffen. Die Handels- oder Kredit-

banken dagegen vermitteln nur kurzfristigen Kredit durch Diskontieren und Akzeptieren von Wechseln und Gewährung von Lombarddarlehen und von Vorschüssen im Kontokorrentverkehr. Nach der Art ihres Kreditnehmens werden Depositenbanken und Notenbanken unterschieden. Die ersteren nehmen fremde Gelder auf in Gestalt von verzinslichen Spar- und Kapitalanlagen, von Giro- und Scheckdepositen und von Kontokorrentüberschüssen der Kunden. In Deutschland werden auch diese letzteren Arten von Depositen von den Handelsbanken verzinst. Die Notenbanken dagegen sind imstande, gewissermaßen bei dem ganzen Publikum Kredit zu nehmen, indem sie ihre Aktivgeschäfte mit Noten machen, die in allen Kreisen der Bevölkerung wie bares Geld angenommen werden. Das aber setzt das allgemein herrschende Vertrauen voraus, daß die betreffende Bank stets imstande sein werde, ihrer Verpflichtung gemäß ihre Noten jederzeit sofort gegen Geld einzulösen. Frühere Erfahrungen, namentlich in England und Amerika, haben aber gelehrt, daß dieses Vertrauen nicht immer gerechtfertigt war und daher ist in der neueren Zeit in allen Staaten das Notenbankwesen durch gesetzliche Bestimmungen in beschränkendem Sinne geregelt worden. Die Ausgabe von Noten kann eben nicht als eine private Geschäftsoperation, wie jede andere, betrachtet werden, denn die Noten dringen in die weitesten Kreise ein, die mit dem Geschäft, das ihre Ausgabe veranlaßt hat, gar nichts zu tun haben, und es ist daher Sache des Staates, das Publikum vor Schädigungen durch unsolide Notenbanken zu schützen. Gleichwohl ist es nicht zu empfehlen, die Notenausgabe einer reinen Staatsbank zu übertragen, denn bei einer solchen kann sich zu leicht der Einfluß staatlicher finanzieller Bedürfnisse geltend machen, während die Notenausgabe ausschließlich aus dem Verkehrsbedürfnis hervorgehen soll. Übrigens kann eine Notenbank, wie es bei der Deutschen Reichsbank der Fall ist, sehr wohl unter staatlicher Verwaltung stehen; wenn nur ihr Kapital privater Natur ist, so wird dies genügenden Einfluß ausüben, um die Leitung der Geschäfte in ihren naturgemäßen und berechtigten Bahnen zu erhalten.

In Europa besteht allgemein die Tendenz, die Notenausgabe bei einer allein berechtigten oder doch überwiegend mächtigen Hauptbank zu zentralisieren. So gibt es in Frankreich, Österreich-Ungarn und Rußland nur eine einzige Notenbank (die russische als Staatsbank). In Deutschland bestehen neben der Reichsbank nur noch vier sogenannte Privatnotenbanken — je eine in jedem der größten Mittelstaaten — von verhältnismäßig untergeordneter Bedeutung. In England nimmt die Bank von England eine durchaus herrschende Stellung ein. Die Zahl der neben ihr in England und Wales noch bestehenden Aktien- und Privatnotenbanken hat seit 1844 immer mehr abgenommen und ihr gesamter Notenumlauf beträgt jetzt weniger als 1 Million Pfund Sterling. Neue dürfen nicht gegründet werden. In Schottland besitzen 11, in Irland 6 Banken das Notenausgaberecht auf Grund besonderer Gesetze. In Italien steht das Emissionsrecht außer der Zentralbank

noch zwei kleineren Banken — in Neapel und Palermo — zu. In den Vereinigten Staaten dagegen ist das Notenbankwesen durchaus dezentralisiert. Es können beliebig viele „Nationalbanken" nach den von der Bundesgesetzgebung gegebenen Normen gegründet werden und ihre Zahl beträgt gegenwärtig über 6000.

Der Scheckverkehr.

Als das moderne Zahlungsmittel verbreitet sich allmählich auch auf dem europäischen Kontinent immer mehr der Scheck, der in England und Amerika schon längst das Übergewicht über Metall- und Papiergeld und auch über die Banknoten erlangt hat. Seine Grundlage bilden die Giro-, Kontokorrent- und besonderen Scheckdepositen, die die bereitstehende Kaufkraft darstellen, über die der Kontoinhaber sofort verfügen kann, der Scheck aber ist das formale Mittel zur wirklichen Betätigung dieser Kaufkraft. Durch die Entwicklung des Scheckverkehrs haben die Banken neben ihrer Funktion als Kreditvermittler die nicht weniger wichtige Aufgabe erhalten, als Träger einer Organisation des Güterumlaufs zu dienen, die von der Mitwirkung des baren Geldes mehr und mehr unabhängig geworden ist. Der Scheck unterscheidet sich von der Banknote wesentlich dadurch, daß er nicht bestimmt ist, als Umlaufsmittel in weitere Kreise einzudringen. Am wünschenswertesten ist es, daß er geradeswegs zu der Kasse des Bezogenen, also gar nicht durch andere Hände geht, sondern nur einmal als Zahlungsmittel diene. Um so weniger wären dann Schutzmaßregeln für das Publikum erforderlich, wie sie sich hinsichtlich der Banknoten als notwendig erwiesen haben. Wenn allerdings, wie es in Schottland üblich ist, jeder die empfangenen Banknoten täglich wieder auf sein Konto bei der betreffenden Bank einzahlt, so kann sich der Unterschied zwischen Banknote und Scheck praktisch fast vollständig verwischen.

Seine eigentliche Bedeutung als Geldersatzmittel erhält der Scheck erst, wenn er nicht in bar eingelöst, sondern im Giro- oder Clearinghausverkehr verrechnet wird. Im Giroverkehr finden mittels des Schecks Übertragungen zwischen den Konten der Kunden derselben Bank statt. Im Clearinghaus- oder Abrechnungsverkehr anderseits erfolgt die Ausgleichung der durch Schecks begründeten Forderungen und Gegenforderungen der Inhaber von Konten bei verschiedenen Banken. Außer den Schecks werden auch Wechsel, die bei den betreffenden Banken zur Zahlung domiziliert sind, am Verfalltage gegeneinander verrechnet. Das Verfahren ist, theoretisch betrachtet, sehr einfach: für jede Bank wird in einer Liste zusammengestellt, was sie „per Saldo" von jeder der andern mit ihr im Clearingverkehr stehenden Banken zu empfangen oder an diese auszuzahlen hat. Summiert man die beiden Reihen, so ergibt ihre Differenz, wie viel die fragliche Bank in letzter Instanz zu empfangen oder zu bezahlen hat. Wenn nun diejenigen Banken, die etwas herauszuzahlen haben, diese Beträge hinlegten, so würde die Summe gerade genügen, um diejenigen, die etwas zu fordern haben, zu befriedigen. In England finden indes schon seit mehr als fünfzig Jahren keine Herauszahlungen in bar mehr statt, sondern die Ausgleichung erfolgt

durch besondere Schecks, indem jede der beteiligten Banken und auch das Clearinghaus selbst ein Konto bei der Bank von England hat. So wurden im Jahre 1907 im Londoner Clearinghaus 12730 Millionen Pfund Sterling = 255 Milliarden Mark kompensiert, ohne daß eine Note oder ein Geldstück in Bewegung gesetzt wurde. Diese Riesensumme gibt jedoch keineswegs eine genügende Vorstellung von der Rolle des Schecks als Zahlungsmittel, denn der Giroverkehr erreicht bei jeder größeren Bank ebenfalls viele Millionen. In fünf größeren englischen Provinzialstädten bestehen besondere Clearinghäuser, deren Abrechnungen aber in sehr bescheidenen Grenzen bleiben und im Jahre 1907 „nur" 667 Millionen Pfund Sterling betrugen. Das von der Londoner Stelle vermittelte sogenannte „Country Clearing" belief sich in demselben Jahre auf 1073 Millionen Pfund Sterling, die in der oben angegebenen Ziffer mit einbegriffen sind.

Geldersparung durch den Scheck.

In Deutschland ist seit 1884 der Abrechnungsverkehr in mehreren größeren Städten (gegenwärtig 14) durch die Reichsbank eingeführt worden und hat sich im Jahre 1907 auf eine Summe von 45313 Millionen Mark erstreckt, eine im Vergleich mit den englischen Verhältnissen noch bescheidene Zahl, die übrigens bisher noch mehr durch die Verrechnung von Wechseln und sonstigen Geldforderungen, als von Schecks zustande kommt. Weit bedeutender ist der von der Reichsbank organisierte Giroverkehr, der außer der Hauptbank auch mehr als 500 Zweiganstalten umfaßt und auf die einfachste und bequemste Art Zahlungen und Überweisungen von und nach allen einigermaßen in Betracht kommenden Plätzen des Reichs gestattet. Im Jahre 1907 betrugen die Einnahmen der Bank auf Girokonto 130329 Millionen Mark und die Ausgaben sehr nahe ebensoviel. Der für den Überweisungsverkehr bestimmte „rote Scheck" kommt weit überwiegend zur Anwendung, immerhin aber betrugen die Barzahlungen bei Einnahmen noch 16816 Millionen Mark (12,9 %) und bei den Ausgaben 23238 Millionen Mark (17,8 %).

Die Kassenführung kann an sich unabhängig von dem Kreditgeschäft der Banken betrieben werden. So war es bei den alten Girobanken der Fall, z. B. bei der Hamburger, die nichts weiter war, als eine Aufbewahrungsstelle für das von den „Bankbürgern" hinterlegte Barrensilber, und die Umschreibung der in Mark Banko ausgedrückten Silberquantitäten von einem Konto auf das andere besorgte. Der jetzt üblich gewordene Giro- und Scheckverkehr auf Grund relativ mäßiger Barvorräte ist durch das Bedürfnis der Banken, fremde Gelder zur Benutzung heranzuziehen, entstanden. Volkswirtschaftlich wird dadurch der Vorteil erreicht, daß eine Verringerung des Aufwandes an hochwertigen Edelmetall-Umlaufsmitteln ermöglicht wird und daß namentlich das Geldkapital oder Geldeinkommen, das sonst als Reserve oder bei Betrieben mit periodischer Produktion zeitweilig unbenutzt in den Kassen der einzelnen Besitzer liegt, wenigstens teilweise und auf kurze Zeit zur Befriedigung des Kapitalbedürfnisses anderer nutzbar gemacht werden kann. Selbst wenn jeder Scheck ab-

gehoben würde, bliebe bei einer Bank, die von vielen Personen stets fällige Einlagen angenommen hat, doch immer ein Teil dieser Beträge zu kurzen Kreditgewährungen verfügbar. Denn die zeitweilig ruhenden Kapitalteile und Reserven werden nicht von allen gleichzeitig und in der Regel auch von den einzelnen nur teilweise zurückgezogen und dann auch wieder aufgefüllt; und die von Beamten, Rentnern usw. bei den Banken hinterlegten Einkommensbestände nehmen in annähernd regelmäßigen, vorauszusehenden periodischen Bewegungen ab und zu. Wenn aber der Empfänger des Schecks, z. B. der Kaufmann, der ihn für gelieferte Waren in Zahlung genommen hat, ihn nicht einlöst, sondern sich den Betrag bei seiner Bank gutschreiben läßt, wenn er dann seinerseits auf dieses Guthaben Schecks ausstellt und deren Empfänger sie wieder der Bank nicht zur Einlösung, sondern zur Gutschrift einreichen, so wird die Gesamtsumme der stets fälligen Depositen um so geringeren Schwankungen unterliegen, je mehr sich dieses System verallgemeinert. Bare Abhebungen werden dann hauptsächlich für Lohnzahlungen stattfinden, aber diese Summen sammeln sich fortwährend wieder in den Kassen der Geschäftsleute und Wohnungsvermieter an und fließen von dort aus auch wieder stetig den Banken zu. Je sicherer aber die Bank mit einem nur wenig und langsam veränderlichen Bestand an stets fälligen Depositen nebst einem angemessenen Barvorrat rechnen kann, um so leichter ist es ihr möglich, einen Teil dieser Mittel zu kurzfristigen Kreditgewährungen zu verwenden, wobei die von ihr erworbenen Forderungen wieder die Deckung ihrer entsprechenden eigenen Verbindlichkeiten bilden.

Theoretisch mögliche Ausschaltung des Barverkehrs.

Für die rein theoretische Betrachtung ist es denkbar, daß durch die volle Ausbildung des Schecksystems die Barzahlung überhaupt ausgeschaltet würde. Das Grundschema des Güterumsatzes wäre dann einfach folgendes: Eine Personengruppe A hat Waren an eine Gruppe C verkauft und ist mit Schecks auf die gemeinsame Bank bezahlt worden, die ihnen bei dieser gutgeschrieben werden. Die A kaufen nun Waren bei der Gruppe B und zahlen ihrerseits mit Schecks auf ihr Guthaben, die Gruppe B kauft wieder gegen Schecks von den C, die nun ihr Bankguthaben wieder auffüllen können, womit der Kreislauf von neuem beginnt. Alle Schecks aber lauten auf Gold und die Geldeinheit würde auch bei diesem System das allgemeine Wertmaß bleiben. Die Bank wäre nur eine Anstalt für die Vermittelung des Güterumlaufs, die Grundlage ihrer Operationen würde nicht etwa eine Summe in Schecks sein — denn die eingehenden Schecks würden ja sofort durch Überschreibung verschwinden — sondern durch die Gesamtsumme der als stets fällige *Depositen* gutgeschriebenen Forderungen der Konteninhaber gegeben sein. Der reale Wert dieser Forderungen aber würde durch den mittels der Schecks in Umlauf gesetzten *Waren* oder Wertpapiere dargestellt, deren realisierte Preise bei der Bank verbucht sind. Jeder, der eine Ware oder ein Wertpapier verkauft oder auch einen entgeltlichen Dienst geleistet hat,

erwirbt dadurch eine Geldforderung, die ihn befähigt, seinerseits eine entsprechende Kaufkraft zu betätigen. Ist sie sofort fällig, so kann er einen Scheck für den ganzen Betrag verlangen; ist sie erst später fällig, so kann er sich ihren auf die Gegenwart diskontierten Betrag auf seinem Konto gutschreiben lassen. Die Höhe der einzelnen Konten kann einem erheblichen Wechsel unterworfen sein; wenn aber nur Übertragungen von einem Konto auf das andere stattfinden, so wird die Gesamtsumme dieser nur rechnungsmäßigen Depositen nur geringen periodischen Änderungen unterliegen und im allgemeinen mit der zunehmenden Masse des Güterumsatzes langsam ansteigen. Um der Wirklichkeit etwas näher zu kommen, kann man statt der einen auch eine Vielheit von Banken annehmen, die miteinander in Abrechnungsverkehr stehen. Aber auch die Kreditvermittelung der Banken würde neben der Umlaufsvermittelung bestehen bleiben. Für die bei ihnen stehenden Depositen haben sie reelle Gegenwerte, wenn auch nicht in bar, so doch in Schecks oder Wechseln auf andere Banken in Händen, und da die Konteninhaber im allgemeinen nie über ihr ganzes Guthaben verfügen, so kann die betreffende Bank Kredit gewähren, indem sie für einen Teil ihres Depositenbetrages Schecks auf sich ziehen läßt, ohne daß sie befürchten muß, bei der täglichen Abrechnung in ein Defizit zu geraten.

Notenäquivalent der Depositen.

Bei diesem theoretisch konstruierten Umlaufsystem würde also das Geldkapital als bloß abstrakte, formale Kaufkraft den Waren gegenüber stehen und der Sache nach würden wieder Waren gegen Waren eingetauscht, aber mit völliger Überwindung der rohen Schwerfälligkeit des primitiven Naturaltauschs. Vollständig wird dieses Schema jedoch nie verwirklicht werden. Gewisse Zahlungen können ihrer Natur nach nur mit selbständigen Zahlungsmitteln — Gold oder Noten — geleistet werden; namentlich aber ist das Schecksystem gegen Krediterschütterungen sehr empfindlich und wenn eine solche eintritt, erhalten die selbständigen Zahlungsmittel wieder die Oberhand und es muß daher auch bei den Banken stets ein genügender Vorrat an solchen für alle Fälle bereit gehalten werden.

Hier erhebt sich nun die Frage, wie groß die Summe an Banknoten oder Gold sein müßte, die in einem Land, wie England, imstande wäre, den Scheck in dem gegenwärtig bestehenden Zahlungsverkehr zu ersetzen. Als Grundlage des Schecksystems kommen, wie schon erwähnt, nur die besonderen Scheck- und die Kontokorrentdepositen in Betracht, nicht aber die an bestimmte, wenn auch nur kurze Kündigungsfristen gebundenen Spardepositen. Die ersteren entstehen nur zum kleinsten Teil durch Einzahlung von Geld oder Banknoten, vielmehr hauptsächlich durch Einlieferung von Schecks, Diskontierung von Wechseln und durch von der Bank gewährte Lombarddarlehen, die dem Kunden in laufender Rechnung gutgeschrieben werden.

Die materielle Bedeutung des Schecks als Zahlungsmittel ist nun offenbar nicht nach der Summe der jährlich ausgestellten Scheckbeträge, sondern

nach der Summe der Depositen zu beurteilen, über die durch Schecks verfügt werden kann. Nehmen wir an, daß alle Wechseldiskontierungen und alle Lombarddarlehen nur mittels Banknoten stattfänden, daß auch alle Zahlungen in Noten geleistet würden und daß jeder seine Kasse selbst führe. Dann würde in einem gegebenen Zeitpunkt dieselbe Gesamtsumme in Noten in den einzelnen Kassen vorhanden sein, die sich bei einem vollständig durchgeführten Depositensystem in der Form von stets fälligen Guthaben in den Büchern der Banken fände — aber unter der Voraussetzung, daß keine Depositenposten doppelt gezählt würden. Dies findet nun aber bei den bestehenden Bankeinrichtungen in beträchtlichem Umfange statt. In London sind nur 19 Banken unmittelbar am Clearingverkehr beteiligt; die übrigen müssen sich an eine von ihnen als Vermittlerin wenden und daher bei dieser ein Konto halten. Alle größeren Banken haben auch ein Konto bei der Bank von England und die Diskontfirmen betreiben ihr Geschäft hauptsächlich mit den Depositen, die andere Banken bei ihnen halten. Die Depositen aber, die die eine Bank bei der andern ausgetan hat, rühren, wenn auch nicht ausschließlich, so doch zum größten Teil von den Guthaben ihrer eigenen Kunden her. Sie hat vielleicht Wechsel rediskontiert, deren Betrag zugleich ein Aktivum ihrer Kunden bildet, oder eine bei ihr in Schecks auf andere Banken eingezahlte Summe als stets fälliges Guthaben bei diesen stehen lassen. Aus diesen sekundären Depositen können auch noch tertiäre hervorgehen und alle stehen mit ihrem vollen Betrag in den Büchern der Banken, während bei ausschließlicher Notenzahlung sich nur die einfache, von den Kunden zuerst eingezahlte Summe von Noten im ganzen in den Kassen der Banken finden würde. Um also das Notenäquivalent der Depositen, d. h. die Summe in Noten oder Metallgeld, die den für den Scheckverkehr bestimmten Depositensummen entspricht, zu finden, müssen die Depositen abgezogen werden, die die Banken mit den Mitteln ihrer Kontoinhaber an andern Banken weitergegeben haben. Man könnte einwenden, daß das Guthaben des Kunden sowohl wie das damit seitens der Bank anderwärts erworbene Kaufkraft darstelle, über die jederzeit durch Scheck verfügt werden könne. Aber in demselben Zeitpunkt ist nur die einfache Summe wirklich verfügbar, ebenso wie die dieser entsprechende hypothetische nur einmal vorhandene Notensumme. Das Verhältnis ist ein ähnliches, als wenn ein seine Kasse selbstführender Kaufmann einen Teil seines Notenbesitzes, den er in der nächsten Zeit noch nicht braucht, als „tägliches" Geld ausleiht. Die Summe der gleichzeitig vorhandenen, durch Noten repräsentierten Kaufkraft wird dadurch natürlich nicht vergrößert, wohl aber die wirkliche Betätigung dieser potentiellen Kaufkraft erweitert.

Englische Verhältnisse.

Zu einer genügenden Schätzung des für England anzunehmenden Notenäquivalents der Depositen fehlen die tatsächlichen Anhaltspunkte. Nach der Zusammenstellung und Schätzung des „Economist" betrug die Summe der Depositen und Kontokorrentguthaben, die im Juli 1907 bei den Banken

des Vereinigten Königreichs standen — mit Einschluß der Depositen bei der Bank von England — 900 bis 910 Millionen Pfund Sterling. Nicht mitgerechnet sind hier die Depositen bei den sogenannten „Foreign Banks“ und den Kolonialbanken und, wie es scheint, auch nicht die bei den Diskonthäusern stehenden. In der obigen Summe sind aber auch die für den Scheckverkehr nicht in Betracht kommenden Spardepositen enthalten, über deren Höhe keine Auskunft gegeben ist. Ebensowenig ist der Betrag der doppelt gezählten Depositen bekannt. Gewiß aber ist jedenfalls, daß Metallgeld und Noten in England als Umlaufsmittel eine verhältnismäßig untergeordnete Rolle spielen. Sie werden gebraucht zu Lohnzahlungen, als Taschengeld, zu Zahlungen bei Eisenbahnen, Gasthäusern, Theatern, bei vereinzelten Käufen, überhaupt im Verkehr zwischen Personen, die sich nicht kennen, doch strömen diese Gelder immer wieder rasch zu den Banken zurück. Nach der Schätzung des amerikanischen Münzdirektors beträgt der Goldvorrat des Vereinigten Königreichs nicht mehr als 100 Millionen Pfund Sterling, und der Bestand an Silberscheidemünzen nur 23 bis 24 Millionen. Der Barvorrat der Bank von England übersteigt fast immer ihren Notenumlauf außerhalb der Bank um mehrere Millionen und dieser Überschuß wiegt ungefähr die ungedeckten Noten der englischen Provinzialbanken, der schottischen und der irischen Banken auf, so daß also die Gesamtsumme der im Königreich zirkulierenden Noten in der Regel nur die Barvorräte der Emissionsbanken vertritt. Die übrigen Banken haben immer nur einen verhältnismäßig kleinen Bestand an Noten und noch weniger Gold in ihren Kassen. Der größte Teil ihrer flüssigen Mittel besteht aus „Geld bei der Bank von England“ und sonstigem „money at call and short notice“, also aus Depositen bei anderen Banken und Diskonthäusern. Wenn man erwägt, daß die in Frankreich im Umlauf befindlichen Banknoten, Gold- und Kurantsilbermünzen eine Summe von mehr als 7 Milliarden Francs, oder über 280 Millionen Pfund Sterling ausmachen, während im Vereinigten Königreich Gold und Noten außerhalb der Bank 120 Millionen Pfund nicht erreichen, so wird man es für gerechtfertigt halten, das Notenäquivalent der Depositen in England auf mindestens 400 Millionen Pfund zn schätzen, was auch mit den Zahlen des „Economist“ wohl vereinbar ist. Denn der gesamte jährliche Güterumsatz in der britischen Volkswirtschaft ist sicher, wie man schon aus den Ziffern des auswärtigen Handels schließen kann, mehr als doppelt so groß, wie der französische, und diesem Verhältnis muß auch der Bedarf an Umlaufsmitteln, gleichviel welcher Art, einigermaßen entsprechen. Allerdings ist dieses Zahlungssystem, wie schon oben angedeutet wurde, auch nicht ohne Schattenseiten. Wenn ungewöhnliche Rückforderungen von Depositen an die Banken herantreten, wenn namentlich eine größere Nachfrage nach Gold für die Ausfuhr entsteht, so bildet die Bank von England die letzte Stütze für alle anderen. Als verfügbare Deckung der beim Bankdepartement stehenden Depositen — in der neueren Zeit meistens 50—60 Millionen Pfund mit Ein-

schluß der öffentlichen Depositen — dient die Notenreserve dieses Departements nebst einem kleinen Bestand an Metallgeld, nicht aber der Barvorrat des von der Bankabteilung vollständig getrennten Emissionsdepartements. Die Bank sucht diese Reserve immer nahe gleich der Hälfte der Depositensumme zu halten; wenn ihr dies aber nicht gelingt, so erhöht sie ihren Diskontsatz in dem Maße, wie die Reserve zurückgeht. Damit wirkt sie zugleich der Goldausfuhr entgegen; denn diese kommt in der Art zustande, daß dem Bankdepartement Noten entnommen und beim Emissionsdepartement gegen Gold eingelöst werden. Der hohe Diskont und die damit verbundene Beschränkung der Kreditgewährung seitens der Bank kann leicht eine schon in der Entwicklung befindliche Krisis zu vollem Ausbruch bringen. Wenn aber das öffentliche Vertrauen in England ernstlich erschüttert würde, so könnte infolge der weitgehenden Zentralisation des dortigen Bankwesens eine noch schlimmere Stockung des ganzen wirtschaftlichen Verkehrs entstehen, als jene, die man in Newyork im Herbst 1907 erlebt hat. Ein „run" auf die Banken bedeutet heutzutage nicht mehr ein massenhaftes Zuströmen von Noten zur Einlösung, sondern einen massenhaften Zudrang von Kontoinhabern, die ihre Depositen zurückfordern. Mit den Depositen aber verschwindet zugleich die Grundlage des ganzen Scheckzahlungssystems.

Die hohen Diskontsätze, zu denen die Bank von England, namentlich im Vergleich mit der Bank von Frankreich, so häufig greifen muß, sind unmittelbar allerdings zum Teil durch die starre Kontingentierung der ungedeckten Notenausgabe (gegenwärtig auf 18475000 Pfund Sterling) bedingt, die es dem Bankdepartement unmöglich macht, von der anderen Abteilung Noten zu erhalten, ohne daß es den gleichen Betrag in Gold einliefert. Jedoch werden die Zinsfußsteigerungen in kritischen Zeiten durch die Vorherrschaft des Schecksystems wesentlich begünstigt, da dieses bei den Banken das Bestreben erzeugt, ihren Kassenbestand an Noten und Gold auf das geringstmögliche Maß zu beschränken. Dieses genügt dann für den gewöhnlichen Bedarf, nicht aber für schwierigere Lagen. An Vorschlägen, um neben dem Barvorrat der Bank von England noch eine weitere größere Goldreserve zu schaffen, hat es nicht gefehlt, bisher ist aber noch nichts in diesem Sinne geschehen.

Deutsche Verhältnisse.

In Deutschland hat der Scheck bisher nur in dem Giroverkehr der Reichsbank eine ausgedehnte Anwendung gefunden. Der Erfolg der lebhaften Bestrebungen, seinen Gebrauch in weiteren Kreisen einzubürgern, wird durch das im Jahre 1908 erlassene Scheckgesetz gefördert werden, und dann wird auch die Summe der als Unterlage dieses Verkehrs dienenden Depositen sich mehr den englischen Verhältnissen annähern. Die Spareinlagen bei den Banken haben in der neueren Zeit beträchtlich zugenommen; sie betrugen z. B. Ende 1906 bei vier großen Berliner Banken 769 Millionen Mark, aber diese sind nicht für den Scheckverkehr bestimmt. Die gleichzeitig bei denselben Banken stehenden Kreditoren-

forderungen in laufender Rechnung beliefen sich auf 1727 Millionen Mark, aber auch über diese wird nur zum kleinsten Teil durch Schecks verfügt worden sein. Der Gesamtbestand an Depositen aller Art und Guthaben der Kunden in laufender Rechnung betrug beispielsweise Ende 1906 bei 144 Kreditbanken und 5 Notenbanken nach den Zusammenstellungen des „Deutschen Ökonomist“ (mit Einschluß der Girodepositen der Reichsbank) 7250 Millionen Mark, eine im Vergleich mit den englischen Ziffern noch immer sehr mäßige Summe, selbst wenn sie in gleichem Verhältnis wie in England dem Scheckverkehr diente. Anderseits aber sind in Deutschland durchschnittlich etwa 1500 Millionen Mark in Gold und Banknoten mehr als in England außerhalb der Kassen der Notenbanken im Umlauf. Auch ist anzunehmen, daß sich in Deutschland jederzeit eine größere Summe in Wechseln im Verkehr befindet, die nicht zur Erlangung von Bankguthaben für den Scheckverkehr, sondern unmittelbar als Umlaufsmittel verwendet werden. Ferner aber entstehen ohne Zweifel im deutschen Warenverkehr in großem Maßstabe formlose Buchkredite. Namentlich verkauft der Großhändler vielfach an Kleinhändler auf Kredit ohne feste Regelung der Zahlung durch Wechsel, wie auch der Kleinhändler oft viele Monate auf die Zahlung seiner Kunden wartet. Wenn in Deutschland strengere Zahlungssitten beständen, so würde jedenfalls ein großer Teil der Buchkredite durch Wechsel ersetzt sein, deren diskontierte Beträge in den Bankkonten als Depositen erscheinen könnten. Endlich aber besitzt England auch unbestritten einen größeren Kapitalreichtum, sowohl in der Form von Reserven, die bei den Banken stehen, als namentlich auch an umlaufendem Kapital, das eben in den stets fälligen Bankdepositen in einer trotz des steten Wechsels der einzelnen Besitzer annähernd konstanten, nur allmählich zunehmenden Gesamtsumme hervortritt. Daß Lombarddarlehen als Guthaben in laufender Rechnung behandelt werden, also formell als Depositen erscheinen, kommt auch in Deutschland vor. Die Reichsbank erklärt in ihren Bedingungen ausdrücklich, daß erteilte Lombarddarlehen wie angekaufte Wechsel dem Girokonto sofort gutgeschrieben werden. Indes ist der Lombardverkehr der Reichsbank grundsätzlich beschränkt, da die Darlehen nicht als Notendeckung angerechnet werden. Als Bestandteil der normalen Grundlage des Scheckverkehrs können solche formale Depositen nicht angesehen werden. Wenn dieser seinem Ideal entsprechend eine verbesserte Form des Austausches von Waren gegen Waren darstellen soll, so dürfte ein Kontoinhaber durch sein Bankguthaben Kaufkraft nur auf Grund eines vorangegangenen reellen Verkaufs erhalten. Depositen, die durch Diskontierung von Finanzwechseln entstehen, entsprechen dieser Forderung ebensowenig, wie die gutgeschriebenen Lombarddarlehen.

Eine größere Ausdehnung und Intensität des Scheckverkehrs im Deutschen Reich ist nicht nur aus den angeführten allgemeinen Gründen, sondern auch deshalb zu wünschen, weil dadurch eine straffere Ordnung des

Zahlungswesens überhaupt und eine Zurückdrängung der jetzt so weit verbreiteten Borgwirtschaft befördert würde. Anderseits ist aber doch eine zu einseitige Herrschaft des Schecksystems zu vermeiden und durch eine geeignete Organisation des Notenbankwesens dafür zu sorgen, daß auch ein genügend elastischer Umlauf von selbständigen Zahlungsmitteln erhalten bleibe.

Ausprägung der Werteinheit im Güterumlauf.

X. Der Wert der Geldeinheit. Nachdem im obigen das Verhältnis des Metallgeldes zu dem ganzen modernen Zahlungssystem dargelegt ist, kann auf die Frage näher eingegangen werden, wie weit der Wert der in mannigfaltigen Formen erscheinenden, aber immer durch ein bestimmtes Goldquantum darstellbaren Geldeinheit selbst Veränderungen gegenüber den Waren unterworfen sei. Daß der Wert des Goldes nicht durch die Produktionskosten und vollends nicht durch die Produktionskosten unter den ungünstigsten Bedingungen bestimmt wird, ist oben schon zur Genüge dargetan. Ebenso ist klar, daß eine Vermehrung oder Verminderung der vorhandenen Menge des Metallgeldes auf den eigenen Wert desselben gegen die Waren um so weniger einwirken kann, je größer die Masse der auf die Geldeinheit bezogenen Umlaufsmittel ist, die neben dem baren Gelde den Warenumsatz vermitteln, und daß diese Einwirkung sogar gleich Null wird, wenn das neu hinzukommende Metallgeld an die Stelle anderer Umlaufsmittel tritt oder das abfließende durch solche ersetzt wird. Selbstverständlich wird auch der Tauschwert des Goldes ungeändert bleiben, wenn der vermehrten Menge der Umlaufsmittel immer eine entsprechende Vermehrung der in einem bestimmten Zeitraume, z. B. einem Jahre, umzusetzenden Waren gegenübersteht oder wenn umgekehrt Umlaufsmittel und umzusetzende Warenmenge sich gleichmäßig vermindern.

Nun besteht die Eigentümlichkeit der modernen Form des Güteraustauschs gerade darin, daß die Hilfsmittel des Umlaufs durch die umzusetzenden Waren selbst geliefert werden und daß das Metallgeld in dem größten Teil des Verkehrs den Waren gar nicht mehr als wirkliches Tauschobjekt entgegengestellt wird. Der Scheck ist kein selbständiges Tauschgut, sondern nur ein flüchtig auftretendes Verrechnungsmittel, das sich nicht auf hinterlegtes Metallgeld bezieht, sondern auf Guthaben, die größtenteils auf andere Art als durch bare Einzahlung entstanden sind und daher im reellen Geschäftsverkehr auf Verkäufen von Waren beruhen. Den Waren schließen sich hier auch alle anderen Tauschobjekte an, wie namentlich Wertpapiere und Dienstleistungen. Solange dieser Verkehr regelrecht und ungestört vonstatten geht, werden nicht Waren gegen Gold, sondern der Sache nach Waren gegen Waren ausgetauscht. Die Werteinheit prägt sich gleichsam in den Waren selbst aus und bei einem Güteraustausch nach den aus dem Verkehr sich ergebenden Wertverhältnissen hat die Einheit, in der diese Verhältnisse ausgedrückt werden, für sich gar keinen Einfluß auf die Wertbestimmung. Jedermann hat, da er

immer abwechselnd Käufer und Verkäufer ist, ein Interesse daran, einen Zustand aufrechtzuerhalten, in dem die Tauschwerte der Waren sich lediglich aus den gesamten Produktions- und Handelsbedingungen der Waren selbst bestimmen und nicht durch die selbständige Wertbewegung eines sich als Vermittler einschiebenden Sachgutes beeinflußt werden. Dennoch aber ist es zweckmäßig, daß durch eine bestimmte Menge eines fungiblen Sachgutes die Werteinheit mit möglichst großer Konstanz verkörpert und daß für jede durch andere Güter repräsentierte Tauschwertgröße ein Äquivalent in dieser realen Einheit dargestellt und hingegeben werden kann. Die Unveränderlichkeit dieser durch Gold dargestellten Werteinheit ist namentlich auch von großer Wichtigkeit für die Festhaltung des inneren Wertes der fortwährend in einer so enormen Summe bestehenden Geldschulden.

Gold und andere Zahlungsmittel.

Das Goldgeld kann jederzeit für Banknoten und Schecks eintreten und umgekehrt können diese Zahlungsmittel jederzeit das Gold ersetzen. Es kommt nur darauf an, daß das Gold bei der Ausübung der Geldfunktion ein vollkommen neutraler Faktor bleibe. Es darf nicht in zu geringer Menge im Verkehr sein, denn auch in den Ländern mit dem höchstentwickelten Bankzahlungssystem besteht doch noch ein gewisser Bedarf an Goldgeld als Basis der Kreditumlaufsmittel, der befriedigt sein muß, wenn nicht Goldknappheit und — durch Vermittlung kritischer Erscheinungen — eine Steigerung des inneren Geldwertes gegen die Waren eintreten soll. Eine starke Vermehrung des monetären Goldvorrats eines Landes kann allerdings eine Wirkung auf den Wert der Geldeinheit ausüben, aber doch nur insofern, als dadurch bei gleichem Umfange des jährlichen Güterumsatzes die gesamte Nominalsumme der überhaupt verfügbaren Zahlungsmittel vergrößert wird. Wenn aber in England die dem Scheckverkehr dienenden Depositen 400 oder mehr Millionen Pfund Sterling in Noten ersetzen, so wird selbst eine Vermehrung des englischen Goldbestandes um 10 Millionen Pfund — etwa 10 Prozent des vorhandenen — keinen erheblichen Einfluß auf die Gesamtheit der Zahlungsmittel ausüben. In stillen Zeiten würde der Mehrbetrag einfach in den Kassen bleiben und dadurch eine gleiche Summe nicht metallisch gedeckter Noten und Depositen in gedeckte verwandeln. Bei aufsteigender wirtschaftlicher Bewegung aber wächst die jährliche Gesamtsumme des Güterumsatzes so mächtig an, daß jede nach den Produktionsverhältnissen überhaupt mögliche Vermehrung des Goldvorrats nur als eine erwünschte Erweiterung der Kreditbasis dient, nicht aber selbständig auf die Preise wirken kann. Denn die Preissteigerung geht unter solchen Umständen aus dem aufstrebenden Wirtschaftsprozeß selbst hervor, mit Hilfe des Kredits in allen Formen, auch unabhängig vom Schecksystem. Was das Anschwellen der Umsätze betrifft, so ist zu bedenken, daß jede Million Mark an fertigen Waren, die an die letzten Abnehmer gelangen, einer Umsatzsumme von vielleicht drei bis vier Millionen entspricht, da die Rohstoffe, Halb-

fabrikate und Ganzfabrikate in verändertem oder unverändertem Zustande ihrem Werte nach mehrere Male umgesetzt werden, bis endlich die fertige Ware ihr Ziel erreicht. In gleichem Verhältnis vervielfacht sich daher auch ein Zuwachs zur Jahresproduktion in der Umsatzsumme. Jeder Beteiligte ist Käufer der Ware der Vorstufe und Verkäufer für die nächstfolgende Stufe. Bei genau geregeltem und kontinuierlichem Betriebe könnte immer die Forderung aus dem Verkauf einer früher gekauften und weiter verarbeiteten Ware gleichzeitig fällig werden mit der Zahlungsverbindlichkeit für einen neuen Kauf. In der Wirklichkeit werden Forderungen und Verbindlichkeiten nicht so genau ineinander greifen, aber es ist ersichtlich, daß immer in großem Umfange Ausgleichungen stattfinden, bei denen der Goldvorrat wesentlich nur dazu dient, die Festigkeit der Werteinheit zu sichern. Wenn freilich die jährliche neue Goldzufuhr über gewisse Grenzen hinausginge, so würde sie ihren selbständigen Einfluß ausüben und namentlich auch eine Vermehrung der Bankzahlungsmittel zur Folge haben, wodurch dann der Geldwert den Waren gegenüber allmählich herabgedrückt würde. Es liegt jedoch kein Grund vor, eine solche Vermehrung des Goldvorrats zu erwarten.

Goldproduktion und Geldwert.

Die Goldproduktion der Erde von der Entdeckung Amerikas bis zum Jahre 1850 betrug in runder Ziffer etwa 13 Milliarden Mark. Infolge des industriellen Verbrauches, der Abnutzung und sonstiger Verluste waren aber in dem letztgenannten Jahre höchstens 3 Milliarden Mark in Goldmünzen vorhanden. Von 1851 bis 1875 aber wurden 13 Milliarden neu gewonnen und in den Jahren 1876 bis 1907 belief sich die Produktion auf fast das Doppelte dieser Summe, nämlich auf 25 Milliarden Mark. Etwa ein Drittel von diesen 38 Millionen Mark ist von der Industrie verwendet worden, zwei Drittel aber haben zur Vermehrung des Geldvorrats der Welt gedient. Zugleich aber ist das Silbergeld zwar zurückgedrängt, aber keineswegs verdrängt worden. Nur Deutschland und die skandinavischen Staaten haben Silbermünzen — zusammen etwa im Nominalwert von 700 Millionen Mark — eingeschmolzen und verkauft, im übrigen aber sind die vorhandenen Silbermünzen beibehalten oder in Scheidemünzen umgeprägt und außerdem sind von verschiedenen Staaten mehrere Milliarden neu ausgemünzt worden. Im ganzen gibt es in der Kulturwelt gegenwärtig wahrscheinlich mehr als fünfmal soviel Metallgeld als im Jahre 1850. Und doch ist seitdem auch nicht annähernd eine Preisrevolution eingetreten, wie sie das 16. Jahrhundert infolge des Edelmetallzuflusses aus Amerika erlebte. Im Gegenteil, in den achtziger Jahren, als der monetäre Goldvorrat gegen 1850 schon auf das Vier- bis Fünffache gestiegen war, sprach man von einer „Appreciation“ des Goldes als Ursache des ungewöhnlich niedrigen Standes der Warenpreise und im Jahre 1898, als die Goldproduktion durch die Erschließung der Transvaalschen Minen schon seit mehreren Jahren einen neuen mächtigen Aufschwung genommen hatte, stand das allgemeine Preisniveau der Waren, wie es, wenn auch nur in

sehr roher Weise, durch die sogenannte Indexziffer des englischen „Economist“ dargestellt wird, um 10 Prozent tiefer als im Durchschnitt der Jahre 1845—1850. Nachdem die Indexziffer dann 1905 zum ersten Male seit 1890 diesen Anfangsdurchschnitt wieder überschritten und 1907 sogar um etwa 15 Prozent darüber hinausgegangen war, wurde sie durch die Krisis des letzteren Jahres abermals herabgedrückt und sank im Laufe des Jahres 1908 sogar wieder etwas unter den mehr als ein halbes Jahrhundert zurückliegenden Ausgangswert. Wenn also so häufige Klagen über die Verteuerung des Lebensunterhalts in der neueren Zeit laut werden, so sind diese nicht in einer Entwertung des Goldes begründet. Diese Verteuerung rührt vielmehr vor allem daher, daß die Zahl der Bedürfnisse, die auch von den weniger bemittelten Ständen zu den notwendigen gerechnet werden und überhaupt die Lebensansprüche in hohem Grade zugenommen haben, und ferner daher, daß die bei den statistischen Untersuchungen in Betracht gezogenen Preise die des Großverkehrs sind, nicht die des Konsumentenverkehrs, der unter besonderen Bedingungen steht. Die Detailpreise sind in der Tat vielfach gestiegen, was zum Teil auch mit der Steigerung der Mieten durch die Entwicklung der städtischen Grundrente zusammenhängt. Auch die Dienstleistungen sind im Preise gestiegen; die Erhöhung der Löhne dagegen ist größtenteils durch Fortschritte der Technik ausgeglichen worden. Die in vielen Ländern durch Zölle verursachte Preissteigerung hängt natürlich mit der Frage des inneren Geldwertes nicht zusammen.

Tatsächliches über den Goldumlauf.

Ein Hinweis auf die tatsächlichen Verhältnisse in den wichtigsten Ländern möge zur weiteren Erklärung der großen Stabilität des Goldwertes dienen. Der größte Teil des jährlich gewonnenen Goldes kommt zunächst nach England und wird von dort aus auf die übrigen Länder verteilt. In England selbst aber wird so wenig Gold wie möglich zurückgehalten, trotz der Energie, mit der die Zentralbank von Zeit zu Zeit zum Schutz ihrer Reserve die Diskontschraube anzieht. Im Jahre 1850 betrug der Barvorrat der Bank 16 Millionen Pfund Sterling, im März 1908 war er auf die ungewöhnliche Höhe von 40 Millionen gestiegen. Die Goldproduktion von 1900 Millionen Pfund Sterling innerhalb dieser Periode hatte also dem Goldbestand der Bank nur einen Zuwachs von 24 Millionen hinterlassen. Anderseits war der Notenumlauf jetzt um 11 Millionen kleiner, als der Barvorrat und nur um 7 Millionen größer als 1850. Und wie gewaltig ist in diesem Zeitraum Produktion, Handel und Güterumsatz gewachsen. Die veröffentlichte Statistik des Londoner Clearinghauses reicht nur bis 1868 zurück. In diesem Jahr betrug die Summe der Abrechnungen 3425 Millionen Pfund Sterling und der durchschnittliche Goldvorrat der Bank 21 Millionen. Im Jahre 1907 aber waren die entsprechenden Zahlen 12730 Millionen und 35 Millionen Pfund Sterling. Wenn nun auch von dem Zuwachs etwa 1½ Milliarde auf Rechnung der räumlichen Erweiterung des Clearingverkehrs seit 1868 zu setzen sind, so ist doch klar, daß die Metallbasis des Umlaufssystems

sich verhältnismäßig nicht verbreitert, sondern stark verengt hat. Dasselbe darf auch von dem Verhältnis des Goldvorrats zu der Gesamtsumme der Depositen in den beiden Jahren gesagt werden, die sich allerdings für 1868 nicht mit genügender Sicherheit schätzen läßt.

Es zeigt sich also hier in konkreten Tatsachen, was oben bereits im allgemeinen gesagt wurde: in England ist das Gold überhaupt nicht das eigentliche aktive Umlaufsmittel; der Goldvorrat der Bank ist gewissermaßen nur ein Ballast, durch den das Wertsystem auf einem bestimmten Niveau und in einer festen Beziehung zu der Preisbildung in anderen Ländern erhalten wird. Eine ungewöhnliche Goldzufuhr fließt zunächst in die Bank von England und läßt den äußeren Umlauf unberührt. Was über den Bedarf hinausgeht, wird dann bald in das Ausland abgestoßen. So stieg der Barvorrat der Bank infolge des starken Andrangs des Transvaalschen Goldes vom März 1895 bis März 1896 um mehr als 11½ Millionen Pfund Sterling auf die vorher und nachher nie dagewesene Summe von 47,9 Millionen Pfund Sterling, während gleichzeitig die Depositen des Bankdepartements — eben durch die Goldeinzahlungen — um einen noch größeren Betrag anwuchsen. Aber schon im Dezember 1896 war der Goldvorrat auf 36 Millionen und auch der Depositenbestand um 13 Millionen zurückgegangen.

In den Vereinigten Staaten ist der Scheckverkehr nicht weniger hoch entwickelt, als in England, wie schon aus den Ziffern des Clearingverkehrs hervorgeht, der in der ganzen Union von 47 Milliarden Dollars im Jahre 1884 auf 140 Milliarden im Jahre 1907 gestiegen ist. Anderseits aber ist der Barvorrat weit größer als in England, nämlich 1600 Millionen Dollars in Gold und 570 Millionen in Standard-Silberdollars, das Ergebnis der jetzt zum Stillstand gekommenen Agitation der Silberpartei. Dazu kommen noch 200 Millionen Dollars nicht gedecktes Papiergeld mit gesetzlicher Zahlungskraft, ungefähr 150 Millionen Silberscheidemünzen und durchschnittlich etwa 350 Millionen Dollars nicht metallisch gedeckte Banknoten. Dennoch erwies sich bei der Krisis von 1907, als der Scheckverkehr zeitweise ins Stocken geriet, der Bestand an selbständigen Zahlungsmitteln überhaupt und an Gold im besonderen als ungenügend.

Auch in Deutschland ist jedenfalls kein die Preise emportreibender Überschuß an Gold vorhanden. Es ist sogar wahrscheinlich, daß der Goldbesitz des deutschen Volkes nicht so groß ist, wie es mit Rücksicht auf die bestehende Notenbankgesetzgebung wünschenswert wäre. Die gewöhnlich angenommene Zahl für den deutschen Goldvorrat — 3700 bis 3800 Millionen Mark — ist wahrscheinlich zu hoch, weil der industrielle Verbrauch zu niedrig geschätzt ist. Vielleicht muß man diese Ziffer auf 3100—3200 Millionen Mark herabsetzen und dann würde sich von 1877 bis 1907 nur ein Zuwachs von etwa 1000—1200 Millionen Mark ergeben, wenn die Taler als Währungsmünzen mit dem Golde zusammengefaßt werden. In derselben Zeit aber ist die Durchschnittssumme der Girodepositen von 178 Millionen auf 579 Millionen Mark gestiegen und im Jahr 1908 ist zeitweise

die Ziffer von 800 Millionen Mark erreicht worden; die Giroumsätze haben sich verneunfacht und der 1884 von der Reichsbank eingerichtete Abrechnungsverkehr hat 1907 bereits 45 Milliarden überschritten. Die Depositen der Kreditbanken haben sich von 1897 bis 1907 mehr als verdreifacht und ihr Notenäquivalent darf jedenfalls auf mehr als eine Milliarde Mark geschätzt werden. Die Summe der nicht bar gedeckten Noten beträgt meistens nur 2—300 Millionen, ist aber vorübergehend auch schon auf mehr als eine Milliarde gestiegen, und es ist zweckmäßig, daß auch in Zukunft neben dem Scheck ein genügend elastischer Banknotenumlauf bestehen bleibe. In Frankreich hat sich ein kolossaler Metallvorrat — am Anfang des Jahres 1909 rund 3500 Millionen Francs in Gold und 900 Millionen in Silber (größtenteils Kurantmünzen) bei der Bank angehäuft. Er wird im Publikum durch Noten vertreten, die meistens zu 80 bis 90 Prozent gedeckt sind. Die Summe der nicht bar gedeckten Noten beträgt in der Regel nur 5—600 Millionen Francs, ist aber doch in der neuesten Zeit zuweilen auf 1200 Millionen gestiegen. Zugleich aber gewinnt der Scheckverkehr immer mehr an Umfang, wie sich schon aus den Abrechnungen der Pariser „Kompensationskammer" ergibt, die in der neueren Zeit in rascher Zunahme begriffen sind, wenn sie auch noch nicht die Hälfte der gegenwärtig in Deutschland erreichten Summen ausmachen.

Die allgemeine Ausbreitung der Goldwährung und die bereits erfolgte oder vorbereitete Aufhebung der Papiergeldwirtschaft in Rußland, Österreich und anderen Staaten hat ohne Zweifel ebenfalls wesentlich dazu beigetragen, daß die außerordentliche Vermehrung der Goldproduktion seit dem Anfang der neunziger Jahre nicht eine merklichere Verminderung der nach Gold gemessenen Werteinheit zur Folge gehabt hat.

Goldknappheit und Goldüberfluß.

Auch wenn die Zunahme des Goldvorrats in der Kulturwelt noch längere Zeit in dem gegenwärtigen Verhältnis fortdauerte, würde sich eine erhebliche Wertverminderung des Goldes nicht fühlbar machen, wenn sich der gesamte Güterumsatz der Weltwirtschaft, wie anzunehmen ist, in dem bisherigen Maße weiter entwickelt. Es ist aber sehr unwahrscheinlich, daß die Goldproduktion sich noch viele Jahrzehnte auf der jetzigen Höhe behaupten wird, es ist vielmehr mit Gewißheit zu erwarten, daß sie von einem nicht näher bestimmbaren Zeitpunkt ab in ein Stadium stetiger, wenn auch langsamer Abnahme treten wird. Es könnte dann auch eine Erhöhung des Goldwertes und somit auch der Geldwerteinheit entstehen, jedoch würde die dadurch bedingte langsame Verschiebung der Preise um so weniger merkbar sein, je mehr der Bedarf an effektivem Goldgelde durch die Verallgemeinerung des Bankzahlungssystems eingeschränkt wäre. Wenn gegenwärtig häufig von Goldknappheit gesprochen wird, so beruht dies einesteils auf der sehr verbreiteten Verwechselung von barem Gelde und freiem Geldkapital; teils aber handelt es sich um das Auftreten eines wirklichen Geldmangels in einzelnen Ländern, deren Geldverhältnisse durch eine ungewöhnliche Goldausfuhr gestört werden. Findet eine solche

lediglich unter dem Einfluß vorübergehender Konjunkturen statt, z. B. infolge einer schlechten Ernte oder größerer Kapitalanlagen im Auslande, so wird früher oder später auch wieder eine Ausgleichung durch eine umgekehrte Bewegung stattfinden. Diese wird befördert durch die Diskontopolitik der großen Zentralbanken, die auf eine genügende Bardeckung ihres Notenumlaufs bedacht sein müssen. Eine Erhöhung ihres Diskontsatzes — der der Privatdiskont bald, wenn auch meistens in einigem Abstand folgt — bedeutet zunächst eine Beschränkung ihrer Kreditgewährung im Inlande; der höhere Zinsfuß zieht aber auch ausländisches Kapital heran, das wenigstens teilweise auch durch Goldsendungen übertragen wird. Aber auch ohne solche wird der Wechselkurs auf das Inland im Auslande günstig beeinflußt, denn der Barwert der Wechsel bestimmt sich dort nach dem Diskontsatz im Inlande und je höher dieser ist, um so mehr werden die Wechsel mit längerer Laufzeit im Auslande zurückgehalten und anderseits zu vorübergehenden Kapitalanlagen gesucht, was eine Erhöhung ihres Kurses bewirkt. Die kurzen Wechsel allerdings werden zur Einkassierung versandt, aber ihre Beträge bleiben vielfach der hohen Verzinsung wegen als Guthaben bei inländischen Banken stehen, so daß eine weitere Goldausfuhr vorläufig vermieden wird. Wenn freilich chronische Übel in der Volks- oder Finanzwirtschaft des Landes, z. B. übermäßig drückende Verschuldung dem Auslande gegenüber, die Goldausfuhr verursachen, so läßt sich durch die Diskontopolitik keine nachaltige Wirkung erzielen; das Land gerät dann in die Papiergeldwirtschaft, in der das Gold überhaupt nicht mehr Wertmaß ist.

Einschiebung formaler Kaufkraft.

Aber auch ohne Goldausfuhr kann sogenannte Goldknappheit entstehen, wenn nämlich die Summe der in den Verkehr gebrachten Bankzahlungsmittel, seien es Banknoten oder Schecks, übermäßig anschwillt, die metallische Basis des Zahlungssystems unter den gegebenen Bedingungen also unzulänglich zu werden droht und die großen Banken sich genötigt sehen, gegen das stürmische Ansteigen der Güterbewegung hemmend einzuschreiten. Bei dem wirtschaftlichen Aufschwung sind die Preise gestiegen, ohne daß der Goldvorrat vermehrt zu werden brauchte und sie stehen am höchsten, wenn Goldknappheit fühlbar wird. Mit dem Werte des Goldes gegen die Waren hat diese Goldknappheit nichts zu tun, sie bedeutet nur ein Mißverhältnis des Bestandes an Goldgeld zu der Gesamtheit der Zahlungsmittel. Anderseits ist bei ungewöhnlich niedrigem Stande des Preisniveaus in der neueren Zeit immer ein Überfluß an verfügbarem Golde beobachtet worden, so daß auch dann nicht etwa eine Steigerung des inneren Wertes des Goldes vorlag, sondern ein Mißverhältnis entgegengesetzter Art zwischen Gold und den gesamten Zahlungsmitteln. So wuchs der Barvorrat der Bank von England in den Jahren 1894 und 1895 immer höher über den Notenumlauf hinaus und im Jahre 1896 erreichte der Überschuß den enormen Betrag von mehr als 22 Millionen Pfund Sterling bei einem Goldbestand von 48 Millionen. Dabei stand der Diskontsatz der Bank

22 Monate hindurch auf 2 Prozent und das Niveau der Warenpreise erreichte gerade in diesen Jahren den tiefsten Punkt. Es fehlte also weder an verfügbarem Golde noch an verfügbarem Geldkapital; wenn aber die Preise dadurch nicht beinflußt wurden, so ist dies nicht einfach durch eine pessimistische mutlose Stimmung der Kapitalisten zu erklären, sondern vor allem durch das ungünstige Urteil, das die sachkundigen Leiter der großen Unternehmungen hinsichtlich der damaligen weltwirtschaftlichen Konjunkturen und der Möglichkeit günstiger geschäftlicher Kombinationen sich gebildet hatten. In dieser Hinsicht trat seit 1896 eine Wendung zum Besseren ein; das Transvaalsche Gold aber wäre für sich nicht imstande gewesen, auf die Preisbewegung einzuwirken. Eine Vergrößerung des Goldvorrats hat nur die Bedeutung, daß sie eine breitere und daher sicherere Grundlage für die Kreditentwickelung und die aus dieser hervorgehende Steigerung der Preise darbietet.

Das Gold liefert, wie schon mehrfach bemerkt, für den heutigen großen Verkehr nur einen Sicherheitsfonds; die wirksame Kaufkraft aber geht in erster Linie aus vorher abgeschlossenen Verkäufen von Waren oder anderen Wertobjekten hervor. Ihre Betätigung wird durch die Kreditorganisation vermittelt, indem die Verkäufer für ihre Waren, soweit diese nicht bar bezahlt werden, diskontierbare Wechsel annehmen oder auf Grund ihrer Buchforderungen Kredit erhalten. Es wäre denkbar, daß die Gesamtsumme der wirksamen Kaufkraft durch solchen aktiven, auf vorhergegangene Verkäufe fundierten Kredit dargestellt würde. In Wirklichkeit kommt aber auch eine auf passivem Kredit beruhende Kaufkraft mit ins Spiel, die nicht aus der zusammenhängenden Reihe des Güteraustausches entsteht, sondern sich gleichsam willkürlich an beliebigen Stellen einschiebt. In der normalen Güterbewegung ist der Käufer von Waren zugleich auch Verkäufer und seine Kaufkraft hat ihre reale Wurzel in seiner Produktions- oder Handelstätigkeit. Nach den wechselnden Marktkonjunkturen mag bald der Käufer, bald der Verkäufer günstiger stehen, aber weder der eine noch der andere hat Grund, eine Änderung des Geldwertes zu wünschen. Eine von außen eingeschobene, formale, auf passivem Kredit beruhende Kaufkraft dagegen steht im Dienst der Spekulation, die auf Steigen der Preise rechnet, und der Betätigung dieser Kreditkaufkraft liegt daher eine einseitige Tendenz in dieser Richtung zugrunde. Es handelt sich hier, was wohl zu beachten ist, nicht um leihweise übertragenes Metallgeld — denn durch die Kreditgewährung dieser Art wird keine neue Kaufkraft geschaffen —, sondern um formale Kaufkraft, wie sie durch Lombarddarlehne in nicht bar gedeckten Noten oder in Form von Gutschrift auf Bankkonto, durch Akzepte von Finanzwechseln oder auch einfach durch Buchkredite, die die Verkäufer gewähren, dargestellt wird. Die auf solche Art gekauften Waren sind Eigentum der Käufer, die aber ihrerseits mit einer Schuld belastet sind, und tatsächlich ist jederzeit eine bedeutende Summe solcher Schulden in der Schwebe. Anderseits aber werden auch fortwährend

Schulden, die aus früheren Käufen entstanden sind, in der Gegenwart fällig, und wenn die Zahlungen regelmäßig vonstatten gehen und die neu entstehenden Schulden mit den getilgten annähernd im Gleichgewicht bleiben, so kann ein erheblicher Betrag an nicht fundierter, vorweggenommener Kreditkaufkraft ständig im Verkehr sein, ohne daß eine Einwirkung auf die Preise bemerkbar wird. Wenn dagegen die eingeschobene Kaufkraft andauernd das Übergewicht über die fällig werdenden Zahlungen erlangt — und das ist bei wirtschaftlichem Aufschwung und lebhafter Erregung der Spekulation stets der Fall — so wird die Gesamtheit der wirksamen Kaufkraft durch die einseitige Entwicklung dieses rein formalen Teiles derselben in solchem Maße vergrößert, daß eine Preissteigerung entsteht, die als eine Verminderung des Wertes der in den Waren selbst ausgeprägten, zugleich aber auch durch ein Goldquantum dargestellten Geldeinheit anzusehen ist. Diese spekulative Preissteigerung und die ihr entsprechende Verminderung des Geldwertes ist aber immer nur von beschränkter Dauer. Die Preise können nicht immer höher getrieben werden; das folgt schon aus der in allen Metallbereitungsländern bestehenden Notwendigkeit, ein gewisses Minimalverhältnis des Goldvorrats zu den Bankzahlungsmitteln aufrecht zu erhalten. Gerät aber die aufsteigende Bewegung der Preise ins Stocken, so sind die auf eingeschobene Kreditkaufkraft gestützten Spekulationen mißlungen, viele Käufer sind nicht imstande, ihre Verbindlichkeiten zu erfüllen und die Panik bewirkt einen Sturz der Preise, der sie meistens noch unter ihren Anfangsstand zurückwirft. Zugleich aber tritt dann eine Beschränkung des Kredits ein, durch die die überschüssige formale Kaufkraft zum Verschwinden gebracht und ihr Wiederaufleben oft auf längere Zeit verhindert wird.

Die Produktion von neuem Golde kann in einem beschränkten Gebiet, wenn sie sehr reichlich und mit ungewöhnlich hohem Gewinn verbunden ist, eine ähnliche Wirkung auf die Preise ausüben, wie die Einschiebung formaler Kreditkaufkraft. Diese Wirkung ist aber lokal eng beschränkt; im Weltverkehr erwerben die einzelnen Länder ihr Gold ebenfalls nur in regelmäßigem Austausch gegen Waren, und selbst wenn es direkt aus den Produktionsgebieten bezogen wird, ist damit kein ungewöhnlicher Gewinn zu erlangen, wenn auch die Warenpreise an Ort und Stelle von den Händlern sehr hoch gehalten werden mögen. Im übrigen ist an das bereits Gesagte zu erinnern, daß nämlich die tatsächliche jährliche Vermehrung des Goldvorrats sehr klein ist, sowohl im Verhältnis zu der ebenfalls zunehmenden jährlichen Gesamtsumme der Güterumsätze in der Kulturwelt, als auch im Verhältnis zu der Gesamtsumme der auf Gold lautenden, größtenteils aus dem Verkehr selbst hervorgehenden Zahlungsmittel.

In Ländern mit Papiergeldwirtschaft dagegen wirkt jede, durch finanzielle Bedürfnisse veranlaßte Vermehrung des Papiergeldes wie eine in den normalen Güterumlauf eingeschobene formale Kaufkraft. Sie wird aber im

allgemeinen nicht, wie die Entwicklung des spekulativen Kredits, mit einer Aufwärtsbewegung der Volkswirtschaft zusammenfallen und daher eine Preissteigerung der Waren lediglich als Folge der inneren und durch Mißtrauen noch verstärkten Entwertung des Papiergeldes verursachen. Auch bleibt die Mehrausgabe an Papiergeld, das ja nicht ausgeführt werden kann, endgültig in dem einzelnen Lande im Umlauf, zieht sich also nicht, wie der spekulative Kredit und die ihm dienenden Umlaufsmittel, nach dem wirtschaftlichen Rückschlage automatisch zusammen.

Kreditanspannung an bestimmten Terminen.

Auch bei normalem Gange der Volkswirtschaft tritt periodisch ein stärkeres Kreditbedürfnis hervor, das aber im wesentlichen nur auf verstärkter Nachfrage nach Zahlungsmitteln, nicht nach Geldkapital, beruht. An den sogenannten „schweren Terminen", am Ende der Quartale und besonders am Schluß der ersten und der zweiten Hälfte des Jahres werden nämlich ungewöhnlich große Zahlungen fällig für Wechsel, gekündigte Schulden, Mieten, Hypothekenzinsen usw. Viele von denen, die solche Zahlungen zu leisten haben, erwarten um dieselbe Zeit das Eingehen von Forderungen, die ihre Verbindlichkeiten ausgleichen oder sogar übersteigen; dennoch aber müssen sie flüssige Mittel bereit halten, um für alle Fälle ihren Verpflichtungen genügen zu können. Sie werden sich diese Mittel bei den Banken verschaffen, indem sie Wechsel diskontieren lassen oder Lombarddarlehne entnehmen und diese Bewegung wird sich in Deutschland besonders in den Wochenausweisen der Reichsbank als der Bank der Banken bemerkbar machen. Vor allem pflegt die Summe der ungedeckten Noten um ein beträchtliches zu steigen, was an sich als eine Einschiebung formaler Kaufkraft zu betrachten wäre. Aber die Noten werden nicht zu Warenkäufen, sondern zur Leistung fällig werdender Zahlungen verwendet und dabei findet in wenigen Tagen eine annähernde Ausgleichung der Ausgaben und der Einnahmen statt und der Notenüberschuß kehrt bald wieder zur Bank zurück. Auf die Warenpreise kann daher dieses vorübergehende Anschwellen des Notenumlaufs keinen Einfluß haben. Es gibt jedoch auch immer viele Kunden der Banken, die keine Kapitalrückflüsse in naher Aussicht, aber doch ebenfalls an den Quartalsterminen bedeutende Zahlungsverpflichtungen zu erfüllen haben. Diese bedürfen also eines eigentlichen Kapitalkredits auf längere Zeit, den ihnen die Banken gewähren, indem sie sich ihrerseits an die Reichsbank wenden. Nach den Quartalsterminen aber werden bedeutende Summen an Zinsen, Dividenden, Mietzinsen, Gehältern usw. wieder auf längere oder kürzere Zeit als freies Kapital verfügbar, die sich bei den Banken ansammeln und ihnen die Fortsetzung ihrer langen Kreditgewährungen und zugleich eine Herabsetzung ihrer Verbindlichkeiten gegenüber der Reichsbank ermöglichen. Das quantitative Verhältnis des in diesen Terminen genommenen kurzen Kredits an Zahlungsmitteln und des von den Banken gewährten längeren Kapitalkredits läßt sich aus der Bewegung der Posten der Reichsbank nicht erkennen, man ersieht daraus nur, daß einer starken Anspannung ihrer Mittel bald eine

Abspannung folgt. So stieg ihr Notenumlauf vom 15. bis 31. Dezember 1907 von 1477 Millionen Mark auf 1886 Millionen, während gleichzeitig der Bestand an diskontierten Wechseln von 1266 Millionen auf 1494 Millionen und die Summe der Lombarddarlehne von 82 Millionen auf 364 Millionen emporging. Am 15. Januar aber war der Notenumlauf wieder auf 1540 Millionen, der Wechselbestand auf 1165 Millionen, der Betrag der Lombarddarlehne auf 108 Millionen gesunken. Jedenfalls besteht immer eine gewisse Schwierigkeit, die langen Bankkredite über die Termine herüberzubringen und sie können daher in kritischen Zeiten bedenklich werden. Bei der Bank von Frankreich treten ähnliche Bewegungen nur wenig merklich auf.

Einkommen in der geschlossenen Naturalwirtschaft.

XI. Das Einkommen. In der selbstgenügsamen Naturalwirtschaft wäre unter Einkommen die Gesamtheit derjenigen Güter zu verstehen, die in einem bestimmten Zeitraume, z. B. in einem Jahre, zur Befriedigung der Bedürfnisse des Wirtschaftsinhabers und seiner Familie und außerdem zur Vermehrung seines Vermögens produziert werden. Werden in der Wirtschaft, die, wie wir annehmen, über eine genügende Bodenfläche verfügt, Arbeiter gegen Naturallohn beschäftigt, so bilden deren Unterhaltsmittel ebenfalls einen Teil der Jahresproduktion und der Rohertrag der Wirtschaft an Konsumtionsgütern (für Verbrauch und Gebrauch) zerlegt sich also in Einkommen des Wirtschaftsinhabers und Einkommen der Arbeiter. Ein Teil der Arbeitskräfte muß auch dazu verwendet werden, Ersatz für die Abnutzung und den Verbrauch von Produktionsmitteln zu schaffen. Es ist dies vom Standpunkt des Wirtschaftsinhabers ein Produktionskostenaufwand, der sein Einkommen vermindert, aber in der ganzen Wirtschaftsgruppe sich als Arbeitereinkommen wiederfindet. Die Ergänzungen der Bestände der Wirtschaft an dauerhaften und verbrauchbaren Konsumtionsgütern dagegen stellen keinen Produktionsaufwand dar, sondern sie sind bereits Bestandteile des Einkommens des Wirtschaftenden und würden in der Geldwirtschaft als Einkommensverwendungen erscheinen. Nehmen wir an, daß die Wirtschaft sich in fortschreitender Entwicklung befinde, so wird im allgemeinen sowohl das Kapitalvermögen des Inhabers, also sein Besitz an Produktionsmitteln, wie Vieh, Ackergeräte usw., als auch sein Konsumtionsvermögen in Gestalt von Möbeln, Wohnungseinrichtung, Verbrauchsvorräten usw. am Ende des Jahres im Vergleich mit dem Anfang eine Vermehrung erfahren haben. Vielleicht könnten auch die Arbeiter einen Vermögenszuwachs erlangt haben, wenn sie etwa noch Zeit für eine selbständige Produktionstätigkeit übrig behalten hätten. Jedoch ist dies unter den hier angenommenen Voraussetzungen wenig wahrscheinlich.

In der Naturalwirtschaft auf eigenem Boden lassen sich die Werte der Produkte nur nach der in ihnen enthaltenen Arbeit schätzen, indem man einen Tag oder eine Stunde Arbeit von Durchschnittsqualität als Einheit nimmt. Ist hiernach P der Arbeitswert des Gesamtproduktes der Einkommensperiode, so hat man also $P = K + A$, wo K das Einkommen des Wirtschafts-

inhabers und A das der Arbeiter darstellt. Die Gesamtarbeit besteht aus einem Teile, der für die Produktion von Konsumtionsgütern und einem andern, der für die Herstellung von Produktionsmitteln verwendet wird. In einer stationären Wirtschaft würde sich diese letztere Produktion auf den Ersatz der abgenutzten und verbrauchten Produktionsmittel beschränken, und es würde auch der Vorrat an unfertigen sowohl wie an fertigen Konsumtionsgütern am Ende des Jahres dem anfänglichen gleich sein. Unter dieser Voraussetzung ist die Produktionssumme P gleich der Konsumtionssumme C, nämlich dem Werte der gesamten im Laufe des Jahres dem Gebrauch und Verbrauch übergebenen Konsumtionsgüter, und somit auch gleich der Gesamtsumme I des Einkommens des Wirtschaftsinhabers und der Arbeiter. Die Gütermenge C ist allerdings nicht vollständig in der Einkommensperiode produziert worden, sondern diese hat von der vorhergehenden einen Bestand an fertigen und unfertigen Konsumtionsgütern und sonstigen Vorprodukten übernommen, die erst innerhalb der Periode in ihren Endzustand übergeführt werden. Dafür aber wird ein gleicher Wert an solchen Vorprodukten und Vorräten, der während der Periode erzeugt ist, auf die folgende übertragen und eben dadurch die Gleichung $P = C$ hergestellt. Je länger die Einkommensperiode ist, um so größer wird das Übergewicht des Wertes der vollständig innerhalb derselben fertig gewordenen Konsumtionsgüter über die übernommenen und übertragenen Vorräte. Aber auch bei einjähriger Periode ist die obige Betrachtungsweise durchaus berechtigt. Bei fortschreitender Wirtschaft nimmt der Wert der Produktion in der Einkommensperiode zu, was eine Vermehrung nicht nur der Arbeitskräfte, sondern auch der Produktionsmittel voraussetzt. Die letztere ist nur dadurch möglich, daß ein Teil des Einkommens — praktisch kommt nur das des Wirtschaftsinhabers in Betracht — der sonst in der Form von Konsumtionsgütern erschienen wäre, in Produktionsmittel verwandelt wird. Die Konsumtionssumme C kann unter solchen Umständen ebenfalls vergrößert werden, sie bleibt aber immer kleiner als die Produktionssumme, so daß $P = C + D$, wo D den Zuwachs sowohl an Produktionsmitteln, als auch an noch unfertigen Konsumtionsgütern bezeichnet. Die Einkommenssumme I aber bleibt gleich P; ein Teil des Einkommens erscheint jetzt eben nicht in Gestalt von Konsumtionsgütern, sondern als Vermehrung der Produktionsmittel und der Vorprodukte.

Das Gesamteinkommen der Volkswirtschaft.

Die Grundzüge dieses Schemas der naturalwirtschaftlichen Einkommensbildung und -verteilung finden sich nun auch wieder, wenn wir eine moderne Volkswirtschaft in ihrer Gesamtheit betrachten, ohne Rücksicht auf ihre Zerlegung in einzelne Privatwirtschaften, nur mit Unterscheidung der ganzen Klasse der Besitzer des Bodens und der übrigen Produktionsmittel und anderseits der Klasse der unselbständigen Arbeiter. Die in Betracht kommenden Gütermassen werden hier nach ihrem Geldwert auf Grund der tatsächlichen Preisbildung zusammengefaßt. Der Gesamtwert der sachlichen

Produktion während der Einkommensperiode setzt sich wieder zusammen aus C, dem Gesamtwert der an die letzten Abnehmer abgesetzten Konsumtionsgüter und aus D, der Differenz zwischen dem Werte der an die folgende Periode abgelieferten und dem Werte der von der vorhergehenden übernommenen fertigen und unfertigen Produktionsmittel und Waren. Ebenso groß ist die aus der sachlichen Produktion hervorgehende Einkommenssumme. Auch hier kann man sich wieder die übernommene Vorarbeit durch die für die Zukunft geleistete ersetzt denken und demnach annehmen, soweit es sich um den Aufwand von Kapital und Arbeit handelt, daß alle in der Periode konsumierten Güter auch in ihr produziert seien. Die Vorarbeiten reichen allerdings bei der heutigen Produktionsweise weiter zurück, als in der primitiven Naturalwirtschaft, da auch die ganze Herstellung der Maschinen hierher zu rechnen ist. Dafür reichen aber auch die jetzt beginnenden Vorarbeiten um so weiter in die Zukunft hinaus. Daher bleibt unsere Anschauungsweise in bezug auf die hier wesentlichen Gesichtspunkte nicht nur für lange, sondern auch für einjährige Einkommensperioden zulässig.

Der Geldwert der auf allen Stufen der Produktions- und Handelsbewegung abgesetzten Produkte und Waren bildet den Rohertrag der beteiligten Unternehmungen. Die etwa für den eigenen Verbrauch zurückgehaltenen Erzeugnisse, z. B. in der Landwirtschaft, sind hier nach ihrem Marktpreise mit einzurechnen. Aus dem Rohertrag entnehmen die Unternehmer den Ersatz des von ihnen aufgewendeten sachlichen Kapitals nebst der Entschädigung für die Abnutzung ihrer Maschinen und sonstigen stehenden Produktionsmittel, und bei ständiger Produktion wird dieser Teil der Roheinnahmen, den wir als den sachlichen Kapitalersatz bezeichnen wollen, wieder für dieselben Zwecke verwandt. Ferner erhalten die Arbeiter — zu denen wir auch die mit höher qualifizierter Arbeit beschäftigten „Angestellten" rechnen — aus dem Rohertrag der einzelnen Unternehmungen ihr Einkommen als Lohn oder Gehalt und der übrigbleibende sogenannte Reinertrag bildet den Anteil der Kapitalbesitzer, zu denen aber nicht nur die eigentlichen Unternehmer in Industrie, Handel und Landwirtschaft, sondern auch die mit verpachtetem Grundbesitz, vermieteten Gebäuden oder mit Leihkapital an den Unternehmungen beteiligten Personen gehören. Was aber den sachlichen Kapitalersatz betrifft, so ist der Betrag, der auf einer höheren Produktionsstufe als solcher erscheint, vorher für eine oder mehrere nächstniedere Stufen Rohertrag gewesen. So ist das, was der Kaufmann dem Fabrikanten für die empfangenen Waren bezahlt, für diesen Rohertrag. Der Fabrikant hat seinerseits Ausgaben gemacht für Halbfabrikate und Kohlen, er muß abgenutzte Werkzeuge ersetzen, von Zeit zu Zeit auch neue Maschinen anschaffen. Aus seinem Rohertrage deckt er diese Kosten, aber alle diese Ausgaben sind wieder Roherträge für die in Anspruch genommenen Produzenten. Nur bei der Urproduktion werden keine Rohstoffe zur Ver-

arbeitung gekauft, sondern ihre Erzeugnisse werden unmittelbar durch Arbeit aus dem Boden oder den Bergwerken gewonnen. Doch muß auch die Urproduktion einen, wenn auch verhältnismäßig kleinen Teil ihres Rohertrags zur Instandhaltung und Erneuerung von Maschinen und anderen Produktionsmitteln verwenden, wodurch sie auch wieder zu dem Rohertrag der Hersteller solcher Kapitalgüter beiträgt.

Das Zurückfließen des Kapitalersatzes der höheren Stufen als Rohertrag der niedrigeren Stufen findet fortwährend gleichzeitig durch alle Phasen statt. Die Bezahlung der aufsteigenden Vorprodukte wird sich allerdings einigermaßen verzögern, aber dafür gehen in der Gegenwart die seit einiger Zeit ausstehenden Summen ein und so ergibt sich eine kontinuierliche Rückströmung.

Zerlegung des Gesamtertrags der Produktion in Kapitalgewinn und Lohn.

Nehmen wir nun zunächst eine stationäre Volkswirtschaft mit regelmäßiger Preisbildung an, so fällt bei einer Zusammenfassung der Roherträge aller Unternehmungen auf den verschiedenen Stufen der in den einzelnen mit enthaltene sachliche Kapitalersatz weg und es bleibt nur die Summe R, der Rohertrag aller Verkäufe auf der höchsten Stufe, also der Gesamtwert der in der Beobachtungsperiode an den letzten Abnehmer verkauften Konsumtionsgüter, deren Produktion ja der eigentliche Zweck aller Wirtschaft ist. Es ist dies also die Konsumtionssumme C, die unter der hier angenommenen Voraussetzung auch der Produktionssumme P und der Einkommenssumme I aus der sachlichen Produktion gleich ist. Diese Summe aber setzt sich zusammen aus der Gesamtheit der den Kapitalbesitzern zufallenden Reinerträge und der Gesamtheit der Löhne. Der sachliche Kapitalersatz ist nur eine Zwischenerscheinung auf den Etappen der arbeitsteiligen Geldwirtschaft. Je mehr Stufen durch Kombination aufwärtssteigender Betriebe zu einheitlichen Unternehmungen verbunden werden, um so mehr werden diese Zwischenumsätze ausgeschaltet und um so mehr tritt die Auflösung des ganzen Produktionswertes im Reinertrag, d. h. Kapitalgewinn im weiteren Sinne des Wortes und Löhne hervor.

Das folgende Schema läßt dies leichter übersehen. Wie R den Rohertrag auf der höchsten, so sollen $R_1, R_2, R_3 \ldots$ die Roherträge auf den nach unten folgenden Stufen der Handels- und Produktionsbewegung bezeichnen. E_1, E_2, E_3 usw. bedeuten den in den Roherträgen enthaltenen sachlichen Kapitalersatz, mit dem der höchsten Stufe beginnend, K_1, K_2, K_3 usw. den Reinertrag oder Kapitalgewinn, und A_1, A_2, A_3 usw. die Lohnsummen auf den einzelnen Stufen. So erhält man das folgende System von Gleichungen:

$$\begin{aligned} P = I = C = R &= E_1 + K_1 + A_1 \\ R_1 &= E_2 + K_2 + A_2 \\ R_2 &= E_3 + K_3 + A_3 \\ &\ldots\ldots\ldots \\ R_{n-1} &= K_n + A_n. \end{aligned}$$

Es wird angenommen, daß auf der untersten Stufe nur Stoffe aus dem Boden durch Arbeit gewonnen, also nicht gekauft werden und kein weiterer Kapitalaufwand stattfindet. Addiert man nun die obigen Gleichungen und berücksichtigt, daß $E_1 = R_1$, $E_2 = R_2$ usw., so ergibt sich einfach: $P = I = C = R = \Sigma K + \Sigma A$, d. h. der Gesamtwert der sachlichen Produktion ist bei stationärer Volkswirtschaft gleich dem Wert der in der Einkommensperiode endgültig abgesetzten Konsumtionsgüter und auch gleich der Summe aller Kapitalgewinne und aller Löhne. Als Kapitalgewinn wird hier auch der Anteil am Produktionsertrag betrachtet, den der Eigentümer des Bodens als einer ursprünglich freien Naturgabe erlangt, die später noch zu besprechende Grundrente.

Tatsächlich findet auch auf der untersten Stufe der Produktion, der Gewinnung von Bodenerzeugnissen und Mineralstoffen, neben dem Arbeitsaufwande ein sachlicher Kapitalverbrauch statt, namentlich eine Abnutzung von Maschinen, Werkzeugen und anderen Bestandteilen des stehenden Kapitals. In jedem Jahre muß in der gesamten Volkswirtschaft auf jeder Stufe der wirtschaftlichen Bewegung eine gewisse Menge solcher stehenden Produktionsmittel von den Unternehmern neu angeschafft werden und dazu dient ein Teil des in dem Rohertrag der einzelnen enthaltenen sachlichen Kapitalersatzes. Diese Maschinen, Werkzeuge, Transportmittel usw. aber sind in ihrer Art fertige Gebrauchsgüter, die für sie bezahlten Preise sind Roherträge für die Fabrikanten und es folgt dann wie bei den Konsumtionsgütern eine Reihe von Vorstufen bis zur Rohstoffproduktion. Es ist aber leicht ersichtlich, daß die Tilgungsquoten, die in den gegenwärtig geltenden Preisen der Konsumtionsgüter als Ersatz für vorangegangene Generationen von stehenden Produktionsmitteln enthalten sind, nach rückwärts in sehr starker, gewissermaßen geometrischer Progression abnehmen und daß diese Reihe daher mit wenigen Gliedern abgebrochen werden kann. Es genügt aber auch die folgende Erwägung. Bei stationärer Volkswirtschaft wird fortwährend auch an der Herstellung von Maschinen und anderen stehenden Produktions- und Transportmitteln zum Ersatz der abgenutzten auf allen Stufen von der entsprechenden Rohstoffgewinnung an gearbeitet und diese mit der Urproduktion begonnenen Vorarbeiten verteilen sich sowohl in bezug auf ihre Wirkung wie auf die Kostentilgung ebenso in die Zukunft hinaus, wie die gleichartigen, die in der Vergangenheit begonnen wurden, einen noch irgendwie merkbaren Einfluß auf die Preise der fertigen Konsumtionsgüter in der Gegenwart ausüben. Man hat also nur die gleichzeitige Gesamtproduktion von Konsumtions- und Produktionsgütern auf allen Stufen während der Einkommensperiode zu betrachten und deren Wert wird unter unserer Voraussetzung durch die Konsumtionssumme dargestellt.

Im allgemeinen ist aber die Volkswirtschaft nicht stationär, sondern in fortschreitender Entwicklung begriffen und es wird sich daher am Ende der Einkommensperiode neben der ebenfalls wachsenden Konsumtionssumme

noch ein Überschuß D angesammelt haben, der aus fertigen, aber nicht verkauften, und unfertigen Konsumtionsgütern und aus neuen Produktionsmitteln auf verschiedenen Stufen der Herstellung besteht. Der Wert dieser überschüssigen Güter in ihrem tatsächlichen Endzustande am Jahresschlusse stellt Roherträge auf den betreffenden Stufen dar und schließt die Produktionskosten auf den Vorstufen ein. Daher fällt auch bei der Summierung dieser Roherträge aus der Vorproduktion der sachliche Kapitalersatz weg, der Überschuß D erscheint also ebenfalls als eine Summe von Kapitalerträgen und Löhnen und es besteht demnach die Gleichung $C + D = \Sigma K + \Sigma A$ und zugleich ist $C + D = P = I$.

Es ist aber auch die Bedingung der „regelmäßigen Preisbildung" gestellt worden. Diese ist in der Wirklichkeit nie vollständig erfüllt und es entstehen dadurch Schwierigkeiten in der Bildung der Produktionssumme P, auf die noch zurückzukommen ist. Gleichwohl bleiben die obigen Gleichungen im allgemeinen richtig, wenn auch die in ihnen vorkommenden Größen durch abnorme Preisbildung Veränderungen erfahren.

Primäres, sekundäres und abgeleitetes Einkommen.

Es ist hier nur das Einkommen ins Auge gefaßt, das auf Grund von Arbeit oder von Kapitalbeteiligung irgendwelcher Art aus der sachlichen Produktion gezogen wird. Dieses bildet ohne Zweifel eine besondere Kategorie und darf mit Recht als primäres bezeichnet werden. Das Einkommen aus persönlichen Dienstleistungen erscheint daneben als ein sekundäres, es fließt aus dem Einkommen eines anderen, ohne daß ihm eine sachliche Produktion gegenübersteht. Allerdings erzeugt die dienstleistende Arbeit einen wirklichen Nutzeffekt, der als ein „nichtsachliches" Produkt zu betrachten ist. Diese nichtsachliche Produktion dient unmittelbar zur Befriedigung persönlicher Bedürfnisse und Wünsche, steht also mit den Konsumtionsgütern in gleicher Linie und wird aus dem Einkommen und nicht aus dem Kapital bezahlt. Hier erzeugt also die Arbeit direkt das Endprodukt, die konsumtive Nutzwirkung, und es fehlt der verwickelte Prozeß, der durch die Vermittlung des Kapitals bei der über mehrere Stufen fortschreitenden sachlichen Produktion auftritt. Man kann daher den Wert der Dienstleistungen für die Einkommensperiode zu einer sekundären Produktionssumme zusammenfassen, die ohne weiteres auch einer entsprechenden Konsumtionssumme und einer sekundären Einkommenssumme gleich ist. Aber diese Wertgesamtheiten C_2, P_2, I_2 verschmelzen nicht mit den entsprechenden aus der sachlichen Produktion, sondern sie addieren sich zu dieser gleichsam nur äußerlich als leicht abspaltbare Summanden, so daß man setzen kann $C + D + C_2 = P + P_2 = I + I_2$. Die sachliche Produktion kann daher immer als ein besonderer Kreis des Wirtschaftsprozesses betrachtet werden.

Außer dem Einkommen aus persönlichen Dienstleistungen gibt es auch Einkommen, das ebenfalls aus dem Einkommen anderer herrührt, aber weder durch Arbeit noch durch eine Kapitalbeteiligung an der sachlichen Produktion aufgewogen wird. Hierher gehört die Miete, die für die Benutzung

dauerhafter Konsumtionsgüter, namentlich von Wohnungen, bezahlt wird. Produktion einer neuen Nutzwirkung findet durch die Vermietung nicht statt, produziert ist nur der Gebrauchsgegenstand selbst, der während der ganzen Dauer seines Bestandes die seiner Natur entsprechende Nutzbarkeit hat. Die Vorstellung, daß er fortwährend seine „Nutzung" als ein besonderes Produkt hervorbringe und daß diese veräußert werde, ist eine künstliche Konstruktion. Die Sache wird eben nur durch ihre gesamte Nutzbarkeit zum Gute. Der Hausbesitzer leistet dem Mieter ohne Zweifel eine Art von Dienst, indem er ihm die Erlaubnis erteilt, die Wohnung zu benutzen, aber das ist für ihn keine Arbeitsleistung, sondern nur eine privatwirtschaftliche Kapitalverwendung, die man als eine besondere „kapitalistische Leistung" bezeichnen kann. Vom privatwirtschaftlichen Standpunkt besteht allerdings kein Unterschied zwischen der Vermietung eines Wohnhauses oder eines Fabrikgebäudes. Volkswirtschaftlich aber hat die letztere die Bedeutung einer Kapitalbeteiligung an der sachlichen Produktion und der Mietzins wird hier durch einen entsprechenden Produktionsertrag gedeckt. Die Wohnungsmiete dagegen bildet für den Besitzer ein Einkommen, das aus dem des Mieters abgeleitet ist, dem aber als Gegenwert nicht ein Produkt oder eine Arbeit, sondern eben eine „kapitalistische Leistung" gegenübersteht, die auch mit einem gewissen Risiko verbunden ist. Das gewerbsmäßige Vermieten von Wohnungen kann übrigens auch den Charakter einer Erwerbstätigkeit erhalten, wie sie in voller Ausbildung im Gastwirtschaftsbetrieb erscheint.

Als abgeleitetes Einkommen auf Grund kapitalistischer Leistungen, aber ohne volkswirtschaftliches Gegenprodukt erscheinen auch die Zinsen konsumtiver Schulden, privater, wie öffentlicher, wenn auch die letzteren oft einen berechtigten außerwirtschaftlichen Zweck haben mögen. Außerdem gibt es abgeleitetes Einkommen mit parasitischem Charakter, das indes quantitativ nur von geringer Bedeutung ist, wie empfangene Almosen, Spielgewinn und widerrechtlich erlangte Einnahmen. Bezeichnen wir das aus dem primären Einkommen I abgeleitete Einkommen mit I_a und das aus dem sekundären I_2 abgeleitete mit I_{2a}, so hat man für die Verteilung des Wertes der gesamten sachlichen und nichtsachlichen Produktion:

$$P + P_2 = (I - I_a) + (I_2 - I_{2a}) + (I_a + I_{2a}).$$

Verteilung des Produktionsertrags.

Nach dem oben aufgestellten Schema ist die sachliche Produktionssumme gleich der Summe der im weitesten Sinne des Wortes gedachten Kapitalgewinne und der Summe der Löhne, wenn mit diesem Worte alle Arbeitsvergütungen bezeichnet werden, die aus dem Kapital bezahlt werden, also nicht durch eine selbständige Erwerbstätigkeit erlangt werden. Die Arbeitsvergütung für persönliche Dienstleistungen ist meistens ein selbständiger Erwerb, wir lassen aber das sekundäre Einkommen hier zunächst außer Betracht. Die selbsttätigen Inhaber kapitalistischer Unternehmungen können sich ebenfalls eine Arbeitsvergütung in Anrechnung

bringen, aber diese ist mit dem Kapitalgewinne verschmolzen; denn ihre Größe ist nicht einfach von der Dauer und Intensität der Arbeit des Unternehmers abhängig, sondern wesentlich durch die Größe des Kapitals bedingt, über das er in seinem Erwerbsinteresse verfügen kann. Das Erwerbseinkommen der kleinen selbständigen Unternehmer, die keine Arbeiter beschäftigen, rechnen wir ebenfalls zum Kapitalgewinn.

Wie kommt nun die Verteilung des sachlichen Produktionsertrags auf die Haupteinkommenszweige, Kapitalgewinn und Lohn, beides im weiteren Sinne des Wortes, zustande? In der im ganzen betrachteten Volkswirtschaft unzweifelhaft dadurch, daß die Unternehmer nur einen Teil des zunächst in ihre Hände gelangenden gesamten Produktionsertrags an die Lohnempfänger abgeben, den anderen Teil aber teils selbst behalten, teils den übrigen an den Unternehmungen beteiligten Kapitalbesitzern überweisen. Die Unternehmer sind eben im Besitz der Produktionsmittel, ohne die die Arbeiter ihre Arbeitskraft überhaupt nicht verwerten können. Die Arbeiter sind auch nicht imstande, während der Zeit, die bis zum Absatz des Endproduktes verstreicht, ihren Lebensunterhalt aus bereits vorhandenen eigenen Mitteln zu bestreiten, sondern sie müssen in der Produktions- und Zirkulationsperiode der Waren ihr Einkommen fortwährend erst erwerben, indem sie ihre Arbeitskraft an den Kapitalbesitzer gewissermaßen verkaufen. In einem einzelnen Produktionsabschnitt mag das Arbeitserzeugnis, z. B. das geförderte Eisenerz, schon in kurzer Zeit Absatz finden, aber dies wird nur möglich durch das Eingreifen des Kapitals auf den nächsthöheren Abschnitt, das dem Unternehmer auf der Vorstufe schon jetzt das ausgegebene und laufende Kapital zurückerstattet, während das nunmehr hergestellte Roheisen noch mehrere weitere Stufen zu durchlaufen hat, bis es schließlich verarbeitet etwa in einer fertigen Dampfmaschine erscheint, die vielleicht ein Jahr oder länger nach der Erzförderung mehrere Hundert Meilen von der Grube aufgestellt wird. Erst in dem Preise dieser Maschine sollen alle in der ganzen Produktionsreihe enstandenen Kosten ihre endgültige Deckung finden; jedoch bildet der den Arbeitern gezahlte Lohn nicht etwa einen von ihnen entnommenen Vorschuß, sondern es ist der Preis für Arbeit, die von dem Unternehmer endgültig für eigene Rechnung gewissermaßen auf Spekulation gekauft wird. Da die eigene Tätigkeit der Unternehmer sich in der Regel nicht auf die technische Leitung der Produktion, sondern nur auf die Kapitalverwertung erstreckt, die angestellten leitenden Techniker aber ebenfalls zu den „Arbeitern" zu rechnen sind, so ist das gesamte Produkt, äußerlich und materiell betrachtet, Erzeugnis der Arbeit der Lohnempfänger. Daraus folgt aber nicht, daß sie ein natürliches oder moralisches Anrecht darauf hätten, es ganz für sich in Anspruch zu nehmen. Solange das Privateigentum an den in den Händen der Unternehmer befindlichen Produktionsmitteln besteht, ist ein solcher Anspruch ganz ausgeschlossen. Die Arbeiter können nicht verlangen, daß die Kapitalbesitzer ihnen ihre Maschinen und sonstigen Anlagen unentgeltlich zur

Benutzung überlassen; sie können auch nicht verlangen, daß ihnen zinsfreie Vorschüsse für ihren Lebensunterhalt bis zum Absatz ihrer Produkte gewährt werden. Mieten für die Maschinen und Zinsen für Vorschüsse könnten sie nun aber nicht anders bezahlen, als durch Abgabe eines Teiles ihres Produktes. Tatsächlich besteht aber ein anderes Verfahren, nämlich, daß das ganze Produkt dem Unternehmer überlassen wird, die Arbeiter aber in ihrem Lohne einen Teil des Geldwertes desselben, der zugleich einen bestimmten Arbeitswert darstellt, als feste Abfindung erhalten. Bei dieser Methode stehen die Arbeiter im ganzen ohne Zweifel besser, als wenn sie in der angedeuteten Weise Mieten und Zinsen zu bezahlen, das Produkt aber auf eigene Gefahr zu verwerten hätten. Gerade in bezug auf die Verwertung des Produktes spielt der kapitalistische Unternehmer eine aktive und in der bestehenden Geldwirtschaft unentbehrliehe Rolle: er hat die Produktion so zu leiten, daß nur solche Güter erzeugt werden, die nach dem Verhältnis von Nachfrage und Angebot wirklich Wert besitzen und diesen auch auf dem Markte geltend machen können, und für die Erfüllung dieser Aufgabe haftet er mit seinem Kapital. Zahlreiche Produktivgenossenschaften von Arbeitern sind gerade an der Schwierigkeit, die Erzeugnisse befriedigend zu verwerten, gescheitert.

Anteil der Arbeiterklasse.

Wie bestimmt sich nun der Anteil der Arbeiterklasse an dem Gesamtwerte des Produktes der nationalen Arbeit? Wenn man sich Ricardo und Malthus anschlösse, müßte man einfach antworten: nach dem Minimum der Unterhaltsmittel, das bei dem gegebenen Kulturzustande und den landesüblichen Anschauungen für die Erhaltung und Fortpflanzung der Arbeiterklasse unumgänglich erforderlich ist. Dieses von Lassalle so genannte „eherne Lohngesetz“ trifft nun aber unter den heutigen Verhältnissen nicht zu. Das beweist schon ein Blick auf die Lohnstatistik, die ergibt, daß die niedrigsten Lohnklassen, die jenem Existenzminimum nahekommen, keineswegs die am stärksten besetzten sind, sondern dies sind, zwar nicht die höchsten, wohl aber die mittleren, die immerhin doch schon erheblich über dem Niveau der tiefsten Lebenshaltung stehen. Es rührt dies vor allem daher, daß sich verschiedene Qualitätsstufen der Arbeit mit verschiedener Bewertung nebeneinander behaupten und die Konkurrenz der Arbeiter nicht die Wirkung hat, alle Lohnarbeit unterschiedslos auf denselben Marktwert herabzudrücken. Weder die zunehmende Bevölkerung, noch die jeweilig arbeitslose „industrielle Reservearmee“, auf die Marx sich beruft, üben bei dem heutigen Stande der Volkswirtschaft den chronischen Lohndruck aus, der zur Bestätigung des Ricardoschen „Gesetzes“ führen könnte. In der ersten Hälfte des vorigen Jahrhunderts, in der Periode, in der sich im weitesten Umfang der Übergang von der Handarbeit zur Maschinenarbeit vollzog, fand allerdings vielfach eine so weitgehende „Freisetzung“ von Arbeitskräften statt, daß die Befürchtung einer wirklichen Übervölkerung und eines dauernden Überangebots von Arbeit gerechtfertigt schien. Der mächtige wirtschaftliche Fortschritt hat

aber diese Übergangsschwierigkeiten überwunden. Gerade in den Zeiten der stärksten Anspannung des gewaltigen Maschinenapparats der Industrie ist auch die Nachfrage nach menschlicher Arbeitskraft am dringendsten und meistens größer als das Angebot. Zwar werden noch fortwährend neue Erfindungen gemacht, die in einzelnen Produktionszweigen eine Ersparung an Arbeit ermöglichen, aber das sind lokale Erscheinungen, die die Lage der großen Masse der Arbeiter unberührt lassen, wenn auch einzelne zeitweilig außer Tätigkeit gesetzt werden. Meistens bringen aber technische Verbesserungen eine solche Steigerung der Produktion in dem betreffenden Zweige selbst und in den mit ihm zusammenhängenden hervor, daß dadurch bald eine größere Anzahl von Arbeitern Beschäftigung findet als vorher. Das Produkt wird durch die Maschinenarbeit billiger, der Absatz also größer. Daher werden auch in der Produktion und dem Transport der Rohstoffe mehr Arbeitskräfte verwendet und ebenso bietet die Verteilung der fertigen Waren durch Transport und Handel, und schließlich auch die Herstellung der Maschinen selbst vermehrte Arbeitsgelegenheit. Allerdings gibt es in allen Produktionsgebieten immer einen gewissen, mit den Jahreszeiten und den Konjunkturen wechselnden Prozentsatz von zeitweilig Arbeitslosen. Aber dies ist doch keine Ursache der „Verelendung“ der ganzen Arbeiterklasse. Namentlich geht von den vorübergehend Arbeitslosen nicht die rücksichtslose Konkurrenz aus, die die Ricardosche Theorie voraussetzt, und auch die Unternehmer vergeben die Arbeit nicht einfach an den Mindestfordernden. Gewerkschaftliche Unterstützungseinrichtungen suchen die Arbeitslosen wenigstens vor drückender Not zu bewahren und in der Zukunft werden auch wohl öffentliche Versicherungsorganisationen in größerem Umfange in diesem Sinne wirken. Was aber die Höhe des Lohnes betrifft, so sind durch die fortschreitende Organisation der Arbeiterklasse die Bedingungen, unter denen der Arbeitsvertrag zustande kommt, wesentlich anders geworden, als sie sich in dem individualistischen „freien Spiel“ der Kräfte gestalten würden. Auch ohne förmliche Vereinigung bildet die nach Tausenden zählende Arbeitermasse eines Großbetriebes dem Arbeitgeber gegenüber eine Macht, die ihn zu vorsichtiger Zurückhaltung in der Ausübung seines „Hausrechts“ nötigt. Bei günstigen Konjunkturen steigen die Löhne fast automatisch und zwar zugleich mit der Arbeiterzahl. Tritt aber ein Rückschlag ein, so ist es schwer, sie wieder herunterzudrücken und die Unternehmer finden es oft leichter, sich durch Arbeiterentlassungen oder Einlegung von Feierschichten als durch Erniedrigung der Lohnsätze den veränderten Marktbedingungen anzupassen. Die Arbeitseinstellung ist ein stets beide Teile schädigendes äußerstes Kampfmittel und die wichtigste Aufgabe der Arbeiterorganisationen besteht eben darin, den Ausbruch solcher gewaltsamen Konflikte zu verhindern.

Die gesetzliche Beschränkung der täglichen Arbeitszeit, die in allen Kulturländern für Frauen und jugendliche Arbeiter, in mehreren aber auch

für erwachsene Männer besteht, verhindert nicht nur die übermäßige Ausnutzung der Arbeitskraft, sondern erleichtert es auch den einzelnen, Beschäftigung zu finden.

Im allgemeinen kann man sagen, daß der Anteil der Arbeiterklasse an dem jährlichen Ertrag der nationalen Produktion sich nach der verhältnismäßigen ökonomischen Macht bestimmt, mit der sie ihr Interesse dem Kapital gegenüber geltend zu machen vermag. Die Anteilsquote ist in den einzelnen Unternehmungsarten sehr verschieden und sie hängt namentlich von dem sehr verschiedenen Verhältnis der Größe des verwendeten Kapitals zu der Zahl der beschäftigten Arbeiter ab. Aber in dem Gesamtanteil der ganzen Klasse, mag er auf Geldwert oder auf Arbeitswert bezogen werden, kommt jenes Machtverhältnis zum Ausdruck. Es hat sich unzweifelhaft im Laufe des letzten halben Jahrhunderts zugunsten der Arbeiter verschoben, d. h. die durchschnittliche Kopfquote ihres Güteranteils hat sich erhöht und es ist anzunehmen, daß diese Erhöhung, wenn auch nicht ohne Reibungswiderstand, sich noch weiter fortsetzen werde.

Der Marxsche Mehrwert.

Marx rechnet in seiner Theorie des Kapitalgewinns nur nach Arbeitswert. Der Lohn, den die Arbeiter in Gestalt von Konsumtionsgütern täglich erhalten, stellt das Produkt einer gewissen Zahl von Arbeitsstunden dar. Die Kapitalisten zwingen aber vermöge ihrer wirtschaftlichen Übermacht die Arbeiter, nachdem sie das Arbeitsäquivalent ihres Lohnes bereits geliefert haben, noch eine Anzahl Stunden täglich mehr zu arbeiten, also Mehrwert in Gestalt eines Mehrproduktes zu erzeugen, der nun eben den Kapitalgewinn bildet. Marx nimmt an, daß der Arbeitswert dieses Mehrproduktes in allen Zweigen die gleiche Quote, z. B. die Hälfte des Arbeitswertes des ganzen Produktes ausmache. Wenn er sich aber zuweilen so ausdrückt, als ob auch im gegenwärtigen Verkehr der Wert der Waren sich nach der Größe der in ihnen enthaltenen Arbeit bestimme, so ist dies offenkundig nicht zutreffend, wenn man den unter den geldwirtschaftlichen Marktverhältnissen gebildeten Preis als Ausdruck des Wertes annimmt. Denn der im Preise mit enthaltene Kapitalgewinn der einzelnen Unternehmung richtet sich nach der Größe des gesamten in ihr verwendeten Kapitals, nicht bloß nach dem Betrage des zu Lohnzahlungen dienenden. Nur wenn in allen Produktionszweigen der in Geld ausgedrückte Kapitalgewinn in dem gleichen Verhältnis zu der Summe der jährlich gezahlten Löhne stände, würde der Preis und somit auch der Wert der Waren der Größe der in sie eingegangenen Arbeit proportional sein. Annähernd aber wird sich der Marxsche Satz einigermaßen bestätigen, wenn man zwei große, aus sehr mannigfaltigen Waren zusammengesetzte Güterkomplexe betrachtet, nämlich einerseits die ganze Masse A der Konsumtionsgüter, die von dem jährlichen Gesamtprodukt den Arbeitern als Lohn zufallen und anderseits die Gütermasse B, die den Gewinn der Kapitalbesitzer repräsentiert. Man kann den Arbeitswert dieser beiden Gütermassen als den für ihre Herstellung bezahlten Lohnsummen L und K annähernd pro-

portional annehmen und dann wird sich der Geldwert einer jeden nach den Preisen der in diesen Komplexen enthaltenen Waren durch irgendein Vielfaches der entsprechenden Lohnsummen, also durch xL und yK ausdrücken lassen. Der reale Güteranteil der Arbeiterklasse im ganzen, also der Gütermasse A, bleibt bei dieser Preisbildung unberührt. Die Arbeiter sind vermöge ihrer ökonomischen Stellung imstande, in diesem Maße Befriedigung ihrer Bedürfnisse zu erlangen, ihr Geldlohn muß daher den Warenpreisen angepaßt werden und auf das $x$fache des für die Herstellung der Lohngüter, also der Masse A, aufgewandten Geldlohns steigen. Die Kapitalisten haben also bei dieser Betrachtungsweise von dem Preisaufschlag der Lohngüter keinen Vorteil, da sie den Geldlohn im ganzen entsprechend erhöhen müssen; ihr Gewinn besteht in dem Güteranteil B mit dem Geldwert yK, den die Arbeiter für die Lohnsumme L noch außer der Gütermasse A liefern, und dieser Gewinn verteilt sich auf die einzelnen nach Verhältnis ihres ganzen Kapitals.

Die Gütermassen A und B setzen sich nun aber beide aus sehr mannigfaltigen Güterarten mit ebenso mannigfaltigen Verhältniszahlen zwischen Gesamtkapital und Lohnsumme zusammen. Auch sind viele Güter zugleich in beiden Massen vertreten, zumal der Anteil der Kapitalisten auch den Unterhalt ihrer Angehörigen und Dienstboten einschließt. Man darf daher annehmen, daß die beiden Verhältniszahlen x und y nicht sehr verschieden sind. Wären sie gleich, so würde der Geldwert des gesamten Jahresproduktes der nationalen Arbeit durch $xL + xK$ ausgedrückt, d. h. der Marktwert der sämtlichen Lohngüter wird sich zu dem der sämtlichen Einkommensgüter der Kapitalistenklasse verhalten, wie die Quantitäten der in der ersten und der zweiten Gütermasse enthaltenen Arbeit, was der Marxschen Anschauung für diese Wertgesamtheiten im ganzen, wenn auch nicht für die einzelnen Güterarten entsprechen würde. Ist aber x von y verschieden, so steht der Marktwert der Masse B über oder unter ihrem Arbeitswert, je nachdem y größer oder kleiner als x ist. Wahrscheinlich aber werden, wie gesagt, die beiden Faktoren nur wenig voneinander abweichen. Für die Marxsche Auffassung des Kapitalgewinnes ist indes die Wertfrage im Grunde nur von untergeordneter Bedeutung. Der Kernpunkt dieser Theorie liegt vielmehr darin, daß nach ihr der Kapitalgewinn schon in der Produktionssphäre entsteht, d. h. daß der Kapitalist schon im Produktionsprozeß sich seinen Anteil in Gestalt eines Mehrproduktes verschafft. Es ist übrigens zu bemerken, daß Marx die Produktion jeder selbständig in den Verkehr kommenden Ware für sich betrachtet, auch wenn sie ein Vorprodukt oder ein Produktionsmittel ist. Er nimmt auf jeder Stufe das Material und die Produktionsmittel als gegebenes „konstantes" Kapital an, dessen Verbrauch und Abnutzung dem Kapitalisten einfach ersetzt wird. Der betreffende Unternehmer liefert also nur eine Zusatzproduktion, z. B. die Umwandlung von Garn in Gewebe und der Kapitalist bezieht seinen Gewinn, indem er von

der in diesem Produktionszusatz enthaltenen Arbeitsquantität den Arbeitern in Gestalt von Lohngütern nur einen Teil herausgibt. Es ist klar, daß in der Wirklichkeit der den einzelnen Kapitalbesitzern zufallende Gewinn sich nicht nach diesem Schema verteilt, denn die Unternehmer verlangen auch einen Gewinnanteil nach Verhältnis des von ihnen benutzten „konstanten“ Kapitals; bei der Betrachtung der ganzen Gütermassen A und B aber führt diese Auffassung zu demselben Ergebnis, wie die obige Darlegung, da die Produktionszusätze auf den Zwischenstufen sich zu der vollständigen Produktion summieren und diese in ihrer Gesamtheit sich zwischen Kapitalisten- und Arbeiterklasse nach den auf den einzelnen Stufen bestehenden Bedingungen verteilt.

Andere Erklärung des Kapitalgewinns.

Dieser Marxschen Anschauungsweise kann man eine andere gegenüberstellen, nach der der Kapitalgewinn erst in der Zirkulationssphäre, nämlich durch die Preisaufschläge beim Verkauf der Ware entsteht. Die Unternehmer verkaufen den Arbeitern die für ihren Unterhalt nötigen Konsumtionsgüter zu einem höheren Preise, als die Summe der Löhne beträgt, die für die Herstellung dieser Güter bezahlt worden ist und diese Differenz bildet eben den Kapitalgewinn. Wenn die Arbeiterklasse nur die für ihren eigenen Bedarf nötigen Unterhaltsmittel zu produzieren hätte, so würde sie diese zu dem erhöhten Preise mit ihrem Lohne gar nicht bezahlen können. Aber sie produziert auch die Konsumtions- und überhaupt die Einkommensgüter der Kapitalistenklasse und erhält dafür in ihrer Gesamtheit noch einen anderen Teil ihres Lohnes, wodurch sie instand gesetzt wird, ihre Unterhaltungsmittel zu den Marktpreisen anzuschaffen. Die Kapitalbesitzer müssen in den Preisen der ihnen zufallenden Einkommensgüter sich gegenseitig ebenfalls die Gewinnaufschläge bezahlen. Das bringt ihnen in ihrer Gesamtheit weder Gewinn noch Schaden, aber da sich diese Aufschläge nach dem ganzen in den einzelnen Unternehmungen angelegten Kapital und nicht einfach nach den Lohnsummen richten, so bringen sie theoretisch eben die richtige Verteilung des Gewinns unter den einzelnen Kapitalbesitzern zustande.

Von der Gesamtzahl der Arbeiter mögen A_1 jährlich Lohngüter und A_2 Einkommensgüter für die Kapitalistenklasse produzieren. Der durchschnittliche Jahreslohn sei l, die gesamte Lohnsumme also $(A_1 + A_2) l$. Der Geldpreis der Lohngüter wird nun durch die kapitalistischen Aufschläge auf $x A_1 l$ erhöht, wenn x wieder einen mittlereren Aufschlagsfaktor bezeichnet. Dieser Summe muß nun der von der Gesamtheit A der Arbeiter empfangene Lohn gleich sein, also $(A_1 + A_2) l = x A_1 l$. Der Kapitalgewinn ist durch die den Kapitalbesitzern zufallende Gütermasse dargestellt, deren Marktwert durch $y A_2 l$ ausgedrückt wird, wenn y ebenfalls ein mittlerer Aufschlagsfaktor ist, der sich wahrscheinlich nur wenig von x unterscheidet. Dieser Preisaufschlag hat, wie schon bemerkt, auf den realen Gesamtgewinn der Kapitalistenklasse keinen Einfluß. Der Preis des das Gesamteinkommen bildenden Jahresprodukts der nationalen

Arbeit ist also gleich xA_1l+yA_2l. Die Größen A_1l und A_2l sind aber nichts anderes, als die oben mit L und K bezeichneten und es ergibt sich also auch hier wieder, daß je weniger die Faktoren x und y voneinander abweichen, um so mehr das Verhältnis der Geldwerte der Produktionsanteile der gesamten Arbeiterklasse und der Kapitalisten sich dem der Arbeitsgrößen nähert, die in diesen Güteranteilen enthalten sind.

In den Kreis der sachlichen Produktion gehören nach unserer Betrachtungsweise auch diejenigen Unternehmungen, die sie indirekt fördern, indem sie die möglichst günstige Verwertung ihrer Erzeugnisse vermitteln oder den einzelnen Unternehmungen zeitweilige Ergänzungen ihres Kapitals zur Verfügung stellen, also nicht nur die Transportunternehmungen, sondern auch die Handels- und Bankgeschäfte. Niemand wird behaupten wollen, daß der Gewinn dieser letzteren ein aus der Arbeit der Handelsgehilfen und Bankangestellten erpreßter „Mehrwert" sei; er bildet lediglich einen Teil des gesamten, aus der sachlichen Produktion hervorgehenden Kapitalgewinns, der sich so weit wie möglich nach dem Verhältnis des ausgenutzten Einzelkapitals zum Gesamtkapital bestimmt. Von dem im Handels- und Bankbetriebe verwendeten Kapital macht aber der Betrag, der zu Gehalts- und Lohnzahlungen dient, nur eine sehr geringe Quote aus.

Die Tendenz der Verteilung des gesamten Kapitalgewinns nach Verhältnis der Kapitalanteile der einzelnen Unternehmungen kommt nach den früher Gesagten bei der tatsächlichen Preisbildung nur sehr unvollkommen zur wirklichen Geltung. Im allgemeinen sucht jeder Unternehmer den höchst möglichen Gewinn für sein Kapital zu erlangen. Da aber der zu verteilende Gesamtgewinn in jeder Zeitstrecke durch die Größe der Gesamtproduktion und des Anteils der Arbeiterklasse bestimmt ist, so kann der Gewinnsatz der einen die mittlere Höhe nur durch Herabdrückung des Gewinns anderer überschreiten. Steigt z. B. der Gewinn der Produzenten eines Rohstoffs infolge einer günstigen Preiskonjunktur, so werden nach dem Verschwinden dieser Konjunktur die Fabrikanten der fertigen Ware, die ihr Material teuer gekauft haben, eine Einbuße erleiden. Überhaupt zeigen die Interessengegensätze zwischen Kapital und Kapital in dem Ringen um den Gewinnanteil oft eine noch größere Schärfe, als die Lohnkämpfe zwischen Kapital und Arbeit.

Bei der Verteilung des Kapitalgewinns kommt auch der zum Erwerbsvermögen gehörende Boden in seiner Eigenschaft als Naturfaktor mit einem gewissen Kapitalwert mit in Anrechnung. Diese Kapitalisierung vollzieht sich jedoch unter besonderen Bedingungen, von denen bei der Behandlung der Grundrente noch die Rede sein wird. Das in Miethäusern und wirtschaftlich unproduktiven Darlehen angelegte Kapitalvermögen erhält seinen Gewinn als Miete oder Zins nicht aus dem Ertrage einer sachlichen Produktion, sondern als abgeleitetes Einkommen aus dem Einkommen anderer. Die Verteilung des Ertrags der sachlichen Produktion als Kapitalgewinn und Lohn geht dieser Einkommensverwendung voran,

ebenso wie derjenigen, die für die Beschaffung persönlicher Dienstleistungen stattfindet.

Gebrauchswert der Handarbeit.

XII. Näheres über Arbeitseinkommen und Kapitalgewinn. Die unselbständige Arbeit, d. h. diejenige, die für Rechnung eines „Arbeitgebers“ geleistet wird, betätigt sich größtenteils unmittelbar an sachlichen Gütern und ist insofern Handarbeit. Die qualitativ niedrigste Art der Handarbeit ist die rein mechanische, die vollständig durch Maschinen ersetzt werden kann. Bei den höheren Formen wirkt auch ein größeres oder geringeres Maß von Geistestätigkeit mit, die meistens eine besondere Ausbildung voraussetzt. Der Lohn stuft sich jedoch nicht einfach nach der Qualität der Arbeit ab, wenn diese auch für die Nachfrage entscheidend in Betracht kommt, sondern es kommt immer sehr wesentlich auch auf das Arbeitsangebot an, auf das in der neueren Zeit die fortschreitende Organisation der Arbeiter einen immer größeren Einfluß gewinnt. Die allgemeine Formel, daß der Lohn sich durch das Verhältnis der Nachfrage nach Arbeitskräften zu dem Angebot von solchen bestimme, erhält überhaupt eine reale Bedeutung erst durch die konkreten Bedingungen, unter denen diese Faktoren wirksam sind. Für jede Art von Arbeit besteht eine obere Grenze der Nachfrage, die abhängt von dem Geldwert, mit dem die in Betracht kommende Arbeitsgröße in dem Verkaufspreise des Arbeitsprodukts erscheint. Und zwar muß der für diese Arbeit bezahlte Lohn um den ihm entsprechenden Kapitalgewinn kleiner sein als ihr in den Waren enthaltener Verkaufswert. So ergibt sich der geldwirtschaftlich bestimmte Gebrauchswert der anzuwerbenden Gesamtarbeit und dadurch ist auch der Lohn der Arbeitseinheit nach oben begrenzt. Es ist nun zunächst zu erwarten, daß Waren, die nur mittels einer besonderen Kunstfertigkeit oder Geschicklichkeit hergestellt werden können, zu höheren Preisen verkauft werden, als Erzeugnisse gewöhnlicher Arbeit von demselben Materialwert; daher ist auch der Gebrauchswert solcher höher qualifizierten Arbeit größer und sie kann also auch besser gelohnt werden als andere. Der Arbeitgeber beurteilt aber den für ihn geltenden Gebrauchswert der benutzten Arbeit auch nach einem anderen Gesichtspunkte, nämlich nach ihrer Bedeutung für die Ausnutzung des gesamten von ihm verwerteten Kapitals. Dieses aber umfaßt außer dem Lohnkapital das stehende und den nicht zu Lohnzahlungen verwendeten Teil des umlaufenden Kapitals. Fassen wir diese letzteren Bestandteile mit dem Marxschen Ausdruck als „konstantes“ Kapital zusammen — ohne im übrigen die Marxsche Auffassung desselben anzunehmen — so gilt unzweifelhaft der Satz: Je größer in einer Unternehmung das konstante Kapital ist im Verhältnis zum Lohnkapital, um so größer ist der geldwirtschaftliche Gebrauchswert jeder Arbeitseinheit für den Kapitalbesitzer, denn der Kapitalgewinn bestimmt sich für das einzelne Unternehmen nicht einfach nach der Zahl der verwendeten Arbeitseinheiten, sondern durch

schnittlich im großen und ganzen, wenn auch nicht genau im einzelnen, nach dem Geldwert des ganzen angelegten Kapitals. Zur vollständigen Ausnutzung insbesondere seines stehenden Kapitals bedarf der Unternehmer einer bestimmten Anzahl von Arbeitskräften und wenn ihm diese nicht zur Verfügung steht, so erleidet er eine mit der Größe seines konstanten Kapitals zunehmende Gewinneinbuße. Nehmen wir an, eine Berg- und Hüttenwerksgesellschaft habe ein Aktienkapital von 10 Millionen Mark und beschäftige bei normalem Betrieb 1000 Arbeiter, für die ständig ein Lohnkapital von 1 Million Mark in Anspruch genommen sein möge. Das Lohnkapital ist nicht einfach gleich der Summe der jährlichen Lohnzahlungen, sondern seine Höhe hängt von der Umsatzgeschwindigkeit der Produkte ab. Es besteht zu einem sehr kleinen Teil aus den Summen, die für die regelmäßigen Lohnzahlungen in Bereitschaft gehalten werden, hauptsächlich aber macht es zu jeder Zeit einen Bestandteil des Wertes der unfertigen und der fertigen, aber noch nicht verkauften, sowie der verkauften, aber noch nicht bezahlten Produkte aus. Der jährliche Gewinn der Gesellschaft möge bisher 10 Prozent, also 1 Million Mark betragen haben. Wenn nun eine solche Unternehmung vor die Wahl gestellt würde, ihren Betrieb einzustellen oder den Lohn jedes Arbeiters um jährlich 100 M. zu erhöhen, so würde sie wahrscheinlich, auch wenn eine Preiserhöhung der Produkte nicht möglich wäre, sich für den letzteren Weg entscheiden und dadurch bekunden, daß sie auch vorher schon den Gebrauchswert der Arbeit höher geschätzt habe, als nach dem wirklich bezahlten Lohne. Der Gewinn würde ja noch immer 900000 M. betragen, bei der hypothetisch angenommenen Einstellung des Betriebes aber gänzlich ausfallen. Ganz anders aber ist die Lage z. B. einer Konfektionsunternehmung, die nur Heimarbeiter oder Heimarbeiterinnen beschäftigt und daher so gut wie gar kein stehendes Kapital und bei der Produktion billiger Massenartikel mit raschem Umsatz auch kein großes Kapital an Material braucht. Die Zahl der beschäftigten Arbeiter möge ebenfalls 1000, das Kapital im ganzen aber 2 Millionen Mark und der Gewinn wieder 10 Prozent, also 200000 M. betragen. Durch eine Lohnerhöhung von jährlich 100 M. für jeden Arbeiter würde dieser Gewinn auf die Hälfte herabgedrückt werden und unter solchen Umständen würden die Unternehmer vermutlich vorziehen, ihr Geschäft bis auf weiteres still zu legen, da sie ja nicht mit einem „zinsenfressenden“ Anlagekapital belastet sind.

Angebot in verschiedenen Arbeitszweigen.

Der Gebrauchswert, den der Arbeitgeber unter seinen besonderen Verhältnissen einer gewissen Arbeitsart erkennt, bestimmt also für ihn die Ausdehnung seiner Nachfrage nach dieser Arbeit und den höchsten nötigenfalls zu gewährenden Lohnsatz. Bei fortschreitender wirtschaftlicher Entwicklung und steigenden Preisen der Produkte erhöht sich auch dieser privatwirtschaftliche Gebrauchswert der Arbeit für den Unternehmer und zwar wieder um so mehr, je größer im Vergleich mit dem Lohnkapital das Gesamtkapital ist, das aus der günstigen Konjunktur ver-

mehrten Gewinn ziehen kann. Wie weit aber der von dem Arbeitgeber nur innerlich geschätzte Gebrauchswert der Arbeit für den wirklichen Preis maßgebend wird, hängt, wie schon bemerkt, von dem mit der Nachfrage zusammentreffenden Arbeitsangebot ab. Daß das Angebot der „ungelernten“, keine Vorbereitung erfordernden und nur die Muskelkraft anspannenden Handarbeit ein besonders drückendes Übergewicht habe, läßt sich nicht mehr allgemein behaupten, seitdem der Bergbau und überhaupt die sogenannte „schwere Industrie“ in der Nachfrage nach dieser Art von Arbeit mit der Landwirtschaft in einen lebhaften Wettbewerb getreten ist, bei dem der höhere Gebrauchswert dieser Arbeit bei der Ausnutzung des großen, stehenden Kapitals der industriellen Unternehmungen sich entschieden geltend macht. Wenn die landwirtschaftlichen Tagelöhne in den von der Industrie wenig oder gar nicht berührten Landesteilen noch immer auf den niedrigsten Stufen bleiben, so hängt das auch mit der isolierten Stellung der betreffenden Arbeiter zusammen, für die gemeinschaftliche Bestrebungen zur Erlangung besserer Arbeitsbedingungen kaum in Frage kommen, ganz abgesehen von dem in Preußen noch immer bestehenden Verbot der Koalition der landwirtschaftlichen Arbeiter.

Am ungünstigsten sind wohl im ganzen die Lohnverhältnisse der isolierten Heimarbeiter und Heimarbeiterinnen, nämlich derjenigen, die in ihren Wohnungen für Rechnung von Verlegern aus fremdem Material Waren anfertigen, die für den großen Markt bestimmt sind. In dieser Schicht wird der Lohn oft wirklich auf und sogar unter das Existenzminimum herabgedrückt. Das Angebot ist vielfach übermäßig, obwohl viele der angebotenen Arbeiten, wie z. B. Schneiderei oder Stickerei, eine beträchtliche Geschicklichkeit erfordern. Besonders groß ist der Zudrang von Mädchen, die in der Schule schon eine gewisse Übung in den gewöhnlichen weiblichen Handarbeiten gewonnen haben. Höchst empfindlich ist auch der Mitbewerb vieler Personen, die solche Arbeiten nur zum Nebenerwerb betreiben, und unter diesen befinden sich nicht nur Arbeiterfrauen, sondern oft auch Frauen und Töchter aus besser gestellten Kreisen. Männliche Heimarbeiter haben oft einen kleinen landwirtschaftlichen Besitz als Hauptgrundlage ihrer Existenz und begnügen sich dann mit einer an sich unzulänglichen Vergütung für ihre hausgewerbliche Arbeit. Solche „außenseitige“ Konkurrenz wirkt aber natürlich auch drückend auf den Lohn derjenigen, die ihren Unterhalt ausschließlich durch Heimarbeit erwerben müssen. Eine in Paris 1906 veranstaltete Umfrage hat ergeben, daß von 217 Wäschenäherinnen 58 nur 5—10 Centimes, 54 zwischen 11 und 15 Centimes und 45 zwischen 16 und 20 Centimes in der Stunde verdienten. Da es sich immer nur um Stücklohn handelte, so hing die Höhe des stündlichen Verdienstes natürlich sehr wesentlich von der Gewandtheit und Arbeitsgeschicklichkeit der Näherinnen ab. Einige (6) brachten es auf 36—40 Centimes, 4 sogar auf mehr als 40 Centimes. Jedoch sind das Ausnahmen und der Durchschnittslohn bleibt durchaus un-

befriedigend. Verschlimmert wird die Lage vieler Heimarbeiter, namentlich im Bekleidungsgewerbe, noch durch die regelmäßig wiederkehrende „tote Jahreszeit“. Versuche zu einer Organisation der Heimarbeiter und Heimarbeiterinnen sind zwar gemacht worden, haben aber bisher wenig Erfolg gehabt. Die Interessen sind nicht gleichartig und diejenigen, die ausschließlich auf die Heimarbeit angewiesen sind, haben meistens bei übermäßiger Arbeitszeit und unzulänglichem Lohne nicht mehr genügend Spannkraft und auch im übrigen nicht die nötigen Mittel, um aus der Isolierung, in die sie durch ihren Beruf versetzt sind, herauszutreten. Viele Heimarbeiter sind überhaupt nicht für die wirklichen Verkäufer ihrer Erzeugnisse, sondern für Vermittler oder Zwischenmeister beschäftigt; aber auch diejenigen, die für die „erste Hand“ arbeiten, befinden sich den Arbeitgebern gegenüber in einer sehr ungünstigen Stellung, da ihre Arbeit, wie schon oben bemerkt, nicht mit Bezug auf ein großes stehendes Kapital geschätzt wird. Der Gewinn der Arbeitgeber wird hauptsächlich durch das Lohnkapital erzielt und da ihre Konkurrenz unter sich — was wieder mit dem Fehlen eines großen stehenden Kapitals zusammenhängt — sehr lebhaft ist, so entsteht ein chronischer Druck auf den Lohn. Es wird vielfach verlangt, daß der Staat im Interesse der Heimarbeiter eingreife und Lohnämter oder ähnliche Einrichtungen schaffe, durch die für sie ein den tatsächlichen Umständen angepaßter Minimallohn festgesetzt werde. Der Reichstag hat auch bereits einen Beschluß in diesem Sinne gefaßt, der aber von der Regierung nicht angenommen worden ist. Prinzipiell ist diese Forderung nicht unberechtigt; technisch ist sie jedoch auf der Grundlage des Stücklohnes sehr schwer durchzuführen und praktisch wäre als Folge zu gewärtigen, daß in einigermaßen ungünstigen Zeiten vielen Heimarbeitern die Beschäftigung überhaupt entzogen würde. Denn man kann zwar einen für die Arbeitgeber obligatorischen Mindestlohn aufstellen, aber man kann sie nicht zwingen, eine bestimmte Anzahl von Arbeitern zu diesem Lohne zu beschäftigen.

Der Übergang von der Heimarbeit zur Werkstattarbeit bietet an sich noch keine Gewähr für eine Besserung der Lage der Arbeiter. Die Sweating-Höllen im Londoner Ostend — gegen die übrigens jetzt die Gesetzgebung einschreiten soll — sind ja Werkstätten. Die schlimmsten Arbeitgeber sind die Zwischenmeister, die mit geringfügigem Kapital durch Ausnutzung der Notlage und der Hilflosigkeit anderer ihren Weg zu machen suchen. Daher bietet bei der Produktion von Marktwaren auch der Werkstattbetrieb den Arbeitern nur dann günstigere Aussichten, wenn er mit genügendem Kapital in größerem Stil angelegt ist.

Fabrik- und Handwerksarbeit.

Die gewöhnliche Fabrikarbeit, die, wie z. B. in der Textilindustrie, hauptsächlich in der Überwachung des Ganges der Maschine besteht, fordert weit weniger Ausbildung und Handfertigkeit, als die meisten Arten der Heimarbeit. Wenn sie dennoch höher entlohnt wird, als diese, so erklärt sich das wieder aus dem höheren Gebrauchswert, den sie für den Unter-

nehmer als notwendiges Mittel zur Verwertung seines stehenden Kapitals besitzt. Dazu kommt ferner, daß die Arbeiter ihm in einer durch den Betrieb selbst geschaffenen Vereinigung gegenüberstehen und er, einen verlustbringenden Konflikt zu vermeiden, seine Lohntaktik dieser Tatsache anpassen muß.

Eine längere Vorbildung wird für den handwerksmäßigen Gewerbebetrieb und auch für viele aus dem Handwerk hervorgegangenen Arbeiten in der Großindustrie gefordert. Dadurch wird einerseits die Zahl der Mitbewerber beschränkt und anderseits der Gebrauchswert dieser Arbeiten gesteigert und somit die höhere Entlohnung bedingt. Auch hier erweist sich der Großbetrieb als günstiger für die Arbeiter, zumal dieser auch solchen, die sich durch besondere Geschicklichkeit, technisches Talent oder andere Eigenschaften auszeichnen, Gelegenheit bietet, zu besseren Stellungen aufzusteigen. In jedem Zweige der qualifizierten Arbeit gibt es, mit den niedrigen Sätzen der jugendlichen Arbeiter und Anfänger beginnend, eine mehr oder weniger lange Stufenreihe der Löhne. Im allgemeinen zeigt sich dabei, wie schon oben bemerkt wurde, daß die mittleren Lohnklassen weitaus am stärksten besetzt sind. So ergibt sich z. B. aus 66 im deutschen Baugewerbe abgeschlossenen Tarifverträgen für 1905, daß die Prozentsätze der in den einzelnen Stundenlohnklassen stehenden erwachsenen Arbeiter folgende waren: Mindestlohn 25 Pf. und weniger für die Stunde: 1,9 Prozent; 26—35 Pf.: 21,2 Prozent; 36—45 Pf.: 30,0 Prozenz; 46—55 Pf.: 29,9 Prozent; 56—60 Pf.: 15,6 Prozent; 66 Pf. und mehr: 1,4 Prozent. Demnach hatten 60 Prozent der Arbeiter (der absoluten Zahl nach 64672) einen Stundenlohn von 36—55 Pf. bei einer überwiegenden üblichen Arbeitszeit von 9½ bis 10 Stunden mit Zuschlägen für Überstunden.

Auch in den Einzelunternehmungen der Großindustrie finden wir die stärkste Besetzung in den mittleren Lohnklassen. So betrug bei der Firma Krupp (nach R. Ehrenberg) im Jahre 1905 der Prozentsatz der Arbeiter mit einem Tagesverdienst von weniger als 2 M.: 5,9; von 2—3 M.: 3,5; von 3—4 M.: 10,9; von 4—5 M.: 26,3; von 5—6 M.: 30,3; von 6—7 M.: 17,1; über 7 M.: 6,0 Ein Lohn von weniger als 2 M. kommt nur bei jugendlichen Arbeitern unter 16 Jahren und Anfängern in den nächst höheren Altersjahren vor. In der Klasse von 2—4 M. finden sich überwiegend Hausarbeiter, doch auch schon fachmäßig ausgebildete Leute. Die eigentlichen Facharbeiter aber stehen alle auf den Lohnstufen von 5 M. und mehr.

Faßt man die ländlichen Arbeiter mit den in Handwerk und Industrie beschäftigten zusammen, so verschiebt sich der Schwerpunkt der Besetzung der Lohnklassen nach unten und die niedrigeren Lohnsätze treten stärker hervor. Nimmt man auch noch die Heimarbeiter hinzu, so bilden deren Löhne ein unsymmetrisches Anhängsel, durch das die Besetzung der untersten Stufen in unerfreulicher Weise anschwillt.

Regelung und Bewegung des Lohnes.

Die beiden Hauptformen der Entlohnung sind der Zeitlohn und der Stück- oder Akkordlohn. Die Arbeiter geben grundsätzlich dem

ersteren den Vorzug, wenn ihnen die andere Form auch mehr Selbständigkeit in der Arbeit und namentlich die Möglichkeit bietet, durch größere Kraftanstrengung auch einen größeren Verdienst zu erlangen. Im Durchschnitt dürfte der Arbeitsverdienst bei beiden Systemen sich ziemlich gleichstehen. Die Arbeitgeber suchen den Stücklohn möglichst genau so festzusetzen, daß bei angestrengter Tagesarbeit von der üblichen Dauer ein Verdienst herauskommt, der mit dem als normal geltenden Zeitlohn annähernd übereinstimmt. Häufig wird auch bei Stücklohn ein Mindestbetrag des Tagesverdienstes vereinbart. In manchen Gewerbezweigen ist der Akkordlohn wegen der Zersplitterung und der Mannigfaltigkeit der vorkommenden Arbeiten überhaupt nicht anwendbar; in anderen ist er zwar möglich, aber nur in sehr zahlreichen Einzelakkorden, die auch häufigen Änderungen unterliegen. In solchen Fällen lassen sich auch keine kollektiven Tarifverträge zwischen Arbeitgebern und Arbeitern abschließen, die im übrigen in der neueren Zeit immer mehr an Verbreitung gewonnen haben. Den geeignetsten Boden finden sie in den Gewerbezweigen, in denen einfache Arbeitsmethoden und Arbeitsmittel vorherrschen. Diese Bedingung muß namentlich erfüllt sein, wenn es sich um Tarifverträge handelt, die nicht bloß für einzelne Firmen oder Städte, sondern für größere Bezirke oder sogar für das Reich Geltung haben sollen. Im allgemeinen bietet der Zeitlohn für solche Vertragschließungen eine bequeme Grundlage und so bezogen sich denn auch in Deutschland von 1646 in der Statistik von 1905 verzeichneten Tarifen 1458 auf solche mit Zeitlohn und zwar überwiegend mit Stundenlohn, weit seltener mit Wochen- oder Tagelohn. Die große industrielle Gruppe des Bergbaus und Hüttenwesens ist die einzige, die sich bisher von einer kollektiven Regelung des Lohnes noch gänzlich fern gehalten hat. Im allgemeinen liefert der Fortschritt der Tarifvereinbarungen im deutschen Gewerbe einen erfreulichen Beweis dafür, daß die Organisationen der Arbeiter und der Arbeitgeber sich nicht lediglich in Kampfstellung gegenüberstehen, sondern auch zu gemeinsamem positiven Schaffen im beiderseitigen Interesse befähigt sind. Viele Tarifverträge bestimmen ausdrücklich, daß während ihrer Dauer alle Streiks und Aussperrungen ausgeschlossen seien. Streitigkeiten werden an die Tariforgane verwiesen und sind von diesen zu schlichten. Freilich besteht keine Gewähr dafür, daß solche und ähnliche sehr lobenswerte Vereinbarungen in scharfen Konfliktsfällen auch wirklich aufrechterhalten werden. Übrigens wollen die Tarife die Löhne keineswegs einfach uniformieren. Wenn sie sich auf große Gebiete beziehen, werden auch Unterschiede gemacht nach der Größe der Städte; die Löhne für minderwertige Arbeitskräfte, Invaliden und Rentenempfänger bleiben der freien Vereinbarung überlassen, ebenso bis zu einer unteren Grenze die für jüngere Arbeiter und Lehrlinge.

Für gewisse Arbeitszweige, bei denen, wie z. B. im Baugewerbe, in bestimmten Jahreszeiten völlige Einstellung oder starke Beschränkung der

Beschäftigung eintritt, muß der Lohn für die Arbeitsperiode so hoch vereinbart werden, daß er auch für den Unterhalt in der stillen Zeit ausreicht.

Die Versuche, dem Lohnsystem durch Gewinnbeteiligung der Arbeiter in verschiedenen Formen eine veränderte Gestalt zu geben, haben bisher nur vereinzelte Erfolge gehabt. Aber auch wenn sie in größerem Umfange gelängen, so würde dadurch das Wesen des Lohnes nicht berührt werden. Für dieses macht es keinen Unterschied, ob der Lohn höher oder niedriger, ob er von dem Ertrag des Unternehmens nach irgendeiner Norm abhängig ist oder nicht; wesentlich ist nur, daß er eine Abfindung des Arbeiters ist, der dafür das Arbeitsprodukt dem Unternehmer auf dessen Rechnung und Gefahr zur weiteren Verwertung überläßt.

Übrigens steigen die Löhne bei günstigem Gange des Geschäfts auch ohne vorherige Abmachungen und zwar zeigt sich, daß sie sich im allgemeinen in gleicher Richtung bewegen, wie die Zahl der beschäftigten Arbeiter. Wie schon oben bemerkt wurde, kann die Produktion unter solchen Umständen der steigenden Nachfrage nicht rasch genug folgen und daher wächst auch die Nachfrage nach Arbeit stärker als das Angebot. Bei rückgängiger Konjunktur aber nimmt der Bedarf an Arbeit wieder ab, es werden Arbeiter entlassen und die im Dienst behaltenen müssen sich auch Lohnherabsetzungen gefallen lassen. Doch gehen diese in der neueren Zeit vielfach nicht so weit, daß nicht noch ein gewisser Gewinn im Vergleich mit dem tiefsten Stand bei dem letzten Rückschlag übrig bleibt. So stieg z. B. bei der Firma Krupp der tägliche Durchschnittsverdienst der gesamten Arbeiterschaft von dem relativen Mindestbetrag von 4,52 M. im Jahre 1902 bei einer Arbeiterzahl von 21957 auf 5,35 M. bei einer Arbeiterzahl von 32874 im Jahre 1906. Das nächstvorhergegangene Lohnminimum fiel in das Jahr 1894 und betrug nur 4,06 M. bei einer Arbeiterzahl von 15828 und in der dann folgenden Periode des Aufschwungs hob sich der Lohn bis 1900 auf 4,78 M. und die Arbeiterzahl auf 25461.

Das Steigen des Geldlohnes bedeutet natürlich keinen realen Vorteil für die Arbeiterklasse, wenn es durch die Erhöhung der Warenpreise ausgeglichen wird. Die mit allen Hilfsmitteln der fortschreitenden Technik hergestellten Fabrikate werden im ganzen eher billiger als teurer. Auch für die Rohstoffe und Bodenprodukte, die mit billigen Transporttaxen sich in großen Massen im Welthandel bewegen, ist eine nachhaltige Verteuerung noch auf lange Zeit nicht zu erwarten. Künstlich können ihre Preise allerdings durch Zölle erhöht werden. Doch ist der Roggenpreis in Preußen gegenwärtig trotz des Zolles nicht höher als in den siebziger Jahren, wenn auch bedeutend höher als in der Periode von 1886 bis 1896. Am stärksten macht sich die Tendenz zur Preissteigerung bei den Erzeugnissen der Viehzucht geltend. In den Städten üben die steigenden Mieten einen allgemein verteuernden Einfluß aus. Im ganzen aber werden die für die besitzenden Klassen bestimmten Konsumtionsgüter von den

preiserhöhenden Faktoren mehr betroffen, als die Lohngüter der Arbeiter, teils, weil diese Klassen dem nach ihren Ansprüchen eingerichteten Detailhandel höhere Preisaufschläge bezahlen müssen, teils auch, weil viele allein den Wohlhabenden zugängliche Luxusstoffe und Luxusprodukte nur mit steigenden Kosten beschafft werden können. Das Verhältnis der Gesamtsumme des Geldlohnes zu dem Geldwert des Kapitalgewinnes wird daher durch die Preissteigerung der Waren nicht ungünstiger für die Arbeiterklasse. Ob es sich aber positiv in der Art verbessert, daß sie einen größeren realen Güteranteil erhält, hängt einerseits von der Entwicklung der Produktion und anderseits von der ökonomischen Stellung der Arbeit dem Kapital gegenüber ab.

Technisch-kommerzielle Arbeit und öffentliche Dienstleistungen.

Der Lohn oder das Gehalt der vom Kapital abhängigen ‚geistigen' Arbeiter, d. h. der technischen und kommerziellen Angestellten, verteilt sich ebenfalls in Klassen, deren Besetzung in der Nähe eines mittleren Satzes am stärksten ist. Dieser Satz ist höher als der mittlere industrielle Arbeitslohn und das Gehalt sinkt auch auf der abnehmenden Seite nur ausnahmsweise bis auf den tiefsten Stand des Handarbeitslohnes, weil die Angestellten durch die herkömmliche Standessitte genötigt sind, für ihre äußere Lebenshaltung mehr aufzuwenden als die Handarbeiter. Wollen sie zu besseren Stellungen gelangen, so bedürfen sie, abgesehen von der Lehrzeit, auch einer höheren allgemeinen Vorbildung, wodurch die Zahl der Mitbewerber beschränkt wird. Ungünstig aber wirkt auf die Gehaltssätze, daß viele Techniker und Handelsgehilfen aus wohlhabenderen Familien stammen und nicht ausschließlich auf ihren eigenen Erwerb angewiesen sind. Manche haben auch Aussicht auf künftige Selbständigkeit, und betrachten ihre Dienststellung nur als Übergang. Wegen dieser näheren Verwandtschaft der Klasse der Angestellten mit der „Bourgeoisie" tritt sie zu dieser auch nicht in schroffen Gegensatz. Die Angestellten bilden zwar ebenfalls Vereinigungen zur Förderung ihrer Interessen, aber scharfe Konflikte sind sehr selten und nur ganz vereinzelt sind Streiks von Ladengehilfen vorgekommen. Die selbständig disponierenden, wenn auch nicht für eigene Rechnung arbeitenden Geschäftsleiter, wie namentlich die Direktoren der Aktiengesellschaften, bilden neben den unselbständigen Gehilfen eine besondere Klasse, indem sie eine Funktion ausüben, die an sich dem kapitalistischen Unternehmer zukommt. Daher scheint es zweckmäßig, ihr Erwerbseinkommen nicht als Lohn, sondern als Bestandteil des Kapitalgewinns aufzufassen, zumal es nicht nur eine Gewinnbeteiligung enthält, sondern auch in dem als Gehalt festgesetzten Teile sich tatsächlich nach der Höhe des zu verwertenden Kapitals richtet.

Die technisch-kommerziellen Angestellten beziehen ihr Erwerbseinkommen ebenso wie die Handarbeiter aus dem umlaufenden Kapital der Unternehmer und es stammt demnach unmittelbar aus dem Ertrag der sachlichen Produktion. Dadurch unterscheidet sich diese Klasse wesent-

lich von den im Dienste des Staates und anderer öffentlichen Körperschaften angestellten Beamten, die ihr Diensteinkommen nicht aus einem Kapital und einem Produktionsertrag, sondern aus öffentlichen Mitteln erhalten. Auch wenn sie bei einem öffentlichen Erwerbsbetrieb, z. B. bei einem Staatsbergwerk, angestellt sind, wird nicht angenommen, daß ihr Gehalt unmittelbar aus dieser Quelle fließt, sondern daß der Ertrag des staatlichen Unternehmens zunächst in die Staatskasse falle, aus der dann die Beamten ohne weitere Unterscheidung ihrer Tätigkeit ihre Gehälter empfangen. Die Handarbeiter in den Staatsbetrieben haben dagegen nur ausnahmsweise die Stellung von Unterbeamten, im allgemeinen aber werden sie einfach als Lohnarbeiter angesehen und ihr Lohn wird zu den Betriebskosten gerechnet. Vom allgemein volkswirtschaftlichen Standpunkt müssen aber überhaupt die öffentlichen Erwerbsbetriebe mit den Unternehmungen der sachlichen Produkte vereinigt werden und die Gehälter der technischen Beamten sind aus diesem Gesichtspunkte ebenfalls wie die der privaten Angestellten als Betriebskosten aufzufassen. Ebenso ist der Betriebsüberschuß als eine Art Kapitalgewinn zu betrachten, wenn er auch in der finanziellen Rechnung gar nicht auf ein bestimmtes Kapital bezogen wird.

Die Arbeit der mit öffentlichen Funktionen betrauten Beamten gehört zu den persönlichen Dienstleistungen, da sie unmittelbare Bedürfnisse einer Gesamtheit und auch einzelner zu befriedigen bestimmt ist. Diese Dienstleistungen finden im Auftrag und auf Kosten öffentlicher Organe statt und sind insofern keine selbständige Arbeit. Ihre Vergütung bestimmt sich wie auch die der technischen öffentlichen Beamten nicht unter dem Einfluß der Konkurrenz und des Verhältnisses von Angebot und Nachfrage, sondern sie wird einseitig von dem Staat oder der Gemeinde festgesetzt und obwohl sie mit Rücksicht auf das Bedürfnis einer standesgemäßen Lebenshaltung durchschnittlich nur mäßig ist, so ist doch der Zudrang von Bewerbern um die öffentlichen Stellungen fortwährend sehr groß und sogar übermäßig. Namentlich findet sich im Staatsdienst eine lange Reihe von Anwärtern, die nicht nur eine lange Studien- und Vorbereitungszeit durchgemacht haben, sondern auch nach erlangter Anstellungsfähigkeit noch mehrere Jahre unentgeltlich oder mit geringer Entschädigung arbeiten müssen, bis sie endlich nach Ablauf des halben Lebens wenigstens für ihre Person zu einer wirtschaftlichen Selbständigkeit gelangen, die ihnen aber anfangs meistens die Gründung einer Familie noch nicht gestattet. Der Grund dieser vom volkswirtschaftlichen Standpunkt auffallenden Erscheinung liegt in der gesicherten Stellung, die den Beamten in den meisten Staaten gewährleistet ist, in Deutschland auch in dem besonderen Ansehen, dessen sie sich herkömmlicherweise erfreuen. Dazu kommt auch das Anrecht auf Ruhegehalt und Versorgung der Hinterbliebenen.

Selbständiges Arbeitseinkommen.

Zu dem selbständigen Arbeitseinkommen gehört in erster Linie dasjenige, das durch persönliche Dienstleistungen höherer Art, die eine um-

fassende Vorbildung erfordern, gewonnen wird, ohne daß ein dauerndes Dienstverhältnis besteht. Die Konkurrenz wird hier wieder durch die Kosten der Vorbereitung und des meistens schwierigen Anfangsstadiums beschränkt, gleichwohl sind diese „liberalen Berufe“ gegenwärtig überfüllt, weil sich zu ihnen, wie auch zu der Beamtenlaufbahn, nicht nur der Nachwuchs aus diesen Kreisen selbst hindrängt, sondern auch ein starker Zufluß aus anderen Bevölkerungsschichten stattfindet, die in den akademisch gebildeten Ständen die Vertreter einer höheren Gesellschaftsstufe sehen. Der wirtschaftliche Bedarf an Kräften dieser Art entspricht aber keineswegs diesem großen Angebot. Für die Aspiranten auf Beamtenstellen hat dieses Überangebot nur die Wirkung, daß sich ihre Wartezeit bis zur Anstellung verlängert, nicht aber, daß die Gehälter herabgesetzt werden. Die Angehörigen der freien gelehrten Berufe dagegen müssen ihr Einkommen gewissermaßen auf dem offenen Markte im Wettbewerb miteinander erwerben und so stuft es sich in jedem Berufszweige zwischen außerordentlich weiten Grenzen ab. Vor allem gibt das Talent einen großen Vorsprung, der einzelne sogar zu förmlichen Monopolstellungen führen kann. Aber auch Gewandtheit, gesellschaftliche Verbindungen oder einfach Glück spielen bei der Verteilung der Erfolge eine große Rolle. Übrigens kann privatwirtschaftliche Überfüllung eines solchen Berufs bestehen, ohne daß dies auch überall vom Standpunkt des objektiven Bedürfnisses der Fall zu sein braucht. Es gibt in Preußen arme Gegenden, in denen ein Arzt auf 100 Quadratkilometer mit etwa 4000 Einwohnern kommt. Hier wäre im Interesse der Bevölkerung gewiß eine Vermehrung der Zahl der Ärzte erwünscht, aber es würde dann dem einzelnen nicht mehr möglich sein, den notwendigen standesmäßigen Lebensunterhalt zu erwerben.

Selbständiges Arbeitseinkommen kann aber außer durch Dienstleistungen auch als Gegenwert für andere wesentliche geistige Arbeitsleistungen erworben werden, die sich in Sachen verkörpern, aber doch nicht in den Bereich der kapitalistischen Produktion fallen. So das Einkommen der Schriftsteller und der bildenden Künstler, das von durchaus individuellen Bedingungen abhängig ist. Das Einkommen der kleinen Gewerbtreibenden, die ohne Mitwirkung von Lohnarbeitern für eigene Rechnung tätig sind, ist im wesentlichen ebenfalls als ein selbständiges Arbeitseinkommen zu betrachten, denn wenn man auch ihren Besitz an Arbeitsmitteln als „Kapital“ bezeichnen kann, so ist dessen Betrag doch so gering, daß ein Gewinn von 15 oder 20 Prozent desselben nur einen kleinen Teil des notwendigen Lebensunterhalts liefern kann. Das Einkommen solcher kleiner „Unternehmer“, wie man sie ja auch immerhin nennen kann, bleibt meistens unter dem der besseren Lohnarbeiter und ihr kleines Kapitalvermögen — das auch aus Grundbesitz bestehen kann — verschafft ihnen nur die Gelegenheit zu einem selbständigen, wenn auch wenig einträglichen Erwerb. Ist ein Unternehmer imstande, einige Arbeiter zu beschäftigen, so

ist sein Einkommen noch immer zum Teil einfaches Arbeitseinkommen, solange er in gleicher Art, wie seine Arbeiter, tätig ist. Zum kapitalistischen Unternehmer wird er erst, wenn er sich ausschließlich der spezifischen Funktion eines solchen, der Leitung des gewinnbringenden Kapitalumsatzes widmet. Prinzipiell unterscheidet sich das selbständige Arbeitseinkommen vom Lohne immer dadurch, daß der Arbeitende sein Produkt unmittelbar auf eigene Rechnung verwertet.

Verschiedenheit des Kapitalgewinns.

Der jährliche Kapitalgewinn in seiner Gesamtheit ist der Überschuß des Geldwertes der jährlichen sachlichen Produktion über die Summe der für diese bezahlten Löhne im weiteren Sinne, also mit Einschluß der Gehälter. Der in einem einzelnen Unternehmen erzielte Kapitalgewinn dagegen wird berechnet, indem man von dem Rohertrag außer den Löhnen auch die übrigen Produktionskosten abzieht, die einen Kapitalaufwand darstellen, für die sich in dem Preise des besonderen Produktes Ersatz finden muß. Daher hat die Berechnung der Rohstoffe, Halbfabrikate und sonstigen Kapitalgüter zwischen den verschiedenen Produktionsstufen für die einzelnen Unternehmungen eine große privatwirtschaftliche Bedeutung. Den Arbeitern gegenüber sind die Unternehmer durch gemeinschaftliche Interessen verbunden, in ihrem Geschäftsbetrieb aber stehen sie sich auf den verschiedenen Stufen als Käufer und Verkäufer beiderseits als Kapitalisten mit entgegengesetzten Interessen gegenüber. Der Spinner sucht die Baumwolle möglichst billig einzukaufen und das Garn möglichst teuer zu verkaufen; der Weber dagegen bemüht sich, für das Garn den niedrigsten Preis zu erlangen und sein Gewebe für den höchst möglichen bei dem Großhändler unterzubringen. Zugleich stehen auf jeder einzelnen Stufe die Beteiligten untereinander in lebhaftem Wettbewerb. So ruft also die Verteilung des aus der jährlichen Produktion sich ergebenden Kapitalgewinns einen heftigen Interessenkampf der Kapitalbesitzer gegeneinander hervor, der für die einzelnen einen sehr verschiedenen Ausgang nimmt, die Interessen der Arbeiterklassen aber nicht berührt. Die enorme Verschiedenheit des Kapitalgewinnes der einzelnen Unternehmungen zeigt sich, wie schon oben bemerkt wurde, am deutlichsten in den Dividenden der Aktiengesellschaften. In Preußen z. B. arbeiteten im Jahre 1905 von 2584 Gesellschaften 93 ohne Gewinn und 385 mit Verlust, im ganzen befanden sich also 478 oder 18 Prozent der Gesamtzahl in einer wirtschaftlich bedenklichen oder unhaltbaren Lage. Anderseits kamen aber auch vereinzelt Dividenden von 40, 50 sogar von 100 und noch mehr Prozent vor. Nicht minder groß als die Verschiedenheit des Gewinns der einzelnen Unternehmungen in demselben Jahre ist die Veränderlichkeit der Erträge desselben Unternehmens im Laufe einer längeren Zeit. So wechselten sie bei einer Maschinenfabrik auf die mannigfaltigste Art zwischen 0 und 30 Prozent

Der Durchschnittssatz, in dessen Nähe sich die relativ größte Zahl der einzelnen Dividenden gruppiert, hat, wie schon früher bemerkt,

keine selbständige Bedeutung bei der Preisbestimmung. Dagegen gibt es einen Mindestsatz, unter den der Kapitalgewinn eines Unternehmers nicht dauernd sinken darf, wenn sein Bestand nicht gefährdet erscheinen soll.

Dieser normale Mindestsatz des Kapitalgewinns ist gegeben in dem Zinsfuß für Leihkapital in unbedingt sicheren Anlagen. Wenn es möglich ist, ohne eigene Arbeit und ohne Risiko einen Gewinn von dieser Höhe zu erlangen, so wird jeder Kapitalbesitzer ein Unternehmen, das nicht im Durchschnitt aus mehreren Jahren noch etwas mehr als diesen Gewinn einbringt, als verfehlt oder unrentabel betrachten. Je mehr also der mittlere Kapitalgewinn sich dem einfachen Leihzinsfuß nähert, um so mehr wird sich das Kapital von neuen Unternehmungen zurückhalten. Es bekundet sich darin eine wirtschaftliche Depression, jedoch verbindet sich damit auch eine Beschränkung der vorher in der Regel übermäßig ausgedehnten Produktion, wodurch auch wieder eine Besserung der Marktlage angebahnt wird.

Der Zins des Leihkapitals bildet also gewissermaßen die unterste Schicht des Kapitalgewinns. Während sich für den Prozentsatz des letzteren keine bestimmte Ziffer, sondern nur ein Mittelwert angeben läßt, tritt der Zinsfuß für sicheres Leihkapital deutlich als ausbedungener Gewinnanteil zutage. Allerdings bewegt er sich ebenfalls noch in einem kleinen Spielraum. Denn der Zinsfuß für mündelsichere Hypotheken ist doch in der Regel etwas höher, als der für Anleihen von Staaten in absolut gesicherter Finanzlage, was damit zusammenhängt, daß Staatspapiere immer rascher und mit weniger Umständlichkeit erworben und veräußert werden können, als Hypotheken. Die Verzinsung der einwandfreien Staatspapiere ist wieder von Land zu Land nach ihrem Kurse einigermaßen verschieden. So brachten die preußischen 3½prozentigen Konsols im Jahre 1908 nach ihrem Kurse ungefähr 3,8 Prozent, die englischen 2½prozentigen ungefähr 2,8, die französische 3prozentige Rente etwa 3,1 Prozent. In jedem Lande aber ist der nach dem Kurse der Staatspapiere berechnete Zinsfuß im Zusammenhang mit den allgemeinen finanziellen und wirtschaftlichen Verhältnissen veränderlich. So standen in Preußen die 3prozentigen Konsols 1895 auf pari, 1908 dagegen auf 82,50 und in England stiegen die 2¾prozentigen Konsols, deren Konversion in 2½prozentige bevorstand, vor dem Burenkrieg auf 113. Im allgemeinen sinkt der Kurs der Staatspapiere einesteils bei Verschlechterung der Finanzlage des Staates und anderenteils bei einem Aufschwung des Wirtschaftslebens, durch den mehr Kapital aus seiner Ruhelage in die Erwerbstätigkeit übergeführt wird. Und umgekehrt steigen die Kurse dieser Papiere in Zeiten des wirtschaftlichen Niedergangs, wenn das Kapital wieder mit Vorliebe die sicheren Anlagen aufsucht. Aus diesen Tatsachen erhellt aber, daß auch die guten Staatspapiere zugleich Spekulationsobjekte sind, was ihnen durch ihre leichte Veräußerlichkeit ermöglicht wird und im ganzen auf ihren Kursstand günstig einwirkt; und ferner hat diese leichte Veräußerlichkeit zur Folge, daß sie nicht allein

zu festen Anlagen auf längere Zeit, sondern vielfach auch zu vorübergehender Unterbringung zeitweilig verfügbarer Kapitalien benutzt werden. Handelt es sich nicht um Rentenpapiere, sondern um Schuldverschreibungen, die zum Pariwert oder mit einem anderen bestimmten Betrag rückzahlbar sind, so ist das spekulative Element in ihrem Kurse, solange dieser erheblich unter dem Einlösungskurs steht, noch stärker vertreten. Daher scheint es angezeigt, den normalen Zinsfuß für sichere festverzinsliche Anlagen in demjenigen zu sehen, der für die guten Hypotheken gilt, da diese Anlagen nicht den täglich wechselnden Einwirkungen des Geldmarktes unterworfen sind. Auch der Hypothekenzinsfuß ist allerdings nicht konstant, er ist im Laufe eines halben Jahrhunderts von 5 auf 4 und $3^3/_4$ Prozent zurückgegangen, aber im Vergleich mit der aus den Kursen berechneten Verzinsung der guten Staatspapiere ist er doch stabiler geblieben.

Bestimmungsgründe des Zinsfußes.

Die Höhe des Zinsfußes — unter dem wir hier immer den festen prozentmäßigen Ertrag des auf längere Zeit sicher angelegten Leihkapitals verstehen — hängt zunächst und unmittelbar von dem Verhältnis der Nachfrage nach Leihkapital zu dem Angebot von solchem ab. Die Nachfrage nach Leihkapital geht aber nur zu einem Teile von den erwerbstätigen Unternehmungen aus, zu einem anderen Teil entspringt sie aus privaten oder öffentlichen Konsumtionsbedürfnissen. Im ersteren Falle bilden die Zinsen einen Teil des Kapitalgewinns und werden aus diesem gedeckt, im letzteren werden sie unmittelbar oder mittelbar dem Einkommen der Einzelwirtschaften entnommen. Wenn der Staat eine Anleihe aufnimmt, um eine Eisenbahn zu bauen, so steht seiner Zinsenzahlung sein Betriebsgewinn gegenüber; dient die Anleihe aber etwa dazu, einen Krieg zu führen, so mag dieser politisch durchaus gerechtfertigt und nötig sein und er mag auch einen günstigen Erfolg für die wirtschaftliche Stellung der Nation haben, aber die Anleihe stellt kein erwerbsmäßig produktives Kapital dar, aus dem eine die Zinsen ausgleichende Einnahme hervorgeht. Auch viele Gemeindeanleihen dienen zur Befriedigung allgemeiner persönlicher Bedürfnisse der Einwohnerschaft, die sehr berechtigt sind, aber den Zinsen steht keine entsprechende Einnahme gegenüber. Auch die einzelnen wirtschaftenden Personen suchen nicht selten verzinsliche Darlehen, nicht um ihr Erwerbskapital zu verstärken, sondern um ihr nicht ausreichendes Einkommen zu ergänzen, also zu Konsumtionszwecken. Der Zins ist dann eine Vergütung für den von dem Darlehnsgeber geleisteten wirtschaftlichen Dienst, und da der Empfänger, wenn er überhaupt kreditwürdig ist, imstande sein muß, die Schuldsumme zu einer späteren Zeit zurückzuzahlen, so kann man den Zins in diesem Falle auch als die Differenz betrachten, um die der Schuldner diese Summe gegenwärtig, wo er ihrer dringend bedarf, subjektiv höher schätzt, als den Wert, den sie in Zukunft für ihn haben wird. Geschichtlich sind die Schuldzinsen überhaupt nicht als Anteile an einem Gewinn entstanden, sondern als

Abgaben für Darlehen, die in unverschuldeten oder verschuldeten Notlagen des Empfängers aufgenommen wurden. Daher die sittliche Verurteilung des Zinsnehmens im Altertum und Mittelalter und die noch heute bestehende Gesetzgebung gegen den Wucher. Gegenwärtig ist jedoch die Nachfrage nach Leihkapital zur Befriedigung der Bedürfnisse einzelner ohne produktive Deckung verhältnismäßig unbedeutend. Recht erheblich aber ist die Nachfrage, die durch Anleihen des Staats und anderer öffentlicher Körperschaften für Verwendungen entstehen, die im kapitalistischen Sinne nicht produktiv sind. Sehr viel Leihkapital wird in Anspruch genommen für den Bau von Wohnhäusern. Es bringt dann einen Ertrag, aus dem die Zinsen bezahlt werden können, aber dieser Ertrag entspringt wie oben ausgeführt, nicht aus einer fortlaufenden Produktion, da die Wohnungsnutzung nicht als ein „Produkt“ der Wohnung zu betrachten ist, sondern der Mietzins wird aus dem Einkommen des Mieters bezahlt. Die durch Hypotheken auf landwirtschaftliche Grundstücke und gewerbliche Anlagen gesicherten Darlehen dagegen geben in ihren Zinsen einen fest bestimmten Anteil an dem Reinertrage produktiver Unternehmungen. Die Pfandbriefe ausgebenden Banken und Anstalten dienen als Vermittler dieses Hypothekenkredits. Eine große Rolle bei der Nachfrage nach Leihkapital spielen auch die Anleihen von Eisenbahnen und großen Bergwerks- und Industriegesellschaften. Die Verzinsung und Tilgung der Eisenbahnobligationen ist häufig von Staats wegen garantiert und anderenfalls in der Regel auch hypothekarisch sichergestellt. Die industriellen Schuldschreibungen dagegen sind vielfach nicht durch Hypothek auf den Immobilienbesitz des Unternehmens gedeckt, sondern sie begründen hinsichtlich der Verzinsung und Tilgung nur feste Forderungen, die aus dem Kapitalgewinn der Unternehmungen vorab zu befriedigen sind. In solchen Fällen, wie auch schon bei zurückstehenden Hypothekendarlehen, übernimmt also auch das Leihkapital ein gewisses Risiko, weshalb es denn auch einen höheren Zins, als den Minimalsatz, verlangt. Immer jedoch bleibt die Schuld nach dem vereinbarten Fuß fest verzinslich und der Gläubiger bleibt, im Unterschied vom Aktionär, von den jährlichen Schwankungen des Kapitalgewinns unberührt.

Was anderseits das Angebot von Leihkapital betrifft, bildet es einen Teil des Angebots von freiem Geldkapital überhaupt. Von dem für dauernde Anlage verfügbaren neuen Geldkapital wird ein Teil von seinen Besitzern zur Erweiterung ihrer Unternehmungen oder zur Errichtung neuer eigener Betriebe verwendet, ein Teil sucht mit eigenem Unternehmungsrisiko, jedoch ohne geschäftliche Mitwirkung seiner Besitzer, Verwertung in bestehenden oder neugegründeten Unternehmungen, und der dritte Teil steht als Angebot der Nachfrage nach Leihkapital in ihren mannigfaltigen Formen gegenüber. Der zweite Teil wird hauptsächlich durch das zur Anlage in Aktien bestimmte Kapital gebildet und dieses steht mit dem Angebot von Leihkapital in unmittelbarster Wechselwirkung, da die eine wie die andere Anlage von Leihkapital ein Einkommen ohne

eigentliche Erwerbstätigkeit des Besitzers einbringt. Die Dividenden werden betrachtet als die Zinsen des nach dem Kurswert der Aktien berechneten Kapitals, obwohl sie nicht fest vereinbart und jährlich mehr oder weniger Schwankungen unterworfen sind. In günstigen Zeiten steigt dieser Aktienzinsfuß und viele Kapitalisten ziehen dann, auch wenn sie sich nicht auf eigentliche Spekulationen einlassen wollen, die Aktien trotz des damit verbundenen Risikos den festverzinslichen Anlagen vor. Dadurch wird also das Angebot von Leihkapital relativ vermindert und auf die Erhöhung des Zinsfußes hingewirkt. Anderseits pflegt in solchen Zeiten auch die Nachfrage der öffentlichen Körperschaften, namentlich der städtischen Gemeinden, nach Leihkapital zur Verbesserung öffentlicher Einrichtungen oder zur Errichtung neuer öffentlicher Unternehmungen zuzunehmen, wodurch die Steigerung des Zinsfußes weiter befördert wird. Im umgekehrten Sinne aber wirkt die mit dem wirtschaftlichen Aufschwung verbundene absolute Zunahme des freien Geldkapitals, die sich auch wieder in einer relativen Vermehrung des Angebots von Leihkapital äußert, zumal vorsichtige Unternehmer und Spekulanten die durch die Gunst der Umstände erzielten Gewinne allem weiteren Risiko zu entziehen suchen. Die Resultierende dieser verschiedenen Kräfte läßt sich im voraus nicht bestimmen, in der Regel aber bewirkt sie eine mäßige Erhöhung des Leihkapitalzinses. Der Aufschwung endigt meistens mit einer Krisis, der in der Regel eine Periode der Stockung und der Depression folgt, in der sich die umgekehrten Erscheinungen zeigen, wie in der aufsteigenden Phase: das mißtrauisch gewordene Kapital wendet sich überwiegend den festverzinslichen, sicheren Anlagen zu, der Kapitalbedarf für öffentliche Einrichtungen und Unternehmungen wird beschränkt, die jährliche Kapitalansammlung aber hat sich vermindert. Der Gesamteffekt pflegt eine Herabdrückung des Zinsfußes zu sein.

Der Bank- und Börsenzinsfuß.

Unter Leihkapital ist im obigen nur das Kapital zu verstehen, das zum Zweck einer dauernden Anlage, also mit längerer Kündigungsfrist oder unter der Bedingung einer planmäßigen Tilgung oder unter Verschreiben einer „ewigen“ Rente ausgetan wird. Das nur auf kurze Fristen durch Diskontierung von Wechseln oder in der Form von Lombarddarlehen ausgeliehene Kapital ist nicht Leihkapital in dem hier geltenden Sinne, sondern zunächst umlaufendes Bankkapital oder auch sonstiges umlaufendes Geschäftskapital, das bei vorübergehendem Stilliegen durch solche Kreditoperationen einen Zwischengewinn erzielt. Die privaten Inhaber stets fälliger Depositen beteiligen sich mittelbar an den kurzfristigen Kreditgeschäften der Banken. Für diese Geschäfte bildet sich ein zwischen weiten Grenzen veränderlicher und täglich schwankender Bank- und Börsenzinsfuß, dessen Bewegungen von dem Zinsfuß für Leihkapital im obigen Sinne fast gänzlich unabhängig sind, weil der tägliche Geldbedarf, der aus dem flüssigen Bankkapital zu befriedigen ist, unter ganz anderen Bedingungen steht, als der Kapitalbedarf für feste Anlagen.

Ein amerikanischer Börsenspekulant, der die Erfüllung seiner Verpflichtungen von Tag zu Tag durch Kreditnehmen hinausschieben muß, bezahlt unter kritischen Umständen für einige Tage oft Zinsen, die sich, aufs Jahr berechnet, auf mehr als 100 Prozent stellen. Anderseits aber sinkt der Privatdiskont — der fast immer unter dem offiziellen Satz der Zentralbank steht — auch in Deutschland oft auf 2 Prozent, während der Hypothekenzinsfuß auf seiner üblichen Höhe bleibt. Noch niedriger steht oft der Börsenzins für „tägliches" Geld oder für Geld auf „einige Tage". Eine mittelbare Beziehung zwischen dem marktgängigen Bankzinsfuß und dem Leihkapitalzinsfuß entsteht jedoch dadurch, daß bei längerem Vorherrschen hoher Diskontsätze die Banken durch Angebote erhöhter Zinsen in größerem Maße Depositen aus den Kreisen des Privatpublikums heranziehen, die sonst vielleicht als Leihkapital ausgetan worden wären. So wurden im Jahre 1907 von manchen Banken für Depositen mit kurzer Kündigungsfrist, und sogar für stets fällige, Zinsen von $4^1/_2$ Prozent gewährt. Anderseits werden bei hohem Bankzinsfuß auch viele Geschäftsleute veranlaßt, Staatspapiere zu veräußern, die sie als Reserve gehalten hatten.

Das Angebot von neuem freiem Geldkapital, gleichviel für welche Anlage es bestimmt ist, wird volkswirtschaftlich und objektiv, wie schon oben ausgeführt wurde, nur durch den Überschuß des Gesamteinkommens über die gesamten Konsumtionsausgaben unterhalten. Wird das neue Kapital in einer neuen Anleihe des Staates oder einer Gemeinde zu einem wirtschaftlich unproduktiven Zweck, z. B. zur Deckung eines Defizits, angelegt, so hinterläßt es nur die Wirkung, daß das Einkommen der schuldnerischen Körperschaft mit der Verzinsung belastet wird, der vorher von den Gläubigern erzielte Überschuß aber ist dann wieder verzehrt. Dient das neue Kapital dagegen zum Ankauf bereits vorhandener Schuldverschreibungen ohne produktive Grundlage, so gelangt es möglicherweise doch zu einer produktiven Verwendung, wenn nämlich der Verkäufer der Wertpapiere das empfangene Geldkapital zu einer solchen bestimmt. Ob eine Anlage im volkswirtschaftlichen Sinne produktiv sei, kommt an sich für den Leihkapitalisten nicht in Betracht. Er sieht nur auf die Sicherheit der Anlage und nimmt keinen Anstand, sich an Anleihen zu beteiligen, die ein reicher Staat mit unzweifelhaft soliden Finanzen für rein konsumtive Zwecke aufnimmt. Es läßt sich daher auch nichts Bestimmtes darüber sagen, ob der Zinsfuß mehr durch die produktiven oder durch die konsumtiven Anlagen vom Leihkapital beeinflußt wird. Gewiß aber ist, daß die letzteren schwer mit ins Gewicht fallen. Die in Deutschland ausgegebenen Staats- und Kommunalanleihen haben in den Jahren 1900 bis 1907 durchschnittlich mehr als die Hälfte des Wertes der sämtlichen Emissionen ausgemacht.

Das Unternehmungskapital.

Das Geldkapital, das nicht gegen festen Zins ausgeliehen, sondern mit veränderlichem Gewinn ohne Selbsttätigkeit des Besitzers in Unternehmungen angelegt wird, fällt nach dem früher Gesagten mit unter den

Begriff des Unternehmungskapitals. Sein durchschnittlicher Gewinnsatz wird normalerweise einen Überschuß über den einfachen Zinsfuß ergeben, der als eine Vergütung für das in den Gewinnschwankungen liegende Risiko zu betrachten ist. Dieses gewissermaßen passive Unternehmungskapital wird hauptsächlich durch das Aktienkapital vertreten. Es ist hier zu unterscheiden zwischen dem gewissermaßen unpersönlichen, für sich betrachteten Kapital einer Unternehmung und der einzelwirtschaftlichen, persönlichen Kapitalanlage der Beteiligten. Die Kapitalanlage der ersten Aktionäre, die auf ihre Gefahr das Unternehmen in Betrieb gesetzt haben, entspricht dem unpersönlichen Unternehmungs- oder Stammkapital und der Prozentsatz ihres Anlagegewinnes ist gleich der auf das Stammkapital bezogenen Dividende. Für diejenigen Aktionäre aber, die ihre Anteile erst später von den Vorbesitzern zu einem von dem Erfolg der Unternehmung abhängigen Börsenkurs gekauft haben, steht der persönliche Anlagegewinn gar nicht mehr in unmittelbarer Beziehung zu dem unpersönlichen Unternehmungskapital, sondern er bestimmt sich nach dem Verhältnis des absoluten Betrags der Dividende zu dem Kurswert der Aktien, jedoch keineswegs mit dieser in gleichem Schritt, weil der Fortbestand sehr hoher Dividenden immer unsicherer wird. Der Kurs der Aktien stellt sich im allgemeinen so, daß der veränderliche Anlagegewinnsatz durchschnittlich höher bleibt als der feste Zinsfuß für gesichertes Leihkapital. Dieser Überschußgewinn wächst prozentmäßig mit der Höhe der Dividenden. So standen die Aktien einer Bergwerksgesellschaft, die in den Jahren 1906 und 1907 30 Prozent Dividende verteilt hatte, im Jahre 1908 doch nur auf etwa 420, ergaben also für die Käufer nur einen Anlagegewinnsatz von 7,14 Prozent und demnach, wenn der Leihzinsfuß zu 4 Prozent angenommen wird, nur 3,14 Prozent Überschußgewinn. Dieser stellt eine der Natur des Unternehmens entsprechende Risikovergütung dar und demnach würde auch für das Stammkapital und die ersten Aktionäre ein Gewinn von im ganzen 7,14 Prozent als normal zu betrachten sein. In Wirklichkeit aber bezogen diese Aktionäre oder deren Erben noch 22,86 Prozent mehr und dieser Mehrgewinn ist als eine besondere Prämie für die richtig ergriffene Initiative und für das mit der Gründung des Unternehmens verbundene Risiko aufzufassen. Man kann ihn als „Gründungsgewinn“ bezeichnen, er ist aber nicht mit dem „Gründergewinn“ zu verwechseln, der denjenigen zufällt, die, nicht selten zu übertriebenen Preisen, bereits bestehende Fabriken oder sonstige Unternehmungen in eine neue Gesellschaft einbringen. Wenn die ersten Aktionäre ihre Anteile jetzt zum Kurse von 420 verkauften, so würden sie für ihren Gründungsgewinn eine Abfindung von 320 erhalten, d. h. dieser würde mit demselben Faktor kapitalisiert (nämlich 100:7,14 = 14) wie es für die Dividende im Kurs geschehen ist. Der Gründungsgewinn macht also denselben Prozentsatz von dem Aufgeld der Aktien über Pari aus, wie die Dividende vom Kurswert der Aktien. Es läßt sich leicht zeigen, daß dieser Satz allgemeine Geltung hat.

Der Kurs solcher Aktien, deren Dividenden sich nicht in so ungewöhnlicher Höhe bewegen, ergibt nur einen sehr mäßigen Überschußgewinn, wenn die Lage der betreffenden Unternehmungen keinerlei Bedenken hervorruft. So betrug er für die Aktien einer großen Bank, die in den letzten Jahren 12 Prozent Dividende verteilt hatte, bei einem Kurse von 240 nur 1 Prozent, entsprechend einem Anlagegewinn von 5 Prozent. Dabei stellte sich der Gründungsgewinn auf 7 Prozent des Nennwertes der Aktien oder auf 5 Prozent des Aufgeldes 140.

Aktien, die weniger als den Leihzins einbringen, stehen zwar fast immer unter Pari, aber doch oft auch auf einem verhältnismäßig hohen Kurse. Es kommt eben darauf an, wie die weiteren Aussichten des Unternehmens beurteilt werden.

Im übrigen ist zu bemerken, daß die Summe der ausgezahlten Dividenden keineswegs den vollständigen Kapitalgewinn einer Aktiengesellschaft in dem betreffenden Jahre darstellt. Zum Gewinn gehören außer dem an den Reservefonds abgeführten Betrag auf die stillen Reserven, die durch absichtlich zu hoch gegriffene Abschreibungen entstehen, ferner die Ausgaben für Erweiterungsanlagen, die aus den laufenden Einnahmen gedeckt worden sind, endlich auch die Vergütungen für die Aufsichtsräte und — aus dem oben angegebenen Grunde — die Gewinnanteile und Gehälter der das Unternehmen leitenden Vorstandsmitglieder.

Selbsttätige Unternehmer.

Die Beschaffung des Kapitalgewinnes in einem Unternehmen setzt an sich auch immer die persönliche Erwerbstätigkeit des Unternehmers voraus, wenn auch in den gesellschaftlichen Unternehmungsformen Kapitalbesitz und Geschäftsleitung getrennt sind. Ein Teil des Kapitalgewinnes ist daher als Entgelt für die Leistung des selbsttätigen Unternehmers zu betrachten. Hat der Unternehmer vermöge seines geschäftlichen Scharfblickes eine neue Gelegenheit zu einer ungewöhnlich vorteilhaften Kapitalanlage entdeckt und ausgenutzt, so fällt ihm ein Gründungsgewinn zu, der in der Form eines dauernden Vorzugsgewinnes im Vergleich mit anderen ähnlichen Unternehmungen erscheinen kann. Aber auch für seine fortlaufende Tätigkeit als Geschäftsleiter rechnet er auf einen Zuschlag zu dem Gewinn des nicht selbsttätigen Kapitalbesitzes. Die Vergeltung für die geschäftsleitende Tätigkeit des Unternehmers wollen wir als Unternehmerverdienst bezeichnen, indem wir den Ausdruck Unternehmergewinn für den ganzen Überschuß des Kapitalgewinnes über den einfachen Zins vorbehalten. Der Unternehmerverdienst ist als ein normaler Bestandteil des gesamten Kapitalgewinnes anzusehen, was sich auch darin zeigt, daß er wesentlich durch die Größe des in Bewegung gesetzten Kapitals bedingt ist. Der Abschluß eines großen und der eines kleinen Geschäfts können gleichviel Geschicklichkeit und Arbeit erfordern, der erstere aber wird vermöge seines größeren Kapitalumsatzes dem Unternehmer einen größeren Gewinnbetrag und auch einen größeren Verdienst in dem hier angenommenen Sinne bringen. Der Unternehmerverdienst

geht unmittelbar aus dem Kapitalumsatz hervor, steht also in engerer Beziehung zum umlaufenden Kapital. Theoretisch kann man daher annehmen, daß der Prozentsatz des auf das umlaufende Kapital anzurechnenden Gewinns — weil dieser eben den Unternehmerverdienst mit einschließt — höher sei, als der, den der Gewinn aus dem ganzen das stehende mit umfassenden Kapital darstellt. Praktisch kommt dieser Gesichtspunkt in Betracht, wenn das stehende Kapital nicht Eigentum des Unternehmers, sondern gepachtet oder gemietet ist. Die Erfahrung scheint in der Tat zu lehren, daß solche Pächter oder Mieter durchschnittlich einen höheren Gewinnsatz beziehen, als den des allgemeinen mittleren Kapitalgewinnes. Im übrigen weist der Unternehmerverdienst dieselbe Mannigfaltigkeit und Veränderlichkeit auf, wie der gesamte Kapitalgewinn.

Meistens verbinden sich mit dem großen Gewinne hervorragender Unternehmer auch reelle Vorteile für die Volkswirtschaft: es sind durch ihre Initiative neue Bodenschätze erschlossen, neue Verkehrswege eröffnet, neue Erfindungen für die Allgemeinheit nutzbar gemacht, neue Bedürfnisse geweckt und zugleich die Mittel zu ihrer Befriedigung geschaffen worden. Andere freilich verwenden ihr Geschäftstalent zur Förderung monopolistischer Bestrebungen oder zu Spekulationen, die nur den Zweck haben, sich auf Kosten anderer zu bereichern. Es ist aber zu bemerken, daß die außergewöhnlich und übermäßig großen Gewinne, die manche kapitalistische Magnaten durch eine volkswirtschaftlich unproduktive Erwerbstätigkeit erlangen, nicht dem Produktionsanteil der Arbeiterklasse entnommen werden, sondern fast ausschließlich durch Aufsaugung des Vermögens anderer Kapitalbesitzer, namentlich der kleineren und unerfahrenen, entstehen.

Unternehmer- und Geschäftsgewinn.

Fassen wir den ganzen Überschuß des Kapitalgewinnes über den einfachen Zins, wie er einem ausschließlich mit eigenem Kapital selbst arbeitenden Unternehmer zufallen würde, als Unternehmergewinn zusammen, so kann dieser also folgende Bestandteile enthalten: erstens den Gründungsgewinn, zweitens den Überschußgewinn, drittens den Unternehmerverdienst. Bei einer Aktiengesellschaft erscheint der kapitalisierte Gründungsgewinn in dem Aufgelde der Aktien über Pari; als persönlicher Gewinn ist er für den Besitzer der zu dem erhöhten Kurse gekauften Aktien verschwunden, er bleibt aber rechnungsmäßig für das ohne persönliche Beziehung aufgefaßte Stammkapital nach seinem Nominalbetrag bestehen. Der Überschußgewinn ist die Vergütung, die die Aktionäre für das Risiko des Schwankens der Dividenden und des Kurses erhalten. Die Vermehrung der offenen und stillen Reserven kommt den Aktionären zugute und ist daher ebenfalls zum Überschußgewinn zu rechnen. Die Gewinnanteile der Aufsichtsräte und Gesellschaftsleiter sowie auch die festen Bezüge der letzteren entsprechen dem Unternehmerverdienst. Viele Unternehmungen haben neben ihrem eigenen Kapital fremdes Leihkapital gegen feste Verzinsung aufgenommen, das sie in gleicher Weise, wie jenes verwerten. Vom volkswirtschaftlichen Standpunkte müssen diese

beiden Kapitalteile als ein einheitliches Unternehmungskapital betrachtet werden, auf das auch der objektive Kapitalgewinn zu beziehen ist. Beträgt also das eigene Kapital der Unternehmung 2 Millionen Mark, das zu 4 Prozent aufgenommene Leihkapital 1 Million und der Jahresgewinn 300000 M., so ist der objektive Kapitalgewinnsatz 10 Prozent und der objektive Unternehmungsgewinn 6 Prozent. Der persönliche Geschäftsgewinn des Unternehmers dagegen stellt sich absolut auf 260000 M., in Prozent seines eigenen Kapitals also auf 13 Prozent und der Überschuß über den einfachen Zins auf 9 Prozent. Diese Beziehung des ganzen Gewinnes auf das eigene Kapital des Unternehmers hat jedoch nur eine rein privatwirtschaftliche Bedeutung und ergibt bei gleichem objektiven Kapitalgewinn je nach der Größe des beteiligten Leihkapitals verschiedene Prozentsätze. Bei den mit fest verzinslichem Leihkapital arbeitenden Aktiengesellschaften stellen also die Dividenden (abgesehen von gewissen Abzügen vom Reinertrag), diesen privatwirtschaftlichen Geschäftsgewinn dar. Der objektive Kapitalgewinnsatz dagegen wird ausgedrückt durch das Prozentverhältnis des ganzen Jahresgewinnes der Unternehmung zu der Summe ihres eigenen und fremden Kapitals. Zu ihrem eigenen Kapital muß übrigens auch der Reservefonds gerechnet werden, wenn dieser, wie es die Regel ist, nicht besonders angelegt ist, sondern wie das Stammkapital nur als Passivposten in der Bilanz erscheint.

Unternehmungen, die einen Überschußgewinn über den einfachen Zins ergeben, haben also an sich ein Interesse daran, ihr Kapital durch Anleihen gegen festen Zins zu verstärken. Aber es fragt sich stets, ob eine Erweiterung des Betriebs ohne Herabdrückung des Kapitalgewinnsatzes möglich ist und ferner ob das Vermögen der Unternehmung, das häufig nur zu einem geringen Teil aus Immobilien besteht, zur Sicherstellung der Anleihe ausreicht. Zu der Gründung neuer Unternehmungen, deren Aussichten noch ungewiß sind, wird sich Leihkapital in der Regel nicht heranziehen lassen. In einigen Fällen, namentlich bei Eisenbahnunternehmungen, ist dies allerdings möglich, und manche amerikanische Bahnen haben, allerdings mit erhöhtem Zinsfuß, von vornherein große Summen in Obligationen ausgegeben. Wenn dann aber der Ertrag der Unternehmung zurückgeht, so wird er oft vollständig durch die Schuldzinsen in Anspruch genommen, so daß für die Aktionäre nichts mehr übrig bleibt.

Feste Anleihen werden in der Regel nur zur Vergrößerung des stehenden Kapitals der Unternehmungen aufgenommen; das umlaufende Kapital dagegen wird hauptsächlich durch kurzfristige Wechsel und Bankkredit verstärkt. Diese zeitweilige Benutzung von fremdem Kapital in rasch wechselnden Beträgen hat einen anderen Charakter, als die Verwertung des ständigen Unternehmungskapitals und es erscheint daher nicht angezeigt, den Kapitalgewinn auch mit auf diesen unbestimmten Teil des im Zusammenhang mit dem Warenumsatz vorübergehend auftretenden

fremden Kapitals zu beziehen. Nicht selten wird freilich aus einem der Form nach kurzfristigen Bankkredit tatsächlich eine Kapitalbeteiligung von unbestimmter Dauer, die sogar zur Errichtung stehender Anlagen gebraucht oder vielmehr gemißbraucht wird. In solchen Fällen müßte allerdings der Prozentsatz des theoretischen Kapitalgewinnes mit Berücksichtigung dieses fremden Kapitalzuschusses berechnet werden. Die Banken handeln durch solche Geschäfte den normalen Regeln ihres Betriebs zuwider, da ihre Aufgabe in der Vermittlung von kurzfristigem Kredit besteht und ihre eigenen Anlagen in bezug auf die Befristung den bei ihnen stehenden fremden Geldern entsprechen müssen.

Die Bodenrente.

XIII. Die Grundrente. Vom privatwirtschaftlichen Standpunkt wird der zum Erwerbsvermögen gehörende Grund und Boden als ein Teil des stehenden Kapitals behandelt. Er ist für einen gewissen Preis angekauft worden und steht mit diesem auf der Aktivseite der Bilanz als ein Gegenposten zu dem formal als ein Passivum des Unternehmens betrachteten Kapital. Daher wird auch der Gewinn auf den Kapitalwert im ganzen bezogen und nicht ein Teil desselben speziell aus dem Grundbesitz abgeleitet. Dies ist auch ohne Zweifel das zweckmäßigste Verfahren, wenn der Grundbesitz in dem Erwerbsvermögen des Unternehmers keine besonders hervorragende Stellung einnimmt und sich nicht ein bedeutender Teil des Gewinnes in deutlich erkennbarer Weise auf ihn zurückführen läßt. Das gilt in der Regel von den Industrieunternehmungen. Bei den Bergwerken aber bildet, wenn auch nicht der Boden selbst, so doch sein unterirdischer Gehalt, der Gegenstand des Bergwerkseigentums, die eigentliche Grundlage der Produktion und hier erscheint es daher auch gerechtfertigt, diesen lediglich von der Natur gegebenen Teil des Erwerbsvermögens von dem übrigen, das aus der menschlichen Tätigkeit hervorgegangen ist, abzusondern und den Teil des Reinertrags, der über den mittleren Gewinn des übrigen angelegten Kapitals hinausgeht, besonders auf das Bergwerkseigentum in Anrechnung zu bringen. Für die Landwirtschaft bildet der Boden ein nachhaltig benutzbares Produktionsmittel, das sich ebenfalls als ursprünglicher Naturfaktor von den übrigen scharf unterscheidet und je nach seiner natürlichen Beschaffenheit und seiner Lage große Verschiedenheiten des Ertrags aufweist. Auf städtischem Boden endlich hat der bloße Platz einen sehr wichtigen, mannigfaltig abgestuften Einfluß sowohl auf die Höhe der Wohnungsmiete als auch namentlich auf die Ertragsfähigkeit der Geschäftshäuser und er erhält daher einen von dem Bauwert des Hauses leicht zu unterscheidenden Preis, auf den ein Teil der Miete zu beziehen ist.

Aus dem Kapitalgewinn im weiteren Sinne scheiden wir demnach noch einen besonderen Einkommenszweig ab, der auf der Ausnutzung des von der Natur gegebenen Bodens beruht und als Bodenrente die Bergwerksrente, die ländliche und die städtische Grundrente umfaßt. Erträge aus anderen natürlichen Produktionsmitteln, z. B. Wasserkräften, können hier

noch angeschlossen werden. Da der bestimmten Bedingungen entsprechende Boden immer nur in beschränkter Ausdehnung vorhanden ist, so erhält die Bodenrente eines gegebenen Grundstückes mehr oder weniger den Charakter eines von der Konkurrenz unabhängigen Vorzugsgewinnes.

Die Bergwerksrente.

Die Bergwerksrente hat immer nur einen zeitlich begrenzten Bestand, denn jedes Bergwerk wird früher oder später erschöpft. Es enthält einen bestimmten Vorrat an nutzbaren Mineralstoffen, von dem jährlich ein Teil abgebaut wird. Daher muß auch jährlich von dem geschätzten oder durch den Ankaufspreis bestimmten Wert des Bergwerkseigentums ein entsprechender Teil abgeschrieben werden. Für den Betrieb ist ein gewisses in Schachtbau, Gebäuden, Maschinen usw. angelegtes stehendes und ein angemessenes umlaufendes Kapital für Löhne, Hilfsstoffe usw. erforderlich. Wenn der Betrieb nicht mehr einbringt, als einen Gewinn, der für dieses eigentliche Kapital nur den in den Industrieunternehmungen vorkommenden mittleren Prozentsatz darstellt, so haben die Bergwerksbesitzer keinen Vorteil davon, daß sie einen von der Natur unmittelbar gegebenen Stoff gewinnen. Sie beziehen dann also keine Bergwerksrente und wenn sie für das Bergwerkeigentum einen zum Kapital geschlagenen Preis bezahlt haben, so bleibt ihr Gewinn unter jenem mittleren Kapitalgewinn. Dieser letztere ist eine ziemlich unbestimmte Größe, die mit den Konjunkturen wechselt. Nehmen wir ihn durchschnittlich zu 8 Prozent an. Wenn nun das in einem Bergwerksbetrieb wirklich angelegte Kapital 5 Millionen Mark beträgt, das Bergwerkseigentum aber zu 1 Million angerechnet ist und das bilanzmäßige Kapital daher 6 Millionen beträgt, so repräsentiert ein Gewinn von 400000 Mark nur $6^2/_3$ Prozent des letzteren. Hätte der Besitzer das Bergwerk aber nicht durch Kauf, sondern auf Grund seiner eingelegten Mutung erworben und wären die Kosten des Schürfens und der sonstigen Vorbereitungsarbeiten mit in dem Anlagekapital enthalten, so würde ihm unter den angenommenen Voraussetzungen einfach der mittlere Kapitalgewinn zufließen. Wenn nun aber der Preis des Produktes, sagen wir der Kohlen, steigt, so entsteht für ihn ein Mehrgewinn aus der höheren Bewertung des Naturstoffes, der eben als eine Bodenrente erscheint. Eine solche fiel aber auch schon bei dem anfänglichen Preise bei denjenigen Bergwerken ab, die wegen größerer Mächtigkeit oder geringerer Tiefe ihrer Flöze, wegen geringeren Wasserandrangs oder aus anderen Ursachen mit geringeren Produktionskosten die gleiche Kohlenmenge fördern konnten. Wird aber ein Bergwerk verkauft, etwa an eine Aktiengesellschaft, so wird der Kapitalwert seines Rentengewinnes, wenn es einen solchen liefert, zu dem Preise geschlagen. Normalerweise soll dabei der Kapitalisierungsfaktor nicht dem einfachen Zinsfuß, sondern dem durchschnittlichen Kapitalgewinnsatz entsprechen, also nicht 25, sondern etwa 13 bis 14 betragen, da andernfalls das Nominalkapital des Unternehmens übermäßig erhöht und der davon zu erwartende prozentmäßige Gewinn von vornherein unter den durchschnittlichen herabgedrückt würde. Tatsächlich wird die Bergwerksrente aller-

dings oft zu einem höheren Preise verkauft, indem sich die Spekulation auf ihre mögliche weitere Steigerung einmischt. Zunächst aber wird den Käufern auch bei normalem Preise der Rentengewinn als solcher gänzlich entzogen, da sie den vollen Kapitalwert desselben herausgezahlt haben. Die objektiven wirtschaftlichen Vorzüge des Bergwerkes jedoch, wie die relativ niedrigen Produktionskosten, die günstige Verkehrslage usw., die den Reinertrag erhöhen, bleiben bestehen und ebenso auch die objektive Rente selbst, nur verteilt sich der ganze Reinertrag mit Einschluß der Rente auf ein größeres Nominalkapital, dessen Gewinnsatz sich natürlich niedriger stellt, als der ursprüngliche, und zwar annähernd auf den mittleren Kapitalgewinn. Durch neue Aufschlüsse und andere günstige Umstände kann sich auf der gegebenen Kapitalbasis eine neue Vorzugsrente entwickeln. Anderseits kann sich aber auch die herannahende Erschöpfung des Bergwerks früher fühlbar machen, als erwartet wurde, was größere Abschreibungen nötig macht, die die Vorzugsrente privatwirtschaftlich rasch zum Verschwinden bringen können, selbst wenn der objektive Produktionsertrag in der Gegenwart noch günstig ist. Tatsächlich werden fortwährend Gruben erschöpft, die großen Bergwerksunternehmungen verfügen aber über so ausgedehnte Felder, daß das Stillegen einzelner Zechen auf ihre Produktion keinen Einfluß ausübt. Neue Bohrungen ergeben auch in den alten Kulturländern noch vielfach günstige Erfolge. Insofern sind auch in diesen Ländern die nutzbaren Lager von Mineralstoffen nicht in der Art unvermehrbar, wie der landwirtschaftliche Boden. Auch sind gerade die am günstigsten stehenden Bergwerke, wie schon früher hervorgehoben wurde, bei lebhafter Entwickelung der Nachfrage am leichtesten imstande, ihre Produktion auszudehnen und es gelingt ihnen dabei in der Regel eine Zeitlang, einen erhöhten Absatz bei erhöhten Preisen und demnach auch zeitweise einen erhöhten Vorzugsgewinn zu erlangen. Dies gilt namentlich von den Kohlenbergwerken, von denen auch wieder die am besten gestellten, zumal bei organisierter Vereinigung, am wirksamsten gegen eine Preisherabsetzung anzukämpfen vermögen. Die Erzbergwerke stehen weit mehr unter dem Einfluß der internationalen Konkurrenz; ihre Gewinne schwanken stark mit den Konjunkturen, durchschnittlich aber zeigt sich bei ihnen ebenfalls eine lange Stufenreihe des Reinertrags bis zu beträchtlichen Vorzugsgewinnen.

Die landwirtschaftliche Grundrente.

Die landwirtschaftliche Grundrente entsteht nicht durch die günstige Verwertung eines von der Natur unmittelbar gegebenen Stoffes, sondern durch die Benutzung einer Bodenfläche zur Erzeugung gewisser Produkte. Die nach Ricardo benannte, aber nicht ursprünglich von ihm herrührende Grundrentenlehre erklärt die Entstehung dieser Rente nach einem fingierten historischen Schema. Bei der Besiedlung eines Landes wird angeblich zuerst der beste Boden in Anbau genommen, der im Verhältnis zu der schwachen Bevölkerung noch im Überfluß vorhanden ist und unentgeltlich in Besitz genommen werden kann. Dieser bringt dann, da die Konkurrenz unter gleichen Bedingungen vorläufig unbeschränkt ist, nur den gewöhn-

lichen Gewinn für das zu seiner Bewirtschaftung aufgewandte Kapital und keinen darüber hinausgehenden Extragewinn. Der Boden erster Klasse wird aber allmählich vollständig in Anspruch genommen und bei weiterer Zunahme der Bevölkerung steigt nun der Preis der Produkte so lange, bis der Boden zweiter Klasse, der höhere Produktionskosten erfordert, in Konkurrenz treten kann. Dieser bringt zunächst, da er noch reichlich vorhanden ist und frei zur Verfügung steht, nur den normalen Kapitalgewinn, da aber der erhöhte Preis allgemein bestehen bleibt, so ergibt sich jetzt für den Boden erster Klasse ein Mehrgewinn als Grundrente. Man kann sich diesen Prozeß nach Belieben verlängert denken: bei fortschreitender Zunahme der Bevölkerung und weiterer Preissteigerung der Produkte wird Boden dritter Klasse in Angriff genommen, der nur den gewöhnlichen Kapitalgewinn liefert, während die zweite Klasse jetzt auch Grundrente erhält und die der ersten Klasse sich erhöht usw. Diese Darstellung entspricht jedenfalls nicht dem wirklichen geschichtlichen Verlauf der Dinge; eine historische Betrachtungsweise ist aber auch gar nicht nötig, um das Bestehen der Grundrente zu begreifen. Es genügt die Tatsache, daß die gegenwärtig in einem gegebenen Kulturlande vorhandenen landwirtschaftlichen Betriebe wegen der Verschiedenheit ihrer Naturgrundlage unter sehr verschiedenen Bedingungen arbeiten, und daß sie zur Erzielung eines gleichen Rohertrages sehr verschiedene Kosten aufwenden müssen, während der Marktpreis für alle gleichartigen Produkte der gleiche ist. Gehen wir von den Betrieben aus, die lediglich den gewöhnlichen Gewinn des in ihnen angelegten eigentlichen Kapitals einbringen, so ist der Mehrgewinn, den andere für ein gleiches Kapital liefern, als Grundrente zu betrachten. Es gibt auch Unternehmungen, deren Kapitalgewinn unter dem mittleren Satz bleibt, aber diese dürfen nicht etwa zur Ausgleichung der Rentengewinne der besser gestellten herangezogen werden, da es sich hier nur um die Gewinne der Einzelwirtschaften handelt. Die Vorteile der begünstigten Betriebe bestehen teilweise in der besseren natürlichen Beschaffenheit ihres Bodens; bei fortschreitender Kultur hat aber auch die Verkehrslage eines Grundstückes eine immer größere Bedeutung für seine geldwirtschaftliche Ertragsfähigkeit erlangt.

Der reine Bodenwert.

Nehmen wir an, ein Kolonist habe im fernen Westen Amerikas gegen eine geringe Gebühr eine Heimstätte erworben. Ist der Boden offenes Prärieland, so hat er überhaupt keine Vorbereitungsarbeit daran auszuführen, sondern er kann sogleich mit der Bestellungsarbeit beginnen; ist das Land noch mit Wald bewachsen, so muß er es mit einem gewissen Arbeitsaufwande roden, und diese Kosten nebst der bezahlten Gebühr stellen dann den ursprünglichen Kapitalwert des Bodens dar. Solange der Kolonist vereinsamt bleibt, wird ihm niemand einen höheren Preis dafür bezahlen. Nun aber lassen sich andere Ansiedler in der Nähe nieder, eine Eisenbahn bringt die Gegend mit einem größeren Markt in

Verbindung, an die Bahn lehnt sich eine allmählich wachsende Stadt an. Die Farmen in ihrer näheren und weiteren Umgebung erhalten jetzt infolge der erhöhten Nachfrage und der Nähe des Marktes mehr und mehr steigende Preise für ihre Produkte und demnach auch höhere Gewinne, jedoch stufen sich diese nach der natürlichen Beschaffenheit und der Lage der Grundstücke mannigfaltig ab. Daß ein Landgut nicht nur den gewöhnlichen Gewinn des darauf verwendeten eigentlichen Kapitals, sondern außerdem noch eine Grundrente einbringt, tritt in der Geldwirtschaft am deutlichsten darin hervor, daß sein Boden an sich einen Preis erhält. Dieser ist der Rest, der übrig bleibt, wenn man von dem Preise des ganzen Gutes den Wert der Gebäulichkeiten und das dem Boden dauernd einverleibte Meliorationskapital abzieht. Die Kosten der jährlichen Bearbeitung, der Düngung usw. gehören zum umlaufenden Kapital und werden im Preise der Produkte fortlaufend ersetzt. Der reine Bodenwert ist für die ersten Ansiedler gleich Null und wenn er später steigt, so ist dies ausschließlich eine Folge des wirtschaftlichen Zusammenhangs, in dem die betreffende Bodenfläche mit ihrer Umgebung steht und in dem ihre Produkte verwertet werden können. Die Nützlichkeit dieser Fläche nimmt zu, je größer die Zahl der Menschen wird, die ihre Erzeugnisse benutzen können und ebenso nimmt ihre relative Seltenheit in dem Maße zu, wie die Bevölkerung in einem bestimmten, gewissen Bedingungen entsprechenden Umkreise wächst. Diese von außen her genährte Entwickelung des reinen Bodenwerts, unabhängig von dem in dem Boden angelegten Kapital, kommt lediglich dem Grundeigentümer zugute. Wie hoch sich dieser Wert stellt, bestimmt sich bei dem landwirtschaftlichen Boden, der nur selten zum Objekt weit ausschauender Spekulationen gemacht wird, einfach nach dem gegenwärtigen Wert der Erzeugnisse, die mit Hilfe des fraglichen Grundstücks gewonnen werden können. Von dem durchschnittlich für das Jahresprodukt erzielten Preise werden die Produktionsausgaben und ein mittlerer Gewinn für das umlaufende und das eigentliche stehende Kapital abgezogen. Der dann bleibende Rest ist eben die Grundrente, aus der durch Multiplikation mit einem gewissen Faktor der Kapitalwert des ursprünglich von der Natur frei gegebenen Bodens berechnet wird. Auch wenn in einem Lande keine Verschiedenheit der Bodenqualitäten bestände und wenn auch der Einfluß der Verkehrslage der Grundstücke durch eine planmäßige Verteilung zahlreicher Marktplätze in dem ganzen Gebiet unmerklich gemacht wäre, so würde bei genügender Dichtigkeit der Bevölkerung doch eine — und zwar gleichmäßige — Grundrente entstehen, wenn es keinen freien, unentgeltlich zu erlangenden Boden mehr gäbe, wie dann ja auch ein reiner Bodenwert bestehen würde. Die tatsächlich vorhandene Verschiedenheit der Grundstücke nach natürlicher Beschaffenheit und Lage bewirkt nur eine Abstufung der Grundrente und des ihr entsprechenden Bodenwerts. Da die gesamte Fläche eines jeden Landes begrenzt ist, so besteht auch für jede

der verschieden bevorzugten Bodenklassen ein bestimmter Seltenheitsgrad, der sich in seinem Verkaufswert geltend macht. Auch die Eigentümer der schlechtesten Bodenklasse sind nicht geneigt, ihre Grundstücke zu verschenken, selbst wenn sie ihnen gegenwärtig keine Grundrente eintragen, denn sie haben die Aussicht, daß dieses Land bei weiterer Zunahme der Bevölkerung ebenfalls einen Kapitalwert erhält.

Unmittelbar maßgebend für die landwirtschaftliche Grundrente ist der Preis der landwirtschaftlichen Erzeugnisse auf dem nächsten größeren Markte. Dieser aber steht bei den wichtigen Produkten stets in Abhängigkeit vom Weltmarktpreise. Diesem gegenüber ist der einzelne Produzent einflußlos, wenn er sich auch immer bemüht, einen möglichst hohen Preis zu erlangen. Je höher der Preis ist, um so höher ist auch der Überschuß des Gewinnes über den gewöhnlichen Kapitalgewinn, also die Grundrente des mehr oder weniger begünstigten Bodens. Steigt bei sonst gleichbleibenden Produktionsbedingungen der Preis der Erzeugnisse infolge der vermehrten Nachfrage, so steigt auch die Grundrente auf allen Stufen der Bodenbeschaffenheit, mit Einschluß auch der untersten, die vorher vielleicht noch gar keine Grundrente abwarf. Die einzelnen durch die jährlichen Ernteschwankungen bewirkten Preisbewegungen sind natürlich für die Grundrente nicht entscheidend, sie ist nach einem Durchschnittspreis zu schätzen, wobei immer vorausgesetzt wird, daß die Bewirtschaftung der Grundstücke rationell und ordnungsmäßig betrieben werde. Dazu gehört auch, daß die Produktion der verschiedenen landwirtschaftlichen Erzeugnisse richtig geregelt wird, so daß bei den gegebenen Preisen ein möglichst günstiges Gesamtergebnis herauskommt. Wird der Preis der landwirtschaftlichen Welthandelsprodukte in den alten Kulturgebieten durch die Konkurrenz junger Länder mit dünner Bevölkerung und überflüssigem fruchtbaren Boden herabgedrückt, so wird dadurch in den ersteren die Grundrente der besseren Bodenklassen erniedrigt, die der weniger begünstigten aber vielleicht ganz zum Verschwinden gebracht. Daran schließt sich auch ein Sinken der Bodenpreise, das aber durch die Aussicht auf ein künftiges Wiederaufsteigen der Grundrente gehemmt wird. Diese Aussicht ist ohne Zweifel begründet, da die Ausfuhrfähigkeit der Konkurrenzländer bei zunehmender Bevölkerung allmählich immer mehr abnehmen wird.

Kapitalisierung der Grundrente.

Die Grundrente ist also der Kapitalgewinn von dem reinen, das Meliorationskapital nicht mit einschließenden Bodenwert, wie er sich in dem gegebenen wirtschaftlichen Zusammenhang aus der Qualität und der Verkehrslage der landwirtschaftlichen Grundstücke ergibt. Es fragt sich nun aber, ob der Prozentsatz dieses auf den reinen Bodenwert bezogenen Gewinns demjenigen gleichzusetzen ist, der durchschnittlich von dem übrigen Unternehmungskapital erreicht wird. Die Bergwerksrente ist, wie oben bemerkt, nach dieser Gewinnrate zu kapitalisieren und man müßte dasselbe auch für die landwirtschaftliche Grundrente annehmen, wenn die

landwirtschaftliche Unternehmung unter denselben Bedingungen stände, wie die gewerbliche. Für einen Landwirt scheint nun die Pachtung eines Grundstücks wirtschaftlich dasselbe zu bedeuten, wie für einen gewerblichen Unternehmer die Aufnahme von Leihkapital in sein Geschäft, und man könnte daher glauben, daß er zu seinem eigenen Kapitalgewinn auch noch einen Anteil an der Grundrente erhalten werde. Dies ist jedoch nicht der Fall oder höchstens nur so weit, als während der Pachtzeit die Grundrente steigt, ohne daß der Pachtzins erhöht wird. Die Grundrente ist eben der Teil des Reinertrages der landwirtschaftlichen Unternehmung, der übrig bleibt, nachdem der Pächter den vollen Gewinn aus seinem eigenen Betriebskapital erhalten hat. Dieser Gewinn wird allerdings, wie schon oben bemerkt wurde, weil er auch den Unternehmerverdienst mit einschließt, im Durchschnitt prozentmäßig höher sein, als der allgemeine mittlere Kapitalgewinn. Aber der Mehrbetrag ist nicht etwa als ein Teil der Grundrente zu betrachten, denn er ist seiner Natur nach unabhängig von der Lage und Beschaffenheit der Grundstücke und nur durch die Unternehmertätigkeit des Pächters bedingt. Mehr als diesen Betriebsgewinn wird der Pächter im allgemeinen auch aus einem Landgute, das wegen seiner natürlichen Begünstigung die höchste Grundrente ergibt, nicht erübrigen können, da die Konkurrenz der Pachtlustigen den Pachtzins so weit emportreiben wird, daß er die volle Grundrente einschließt. Nur bei Pachtungen von ungewöhnlicher Größe, deren Übernahme ein bedeutendes eigenes Kapital des Pächters erfordert, bleibt vielleicht manchmal infolge ungenügender Konkurrenz ein Teil der Grundrente in den Händen des Pächters, so daß also sein Betriebsgewinn noch über das gewöhnliche Maß hinausgeht. Doch sind dies Ausnahmen; der Regel nach fällt die Grundrente eines verpachteten Landgutes — d. h. der Pachtzins nach Abzug der Miete für die Gebäude und der Verzinsung des Meliorationskapitals — ausschließlich dem Eigentümer zu. Für diesen aber hat sie durchaus denselben Charakter, wie der Zins eines mit größter Sicherheit angelegten Leihkapitals und daher wird sie im Kaufpreis eines Gutes mit dem einem solchen Kapital entsprechenden Faktor, also mindestens mit dem 25fachen angerechnet werden. Die besonderen Annehmlichkeiten und die Sicherheit des Grundbesitzes üben aber, namentlich auf die aus Industrie und Handel sich zurückziehenden Kapitalisten eine so große Anziehungskraft aus, daß die Güterpreise, abgesehen von den Gebäuden, vielfach auf das 30fache der Grundrente und noch höher steigen. Die Lage der Pächter wird durch diese Preissteigerung des Bodens nicht beeinflußt; die Grundrente, die sie aufzubringen haben, ist unabhängig von der Kapitalisierung derselben, und wenn der Bodenwert durch den starken Wettbewerb der Käufer steigt, so sinkt im Verhältnis zu ihm der Prozentsatz der Grundrente. Dagegen muß nun auch der Landwirt, der ein Gut kauft, um es selbst zu bewirtschaften, diesen hohen Bodenpreis bezahlen. Der Reinertrag des Gutes bleibt derselbe,

wie bei der Verpachtung und möge 25000 M. betragen. Betriebskapital, Gebäude und Meliorationskapital mögen insgesamt 125000 M. ausmachen und für dieses Kapital werde ein Gewinn von 10 Prozent in Anrechnung gebracht. Die Grundrente beträgt dann 12500 M., und wenn sie mit dem 30fachen kapitalisiert wird, so stellt das Gut mit seiner Ausstattung einen Kapitalwert von 500000 M. dar, der sich durch den angenommenen Reinertrag nur zu 5 Prozent verzinst.

Die bäuerlichen Landwirte treiben in Gegenden mit überwiegendem kleinen Grundbesitz durch ihren lebhaften Wettbewerb die Bodenpreise am höchsten empor, wodurch sowohl der Prozentsatz der Grundrente, wie des gesamten Kapitalgewinns noch tiefer herabgedrückt wird. Sie finden eine Entschädigung dafür in der Ersparung von Löhnen, indem sie ihre eigene Handarbeit und die ihrer Familienmitglieder nicht mit in Anschlag bringen.

Die landwirtschaftliche Grundrente ist also nicht nach dem mittleren Kapitalgewinnsatz, sondern nach dem niedrigsten Leihzinsfuß zu kapitalisieren, oder umgekehrt ausgedrückt, der Kapitalgewinn aus dem reinen Bodenwert ist nicht nach dem ersteren, sondern nach dem letzteren Satze zu veranschlagen. Geht man von der Vorstellung aus, daß der gesamte Gewinn, der als Teil des Jahresproduktes der nationalen Arbeit den Kapitalbesitzern zufällt, sich unter diese nach Maßgabe ihres eingeschossenen Kapitals verteilt, so ist nach der obigen Darlegung der Bodenwert nicht nach seinem Kaufpreise, sondern nach einem im Verhältnis des Leihzinsfußes zum mittleren Kapitalgewinnsatz reduzierten Kapitalwert bei dieser Verteilung in Ansatz zu bringen.

Das Steigen der Grundrente infolge einer nachhaltigen Erhöhung der Preise der landwirtschaftlichen Erzeugnisse kommt dem selbstwirtschaftenden Besitzer ausschließlich und dem Pächter innerhalb der vertragsmäßigen Pachtzeit zugute. Wird aber das Gut verkauft, so verliert der Käufer privatwirtschaftlich den ganzen Vorteil sowohl der ursprünglichen Grundrente, wie auch ihres Zuwachses, da er ihren jetzigen Kapitalwert nach dem oben bezeichneten Maßstabe bezahlen muß. Als Bestandteil seiner Einnahmen — nicht seines Einkommens — aber bleibt sie für ihn bestehen, wie sie auch objektiv fortdauert als ein durch die erhöhten Preise der Bodenprodukte erzeugter Überschuß des Reinertrags der Grundstücke über den durchschnittlichen Kapitalgewinn. Ebenso bleiben natürlich auch die besonderen Vorzüge der einzelnen Grundstücke in bezug auf Qualität und Lage bestehen, durch die die Abstufung der Grundrente bedingt ist. Diese objektiv vorhandene Grundrente würde auch nicht verschwinden, wenn der Staat den ganzen Boden expropriierte, vorausgesetzt, daß die geldwirtschaftliche Preisbildung und die Wirtschaft in selbständigen Einzelbetrieben — Pachtungen — bestehen bliebe. Ja selbst wenn ein einheitlicher staatlicher Riesenbetrieb geschaffen werden könnte, indem die gesamte landwirtschaftliche Produktion zusammengeworfen und ein die

gesamten Kosten deckender Durchschnittspreis der Produkte bestimmt würde, so würden bei diesem Preise die besseren Grundstücke noch immer einen Überschuß, die schlechteren aber einen Fehlbetrag ergeben.

Meliorationskapital und Gebäude.

Es mögen hier auch noch einige Bemerkungen über das Meliorationskapital beigefügt werden. Es umfaßt nur den Aufwand für Verbesserungen, die dauernd mit dem Boden verschmolzen bleiben, also namentlich für Rodung, Entwässerung und Bewässerung. Durch diese Maßregeln wird die natürliche Produktionsfähigkeit des Bodens oder die wirtschaftliche Wirkung seiner günstigen Lage erst voll entfaltet oder vielleicht überhaupt erst ausgelöst. Das gleiche Meliorationskapital bringt auf verschiedenen Grundstücken je nach ihrer Beschaffenheit oder Lage einen verschiedenen Zuwachs der Grundrente hervor, von dem der Pächter ebenso wenig einen Anteil erhält, wie von dem ursprünglichen Betrage derselben. Ob der selbstwirtschaftende Eigentümer des Grundstückes sich extra 7 oder 8 Prozent des Aufwandes als Kapitalgewinn und nur den Rest des Mehrertrags als Grundrente anrechnet, kommt sachlich nicht in Betracht. Hat er zur Ausführung der Verbesserung ein Darlehen zu 4 Prozent übernommen, so stellt dieses die Kapitalbelastung der neu entwickelten Grundrente dar. Wird das Gut verkauft, so wird die Grundrente in ihrer jetzigen Höhe nach dem Leihzinsfuß, etwa mit dem Faktor 30 kapitalisiert; in diesem Betrage ist aber auch das angelegte Meliorationskapital mit enthalten, dessen Zinsen von dem Mehrertrag abgingen. Für den neuen Käufer bildet der Mehrertrag aus der Bodenverbesserung nur den einfachen Zins der Kaufpreiserhöhung.

Der durch Kapitalaufwendung erzeugte dauernde Zusatzwert des Bodens beruht also auf einer neu entstandenen Grundrente, die nach dem niedrigsten Leihzinsfuß kapitalisiert wird und zunächst mit dem einfachen Zins des Meliorationskapitals belastet ist. Je höher die Preise der Bodenerzeugnisse steigen, um so geringer wird diese Belastung im Verhältnis zu der ganzen Grundrente.

Die landwirtschaftlichen Gebäude werden einfach wie das stehende Kapital in anderen Unternehmungen behandelt. Ihr Nutzeffekt beruht nicht auf der Ausnutzung eines nur in beschränktem Maße gegebenen Naturfaktors, sondern sie sind nach Bedürfnis vermehrbare Mittel zur Aufrechterhaltung des Produktionsbetriebs. Beim Verkauf des Gutes werden sie daher lediglich nach Herstellungskosten und Abnutzung taxiert und der Käufer darf dann von diesem Kaufpreise nicht nur den einfachen Zins, sondern den gewöhnlichen Kapitalgewinn erwarten. Auch der Pächter bezahlt normalerweise für die Gebäude eine Miete, die neben einer Entschädigung für die Abnutzung nur den gewöhnlichen Zins des Kapitalwertes darstellt, während sie ihm, ähnlich wie aufgenommenes Leihkapital, einen höheren Gewinn einbringen.

Die städtische Grundrente.

Die städtische Grundrente beruht weder auf dem ursprünglichen Inhalt, noch auf den Erzeugnissen des Bodens, sondern auf der Möglichkeit, eine

Bodenfläche lediglich in ihrer Eigenschaft als Platz als eine Einkommensquelle zu benutzen. Der Platz muß durch seine Umgebung und die lokalen Besonderheiten seiner Lage für gewisse wirtschaftliche Zwecke geeignet sein, woraus auch schon folgt, daß die gesamte, diesen Bedingungen entsprechende Fläche immer beschränkt ist. Durch das enge Zusammenwohnen einer zahlreichen Bevölkerung erhält in den Städten jedes Stück Boden als solches eine höhere Nützlichkeit und eine höhere Seltenheit und zwar handelt es sich einesteils um geeignete Stellen für Geschäftsbetriebe und andernteils um Plätze für den Wohnungsbau. Überhaupt ist die Höhe der städtischen Grundrente immer auch abhängig von der Art, Beschaffenheit und Verwendung des auf dem betreffenden Platze errichteten Gebäudes. In einem Arbeiterviertel z. B. werden vielstöckige Mietkasernen, in den verkehrsreichen Straßen werden große Ladenräume und Hotelbauten, in den vornehmen Stadtteilen in schöner Lage werden villenartige Wohnhäuser am einträglichsten sein. Es gibt demnach für jeden Platz eine Art der Bebauung, durch die ein Maximum der Grundrente erreicht werden kann.

Die städtische Grundrente erscheint als ein Teil der Miete der Gebäude. Auch der Hausbesitzer, der in seinem eigenen Hause wohnt, berechnet die sonst zu erlangende Miete seiner Wohnung und den in dieser mit enthaltenen Grundrentenbetrag als Einkommen. Um die Grundrente isoliert darzustellen, geht man am besten von ihrem Kapitalwert aus. Es empfiehlt sich dies um so mehr, als die städtische Grundrente einen weit mehr rein lokalen, individuellen, man kann sagen, monopolistischen Charakter hat, als die ländliche. Diese letztere hängt zwar unmittelbar von den Preisen der Bodenprodukte auf den lokalen Märkten, aber doch in letzter Instanz von den Weltmarktpreisen ab, die auf alle Einzelmärkte zurückwirken. Zwischen den Mieten in den verschiedenen Städten aber besteht so gut wie gar kein Zusammenhang, wenn auch einige Rentner zuweilen eine Stadt verlassen, um anderwärts eine billigere Wohnung zu suchen. Auch in derselben Stadt bestimmt sich der Mietertrag eines Geschäfts- oder Wohnhauses nach ganz lokalen Bedingungen, manchmal geradezu von Fall zu Fall, und außerdem ist er häufigen Änderungen unterworfen, zumal immer ein gewisser Teil der Wohnungen zeitweilig leer steht. Der Kapitalwert der Grundrente eines Gebäudes entspricht einem Durchschnitt derselben während einer genügend langen Zeit, und um ihn zu bestimmen, muß man zunächst von dem wirklich bezahlten oder geschätzten Geldwert des ganzen Besitztums den Wert der Gebäulichkeiten abziehen. Der übrig bleibende Bodenwert enthält in der Regel auch den Kapitalwert einer früher vorhandenen landwirtschaftlichen Grundrente, die aber jetzt einfach mit der städtischen verschmolzen ist. Die Zinsen, die in der Zeit verloren gehen, während der ein auf Spekulation gekaufter Platz auf die „Baureife“ warten muß, sind nicht als ein in dem Boden produktiv angelegtes Kapital anzusehen, wie das ländliche Meliorationskapital, sondern

sie bewirken nur für den Spekulanten einen Abzug von dem künftigen Kapitalwert der Grundrente. Dasselbe gilt in dem in den modernen Großstädten sehr häufig vorkommenden Fall, daß ein noch brauchbares, aber nicht mehr den neuesten Anforderungen entsprechendes Haus niedergerissen wird, um den Platz für einen Neubau frei zu machen. Durch die Vermehrung der Kosten des Platzes um den Wert des zerstörten Gebäudes wird die Grundrente des neuerrichteten Hauses nicht erhöht, denn die wirtschaftliche Umgebung, durch die sie bedingt ist, wird dadurch nicht verändert, der spekulierende Besitzer opfert vielmehr einen Teil des Kapitalwertes der erhofften höheren Grundrente, um ein Gebäude zu errichten, z. B. ein großes Geschäftshaus, das an der gegebenen Stelle den höchst möglichen Betrag der Grundrente einbringen soll, der mit dem alten Hause nicht zu erreichen ist. Als eine Art von produktivem Meliorationskapital, das in den Bauplatz gesteckt ist, sind nur die von den Besitzern getragenen Kosten des Anschlusses des rohen Baulandes an das städtische Straßensystem, die Beiträge für Pflasterung, Kanalisation usw. zu betrachten. Diese Aufwendungen tragen zu der Entstehung und Erhöhung der spezifisch städtischen Grundrente, und zwar an verschiedenen Plätzen in verschiedenem Maße bei. An sich ist der Zuwachs der Grundrente mit dem Zins für das Meliorationskapital belastet, bei dem nächsten Verkauf des Hauses aber verschmilzt dieses Kapital für den Käufer vollständig mit dem Kapitalwert der erhöhten Grundrente.

Kapitalisierung der städtischen Grundrente.

Nach welchem Maßstabe findet nun die Kapitalisierung der städtischen Grundrente statt? Es handelt sich hier um Gebäude, die einem bestimmten wirtschaftlichen Zwecke dienen. Im allgemeinen ist zu unterscheiden zwischen Wohnhäusern und Geschäftshäusern (zu denen auch die Hotels gehören), jedoch bestehen zwischen diesen beiden Klassen zahlreiche Zwischenstufen, da in vielen Häusern beide Benutzungsarten vereinigt sind. Auch wirkt die in einem Stadtteil überwiegende Gattung der Häuser bestimmend auf den Bodenwert der Gebäude der anderen Art ein. So werden in einem ausgeprägten Geschäftsviertel auch für die bloßen Wohnhäuser ihres Bodenwertes wegen hohe Mieten zu bezahlen sein.

Der Mieter eines günstig gelegenen Geschäftshauses, z. B. eines Hotels, wird eine so hohe Miete bezahlen müssen, daß ihm nur der mittlere Gewinn aus seinem eigenen Betriebskapital mit Einschluß seines Unternehmerverdienstes übrig bleibt. Denn so hoch wird die Miete durch die Konkurrenz derjenigen, die den Vorteil dieser bevorzugten Lage genießen wollen, emporgetrieben werden. Der Eigentümer hat aus der Miete die Steuern und die Unterhaltungskosten des Gebäudes zu bestreiten. Von der dann übrig bleibenden reinen Miete ist der Zins für den Bauwert des Hauses abzuziehen, den man etwas höher als den einfachen Leihzins, etwa zu 5 Prozent annehmen kann, da eine Kapitalanlage in einem Geschäftshause immerhin mit einem gewissen Risiko verbunden ist. So würde sich theoretisch die Grundrente ergeben, auf die auch alle späteren Miet-

steigerungen zurückzuführen wären, da der Gebäudewert nicht zunimmt und zu der Ertragserhöhung nichts beiträgt.

Wenn nun jemand ein solches Geschäftshaus kauft, nicht um es für ein Unternehmen zu benutzen, sondern um für sein Kapital eine gute Verzinsung zu erhalten, so wird er zwischen Gebäudewert und Bodenwert keinen Unterschied machen, sondern mit seinem Kaufpreis so hoch gehen, daß die reine Miete für ihn nur den gewöhnlichen Leihzinsfuß mit einem mäßigen Zuschlag als Risikovergütung darstellt, also etwa 5 bis höchstens 6 Prozent. Der frühere Besitzer, der den Bauplatz vielleicht vor einigen Jahrzehnten sehr billig gekauft hatte, bezog dieselbe Miete für ein hauptsächlich nur den Gebäudewert darstellendes Kapital und der Überschuß über den gewöhnlichen mittleren Kapitalgewinn war eine ihm zufallende Grundrente. Der neue Käufer aber hat für diese ihren Kapitalwert bezahlt und seine Kapitalanlage bringt ihm selbst daher keinen Rentengewinn ein, wenn auch der hohe Mietertrag des Gebäudes bestehen bleibt. In einer sich rasch entwickelnden Stadt hat er aber die Aussicht auf eine weitere Steigerung des Ertrags, die dann einen ihm zugute kommenden Zuwachs der Grundrente bildet. Für den Mieter aber, der in dem Hause ein durch die Lage desselben begünstigtes Geschäft betreibt, hat die steigende Grundrente die unangenehme Folge, daß seine Miete beim Beginn jeder neuen Vertragsperiode erhöht wird und ihm immer nur der Betriebsgewinn aus seinem eigenen Kapital (der ja etwas über den allgemeinen mittleren Kapitalgewinn hinausgeht) übrig bleibt, wenn er nicht etwa vorzieht, den ganzen Betrieb, aus dem er sein eigenes Kapital oft nur mit Verlust herausziehen könnte, aufzugeben. Der Inhaber eines einträglichen Geschäfts in einem gemieteten Hause wird sich daher, wenn es ihm möglich ist, solchen Eingriffen des Eigentümers entziehen, indem er, vielleicht mit nur mäßiger Anzahlung, das Grundstück ankauft. Dadurch übernimmt er ein beträchtliches stehendes Kapital und er kann nicht erwarten, daß sein Gesamtkapital ihm jetzt denselben Gewinnsatz einbringe, den er als Pächter mit Einschluß seines Unternehmerverdienstes aus seinem Betriebskapital bezogen hat. Immerhin aber wird er für sein gesamtes Kapital den allgemeinen mittleren Gewinn erwarten und daher in seinem Preisangebot den reinen Mietertrag des Hauses nur nach einem mäßigen Satz kapitalisieren, wenn er nicht etwa eine bedeutende künftige Steigerung des Bodenwertes und der Grundrente voraussieht. Aber wie bei den Landgütern, so besteht auch bei den städtischen Grundstücken eine Konkurrenz zwischen den Käufern, die nur eine Kapitalanlage ohne Selbsttätigkeit suchen und denjenigen, die das Besitztum als Unternehmer geschäftlich verwerten wollen, und zwar sind jene nach dem oben Gesagten im allgemeinen bereit, einen höheren Preis zu bezahlen, als diese.

Verschiedene Zweckbestimmungen der Gebäude.

Es kommt jedoch sehr wesentlich auf die Beschaffenheit und Zweckbestimmung des Gebäudes an. Ist dieses ausschließlich für eine spezielle Verwendung eingerichtet, wie z. B. ein Hotel, so ist sein Besitz mit einem

großen, gewissermaßen geschäftlichen Risiko verbunden, der Mitbewerb des nur eine feste Anlage suchenden Kapitals wird sich daher bei dem Verkauf weniger fühlbar machen, und der Preis wird also wahrscheinlich nicht über den Punkt steigen, bei dem auch der selbst wirtschaftende Käufer noch einen Vorteil bei dem Ankauf finden kann.

Für solche Häuser dagegen, die zu mannigfaltiger Benutzung bestimmt sind und sowohl Geschäftsräume wie auch Wohnungen enthalten, besteht meistens mehr oder weniger lebhafte Nachfrage zum Zweck der einfachen Kapitalanlage und diese Nachfrage ist für die Preisbestimmung entscheidend. Wenn der Mieter eines Ladens im Erdgeschoß das Haus kauft, so wird der reine Mietertrag höchstens etwa 6 Prozent des zu zahlenden Preises darstellen, während der Käufer in seinem Geschäft von seinem umlaufenden Kapital vielleicht 12 oder noch mehr Prozent erzielt. Von dem Hause hat ja auch tatsächlich nur ein Teil für seinen Betrieb die Bedeutung von stehendem Kapital, der andere und wahrscheinlich größere Teil ist für ihn einfach eine Rente bringende Anlage, die ihm übrigens auch noch einen Überschuß einträgt, wenn er einen großen Teil des Kaufpreises durch Hypotheken, die etwa mit $4^1/_2$ Prozent zu verzinsen sind, aufgebracht hat.

Die Mieten der eigentlichen Wohnhäuser in geschäftlich wenig belebten Stadtteilen werden durch den Bodenwert weit weniger beeinflußt, als die der Geschäftshäuser in guter Verkehrslage. Diese können als stehendes Kapital einen Ertrag und damit auch eine Grundrente von außerordentlicher Höhe einbringen. Die Wohnungsmiete dagegen bildet einen Teil der Konsumtionsausgaben, nicht des Geschäftsgewinns des Mieters, und dementsprechend ist ihr auch eine Grenze gesetzt. Dadurch bestimmen sich denn auch die Straßen und Stadtteile, in denen die reinen Wohnhäuser ihren Platz finden können. Selbstverständlich aber weisen auch die Wohnhausplätze nach den Annehmlichkeiten ihrer Lage und der sozialen Klasse der Bewohner des Stadtteils noch immer große Wertverschiedenheiten der Flächeneinheit auf. Im allgemeinen ist das Risiko bei der Vermietung guter, für die wohlhabenderen Klassen bestimmter Wohnhäuser sehr gering und ihr Preis stellt sich daher meistens so hoch, daß die reine Miete nur wenig mehr als den einfachen Leihzins für das Kapital ausmacht, wobei also auch die Grundrente mit 18 bis 19 kapitalisiert wird. Mietkasernen mit zahlreichen kleinen, namentlich Arbeiterwohnungen bieten eine größere Gefahr von Mietverlusten dar und nehmen auch die eigene Tätigkeit des Eigentümers mehr in Anspruch, wenn er nicht etwa einen bezahlten Vertreter hält. Der Preis solcher Häuser wird sich daher im Verhältnis zur reinen Miete niedriger stellen, als in den eben erwähnten Fällen. Wenn aber jemand ein Haus kauft, um es selbst zu bewohnen, so hat er nie einen Mietausfall zu befürchten und er geht daher oft auf einen Kaufpreis ein, von dem die reine Miete, die er sich selbst anrechnet, kaum vier Prozent ausmacht.

Bauspekulation.

Selbstverständlich gibt es keine Normen für die Schätzung des städtischen Bodenwertes, wenn die Spekulation auf die künftige Entwickelung der Grundrente bestimmter Plätze, mögen sie bebaut sein oder nicht, ins Spiel kommt. Namentlich für Bauplätze für Hotels oder Warenhäuser, die oft nur durch Niederreißung ganzer Häuserblocks beschafft werden können, werden vielfach von Aktiengesellschaften phantastische Preise bezahlt, wobei es erfahrungsmäßig nicht immer gewiß ist, ob die leitenden Persönlichkeiten lediglich den Vorteil der Aktionäre im Auge haben.

Überhaupt besteht der wesentliche Unterschied der städtischen und der landwirtschaftlichen Grundrente darin, daß die erstere in großem Maße Gegenstand der Spekulation ist. Die landwirtschaftliche Grundrente schreitet in den alten Kulturländern im ganzen nur sehr langsam fort und hatte in den letzten Jahrzehnten sogar zeitweise eine rückläufige Bewegung. Einen raschen Wertzuwachs erlangen nur diejenigen Grundstücke, die mit dem Gebiet einer wachsenden Stadt in Berührung kommen und sie erhalten dadurch eben städtischen Charakter. Denn diese Wertsteigerung beruht nicht auf einer Erhöhung ihres landwirtschaftlichen Ertrags, sondern auf einer vorweggenommenen Kapitalisierung ihrer in der Zukunft zu erwartenden städtischen Grundrente.

Die Bauspekulation befaßt sich vorzugsweise mit noch nicht bebauten Grundstücken und findet in der Vorausschätzung der Entwickelung ihrer Grundrente ein weites Feld der Betätigung sowohl sachkundigen Urteils als auch des bloßen Spielgeistes. Die Absicht der Spekulanten ist übrigens meistens nicht auf Vermietung, sondern auf gewinnbringenden Verkauf der errichteten Häuser oder auch unbebauter Bauplätze gerichtet. Fehlschläge sind natürlich nicht selten. Überhaupt ist die städtische Grundrente keineswegs immer im Fortschreiten begriffen, sondern vielfachem Wechsel unterworfen und stets durchaus lokal bedingt. Wenn sie auch bei fortdauernder Vermehrung der Bevölkerung einer Stadt im allgemeinen zunimmt, so bringt gerade das Anwachsen der Einwohnerzahl eine allmähliche Änderung des wirtschaftlichen und sozialen Charakters der einzelnen Bezirke mit sich.

Die früher von der reichen Einwohnerschaft bevorzugten Stadtteile werden zu Geschäftsvierteln, neue Bahnhofsanlagen schaffen neue Zentralpunkte für den Verkehr, Straßenbahnen geben ihm neue Richtungen, in einigen Vierteln gerät die wirtschaftliche Bewegung ins Stocken, in andern drängt sie sich immer intensiver zusammen. In den exzentrischen Stadtteilen häuft sich meistens auf der einen Seite eine dichte Arbeiterbevölkerung in überfüllten Wohnungen an, während auf einer anderen sich ein vornehmes Villenviertel ausbreitet. Von großer Bedeutung für die städtische Grundrente ist auch das Alter der Häuser. Die Anforderungen in bezug auf Einrichtung und Bequemlichkeit der Wohnungen sind in der neueren Zeit auch bei den mittleren Klassen stark gestiegen, und Häuser, die vor einigen Jahrzehnten als durchaus modern galten, werden

heute als veraltet und rückständig angesehen. Dasselbe läßt sich auch von den Ladenlokalen, Restaurationen und Hotels sagen. In den vom Verkehr begünstigten Stadtteilen mit rasch steigender Grundrente werden wohlerhaltene, vor fünfzig Jahren gebaute Häuser niedergerissen und durch den heutigen Ansprüchen genügende Neubauten ersetzt. In den nicht bevorzugten Bezirken aber ist dies nicht möglich, die Häuser verfallen einem unbegrenzten Altern, werden auch immer weniger instand gehalten, und sinken daher immer tiefer hinsichtlich der sozialen Stufe ihrer Bewohner. Die eigens für die Arbeiterbevölkerung gebauten Mietkasernen sind natürlich von vornherein bestimmt, solange wie irgend möglich zu dauern, sie unterliegen aber noch mehr als andere Wohnhäuser der verschlechternden Einwirkung des Alters, und so entsteht denn die traurige Lage des städtischen Proletariats, das für elende Wohnungen verhältnismäßig sehr hohe Mieten bezahlen muß, von denen bei der schlechten Beschaffenheit der Gebäude jedenfalls der größte Teil auf die Grundrente entfällt. Ein gewisser Zuschlag ist allerdings auch durch das bereits oben erwähnte größere Risiko, das mit der Vermietung von Arbeiterwohnungen verbunden ist, und durch die größere geschäftliche Inanspruchnahme des Eigentümers begründet. Anderseits ist es aber auch wieder die große Nachfrage nach diesen schlechten und teueren Wohnungen, die ihren hohen Mietpreis herbeiführt. Viele Arbeiter erkennen ihnen eine besondere Nützlichkeit für sie zu, sie wollen gerade in dieser Stadtgegend wohnen, nahe ihrer Arbeitsstätte und nicht etwa in einem Vororte, da sie in diesem Falle täglich einen beträchtlichen Zeit- oder einen für sie nicht unerheblichen Geldaufwand machen müßten, um in die innere Stadt hereinzukommen. Diese Rücksicht ist für sie entscheidend gegenüber den Vorteilen der geräumigen und gesunden Wohnungen, die sie draußen finden können.

Gegenwerte für die höheren Mieten.

Dieser Gesichtspunkt hat eine allgemeinere Tragweite. Die Hausbesitzer gehen mit ihren Mietforderungen stets so hoch wie möglich und die Häuserspekulanten richten sich mit ihren Preisforderungen nach den erreichbaren Mieten. Die Hausbesitzer können ihr jeweiliges relatives Monopol in jedem Einzelfalle höchstens soweit ausnutzen, bis die Miete der fraglichen Wohnung den Gebrauchswert erreicht, den der Mieter ihr zuerkennt; sie sind aber nicht imstande, wie es bei dem Monopolbesitz absolut unentbehrlicher Güter möglich ist, die subjektive Nützlichkeit des Bedarfsobjektes für den Bedürfenden durch Zurückhaltung desselben und Verhinderung der Bedürfnisbefriedigung beliebig zu steigern, sondern die Mieter müssen irgendeinen objektiven Nutzen dabei finden, wenn sie für die eine Wohnung mehr bezahlen als für die andere oder wenn sie überhaupt in dieser Stadt trotz höherer Mietpreise lieber ihren Aufenthalt nehmen als in einer anderen. Nur eine verhältnismäßig kleine Zahl von Personen, namentlich Beamte und Offiziere, ist gezwungen, in der betreffenden Stadt zu wohnen und diese erhalten eine Entschädigung für höhere Mieten. Die freiwillig Zuziehenden aber, deren Wohnungs-

bedürfnis die wesentliche Ursache der Mietssteigerung ist, erwarten in der Stadt irgendwelche besondere Vorteile oder Annehmlichkeiten und wenn diese durch zu hohe Mieten aufgewogen werden, so hört der Zuzug und damit auch das weitere Anwachsen der Grundrente auf. Die Ursachen der von einer großen und reichen Stadt ausgeübten Anziehungskraft sind leicht zu erkennen. Die Zusammendrängung einer großen Zahl erwerbstätiger Menschen beschleunigt die Produktionstätigkeit und bringt wirtschaftliche Kräfte zur Verwertung, die sonst unbenutzt geblieben wären. Viele Erwerbsarten können überhaupt nur in großen Städten betrieben werden, andere finden dort ungewöhnlich günstige Bedingungen und Gewinnaussichten. Das gilt insbesondere von den unmittelbar mit den Konsumenten verkehrenden Geschäften in günstiger Lage. Ein Teil des erhöhten Gewinnes hat hier den Charakter der Grundrente und wird dem Geschäftsinhaber durch die höhere Miete entzogen, wenn er nicht Besitzer des Hauses ist, aber sein eigenes Kapital bringt ihm dabei doch noch einen befriedigenden Ertrag. Die hier auftretende Grundrente entsteht aber nicht etwa durch Belastung des kaufenden Publikums, sondern lediglich infolge des großen und raschen Umsatzes, den die Intensität des städtischen Verkehrs ermöglicht. Tatsächlich sind ja alle fabrizierten Waren in den Großstädten viel billiger zu haben als in den kleinen Landstädten. Die zuziehenden Erwerbstätigen suchen also das Äquivalent der höheren Mieten in dem besseren wirtschaftlichen Fortkommen, zu dem ihnen die Stadt Gelegenheit bietet. Nicht alle freilich finden ihre Erwartungen erfüllt, aber im großen und ganzen muß die Rechnung doch stimmen, da die Mieten tatsächlich bezahlt werden und der Zudrang in vielen Städten noch fortdauert. Wenn aber auch Rentner und andere nicht erwerbstätige Personen mit Vorliebe in gewisse Städte ziehen und durch ihre Nachfrage nach Wohnungen ein Steigen der Grundrente bewirken, so sehen sie in den Annehmlichkeiten, die das städtische Leben durch Theater, Konzerte, Museen, geistige Anregung, gesellschaftlichen Verkehr usw. bietet, einen genügenden Gegenwert für den höheren Wohnungsaufwand.

Steigerung der städtischen Bodenpreise.

Demnach hat die Bodenspekulation es keineswegs in ihrer Hand, die städtischen Grundrenten beliebig emporzutreiben. Sie kann allerdings zeitweise auf die Entwickelung derselben einen erheblichen Einfluß ausüben. Sie kann durch Aufkaufen und Zurückhalten des Baulandes in der Umgebung der Stadt die Wertsteigerung des Bodens beschleunigen, sie kann auch den Bodenpreis stellenweise auf eine Höhe treiben, die durch die wirklich erreichbare Höhe der Grundrente nicht gerechtfertigt wird. So entstehen Gewinne und Verluste, wie beim Börsenspiel, häufig mit Anwendung sehr bedenklicher Operationen, indem z. B. ein Grundstück in kurzer Zeit mit immer erhöhtem Preise durch mehrere Hände geht und schließlich zu mehr als dem Doppelten des Anfangspreises einer Aktiengesellschaft übertragen wird. Dagegen ist die Spekulation nicht imstande, vermehrte Nachfrage nach Wohnungen und Geschäftsräumen herbeizu-

führen, von der in letzter Instanz die Steigerung der Grundrente und des Bodenwerts abhängt. Wenn die in den neuen Häusern gegründeten Geschäfte der hohen Mieten wegen nicht bestehen können, wenn die teuren Wohnungen keinen Abnehmer finden, so ist die Spekulation verfehlt, wenn auch die ursprünglichen Spekulanten sich vielleicht mit Gewinn aus der Sache herausgezogen haben. Die ihnen nachfolgenden Käufer müssen den Schaden tragen, wenn die Mieten auf das der tatsächlichen Nachfrage entsprechende Niveau herabsinken. Findet aber infolge der Zunahme der Bevölkerung und des Wohlstandes die erwartete Steigerung des Wohnungsbedürfnisses statt, so würden die Preise der Bauplätze auch ohne das vorausgegangene Eingreifen der Spekulation schließlich in annähernd gleichem Maße gestiegen sein. Der Unterschied wäre nur der, daß der „unverdiente Wertzuwachs" nicht den Spekulanten, sondern den ursprünglichen Besitzern des Bodens zugefallen wäre. Es ist wohl möglich, daß Baulustige etwa bei einer Terraingesellschaft, die schon vor längerer Zeit zu noch relativ niedrigen Preisen einen größeren Komplex von Grundstücken zusammengekauft hat, unter Umständen zu günstigeren Bedingungen Plätze kaufen können, als von einzelnen Besitzern, die sich nach dem Eintreten der günstigen Konjunktur übertriebene Vorstellungen von der möglichen Wertsteigerung ihrer Parzellen machen. Immerhin ist es bei der Bodenspekulation ein Übelstand, daß sie in die Bildung der Bodenpreise ein stark aleatorisches Element hineinbringt. Die Vorarbeiten für eine Straßenanlage könnten auf Kosten der Anlieger von den Gemeinden übernommen werden, denen es ohnehin obliegt, die Straßenfluchtlinien festzusetzen und die Bebauungspläne aufzustellen. Sache der Gemeinden wäre es auch, zur Bekämpfung der Wohnungsteuerung die Ausbreitung des städtischen Straßennetzes über das Vorland, selbst über die Gemeindegrenzen hinaus möglichst zu begünstigen und sich zu diesem Zwecke mit den Nachbargemeinden zu verständigen. Es wird immerhin möglich sein, in dem Außengebiet der Stadt ganze Viertel mit relativ billigen Wohnungen zu schaffen und durch eine strenge Bauordnung auch für genügende Weiträumigkeit und befriedigende hygienische Bedingungen in diesen Anlagen zu sorgen. Namentlich wäre die Ausnutzung des Platzes durch übermäßigen Hochbau mit zahlreichen Stockwerken, die zur Steigerung des Bodenpreises wesentlich beiträgt, angemessen zu beschränken. Solche Stadtteile müßten aber grundsätzlich als Arbeiterviertel gebaut sein und dem großen Geschäfts- und Fremdenverkehr fernstehen, weil sonst die Platzteuerung bald auch auf sie übergreifen würde. Die Gemeinden könnten selbst die Ausführung solcher Anlagen in die Hand nehmen, und zwar nicht in der Absicht, den Mietern Wohltaten zu erweisen; vielmehr wären die Mieten nach der besonderen unter solchen Umständen entstehenden Grundrente zu regeln, wobei sich für das anzulegende Kapital auch ein angemessener Gewinn ergeben würde. Wenn der Zudrang zu den großen Städten in dem bisherigen Verhältnis fortdauert, so würde freilich auch in solchen

Vierteln die Grundrente allmählich beträchtlich steigen. Es ist aber anzunehmen, daß es für jede Stadt eine Grenze gibt, bei der die wirtschaftlichen Vorteile aus der Vermehrung der Bevölkerung aufhören, was dann auch den Andrang der freiwillig Zuziehenden hemmen wird.

Bodenwert und Nationalreichtum.

Eine die städtische wie die ländliche Grundrente betreffende Frage ist hier noch zu berühren. Ist das durch die Entwickelung der Grundrente bedingte Steigen des reinen Bodenwertes als eine reale Vermehrung des Nationalreichtums anzusehen, oder bedeutet es nur Gewinn der einen auf Kosten der anderen?

Der städtische Bodenwert steigt bei wachsender Bevölkerung infolge der zunehmenden Seltenheit des Platzes in dem beschränkten Gebiet. Aber die Vermehrung der Bevölkerung erzeugt zugleich eine erhöhte Nützlichkeit des städtischen Bodens, die, wie oben schon ausgeführt wurde, nicht auf einer monopolistischen Steigerung des unbefriedigten Bedürfnisses, sondern auf realen Vorteilen beruht.

Die städtische Grundrente hat also ein objektives Äquivalent in der in der Stadt gesteigerten Produktionstätigkeit und Erwerbsmöglichkeit oder — bei nicht erwerbstätigen Einwohnern — in den Vorzügen des städtischen Aufenthalts. Ohne diesen Gegenwert kann sie überhaupt nicht bestehen. Der städtische Bodenwert aber ist die kapitalisierte Grundrente und bewegt sich mit ihr parallel. Daß sein Steigen nur den Grundbesitzern zugute kommt, ist eine Folge der Eigentumsverhältnisse, verhindert aber nicht, daß es einen objektiv volkswirtschaftlichen Bestand hat. Aus der positiven Nützlichkeit des städtischen Bodens in Verbindung mit seiner Seltenheit bildet sich für ihn im freien Verkehr der Wert in derselben Weise, wie für alle andern nicht beliebig vermehrbaren Güter und man ist daher berechtigt, diesen Wert als einen realen Aktivposten in das Nationalvermögen einzustellen.

Die Erhöhung des ländlichen Bodenwerts ist nur zum Teil in gleicher Weise zu beurteilen, wie die des städtischen. Dieser und die ihn bedingende Grundrente steigt infolge des wirtschaftlichen Fortschrittes der Stadt. Kommt dieser zum Stillstande, so hört auch die Zunahme der Bevölkerung auf und Bodenwert und Grundrente beginnen zu sinken. Das Wachstum der Bevölkerung eines ganzen Landes dagegen ist gewissermaßen ein Naturprozeß, der die Tendenz hat, sich unbegrenzt fortzusetzen. Daher ist es möglich, daß in einem vollständig angebauten Lande die notwendigen Bodenprodukte lediglich infolge ihrer zunehmenden Seltenheit im Verhältnis zur Bevölkerung immer höher steigen und dadurch ein Anwachsen der Grundrente und des Bodenwerts bewirken, während das durchschnittliche Einkommen der Einwohner sich nicht gebessert hat, sondern nur ein größerer Teil desselben zugunsten der Grundbesitzer für die nötigen Nahrungsmittel ausgegeben werden muß. Bis zu einem gewissen Grade hat aber auch die zunehmende Dichtigkeit der Bevölkerung eines ganzen Landes ähnliche günstige wirtschaftliche Folgen, wie das

Wachsen der Einwohnerzahl einer Stadt. Der Güteraustausch zwischen der städtischen und der ländlichen Bevölkerung wird immer mehr erleichtert und immer lebhafter, weil jede der beiden Klassen einen immer größeren Teil ihrer Kundschaft in der nächsten Nähe findet. Solange den erhöhten Preisen der Bodenprodukte auch eine erhöhte Kaufkraft der Abnehmer entspricht, ist der steigende Bodenwert ein Symptom der fortschreitenden Entwickelung der Volkswirtschaft und eine objektive Vermehrung des Nationalreichtums. In einem jungen, noch im Stadium der Besiedelung stehenden Lande tritt der Zusammenhang und die Parallelbewegung der Produktion und des Wohlstandes mit der Entwickelung der Grundrente und des Bodenwerts am deutlichsten hervor. In der Umgebung jedes neu emporkommenden städtischen Zentrums bringt der ländliche Grundbesitz eine mit der Bevölkerung und dem wirtschaftlichen Gedeihen der Stadt wachsende Grundrente ein, deren Kapitalisierung den Wertzuwachs des Bodens ergibt. Die aktive Nützlichkeit dieses Bodens hat zugenommen, eben dadurch aber auch seine Seltenheit im Verhältnis zur Nachfrage, da Boden in der Nähe der Stadt nur in beschränkter Ausdehnung vorhanden ist. Die Stadt ihrerseits ist aber auch imstande, die erhöhten Preise der landwirtschaftlichen Produktion zu bezahlen. So kann die landwirtschaftliche Grundrente und der Bodenwert in jedem Lande bis zu einem gewissen Punkte in der Art steigen, daß die wirtschaftliche Entwickelung, durch die diese Steigerung hervorgebracht wird, zugleich die dadurch entstehende Belastung der Bevölkerung ausgleicht. Nur bis zu dieser Höhe kann der jeweilige Verkehrswert des landwirtschaftlichen Bodens zum Nationalvermögen gerechnet werden. Dieser Punkt ist auch in den alten Kulturländern noch nirgendwo überschritten und eine Überschreitung ist auch in der absehbaren Zukunft noch nicht zu erwarten, solange nämlich die überseeischen Länder mit noch geringer Bevölkerungsdichte eine genügende Ergänzung der europäischen Getreideproduktion zu liefern imstande sind. Selbstverständlich kommt das wirtschaftliche Äquivalent der ländlichen Grundrente ebenso wie das der städtischen, ohne Zutun der Grundbesitzer zustande; es hat nur mit der Grundrente eine gemeinschaftliche Quelle in der Vermehrung der Bevölkerung, aber es würde verschwinden, wenn diese so weit fortschreiten sollte, daß eine rein monopolistische Verteuerung der für den Lebensunterhalt durchaus notwendigen Bodenprodukte entstände.

Gegenseitiges Verhältnis der Wertgesamtheiten.

XIV. Produktion und Einkommen. Es ist oben im allgemeinen gezeigt worden, daß der Gesamtwert der sachlichen Produktion der Volkswirtschaft gleich ist der Gesamtsumme des primären Einkommens und diese wieder sich zerlegt in den Gesamtwert der jährlich an die letzten Abnehmer gelangten Konsumtionsgüter und den Wert des Überschusses, um den sich der Bestand an Kapitalgütern am Ende des Jahres im Vergleich mit dem Anfang vermehrt hat. Die gesamte Vermehrung des National-

reichtums ist natürlich noch beträchtlich größer, als dieser Kapitalzuwachs, denn sie umfaßt auch die neu hinzugekommenen dauerhaften Konsumtionsgüter, wie Wohnhäuser, Möbel usw. Aber diese Posten sind schon in der Wertgesamtheit der fertig abgelieferten Konsumtionsgüter mit enthalten. Auszuschließen von der Gesamtsumme des Wertes der Produktion wie des primären Einkommens ist die etwaige Erhöhung des reinen Bodenwertes, denn diese ist selbst kein Produkt, sondern nur eine Folge der günstigen Entwickelung der wirklichen Produktion, die in der Gesamtsumme der Produktion schon mit berücksichtigt ist.

Die oben angeführten Wertgesamtheiten bezeichnen wir als Produktionssumme, primäre Einkommenssumme, Konsumtionssumme und Kapitalzuwachssumme. Ihre Beziehungen zueinander gestalten sich aber in der Wirklichkeit weit verwickelter, als nach dem theoretischen Schema und zwar zunächst deshalb, weil die Elemente dieser Gesamtheiten sich zeitlich nicht entsprechen, sondern die sachlich zusammengehörenden in der Zeit mehr oder weniger weit gegeneinander verschoben sind. Die Produktion der Konsumtionsgüter, die heute verkauft werden, hat vielleicht schon vor einem Jahre begonnen und die Vorarbeiten dafür, deren Kosten auch erst in dem Preis des Endproduktes ihre definitive Tilgung finden, reichen noch viel weiter zurück. Das gegenwärtig den Arbeitern und Unternehmern zufließende Einkommen aber stammt aus dem in Geldform eingehenden Preise der in der Gegenwart auf allen Produktions- und Handelsstufen abgesetzten Erzeugnisse. Nach diesen Preisen entscheidet es sich auf jeder Stufe, ob der Unternehmer einen befriedigenden Gewinn erlangt, oder ob die Ware auf dieser oder in der Vergangenheit auf den Vorstufen mit zu hohen Produktionskosten belastet worden ist. Die wirkliche Produktionssumme ist durch die Einkommenssumme bestimmt; wenn aber die rechnungsmäßige Produktionssumme, nämlich die nach den Preisverhältnissen der vorausgegangenen Produktionszeit berechnete, über die wirkliche hinausgeht, so bedeutet das eine Störung des normalen Wirtschaftslebens, die immer für viele mit Verlusten verbunden ist und nicht selten schwere Erschütterungen hervorruft.

Betrachten wir die Gesamtmasse eines der Fertigstellung und dem endgültigen Absatz entgegengehenden Konsumtionsgutes, so vollzieht sich der Absatz der Vorprodukte von einer Stufe zur anderen bei den meisten kontinuierlich, wenn auch die Produktion selbst einen ungleichmäßigen Verlauf hat. Getreide z. B. wird nur jährlich in einmaligen Ernten gewonnen, der Verkauf an die Mühlen aber wie auch der Absatz des Mehles an den Bäcker findet fortlaufend statt. Nur wenn die Nachfrage nach dem Endprodukt selbst nur periodisch auftritt, wie z. B. bei Sommer- und Winterkleidern, kommt auch der Umsatz auf gewissen Vorstufen zeitweise zum Stillstand.

Schematische Darstellung.

Fassen wir die Gesamtheit aller Konsumtionsgüter zusammen, so können wir schematisch für alle Stufen eine gleiche mittlere Umsatzzeit annehmen,

an deren Schluß die ganze zu jeder Stufe gehörende Produktionsmenge mit ihrem erhöhten Wert auf die nächst höhere übergeht, während zugleich die Verkäufer in bar oder in Geldforderungen den Gegenwert erhalten. Nehmen wir der Einfachheit wegen nur fünf Stufen an, nämlich Rohstoffe, Halbfabrikate, Fabrikate, Großhandelsware und Detailhandelsware und sei ein Vierteljahr die allgemeine mittlere Umsatzzeit. Wir bezeichnen nun die Werte der sich entsprechenden Produktenmengen, die auf den einzelnen Stufen in einem Vierteljahr verkauft werden, von unten beginnend, mit C_1, C_2, C_3, C_4, C_5. Ferner unterscheiden wir diese Größen C durch einen Index auf der linken Seite nach der von irgendeinem Anfangspunkt ab bestimmten Beobachtungszeit, zu der sie in eine neue Stufe eintreten, und als Maß für diese Zeitbestimmung nehmen wir wieder ein Vierteljahr. So bedeutet also $_1C_1$ den Preis der am Ende des ersten Vierteljahrs verkauften Rohstoffe, aus denen nach drei Vierteljahren die zum Preise von $_4C_4$ im Großhandel und nach einem weiteren Vierteljahr die zu $_5C_5$ im Detailhandel abgesetzten Waren hervorgegangen sind.

Hiernach wird die folgende Aufstellung verständlich sein.

$$
\begin{array}{cccc|cccc|cccc}
\cdot & \cdot & \cdot & _4C_5 & _5C_5 & _6C_5 & _7C_5 & _8C_5 & _9C_5 & _{10}C_5 & _{11}C_5 & _{12}C_5 \\
\cdot & \cdot & \cdot & _4C_4 & _5C_4 & _6C_4 & _7C_4 & _8C_4 & _9C_4 & _{10}C_4 & _{11}C_4 & \cdot \\
\cdot & \cdot & _3C_3 & _4C_3 & _5C_3 & _6C_3 & _7C_3 & _8C_3 & _9C_3 & _{10}C & \cdot & \cdot \\
\cdot & _2C_2 & _3C_2 & _4C_2 & _5C_2 & _6C_2 & _7C_2 & _8C_2 & _9C_2 & \cdot & \cdot & \cdot \\
_1C_1 & _2C_1 & _3C_1 & _4C_1 & _5C_1 & _6C_1 & _7C_1 & _8C_1 & _9C_1 & \cdot & \cdot & \cdot
\end{array}
$$

Das Beobachtungsjahr umfaßt die Vierteljahre 5—8, die Zeitrechnung beginnt in dem Schema ein Jahr früher, um der Wirklichkeit zu entsprechen, müßte aber ihr Anfangspunkt noch weiter zurückliegen. Die Richtung von links nach rechts entspricht (auch als Komponente der schrägen Richtung) der fortschreitenden Zeit, die Richtung von unten nach oben aber den in der gleichen Zeit bestehenden aufsteigenden Produktions- und Handelsstufen.

Die Summe der in das Beobachtungsjahr fallenden C_5 ist gleich der Konsumtionssumme dieses Jahres, aber der Endwert C_5 entsteht nicht einfach durch die an dem Stoff der einzelnen Konsumtionsgüter selbst stattfindende wirtschaftliche Umwandlung, sondern es sammelt sich in ihm auch der Wert der für seine Herstellung verbrauchten Hilfsstoffe und der Abnutzung der dauerhaften Produktionsmittel an, und zwar mit Einschluß des diesen Aufwendungen entsprechenden Kapitalgewinns.

Voraussetzung stationärer Volkswirtschaft.

Bei stationärer Volkswirtschaft können wir annehmen, daß die jährliche Abnutzung der dauerhaften Produktionsmittel — oder der stehenden Kapitalgüter — insgesamt gleich ist dem Werte der jährlich zum Ersatz des Abganges neu in Betrieb genommenen Güter dieser Art. Wenn also z. B. Maschinen einer gewissen Gattung in zehn Jahren unbrauchbar würden, so wäre im ganzen jährlich ein Zehntel des vorhandenen Bestandes an solchen Maschinen von den sie benutzenden Unternehmern neu anzukaufen

und die dafür aufzuwendende Summe kann dem Betrage gleichgesetzt werden, der in den Endwerten C_5 als Entschädigung für die Abnutzung solcher Maschinen enthalten sein muß.

Die stehenden Kapitalgüter — Maschinen, Hochöfen, Fabrikgebäude, Lokomotiven, Schienen, Eisenbahnwagen, Schiffe usw. — sind nun an sich fertige Erzeugnisse, die dieselben Vorstufen durchlaufen haben, wie die Konsumtionsgüter und man könnte also für die Gesamtheit dieser Produktionsmittel ein ähnliches Schema aufstellen, wie für die Konsumtionsgüter, in dem die Größen C etwa durch P zu ersetzen wären. Es kommt hier aber nur auf den Endwert der P an (schematisch durch P_5 dargestellt), die sich auf die einzelnen Stufen der C in dem Maße verteilen, wie Ersatz für die abgenutzten Kapitalgüter zu beschaffen ist. Und dabei schließen die Werte der neu eingestellten Produktionsmittel auch den Ersatz für die Kapitalgüter ein, die vorher bei der Herstellung der ersteren abgenutzt oder verbraucht worden sind.

In einer stationären Volkswirtschaft mit durchaus gleichmäßigem inneren Verlauf würden nur die schrägen Reihen der C, die dem wirklichen Fortschritt der Produktions- und Handelsbewegung nach Zeit und Stufenfolge entsprechen, wie z. B. die Reihe ${}_4C_1$ bis ${}_8C_5$, in allen Teilen der senkrechten, wie ${}_8C_1$ bis ${}_8C_5$ gleich sein. Jede dieser senkrechten Reihen aber stellt den Verkaufswert der in der „Gegenwart", nämlich in einem Vierteljahr, endgültig abgesetzten Konsumtionsgüter und aller Vorprodukte, die in eben diesem Vierteljahr weiter begeben worden sind. Dadurch aber, daß z. B. ${}_8C_5$ von den Konsumenten übernommen wird und gleichzeitig ${}_7C_4$ in ${}_8C_5$, ${}_7C_3$ in ${}_8C_4$, ${}_7C_2$ in ${}_8C_3$, ${}_7C_1$ in ${}_8C_2$ übergeht, wird der Geldwert des gesamten im Vierteljahr 8 verfügbaren primären Einkommens festgesetzt und dieses Einkommen bestimmt den Wert ${}_8C_5$ der in dieser Zeitstrecke zum Verkauf kommenden Konsumtionsgüter.

Wie das Gesamteinkommen sich aus Kapitalgewinn und Löhnen zusammensetzt und der Kapitalersatz auf jeder Stufe sich für die unteren wieder in diese beiden Bestandteile auflöst, ist oben gezeigt worden. Unter unseren Voraussetzungen wird nun die wirkliche vierteljährliche Konsumtionssumme gleich sein der rechnungsmäßigen, wie sie sich aus der schrägen Reihe ${}_4C_1$, ${}_5C_2$, ${}_6C_3$, ${}_7C_4$, ${}_8C_5$ ergibt, in der dieselbe Gütermasse in ihrem Entstehen verfolgt wird, und die Werte C nach den Preisverhältnissen in den früheren Zeitabschnitten angesetzt sind. Da wir aber eine stationäre Volkswirtschaft mit gleichmäßigem Gange angenommen haben, so sind die C auf jeder Stufe unabhängig von der Zeit einander gleich und daher wird das in der Gegenwart verfügbare Einkommen auch denjenigen Preisen der Konsumtionsgüter angepaßt sein, die sich aus den in der Vergangenheit aufgewandten Kosten ergeben.

Aber unsere obige Voraussetzung trifft offenbar in der Wirklichkeit nicht zu. Über einige kleinere Ungleichmäßigkeiten der wirtschaftlichen Bewegung könnte man allerdings leicht hinweggehen. So zeigt die Nach-

frage nach manchen Konsumtionsgütern, wie schon oben erwähnt wurde, eine periodische Ab- und Zunahme, die nicht gestattet, auch für diese die vierteljährigen Reihen der Vorprodukte als gleich anzunehmen. Durch Zusammenfassung dieser Reihen zu Jahresgesamtheiten wird aber eine genügende Ausgleichung erreicht. Auch die sonstigen Ungleichmäßigkeiten des Absatzes auf den einzelnen Stufen werden bei allgemeinem stationärem Zustande aus den Jahresergebnissen verschwinden. Daß die Zahl der Stufen und die ganze Dauer der Produktions- und Umsatzzeit bei den verschiedenen Warengattungen sehr verschieden ist, schließt einen im ganzen gleichmäßigen Beharrungszustand nicht aus, es kommt nur darauf an, daß für jede einzelne Warenart die Stufen der schrägen und der senkrechten Reihen sich entsprechen.

Fortschreitende Volkswirtschaft.

Aber auch bei fortschreitender Volkswirtschaft, also bei zunehmender Produktionssumme, kann diese im ständigen Gleichgewicht bleiben mit der Konsumtions- und der Kapitalzuwachssumme. Voraussetzung aber ist dabei, daß die Ausdehnung der Produktion und die Erhöhung des Produktionswertes stetig und gleichmäßig und auf jeder Stufe in dem richtigen, durch die besonderen Bedingungen dieser Stufe gegebenen Verhältnis stattfinde. Ausdehnung der Produktion erfordert Vermehrung des Kapitals und demnach Vorbehalt eines Teiles des Einkommens für diesen Zweck. Die neuen Kapitalanlagen aber müssen wieder im richtigen Verhältnis auf die einzelnen Stufen verteilt werden und auf jeder stetig mit der Zeit anwachsen. So würden sich z. B. in der Reihe ${}_4C_1$ bis ${}_8C_5$ die einzelnen Stufenwerte in solchem Maße erhöhen, daß die partielle Konsumtionssumme ${}_8C_5$ um einen gewissen Betrag größer wäre als ${}_7C_5$. Zugleich aber müßten bis zum Vierteljahr 8 auch die übrigen Glieder der senkrechten Reihe ${}_8C$ je nach ihrem Abstand von der schrägen Reihe mehr oder weniger zugenommen haben und dieser Zuwachs hätte die Bedeutung einer Kapitalvermehrung, die sich zusammensetzt aus neu hinzugekommenen stehenden Produktionsmitteln und vermehrten Vorräten an Roh- und Hilfsstoffen, Halbfabrikaten und noch nicht an die Konsumenten gelangten fertigen Waren. Das in dem Vierteljahr 8 verfügbare Einkommen reicht dann aus, um die zugehörige vergrößerte Konsumtionssumme nach ihrem rechnungsmäßigen Betrage zu bezahlen und zugleich einen solchen Überschuß zu ergeben, daß auch der Zuwachs an stehenden und umlaufenden Kapitalgütern von den Kapitalbesitzern übernommen und die Vermehrung der Produktion in dem bisherigen Maße fortgesetzt werden kann. Diese Betrachtung kann ohne weiteres auch für die Wertgesamtheiten für ganze Jahre ausgedehnt werden, die wir bei den früheren Erörterungen allein ins Auge gefaßt haben.

Im allgemeinen befindet sich die Volkswirtschaft der Kulturländer in fortschreitender Entwickelung. Es ist aber leicht ersichtlich, daß der oben angenommene stetige und auf allen Stufen das richtige Verhältnis einhaltende Fortschritt in der Wirklichkeit nie für lange Zeit erwartet

werden darf. Man denke nur z. B. an die Folgen eines starken Ausfalls in der Ernte. Sie wird ein Steigen der Getreidepreise verursachen; dadurch aber wird bei der Masse der Bevölkerung die Nachfrage nach anderen Konsumtionsgütern vermindert und die für diese nach ihren vorher gegebenen Produktionsbedingungen aufgestellte Preisberechnung stimmt nicht mehr. Allgemein bewirkt die Selbständigkeit der einzelnen Unternehmungen, daß sie die Ausdehnung ihrer Produktion nur nach den unmittelbar für sie selbst bestehenden Konjunkturen richten, während ihnen die Übersicht über das Verhältnis der Gesamtproduktion über den Gesamtbedarf meistens völlig fehlt und durch gewagte spekulative Schätzungen nicht ersetzt werden kann. Vor allem gibt es keinerlei bestimmte Normen für das Verhältnis, in dem das Einkommen einerseits zur Konsumtion und anderseits zur Kapitalvermehrung verwendet wird. Es hängt durchaus von wechselnden Zeitumständen, von unberechenbaren Stimmungen und Strömungen ab. Man kann vielleicht sagen, in wirtschaftlich günstigen Zeiten wird zu viel, in ungünstigen zu wenig neues Kapital in Erwerbsunternehmungen angelegt, während die Beteiligung an inaktiven Kapitalanlagen im entgegengesetzten Sinne zu schwanken scheint. Die aus selbständigen, mit einander in Güteraustausch stehenden Einzelwirtschaften zusammengesetzte Volkswirtschaft findet also eine schwierige Aufgabe darin, unausgesetzt so genau wie möglich die Gleichung zwischen der Produktionssumme einerseits und der Konsumtionssumme nebst dem Kapitalzuwachs anderseits herzustellen, was wiederum nur möglich ist, wenn auch die letzteren Größen fortwährend in einem gewissen, von dem Fortschreiten der Produktion abhängigen Verhältnis gehalten werden. Es ist nur eine andere Formulierung derselben Aufgabe, wenn man sagt: Der durch die Produktionskosten auf den zeitlich zurückliegenden Vorstufen vorausbedingte Gesamtpreis der jährlich abgesetzten Konsumtionsgüter und des Zuwachses an Kapitalgütern muß der in diesem Jahre verfügbaren (primären) Einkommenssumme gleich sein. In der Wirklichkeit wird diese Aufgabe immer nur näherungsweise mit abwechselnden Abweichungen nach der einen und der anderen Seite gelöst. Bei lebhaftem Aufstreben der Volkswirtschaft schwillt das nominelle Einkommen oft zeitweise so hoch an, daß es durch verstärkte Nachfrage den Wert der Produktionssumme noch über die normale rechnungsmäßige Höhe hinaustreibt. Dann aber folgt wieder ein Umschwung, durch den das Einkommen soweit herabgedrückt wird, daß es die Produktion zu den vorausbedingten Preisen nicht aufnehmen kann.

Die Wissenschaft kann natürlich kein Mittel angeben, um diese in der Natur des volkswirtschaftlichen Prozesses begründeten Schwankungen zu verhüten; sie kann nur die Ursachen untersuchen, durch die sie hervorgerufen werden. Auf die allgemeine Ursache haben wir schon hingewiesen. Es ist die Selbständigkeit der Einzelwirtschaften, die ihre Produktion nur nach den sie unmittelbar berührenden Tageskonjunkturen und im übrigen

nach oft sehr wenig begründeten Schätzungen regeln. Wir wollen aber hier noch auf einige Einzelheiten eingehen.

Die grundlegenden Industrien.

Die richtige Vorausschätzung der künftigen Marktverhältnisse ist natürlich für diejenigen Produktionszweige am schwierigsten, deren Erzeugnisse von den Konsumtionsgütern, auf deren Absatz schließlich alles ankommt, durch die meisten Zwischenglieder getrennt sind. Hierher gehört vor allem die Produktion der allgemeinen Produktionsmittel, die direkt oder indirekt zur Herstellung von Gütern der verschiedensten Art benutzt werden, wie namentlich der zur Fabrikation von Maschinen und Transportmitteln dienenden Metalle. Der Kohlenbergbau steht zwar, soweit er Brennmaterial für häusliche Heizung liefert, unmittelbar mit der Konsumtion in Beziehung, hauptsächlich ist er jedoch von dem Hütten- und Transportbetrieb abhängig und er richtet sich daher nach den für diesen geltenden Konjunkturen.

Die Erzeugnisse der Bergwerks- und Hüttenindustrie sind zu einer so enormen Menge angewachsen, daß diese die Gewichtsmenge der für den Konsumtionsbedarf bestimmten industriellen Fabrikate weit übertrifft und man sich daher leicht verleiten lassen könnte, die Abhängigkeit auch des Loses der sogenannten „schweren“ Industrien von dem Absatz der eigentlichen Konsumtionsgüter zu verkennen. Die gewaltige Massenhaftigkeit der Produktion dieser Industriezweige ist wesentlich eine Folge des Eisenbahnbaues. Daß man viele hunderttausend Kilometer Straßen mit eisernen oder stählernen Schienen belegen könne, war vor einem Jahrhundert ein unfaßbarer Gedanke. Wie sehr sich auch das Maschinenwesen entwickelt hätte, der Verbrauch von Eisen und Stahl würde ohne den Eisenbahnbau gering geblieben sein im Vergleich mit dem jetzigen, der sich gewissermaßen von aller lokalen Beschränkung frei gemacht hat. Die kolossale Steigerung der Kohlenförderung ging natürlich ebenfalls Hand in Hand mit der Entwickelung der Eisenbahnen und mit der Eisenindustrie. Selbstverständlich sind die Eisenbahnen, abgesehen von ihren konsumtiven Leistungen für Vergnügungsreisende, als Produktionsmittel aufzufassen, denn sie bewirken eine außerordentliche Vermehrung der Güterproduktion durch die Verbilligung des Bezugs der Rohstoffe und der Fabrikate aus den vorteilhaftesten Quellen und durch die Erleichterung des weiteren Absatzes der Güter. Die in den Konsumtionsgütern aber gewissermaßen aufgesammelten Transportkosten von Fabrikaten und Rohstoffen enthalten den Gewinn der Eisenbahnunternehmungen und den Ersatz für Abnutzung des Materials und der Schienen, und wenn der Absatz dieser Güter nachläßt, so wird sich das auch in den Einnahmen der Bahnen und der für sie arbeitenden Industriezweige bemerklich machen.

Wegen des weiten Abstandes der Montan- und metallurgischen Industrie von dem Endziel der Produktion ist es erklärlich, daß in ihr vorzugsweise das Bestreben auftritt, sich möglichst selbständig ihrem nächsten wirtschaftlichen Zusammenhang anzupassen und sich in der Regelung ihres

Produktionsverhältnisses mehr aktiv als passiv zu verhalten. Dieses führte einerseits zu der Bildung von Syndikaten und ähnlichen Organisationen, die freilich noch immer nur auf kurze Perioden zustande kommen und leicht wieder zerfallen. Anderseits aber zeigt sich immer stärker die Tendenz zur Vereinigung der übereinander stehenden Produktionsstufen zu einheitlichen großen Unternehmungen. Es sind damit gewisse technische Vorteile verbunden, von denen früher schon die Rede war. Ferner kommt den „gemischten" Werken zustatten, daß die Verschiedenheit der Interessen und der Preistaktik der selbständigen Produzenten auf den einzelne Stufen sich für sie nicht geltend machen kann, daß sie mit ihren Endpunkten von den Produzenten des Materials unabhängig sind und daß es ihnen möglich ist, sowohl bei aufsteigender, wie bei niedergehender Konjunktur auf der ganzen zusammengehörenden Stufenreihe die Produktion gleichmäßig den Umständen angemessen zu regeln. Im Wettbewerb mit den „reinen" Werken sind daher die gemischten ohne Zweifel überlegen; sie haben eine selbständige Stellung und können nötigenfalls leichter Preiskonzessionen machen, als jene, die vielleicht ihr Material schon teuer bezahlt haben. Für den privatwirtschaftlichen Erfolg solcher Kombinationen kommt es freilich sehr darauf an, unter welchen Bedingungen sie zustande gekommen sind, namentlich zu welchem Preise ein Werk von einem anderen übernommen worden ist.

Die obige Art der Betrachtung des Produktionsprozesses wird aber durch die Existenz der gemischten Unternehmungen nicht beeinträchtigt. Diese umfassen doch immer nur wenige Stufen der langen Reihe, die mit der Produktion der Rohstoffe für die Produktionsmittel beginnt und mit dem Absatz der Konsumtionsgüter endigt. Aber es bleiben auch in jedem kombinierten Werke nicht nur die Stufen in den einzelnen Teilbetrieben bestehen, sondern es wird beim Übergang von der einen zur anderen auch dieselbe Berechnung des Kapitalgewinns beibehalten, als wenn ein Wechsel des Kapitalbesitzers stattfände. Hier können aber ebenfalls irrige Vorausberechnungen gemacht werden; es kann namentlich von dem niedrigsten Teilprodukte mehr hergestellt werden, als später nach den für das höchste sich herausstellenden Marktverhältnissen zweckmäßig erscheint. Die Vereinigung der Teilbetriebe gestattet nur eine leichtere Ausgleichung solcher Mißverhältnisse.

Steigende und sinkende Produktion der dauerhaften Produktionsmittel.

Die „schweren" Industrien nebst der Maschinenfabrikation sind es nun, die den größten Teil der stehenden Produktionsmittel liefern. Neben ihnen hat in dieser Hinsicht nur noch das Baugewerbe eine wesentliche Bedeutung, das aber einen beträchtlichen Teil seines Materials von der Eisenindustrie übernimmt. Bei der oben zuerst vorausgesetzten stationären Volkswirtschaft haben wir angenommen, daß die auf jeder Stufe neu in Betrieb genommenen Produktionsmittel einfach den Ersatz der abgenutzten bilden. Bei gleichmäßig fortschreitender Volkswirtschaft dagegen müßte der Zugang an Produktionsmitteln in allen Phasen den Abgang gleichmäßig,

d. h. in der gleichen Zeitstrecke um dieselbe Wertquote überschreiten. Eine solche Stetigkeit der Entwickelung wird nun aber bei dem stehenden Kapital in der Wirklichkeit nie zu finden sein. Wenn infolge eines wirtschaftlichen Aufschwungs der Bedarf an dauerhaften Produktionsmitteln zunimmt, so werden die hier in Betracht kommenden fundamentalen Industrien bei steigenden Preisen ihre Produktion ausdehnen und vielfach auch ihre eigenen stehenden Kapitalanlagen erweitern. Aber die ungewöhnliche Nachfrage nach Maschinen, Transportmitteln, Schienen usw. geht immer nur bis zur einer gewissen Grenze, weil sie sich eben auf Produktionsmittel bezieht, die längere Zeit im Gebrauch bleiben. Jeder Fabrikant mag sich vielleicht eine neue Maschine angeschafft haben, aber diese halten nun zehn Jahre vor. Die günstige Konjunktur für die Maschinenfabriken erreicht daher bald ihr Ende und der Rückschlag trifft auch sofort die Montan- und metallurgische Industrie, die nunmehr vielleicht für längere Zeit aus ihren neuen Anlagen keinen genügenden oder überhaupt keinen Gewinn beziehen kann. So entsteht im Bereiche der grundlegenden, die dauerhaften Produktionsmittel liefernden Industrien gleichsam automatisch ein zeitweiliges Mißverhältnis zwischen Produktion oder Produktionsfähigkeit und der Nachfrage, und daher auch zwischen den vorausbedingten rechnungsmäßigen und den in der Gegenwart erreichbaren Preisen. Die durch das wechselnde Verhältnis von Angebot und Nachfrage bedingten Preisbewegungen zeigen überhaupt die stärksten Ausschläge auf den Vorstufen der Produktion, wo große Kapitalkräfte und große Warenmassen sich gegenüberstehen. Die durch den Detailhandel den Konsumenten zugeführten Fabrikate ändern sich nur wenig im Preise; ein Wechsel der allgemeinen Wirtschaftslage hat auf sie hauptsächlich nur den Einfluß, daß ihr Absatz sich in ungünstigen Zeiten vermindert, während sie in günstigen in größerer Menge und Mannigfaltigkeit verkauft, zum Teil auch durch bessere Qualitäten ersetzt werden. Dagegen spiegelt sich in den Preisen der Kohlen, des Roheisens, des Stahles, des Kupfers das Aufsteigen und Niedergehen der allgemeinen Konjunkturen in großem Maßstabe ab und daher vollzieht sich auch die Herabdrückung der berechneten auf die wirklichen Preise schon größtenteils auf dem Gebiete der grundlegenden Industrien, die dann auch unmittelbar die größte Einbuße erleiden. Aber diese Industrien beschäftigen mehrere hunderttausend Arbeiter, und wenn sie zu Lohnherabsetzungen und Arbeiterentlassungen genötigt werden, so entsteht ein Ausfall im Einkommen und in der Konsumtionsfähigkeit der Bevölkerung, dessen Nachwirkungen sich auf immer weitere Kreise erstrecken können. Wenn somit die Vermehrung des stehenden Kapitals wegen der Dauerhaftigkeit der dazu gehörenden Güter immer bei einem gewissen Punkt zum Stillstand kommen muß, so wird dieser Verlauf noch wesentlich durch die Preisentwickelung befördert, die mit einer aufsteigenden wirtschaftlichen Bewegung, der notwendigen Voraussetzung der Kapitalvermehrung, stets verbunden ist. Denn stets werden unter solchen Umständen die Preise

im Großverkehr durch das Eingreifen des Kredits höher emporgetrieben, als es der Fall sein würde, wenn die Nachfrage nach neuen Kapitalgütern nur auf wirklich realisierten Einkommensüberschüssen beruhte. Es wird eben Kaufkraft betätigt, die nicht aus dem vorhandenen flüssigen Kapital, sei es des Käufers selbst oder eines Geldgebers, stammt, sondern als ein formelles Mittel der Güterübertragung gleichsam von außen eingeschoben wird, wie dies z. B. durch Gutschreiben eines Lombarddarlehens oder Diskontierung von Finanzwechseln auf Scheckkonto geschehen kann. Auch die Erweiterung stehender Anlagen findet vielfach mit Hilfe solcher formalen Kreditkaufkraft statt. Die von ihr ausgehende Nachfrage wirkt ebenso auf die Preise, wie die von dem positiven Geldkapital getragene und ein dauerndes Steigen der Preise ist die notwendige Bedingung ihres Fortbestandes. Denn jedem Betrage von Kreditkaufkraft steht eine Schuld von gleicher Größe gegenüber, die in einer gewissen Frist gedeckt oder erneut werden muß. Eine fortdauernde Preissteigerung ist aber unmöglich, schon wegen der oben erörterten Produktions- und Absatzverhältnisse der stehenden Kapitalgüter. Auch werden die Banken, die Hauptvermittler der eingeschobenen Kreditkaufkraft, zur Vorsicht und Zurückhaltung genötigt, wenn der Betrag über ein gewisses Maß anschwillt und vollends, wenn Anzeichen hervortreten, daß die Konjunktur ihren Höhepunkt überschritten hat. Die Kreditbeschränkung aber wirkt dann noch stärker auf die Preise ein, als die ungünstigere Gestaltung der Absatzbedingungen, und je mehr rein spekulative Vorausschätzungen zu der Preisbewegung beigetragen haben, um so größer wird sich der Abstand zwischen der den gegenwärtigen Einkommensverhältnissen angepaßten wirklichen Produktionssumme und der nach den optimistischen Erwartungen der Vergangenheit berechneten herausstellen.

Ursachen des wirtschaftlichen Aufschwungs.

Die aufsteigende Bewegung der Produktion und der Preise im Großverkehr führt also gewissermaßen mit Naturnotwendigkeit zu einem Umschwung und einem Rückgang. Es erhebt sich nun aber auch die Frage, durch welche Ursachen der vorausgesetzte Aufstieg selbst zustande kommt.

Es handelt sich darum, daß die Produktion vermehrt wird und zugleich die Produkte mit einem genügenden durchschnittlichen Kapitalgewinn Absatz finden. Unter dieser Voraussetzung ergibt sich auch ein genügender Zuwachs von neuem freien Kapital, so daß die Bewegung sich jedenfalls während einiger Zeit fortsetzen kann. In ihrem Anfang aber bedarf sie eines besonderen Anstoßes, der durch Gelegenheiten zu viel versprechenden Kapitalanlagen gegeben wird, wie sie sich immer von Zeit zu Zeit geschäftskundigen Unternehmern darbieten. Hierher gehört z. B. die Verwertung einer wichtigen technischen Erfindung, der Ausbreitung einer neu aufkommenden Industrie, günstige Konjunkturen im auswärtigen Handel, z. B. infolge großer Eisenbahnbauten in einem zukunftsreichen Lande, ferner auch die Rückkehr normaler Zustände nach Kriegen oder politischen Erschütterungen, wie in Deutschland nach dem Friedensschluß

von 1871 und in Frankreich nach der Errichtung des zweiten Kaiserreichs. Endlich aber liegt auch in der Depression selbst, die auf den oben besprochenen Rückschlag folgt, wieder die Ursache einer Hebung der wirtschaftlichen Lage; das stehende Kapital bedarf wieder einer größeren Ergänzung, die Löhne und die Preise der Rohstoffe und sonstige Materialien stehen niedrig und so erwacht jetzt wieder ein lebhafterer Unternehmungsgeist, um diese günstigen Produktionsbedingungen auszunutzen. Eine gute Ernte kann natürlich die neue Wendung wesentlich fördern, indem sie vermehrte Kaufkraft für die Industrieerzeugnisse frei macht.

Eine allgemeine Preissteigerung ist an sich nicht notwendig mit der Ausdehnung der Produktion verbunden, wenn diese auch im Anfang der Bewegung oft der drängenden Nachfrage nicht rasch genug folgen kann. Hauptsächlich geht die Erhöhung der Preise von der auf Kredit gestützten Spekulation aus, und zwar nicht nur von der kaufmännischen, sondern auch von der der Produzenten selbst. Der Kapitalgewinn wird durch die höheren Preise der Produkte im ganzen nicht vergrößert, da ja auch die Produktionskosten steigen.

Umschwung.

Der wirtschaftliche Aufschwung kann einige oder auch mehrere Jahre anhalten. Fortwährend werden neue Unternehmungen gegründet und die bestehenden erweitert. Die die Produktionsmittel liefernden Industrien gedeihen, die Arbeiter finden reichlich Beschäftigung und die zuerst in Betrieb genommenen neuen Anlagen bringen auch einen befriedigenden Kapitalgewinn. Von den noch in der Ausführung begriffenen erwartet man noch keinen Gewinn, mittlerweile aber tragen sie bei, den günstigen Gang der Industrie zu unterhalten. Allmählich aber beginnt die Aufstauung des stehenden Kapitals. Die gewaltige technische Leistungsfähigkeit des mehr und mehr angewachsenen Bestandes an Produktionsmitteln geht über die Grenze hinaus, die durch den allein entscheidenden Bedarf an Konsumtionsgütern in der Gegenwart und in der nächsten Zukunft gezogen ist. Aber noch ehe die Überproduktion sich bis zur Stufe der fertigen Konsumtionsgüter ausgedehnt hat, beginnt schon die Einschränkung der Nachfrage auf den Vorstufen und namentlich im Bereich der grundlegenden Industrien. Der Absatz der Vorprodukte stockt, die Preise sinken, der Mitbewerb der jetzt betriebsfertig werdenden neuen Anlagen verschlimmert die Lage noch mehr, der Kapitalgewinn sinkt und verschwindet vielfach gänzlich und dadurch fällt auch der Zuwachs an neuem freien Kapital weg, der für die weitere Ausdehnung der Produktion erforderlich wäre. Dazu kommt die Verminderung des Gesamteinkommens durch Lohnherabsetzungen und Arbeiterentlassungen und das Endergebnis ist ein Depressionszustand, der meistens nicht rasch überwunden werden kann, sondern sich jahrelang hinzieht. Das umlaufende Kapital und die Warenproduktion kann allerdings rasch den veränderten Absatzverhältnissen angepaßt werden, das stehende Kapital aber ist in unveränderlicher Gestalt vorhanden und wenn es nicht

genügend ausgenutzt werden kann, so sinkt der gesamte Kapitalgewinn unter seinen normalen Durchschnittsstand, was dann die erwähnten chronischen Folgen hat. Übrigens braucht das Anwachsen der Produktion gar nicht völlig aufzuhören, schon wenn es sich verlangsamt, treten solche Folgen auf, da alle Einrichtungen auf weiteren Fortschritt mindestens im gleichen Tempo berechnet sind. Der Übergang von der aufsteigenden zu der niedergehenden Bewegung der Produktion wird immer Verluste für die Produzenten mit sich bringen, aber er kann sich unter günstigen Umständen ohne schwere Erschütterung des ganzen Wirtschaftslebens vollziehen. Ein solcher Verlauf wird aber um so unwahrscheinlicher, je mehr die Steigerung der Preise in der Zeit des Aufschwungs durch spekulative Kreditkaufkraft gefördert worden ist. Tritt dann die Stockung ein, so verlieren die, sei es durch Warenkäufe, sei es durch neue Anlagen, entstandenen Schulden die von der Preissteigerung erwartete Deckung und die Schuldner, deren anderweitiges Vermögen zur Erfüllung ihrer Verbindlichkeiten nicht ausreicht, verfallen dem Ruin. Finden nun solche Zusammenbrüche in weiterem Umfange und großem Maßstabe statt, so entsteht eine jener für die moderne Volkswirtschaft charakteristichen Katastrophen, die man Krisen nennt.

Wesen der kapitalistischen Überproduktion.

XV. Krisen. Unter einer Krisis verstehen wir also nicht einfach die Wendung von einem volkswirtschaftlichen Aufschwung zu einem Zustande der Depression, sondern eine akute Störung des volkswirtschaftlichen Prozesses, die sich kennzeichnet durch zahlreiche Bankerotte, allgemeine Panik, äußerste Zusammenziehung des Kredits, Versagen des Bankzahlungssystems, übermäßige Leihsätze für bares Geld. Der Umschwung nach abwärts ist häufig, aber nicht notwendig mit einer Krisis verbunden. In der Regel bricht eine Krisis nur in einem einzelnen Lande aus. Sie übt dann auch auf die übrigen Kulturländer ihre Rückwirkung aus, gibt aber hier nur den Anstoß zu der — oft schon vorbereiteten — rückläufigen Bewegung, ohne daß es zu kritischen Erschütterungen kommt. So hat sich im Jahre 1907 die eigentliche Krisis auf Amerika beschränkt; in Deutschland verursachte sie ernstliche Kreditschwierigkeiten, eine nicht unerhebliche Verminderung der Eisenproduktion, einen starken und anhaltenden Rückgang aller Metallpreise und manche andere Schädigungen der Industrie, aber keineswegs eine wirkliche Krisis und auf die englische Volkswirtschaft hat sie ebenfalls nur eine ähnliche abgeschwächte Wirkung ausgeübt.

Eine Krisis wird schwerlich jemals ausschließlich durch rein sachliche Überproduktion entstehen, ihre Ursache liegt vielmehr in dem Zusammentreffen von Überproduktion mit Überspekulation und übermäßiger Kreditanspannung.

Überproduktion ist ein durchaus relativer und zwar kapitalistisch-privatwirtschaftlicher Begriff. Objektive Überproduktion in dem Sinne, daß ein Teil einer produzierten Gütermenge gar keine Verwendung finden kann und unbenutzt verderben muß, kommt nur als ganz lokale Ausnahme-

erscheinung vor, z. B. bei außerordentlich reichen Fischfängen. Anderseits kann hochgradige Überproduktion im privatwirtschaftlichen Sinne bestehen, obwohl das subjektive Bedürfnis nach dem betreffenden Gut bei der Mehrzahl der Menschen noch bei weitem nicht befriedigt ist. Die privatwirtschaftliche Überproduktion ist lediglich durch übermäßiges Angebot eines Gutes bei einem ungenügenden Preise bedingt, d. h. sie ist vorhanden, wenn für die im Großverkehr angebotenen Waren nur ein so niedriger Preis zu erlangen ist, daß, wenn nicht alle, so doch ein großer Teil der Verkäufer dabei keinen Gewinn oder gar Schaden hat. Es kann zugleich ein ungewöhnlicher Überfluß an diesen Waren auf dem Markte herrschen, wie es bei Bodenerzeugnissen manchmal durch sehr reiche Ernten entsteht, z. B. bei den griechischen Korinthen, dem brasilianischen Kaffee, den südfranzösischen Landweinen.

Für die Industrie kann aber auch schon Überproduktion im kapitalistischen Sinne bestehen, wenn es ihr nicht möglich ist, für diejenige Produktenmenge zu genügenden Preisen Absatz zu finden, die sie nach ihrer technischen Leistungsfähigkeit zu liefern imstande ist. Denn es wird dann möglicherweise ihr stehendes Kapital so unvollständig verwertet, daß der gesamte Kapitalgewinn weit unter den durchschnittlichen Normalsatz sinkt.

Tritt die Überproduktion nur in einem einzelnen Produktionszweige auf, so beruht sie auf einer unrichtigen Schätzung des künftigen Bedarfs und sie kann dann durch eine bessere Regelung der Verwendung von Kapital und Arbeit auf diesem Gebiet bald gehoben werden. Die zu Krisen führende Überproduktion dagegen ist eine allgemeine, da sie aus einer allgemein wirkenden Ursache hervorgeht, nämlich aus der Unzulänglichkeit des in der Gegenwart verfügbaren Gesamteinkommens zur Aufnahme der Gesamtproduktion zu den nach den Bedingungen der Vergangenheit berechneten Preisen. Die Produktion ist ja allerdings die Quelle des Einkommens, aber das Einkommen ist der aktive Faktor bei der Preisbestimmung der Produkte, weil es unter den Bedingungen der Gegenwart entsteht. Wenn auch der Preisrückgang auf einem beschränkten Gebiet, dem der Produktion der Produktionsmittel, seinen Anfang nimmt, so können doch hier große Verluste an Kapital und Einkommen entstehen, die schlimme Folgen auf allen anderen Gebieten nach sich ziehen und überall die verfügbare Kaufkraft herabsetzen. So kann also eine Überproduktion in dem hier geltenden Sinne wirklich zu gleicher Zeit in allen Produktionszweigen bestehen, wenn auch nicht alle in gleichem Maße berührt werden. Eine industrielle Überproduktion wird ihre Nachwirkungen am wenigsten auf die Preise der notwendigsten Lebensmittel übertragen, da der auf diese entfallende Teil des Einkommens auch bei herabgesetzter Lohnsumme eine annähernd unveränderte Größe behält und sogar infolge des Wachstums der Bevölkerung noch zunehmen wird. Aber es kann mit der industriellen eine landwirtschaftliche Überproduktion zusammen-

treffen, die unabhängig von dieser infolge der weltwirtschaftlichen Konkurrenzverhältnisse entstanden ist, wie es in den achtziger Jahren des vorigen Jahrhunderts der Fall war.

Derselbe Zustand, der vom kapitalistischen Standpunkt als Überproduktion erscheint, stellt sich natürlich der Arbeiterklasse in einem ganz anderen Lichte dar. Die durch die kapitalistische Überproduktion erzwungene Betriebseinschränkung und Lohnerniedrigung kann das Einkommen der Arbeiterbevölkerung soweit herabdrücken, daß sie trotz des Sinkens der Warenpreise ihre normale Lebenshaltung nicht behaupten kann und insofern in einen Zustand der Unterkonsumtion versetzt wird. Er zeigt sich namentlich in der Beschränkung der über das absolut notwendige hinausgehenden Konsumtion, während die gleichzeitige Überproduktion unentbehrlicher Lebensmittel den Arbeitern zustatten kommt und ihre Notlage mildert.

Spekulative Preissteigerung.

Wenn die Überproduktion lediglich auf einer zu großen Ausdehnung der sachlichen Gütererzeugung, insbesondere einer unverhältnismäßigen Vermehrung der stehenden Kapitalgüter beruht, so würde sie zwar aus den angegebenen Gründen zu einem Wendepunkt und einem Rückgang der Produktion und der Preise führen, aber, wie schon oben bemerkt, schwerlich zu einer Krisis. Ihren unheilvollen Charakter erhält die Überproduktion erst durch die mit ihrer Entwickelung zusammengehende ungewöhnliche Preissteigerung. Diese muß von vornherein als etwas Abnormes erscheinen. Alle für den Großverkehr in Betracht kommenden Waren können bei einem gewissen Preise beliebig — wenn auch mit sehr verschiedenem Gewinn der einzelnen Unternehmungen — vermehrt werden und es liegt daher in der Ausdehnung der Produktion an sich gar kein Grund zur Erhöhung der Preise, da die Produktion unter den ungünstigsten Bedingungen nicht die ihr von der abstrakten Theorie zugeschriebene Bedeutung hat. Wir sehen daher auch, daß die wichtigsten Produkte in Jahren mit niedrigeren, jedoch ausreichenden Preisen oft in weit größerer Menge gewonnen wurden, als in anderen mit höherem Preisstande. So war die Roheisenerzeugung in Deutschland in den Jahren 1903 bis 1905 um je 20 bis 25 Prozent größer als in den Jahren 1899 und 1900, während der Preis in der ersteren Periode ungefähr um ebensoviel Prozent niedriger stand, wobei die Eisenindustrie sich zwar nicht in glänzenden, aber doch auch nicht in kritischen Verhältnissen befand. Wenn dann in dem Jahre 1906 die Produktion von der neuen Basis aus wieder um 20 Prozent und 1907 noch weiter stieg, während der Preis um etwa 25 Prozent emporging, so konnte dieses letztere Ergebnis unzweifelhaft nur durch eine sehr lebhafte Mitwirkung der Spekulation zustande kommen. Und das ist überhaupt von allen mit vermehrter Produktion verbundenen Preissteigerungen zu sagen. Unter dem Einfluß der optimistischen Erwartungen, die durch den Aufschwung erregt werden, schließen die Abnehmer der Rohstoffe und Halbfabrikate zu erhöhten Preisen Lieferungsverträge auf ein Jahr

oder noch länger mit den sich spröde zurückhaltenden, vielfach durch Vereinbarungen verbundenen Produzenten ab. Manche Waren werden auch in größeren Mengen aufgespeichert und selbst die nur auf Differenzgewinne ausgehende Leerspekulation kann zur Verstärkung der vorherrschenden Bewegung wenigstens zeitweise beitragen. Anderseits werden in der Hoffnung auf Fortdauer der günstigen Entwickelung neue Unternehmungen gegründet und die Produktionsmittel der bestehenden, ebenfalls nach unsicheren Zukunftsschätzungen, erweitert. Wenn nun aber die Aufstauung des stehenden Kapitals ihre hemmende Wirkung auszuüben beginnt, so wird sich die Überproduktion um so empfindlicher fühlbar machen, je höher die Preise auf den Vorstufen durch die spekulativen Einwirkungen über den als normal zu betrachtenden Stand hinaufgetrieben worden sind. Um so größer sind daher auch die Verluste, die die Produzenten erleiden, die ihr Material zu den früheren höheren Preisen gekauft oder für ihre neuen Anlagen die der Hochkonjunktur entsprechenden Kosten aufgewandt haben. Denn sie erhalten ja jetzt für ihre Erzeugnisse nur noch Preise, die nicht nur durch die Verminderung des Gesamteinkommens und der Nachfrage, sondern auch durch das Verschwinden des spekulativen Zuschlags herabgedrückt sind.

Gleichwohl brauchte sich selbst an die unter solchen Umständen entstehenden großen Verluste nicht notwendig eine akute Krisis zu knüpfen, wenn alle Beteiligten nur mit ihrem eigenen Kapital gewirtschaftet hätten. Tatsächlich aber kommt die Produktions- und Preissteigerung in der Zeit des Aufschwungs immer nur mit Hilfe einer starken Anspannung des Kredits zustande und erst das Übermaß der schwebenden Schulden im Verhältnis zu dem vorhandenen flüssigen Kapital führt zu dem Zusammenbruch, der gerade durch eine Häufung von Zahlungseinstellungen gekennzeichnet wird.

Kreditkrisis.

Eine solche intensive Erschütterung des wirtschaftlichen Zustandes, eine Krisis in ihrer vollen Ausbildung, zeigt sich also von verschiedenen Gesichtspunkten aus in verschiedener Bedeutung. Sie ist Produktionskrisis, sofern sie durch eine den Bedarf überschreitende Ausdehnung der Produktion nach gewissen Seiten hin verursacht ist; sie ist Spekulationskrisis wegen ihres Zusammenhangs mit einem spekulativen Emportreiben der Preise; und sie ist Kreditkrisis, weil die zur Anwendung gebrachte Kreditkaufkraft schließlich nicht mehr ihre Deckung in erhöhten Preisen findet. Diese Seiten der Krisis können sich in verschiedenem Grade ausprägen und namentlich treten die beiden letzteren oft stärker und mit weiterem Erschütterungskreis hervor als die erste. An der Spekulation im weiteren Sinne nehmen auch viele Personen teil, die nicht zu den erwerbstätigen Produzenten gehören, sondern nur möglichst hohen Gewinn bringende Kapitalanlagen suchen. Solche hoffen sie in der Zeit der aufsteigenden Konjunktur namentlich in den Aktien neu gegründeter Gesellschaften zu finden, die gerade dann besonders reichlich angeboten und

angepriesen zu werden pflegen. Aber auch die steigenden Kurse der schon längst im Verkehr befindlichen Aktien reizen das Privatpublikum zu spekulativen Käufen. Die letzten hohen Dividenden werden in den Kursen kapitalisiert, als ob es immer so bliebe, ja, die Börse prophezeit noch immer glänzendere Ergebnisse für die Zukunft. Die gewerbsmäßige Spekulation geht mit kühnen Käufen voran und zieht durch ihr Beispiel die Masse der großen und kleinen Privatkapitalisten nach sich.

Auch der Kredit spielt bei der Spekulation in Wertpapieren stets eine große Rolle. Der Kauf im Terminhandel gehört, wenn auch nicht juristisch, so doch nach seiner wirtschaftlichen Wirkung zu den Kreditgeschäften; bei den Prolongationen ist dies offenkundig, aber auch im Kassengeschäft wird ein großer Teil der Käufe, und zwar der von den spekulierenden Privatkapitalisten ausgehenden, mit Hilfe von Bankkredit ausgeführt.

Börsenkrisis.

Der Schauplatz, auf dem sich die Spekulation in Wertpapieren betätigt, ist die Börse. Sie erscheint dadurch in einem gewissen abgeschlossenen Rahmen, in dem sich auch die Wirkungen des plötzlichen Niederganges in konzentrierter Heftigkeit darstellen. Man spricht daher auch wohl von einer besonderen Börsenkrisis und es kann in der Tat eine solche im kleinen Maßstabe ohne Zusammenhang mit den realen Produktionsverhältnissen, etwa durch übertriebenes Spiel in gewissen Staatspapieren, hervorgebracht werden. Aber eine solche Spezialkrisis hat doch nur eine lokale Bedeutung, ihre Folgen treffen nur einen verhältnismäßig kleinen Kreis von Spekulanten und lassen den allgemeinen Gang der Volkswirtschaft unberührt. Die wirkliche Börsenkrisis aber ist ein Ausläufer der durch kapitalistische Überproduktion bedingten allgemeinen Krisis. Die Kurse der Industrieaktien sinken, weil die neuen Gründungen unter den veränderten Konjunkturen keinen Ertrag bringen und die Dividenden der älteren Gesellschaften zusammenschrumpfen. Die Banken erleiden Einbußen durch die Entwertung ihres Effektenbestandes, vielfach auch durch die Zahlungsunfähigkeit von Schuldnern; auch die Kurse der als sicher geltenden fest verzinslichen Papiere werden in Mitleidenschaft gezogen, weil viele Besitzer von solchen sich genötigt sehen, sie zu verkaufen, um den infolge der Krisis an sie herantretenden Zahlungsansprüchen gerecht zu werden.

Man könnte sagen, bei den Börsenspekulations- und Spielgeschäften gleichen sich die Verluste der einen durch Gewinn der anderen aus und das Nationalvermögen im ganzen wird daher durch die Kursschwankungen nicht berührt. Dies ist jedoch nur für das eigentliche Differenzspiel zutreffend, dessen volkswirtschaftliche Schädlichkeit hauptsächlich darin besteht, daß es einen im ganzen nicht unbeträchtlichen Kapitalbetrag in einer gänzlich unproduktiven Verwendung festhält. Im übrigen aber bilden die Kurse der Wertpapiere nur die äußere Kennzeichnung des Standes der ihnen entsprechenden Kapitalanlage. Ist eine neue Aktienunternehmung gegründet worden, deren Betrieb sich nach dem wirt-

schaftlichen Umschwung als unrentabel erweist, so bekundet der gesunkene Kurs einen sehr reellen, durch nichts ausgeglichenen Verlust nicht nur der Aktionäre, sondern auch des Volksvermögens, und dasselbe ist der Fall, wenn bestehende Gesellschaften sich durch günstige Konjunkturen zu Erweiterungen haben verleiten lassen, die später ihren Kapitalgewinn dauernd beeinträchtigen, oder wenn Banken ein beträchtliches Kapital in Aktien von Unternehmungen der einen oder der anderen Art festgelegt und dies nun vielleicht ganz oder größtenteils als verloren anzusehen ist. Die Geschäftslage der Einzelunternehmungen ist von außen schwer zu durchschauen und in der Regel nur dem Inhaber bekannt. Die realen Zustände der Aktienunternehmungen aber spiegeln sich an der Börse in allgemein verständlichen Zahlenausdrücken und das im Kurszettel enthaltene Gesamtbild der Lage wirkt gewissermaßen als eine Massenerscheinung auf das Publikum und kann als solche sowohl die optimistische Stimmung mächtig anregen als auch die Enttäuschung zu einer Panik steigern. In einzelnen Punkten kann dieses Bild allerdings durch eine mit großen Mitteln — nicht etwa mit bloßen Differenzgeschäften — eingreifende Spekulation gefälscht werden, aber doch immer nur vorübergehend, da die wahre Sachlage nie lange verheimlicht werden kann und in den Gewinnergebnissen der Gesellschaften deutlich zutage tritt. Nicht selten übrigens ist die Börsenkrisis der Vorbote und die Einleitung der allgemeinen Krisis, indem der herannahende und von den Eingeweihten bereits vorausgesehenen Niedergang der Konjunktur sich durch einen oft ganz plötzlich auftretenden Sturz der Effektenkurse ankündigt.

Geld- und Handelskrisis. Moderne Krisen.

Die Kreditkrisis, ebenfalls nur eine Seite der ganzen Krisis, tritt an der Börse wie auch im übrigen Verkehr hauptsächlich in der Form der Geldkrisis auf. Stärkere Anspannung des Diskonts und des Lombardzinsfußes zeigt sich meistens schon in der letzten Phase des Aufstiegs. Der Nachfrage nach neuem freien Kapital gegenüber wird das Angebot um so knapper, je mehr Kapital in neuen stehenden, vorläufig noch keinen Ertrag bringenden Anlagen festgelegt worden ist. Dieses Anziehen des Zinsfußes braucht nicht zu einer Krisis zu führen, es kann im Gegenteil als Hemmung der drohenden Überproduktion dienen und die Krisengefahr abwehren. In diesem Sinne hat ohne Zweifel z. B. in Deutschland der hohe Diskont am Ende der Jahre 1906 und 1907 im ganzen nützlich gewirkt, wenn er auch vielen Einzelinteressen Nachteil brachte. Kommt aber die Krisis zum Ausbruch, so handelt es sich nicht mehr um Nachfrage nach neuem Kapital, sondern um einen plötzlichen außerordentlichen Bedarf an baren oder den baren gleich geachteten Zahlungsmitteln. Es kann dann vorkommen, daß Geschäftshäuser, die ein Aktivvermögen von Millionen besitzen, dennoch nicht die Mittel zur Hand haben, um ihre fällig werdenden Wechsel einzulösen. Das Geld gewinnt unter solchen Umständen wieder seine ursprüngliche Herrschaft und neben ihm können sich nur noch die

Noten von unbedingtes Vertrauen genießenden Banken als vollgültiges Zahlungsmittel behaupten. Namentlich kann das Scheckzahlungssystem bei Panikzuständen zeitweise lahmgelegt werden, wie schon an anderer Stelle hervorgehoben worden ist. Eine andere Art der Geldkrisis kann durch übermäßige Notenemission von seiten ungenügend fundierter Banken entstehen, wie z. B. in Amerika im Jahre 1837. Durch die Zahlungseinstellungen vieler Banken wurde eben ein vorher allgemein gebräuchliches Umlaufsmittel plötzlich entwertet. Die Ausdehnung der Notenausgabe ist aber selbst immer nur eine Begleiterscheinung eines weitverbreiteten Spekulationsfiebers. Durch die neuere Notenbankgesetzgebung ist jetzt in allen Staaten die Gefahr einer bedrohlichen Überemission beseitigt oder doch sehr vermindert worden.

Früher pflegte man die Krisen überhaupt als Handelskrisen zu bezeichnen. Dieser Ausdruck entspricht dem älteren Zustande der Produktion, bei dem das stehende Kapital eine weit geringere Bedeutung besaß, als gegenwärtig und die Überproduktion sich hauptsächlich in einer spekulativen übermäßigen Anhäufung von Handelswaren, namentlich überseeischen Erzeugnissen, darstellte. Ernstliche, auch nach England hinübergreifende Folgen hatte z. B. im Jahre 1839 der in Amerika unternommene Versuch einer Monopolisierung des Baumwollhandels. Auch gegenwärtig kommen spekulative Ausschreitungen dieser Art im Warenhandel nicht selten vor, die dann auch in dem betreffenden Zweige mit einem krisisartigen Zusammenbruch endigen können. Die Wirkungen solcher isoliert entstehenden Erschütterungen bleibt jedoch der Natur der Sache nach auf ein einzelnes Gebiet beschränkt und konzentriert sich meistens auf die Warenbörsen einiger großer Hafen- und Handelsplätze.

Die moderne Form der Krisen hat sich erst im Zeitalter der Eisenbahnen ausgebildet, durch deren Bau das stehende Kapital in eine neue Phase seiner Entwickelung gebracht und zugleich der Spekulation ein neues unabsehbares Feld ihrer Tätigkeit geöffnet worden ist. Schon bei den amerikanischen Krisen in den dreißiger Jahren spielte das Übermaß der in Angriff genommenen Eisenbahnen eine wesentliche Rolle, wie auch in England bei der Krisis von 1847. Die älteren englischen und amerikanischen Krisen ließen den europäischen Kontinent ziemlich unberührt. Durch die schwere Krisis von 1857 aber wurde namentlich auch Deutschland in sehr ernste Mitleidenschaft gezogen. Am härtesten wurde Hamburg getroffen, wo durch Spekulation und Kredit die Warenpreise auf eine schwindelhafte Höhe getrieben waren. Im übrigen Deutschland aber brachte die Krisis eine Gründungsperiode, in der zahlreiche Bank- und sonstige Aktienunternehmungen entstanden waren, zu einem unerfreulichen Abschluß. Die Krisis, die 1866 in London durch den Sturz eines großen Bankhauses eingeleitet wurde, machte zwar zum dritten Male die Suspension der Peelschen Bankakte von 1844 nötig, blieb jedoch außerhalb Englands ohne erhebliche Wirkung.

Die Krisis von 1873 als typisches Beispiel.

Die Krisis von 1873, die von dem „Börsenkrach“ in Wien am 9. Mai dieses Jahres ihren Ausgang nahm, war die größte und nachhaltigste der bisher beobachteten Krisen und kann zugleich als ein typisches Beispiel dienen. Von Wien griff sie allmählich im Laufe des Sommers hinüber nach Deutschland, wo sie einen bereits vollständig unterwühlten Boden fand; im September kam dann von Amerika ein neuer Stoß, der besonders seine Nachwirkung auf England ausübte, und auch fast alle anderen Länder – mit Ausnahme Frankreichs, das an dem „Aufschwunge“ keinen Teil genommen hatte – wurden in Mitleidenschaft gezogen. In Deutschland übten die französischen Milliarden – die übrigens zum bei weitem größten Teil nicht in Geld, sondern in Waren hereingekommen sind – natürlich einen stimulierenden Einfluß aus. Außerdem aber waren außerordentliche Bedürfnisse in ungewöhnlichem Maße zu befriedigen. Die während des Krieges stark in Anspruch genommenen Eisenbahnen mußten wieder in einen normalen Zustand gebracht, die Schienen und das rollende Material zu einem großen Teil erneuert werden. Ebenso bedurfte das Material der Armee der Erneuerung, die Bautätigkeit, die während des Krieges gestockt hatte, entwickelte sich jetzt um so lebhafter, als vielfach in den großen Städten, namentlich in Berlin mit seiner raschen Bevölkerungszunahme, dringende Wohnungsnot bestand, und auch viele andere Arbeiten, die des Krieges wegen zurückgestellt worden waren, wurden jetzt um so energischer in Angriff genommen. Vor allem aber zeigte sich unter dem Einfluß einer leicht erklärlichen optimistischen Stimmung eine stürmische Unternehmungslust, die sich in zahllosen neuen Gründungen betätigte. Größtenteils bestanden diese in der Umwandlung bestehender Unternehmungen in Aktiengesellschaften, wobei die eingebrachten Vermögensobjekte den neuen Gesellschaften zu übermäßigen Preisen angerechnet wurden. Es wurden aber auch Berg- und Hüttenwerke und Fabriken aller Art neu angelegt, bei ungewöhnlich hohen Löhnen und Materialpreisen und mit einer den damaligen außergewöhnlichen Verhältnissen entsprechender Produktionsfähigkeit. Dazu kamen ausgedehnte neue Eisenbahnbauten, Straßenbahnen, eine große Zahl von Baugesellschaften, ferner Gas- und Wasserleitungsgesellschaften, Hotelgesellschaften, Brauereien, Versicherungsgesellschaften, Gesellschaften für Handelsbetrieb usw. Ihrem Kapital nach aber standen die neugegründeten Banken obenan, die ihrerseits wieder eine hervorragende Rolle bei den übrigen Gründungen spielten. Als neue dem damaligen Spekulationsbedürfnis entsprechende Bildungen tauchten die Maklerbanken und die Baubanken auf. Wenig mehr als zwei Jahre hatte dieses Gründungsfieber gedauert, als der Wiener Krach das Signal zu der unvermeidlich gewordenen Reaktion gab. Die vertrauensseligen Aktionäre der durch Umwandlung gebildeten Unternehmungen mußten nun erfahren, daß ihre Gesellschaften mit Kapitalbeträgen belastet waren, die unter normalen Bedingungen, nach Ablauf der kurzen Periode eines außergewöhnlichen Bedarfs, niemals eine auch nur bescheidene Verzinsung erwarten durften,

und nicht besser waren die Aussichten der neugegründeten Berg- und Hüttenwerke und der Maschinenfabriken, da die Nachfrage und zugleich auch die Preise, die namentlich für Kohlen und Eisen 1873 eine außerordentliche Höhe erreicht hatten, naturgemäß wieder auf den der gewöhnlichen Wirtschaftslage entsprechenden Stand zurückgehen mußten. Ebenso stellte sich jetzt für die Baugesellschaften heraus, daß sie ihre Grundstücke übermäßig teuer gekauft und ihre Häuser mit übermäßig hohen Kosten gebaut hatten und auf absehbare Zeit auf einen leidlichen Ertrag ihrer Anlagen nicht rechnen durften. Die Banken aber sahen sich mit Massen von Effekten beladen, die sich von Tag zu Tag mehr entwerteten, und ihre Aktionäre mußten manchmal die üble Erfahrung machen, daß diese Papiere ihnen von Aufsichtsräten und anderen maßgebenden Persönlichkeiten aus den leitenden Finanzkreisen zugeschoben waren. Außerdem hatten die Banken den mit ihnen in Verbindung stehenden neuen Unternehmungen vielfach ausgedehnte Kredite bewilligt, wie überhaupt die meisten Gründungen von vornherein mit großen Schulden belastet waren. Nach dem ersten großen Sturze der Kurse in der zweiten Hälfte des Jahres 1873 nahm die Krisis einen mehr schleichenden Charakter an. Bankrott, Liquidation, Fusion räumten mehr und mehr das Unhaltbare weg; allein von den in Berlin arbeitenden Aktiengesellschaften traten im Laufe des Jahres 1875 etwa 60 in Liquidation. Viele größere Unternehmungen aber setzten ihren Betrieb auch ohne Gewinn fort, was ja bei Aktiengesellschaften leichter möglich ist als bei Privatunternehmungen. So zogen sich die Nachwirkungen der Krisis durch mehrere Jahre hin. Die gegenwärtig führenden großen Berliner Banken ergaben in den Jahren 1875 bis 1878 die niedrigsten Dividenden, und bei zweien von ihnen kamen diese sogar zwei- bzw. dreimal auf den Nullpunkt. Auch für die Berg- und Hüttenwerke waren diese Jahre, teilweise auch noch 1879, die ungünstigsten, und die Dividende 0 ist unter ihnen gar nicht selten vertreten. Ein großes, neugegründetes Werk blieb, nachdem es in seinem ersten Betriebsjahr mit 10 Prozent debütiert hatte, fortan überhaupt für seine erste Aktienemission bei 0 Prozent stehen. Im allgemeinen zeigte sich die Wirkung der Krisis weniger in einer Beschränkung der Produktion, als in der Herabdrückung der Preise. Allerdings verminderte sich die Roheisenproduktion von 2,24 Millionen Tonnen im Jahre 1873 auf 1,85 Millionen im Jahr 1876, also um 20 Prozent. Der Durchschnittspreis des Roheisens aber war in dem letzteren Jahre um 44 Prozent gesunken, und daher stellte die Produktionsmenge von 1873 einen Wert von 249 Millionen Mark, die von 1876 aber nur 115 Millionen Mark, also weniger als die Hälfte des ersteren dar. In den Jahren 1877 bis 1879 aber stieg die Produktion allmählich wieder bis nahezu auf die Höhe von 1873, während der Preis noch weiter um 20 Prozent gegen 1876 zurückging. Es bestand also eine chronische Überproduktion, die durch die Lebenszähigkeit der großen Werke ermöglicht wurde. Erst im Jahre 1880 trat eine Besserung ein, die hauptsächlich durch Verminderung der Selbstkosten

erreicht wurde. Wenn das allgemeine Preisniveau in Deutschland wie in den übrigen Ländern trotz zeitweiliger Hebungen bis in die neunziger Jahre im ganzen noch niedrig blieb, so war das nicht mehr auf die Krisis von 1873, sondern auf andere Ursachen zurückzuführen.

Folgen der Krisen und ihre Heilung.

Eine Krisis erscheint unmittelbar als eine Vernichtung von privatwirtschaftlichem Vermögen infolge der Wertverminderung vorhandener Kapitalgüter und des gesunkenen Kurses der Aktien und anderer Anteile an bestehenden Unternehmungen. Die vorhergegangene höhere Bewertung dieser Vermögensteile war zum großen Teil illusorisch; das Verschwinden dieses nur auf spekulativer Schätzung beruhenden Mehrwerts war daher vom volkswirtschaftlichen Standpunkt überhaupt kein Verlust und auch für diejenigen, die ihre Anteile während des Steigens und des Sinkens ihres Wertes nicht aus der Hand gegeben haben, nur eine unangenehme Enttäuschung. Eine Zerstörung objektiver volkswirtschaftlicher Güter wird natürlich durch die Krisis nicht bewirkt. Der angebaute Boden, die Bergwerke, die Fabriken, die Eisenbahnen — alles das bleibt sachlich unberührt und erfährt nur eine Einbuße in der geldwirtschaftlichen Wertschätzung, wird aber auch wieder einmal vollständig in den Dienst der Produktion gestellt werden. Jedoch richtet die Krisis auch objektiven volkswirtschaftlichen Schaden an, wie sich schon darin zeigt, daß sie zahlreiche Arbeitskräfte außer Tätigkeit setzt, womit sich auch eine Verminderung der Produktion verbindet. Auch ist es nicht nur in privatwirtschaftlicher, sondern auch in volkswirtschaftlicher Hinsicht als ein Nachteil anzusehen, wenn die Leistungsfähigkeit der vorhandenen Produktionsmittel zeitweise nicht voll entfaltet werden kann.

Der Unternehmungsgeist erlahmt, das sich ansammelnde neue, freie Kapital sucht sichere festverzinsliche Anlagen auf, die vielfach nicht produktiven, sondern konsumtiven Zwecken dienen, und so kann eine sich jahrelang hinziehende Periode der Stagnation eintreten. Wie gelingt nun aber schließlich doch die Überwindung des toten Punktes, durch die wieder eine aufsteigende wirtschaftliche Bewegung eingeleitet wird? Es ist schon oben darauf hingewiesen worden, daß ein gewisser Naturheilungsprozeß eintritt. Wenn vorher ein Übermaß an neuen Produktionsmitteln bereit gestellt worden ist, so nutzt sich dies allmählich ab, und die Nachfrage nach Erzeugnissen der „schweren“ Industrie wird wieder lebhafter. Die durch Einschaltung von Kreditkaufkraft übermäßig emporgetriebenen Preise der Vorprodukte sind durch die Krisis vielleicht unter ihren Anfangsstand zurückgeworfen, und auch die Löhne sind gesunken; nunmehr kommen also die Produkte auf den Markt, deren Vorstufen schon unter dem Einfluß der Depression standen, die bei herabgedrückten Preisen für Rohstoffe, Halbfabrikate usw. und bei erniedrigten Löhnen erzeugt worden sind. Die vorausgegangenen Produktionskosten sind demnach vermindert, und daher können schließlich die fertigen Konsumtionsgüter sowohl wie der normale Zuwachs an Produktionsmitteln aus dem gegenwärtigen Einkommen

wieder mit Preisen bezahlt werden, die unter den neuen Bedingungen als lohnend anzusehen sind. Auch die volle Ausnutzung der eine Zeitlang brachgelegten stehenden Kapitalanlagen wird jetzt wieder ermöglicht, zumal die zunehmende Bevölkerung ebenfalls das Steigen der Nachfrage befördert. Dazu kommen die Fortschritte der Technik, die die Produktionskosten weiter vermindern oder sonstige Vorteile gewähren. So verdankt die deutsche Eisenindustrie ihre mächtige Erstarkung nach der Stagnation der achtziger Jahre zu einem großen Teil der Einführung des Thomasverfahrens, und die Entwickelung der Elektrizitätsindustrie hat ebenfalls zu der allgemeinen industriellen Hebung Deutschlands sehr wesentlich beigetragen.

Die Vermögensverluste aber, die die Krisis für viele im Gefolge hatte, sind vollendete Tatsachen, mit denen die Betroffenen sich abfinden müssen. Das Unhaltbare muß weggeräumt, und die privatwirtschaftlichen Grundlagen der Unternehmungen müssen den neuen Verhältnissen angepaßt werden. Die notleidenden Aktiengesellschaften müssen „saniert", ihr Kapital muß auf seinen wirklichen Wert herabgesetzt und neues Betriebskapital durch Ausgabe neuer Aktienserien beschafft werden. Die ursprünglichen Aktionäre erleiden dabei vielleicht großen Schaden, aber das Unternehmen selbst wird wieder existenzfähig. Vielfach gehen die unrentabeln, stehenden Kapitalanlagen auch durch freiwilligen oder Zwangsverkauf zu stark herabgesetzten Preisen an andere Besitzer über, die nun für den verminderten Kapitalbetrag einen normalen Gewinn erzielen können. Wenn eine solche Änderung der Besitzverhältnisse in sozialer Beziehung vielleicht unerwünschte Folgen haben kann, so sind diese eben der Krisis zur Last zu legen; das Heilmittel selbst aber bleibt in jedem Falle wirksam und seine Anwendung unter Umständen unumgänglich.

Wirkung der Vereinigungen.

In der neueren Zeit stellen die Unternehmer der Großindustrie den Nachwirkungen der Krisen und den Depressionen überhaupt die Macht ihrer Organisationen entgegen. Mit dem verhältnismäßig besten Erfolge ist dies in den grundlegenden Industriezweigen versucht worden, da in stark konzentrierten Betrieben große Massen von wenig mannigfaltigen Produkten liefern. In der Periode des Aufschwungs haben auch die verbundenen Unternehmungen, insbesondere auf dem Gebiet des Kohlenbergbaues und der Eisenindustrie, mit voller Anspannung ihrer Produktionsfähigkeit gearbeitet, also nicht etwa durch Selbstbeschränkung bei hohen Preisen schon einem künftigen Rückschlag vorzubeugen gesucht. Ist aber die ungünstige Wendung eingetreten, so ist ihre Taktik darauf gerichtet, die Preiserniedrigung zu verhindern, die durch rücksichtslose Konkurrenz bewirkt werden würde. Dem oben erwähnten Naturheilungsprozeß würde allerdings eine möglichst weitgehende Herabsetzung der Kohlen- und Eisenpreise förderlich sein, aber die Verbände lassen sich natürlich durch ihre eigenen Interessen leiten. Im allgemeinen scheint sich zu ergeben, daß für sie eine stärkere Verminderung der Produktion bei möglichst geringer

Preiserniedrigung vorteilhafter sei, als eine größere Preisherabsetzung bei geringerer Produktionsbeschränkung. Aber wenn auch durch Verminderung der Produktion allerdings Kosten und namentlich Löhne gespart werden, so bleiben die Generalkosten bestehen, und die stehenden Kapitalanlagen werden nicht vollständig verwertet. Daher sucht man die Betriebe soweit wie möglich in ihrer früheren Ausdehnung zu erhalten und verkauft zu diesem Zweck nötigenfalls einen Teil der Erzeugnisse zu herabgesetzten Preisen im Auslande, was durch billige Ausfuhrtarife der Eisenbahnen und auch durch Verbands-Ausfuhrprämien erleichtert werden kann. Dadurch wird es zugleich möglich, die Preise im Inlande höher zu halten, zumal wenn es sich um zollgeschützte Erzeugnisse handelt. Gut fundierte Unternehmungen ziehen es auch vielfach vor, größere Mengen ihrer Erzeugnisse, z. B. Koks, in Erwartung besserer Zeiten auf Lager zu nehmen, statt ihre Produktion einzuschränken. Riesenunternehmungen, in denen eine Reihe sich folgender Produktionsstufen, etwa vom Bergbau bis zur Maschinenfabrikation, vereinigt sind, können auch selbständig und ohne Anschluß an einen Verband einer Krisis gegenüber die ihren Interessen entsprechende Stellung einnehmen. Sie haben den Vorteil, ihre einzelnen Betriebszweige den jeweiligen Marktbedingungen entsprechend gegeneinander regeln zu können und bald den einen, bald den andern stärker hervortreten zu lassen. Namentlich brauchen sie die unteren Vorprodukte nicht einfach lagern zu lassen, sondern können sie weiter verarbeiten und damit die Wartezeit bis zu einer günstigeren Wendung wenigstens teilweise ausfüllen. Die privatwirtschaftlichen Interessen dieser Kapitalmächte wie auch der großen Verbände fallen freilich keineswegs immer mit denen der Allgemeinheit zusammen, und die sozialen Bedenken gegen diese modernen Bildungen werden sich bei ihrer weiteren Entwickelung wohl noch steigern. Jedoch haben die Kapitalkonzentrierungen im ganzen die Widerstandskraft der Industrie- und Bankunternehmungen gegen Erschütterungen erhöht, und diesem Umstand ist es wohl zuzuschreiben, daß seit Ende der siebziger Jahre die Hebungen und Senkungen der wirtschaftlichen Bewegung zwar rascher aufeinander gefolgt sind, die Übergangskrisen sich aber verhältnismäßig in ihrer Gesamtwirkung abgeschwächt haben.

Wirtschaftliche und physische Konsumtion.

XVI. Konsumtion. Der volkswirtschaftliche Prozeß umfaßt die Produktion der Güter auf allen ihren Stufen bis zum Absatz der Konsumtionsgüter an die letzten Abnehmer. An diesem Punkte tritt die Haushaltung ein, die private nicht nur, sondern auch die öffentliche, in der die Güter ihrem Zwecke gemäß zur Befriedigung der menschlichen Bedürfnisse verwendet und dadurch entweder rasch verbraucht oder langsam abgenutzt werden. Die Konsumtionswirtschaft jeder Haushaltung bedarf ebenfalls einer bestimmten Ordnung, wenn sie gesicherten Bestand haben soll, und es lassen sich auch gewisse allgemeine Regeln für eine solche Ordnung aufstellen und empfehlen. Aber die Volkswirtschaftslehre befaßt

sich nicht mit dem inneren Betrieb der Privatwirtschaften; für sie kommt es nur darauf an, daß überhaupt durch die Konsumtion der Güter unausgesetzt neuer Bedarf entsteht, der der Produktion neuen Antrieb gibt. Und zugleich ist die Konsumtion, im großen und ganzen betrachtet, die Quelle, aus der die wirtschaftliche Produktionskraft, die menschliche Arbeit, ihre Leistungsfähigkeit unterhält. Aber nicht nur die Konsumtionsgüter, auch die Produktionsmittel unterliegen auf allen Stufen dem Verbrauch und der Abnutzung, auch für sie besteht unausgesetzt ein Erneuerungsbedarf, der befriedigt werden muß, bevor von einer Vermehrung des Bestandes an Kapitalgütern die Rede sein kann. Wir bezeichnen hier auch die rasche oder allmähliche Vernichtung der Güter dieser Art als Konsumtion, und zwar als technische, im Gegensatz zu der persönlichen.

Zu der wirtschaftlichen Konsumtion, die mit der zweckgemäßen Verwendung der Güter untrennbar verbunden ist, kommt noch eine andere Art der Güterzerstörung, die wir als „physische" Konsumtion bezeichnen können, nämlich diejenige, die durch Naturgewalt und andere außerwirtschaftliche schädigende Einwirkungen entsteht. Viele Produktionsmittel sind gewissen Gefahren dieser Art, z. B. Explosionen, spezifisch ausgesetzt; Hagel und Viehseuchen bedrohen die Landwirtschaft, Feuer und Erdbeben aber bilden ein Risiko, dem alle Arten der Güter unterstehen. Die Gefährdung durch physische Konsumtion ist daher ein bis zu einem gewissen Grade mit der Existenz der Güter verbundenes notwendiges Übel. Immerhin aber kann es durch Schutz und Abwehrmaßregeln — die es allerdings für Erdbeben und auch für Hagelgefahr nicht gibt — einigermaßen zurückgedrängt und in seinen schädlichen Wirkungen gemildert werden. Die privatwirtschaftlichen Folgen der entstandenen objektiven Schäden aber können bis zu einem gewissen Grade durch Versicherung ausgeglichen werden, deren Wesen darin besteht, daß durch Beiträge einer großen Zahl von Personen, die derselben Schadensgefahr ausgesetzt sind, die Verluste aus dieser Ursache, die einige von ihnen wirklich erleiden, ersetzt werden. Eine Versicherung ist jedoch praktisch nur möglich, wenn der Betrag der wirklich in einer bestimmten Zeit vorkommenden Schäden im Verhältnis zu dem Gesamtwert der versicherten Gegenstände nur klein ist und daher auch die von den Beteiligten zu bezahlenden Beiträge oder Prämien sich verhältnismäßig niedrig stellen.

Neben der auf einer sachlichen Veränderung der Güter beruhenden Konsumtion gibt es auch eine nichtsachliche, aber doch in gewissem Sinne objektive Konsumtion, die in einer Verminderung oder Vernichtung des vorher den Gütern zuerkannten Gebrauchswertes besteht, also als objektive Wertkonsumtion bezeichnet werden kann. Sie findet sich bei Gebrauchsgütern, die aus der Mode gekommen sind oder den Anforderungen der Gegenwart nicht mehr entsprechen, bei Maschinen, die durch bessere überholt sind, bei Häusern, deren Verkehrslage sich verschlechtert hat. Die

Nützlichkeit solcher Güter hat objektiv abgenommen, ganz abgesehen von dem privatwirtschaftlichen Vermögensverlust, der ihren Besitzer trifft.

Verbrauch der Naturstoffe.

Die laufende sachliche Konsumtion wird im allgemeinen durch die Produktion fortwährend ersetzt. Dieser Ersatz geht jedoch nicht bei allen Gütern dauernd unter gleichbleibenden Bedingungen vonstatten. Soweit die Produktion auf Arbeit beruht, kann sie nicht nur gleichmäßig mit der Bevölkerung, sondern durch Verbesserung der technischen Hilfsmittel in noch stärkerem Verhältnis fortschreiten. Aber die Arbeit kann nur den Stoff formen oder die Bedingungen herstellen, unter denen sich ein bestimmter Stoff aus seinen chemischen Bestandteilen bildet, die Grundstoffe aber können nicht produziert, sondern nur der Natur entnommen werden. Die Bodenerzeugnisse sind Stoffe, die durch zweckmäßige Leitung der Naturkräfte immer von neuem aus ihren Elementen hervorgebracht werden können, aber von diesen müssen einige mit wirtschaftlicher Vorsorge behandelt werden, weil sie in geeigneten Verbindungen nur spärlich im Boden vorhanden sind und daher eines regelmäßigen Ersatzes bedürfen, wenn die Ertragsfähigkeit des Landes nicht abnehmen soll. Es sind dies hauptsächlich Kali, Phosphorsäure und Stickstoff. Da von den natürlichen Düngstoffen, namentlich in den Städten, noch immer ein sehr großer Teil verloren geht, so müssen künstliche zu Hilfe genommen werden. Diese stehen aber nicht in unbegrenzter Menge zur Verfügung, sondern werden allmählich aufgebraucht werden. Die norddeutschen Kalilager werden allerdings noch lange Zeit vorhalten, auch phosphorhaltige Eisenerze, die nach dem Thomasverfahren verhüttet werden, liegen noch in großer Menge bereit, aber die Erschöpfung der chilenischen Salpeterlager, die das wichtigste Material für die Stickstoffdüngung liefern, dürfte in nicht viel längerer Zeit, als einem halben Jahrhundert, zu erwarten sein. Ob die direkte Gewinnung des Stickstoffs aus der Luft der Landwirtschaft Düngemittel liefern kann, die wirtschaftlich rentabel zu verwenden sind, bleibt noch abzuwarten. Immerhin besteht wenigstens die Möglichkeit, daß auf der angebauten Bodenfläche, nötigenfalls mittels einer streng durchgeführten Düngerwirtschaft nach chinesischem Muster das Gleichgewicht zwischen Abfuhr und Zufuhr der Pflanzenernährungsstoffe und damit auch die Produktionsfähigkeit des Bodens aufrechterhalten werde.

Dagegen gibt es für den Verbrauch der von der Natur unmittelbar gegebenen nutzbaren Mineralstoffe keinen Ersatz. Und gerade diese Stoffe, vor allem die Kohlen und die Erze sind es, die die unentbehrliche Grundlage der modernen technischen Kultur darstellen. Natürlich werden auch sie nicht vernichtet, aber sie werden in Zustände übergeführt, aus denen der Mensch sie nicht wiedergewinnen kann. Die Kohle verbrennt mit dem Sauerstoff der Luft zu Kohlensäure, und wenn auch der Pflanzenwuchs der Erde mit Hilfe des Sonnenlichts wieder neue verbrennbare Kohlenstoffverbindungen erzeugt, so können sich doch niemals wieder so ungeheure Lager von fast reinem Kohlenstoff ansammeln, wie sie sich aus

geologischen Perioden von unberechenbarer Dauer auf die Menschheit vererbt haben. Vor einem Jahrhundert noch wurden die Steinkohlenflöze nur wenig in Anspruch genommen. Dann aber, und namentlich seit dem Beginn des Zeitalters der Eisenbahnen, nahm der Kohlenverbrauch von Jahr zu Jahr stetig zu, und je weiter sich die Herrschaft der europäischen Kultur ausbreitet, um so weniger ist ein Stillstand in dieser Progression zu erwarten. Daher werden auch die außerordentlich reichen und noch sehr wenig berührten Kohlenlager Chinas zur Versorgung der übrigen Welt nichts Erhebliches beitragen, da sie den immer mehr steigenden Bedarf der sich europäisierenden chinesischen Volkswirtschaft befriedigen müssen. Aber selbst wenn die jährliche Kohlenförderung nicht mehr über den jetzigen Stand hinausginge, so würden doch in wenigen hundert Jahren viele Flöze völlig erschöpft sein und die Abbauverhältnisse der meisten übrigen sich so schwierig gestaltet haben, daß die wirtschaftliche Bedeutung der Kohlen als Produktionsmittel sehr wesentlich herabgesetzt sein müßte. Wenn Kohlen nur noch aus Tiefen von 1500 bis 2000 Meter gewonnen werden können, so sind die Lager, wenn auch nicht der physischen, so doch der „kommerziellen" Erschöpfung nahe. Man schätzt wohl, daß dieser Punkt in England in 250 bis 300, in Deutschland in 1000 Jahren erreicht sein werde. Aber diesen Annahmen fehlt die sichere Grundlage, weil man keine Vorstellung von dem künftigen Anwachsen des Verbrauchs hat, zumal die mit Kohlen reichlicher ausgestatteten Länder auch für diejenigen mit fördern müssen, deren Vorräte ungenügend oder bereits zu Ende gegangen sind.

Das zweitwichtigste Element unserer wirtschaftlichen Kultur, das Eisen, hat die Natur in Gestalt abbauwürdiger Erze zwar ebenfalls sehr reichlich, aber doch auch keineswegs in unerschöpflicher Menge dargeboten. Ja, nach neueren Schätzungen würde die Erschöpfung der vom Standpunkt der heutigen Technik als verwendbar geltenden Eisenerze bei Fortdauer des gegenwärtigen Verbrauchs — die Roheisenproduktion der Welt betrug im Jahre 1907 rund 61 Millionen Tonnen, entsprechend einer Erzmenge von etwa 180 Millionen Tonnen — noch früher zu erwarten sein, als die der Kohlenlager. Allerdings ist es ja möglich und wahrscheinlich, daß in den noch wenig erforschten geographischen Gebieten noch reiche neue Fundstätten von Eisenerzen erschlossen werden, aber damit werden zugleich neue Gebiete des Eisenverbrauchs eröffnet sein. Anderseits aber ist es auch denkbar, daß der Verbrauch von Eisen in nicht allzu ferner Zukunft eine sehr beträchtliche Einschränkung erführe, wenn nämlich durch weitere Vervollkommnung des Kraftwagensystems die Eisengleise auf den gebahnten Wegen in weitem Umfange entbehrlich gemacht werden sollten. In den großen Städten hat der Wettbewerb der Automobilwagen mit den elektrischen Straßenbahnen bereits begonnen.

Die Erze der für die Elektrizitätsindustrie besonders wichtigen Metalle Kupfer, Zink und Blei sind im Vergleich mit den Eisenerzen nur spärlich verbreitet. Allerdings ist auch ihr Verbrauch entsprechend beschränkt,

aber er ist in fortwährendem Zunehmen begriffen, und die bekannten Lager werden großenteils in einem Jahrhundert und wahrscheinlich alle in zweihundert Jahren erschöpft sein. Für Zinn stehen die Aussichten noch weniger günstig, ebenso für Petroleum, und die „seltenen Erden“ vollends werden ihre Rolle in den Glühstrümpfen vermutlich schon nach einigen Jahrzehnten ausgespielt haben.

Schwierigkeit von Schutzmaßregeln.

Wie sich die Menschheit gegenüber der in der Zukunft zu erwartenden Knappheit der nutzbaren Naturstoffe einzurichten hätte, ist eine Frage, der wir später noch einige hypothetische Erwägungen widmen wollen. Für die Gegenwart ist es klar, daß die privatwirtschaftlich geleitete Produktion bei der Ausbeutung der Naturschätze auf deren einstige, aber jetzt sich noch in keiner Weise fühlbar machende Erschöpfung keine Rücksicht nehmen kann, sondern sich lediglich nach ihren unmittelbaren Interessen richtet. Für sie kommt es allein darauf an, die der Nachfrage entsprechende Menge Mineralstoffe mit dem geringsten Kostenaufwand zu gewinnen. Der auf dem großen Markt sich bestimmende Preis des Produktes bezeichnet auch die Grenze, bis zu der die weniger ergiebigen und schwerer abzubauenden Gänge oder Flöze eines Bergwerks noch ausgebeutet werden können. Daher bleiben in den aufgelassenen Gruben oft bedeutende Reste zurück, die auch für die Zukunft unzugänglich geworden sind. Auch im übrigen ist z. B. in den englischen Kohlenbergwerken früher ein äußerst verschwenderischer Raubbau getrieben worden. Der Staat hat nur in geringem Maße die Möglichkeit, der aus der privatwirtschaftlichen Erwerbsform hervorgehenden objektiven Verschwendung der Naturstoffe entgegenzuwirken. Am weitesten ist er in bezug auf den Waldschutz vorgegangen. Bei diesem aber handelt es sich um die Abwehr unmittelbarer Schädigungen allgemeiner Interessen, z. B. von Überschwemmungsgefahren; die Verhinderung eines zu raschen Abbaues der Bergwerke aber ist unter der Herrschaft des Privateigentums ebensowenig durchführbar, wie der Zwang zur Ausbeutung von Gruben, die bei den bestehenden Preisen keinen Gewinn bringen. Auch würde es für die Gegenwart gar kein praktisches Interesse haben, wenn durch Maßregeln in diesem Sinne etwa erreicht würde, daß die Kohlenlager eines Landes 300 statt 250 Jahre vorhielten. Ein intensiverer, d. h. mit relativ größerem Kapitalaufwande verbundener Betrieb und Ausnutzung der größere Kosten bedingenden Lagerstätten wird sich mit der allmählich fortschreitenden Preissteigerung der Bergwerksprodukte natürlich von selbst einstellen.

Konsumtionsbedingungen der Kapitalgüter.

Der privatwirtschaftliche Verbrauch von Konsumtionsgütern findet sein Äquivalent in der dadurch erlangten Bedürfnisbefriedigung. Der Materialverbrauch und die Abnutzung der Produktionsmittel in der Unternehmung dagegen wird aus dem Kapital gedeckt, das nicht nur Ersatz dieser Kosten, sondern auch Gewinn beansprucht. Beides soll sich für die verarbeiteten oder verbrauchten Stoffe normalerweise vollständig in dem Preise der verkauften Ware finden. Für die dauerhaften Produktionsmittel aber muß

zunächst der Gesamtpreis aller im Laufe eines Jahres mit ihrer Hilfe hergestellten Waren eine Tilgungsquote enthalten, mittels der während der Periode der Brauchbarkeit dieser stehenden Kapitalgüter ihr voller ursprünglicher Wert wieder aufzubringen ist. Streng genommen müßte dies in der Weise geschehen, daß die genau berechnete Quote jedes Jahr zurückgestellt und diese Rücklagen mit Zinsen und Zinseszinsen angesammelt würden. In der Wirklichkeit begnügt man sich meistens mit einer summarischen „Abschreibung“, die manchmal absichtlich zu hoch gegriffen wird, um „stille Reserven“ zu schaffen. Die Tilgungsquote ist natürlich um so kleiner, je länger das Produktionsmittel seine Brauchbarkeit behält. Bei Maschinen ist jedoch zu berücksichtigen, daß sie nicht nur durch allmähliche Abnutzung unbrauchbar werden, sondern auch durch den Mitbewerb neuer Erfindungen ihre praktische Verwendbarkeit verlieren können. Auch andere Anlagen, wie Gebäude, können sich im Laufe der Zeit als unzweckmäßig, z. B. als zu klein erweisen. Schon aus diesem Grunde kann es daher vorteilhafter sein, sie mit geringeren Kosten weniger dauerhaft, als mit größerem Aufwande möglichst solide aufzuführen. Aber auch mit Rücksicht auf den Kapitalgewinn ist es unter Umständen mehr zu empfehlen, billigere Bauten von geringerer Haltbarkeit, als dauerhaftere mit größeren Kosten zu errichten, wenn der absolute Betrag des Kapitalgewinns in beiden Fällen derselbe ist und der Mehraufwand für den solideren Bau einen Zinsverlust bewirkt. Angenommen, ein Fabrikgebäude könne in Fachwerk für 50000 M. aufgeführt werden, während es in massiver Bauart 100000 M. kosten soll. Im ersteren Falle soll es 50, im letzteren 100 Jahre brauchbar sein, und zwar in beiden Fällen für seinen wirtschaftlichen Zweck in gleichem Maße. Das nötige Kapital werde als eine zu 4 Prozent verzinsliche Schuld aufgenommen, zu deren Tilgung jährlich die rechnungsmäßigen Quoten aus dem Geschäftsertrag zurückgelegt werden. Nach 50 Jahren wird das minderwertige Gebäude unter denselben Bedingungen durch ein gleichartiges ersetzt, das wieder ein halbes Jahrhundert vorhält. Dann ist aber auch das massive unbrauchbar geworden, und zugleich sind die auf den beiden Bauten lastenden Schulden getilgt. Für das einmal erneuerte billige Gebäude aber sind in diesem Jahrhundert 200000 M., für das dauerhafte teuere aber 400000 M. Zinsen bezahlt worden. Daß die jährliche Tilgungsquote für das erstere größer ist, als für das letztere, kommt nicht in Betracht, denn der Verzicht auf die Zinsen und Zinseszinsen gehört ebenfalls zur Tilgung und diese erstreckt sich in beiden Fällen im ganzen auf 100000 M. Das teuerere Gebäude erweist sich daher privatwirtschaftlich als unzweckmäßige Anlage. Als Bestandteil des Nationalreichtums würde man es nach seinem Kostenwert schätzen, aber sein privatwirtschaftlicher Gebrauchswert entspricht nicht seinem Kostenwert, da es ja als Produktionsmittel nach der Voraussetzung vor dem billigeren Gebäude nichts voraus hat. Es ist eben mit einem unnötigen Luxus gebaut, der mit dem Mehrbetrag an Zinsen zu bezahlen

ist. Möglicherweise verbindet sich aber auch mit einem solchen Luxusaufwand ein besonderer Zweck, z. B. die Absicht, Reklame für das Unternehmen zu machen.

Auf Häuser, die von ihren Besitzern bewohnt werden, sind diese Erwägungen nicht anwendbar. Sie gehören zu den Konsumtionsgütern und die Zinsen des angelegten Kaufpreises werden durch die Befriedigung des Wohnungsbedürfnisses ausgeglichen, das sich auch mit mehr oder weniger luxuriösen Neigungen verbinden kann. Tilgungsquoten werden nicht zurückgelegt, aber um so mehr Interesse hat der Eigentümer daran, daß das Haus solide und dauerhaft gebaut sei, damit es einer möglichst geringen Abnutzung unterliege und auch nach langjähriger Bewohnung ohne Verlust wieder verkauft werden könne. Wenn durch die bessere Bauart auch der Preis sich erhöht und der Eigentümer eine größere Summe jährlich „verwohnt", so findet er dafür in der Sicherheit des Wertes seines Besitztums Ersatz. In den Städten kommt hier allerdings auch die Steigerung des Bodenwerts in Betracht, durch die auch die stärkere Abnutzung weniger solid gebauter Häuser ausgeglichen werden kann. Bei den auf Spekulation gebauten Miethäusern tritt die Rücksicht auf die Dauerhaftigkeit des Baues vor der Hoffnung auf die Werterhöhung des Bodens noch mehr zurück, zumal in den großen Städten auch damit zu rechnen ist, daß die Häuser den Zeitbedürfnissen gegenüber veralten und ihr Platz durch einen Neubau oft weit besser verwertet werden kann.

Im übrigen ist in betreff der Wohnhäuser in ihrer Eigenschaft als Konsumtionsgüter immer die Unterscheidung der objektiven von der privatwirtschaftlichen Konsumtion im Auge zu behalten. Die erstere besteht einfach in der sachlichen Abnutzung der Häuser, die letztere aber wird durch den Einkommensteil gemessen, den der Mieter für die Erlaubnis zur Benutzung der Wohnung aufwenden muß, und den sich auch der Eigentümer, wenn er das Haus selbst bewohnt, wie eine Ausgabe in Anrechnung bringt.

Luxus und kapitalistische Produktionsweise.

Es hängt von dem Einkommen und den Neigungen der einzelnen ab, wieweit ihre Konsumtion sich auf entbehrliche Güter erstreckt und zu Luxus oder leichtsinniger Verschwendung führt. Die populäre Meinung ist dem Luxus keineswegs ungünstig: er bringt „das Geld unter die Leute", und wenn die Reichen nicht so große Ausgaben für an sich überflüssige Dinge machten, so würden nicht nur weite Kreise des Mittelstandes, sondern auch ganze Schichten der Arbeiterbevölkerung in ihrer Existenz gefährdet sein. Selbst aus der Verschwendung leitet man nützliche Folgen ab: sie bewirkt, daß das wirtschaftlich minderwertigen und haltlosen Individuen zugefallene Vermögen wieder rasch ihren Händen entschlüpft und, wenn auch vielleicht auf zweifelhaften Umwegen, wieder zu produktivem Kapital wird.

Dem gegenüber sagt die orthodoxe Lehre: es ist immer volkswirtschaftlich nützlicher, wenn die Inhaber großer Einkommen ihre Konsumtion beschränken und einen desto größeren Betrag als neues Kapital zu produktiven Zwecken anlegen. Sie beschäftigen dadurch mindestens ebenso-

viele Arbeiter, als wenn sie dieselbe Summe zu Luxusausgaben verwenden, zugleich aber wird eine neue Gütermenge geschaffen, die sowohl ihnen selbst Gewinn einbringt als auch zur Vermehrung des Gütergenusses der Gesamtheit dient. Diese Deduktion ist ohne Zweifel logisch richtig, aber sie paßt nicht unbedingt auf die besonderen Verhältnisse der kapitalistischen Wirtschaftsordnung, ganz abgesehen davon, daß eine allgemeine Befolgung des empfohlenen Programms von seiten der reichen Kapitalisten nicht zu erwarten ist. Es gibt allerdings immer einzelne Kapitalmagnaten, die für ihre Person keine Luxusbedürfnisse kennen und ihre Befriedigung in dem Bewußtsein ihrer wirtschaftlichen Macht und der Erfolge ihrer Tätigkeit finden. Doch sind dies seltene Fälle, deren Bedeutung für die Luxuskonsumtion übrigens dadurch stark vermindert wird, daß die Familienangehörigen solcher Ausnahmenaturen sich keineswegs einer ähnlichen Enthaltsamkeit befleißigen. Die obige Schlußfolgerung läßt sich nicht nur auf den eigentlichen verschwenderischen Luxus, sondern auf alle Gütergenüsse anwenden, die vom Standpunkt des kapitalistischen Calvinismus als überflüssig und entbehrlich anzusehen sind. Wenn aber die reichen Kapitalisten wirklich allgemein ihren Verbrauch etwa nach dem Maßstabe des Mittelstandes beschränken wollten, so würde dies zu einer von ihnen nicht gewollten Herabdrückung des Kapitalgewinns führen. Durch das Wegfallen der Konsumtion der leicht entbehrlichen Güter würde der jährliche Überschuß an neuem freien Kapital, also an verfügbarer Kaufkraft für Erwerbszwecke, bedeutend erhöht und dieses Mehr wieder teils unmittelbar zur Ausdehnung der Produktion von gewöhnlichen Konsumtionsgütern, teils zur Vergrößerung des Bestandes an Produktionsmitteln verwendet werden. Aber der letzte Zweck aller Produktionsmittel, selbst wenn sie zunächst wieder zur Herstellung anderer Produktionsmittel dienen, ist doch immer und ausschließlich die Erzeugung von Konsumtionsgütern, und die Ertragsfähigkeit der neuen Kapitalanlagen würde also von den künftigen Absatzverhältnissen dieser Güter abhängen. Als solche würden nun aber unter unserer Voraussetzung hauptsächlich nur noch die Bedarfsgegenstände der Masse der Arbeiterbevölkerung in Betracht kommen, da der Verbrauch von höherwertigen Gütern ja bei der bescheidenen Lebenshaltung der Wohlhabenden nur noch von verhältnismäßig geringem Belang sein würde. Durch die Beschränkung der Konsumtion der reichen Klasse würde allerdings Kapital frei werden für die Ausdehnung der Produktion der Güter des Massenverbrauchs, aber eine Erhöhung der Löhne würde dadurch nicht bewirkt werden, weil die zahlreichen Arbeitskräfte, die vorher für die Herstellung von Luxusgütern und für die Bedienung der Reichen in Anspruch genommen waren, nunmehr für andere Verwendungen frei würden. Die für die Arbeitermasse bestimmten Güter würden daher bald in solcher Menge produziert werden, daß die Arbeiter sie mit der Gesamtsumme ihres Lohnes zu den bis dahin geltenden Preisen gar nicht abnehmen könnten. Würden aber die Preise bei sonst gleich bleibenden

Umständen herabgesetzt, so würden dadurch nicht nur viele in gespannten Kreditverhältnissen stehende Produzenten zugrunde gerichtet, was zu einer Krisis führen könnte, sondern es fände auch eine allgemeine Erniedrigung des Kapitalgewinns statt, wodurch die Ansammlung von neuem freien Kapital und die Nachfrage nach Arbeit vermindert würde. Man könnte sich nun ja eine asketische Kapitalistenklasse denken, die sich mit einem abnehmenden Gewinn begnügte, den ihr noch bleibenden Überschuß immer wieder in Produktionsmitteln zur Befriedigung der Bedürfnisse der Arbeiter anlegte, in der rechtlichen Herrschaft über die Produktionsmittel und in der gewissermaßen ehrenamtlichen Leitung der Produktion ihre Belohnung fände, als persönlichen Gewinn sich aber nur einen von dem der Arbeiterklasse wenig verschiedenen Lebensunterhalt vorbehielte. Was ihr außerdem an Gewinn übrig bliebe, müßte ausreichen, um die Produktion den Bedürfnissen der zunehmenden Bevölkerung entsprechend zu erweitern. Das wäre eine ideale Lösung der sozialen Frage auf kapitalistischer Grundlage, wenn es eine solche Kapitalistenklasse gäbe. Aber selbst die puritanischen Unternehmer suchen prinzipiell den Kapitalgewinn so hoch wie möglich zu halten, wenn auch manche von ihnen bereit sind, aus dem eingeheimsten Gewinn reiche Spenden für gemeinnützige Zwecke zu gewähren. Gegen die aus dem wirtschaftlichen Prozeß selbst hervorgehende Schmälerung des Kapitalgewinns findet immer eine Reaktion statt, selbst wenn diese zu einer Krisis führen muß.

Konsumtion der Kapitalisten und der Arbeiterklasse.

Die obige Hypothese von dem Verzicht der Reichen auf die Luxuskonsumtion ist übrigens gar nicht nötig; auch wenn diese in dem tatsächlichen Maße besteht, kann es vorkommen, daß von den auf den Bedarf der Arbeiterklasse berechneten Konsumtionsgütern eine größere Menge erzeugt wird, als mit dem Arbeitslohn zu normalen Preisen bezahlt werden kann. Im Konsumentenverkehr macht sich eine solche relative Überproduktion meistens nur durch Verlangsamung des Absatzes bemerklich. Gleichzeitig aber nehmen die Bestellungen der Detailhändler ab und von hier pflanzt sich die Rückwirkung weiter fort. Das Gleichgewicht des Angebots und der Nachfrage im Detailgeschäft stellt sich rasch wieder her, wenn auch vielleicht mit einer Vermehrung der Konkurse in den Kreisen des Handels. Eine dauernde Nachwirkung aber zeigt sich bei den Industriezweigen, die ihr stehendes Kapital bei der herrschenden Tendenz zur Produktionssteigerung vergrößert haben. Durch die Stockung wird die Ausnutzung der neuen Produktionsmittel gehemmt, der Kapitalgewinn und die Ansammlung von neuem Kapital vermindert und dadurch auch die Produktion wieder beschränkt. Die zeitweilige unrichtige Verteilung der Produktionstätigkeit auf die für die Arbeitsklasse und die Kapitalisten bestimmten Güter ist also eine der Ursachen, die zu einem Niedergang der wirtschaftlichen Bewegung, wenn nicht zu einer eigentlichen Krisis führen. Sie tritt hauptsächlich hervor, wenn ein wirtschaftlicher Aufschwung eine Erhöhung der Löhne bewirkt hat, die später wieder rückgängig gemacht wird.

Den Unternehmern wird durch ihr eigenes Interesse stets die Aufgabe gestellt, die Anteile des Kapitals und der Arbeit an dem Produktionsertrag ständig in einem solchen Verhältnis zu erhalten, daß der durchschnittliche Kapitalgewinn möglichst konstant bleibe. Die eigentümliche Schwierigkeit dieser Aufgabe aber liegt darin, daß der Anteil der Kapitalisten sachlich nicht nur aus Konsumtionsgütern, sondern bei fortschreitender Volkswirtschaft auch aus einem Zuwachs an Produktionsmitteln besteht. Auch die Rohstoffe und sonstigen Materialien sind nach der Art ihrer Verwendung zu der einen oder der anderen Güterklasse zu rechnen. Wenn nun die Produktion und zugleich die Gesamtsumme des Kapitals zunimmt, so würde nach der obigen Darlegung der Kapitalgewinn sinken, wenn nur die Menge der für die Arbeiterklasse bestimmten Konsumtionsgüter und der zur Herstellung von solchen dienenden Produktionsmittel und nicht zugleich auch die Konsumtion der Kapitalistenklasse vermehrt würde. Die sachliche Verteilung des Produktionsertrags zwischen Kapital und Arbeit würde dann mit der rechnungsmäßigen, wie sie sich aus dem bis dahin geltenden durchschnittlichen Kapitalgewinnsatz ergäbe, nicht übereinstimmen. Für Herstellung dieser Übereinstimmung wird aber für die Kapitalistenklasse eine bestimmte Gesamtheit an Konsumtionsgütern und von neuen, ihren Konsumtionszwecken dienenden Produktionsmitteln erfordert. Da nun die Zahl der Kapitalbesitzer weit kleiner ist, als die der Arbeiter, so entfällt auf jeden der ersteren durchschnittlich ein beträchtlich größerer Konsumtionsaufwand. Wie weit die zur Aufrechterhaltung des Kapitalgewinnes nötige kapitalistische Konsumtion zu übertriebenem Luxus führen kann, hängt von der gesellschaftlichen Verteilung des Kapitalbesitzes ab. Ist das Kapital in verhältnismäßig kleinen Anteilen in einem weiten Kreise der Bevölkerung verbreitet, so ist bei gleicher Ansammlung an neuem Kapital die Entwickelung eines verschwenderischen Luxus mit seinen Entartungen nicht zu befürchten. Je mehr aber das Kapital in einer kleinen Zahl von Riesenvermögen (nicht Riesenunternehmungen, an denen viele kleinere Kapitalisten beteiligt sein können) konzentriert ist, um so mehr erhält der im großen Stil getriebene Luxus, so irrationell das scheinen mag, die Bedeutung eines Schutzmittels für den Kapitalgewinn. Selbstverständlich ist damit nicht gesagt, daß er dem objektiv beurteilten allgemeinen Wohle diene. Noch weniger soll bestritten werden, daß für die privatwirtschaftliche Kapitalansammlung aus kleinen Anfängen sparsame Beschränkung des Verbrauchs nicht nur empfehlenswert, sondern notwendig sei.

Die öffentliche Konsumtion.

Die laufende Produktion muß aber außer dem Güteranteil der Kapitalbesitzer und dem der Arbeiterklasse noch eine dritte Gütermasse liefern, die für die öffentliche Konsumtion in Staat und kommunalen Körperschaften in Anspruch genommen wird. Es sind dies einesteils unmittelbar zur Befriedigung öffentlicher und allgemeiner Bedürfnisse dienende sachliche Güter, von denen viele allerdings nach der gewöhnlichen Auffassung nicht zu den Konsumtionsgütern gerechnet werden, wie Kanonen, Kriegsschiffe,

Festungswerke. Andere haben einen gemeinnützigen, kulturfördernden Zweck, wie öffentliche Parkanlagen, Museen usw., viele kommen mittelbar auch der Produktion zustatten, wie öffentliche Schulen, Bibliotheken, Krankenhäuser usw., immmer aber bleiben sie doch von den für die sachliche Produktion unmittelbar benutzten Kapitalgütern wesentlich verschieden. Dazu kommt nun aber auch die mittelbare öffentliche Konsumtion, nämlich die Gesamtheit der Konsumtionsgüter, die von den mit den öffentlichen Dienstleistungen betrauten Personen verbraucht werden. Abgesehen von den öffentlichen Erwerbsbetrieben ist die gesamte öffentliche Konsumtion aus dem Einkommen oder Vermögen der Bürger zu bestreiten und zwar soll diese Belastung der Theorie nach ausschließlich die besitzenden Klassen treffen. Denn wenn wir annehmen, daß der Lohn den Arbeitern eine gewisse, dem gegebenen Kulturzustande entsprechende Lebenshaltung gewährleisten soll, so müßte dieser sich unabhängig von der Besteuerung behaupten, und es müßte daher den Arbeitern möglich sein, wenn Gegenstände ihres gewöhnlichen Verbrauchs durch Steuern verteuert würden, diese durch Erlangung einer Lohnerhöhung abzuwälzen. Die Befreiung der untersten Einkommensklassen von der direkten Besteuerung ist in den meisten Ländern mehr oder weniger durchgeführt, wie weit aber die Arbeiterklasse zur Abwälzung der indirekten Steuern imstande ist, hängt von ihrer ökonomischen Machtstellung bei der Lohnregelung ab. Wenn bei günstigen Konjunkturen der Lohn steigt, so kann das Mehr auf die Steuern in Anrechnung gebracht werden, aber es fragt sich, wieviel davon dauernd festgehalten werden kann. Die wirkliche Belastung der Arbeiterbevölkerung durch die Verbrauchsteuern läßt sich übrigens statistisch gar nicht feststellen, denn man weiß eben nicht, wie weit eine Abwälzung auf die Löhne in der Tat stattgefunden hat, d. h. wie diese stehen würden, wenn die Steuern nicht beständen. Im ganzen aber wird man sagen dürfen, daß der größte Teil der gesamten Steuerlast in ihren mannigfaltigen Formen von den Besitzenden getragen wird. Die absolute Größe der Last ist natürlich etwas anderes, als der subjektive Druck, den sie auf die verschiedenen gesellschaftlichen Schichten ausübt.

Die Kapitalbesitzer finden in der öffentlichen Konsumtion eine bequeme Gelegenheit zu privatwirtschaftlich erwünschten, wenn auch nicht im volkswirtschaftlichen Sinne produktiven Kapitalanlagen. Bei sinkendem Kapitalgewinn bieten die Staats- und Gemeindeanleihen dem neuen freien Kapital ein Unterkommen zum Abwarten besserer Zeiten. Da die Vermehrung der Produktionsmittel sich unter den obwaltenden Umständen nicht lohnt, so stellt man das überschüssige Kapital für Zwecke der öffentlichen Konsumtion zur Verfügung, was ohne Zweifel dem Gemeinwohl förderlicher ist, als die Ausdehnung der Luxuskonsumtion und doch auch, wie diese, zum Schutz des Kapitalgewinnes dient.

Verteilungsverhältnis bei erhöhter Produktivität der Arbeit.

XVII. Produktion und Verteilung. Proudhon glaubte die Ursache der Krisen darin zu erkennen, daß die Arbeiter nicht imstande seien, ihr Produkt mit ihrem Lohne zurückzukaufen. Aber der Lohn ist ja gar nicht dazu bestimmt, das ganze Arbeitsprodukt zu kaufen, ein Teil des letzteren bildet den Anteil der Kapitalbesitzer in Gestalt von Konsumtionsgütern und von hinzukommenden Produktionsmitteln, und nur wenn für die Konsumtion der Arbeiter eine zu große, für die der Kapitalisten aber eine zu kleine Gütermenge produziert wird, kann eine Störung des normalen Verlaufs und möglicherweise eine Krisis entstehen.

Rodbertus sah die Ursache der Krisen darin, daß bei der Steigerung der Produktivität der Arbeit durch verbesserte Technik die Anteilsquote der Arbeiter sich dem Arbeitswert nach vermindert. Er leitete diese Tendenz aus dem Ricardoschen Lohngesetz ab und stellte ihr das Postulat gegenüber, daß der sachliche Güteranteil der Arbeiter gleichmäßig mit der Erhöhung der Produktivität der Arbeit wachsen müsse. In der Tat würde unter dieser Voraussetzung die Konsumtion der Arbeiterklasse mit der Entwickelung der Güterproduktion gleichen Schritt halten, aber Krisen wären bei diesem System keineswegs ausgeschlossen. Vielmehr würde es, wenn es innerhalb der kapitalistischen Produktionsordnung zeitweise verwirklicht würde, geradezu Krisen hervorrufen, denn es steht mit dem Wesen dieser Ordnung in Widerspruch. Die Steigerung der Produktivität der Arbeit ist stets mit einer Vermehrung des Kapitals im Verhältnis zur Arbeiterzahl verbunden, sie verlangt daher auch immer einen entsprechenden Zuwachs des Kapitalgewinnes und wenn dieser nicht zu erreichen ist, so wird die Verbesserung entweder unterbleiben oder der ungenügende Ertrag der neuen Kapitalanlagen führt zu den bekannten Folgen der relativen Überproduktion. Daß der auf den Kopf der Arbeiterbevölkerung entfallende Kapitalbetrag in der modernen, durch die Entwickelung des Maschinenwesens gekennzeichneten Wirtschaftsperiode mehr und mehr angewachsen ist, wird man auch ohne statistischen Nachweis zugeben. Es genügt ein Blick auf die heutigen industriellen Produktionsmittel im Vergleich mit den einfachen Geräten und Werkzeugen der früheren Gewerbebetriebe. Noch augenfälliger aber ist diese Entwickelung im Transportwesen, dessen riesenhafter Apparat ja ebenfalls zum stehenden Kapital zu rechnen ist. Im Jahre 1906 waren bei den deutschen Eisenbahnen rund 650 000 Beamte und Arbeiter beschäftigt und auf den einzelnen kamen durchschnittlich 23 000 Mark Anlagekapital, im ganzen nämlich 15 Milliarden Mark. Wie viele Personen im Jahre 1835, zur Zeit der Eröffnung der ersten deutschen Eisenbahn, ihren Erwerb im Fuhrwerksgeschäft fanden, ist nicht bekannt, ganz gewiß aber ist es, daß der Kopfanteil der Beschäftigten an dem gesamten lebenden und toten Inventar dieses Geschäftszweiges im Verhältnis zu der oben angegebenen Quote nur sehr gering war. Innerhalb des Maschinenzeitalters erhöhte sich zunächst immer mehr sowohl der Bestand, wie auch der Geldwert des stehenden Kapitals, da dieser sich aus mehr oder weniger dauerhaften Produktions-

mitteln zusammensetzt und daher ansammelt. Zugleich aber vermehrte sich auch die Masse des Warenkapitals in außerordentlichem Maße, da die mächtigen Hilfsmittel der modernen Technik ja gerade den Zweck haben, die Menge der erzeugten Güter bei gleichem Arbeitsaufwand um ein Vielfaches zu erhöhen. Das Warenkapital sammelt sich allerdings nicht an, sondern ist in seinen Bestandteilen einem raschen Wechsel unterworfen, dennoch aber stellt es in seiner Gesamtheit jederzeit einen bedeutenden Wert dar, der, wie gesagt, in der neueren Zeit mehr und mehr angewachsen ist und für den derselbe Gewinnanspruch erhoben wird, wie für das stehende Kapital.

Es ist nicht unwahrscheinlich, daß die auf den Kopf der Arbeiterschaft kommende Wertquote der künstlichen Produktionsmittel schon in der nächsten Zeit, wenigstens in den alten Kulturländern, nicht mehr zunehmen, vielleicht sogar abnehmen wird. Im Laufe der Maschinenperiode wurden mehr und mehr billige Werkzeuge durch hochwertige Produktionsmittel ersetzt. Gegenwärtig wird es die Aufgabe der Technik sein, die älteren Maschinen durch verbesserte zu ersetzen, die wirksamer sind, ohne höhere Herstellungskosten zu erfordern. Die weitere Steigerung der Produktivität der Arbeit ist dann insofern nicht mehr mit einer relativen Vergrößerung des Wertes des stehenden Kapitals verbunden; aber es bleibt nicht nur die relative Zunahme des Warenkapitals bestehen, sondern es wird sich namentlich auch der steigende Bodenwert immer mehr als ein Gewinn verlangendes Element des privatwirtschaftlichen Kapitalvermögens geltend machen.

Der Beweggrund, der die Unternehmer bestimmt, mit neuem Kapitalaufwand die Produktivität ihrer Betriebe zu erhöhen, ist im allgemeinen nicht unmittelbar die Absicht, Arbeit, sondern überhaupt Kosten bei gleichem Produktionsergebnis zu ersparen. Tatsächlich führt dieses Bestreben, wenn nicht unmittelbar, so doch mittelbar an irgendeiner Stelle zu einer Ersparung von Arbeit. Wenn z. B. durch eine Verbesserung der Dampfmaschine eine vollständigere Ausnutzung der verfügbaren Wärmemenge des Dampfes erreicht wird, so bedeutet dies volkswirtschaftlich eine Ersparung von Kohlen und demnach auch von Arbeit für die Förderung von Kohlen. Überhaupt ist jede Ersparung an Material zugleich eine Arbeitsersparung, und dasselbe ist von jeder Zeitersparung in Produktion und Verkehr zu sagen. Der der Kapitalvergrößerung entsprechende Mehrgewinn wird also, wenn auch nicht in dem einzelnen Betriebe, so doch in der Volkswirtschaft durch eine relative Verminderung der Lohnausgaben aufgebracht, d. h. durch eine Verschiebung der relativen in Arbeitswert ausgedrückten Produktionsanteile der Kapitalisten und der Arbeiterklasse zugunsten der ersteren. Denn der gesamte Kapitalgewinn besteht ja nur aus dem Überschuß des Gesamtertrags der Produktion nach Abzug des Unterhalts der Arbeiterklasse. Wie dieser Überschuß sich nach Verhältnis des Kapitals des einzelnen verteilt, ist gleichsam eine innere häusliche Angelegenheit der Kapitalistenklasse. In der Anfangsperiode der Maschinenarbeit führten die neuen Produktionsmittel eine Arbeitsersparung

im absoluten Sinne herbei, indem zahlreiche Arbeitskräfte durch sie außer Beschäftigung gesetzt wurden. Darin aber lag ein Widerspruch mit den eigenen Interessen des Kapitals. Denn wenn der Kapitalgewinn, volkswirtschaftlich betrachtet, nichts anderes ist als eine Quote des nationalen Arbeitsproduktes, so muß dem Kapital daran liegen, daß möglichst alle Arbeitskräfte zur Vergrößerung dieses Produktes verwertet werden. Die Ersparnisse an Lohnausgaben boten ja die Mittel, die frei gewordenen Arbeitskräfte anderweitig zu beschäftigen und die Produktion mit den neuen Hilfsmitteln auszudehnen, während zugleich die durch die Maschinenarbeit unter dem Einfluß der Konkurrenz bewirkte Erniedrigung der Preise der Produkte den Absatz erleichtert und beschleunigt. So stieg, wie schon ausgeführt wurde, die Produktion allmählich in solchem Maße, daß trotz der durch die neue Technik ermöglichten relativen Arbeitsersparung eine weit größere Zahl von Menschenkräften Beschäftigung finden konnte, als unter den früheren Bedingungen, und bei den späteren Verbesserungen der Produktions- und Transportmittel ist dieselbe Entwickelung ohne Übergangsschwierigkeiten weit rascher vonstatten gegangen. Der Arbeitswert der Gesamtheit der Lohngüter ist dabei im Verhältnis zu dem des Ertragsanteils der Kapitalbesitzer zurückgegangen, aber er stellt sachlich für dieselbe Arbeiterzahl eine größere Gütermenge dar, als in dem früheren Zustande. Das Ricardosche Gesetz ist dabei nicht zur Geltung gekommen, denn die Verbilligung vieler Arten der Lohngüter hat tatsächlich keine Herabdrückung des Geldlohns zur Folge gehabt.

Schematische Darstellung.

Die hier erörterten Beziehungen zwischen den wichtigsten Wertgesamtheiten der Volkswirtschaft mögen im folgenden mehr schematisch dargestellt werden. Wird der jährliche Güteranteil der Kapitalbesitzer nach dem Arbeitswert im Anfangszustand durch K, der der Arbeiterklasse durch A ausgedrückt, so kann nach dem früher Gesagten der Geldwert dieser beiden Gesamtheiten annähernd durch xK und xA dargestellt werden. Wird nun durch Verbesserungen der Produktions- und Transportmittel, die nicht nur auf einzelne, sondern auf viele oder alle Güter ihre Wirkung ausüben, die Arbeitsgröße k erspart, so geht diese von A ab, findet aber bald wieder Verwendung zur Vergrößerung des Anteils K, so daß also in dem neuen Zustande im ganzen ebenso viele Arbeiter beschäftigt sind, wie in dem früheren. Anderseits aber ist die Gesamtsumme des Gewinn beanspruchenden Kapitals in der zweiten Phase von S auf S' gestiegen. Jeder Unternehmer sucht nun für sein vergrößertes Kapital einen möglichst hohen Gewinnsatz zu erzielen. In der ersten Zeit nach der Einführung der neuen Produktionsmittel werden manche, die die günstige Gelegenheit zuerst benutzten, ungewöhnliche Gewinne erlangen, die Konkurrenz wird aber bald den Preis der Mengeneinheit soweit herabdrücken, daß für die ganze vergrößerte Produktion sich höchstens der frühere durchschnittliche Kapitalgewinnsatz ergibt. Demnach wird sich der Geldwert des gesamten Kapitalgewinns jetzt auf $Kx \cdot S'/S$ stellen — nicht

etwa auf $(K+k)xS'/S$, weil dann eine zweifache Erhöhung des Gewinns vorläge, die die Konkurrenz nicht zulassen würde. Der Mehrgewinn beträgt also im Vergleich mit dem Anfangszustand $Kx(S'/S-1)$, und dieser soll im Grenzfalle durch die Arbeitsersparung, deren Geldwert (wenn der Lohn für die Arbeitseinheit unverändert bleibt) gleich kx ist, gerade gedeckt werden.

Bezeichnen wir den Geldwert des anfänglichen Kapitalgewinns mit G, den Mehrgewinn infolge der vergrößerten Kapitalanlage mit m, und die gleichgebliebene Lohnsumme für die gleiche Zahl Arbeiter mit L, so ist die Anteilsquote der Arbeiter an dem Gesamtprodukt dem Geldwerte und auch annähernd dem Arbeitswerte nach unter den neuen Produktionsbedingungen gleich $L/(G+m+L)$, also wegen des im Nenner hinzugekommenen m immer kleiner, als früher.

Die Arbeitsersparung steht an sich in gar keinem bestimmten Verhältnis zu der mit ihr verbundenen Kapitalvermehrung; es ist ja möglich, wie schon oben bemerkt, daß eine neu erfundene Maschine weniger kostet, als die vorher gebräuchliche von geringerer Wirksamkeit. Wenn daher die Kapitalbesitzer von ihrer neuen Kapitalanlage den durchschnittlichen Gewinn beziehen, so wird dadurch keineswegs immer, wie in dem oben angenommenen Grenzfall, die ganze Arbeitsersparung k aufgewogen, vielmehr ist es die Regel, daß von dieser noch ein Überschuß bleibt, der um so größer ist, je vollkommener die neuen Hilfsmittel ihren Zweck, die Steigerung der Produktivität der Arbeit, erreichen. Dieser Überschuß wird durch die Konkurrenz den Kapitalbesitzern entzogen und kommt der ganzen Bevölkerung in der Verbilligung der Produkte zugute. Die volkswirtschaftliche Arbeitsersparung durch die wirksameren Produktions- und Transportmittel ist also nicht die dem Zuwachs an Kapitalgewinn entsprechende, sondern die ganze Arbeitsgröße, die mehr aufgewendet werden müßte, um die gegenwärtig erzeugte Menge von Gütern mit den früheren Hilfsmitteln herzustellen.

Die vergrößerte Warenmenge, die durch die erhöhte Produktivität der Arbeit auf den Markt gebracht wird, findet durch die aus derselben Quelle stammende Verbilligung einen erleichterten Absatz. Immerhin enthalten aber auch die herabgesetzten Preise einen Kapitalgewinn, der nicht ohne wirtschaftliche Störungen erheblich geschmälert werden kann. Die Ausdehnung der Produktion durch Einführung wirksamerer Hilfsmittel kann daher unter Umständen in gleicher Weise Schwierigkeiten erzeugen, wie sie oben als mögliche Folgen einer nicht richtig geleiteten Verwendung des neu angesammelten freien Kapitals erwähnt worden sind.

Gleichgewichtsgleichungen.

Es ist eben ein bestimmtes Verhältnis in der Produktion der drei Hauptgüterkategorien festzuhalten, nämlich der Konsumtionsgüter für die Arbeiterklasse, der Konsumtionsgüter für die Kapitalistenklasse und der Produktionsmittel, immer mit Einschluß auch der zugehörigen Vorprodukte. Bezeichnen wir die in einem Jahre neuproduzierten Massen dieser Güter nach ihrem

rechnungsmäßigen Geldwert, der sich durch die Produktionskosten mit Einschluß des von den Produzenten erwarteten Kapitalgewinns bestimmt, mit A_c, K_c und K_p, so stellt die Summe dieser drei Größen den rechnungsmäßigen Gesamtwert der sachlichen Produktion und $(K_c + K_p)$ den erwarteten Kapitalgewinn dar, wo K_p sich auf den jährlichen Zuwachs an fertigen und unfertigen Produktionsmitteln bezieht. Wenn nun die Summe der in demselben Jahre gezahlten Löhne L und die des wirklich erzielten Kapitalgewinns G Mark beträgt, so muß normalerweise nicht nur im ganzen die Gleichung bestehen $G + L = (K_c + K_p) + A_c$, sondern zugleich auch $G = (K_c + K_p)$ und $L = A_c$ sein.

Nach dem früher Gesagten ist es schon deshalb schwer, diese Gleichungen aufrecht zu erhalten, weil die Produktion der aus dem Einkommen der Gegenwart zu bezahlenden Güter in die Vergangenheit zurückreicht und vielleicht unter wesentlich anderen Konjunkturen begonnen und fortgeführt worden ist, als den gegenwärtig bestehenden. Dazu kommt nun noch die besondere Schwierigkeit, dauernd die Gleichheit von L und A_c und von G und $(K_c + K_p)$ herzustellen. Innerhalb der Größe K_p ist auch noch ein weiterer Unterschied zu machen, nämlich zwischen dem Wert ${}_kK_p$ der neuen Produktionsmittel, die zur Herstellung von Konsumtionsgütern für den Kapitalbesitzer bestimmt sind und dem Wert ${}_aK_p$, der die gleiche Beziehung zu den Konsumtionsgütern der Arbeiter hat. Auch zwischen diesen beiden Größen muß ein bestimmtes Verhältnis bestehen, wenn Gleichgewichtsstörungen vermieden werden sollen.

Die Lohnsumme L verteilt sich auf eine Arbeitergruppe A_1, die den Güteranteil der Kapitalbesitzer herstellt und eine andere A_2, die die Konsumtionsgüter der gesamten Arbeiterschaft $A_1 + A_2$, also die Wertgesamtheit A_c produziert. Wenn nun bei gleichbleibender Technik x Arbeiter aus der Gruppe A_1 in die Gruppe A_2 übergeführt würden, so würde dadurch die Produktion der Lohngüter ausgedehnt, ohne daß die Lohnsumme sich vergrößert hätte, die rechnungsmäßige Wertsumme A_c würde also größer sein als L, d. h. es würde Überproduktion an Lohngütern mit den früher besprochenen Folgen bestehen. Es ist dies zunächst der bereits erörterte Fall der absichtlichen Konsumtionsbeschränkung von seiten der Kapitalbesitzer, der praktisch jedenfalls am wenigsten in Betracht kommt. Eine solche Verschiebung der Arbeitskräfte kann aber auch gewissermaßen unbewußterweise dadurch herbeigeführt werden, daß von dem neu angelegten Geldkapital ein verhältnismäßig zu großer Teil für die Vermehrung der zur Herstellung von Arbeiterkonsumtionsgütern dienenden Produktionsmittel verwendet wird, daß also ${}_aK_p$ im Verhältnis zu ${}_kK_p$ zu stark vergrößert wird. Die relative Überproduktion wird sich dann hauptsächlich bei den grundlegenden, die Massenproduktion vorbereitenden Industriezweigen fühlbar machen und manchmal vielleicht schon zum Stocken kommen, bevor sie sich in größerem Maße auf die fertigen Konsumtionsgüter der Arbeiterklasse ausgedehnt hat. Ein dritter Fall der Gleich-

gewichtsstörung endlich kann im Zusammenhang mit der Steigerung der Produktivität der Arbeit durch Vervollkommnung der Technik entstehen. Dieselbe Arbeitergruppe A_2 kann dann eine größere Menge von Konsumtionsgütern herstellen, die infolge der Verbilligung mit der gleichen Lohnsumme L bezahlt werden kann. Zugleich aber muß das Kapital im Verhältnis zur Arbeiterzahl vergrößert werden und dabei ist es nun leicht möglich, daß infolge übertriebener Erwartungen die Anlagen in den neuen Produktionsmitteln, insbesondere in den durch die Wertsumme ${}_aK_p$ bezeichneten über das richtige Maß hinausgehen, so daß sie nicht mehr den erwarteten Kapitalgewinn ergeben, womit sich dann wieder eine Überproduktion der entsprechenden Konsumtionsgüter auch unter den neuen Preisbedingungen verbindet. Beispiele übertriebener Kapitalanlagen liefert die Geschichte der englischen und amerikanischen Krisen in der Anfangsperiode des Eisenbahnbaues.

Es ist die Aufgabe der Unternehmer, die hier gestellten Gleichgewichtsprobleme, so gut es angeht, zu lösen. Es wird ihnen dies im allgemeinen nur dadurch möglich, daß sie zeitweise die richtige Grenzlinie überschreiten und es kommt dann darauf an, daß sie sich rechtzeitig warnen lassen und auf der beschrittenen Bahn einhalten. Sie tragen das unmittelbare Risiko, da es sich für sie um die Aufrechterhaltung des Kapitalgewinns handelt. Natürlich werden aber bei Stockungen und Lohnherabsetzungen auch die Interessen der Arbeiter in Mitleidenschaft gezogen. Die Ansammlung reichlicher Reserven in guten Tagen ist das sicherste Mittel zur Ausgleichung der Wirkungen der Gleichgewichtsstörungen, während übermäßige Kreditoperationen am meisten zu ihrer Verschärfung beitragen.

Mögliche Verschiebung des Verteilungsverhältnisses zugunsten der Arbeiter.

Der entscheidende Bestimmungsgrund für das Verhältnis der Verteilung des Produktionsertrags zwischen Kapital und Arbeit ist die Lebenshaltung, die die Arbeiterklasse vermöge ihrer mehr oder weniger günstigen wirtschaftlichen Machtstellung den Arbeitgebern gegenüber zu behaupten imstande ist. In der kapitalistischen Produktionsordnung als solcher liegt kein Moment, das aus ihr heraus, gewissermaßen automatisch, eine mehr und mehr fortschreitende Besserung der Lage der Arbeiterklasse hervorbringen könnte. Maßgebend für den Lohn ist das Verhältnis der Nachfrage nach Arbeit zum Angebot und wenn das Angebot bei zunehmender Bevölkerung gänzlich unbeschränkt von isolierten Arbeitern in passiver Haltung ausginge, so könnte das Ricardosche Gesetz wirklich zur Wahrheit werden und es könnte dann auch die Verbilligung der Lohngüter durch die wirksamere Produktionstechnik zu einer Verminderung des Geldlohns führen. Natürlich haben wir hier nur die Zustände der alten Kulturländer mit dichter Bevölkerung und vollständig okkupiertem Boden von hohem Kapitalwert im Auge. In schwach bevölkerten Kolonialgebieten mit ausgedehntem freiem oder noch fast unentgeltlich zu erwerbendem Boden steht die Preisbildung der Arbeit selbstverständlich unter unvergleichlich günstigeren Bedingungen.

Tatsächlich ist aber auch in Europa der durchschnittliche Arbeitslohn nicht auf das Existenzminimum herabgedrückt und insbesondere ist die Lebenshaltung der Arbeiter durch die Wirkung der erhöhten Produktivität der Arbeit unzweifelhaft verbessert worden. Aber die Arbeitgeber halten das jeweils bestehende Verteilungsverhältnis des Produktionsertrags so lange aufrecht, bis sie durch eine Veränderung der Konjunkturen des Arbeitsmarktes zu weiteren Zugeständnissen gezwungen werden. Freiwillig bei reichlichem Arbeitsangebot Lohnerhöhungen zu gewähren, haben sie natürlich keinerlei Veranlassung; es ist Sache der Arbeiter, die Macht ihrer Organisation geltend zu machen, um ihre Interessen im geeigneten Augenblick wahrzunehmen. Sie haben mehr Aussicht auf günstigen Erfolg im Widerstand gegen Lohnherabsetzungen, als in der Forderung von Erhöhungen. Bei lebhaftem Aufsteigen der wirtschaftlichen Bewegung bringt die überwiegende Nachfrage nach Arbeitskräften meistens auch ohne eine organisatorische Taktik der Arbeiter eine allgemeine Steigerung der Löhne zuwege; es handelt sich dann darum, von dieser auch nach Rückkehr des gewöhnlichen Durchschnittszustandes der Volkswirtschaft möglichst viel festzuhalten. In der Regel wird dies nur in der Art gelingen, daß nur ein Teil der Arbeiter mit dem höheren Lohn in seiner Stellung behalten werden kann, ein anderer aber entlassen wird, und die Solidarität der Arbeiter wird sich dann vor allem in der Fürsorge für die zeitweilig Arbeitslosen bekunden müssen. Anderseits aber haben die Unternehmer ein so großes Interesse an der vollen Ausnutzung ihres stehenden Kapitals, daß sie es vielleicht bald vorziehen werden, auch mit Verallgemeinerung der erhöhten Löhne ihre Arbeiterschaft wieder auf den alten Stand zu bringen. Unmöglich jedoch ist die Erfüllung solcher Forderungen der Arbeiter, die mit den fundamentalen Existenzbedingungen der kapitalistischen Produktionsordnung unvereinbar sind. Ohne Kapitalgewinn gibt es keine kapitalistische Produktion. Die Unternehmer verteidigen das jeweilige Niveau des Gewinnes mit aller Energie, indem sie der Solidarität und der Organisation der Arbeiter auch ihrerseits eine geschlossene Macht entgegenstellen. Haben sie aber Zugeständnisse gewähren müssen, so suchen sie sich für die Lohnerhöhung durch Erhöhung der Preise ihrer Produkte schadlos zu halten. So weit diese Bestrebungen Erfolg hätten, würden sie der Besserung der Lebenshaltung der Arbeiter wieder entgegenwirken, aber eine allgemeine Steigerung der Warenpreise lediglich als Folge einer allgemeinen Lohnerhöhung ist tatsächlich nicht zu erwarten. In jedem Falle würde sie den Kapitalbesitzern nur zu einem Teil zugute kommen, indem diese in ihrer Gesamtheit als Klasse für ihren eigenen Anteil an Konsumtionsgütern und neuen Produktionsmitteln ebensoviel mehr bezahlen müßten, als sie durch die Preissteigerung eben dieser Güter mehr einnähmen. Aber es würden überhaupt die Bedingungen einer nachhaltigen allgemeinen Preissteigerung fehlen. Die Arbeiterklasse würde allerdings durch die höheren Löhne instand gesetzt, ihre Nachfrage

nach den für sie bestimmten Konsumtionsgütern auszudehnen, aber deren Preise würden dadurch nicht wesentlich beeinflußt werden, weil auch das Angebot zunehmen würde. Denn die mittleren und kleineren Kapitalisten würden ihrerseits ihre Konsumtion einschränken, weil durch die Lohnerhöhung ihr Einkommen vermindert wäre, was also eine Verschiebung der Produktion nach der Seite der Bedürfnisse der Arbeiter bewirken würde. Von den Inhabern sehr großer Vermögen würden zunächst wohl nur wenige ihre gewöhnliche Lebensweise ändern, aber daher würden bei der Mehrzahl sich die Einkommensüberschüsse und dadurch das für neue Anlagen verfügbare Kapital vermindern. Das hätte dann auch einen Rückgang der Nachfrage nach neuen Produktionsmitteln zur Folge, so daß auch für diese keine Preiserhöhung in Aussicht stände. Eher könnte man eine Verminderung des Bedarfs an Arbeitskräften befürchten, durch den die Lohnerhöhung wieder gefährdet werden könnte. Die noch die Sparsamkeit pflegende Schicht der Kapitalbesitzer würde indes jedenfalls einen Teil des Ausfalls an Kapitalzufuhr decken. Aber auch in den Kreisen des großen Reichtums, der übrigens vielfach der Teilung und dem Wechsel unterworfen ist, würde gerade durch die Aussicht auf einen weiteren Rückgang des Kapitalgewinns zugunsten der Arbeiterklasse der Trieb zur Kapitalansammlung allmählich immer mehr angespannt werden.

Grenze der Erhöhung des Arbeiteranteils.

Wie weit es nun der Arbeiterklasse möglich ist, vermöge ihrer organisierten wirtschaftlichen Macht auf dem Boden der kapitalistischen Produktion ihren relativen Anteil am Produktionsertrag zu vergrößern, läßt sich natürlich im voraus nicht abschätzen. Jedenfalls dürfen die Erwartungen nicht zu hoch gespannt und die Widerstände nicht unterschätzt werden. Dem Kapital muß nicht nur ein Gewinn vorbehalten bleiben, sondern dieser muß auch so groß sein, daß auch eine weitere Kapitalansammlung zur Ausdehnung der Produktion in einem mindestens der Zunahme der Bevölkerung entsprechenden Maße möglich bleibt, und zwar mit Festhaltung des erhöhten Konsumtionsstandes der Arbeiterklasse. Den günstigsten Erfolg ihrer Bestrebungen darf diese erwarten, wenn durch technische Fortschritte die Produktivität der Arbeit so gesteigert wird, daß wenigstens der absolute Betrag des Kapitalgewinns auch bei erhöhter Lohnsumme noch zunehmen kann. Es sei der gesamte Kapitalgewinn gleich G und L die Lohnsumme, der Wert P der sachlichen Jahresproduktion also $G+L$, und P wachse nun infolge der Verbesserung der technischen Hilfsmittel bei gleichbleibender Arbeiterzahl um p. Wenn nun die Lohnsumme auf Kosten des Kapitalgewinns um l auf $L+l$, also auch für jeden einzelnen Arbeiter durchschnittlich in demselben Verhältnis erhöht würde, so würde sich der Kapitalgewinn auf $G+p-l$ stellen, d. h. er würde absolut noch immer zunehmen, solange p größer wäre als l, also solange die Kapitalvergrößerung überhaupt noch einen Mehrgewinn einbringt. Das Verhältnis des Kapitalgewinns zur Lohnsumme könnte sogar zugunsten des ersteren noch wachsen, nämlich solange l nicht größer wäre als $\frac{1}{2}(G+p-L)$. Der Prozentsatz

des Kapitalgewinns dagegen würde sinken, da eine Steigerung der Produktivität der Arbeit mindestens eine Erhöhung des umlaufenden Kapitals erfordert, selbst wenn die verbesserten Produktionsmittel mit denselben Kosten beschafft werden könnten, wie die vorher benutzten. Die durch die Mehrproduktion verstärkte Konkurrenz würde bei unveränderten Lohnbedingungen bewirken, daß der Gewinnsatz für das vergrößerte Kapital auf dem früheren Stande bliebe; da nun aber der frühere Gewinnbetrag infolge der Lohnerhöhung nicht mehr erreicht würde, so müßte sein Prozentverhältnis zu dem neuen Kapitalbetrag jedenfalls zurückgehen. Das Sinken des Gewinnsatzes ist für das Kapital zwar unerwünscht, aber bis zu einer gewissen Grenze erträglich, wie es sich ja auch in das Sinken des Leihzinsfußes für sichere Anlagen fügt. Im übrigen ist zu beachten, daß die Steigerung der Produktivität der Arbeit in einer ganzen Volkswirtschaft sich nur langsam und allmählich vollziehen kann. Die verbesserten Produktionsmittel kommen zunächst nur einzelnen Produktionszweigen zustatten. Die Vervollkommnung der Transportmittel hat allerdings eine allgemeinere Wirkung, aber diese kann sich doch nur nach und nach im Zusammenhang mit der für die neuen Anlagen nötigen Kapitalansammlung ausbreiten. Es muß daher zwischen den durch die technischen Fortschritte mehr oder weniger begünstigten Zweigen eine Ausgleichung eintreten, indem sich bei den ersteren die Konkurrenz stärker entwickelt und anderseits die hier gemachten Ersparungen zum Teil der Nachfrage auf anderen Gebieten zugute kommen. Sehr rasch gleichen sich die Löhne aus, wenn sie zeitweise in einzelnen Industriezweigen infolge besonders günstiger Umstände über den allgemeinen Stand hinausgegangen sind. Die Nachhaltigkeit einer von der Arbeiterklasse durchgesetzten allgemeinen Lohnerhöhung hängt daher nicht von der Leistungsfähigkeit der durch die moderne Entwickelung ungewöhnlich geförderten Produktionszweige ab, sondern von der Lage derjenigen, die sich keiner besonderen Vorteile zu erfreuen haben, sondern nur indirekt aus den Produktivitätssteigerungen auf anderen Gebieten Nutzen ziehen. Es wird sich fragen, wie weit diese eine Verkürzung ihres Kapitalgewinns ertragen können, ohne daß weitgehende Erschütterungen der Volkswirtschaft zu befürchten sind, die natürlich auch die Interessen der Arbeiter in Mitleidenschaft ziehen würden.

Im allgemeinen aber besteht die Möglichkeit, daß der relative Ertragsanteil der Arbeiterklasse eine dauernde Erhöhung erfährt, wenn die Produktion im ganzen direkt oder indirekt durch wirksamere Technik oder auch durch zweckmäßigere Betriebsorganisation im Verhältnis zur Arbeiterzahl vermehrt und verbilligt wird. Als untere Grenze der dadurch bedingten Herabdrückung des Kapitalgewinns dürfte bei der gegenwärtigen Gestaltung der Volkswirtschaft der Punkt betrachtet werden können, bei dem der Mehraufwand an Kapital, der zur Durchführung der technischen Verbesserungen erforderlich wäre, den Kapitalisten überhaupt keinen Gewinnzuwachs brächte. Es würde dann eben für sie jedes Interesse an

solchen Verbesserungen verschwunden sein. Eine noch weitergehende Verkürzung des Kapitalgewinns ist auf Grund der freien, wenn auch kollektiven Lohnvereinbarung, zumal bei zunehmender Bevölkerung, schwer denkbar. Um sie hypothetisch zu konstruieren, müßte man schon das Eingreifen staatlicher, mehr oder weniger zwangsmäßiger Einrichtungen annehmen, deren Gestaltung nur die Phantasie ausmalen könnte und über deren Wirkung und Haltbarkeit wir keinerlei Erfahrungen besitzen.

Mutmaßliche Entwickelung.

XVIII. Zukunftsaussichten. Trotz ihrer Unvollkommenheiten wird sich die kapitalistische Produktionsweise in ihrem spezifischen Wesen auf alle unserer Voraussicht einigermaßen geöffnete Zeit behaupten. Am wenigsten hat sie von gewaltsamen Umsturzversuchen zu fürchten. Gerade weil sie eine bestehende und das ganze Gesellschaftsleben durchdringende Ordnung ist, setzt sie dem Ansturm zerstörender Kräfte, die eine neue, vorerst nur als Phantasiegebilde existierende Ordnung erst schaffen wollen, einen unüberwindlichen Widerstand entgegen. Ja, selbst wenn es gelänge, sie momentan zu erschüttern und zu zertrümmern, so würden doch die Elemente der alten Formen in dem Chaos von selbst wieder die gewohnten und allein bekannten Bahnen einschlagen und den zerstörten Organismus wieder aufbauen. Die Marxsche Lehre will nun ja auch keinen gewaltsamen Umsturz; sie rechnet mit einer geschichtlichen Entwickelung, glaubt aber, daß diese schon bald zu dem Abschluß führen werde, daß das Proletariat die politische Macht ergreife und die Produktionsmittel durch Expropriation — mit Entschädigung der Besitzer durch Konsumtionsgüter — in gesellschaftliches Eigentum verwandle. Immerhin aber wäre auch eine solche Expropriation ein gewalttätiger Eingriff, und wenn man ihn versuchen wollte, so würde sich zeigen, daß die Macht der Interessen, die sich an die bestehende Ordnung knüpfen, außerordentlich viel größer ist, als es sich ihre nur nach der Kopfzahl rechnenden Gegner träumen lassen. Die kollektivistische Produktionsordnung mit Aufhebung des Handels und der freien Erwerbswirtschaft stände doch zunächst nur auf dem Papier, und wenn sie auch von dem größten Verwaltungsgenie entworfen wäre, so würde ihre Durchführung daran scheitern, daß die Menschen sich in diese ihnen ganz fremde, von allem Herkömmlichen abweichende Wirtschaftsform nicht zu finden wüßten.

Die kapitalistische Produktionsweise kann nur durch allmähliche, aus der wirtschaftlichen Entwickelung hervorgehende Umgestaltungen im Interesse der Arbeiterklasse unter Wahrung des Eigentumsrechts verbessert werden. Das Ausmalen gewünschter oder geforderter Zukunftsideale ist an dieser Stelle natürlich ausgeschlossen; wir müssen uns darauf beschränken, die Linien zu verfolgen, deren Anfänge und Richtungen schon jetzt zu erkennen sind.

Ausdehnung des Großbetriebs.

Am bestimmtesten tritt die Tendenz zu immer weiterer Ausdehnung des industriellen und kommerziellen Großbetriebs hervor. Sie hat ihre volle

Berechtigung, soweit sie dazu beiträgt, die Produktivität der Arbeit zu erhöhen und den größten objektiv-volkswirtschaftlichen Nutzeffekt mit dem geringsten Kostenaufwande zu erreichen. Daß dadurch die Zahl der „selbständigen“ Existenzen vermindert wird, kann vom sozialen Standpunkt nicht als ein Nachteil angesehen werden, soweit diese Selbständigkeiten nur auf Kosten der Masse der Arbeiterbevölkerung möglich waren, die höhere Preise bezahlen mußte, als bei rationelleren Betriebsformen nötig gewesen wäre. Dies gilt insbesondere von dem Detailhandel, in dem der Großbetrieb vermöge seiner größeren volkswirtschaftlichen Leistungsfähigkeit in der Zukunft immer mehr Boden gewinnen wird, wenn auch Deutschland in dieser Entwickelung eine beträchtliche Strecke hinter Amerika und England zurückbleiben wird. Übrigens wird es auch künftig zur Befriedigung individueller und lokaler Bedürfnisse an Mittel- und Kleinbetrieben und auch an kleineren Detailhandelsbetrieben nicht fehlen. Was aber den Mittelstand im sozialen Sinne betrifft, der sich nicht nach der Betriebsgröße, sondern nach dem Einkommen bestimmt, so wird es gerade eine Hauptaufgabe der Zukunft sein, ihm einen möglichst breiten Raum in dem Aufbau der Gesellschaft zu verschaffen. Das wird auch begünstigt werden durch die gesellschaftliche Form der großen Unternehmungen, die ohne Zweifel immer mehr zur Vorherrschaft gelangen wird und die es auch den kleinen Kapitalbesitzern und selbst den besser gestellten Arbeitern ermöglicht, Anteil an dem Kapitalgewinn der Großbetriebe zu erlangen. Die Aktiengesellschaft in ihrer heutigen Verfassung entspricht freilich noch wenig dem Ideal, das man vom sozialpolitischen Standpunkt für sie aufstellen könnte. Nur zu oft steht sie unter der „Kontrolle“ großer Finanzmächte, die ihre eigenen sehr mannigfaltigen Interessen verfolgen und für diese auch über das Kapital der Masse der Aktionäre verfügen. Aber wie schon bisher wesentliche Verbesserungen im Aktienwesen, z. B. in bezug auf die Gründungen erreicht worden sind, so dürfen auch fernerhin noch weitere erwartet werden. Je größer das von einer Aktiengesellschaft vereinigte Kapital und die von ihr beschäftigte Arbeiterzahl ist, um so mehr wächst sie über die Bedeutung einer rein privatwirtschaftlichen Organisation hinaus und um so mehr kommt sie unwillkürlich unter den Einfluß allgemeiner Interessen. Arbeiterschutzmaßregeln und Belastungen für Wohlfahrtseinrichtungen lassen sich daher im ganzen bei den Aktiengesellschaften leichter durchführen als bei den Einzelunternehmungen.

Konzentrierung der Unternehmungen.

Die gegenwärtig noch lebhaft hervortretende Tendenz der selbständigen Unternehmungen zur Bildung großer Verbände in mehr oder weniger festgeschlossenen Formen bildet wahrscheinlich, wie aus der bereits weiter fortgeschrittenen amerikanischen Entwickelungsphase zu schließen ist, nur den Übergang zu vollständigen Verschmelzungen, durch die Riesenunternehmungen entstehen, die sowohl in „horizontaler“ Richtung, d. h. auf demselben Produktionsgebiet, als auch in „vertikaler“, durch mehrere Produktionsstufen hindurch, eine gewaltige Kapitalkonzentration darstellen.

Es ist auf diesem Wege ohne Zweifel leichter, die verschiedenen Phasen der Produktion in einem richtigen Verhältnis zueinander und die gesamte Produktion in einem stetigeren Gang zu erhalten. Anderseits aber ist die Gefahr einer monopolistischen Beherrschung der Preisbildung durch einzelne übermächtige Unternehmungen noch größer, als die von einem Verbande ausgehende, in dem viele an sich auseinanderstrebende Interessen ohne allzu festes Gefüge, so gut es anging, zusammengefaßt sind. Dazu kommt der Einfluß, den solche Kapitalmächte, von denen die wirtschaftlichen Interessen vieler Tausende abhängen, naturgemäß auch auf das politische Leben ausüben. Wie sie den Staat schließlich auf die Defensive drängen, zeigt die Bekämpfung der Trusts durch die amerikanische Gesetzgebung. Staatliche Maßregeln zur Beschränkung oder Kontrollierung der kapitalistischen Riesenunternehmungen werden sich in der Zukunft voraussichtlich immer mehr als notwendig erweisen und in vielen Fällen wird das Ende die Verstaatlichung sein. Überhaupt dürfte die weitere Ausdehnung der öffentlichen, in erster Linie der staatlichen, daneben auch der kommunalen Unternehmung der zweite charakteristische Zug der künftigen volkswirtschaftlichen Entwickelung sein. Daß die Leitung eines Betriebes, in dem 20000 Arbeiter beschäftigt werden, ebensogut von öffentlich bestellten Beamten, wie von bezahlten privaten Angestellten übernommen werden kann, ist nicht zu bezweifeln. Einen Vorzug kann aber die öffentliche Unternehmung vor der privaten nur dann beanspruchen, wenn sie in dem richtigen sozialpolitischen Geist mit ausschließlicher Rücksicht auf das allgemeine Wohl betrieben wird.

Ausdehnung des Staatsbetriebes.

Die kommunalen Betriebe kommen nur für die Befriedigung lokaler Bedürfnisse der Bevölkerung in Betracht. Der staatliche Betrieb aber ist einer sehr weiten Ausdehnung fähig, er soll jedoch den privaten nicht verdrängen, sondern nur dort an dessen Stelle treten, wo es im öffentlichen Interesse liegt und der Übergang sich ohne Störung der bestehenden wirtschaftlichen Zustände vollziehen kann. Die Verstaatlichung der preußischen Eisenbahnen bietet ein Beispiel dieser Art dar, das von dem besten Erfolge begleitet war und nur zur Nachahmung auffordern kann. Die öffentlichen Unternehmungen sollen auf den Kapitalgewinn, der für die Existenz der privaten unentbehrlich ist, keineswegs verzichten, ihn also auch nicht etwa in privatwirtschaftlich unhaltbaren Lohnerhöhungen aufgehen lassen, durch die doch nur eine Minderheit von Arbeitern begünstigt werden würde. Aber es würde möglich werden, den Überschuß des Gewinnes der Staatsunternehmungen über die Verzinsung und Amortisation des Anlagekapitals und nach vollendeter Tilgung des letzteren sogar den ganzen Gewinn zur Aufhebung der die Masse der Bevölkerung belastenden Verbrauchssteuern, wie auch für Wohlfahrtseinrichtungen zu verwenden, die der ganzen Arbeiterklasse zugute kämen, wozu sich die nächste Gelegenheit in dem Ausbau der sozialen Versicherung bieten würde.

Staatliche Unternehmungen versprechen aber nur auf solchen Gebieten Erfolg, auf denen ein stetiger Betrieb nach festen Normen, ohne große Schwankungen und Wechselfälle möglich ist. Wo es aber auf kühne Initiative, spekulative Voraussicht, rasche Ausnutzung von Weltkonjunkturen ankommt, wird die öffentliche Unternehmung, deren Leiter immer unter dem Gefühl einer strengen Verantwortlichkeit stehen, nie mit der privaten in Wettbewerb treten können. In der nächsten Periode der wirtschaftlichen Entwickelung wird daher die Verstaatlichung, abgesehen von etwaigen steuerlichen Monopolen, nur in einzelnen Richtungen größere Fortschritte machen. Zunächst wird sie wohl mehr und mehr die Eisenbahnen erfassen, wahrscheinlich auch die Notenbanken, die ihr schon jetzt vielfach nahe stehen, und einige Zweige des Versicherungswesens, vielleicht auch den Bergbau. Dagegen wird sich auf vielen Gebieten, ohne daß eigentliche Verstaatlichung eintritt, der staatliche Betrieb wahrscheinlich immer mehr ausbreiten, um Güter für den Bedarf des Staates selbst herzustellen. Seine Eisenbahnen, seine Waffenfabriken, seine Kriegsschiffbauten setzen ihn instand, auch Hüttenwerke und Maschinenfabriken mit gesichertem Absatz zu unterhalten. Es wäre auch möglich, daß er Tuch und Leinwand für die Bekleidung seiner Armee und seiner Beamten fabrizierte. Aber auf die Produktion von Waren, die für den Weltmarkt bestimmt sind, oder die im Inlande bei scharfer Konkurrenz und stark veränderlichen Konjunkturen ihre Verwertung suchen müssen, wird die staatliche Unternehmung sich vernünftigerweise niemals einlassen können. Daher würde der industriellen Entwickelung auch bei breitester Ausdehnung des Staatsbetriebs noch immer ein weites Feld offen bleiben, auf dem der private Unternehmungsgeist sich frei betätigen könnte und auch betätigen müßte, wenn die Entfaltung der Produktivkräfte der Kulturwelt nicht gehemmt werden sollte. Die Entwickelungsfähigkeit jeder einzelnen Volkswirtschaft ist schon jetzt verhältnismäßig begrenzt und gegenüber den von der Menschheit zu überwindenden Schwierigkeiten wird es immer wichtiger, daß die weltwirtschaftliche Arbeitsteilung auf die höchstmögliche Ausbildung gebracht wird. Dazu mitzuwirken ist insbesondere der internationale Handel berufen. Sowohl dieser aber mit seinem spekulativen Hintergrund wie auch der gesamte so mannigfaltig gestaltete innere Handelsbetrieb werden der staatlichen Unternehmung nie die Möglichkeit einer erfolgreichen Beteiligung bieten.

Relativ langsameres Wachsen des stehenden Kapitals.

Es ist zwecklos, Vermutungen darüber aufzustellen, wie durch neue Erfindungen die Herrschaft des Menschen über die Natur noch weiter ausgedehnt und zu seinem Vorteil verwertet werden könne. Immerhin aber kann gesagt werden, daß wir allmählich in eine zweite Periode des Maschinenzeitalters eintreten, die in wirtschaftlicher Beziehung sich von der ersten in einem wesentlichen Punkt unterscheidet. In dieser, die mit voller Ausprägung ihres Charakters gleichzeitig mit dem Eisenbahnbau ihren Anfang nahm, ist das stehende Kapital, wie oben hervorgehoben

wurde, in einem starken, die Bevölkerungszunahme erheblich übertreffenden Verhältnis angewachsen. Es mußte eben der große Bestand an Produktions- und Transportmitteln, den die moderne Wirtschaftstechnik erfordert, von seinen ersten Elementen aus allmählich zusammengebracht werden. Jetzt aber ist ein bedeutender Grundstock von stehenden Kapitalanlagen vorhanden, der allerdings auch in den alten Kulturländern noch vermehrt wird, aber voraussichtlich in einem allmählich abnehmenden Verhältnis. Das Netz der vollspurigen Eisenbahnen wird in Deutschland und anderen europäischen Ländern in nicht allzulanger Zeit ziemlich vollständig ausgebaut sein. Den Klein- und Straßenbahnen aber erwächst in dem Kraftwagenbetrieb, der ein weit geringeres stehendes Kapital erfordert, ein gefährlicher Wettbewerb, der ihnen vielleicht sogar einen Teil des bisher gewonnenen Bodens wieder entziehen wird. Die drahtlose Telegraphie wird vielleicht so weit vervollkommnet, daß ein Teil der jetzt vorhandenen kostspieligen Drahtleitungen erspart werden kann.

Für die Kapitalbesitzer könnte die Verminderung der Gelegenheiten zu neuen gewinnbringenden stehenden Kapitalanlagen, wie schon oben angedeutet, mißliche Folgen haben. Sie können diese aber noch längere Zeit vermeiden, indem sie sich an Kapitalsanlagen in jungen Ländern beteiligen, die ihre wirtschaftstechnische Ausstattung erst zu beschaffen haben; ebenso können auch die inländischen Unternehmungen, die nach ihrer Ausrüstung und Leistungsfähigkeit auf eine dauernde große Nachfrage nach Produktions- und Transportmitteln oder deren Rohmaterialien berechnet sind, in einem befriedigenden Betrieb erhalten bleiben, indem sie ihre Erzeugnisse an das aufstrebende Ausland liefern. Dieses aber gibt dafür Bodenerzeugnisse oder Naturstoffe ab, die in den alten Ländern entweder überhaupt nicht vorkommen oder infolge der Bevölkerungszunahme immer mehr im Preise steigen würden. So entsteht zugleich eine weltwirtschaftliche Steigerung der Produktivität der Arbeit: die neuen Länder erhalten ihren Bedarf an Industrieprodukten, die alten ihren Bedarf an Bodenerzeugnissen mit einem geringeren Arbeitsaufwande, als bei eigener Produktion derselben Güter. Im Interesse der europäischen Arbeiterschaft ist sehr zu wünschen, daß diese Phase der Weltwirtschaft noch eine lange Dauer habe. Denn fortschreitende Steigerung der Produktivität der Arbeit ist die Hauptbedingung dafür, daß auf dem Boden der bestehenden Produktionsordnung auch eine entsprechende Vermehrung des relativen Ertragsanteils der Arbeiterklasse stattfinden kann. Aber diese Periode muß früher oder später einmal ihr Ende erreichen. Die neuen Länder werden allmählich ihr wirtschaftstechnisches Inventar auf einen solchen Stand bringen, daß sie es zwar noch zu ersetzen, zu verbessern und zu ergänzen haben, aber nicht mehr in dem früheren Maße neuer Kapitalanlagen bedürfen. Ihren bleibenden Bedarf an neuen Produktionsmitteln werden sie mehr und mehr in eigenen Betrieben decken, ihre Rohstoffe selbst verarbeiten und dem Auslande nur so viel davon überlassen, als sie

dort besser verwerten können. Die alten Länder aber sehen sich mit ihrer industriellen Produktion mehr und mehr auf sich selbst angewiesen und soweit ihnen gewisse überseeische Erzeugnisse unentbehrlich sind, wird ihnen deren Eintausch immer mehr erschwert. Neue Erfindungen, durch die Arbeit erspart wird, könnten allerdings ihre Lage bessern, aber es wird fraglich bleiben, ob bei den ungünstigen Ausfuhrverhältnissen die Produktion mit den neuen Hilfsmitteln sich in solchem Maße ausdehnen ließe, daß wieder die Gesamtzahl der vorhandenen Arbeiter unter den früheren Bedingungen Beschäftigung finden könnte.

Es wäre also zunächst ein Zustand zu erwarten, in dem das stehende Kapital wesentlich langsamer zunähme als in der Periode des Übergangs von der Handarbeit zu der vollen Herrschaft des Maschinenwesens. Es ist ja auch zu erwarten, daß es der Technik vielfach gelingen werde, gleich wirksame Maschinen mit geringeren Kosten herzustellen. Das neu angesammelte Kapital würde unter solchen Umständen in entsprechend größerem Verhältnis in der Form des umlaufenden erscheinen, was gleichbedeutend wäre mit einer relativ stärkeren Produktion von Konsumtionsgütern. Ob aber auch die wirtschaftliche Konsumtionsfähigkeit der Arbeiter, d. h. ihr Lohn steigen würde, muß man für sehr zweifelhaft halten. Es könnte Überproduktion an Arbeiterkonsumtionsgütern und dadurch vielleicht eine Krisis entstehen, aber es ist nicht anzunehmen, daß die Unternehmer freiwillig die Löhne erhöhen werden, lediglich um die Arbeiter instand zu setzen, den Überschuß an Konsumtionsgütern zu den rechnungsmäßigen Preisen zu kaufen. Aber könnten sie vielleicht zu solchen Lohnerhöhungen gezwungen werden? In Neuseeland und Australien macht man ja jetzt Experimente mit Schiedsgerichten, die über Lohnsätze und Arbeitszeit zwingende Entscheidungen erlassen können und es ist möglich, daß solche Einrichtungen in diesen Ländern mit dünner Bevölkerung, knappem Arbeitsangebot und überflüssigem, wenig kostendem Boden guten Erfolg haben. Aber selbst dort erheben sich sofort Schwierigkeiten, wenn auch nur in geringem Maße und vorübergehend Arbeitslosigkeit sich fühlbar macht. In Europa aber mit seinen dicht zusammengedrängten Arbeiterscharen würde sich solchen Versuchen gegenüber sofort das Problem der Arbeitslosigkeit in seiner ganzen Schwere erheben. Denn, wie schon oben bei Gelegenheit der Heimarbeit bemerkt wurde, es ist vielleicht möglich, die Arbeitgeber zu zwingen, gewisse Löhne zu zahlen, aber es ist unmöglich, sie zu zwingen, eine bestimmte Anzahl Arbeiter zu beschäftigen. Es wäre daher zu erwarten, daß nach jeder erzwungenen Lohnerhöhung eine größere Zahl von Arbeitern wenigstens eine Zeitlang außer Tätigkeit gesetzt würde und für deren Unterhalt müßte dann durch eine öffentliche Arbeitslosenversicherung gesorgt werden. Die Möglichkeit und die Schwierigkeiten solcher Einrichtungen haben wir hier nicht zu erwägen. Es würde sich dabei nur um hypothetische Vermutungen handeln, bei denen namentlich auch der

Staatliche Eingriffe in die Regelung des Arbeitsverhältnisses.

Staatsordnung, die vorauszusetzen wäre, eine entscheidende Bedeutung beigelegt werden müßte. Bei politischen Zuständen, wie sie in Australien bestehen, kann die Masse der Arbeiterbevölkerung auch die Staatsgewalt in einem ganz anderen Grade sich dienstbar machen, als es unter den gegenwärtig in Europa gegebenen Bedingungen möglich ist. Es wäre ohne Zweifel theoretisch denkbar, daß der Kapitalgewinn durch staatliche Zwangsmaßregeln nach und nach auf ein Minimum herabgebracht würde, und wenn die Kapitalbesitzer nirgendwo Gelegenheit fänden, sich lediglich auf Grund ihres Eigentumsrechts an den Produktionsmitteln unter günstigeren Bedingungen ein Einkommen zu verschaffen, so würden sie die Kapitalansammlung, die ihnen ja noch immer die Erlangung eines arbeitslosen Einkommens ermöglichen würde, nicht aufgeben, sondern eher noch eifriger betreiben, wie ja auch der Rückgang des Zinsfußes für gute Staatspapiere, der im Laufe des vorigen Jahrhunderts von fünf auf drei Prozent gesunken ist, eine enorme Vermehrung dieser Anlagepapiere nicht verhindert hat. Die selbsttätigen Unternehmer würden als Kapitalbesitzer natürlich ebenfalls eine Einbuße erleiden, ihr Arbeitseinkommen aber könnte dabei unberührt bleiben und würde dann einen relativ größeren Teil ihres gesamten Kapitalgewinns ausmachen.

In den alten Ländern würden staatliche Einrichtungen der angedeuteten Art als tiefgehende Neugestaltung der geschichtlich gegebenen Wirtschaftsordnung wirken und der Versuch ihrer Einführung zu schweren Krisen führen. Aber auch wenn er gelänge und die Verteilung des Produktionsertrags beträchtlich zugunsten der Arbeiterklasse verbessert würde, so wäre doch keineswegs ein dauernder Zustand erreicht, in dem die Menschheit sich einer, wenn auch nicht für alle gleichen, so doch für alle den vernünftigen Anforderungen entsprechenden Befriedigung ihrer Bedürfnisse erfreuen könnte. Es steht vielmehr, wenn auch in einer für unser Zeitmaß noch fernen Zukunft, eine neue Periode in Aussicht, in der der Kampf ums Dasein durch die fühlbar werdende Abnahme der Bodenschätze und bei fortwährend zunehmender Bevölkerung durch die Knappheit des Bodens für die Kulturmenschheit immer schwieriger werden muß.

Die Bevölkerungsfrage.

Hier stoßen wir nun auch auf die Bevölkerungsfrage, die einen dunkeln Schatten auf die Zukunft der Menschheit wirft, wenn angenommen werden muß, daß die Menschenzahl unausgesetzt, wenn auch nur in mäßiger Progression, anwachsen werde. Die Voraussagungen Malthus' waren freilich übereilt. Die Bevölkerung von England und Wales hat sich seit dem Anfang des vorigen Jahrhunderts vervierfacht, während der Weizenpreis dort in den letzten Jahren nur etwa ein Drittel des damaligen betrug. Die außerordentliche Vervollkommnung der Transportmittel hat es eben möglich gemacht, den Boden der noch wenig bevölkerten überseeischen Länder für die Befriedigung des steigenden Nahrungsbedürfnisses des alten Europas in unerwartet großem Maße zu Hilfe zu nehmen. Aber diese Zufuhr wird in einigen Jahrzehnten aufhören, wenn die Volkszahl jener Länder in dem

bisherigen Tempo fortschreitet. Auch wenn die Produktion aller bisher noch unerschlossenen Gebiete herbeigezogen und die Intensität der Bewirtschaftung überall auf den höchsten Grad gebracht wird, so gibt es schließlich doch immer eine obere Grenze für die Zahl der Menschen, die mit den vorhandenen Mitteln ernährt werden kann, da es unmöglich ist, aus einer begrenzten Bodenfläche einen unbegrenzt steigenden Bedarf zu befriedigen. Man schätzt, daß der anbaufähige Boden der Erde zum Unterhalt von sechs Milliarden Menschen ausreiche. Wenn die Bevölkerung sich aber auch nur in einem Jahrhundert verdoppelte (im Gebiet des Deutschen Reiches ist dies in 70 Jahren geschehen), so würde jene Ziffer in 200 Jahren erreicht sein und nach einem weiteren Jahrhundert würde sie, wenn nicht Hemmungsursachen wirken, auf zwölf Milliarden gestiegen sein. Welcher Art aber könnten solche Hemmungen sein? Wären es „repressive Checks“ im Sinne von Malthus, insbesondere Hunger und Elend der Massen, so wäre die Aussicht auf eine nachhaltige Besserung der sozialen Zustände vernichtet. Oder soll man auf Seuchen rechnen, die, wie einst der schwarze Tod, von Zeit zu Zeit die halbe Bevölkerung eines Weltteils wegraffen könnten? Kriege werden unter den Kulturvölkern wohl nie mehr auf solche Art geführt werden, daß dadurch eine nachhaltige erhebliche Herabdrückung der Menschenzahl entstehen könnte. Wenig tröstlich wäre die Aussicht auf allgemeine Verbreitung des „Rassenselbstmordes“. Oder sollte die Vermehrungsfähigkeit der Bevölkerung vielleicht infolge einer durch unnatürliche Überkultur und neurasthenische Erschöpfung herbeigeführten physiologischen Degeneration beschränkt werden? Das wäre die Bekämpfung eines Übels durch ein anderes, vielleicht noch schlimmeres. Die befriedigendste Aussicht wäre wohl, daß unter dem Druck der Bodenknappheit durch soziale Motive eine Art von „moral restraint“ hervorgebracht würde. Weit früher noch, als ein ernstes Mißverhältnis zwischen der Bevölkerung und der möglichen Produktion der Nahrungsmittel, werden der Menschheit die Schwierigkeiten entgegentreten, die aus der Erschöpfung der unter den heutigen Bedingungen zugänglichen Vorräte nutzbarer Mineralstoffe entspringen. Es gibt keine anderen Energiequellen, die mit auch nur annähernd so geringen Kosten in gleichem Umfange ausgenutzt werden könnten, wie die chemische Verwandtschaft des atmosphärischen Sauerstoffs zu dem gegenwärtig noch in so großer Masse zur Verfügung stehenden freien Kohlenstoff. Wie Ersatz geschaffen werden soll, wenn die erreichbaren Lager erschöpft sind, können wir hier nicht erörtern. Wahrscheinlich werden in erster Linie die natürlichen Wassergefälle, außerdem auch wohl mit Hilfe großer Konstruktionen die Flutwelle zur Erzeugung von Elektrizität benutzt werden, die dann durch ein außerordentlich ausgedehntes und verwickeltes Leitungssystem den Bedarfsstellen zuzuführen wäre. In den heißen Ländern würde man auch die Sonnenwärme in größerem Maße zur Kraftgewinnung verwerten. In jedem Falle aber wird nach der praktischen Erschöpfung der Kohlenlager der für die Kulturwelt immer mehr steigende

Bedarf an mechanischer Kraft nur mit einem weit größeren Aufwand an Arbeit wie auch an Produktionsmitteln gedeckt werden können, so daß die stehenden Anlagen in einer ferneren Zukunft wieder eine stark fortschreitende Ausdehnung erlangen werden, und demnach auch das für sie aufzuwendende Geldkapital eine relative Zunahme erfahren muß. Solche werden auch für den Bergwerksbetrieb und die Bodenmeliorationen in immer größerem Umfange erforderlich werden. Die Technik wird vielleicht die Aufgabe zu erfüllen haben, Metallerze aus siedendheißen Tiefen hervorzuholen, Eisen aus Felsarten, die jetzt gar nicht zu den Erzen gerechnet werden, Aluminium aus Lehm zu gewinnen, die Sahara durch Bewässerung fruchtbar zu machen, überhaupt Werke zu schaffen, wie sie die Phantasie jetzt den hypothetischen Bewohnern des Mars als eines gealterten Weltkörpers zuschreibt. Solche Leistungen aber würden nur durch die Zusammenfassung der gesellschaftlichen Kräfte zu großen öffentlichen Unternehmungen ausführbar sein und das Gebiet des Privatbetriebs würde daher eine beträchtliche Einengung erfahren.

Nähere und fernere Zukunft.

Zustände dieser Art liegen keineswegs in Zeitfernen von geologischer Größenordnung; sie würden in vier bis fünf Jahrhunderten zu erwarten sein, wenn die Bevölkerung der Erde auch nur halb so schnell wie in dem oben angenommenen Verhältnis immer weiter wachsen sollte. Für die nächsten Generationen jedoch ist auch unter dieser Voraussetzung eine Besserung der Arbeiterlage möglich, denn noch auf längere Zeit wird die Technik imstande sein, die wirtschaftlichen Wirkungen der zunehmenden Seltenheit des Bodens auszugleichen. Was aber den Bodenwert betrifft, so wird seine mit der Volkszunahme parallele Bewegung zwar nicht verhindert werden können, aber auf einer gewissen Höhe wird sie unzweifelhaft ein Einschreiten des Staates herbeiführen, um den lediglich aus dem gesellschaftlichen Zusammenleben hervorgehenden Wertzuwachs des Platzes oder die dadurch bedingte Steigerung der Grundrente zur Förderung gesellschaftlicher Interessen in Anspruch zu nehmen. In den Städten wird sich die Notwendigkeit solcher Maßregeln wahrscheinlich schon in nicht allzu ferner Zeit herausstellen. Ein Anfang ist ja schon vielfach durch die beim Besitzwechsel städtischer Grundstücke erhobene Wertzuwachssteuer gemacht. Wie die Zukunft die Aufgabe lösen werde, ob durch periodische Erhebung einer Wertzuwachssteuer auch ohne Besitzwechsel (wie in Kiautschou), oder durch unmittelbare Wegbesteuerung des Zuwachses der Grundrente, oder durch Enteignung des städtischen Bodens für Rechnung der Gemeinden — darüber können hier keine Betrachtungen angestellt werden. In einer ferneren Zukunft zeigt sich — immer unter der Voraussetzung unausgesetzter Vermehrung der Bevölkerung — auch die Möglichkeit einer monopolistischen Höhe des landwirtschaftlichen Bodenwerts und der landwirtschaftlichen Grundrente. Auch diesem Übel wird der Staat seine Schärfe nehmen müssen, indem er den Wertzuwachs des Bodens in irgendeiner Art für das Wohl der

Gesamtheit nutzbar macht. Früher schon wird es sich wahrscheinlich als nötig erweisen, daß der Staat die Holzproduktion unter seine alleinige Obhut nehme, da diese bei Abnahme der Kohlenförderung und fortschreitender Verteuerung des Eisens immer wichtiger werden, anderseits aber mit der notwendigen Vermehrung der Nahrungsmittelgewinnung in Konflikt stehen würde und sie daher im allgemeinen Interesse einheitlich geregelt werden müßte.

Da der Mensch nicht nur die höchste Form der organischen Entwickelung darstellt, sondern seine Existenz auch einen sittlichen Wert besitzt, so ist man berechtigt, in der fortschreitenden Vermehrung der menschlichen Individuen einen Sieg des Vollkommenen über das Unvollkommene zu erblicken, mit dem sich aber zugleich eine schwierige sittliche Aufgabe verbindet. Im Kampf ums Dasein hat die Menschheit schon jetzt ihre Herrschaft über die Naturorganismen sicher begründet: sie wird sie verdrängen, so weit sie ihr hinderlich sind, und ihr Fortbestehen nur in der Ausdehnung und der Art gestatten, wie sie es nach ihren Bedürfnissen für nützlich und wünschenswert hält. Dagegen soll der Daseinskampf der Menschen unter sich seine natürliche Härte und Rücksichtslosigkeit mehr und mehr verlieren, trotzdem der in der Zukunft sich verengende Nahrungsspielraum an sich geeignet wäre, ihn zu verschärfen. Vielmehr ist es das Ziel der gesellschaftlichen Kulturentwickelung, die ursprünglich gegeneinander gerichteten individuellen Kräfte zu einem Zusammenwirken zu einigen, das innerhalb jedenfalls sehr weitgezogener Grenzen um so fruchtbarer wird, je höher die Zahl der Mitwirkenden steigt und je mehr jeder einzelne sich durch seinen Anteil an dem Ertrage der gesamten Arbeit befriedigt fühlt. Die Bemessung dieser Anteile ergibt sich aus der Gesellschaftsordnung, deren weiterer Ausbau sich nicht nach mechanisch-wirtschaftlicher Gesetzmäßigkeit, sondern auch unter dem Einfluß ethischer Kräfte vollziehen wird, die den Geboten der sozialen Gerechtigkeit Geltung zu verschaffen streben. Wir stehen am Anfang einer Periode, die auf dem Boden der bestehenden Ordnung die günstigsten Bedingungen für eine Verbesserung der Lage der besitzlosen Arbeitermassen darbieten wird, weil der noch immer fortschreitenden Beherrschung der Naturkräfte noch nicht eine fühlbar werdende Knappheit der Naturstoffe entgegenwirkt. Was in dieser Kulturperiode an Einigung und Solidaritätsgefühl der gesellschaftlichen Klassen erreicht wird, bleibt erhalten und wird segensreich wirken in jener weiter hinausliegenden Zukunft, in der die Menschheit, selbst wenn die Bevölkerungszunahme zum Stillstand kommen sollte, mit Zusammenfassung aller ihrer Kraft und Aufwendung ihrer höchsten technischen Kunst immer größere Schwierigkeiten zu überwinden haben wird, um für die ihr ursprünglich von der Natur freigebig dargebotenen Schätze Ersatz zu finden. Auf ein goldenes Zeitalter darf die Menschheit trotz aller Kulturfortschritte nicht rechnen; Mühe und Arbeit wird für ihre Gesamtheit, wie für den einzelnen das Losungswort bleiben.

Literatur.

Die Geschichte der Volkswirtschaftslehre soll im Zusammenhang mit der allgemeinen Wirtschaftsgeschichte in einem besonderen Bande der „Kultur der Gegenwart" behandelt werden. An dieser Stelle wird nur eine kurze Übersicht der allgemeinen Grundzüge ihrer Entwickelung gegeben.

Bei den Schriftstellern des Altertums finden wir noch keine Ansätze zu einer besonderen Wissenschaft von der Volkswirtschaft, sondern nur allgemeine Bemerkungen über das Verhältnis der Menschen zu den Gütern, wie namentlich die des ARISTOTELES in seiner Politik und in der Nikomachischen Ethik. PLATOS Entwürfe einer idealen Staatsordnung umfassen zwar auch das Wirtschaftsleben, können aber für die positive ökonomische Wissenschaft nicht in Betracht kommen. Über die private Hauswirtschaft und namentlich die Landwirtschaft gab es eine ziemlich reichhaltige Literatur, aber zu einer theoretischen Gesamtauffassung bot das antike Wirtschaftsleben mit dem noch starken Vorwalten der Naturalwirtschaft und der größeren Selbstgenügsamkeit der Einzelwirtschaften noch keine Veranlassung. Die römische Rechtswissenschaft behandelt viele Begriffe, die ihr mit der Volkswirtschaftslehre gemeinsam sind, aber sie hielt dabei eben den juristischen Standpunkt fest und kümmerte sich nicht um die dynamischen Beziehungen der durch diese Begriffe bezeichneten wirtschaftlichen Erscheinungen.

Ebenso wie im Altertum kam im Mittelalter eine selbständige Volkswirtschaftslehre noch nicht zur Entwickelung. Wirtschaftliche Fragen, wie z. B. die des gerechten Preises und der Berechtigung des Zinses, wurden fast ausschließlich im Zusammenhang mit der Moraltheologie behandelt. Als eine Art allgemeiner Staatslehre mit Berücksichtigung auch des Wirtschaftslebens ist die dem THOMAS VON AQUINO zugeschriebene Schrift „De regimine principis" zu erwähnen. Besondere Hervorhebung verdient der „Tractatus de origine, natura, jure et mutationibus monetarum" des Bischofs NICOLE ORESME († 1382), der den damals üblichen Münzverschlechterungen gegenüber eine richtige münzpolitische Geldlehre aufstellte.

Auch in der Neuzeit blieb das Münzwesen ein Hauptgegenstand der wirtschaftspolitischen Erörterungen. Infolge der gewaltigen Umgestaltung des Weltverkehrs nach den großen überseeischen Entdeckungen und der durch das amerikanische Edelmetall beschleunigten vollen Ausbildung der Geldwirtschaft wurde die Geldlehre zum Ausgangspunkt einer allmählich entstehenden wirklichen Volkswirtschaftslehre, die über den privatwirtschaftlichen Gesichtspunkt hinausgehend das Wirtschaftsleben der Völker in seinem inneren Zusammenhange und seinen internationalen Wechselbeziehungen betrachtet. So entwickelt sich das sogenannte Merkantilsystem, zunächst als eine Norm der praktischen Wirtschaftspolitik, aber doch auf Grund bestimmter theoretischer Anschauungen über das Wesen und die Quelle des Reichtums. Wie unter den neuen Verhältnissen der Reichtum des einzelnen immer mehr von Geldbesitz und Gelderwerb abhängig erschien, wie das Geld auch in der eigenen Wirtschaft des Staates, der Finanzwirtschaft, immer mehr die entscheidende Macht erlangte, so glaubte man auch das Geld, und zwar das seinen vollen Wert in seinem Stoff enthaltende Edelmetallgeld, als den Hauptträger des aus den Einzelvermögen sich zusammensetzenden Volksreichtumes ansehen zu dürfen. Für die Völker, die keine oder keine genügende eigene Edelmetallproduktion besäßen, müßte also das Geld durch den auswärtigen Handel herbeigezogen werden, und daraus ergab sich die wirtschaftspolitische

Aufgabe, durch Steigerung des Wertes der Warenausfuhr und Herabdrückung des Wertes der Einfuhr eine möglichst günstige Handelsbilanz zu erzielen. Als Mittel zu diesem Zweck boten sich hauptsächlich Zölle und Ein- und Ausfuhrverbote dar. Merkantilistische Maßregeln kommen schon im Mittelalter vor; die erste ausdrückliche Formulierung derselben aber findet sich bei J. BODIN (Six livres de la republique, 1577), der jedoch die Ausfuhr von Edelmetall nicht verbieten will, übrigens auch die allgemeine Preissteigerung im 16. Jahrhundert richtig als Folge der großen Vermehrung des Geldwertes erkennt. Diese Einsicht fehlte auch nicht bei anderen Merkantilisten, jedoch gaben sie deshalb ihre wesentlich auf einen einseitigen Industrieschutz hinauslaufenden Grundsätze nicht auf. Als Theoretiker ist SERRA bemerkenswert, der (1613) in seinem „Breve trattato etc." den internationalen Geld- und Wechselverkehr behandelt. In Deutschland blieb die merkantilistische Lehre bis gegen Ende des 18. Jahrhunderts vorherrschend, in England dagegen machten sich schon in den letzten Jahrzehnten des 17. Jahrhunderts freihändlerische Tendenzen geltend, die besonders in SIR DUDLEY NORTH (Discourses upon Trade, 1691) einen entschiedenen Vertreter fanden. Einen vom Merkantilismus abweichenden theoretischen Standpunkt nahm SIR W. PETTY († 1683) ein, indem er die Arbeit den Vater und den Boden die Mutter des Reichtums nannte. Dieser Grundgedanke ist durchgeführt in CANTILLONS „Essai sur la nature du commerce en général" (französisch in London 1755 erschienen), den man als den ersten Versuch einer zusammenfassenden Theorie der Volkswirtschaft bezeichnen darf. Als Wert einer Sache betrachtet CANTILLON das Maß des Bodens und der Arbeit, das in ihre Produktion eingehe. Eine neue Theorie stellte bald nachher QUESNAY, der Gründer der „Physiokratischen Schule" in seinem „Tableau économique" auf (1758). Trotz ihrer Einseitigkeit darf man ihr die Anerkennung nicht versagen, daß sie zum ersten Male die ganze Volkswirtschaft als einen einheitlichen, in sich zusammenhängenden und kontinuierlichen Prozeß erfaßt. Als Quelle der Produktion und hiermit des Reichtums betrachtet QUESNAY ausschließlich den Boden. Daher ist für ihn nur die Landwirtschaft wirklich produktiv; sie allein liefere einen Überschuß über den eigenen Verbrauch während der Produktion, durch den es überhaupt nur möglich werde, daß noch andere Gesellschaftsklassen existieren. Die Gewerbe- und Handeltreibenden bezeichnet QUESNAY als „Classe stérile"; auch die ersteren erzeugen keine neuen Werte, sondern verarbeiten nur vorhandene Stoffe, wobei sie deren Wert nur um so viel erhöhen, als sie während der Arbeit an Unterhaltsmitteln verbrauchen. Als dritte Klasse steht neben diesen die der Grundbesitzer (von TURGOT „Classe disponible" genannt), die das den erwerbstätigen Landwirten übrig bleibende „produit net" empfängt. Aus diesem produit net und aus dem eigenen Einkommen der landwirtschaftlichen Klasse werden die gewerblichen Erzeugnisse der Classe stérile bezahlt. In wirtschaftspolitischer Beziehung gilt für die Physiokratische Schule das Losungswort „laisser passer, laisser faire", wenn auch QUESNAY selbst zwischen dem „ordre naturel" und dem „ordre positif" einen Unterschied macht. Von den Anhängern QUESNAYS war der bedeutendste TURGOT, dessen bemerkenswerte kleine Schrift „Réflexions sur la formation et la distribution des richesses" (1766) von WAENTIG deutsch herausgegeben worden ist (Jena 1903). Die physiokratische Theorie wurde bald durch die Lehre ADAM SMITHS verdrängt, der indes von den Physiokraten wesentlich beeinflußt worden ist. In der Bekämpfung der Geldlehre und der Handelspolitik der Merkantilisten war ihm auch sein Freund DAVID HUME vorangegangen. Das ADAM SMITHsche Werk „Inquiry into the nature and causes of the wealth of nations" (1776, deutsch u. a. von F. STÖPEL, 2 Bde., Berlin 1878) gibt die erste vollständige und im wesentlichen richtige Darstellung der bestehenden Wirtschaftsordnung. Die Quelle des Reichtums und der eigentliche aktive Produktionsfaktor ist die Arbeit, neben der der Boden und das Kapital als Produktions*mittel* erscheinen. In dem Begriff des Kapitals hält SMITH allerdings das objektiv-volkswirtschaftliche und das privatwirtschaftliche Kapital nicht scharf auseinander. In der arbeitsteiligen geldwirtschaftlichen Gesellschaft bildet sich der Preis der Waren den Produktionskosten entsprechend, und aus ihm ergibt sich das in Geld ausgedrückte Einkommen der Vertreter der drei Faktoren, der Arbeiter, der Kapi-

talisten und der Grundbesitzer. In seiner Wirtschaftspolitik ist A. SMITH für unbeschränkte Bewegungsfreiheit innerhalb der privaten Rechtsordnung, und er erwartet von diesem freien Spiel der Kräfte die Entwickelung einer allgemeinen gesellschaftlichen Harmonie. In schroffem Widerspruch zu dieser Harmonielehre stand MALTHUS' „Essay on the principle of population" (1798, neu bearbeitete Auflage 1803, deutsche Übersetzung von DORN, herausgegeben von WAENTIG, Jena 1905), in dem die aus der unausgesetzt fortschreitenden Zunahme der Bevölkerung entstehenden wirtschaftlichen Übel scharf hervorgehoben wurden. MALTHUS verwechselte allerdings die sozialen Schwierigkeiten der Erlangung der Lebensmittel mit den physischen Schwierigkeiten ihrer Produktion, überschätzte auch die letzteren für unsere Zeit und die nächsten Jahrhunderte in hohem Maße, aber als Dämpfer eines unkritischen Optimismus hatte sein Werk eine nachhaltige Bedeutung.

Ihre klassische Formulierung in knapper, abstrakter Fassung nach deduktiver Methode fand die von A. SMITH ausgegangene englische Volkswirtschaftslehre in RICARDOS „Principles of political economy" (1817, deutsch von BAUMSTARK, 2. Aufl. 1877). RICARDO leitete in konsequenterer Weise, als A. SMITH, den Wert aus der Arbeit ab und gab einerseits durch das Lohngesetz, anderseits durch die Grundrentenlehre — beides übrigens von Vorgängern entnommen — seiner Theorie eine formal abgeschlossene Gestaltung. Der volkswirtschaftliche Prozeß wird ohne Optimismus unter dem Gesichtspunkt einer Art von Naturgesetzlichkeit betrachtet. Während einiger Jahrzehnte beschränkte sich die englische Nationalökonomie im wesentlichen auf weitere Ausführungen der Lehre RICARDOS, indem sie zugleich unter dem Einfluß der von Manchester ausgegangenen handelspolitischen Bewegung das Postulat der vollen Freiheit der wirtschaftlichen Bewegung immer stärker betonte. Eine gewisse Abweichung von der Manchesterlehre zeigte sich indes schon bei J. STUART MILL (Principles of political economy, 1848; deutsch von SOETBEER), der die neueren sozialen Strömungen einigermaßen berücksichtigte. Viele englischen Schriftsteller aus der neuesten Zeit, wie CLIFFE LESLIE, INGRAM, MARSHALL sind in dieser Richtung weiter gegangen.

In Frankreich fand das SMITHsche System seinen ersten namhaften Vertreter in J. B. SAY (Traité d'économie politique, 1803), der es auch in verschiedenen Punkten zu ergänzen suchte. Namentlich machte er mit größerer Unbedingtheit das Freiwirtschaftsprinzip geltend. Am weitesten ging in dieser Hinsicht F. BASTIAT, der auch mit optimistischer Phantasie aus jenem Prinzip eine weltbeglückende allgemeine Interessenharmonie ableitete (Harmonies économiques, 1850). In einigen seiner Anschauungen war ihm übrigens der ebenfalls für wirtschaftliche Teleologie begeisterte Amerikaner CAREY zuvorgekommen. Die neuere französische Schule befolgt nicht, wie einer ihrer Führer, P. LEROY-BEAULIEU, hervorhebt, die deduktive Methode der älteren englischen, sondern geht mehr im einzelnen auf die Tatsachen zurück. In der Ablehnung des staatlichen Eingreifens aber steht sie mit jener auf gleichem Boden und sie ist daher auch überwiegend Gegnerin der meisten Maßregeln der neueren sozialpolitischen Gesetzgebung. Jedoch gruppiert sich um die von CHARLES GIDE gegründete „Revue d'économie politique" auch eine Schar jüngerer Schriftsteller, die den in Deutschland herrschenden sozialpolitischen Anschauungen näherstehen.

In Deutschland gelangte die SMITHsche Lehre seit dem Anfang des vorigen Jahrhunderts mehr und mehr zur Herrschaft. Sie fand u. a. in dem weitverbreiteten Lehrbuch von RAU (zuerst 1826) eine den deutschen Verhältnissen angepaßte Darstellung. Eine originelle, auch vom Standpunkt der Methodik bedeutsame Leistung ist der „Isolierte Staat" von J. H. v. THÜNEN (I. Teil 1826). Der Verfasser geht aus von den konkreten Erfahrungen in seiner eigenen Gutswirtschaft und gelangt zu Deduktionen, die u. a. mit der RICARDOschen Grundrententheorie zusammentreffen. Als Gegner der englischen Freihandelslehre und Befürworter industrieller Erziehungszölle trat F. LIST auf („Das nationale System der politischen Ökonomie", 1840). Von besonderem Interesse ist in dieser Schrift die Betrachtung der geschichtlichen Entwickelung der Volkswirtschaft der wichtigsten Nationen, die zu der historischen Methode der Wirtschaftswissenschaft hinüberführt. ROSCHER stellte die Grundsätze dieser Methode auf „Grundriß zu Vorlesungen über die Staatswissenschaft", 1843 (der grundlegende Teil des ROSCHERschen „Systems der Volkswirtschaft" erschien zuerst 1854); weitere Förde-

rung erhielt sie durch B. HILDEBRAND und KNIES; die eigentliche wirtschaftsgeschichtliche Spezialforschung aber erhielt einen lebhaften Impuls erst durch SCHMOLLER, dessen Leitung zahlreiche Schüler folgten. In unmittelbarem Zusammenhang mit der historischen Methode steht die empirische, namentlich auch auf Statistik gestützte Erforschung der tatsächlichen wirtschaftlichen Verhältnisse der Gegenwart. Mit dieser historisch-realistischen Richtung aber verband sich in Deutschland eine ethische Beurteilung des Wirtschaftslebens, die in diesem weder unbedingte Naturgesetzlichkeit noch teleologische Harmonistik annimmt, sondern es sittlichen Forderungen unterstellt, die erfüllt werden sollen, und zu deren Erfüllung auch der Staat mitwirken soll, wenn die Kraft der einzelnen und ihrer freien Vereinigungen nicht ausreicht. Der Vertretung dieses sogenannten „kathedersozialistischen" Standpunkts dient namentlich der 1872 gegründete „Verein für Sozialpolitik". Im einzelnen findet sich natürlich mannigfache Verschiedenheit der Ansichten. So geht AD. WAGNER in seiner Sozialpolitik weiter als die meisten anderen, und SCHÄFFLE näherte sich in manchen Punkten den eigentlich sozialistischen Plänen. Dagegen hat BRENTANO in der Freihandelsfrage an den handelspolitischen Grundsätzen der älteren liberalen Schule festgehalten. Die moderne sozialistische Bewegung hat ohne Zweifel mit den Anstoß zu der Entstehung der deutschen sozialpolitischen Schule gegeben. Der wissenschaftliche Sozialismus, die wissenschaftliche Kritik der kapitalistischen Produktionsordnung, unabhängig von utopistischen Zukunftsplänen, hat in Deutschland seinen Ursprung und als sein Begründer ist RODBERTUS zu nennen, der das Verhältnis von Wert und Arbeit und die Natur des Kapitalgewinns und der Grundrente — allerdings mit einer nicht haltbaren Ableitung der letzteren — untersucht (zuerst in einer kleinen Schrift „Zur Erkenntnis unserer staatswirtschaftlichen Zustände", 1842). RODBERTUS' Tendenzen waren durchaus konservativer Art. Dagegen erkennt K. MARX in seinem, übrigens durch hervorragenden wissenschaftlichen Scharfsinn ausgezeichneten Werk „Das Kapital" (1. Bd., erste Aufl. 1867, 2. und 3. Band [posthum] 1885—1894) zwar die historische Berechtigung der kapitalistischen Produktionsordnung an, prophezeit aber aus dem Wesen der weiteren wirtschaftlichen Entwickelung ihr baldiges Ende, ohne sich indes auf genauere Schilderungen des künftigen Zustands einzulassen.

Eine besondere Stellung nimmt die unter dem Einfluß C. MENGERS entstandene „Österreichische Schule" ein, der u. a. BÖHM V. BAWERK und V. WIESER angehören. Sie stellt dem „Historismus" wieder die deduktive Methode entgegen und geht dabei von spezifisch-psychologischen Erwägungen aus. In prinzipiell gleicher Richtung bewegt sich die an die Arbeiten von GOSSEN, WALRAS und JEVONS anknüpfende Mathematische Schule, für die der Begriff des Grenznutzens ebenfalls eine fundamentale Bedeutung hat.

Auf das Ausland hat die deutsche Wirtschaftswissenschaft erst in ihrer neueren Entwickelungsphase einen größeren Einfluß gewonnen und zwar mehr auf Italien und Amerika, als auf England und Frankreich. In Italien stand von den älteren Schriftstellern namentlich COSSA in näheren Beziehungen zu Deutschland, von den jüngeren aber hat eine größere Zahl, wie LORIA, RICCA-SALERNO, FERRARIS, CUSUMANO, PANTALEONI u. a. auf deutschen Universitäten studiert oder doch zustimmend oder kritisch zu der historisch-sozialpolitischen Schule wie auch zu den österreichischen Theoretikern Stellung genommen. In Amerika findet die deduktive und psychologische Methode, wie sie u. a. von PATTEN und CLARK vertreten wird, mehr Anklang, als man nach der dort im praktischen Wirtschaftsleben herrschenden Geistesströmung glauben sollte. Sehr zahlreich sind auch im übrigen die amerikanischen Nationalökonomen, die in Deutschland studiert haben oder mit der deutschen Wissenschaft genauer vertraut sind, wie ELY, FARNAM, SELIGMAN, HADLEY, LAUGHLIN, JAMES u. a.

Schließlich mögen hier noch einige neuere, in die Volkswirtschaftslehre einführende und allgemein orientierende Werke angeführt werden

AD. WAGNER, Allgemeine und theoretische Volkswirtschaftslehre. 1. Teil, 1876 (noch mit Anknüpfung an das RAUsche Lehrbuch). Dritte Auflage als ganz selbständiges Werk: Grundlegung der politischen Ökonomie, 1. Teil, 1892.

DERSELBE, Theoretische Sozialökonomie, 1. Abt. 1907. Als Teil des von WAGNER herausgegebenen „Lehr- und Handbuchs der polit. Ökonomie“ erschien auch die „Theoretische Sozialökonomie“ von H. DIETZEL, I., 1895.

GUSTAV COHN, Grundlegung der Nationalökonomie, 1885. (Zeichnet sich auch durch „Lesbarkeit“ aus.)

EUGEN V. PHILIPPOVICH, Grundriß der politischen Ökonomie, I., 1893, 6. Aufl. 1906.

JOHANNES CONRAD, Grundriß zum Studium der politischen Ökonomie, I. Nationalökonomie, 1896. 6. Aufl. 1908.

GUSTAV V. SCHMOLLER, Grundriß der allgemeinen Volkswirtschaftslehre, I. u. II., 1900—1904. 3. Aufl. 1908.

KARL BÜCHER, Die Entstehung der Volkswirtschaft, 1893. 6. Aufl. 1908.

JULIUS WOLF, Sozialismus und kapitalistische Gesellschaftsordnung, 1892. (Gegner des sog. Kathedersozialismus.)

WERNER SOMBART, Der moderne Kapitalismus, 2 Bde., 1902.

EUGEN BÖHM V. BAWERK, Kapital und Kapitalzins, 2 Bde. Innsbruck 1884/89, 2. Aufl. 1900/02. (Vertreter der österreichischen Schule.)

REGISTER.

Von Dr. Richard Böhme.

Bei mehrfach angeführten Namen und Stichworten sind die Hauptstellen durch einen Stern bezeichnet.

A.

F.

G.

L.

M.

N.

O.

P.

Q.

R.

S.

T.

U.

V.

W.

Z.

Berichtigung.

S. 125 Z. 21 v. u. statt 18 475 000 lies 18 450 000.

Druck von B. G. Teubner in Dresden.



